

BETEILIGUNGSBERICHT 2013

der Stadt Halle (Saale)



Herausgeberin:

Stadt Halle (Saale)
Der Oberbürgermeister
Marktplatz 1
06100 Halle (Saale)

Erstellt durch:

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)
Universitätsring 6a
06108 Halle (Saale)
Telefon: (0345) 581-2822
Telefax: (0345) 581-2835
E-Mail: info@bma-halle.de

INHALTSVERZEICHNIS

1.0	EINLEITUNG	7
	Vorwort	8
2.0	GRUNDINFORMATIONEN	9
2.1	AUFGABE UND AUFBAU DES BETEILIGUNGSBERICHTES	10
	Gesetzliche Grundlagen	11
	Zielsetzung	12
	Aufbau	13
2.2	ÜBERSICHT ÜBER DEN STAND AN BETEILIGUNGEN	14
	Übersicht über den Stand an Beteiligungen - Organigramm zum 31.12.2013	15
	Beteiligungsliste	16
2.3	UNTERNEHMENSORGANISATION UND -FÜHRUNG	19
	Unternehmensorganisation	20
	Unternehmensführung	22
2.4	BETEILIGUNGSPOLITIK	23
2.5	ÜBERSICHT ÜBER AUSGEWÄHLTE FINANZ- UND BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE DATEN ALLER BEDEUTSAMEN BETEILIGUNGEN	25
	Finanzbeziehungen 2013 zwischen Kernhaushalt und Beteiligungen	26
	Geschäfts- und Ertragslage	35
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2013	35
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2012	38
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2011	41

2.6	ERLÄUTERUNGEN BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER FACHBEGRIFFE	44
2.7	ERLÄUTERUNGEN DER BILANZ- UND LEISTUNGSKENNZAHLEN	50
3.0	EINZELBERICHTERSTATTUNG	55
3.1	UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS	56
	Stadtwerke Halle GmbH	57
3.2	VER- UND ENTSORGUNG	68
	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	69
	A/V/E GmbH	78
	Cives Dienste GmbH	85
	Energieversorgung Halle Netz GmbH	91
	Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	100
	EVH GmbH	107
	Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	120
	Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	125
	Hafen Halle GmbH	135
	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	141
	Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	155
	IT-Consult Halle GmbH	162
	Meter1 GmbH & Co. KG	168
	Meter1 Verwaltung GmbH	174
	M-Exchange AG	177
	RAB Halle GmbH	182
	RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	188
	Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH ¹⁾	197
	TELONON Abwasserbehandlung GmbH	204
	WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	209
	W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	216

¹⁾ Umfirmierung im Jahr 2014 in SHS Energiedienste GmbH

3.3	VERKEHR	222
	Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	223
	Hallesche Verkehrs-AG	228
	Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	241
	OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	251
	Saalebus GmbH	257
	Servicegesellschaft Saale mbH	261
3.4	WOHNUNGSWIRTSCHAFT	268
	Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	269
	EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)	274
	GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	284
	Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	297
	HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	325
3.5	WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG	328
	Bio-Zentrum Halle GmbH	329
	Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	340
	Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	348
	MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	354
	Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	363
	TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	383

3.6	GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT	396
	Bäder Halle GmbH	397
	Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	404
	Eigenbetrieb für Arbeitsförderung	413
	Eigenbetrieb Kindertagesstätten	422
	FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	436
	Maya mare GmbH & Co. KG	442
	Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	449
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	452
	Serva GmbH	459
	Stadion Halle Betriebs GmbH	462
	Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	467
	Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	471
3.7	KULTUR	474
	Stiftung Händel-Haus	475
	Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	478
	Zoologischer Garten Halle GmbH	497
3.8	BETEILIGUNGSMANAGEMENT	503
	BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	504

1.0 EINLEITUNG

Vorwort des Oberbürgermeisters

Die Stadt Halle (Saale) bedient sich zur Erfüllung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie für die Erbringung umfangreicher kommunaler Dienstleistungen Unternehmen in öffentlicher und privater Rechtsform.

Diese zum Konzern Stadt Halle (Saale) gehörenden Beteiligungen sind ein Garant für Beschäftigung, sie setzen ehrgeizige Infrastrukturprojekte um, bieten Wohnraum und bereichern das kulturelle Leben der Stadt. Davon profitieren nicht nur die Stadt Halle (Saale) und ihre Einwohnerinnen und Einwohner, sondern die gesamte Region. Damit der Konzern Stadt Halle (Saale) auch in Zukunft seinen bedeutenden Beitrag für eine lebenswerte Stadt leisten und seine Aufgaben bestmöglich wahrnehmen kann, werden in den Beteiligungen umfangreiche Maßnahmen zur Effizienzsteigerung entwickelt und realisiert.



Eine freiwillige Selbstverpflichtung des Oberbürgermeisters der Stadt Halle (Saale) ist im Mai 2013 zur Absicherung einer rechtsklaren und effizienten einheitlichen Steuerung und Kontrolle städtischer Beteiligungen erklärt worden. Sie gilt bis zur Umsetzung des vom Stadtrat zu beschließenden Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale).

Mein Dank für ihr Engagement und die erbrachten Leistungen im Jahr 2013 gilt den Beschäftigten und den Geschäftsleitungen sowie den Mitgliedern in den Aufsichtsgremien der städtischen Beteiligungen. Im Weiteren danke ich der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) für die qualifizierte und konstruktive Beratung in Beteiligungsangelegenheiten.

Halle (Saale), im August 2014

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

2.0 GRUNDINFORMATIONEN

Aufgabe und Aufbau des Beteiligungsberichtes

Übersicht über den Stand an Beteiligungen

Unternehmensorganisation und -führung

Beteiligungspolitik

Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten aller bedeutsamen Beteiligungen

Erläuterungen betriebswirtschaftlicher Fachbegriffe

Erläuterungen der Bilanz- und Leistungskennzahlen

2.1 AUFGABE UND AUFBAU DES BETEILIGUNGSBERICHTES

Gesetzliche Grundlagen

Zielsetzung

Aufbau

Gesetzliche Grundlagen

Die zum Berichtszeitpunkt 31. Dezember 2013 gültige Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO-LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. August 2009, zuletzt geändert am 30. November 2011, verpflichtet die Kommunen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes. Nach § 118 Abs. 2 GO-LSA hat eine Stadtverwaltung dem Stadtrat einen Bericht über die Beteiligungen und Unterbeteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des öffentlichen und privaten Rechts, an denen sie mit mindestens 5 % beteiligt ist, vorzulegen.

Der Beteiligungsbericht hat insbesondere Angaben zu enthalten über:

1. den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
2. den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,
3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufes, die Lage des Unternehmens, die wichtigsten Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft für das jeweilige letzte Geschäftsjahr sowie im Vergleich mit den Werten des vorangegangenen Geschäftsjahres die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer,
4. die gewährten Gesamtbezüge an die Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe des Unternehmens.

Der Beteiligungsbericht ist im Stadtrat in öffentlicher Sitzung zu erörtern.

Die Stadtverwaltung hat die Einwohner über den Beteiligungsbericht in geeigneter Form zu unterrichten.

Zielsetzung

Der Beteiligungsbericht zielt auf eine transparente und fundierte Information über die wirtschaftlichen Betätigungen der Stadt Halle (Saale) ab und dient somit als zusammenfassendes Informationsinstrument nicht nur den städtischen Entscheidungsträgern. Adressiert wird der Bericht auch an die Öffentlichkeit, zu denen nicht nur die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) zählen. Angesprochen fühlen sollen sich auch die Partner der Stadt und ihrer Unternehmen.

Die Stadt Halle (Saale) hält im Berichtsjahr 2013 bedeutsame unmittelbare oder mittelbare Beteiligungen an 3 Eigenbetrieben, 5 Stiftungen und 46 Kapital- bzw. Personengesellschaften und ist Gewährsträger einer Anstalt öffentlichen Rechts.

Diese 55 bedeutsamen städtischen Beteiligungen stellen gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar und bieten neben ihren kommunalen Dienstleistungen mehr als 6.300 Mitarbeitern und über 200 Auszubildenden im Jahresdurchschnitt 2013 einen zukunftsorientierten und attraktiven Arbeitsplatz.

Die rechtlichen Verhältnisse und die wirtschaftliche Lage der Beteiligungen werden komprimiert dargestellt. Neben einer kurzen Darstellung des Gegenstandes des einzelnen Unternehmens wird auch eine Aussage zum öffentlichen Zweck getroffen. Branchen- oder geschäftsspezifische Leistungsdaten (in der Regel nichtmonetäre Größen) stellen mengenmäßige Informationen über die Art und den Umfang der sachlichen Unternehmensleistung dar und vermitteln einen Eindruck über den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks.

Die Entwicklung der Beteiligungen und deren derzeitiger Status lassen sich darüber hinaus anhand von Mehrjahres-Vergleichen unter Anwendung marktüblicher Kennziffern nachvollziehen.

Berichte zur Lage der Beteiligungen geben dazu Erläuterungen und bieten gleichzeitig einen Ausblick auf die zukünftige Geschäftsentwicklung.

Ebenso richtet sich der Report an alle Interessenten für den Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturstandort im Zentrum Mitteldeutschlands. Sie sind bei der Mitwirkung am eingeleiteten Veränderungsprozess jederzeit und gerne willkommen.

Aufbau

Der Beteiligungsbericht ist so gegliedert, dass die Beteiligungsunternehmen nach der Einleitung zunächst in einer Übersicht zusammengefasst und danach einzeln dargestellt werden.

Die Übersichtsdarstellungen ermöglichen dem interessierten Leser sowohl mit einer grafischen Veranschaulichung in Form eines Organigramms als auch mit tabellarischen Darstellungen einen raschen Überblick über das wesentliche städtische Beteiligungs-Portfolio.

Die Einzeldarstellungen bieten dann weitergehendere und tiefgreifendere Auskünfte.

Gegenüber dem letzten Beteiligungsbericht 2012 wurde der grundsätzliche Aufbau unverändert weitergeführt.

Die Beteiligungen werden im Rahmen der Einzeldarstellung in acht Aufgabenbereiche gegliedert.

Zur schnelleren Orientierung werden die Beteiligungen innerhalb des jeweiligen Aufgabenbereiches alphabetisch aufgeführt.

Die automatisiert erstellten Einzelberichte werden nach Nennung des Unternehmens wie folgt strukturiert:

- a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen (einschließlich des öffentlichen Zwecks)
- b) Besetzung der Organe
- c) Beteiligungen
- d) Geschäftsentwicklung
 - aa) Bilanzdaten
 - bb) Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)
 - cc) Kennzahlen zur Ertragslage
 - dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur
 - ee) Leistungsdaten
- e) Lage des Unternehmens

Die Struktur der Darstellungsform ist für die einzelnen Beteiligungen einheitlich gewählt.

Alle in der Gemeindeordnung geforderten Informationen sind enthalten.

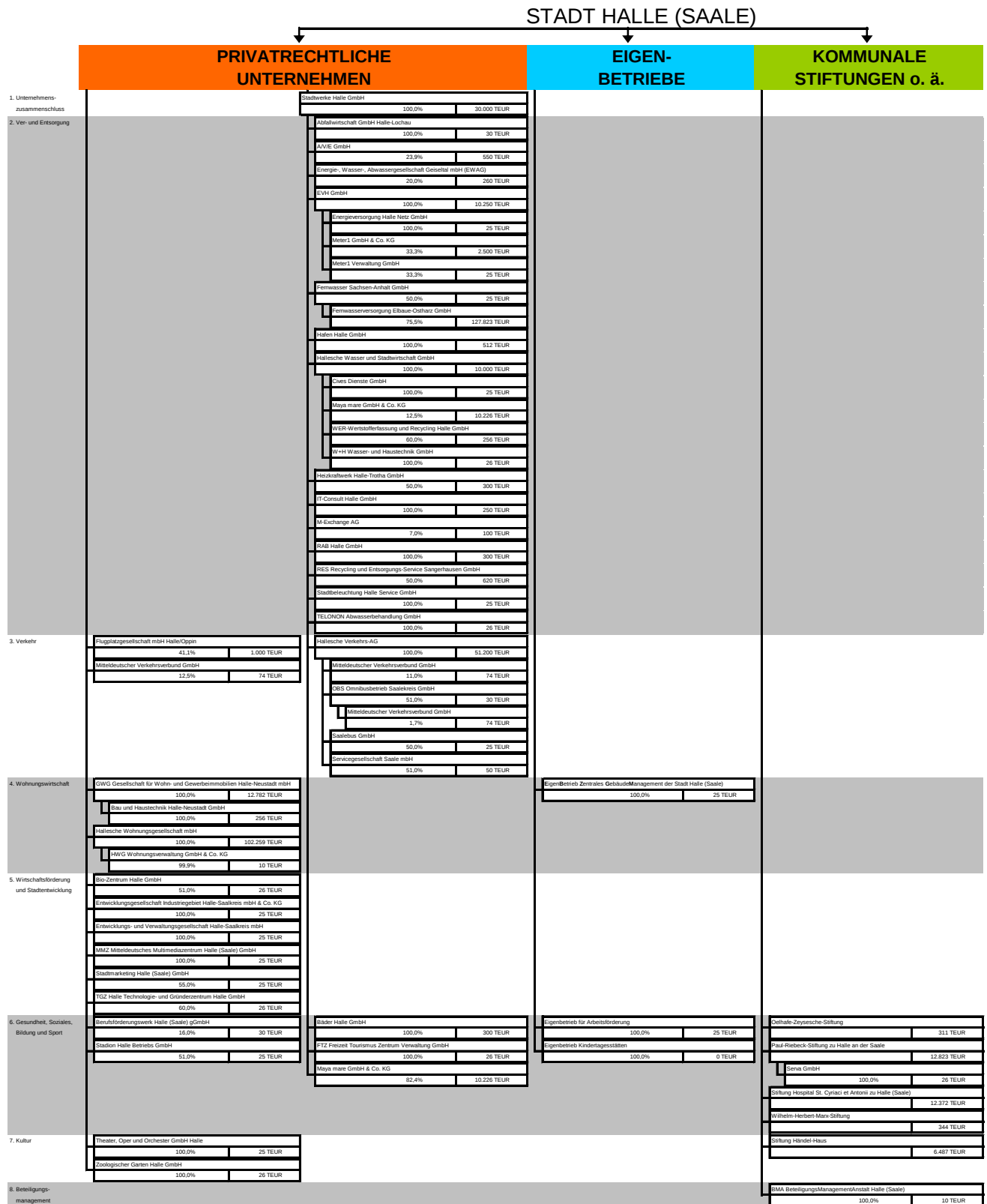
Aus dem vom Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt neu veröffentlichten „Handbuch über die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden in Sachsen-Anhalt“ ergeben sich zur Zeit keine Änderungsbedarfe für den Beteiligungsbericht der Stadt Halle (Saale) in seiner derzeitigen Form.

2.2 ÜBERSICHT ÜBER DEN STAND AN BETEILIGUNGEN

Organigramm

Beteiligungsliste

Übersicht über den Stand an Beteiligungen - Organigramm zum 31.12.2013



Beteiligungsliste

BETEILIGUNG	gezeichnetes Kapital in TEUR	Anteil der Stadt in %
-------------	------------------------------------	-----------------------------

1. UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS

Stadtwerke Halle GmbH	30.000	100,00
-----------------------	--------	--------

2. VER- UND ENTSORGUNG

Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	30	100,00
A/V/E GmbH	550	23,90
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	260	20,00
EVH GmbH	10.250	100,00
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	25	50,00
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	127.823	22,88
Hafen Halle GmbH	512	100,00
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	10.000	100,00
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	300	50,00
IT-Consult Halle GmbH	250	100,00
Meter1 GmbH & Co. KG	2.500	33,33
Meter1 Verwaltung GmbH	25	33,33
M-Exchange AG	100	7,00
RAB Halle GmbH	300	100,00
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	620	50,00
Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH ¹⁾	25	100,00
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	26	100,00
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	256	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00

¹⁾ Umfirmierung im Jahr 2014 in SHS Energiedienste GmbH

BETEILIGUNG	gezeichnetes Kapital in TEUR	Anteil der Stadt in %
--------------------	---	--------------------------------------

3. VERKEHR

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	1.000	41,10
Hallesche Verkehrs-AG	51.200	100,00
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	74	24,27
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	30	51,00
Saalebuss GmbH	25	50,00
Servicegesellschaft Saale mbH	50	51,00

4. WOHNUNGSWIRTSCHAFT

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	256	100,00
EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)	25	100,00
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	12.782	100,00
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	102.259	100,00
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	10	99,90

5. WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG

Bio-Zentrum Halle GmbH	26	50,96
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	25	100,00
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	25	100,00
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	25	100,00
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	25	55,00
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	26	60,00

BETEILIGUNG		gezeichnetes Kapital in TEUR	Anteil der Stadt in %
6.	GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT		
	Bäder Halle GmbH	300	100,00
	Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	30	16,00
	Eigenbetrieb für Arbeitsförderung	25	100,00
	Eigenbetrieb Kindertagesstätten	0	100,00
	FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	100,00
	Maya mare GmbH & Co. KG	10.226	94,90
	Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	311	
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	12.823	
	Serva GmbH	26	100,00
	Stadion Halle Betriebs GmbH	25	51,00
	Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	12.372	
	Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	344	
7.	KULTUR		
	Stiftung Händel-Haus	6.487	
	Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	25	100,00
	Zoologischer Garten Halle GmbH	26	100,00
8.	BETEILIGUNGSMANAGEMENT		
	BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	10	100,00

2.3 UNTERNEHMENSORGANISATION UND -FÜHRUNG

Unternehmensorganisation

Unternehmensführung

Unternehmensorganisation

Im Vergleich zum Beteiligungsbericht 2012 haben sich folgende wesentliche Veränderungen in der Unternehmensorganisation ergeben:

Die Stadtwerke Halle GmbH hat im Geschäftsjahr 2013 Gesellschaftsanteile von 50 % an der RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH erworben. Im Beteiligungsbericht 2013 der Stadt Halle (Saale) wird erstmals über die RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH berichtet.

Die EVH GmbH erwarb im Berichtsjahr 2013 Anteile an der neu gegründeten Beteiligungsgesellschaft Trianel Onshore-Windkraftwerke GmbH & Co. KG. Zum Berichtszeitpunkt hält die EVH GmbH 15 % der Anteile an der Gesellschaft. Die Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG übernimmt die Projektentwicklung von Onshore-Windparks. Ein erster Onshore-Windpark (Leistung: 23 MW) ist im Jahr 2013 auf dem Stadtgebiet von Eisleben realisiert worden. Bis zum Jahr 2016 ist der Aufbau eines Windenergie-Portfolio in Höhe von 100-120 MW geplant. Bis zum Erreichen einer nennenswerten Anschlussleistung und damit eines Geschäftsvolumens wird auf eine Darstellung im Beteiligungsbericht verzichtet.

Der Geschäftsbetrieb der Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH, ein 100 %-iges Tochterunternehmen der EVH GmbH, ruht seit dem 1. Januar 2013, da der Geschäftszweck entfallen ist. Der Antrag der Gesellschaft zur Erteilung der Genehmigung des Netzbetriebes nach § 4 EnWG im Industriegebiet A 14 wurde von der Landesregulierungsbehörde abgelehnt. Aufgrund des geringen Absatzes an die bereits angesiedelten Kunden sei die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit als Genehmigungsvoraussetzung zur Aufnahme des Netzbetriebes nicht gegeben. Eine Berichterstattung zur Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH im Beteiligungsbericht der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2013 erfolgt daher nicht mehr.

Im September 2013 hat die Stadtwerke Halle GmbH ihren Geschäftsanteil an der ENERGIEUNION GmbH von 3,408 % an die VNG-Erdgascommerz GmbH veräußert.

Direkt beteiligt ist die Stadt Halle (Saale) nach den Veränderungen im Beteiligung-Portfolio weiterhin an drei Eigenbetrieben und fünf kommunalen Stiftungen.

Für eine Anstalt öffentlichen Rechts, die BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale), ist die Stadt Gewährsträgerin.

Die Stadt Halle (Saale) ist direkt an 15 Kapital- bzw. Personengesellschaften beteiligt, die in diesem Beteiligungsbericht aufgeführt sind. Ein privatrechtliches Unternehmen erfüllt eine Holdingfunktion.

Die Stadtwerke Halle GmbH ist an zahlreichen Kapital- und Personengesellschaften direkt und indirekt beteiligt. Diese Gesellschaft bündelt nunmehr die Aktivitäten in den Geschäftsfeldern Energie, (Ab-) Wasser, Entsorgung, Mobilität und Logistik sowie Services.

Das Organigramm der städtischen Unternehmen und Beteiligungen kann Ziffer 2. 2. (Übersicht über den Stand an Beteiligungen) dieses Beteiligungsberichtes entnommen werden.

Unternehmensführung

Die Steuerung und Überwachung der städtischen Beteiligungen erfolgt durch die Stadt unter Berücksichtigung der kommunalpolitisch orientierten Zielvorgaben.

Instrumente für die laufende Steuerung und Überwachung sind Beschlüsse des Aufsichtsgremiums oder der Gesellschafter / Hauptversammlung zu Wirtschaftsplänen, Jahresabschlüssen, Lageberichten und sonstigen Vorlagen.

Die Stadt wird als Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung tätig. Ferner wird die Stadt über städtische Vertreter in den Aufsichtsgremien tätig.

Die Entscheidung über die Errichtung, Übernahme, wesentliche Erweiterung, Einschränkung oder Auflösung kommunaler Einrichtungen und Unternehmen, die Beteiligung an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts und die Änderung der Beteiligungsverhältnisse sowie die Umwandlung der Rechtsform kommunaler Einrichtungen und Unternehmen bleibt dem Stadtrat vorbehalten (vgl. § 44 Abs. 3 Ziffer 9 GO-LSA).

Gleiches gilt bei Stiftungen für die Umwandlung des Zwecks, die Zusammenlegung und Aufhebung von Stiftungen sowie die Verwendung des Stiftungsvermögens (vgl. § 44 Abs. 3 Ziffer 11 GO-LSA).

Die Stadt Halle (Saale) hat nach der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt (GO-LSA) die Aufgabe, das Beteiligungsmanagement durch eine fachlich geeignete Stelle zu gewährleisten.

Diese Gewährleistungsverpflichtung wurde durch Satzung als eigene Aufgabe auf die „BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)“ (nachfolgend BMA) übertragen.

Die BMA unterstützt die Stadt Halle (Saale) bei der Überwachung der Einhaltung der öffentlichen Aufgabenerfüllung und der Sicherstellung der wirtschaftlichen Ziele der Beteiligungsunternehmen.

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) hat in seiner Sitzung am 25. Oktober 2006 die Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale), zuletzt geändert durch Beschluss des Stadtrates am 26. Mai 2010, beschlossen.

Diese Richtlinie beschreibt einen verbindlichen Rahmen, wie das Beteiligungsmanagement in der Stadt Halle (Saale) im Zusammenwirken zwischen der Stadt, den städtischen Vertretern in Aufsichtsgremien und den Beteiligungen gewährleistet werden soll.

Die Stadt legt mit dieser Beteiligungsrichtlinie für sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen verbindlich die Regeln für das Beteiligungsmanagement fest.

Nicht zuletzt bildet die Beteiligungsrichtlinie die Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Stadt Halle (Saale) und ihren Beteiligungen.

2.4 BETEILIGUNGSPOLITIK

Beteiligungspolitik

Die **Beteiligungspolitik** der Stadt Halle (Saale) hat ihren Ursprung in der Ausgliederung von kommunalen Leistungen aus der Kernverwaltung. Aufgaben aus dem Bereich der Daseinsvorsorge sollen durch städtische Beteiligungen in verschiedenen privaten und öffentlichen Rechtsformen erbracht werden.

Die Balance zwischen Gewinnoptimierung und Daseinsvorsorge ist die zentrale Aufgabe der Stadt Halle (Saale) im Umgang mit ihren Beteiligungen. Mit dem Blick auf das **Wohl der städtischen Gemeinschaft** können die Beteiligungen die ihnen übertragenen Aufgaben rechtlich einwandfrei und in einer hohen Qualität erbringen sowie stets an den Bedürfnissen der Kunden/Bürger orientieren und ausrichten (Gebot der Erfüllung eines **öffentlichen Zwecks**).

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist eine leistungsstarke Kommunalwirtschaft als **Werkzeug politischer Gestaltung** eine wichtige Säule kommunalpolitischen Handelns. Dabei ist eine funktionelle Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die ansässigen Unternehmen gleichermaßen wichtig wie die Versorgungssicherheit.

Neben der eigenen Wirtschaftskraft der Beteiligungen bilden diese ein Grundfundament für eine aktive Wirtschaftspolitik. Eine **nachhaltige Beteiligungssteuerung** unter Berücksichtigung der zukünftigen **demografischen Herausforderungen** leistet einen wichtigen Beitrag zur Beschäftigungssicherung sowie Ausbildungsförderung und ist ein bedeutsames **Instrument der Arbeits- und Sozialpolitik**.

Unter Berücksichtigung angespannter Haushaltslagen gewinnt die Stärkung der kommunalen **Finanzkraft** im Zusammenhang mit der Beteiligungspolitik weiter an Bedeutung. Es werden neue Wege im Zusammenwirken der Stadt Halle (Saale) mit ihren Beteiligungen beschritten und die Betrachtungsweise als **Konzern-Stadt** rückt immer mehr ins Zentrum einer umsichtigen Beteiligungspolitik.

Darauf aufbauend übt die Stadt Halle (Saale) ihren **strategischen Einfluss** auf die Beteiligungen als Gesellschafter und über die städtischen Vertreter in den Aufsichtsgremien aus. Den Beteiligungen wird eine solide Basis für ihr **operatives Handeln** geschaffen.

Eine **fortwährende Überprüfung** des Beteiligungsportfolios zur Sicherung einer leistungsstarken und zukunftsfähigen Kommunalwirtschaft ist ein wichtiger Teil der Beteiligungspolitik.

Ein Beleg für die wirkungsvolle Beteiligungspolitik sind die wirtschaftlichen Erfolge der städtischen Beteiligungen mit ihren positiven Effekten auf den Haushalt der Stadt Halle (Saale).

2.5 ÜBERSICHT ÜBER AUSGEWÄHLTE FINANZ- UND BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE DATEN ALLER BEDEUTSAMEN BETEILIGUNGEN

**Finanzbeziehungen 2013 zwischen Kernhaushalt und
Beteiligungen**

Geschäfts- und Ertragslage

Finanzbeziehungen 2013 zwischen Kernhaushalt und Beteiligungen

Angaben in TEUR

		Transfer- aufwen- dungen ¹⁾	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.13)	Stand Bürg- schaften (31.12.13)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
1.	UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS	1.299								206	
	Stadtwerke Halle GmbH	1.299 ²⁾						206			
2.	VER- UND ENTSORGUNG		136				20.250			10.530	
	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau							(2.335 ³⁾)			
	A/V/E GmbH							(75 ³⁾)			
	Cives Dienste GmbH							(11 ³⁾)			
	Energieversorgung Halle Netz GmbH		2					(343 ³⁾)			
	Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft mbH (EWAG) Geiseltal							(88 ³⁾)			

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

²⁾ Zuschüsse Dritter zur Weiterleitung an HAVAG (1.299 TEUR); für die von der SWH ausgewiesenen städtischen Zuschüsse im Rahmen des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrages zur Finanzierung des ÖPNV (862 TEUR) hat die Stadt Halle (Saale) in der Eröffnungsbilanz eine Rückstellung gebildet; die Mittel sind erst im Jahr 2014 ausgezahlt worden.

³⁾ (quotaler) Gewinn vor Ergebnisverwendung

	Transfer- aufwen- dungen ¹⁾	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.13)	Stand Bürg- schaften (31.12.13)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
VER- UND ENTSORGUNG										
EVH GmbH		70					(24.352 ³⁾)		10.530 ⁴⁾	
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH										
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH							(382 ³⁾)			
Hafen Halle GmbH						2.802				
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH		64				17.448	(9.021 ³⁾)			
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH										
IT-Consult Halle GmbH							(1.139 ³⁾)			
Meter1 GmbH & Co. KG										
Meter1 Verwaltung GmbH										
M-Exchange AG							(3 ³⁾)			

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

³⁾ (quotaler) Gewinn vor Ergebnisverwendung

⁴⁾ Im Rechnungsergebnis der Stadt werden 10.220 TEUR für Strom und Gas sowie 310 TEUR für Fernwärme ausgewiesen.

Im Jahresabschluss der EVH GmbH wird demgegenüber ein um 2.030 TEUR geringerer Aufwand von insgesamt 8.500 TEUR abgebildet, und zwar für Konzessionsabgabe Strom (7.739 TEUR) und Gas (429 TEUR) sowie Entgelt für Fernwärmegestattung (332 TEUR). Der Ausweis der Stadt auf Basis der Zahlungsflüsse fällt gegenüber der Bilanzierung bei der EVH nach periodengerechter Zuordnung um 2.030 TEUR höher aus. Zahlungen auf Konzessionsabgabe für 2012 sind in 2013 vereinnahmt worden (4.055 TEUR), während Zahlungen von 2.003 TEUR für 2013 erst in 2014 geflossen sind. Analog wurden Zahlungen für Fernwärmegestattung (im Saldo 22 TEUR) behandelt.

Transfer- aufwen- dungen ¹⁾	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.13)	Stand Bürg- schaften (31.12.13)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

VER- UND ENTSORGUNG

RAB Halle GmbH							(266 ³⁾)			
RES Recycling und Entsorgungs- Service Sangerhausen GmbH										
Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH ⁵⁾										
TELONON Abwasserbehandlung GmbH							(15 ³⁾)			
WER-Wertstofferfassung und Recycling Halle GmbH							(14 ³⁾)			
W + H Wasser- und Haustechnik GmbH							(62 ³⁾)			

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

³⁾ (quotaler) Gewinn vor Ergebnisverwendung

⁵⁾ Umfirmierung im Jahr 2014 in SHS Energiedienste GmbH

		Transfer- aufwen- dungen ¹⁾	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.13)	Stand Bürg- schaften (31.12.13)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
3. VERKEHR		4.329					9.978	40			
	Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin						33	40 ³⁾			
	Hallesche Verkehrs-AG	3.100 ⁶⁾					9.945				
	Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1.229									
	OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH							(55 ³⁾)			
	Saalebus GmbH							(23 ³⁾)			
	Servicegesellschaft Saale mbH							(1 ³⁾)			

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

³⁾ (quotaler) Gewinn vor Ergebnisverwendung

⁶⁾ Zuschuss Rosengarten (3.100 TEUR) und zusätzlich Zahlungen für Stadtbahnprogramm (1.005 TEUR), Straßenbahnankauf (839 TEUR), Maßnahme Große Ulrichstraße, Beesener Straße und Delitzscher Straße (1.383 TEUR), Außenanlagen Betriebshof (800 TEUR), Einbau Rampen in Straßenbahnen (700 TEUR) und Ausgleichsleistungen Ausbildungsverkehr (3.515 TEUR)

		Transfer- aufwen- dungen ¹⁾	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.13)	Stand Bürg- schaften (31.12.13)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
4.	WOHNUNGSWIRTSCHAFT					0		2.942	17.557		14
	Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH							(214 ³⁾)			
	Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)**							9 ³⁾			
	GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH								5.557		
	Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH					0		2.933	12.000		14
	HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG										

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2013 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor.

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

³⁾ (quotaler) Gewinn vor Ergebnisverwendung

		Transfer- aufwen- dungen ¹⁾	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.13)	Stand Bürg- schaften (31.12.13)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
5.	WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG	1.531	4.833			500		217			
	Bio-Zentrum Halle GmbH							31 ³⁾			
	Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG		4.833 ⁷⁾								
	Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH							3 ³⁾			
	MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	420 ⁸⁾				500 ⁹⁾		90 ³⁾			
	Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.111						13 ³⁾			
	TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH							80 ³⁾			

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

³⁾ (quotaler) Gewinn vor Ergebnisverwendung

⁷⁾ Periodengerecht ermittelter Gesamtbetrag der Investitionszuschüsse (weitergeleitete Fördermittel). Im Jahr 2013 sind Zuschüsse für die Erschließung in Höhe von 5.955 TEUR überwiesen worden. Der Eigenmittelanteil der Stadt Halle (Saale) beträgt 0 TEUR.

⁸⁾ davon 250 TEUR (MMZ: 210 TEUR netto) zweckgebundene Mittel für die Beseitigung von Hochwasserschäden aus dem Fluthilfefonds und 170 TEUR als planmäßiger Betriebskostenzuschuss

⁹⁾ Mehrausgabe zur Vorfinanzierung der Kosten für die Beseitigung der Flutfolgen im MMZ gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 10. Juli 2013 (Beschlussvorlage: V/2013/11887)

		Transfer- aufwen- dungen ¹⁾	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.13)	Stand Bürg- schaften (31.12.13)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
6.	GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT	36.485	960			1.067	10.831	57			91
	Bäder Halle GmbH	3.944 ¹⁰⁾						(15 ³⁾)			
	Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH										
	Eigenbetrieb für Arbeitsförderung	2.417									
	Eigenbetrieb Kindertagesstätten	29.754 ¹¹⁾	960 ¹²⁾					57 ¹³⁾			
	FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH							(1 ³⁾)			
	Maya mare GmbH & Co. KG										
	Oelhaf-Zeysesche-Stiftung										
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale					1.067	6.990				91

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

³⁾ (quotaler) Gewinn vor Ergebnisverwendung

¹⁰⁾ Zuschuss der Stadt Halle (Saale) von 3.686 TEUR zzgl. 258 TEUR USt; die Bäder Halle GmbH weist einen notwendigen Betriebskostenzuschusses von 3.683 TEUR netto aus.

¹¹⁾ inkl. 731 TEUR Nachzahlung der Abrechnung KJHG für die Jahre 2008-2010 und inkl. 1.724 TEUR an Abgeltung für Altersteilzeit

¹²⁾ Krippenausbauprogramm

¹³⁾ Der Beschluss zur Ausschüttung des Jahresüberschusses 2012 ist vom Stadtrat der Stadt Halle (Saale) mit Beschluss über den Jahresabschluss 2012 (Beschlussvorlage: V/2013/12330) erst im Jahr 2014 gefasst worden.

Transfer- aufwen- dungen ¹⁾	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.13)	Stand Bürg- schaften (31.12.13)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT

Serva GmbH									
Stadion Halle Betriebs GmbH**	370								
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)					3.841				
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung									

7. KULTUR 37.329 256 39

Stiftung Händel-Haus**	2.056								
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	32.600					39			
Zoologischer Garten Halle GmbH	2.673	256							

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2013 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor.

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

		<i>Transfer- aufwen- dungen¹⁾</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.13)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.13)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
8.	BETEILIGUNGSMANAGEMENT	963								107	
	BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	963							107		
	SUMME	81.936	6.185			1.567	41.059	3.501	17.664	10.530	105

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

Geschäfts- und Ertragslage

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2013

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH*	4.715	3.130	-3.624	343.633	234.490	64.445	169.389	49,3	80	0
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	8.633	5.906	601	66.623	1.286	27	4.073	6,1	44	2
A/V/E GmbH	22.573	22.447	483	5.440	874	266	2.030	37,3	317	14
Cives Dienste GmbH	767	765	87	163	13	15	25	15,4	30	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	112.891	110.306	385	30.096	3.650	487	2.136	7,1	118	16
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	5.025	4.718	345	4.795	3.707	194	1.601	33,4	56	0
EVH GmbH	421.727	395.974	14.490	312.884	225.686	21.330	77.917	24,9	427	33
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-45	84	0	0	74	88,6	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	42.284	38.936	1.165	145.862	136.942	14.980	110.838	76,0	223	7
Hafen Halle GmbH	4.577	3.668	-1.251	16.421	13.666	295	731	4,5	33	3
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	123.060	117.526	10.620	451.655	410.045	21.040	72.198	16,0	610	59
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH*	37.005	36.447	386	33.631	27.134	1.910	1.149	3,4	0	0
IT-Consult Halle GmbH	22.428	22.707	1.766	9.970	501	256	522	5,2	183	3
Meter1 GmbH & Co. KG	494	475	-854	641	141	395	363	56,7	6	0
Meter1 Verwaltung GmbH	136	125	1	62	0	0	28	46,3	0	0
M-Exchange AG	1.088	1.045	21	460	232	52	264	57,4	4	0
RAB Halle GmbH	5.013	4.891	302	3.983	2.625	150	1.708	42,9	3	0
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	4.809	4.761	346	4.657	2.621	313	2.570	55,2	54	0

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2013 erfolgt.

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2013

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Ver- und Entsorgung										
Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH ¹⁾	3.012	2.744	-57	1.243	27	4	22	1,8	7	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	3.261	3.261	14	668	0	0	26	3,8	0	0
WER-Wertstofferrfassung und Recycling Halle GmbH	269	198	54	801	0	0	696	86,9	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	3.908	3.789	171	964	230	61	225	23,3	59	1
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin*	665	596	56	2.206	1.952	137	1.111	50,4	8	0
Hallesche Verkehrs-AG*	55.623	39.605	-560	313.754	300.867	16.145	83.583	26,6	709	31
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH*	951	623	0	1.331	149	39	461	34,7	29	0
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH*	12.535	11.609	57	10.161	8.020	1.332	4.787	47,1	110	0
Saalebus GmbH	2.123	2.115	5	362	0	0	136	37,4	30	0
Servicegesellschaft Saale mbH	1.604	1.595	1	275	82	14	130	47,3	54	0
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	3.150	2.796	241	1.569	188	51	526	33,5	26	0
EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)**										
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH*	48.052	46.289	3.009	331.673	299.612	20.084 ²⁾	165.760	50,0	110	7
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH*	86.604	80.543	8.900	559.934	507.758	34.858	247.623	44,2	233	6
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	5.661	5.651	0	73.530	73.513	0	10	0,0	0	0
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH*	1.845	1.761	98	10.937	8.258	97	6.561	60,0	2	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG*	1.398	1.206	334	18.811	1	2	17.739	94,3	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH*	234	0	3	168	0	0	68	40,7	2	0

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2013 erfolgt.

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2013 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor.

¹⁾ Umfirmierung im Jahr 2014 in SHS Energiedienste GmbH

²⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2013

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	2.263	396	-847	6.542	6.212	571	1.217	18,6	3	0
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.694	530	-8	343	64	36	127	37,1	22	0
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH*	4.206	3.996	116	34.159	30.979	29	14.405	42,2	5	0
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	4.915	1.014	-6	11.859	7.155	2.560	5.543	46,7	45	0
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH*	5.839	5.374	-325	19.405	15.374	533	5.731	29,5	65	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung*	7.771	1.179	0	16.073	52	24	37	0,2	552	0
Eigenbetrieb Kindertagesstätten*	34.097	32.831	-84	41.201	34.006	796	21.029	51,0	719	0
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	8	8	1	57	0	0	50	87,7	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG*	5.386	4.653	0	11.591	10.868	310	3.518	30,3	103	9
Oelhafe-Zeyse-Stiftung	42	0	15	535	311	0	535	100,0	0	0
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	19.092	16.895	146	57.998	54.762	604	16.909	29,2	390	14
Serva GmbH	617	607	4	150	22	13	81	54,0	38	0
Stadion Halle Betriebs GmbH**										
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)*	6.926	5.149	-153	32.486	31.711	319	18.226	56,1	63	4
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	21	0	14	515	344	0	515	100,0	0	0
Kultur										
Stiftung Händel-Haus*	299	78	-89	19.753	8.548	70	18.719	94,8	19	0
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	4.117	3.518	187	32.433	27.657	802	26.731	82,4	481	3
Zoologischer Garten Halle GmbH*	6.539	1.400	-535	25.934	25.603	234	3.749	14,5	80	0
Beteiligungsmanagement										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	996	0	59	362	133	20	71	19,7	9	0

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2013 erfolgt.

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2013 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor.

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2012

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH	16.246	3.257	206	282.978	191.375	22.377	173.013	61,1	75	0
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	10.274	6.220	2.335	68.324	1.260	0	5.807	8,5	52	4
A/V/E GmbH	22.518	22.239	314	4.866	921	398	1.861	38,2	312	14
Cives Dienste GmbH	644	639	11	133	0	0	25	18,8	31	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	104.673	101.946	343	36.879	1.595	446	25	0,1	65	7
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	5.235	5.103	439	4.888	3.847	201	1.256	25,7	56	0
EVH GmbH	462.796	436.666	24.352	341.143	232.220	17.196	77.917	22,8	471	50
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-13	129	0	0	120	92,6	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	45.256	41.981	1.670	147.530	134.124	10.062	109.673	74,3	223	7
Hafen Halle GmbH	4.507	4.096	-961	16.185	14.146	127	731	4,5	33	4
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	119.513	115.273	9.021	432.404	407.414	26.930	70.998	16,4	621	65
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	70.287	66.893	-9.575	34.702	27.129	5.141	763	2,2	0	0
IT-Consult Halle GmbH	20.756	20.540	1.139	11.172	597	282	522	4,7	179	2
Meter1 GmbH & Co. KG	143	121	-596	447	44	61	317	71,0	5	0
Meter1 Verwaltung GmbH	135	127	1	69	0	0	27	39,5	0	0
M-Exchange AG	1.201	1.151	46	457	284	95	243	53,2	3	0
RAB Halle GmbH	4.758	4.615	266	4.002	3.002	434	1.708	42,7	1	0
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	4.523	4.444	349	4.766	2.854	66	2.225	46,7	56	0
Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH	2.716	2.626	-217	1.470	35	2	22	1,5	7	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	3.172	3.172	15	710	0	0	26	3,6	0	0
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	210	198	23	810	0	0	664	82,0	2	0

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2012

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Ver- und Entsorgung										
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	4.228	4.094	62	785	224	55	225	28,6	57	1
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	715	581	97	2.156	1.906	16	1.056	49,0	8	0
Hallesche Verkehrs-AG	52.162	37.696	-129	325.346	309.505	21.398	83.583	25,7	724	32
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	966	512	0	1.349	230	63	461	34,2	26	0
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	12.175	11.302	108	10.231	8.048	967	4.730	46,2	112	0
Saalebus GmbH	1.984	1.964	46	331	0	0	130	39,4	31	0
Servicegesellschaft Saale mbH	1.432	1.409	1	252	92	27	129	51,1	52	0
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	3.365	3.407	214	1.564	195	101	526	33,6	26	0
EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)	34.587	32.292	9	28.995	635	60	1.598	5,5	196	5
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	46.759	44.861	2.462	331.649	297.820	14.161 ¹⁾	168.308	50,7	106	8
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	85.669	78.285	8.772	540.806	483.906	20.381	250.720	46,4	225	7
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	5.865	5.859	0	74.889	74.874	0	10	0,0	0	0
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH	1.721	1.736	61	11.297	9.743	1.510	6.463	57,2	2	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	623	399	-512	19.460	0	0	17.421	89,5	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	222	0	3	157	0	0	65	41,6	2	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	1.910	730	90	8.224	7.777	56	2.064	25,1	5	0
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.800	589	23	329	44	54	135	41,0	23	0
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	4.184	3.927	133	35.747	33.808	2.001	14.289	40,0	5	0

¹⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2012

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	4.891	982	15	6.762	5.030	1.346	789	11,7	51	0
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	6.526	6.137	73	20.456	16.238	345	6.056	29,6	71	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung	8.280	3.030	0	10.582	46	22	37	0,4	542	0
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	33.661	31.723	57	42.196	34.884	1.196	21.169	50,2	679	0
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	9	9	1	56	0	0	48	86,2	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG	5.363	4.639	0	12.495	11.926	325	3.518	28,2	110	14
Oelhaf-Zeysesche-Stiftung	16	0	14	547	311	0	547	100,0	0	0
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	19.148	16.838	167	59.304	56.010	10.150	16.763	28,3	392	11
Serva GmbH	489	483	5	131	15	3	81	61,8	32	0
Stadion Halle Betriebs GmbH	1.457	868	0	1.030	687	17	24	2,4	0	0
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	6.130	4.519	-311	32.848	32.315	3.720	18.379	56,0	58	3
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	12	0	11	509	344	0	509	100,0	0	0
Kultur										
Stiftung Handel-Haus	875	89	45	21.540	8.667	190	20.873	96,9	24	0
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	3.950	3.069	39	33.036	29.972	1.744	28.186	85,3	492	5
Zoologischer Garten Halle GmbH	7.021	1.304	-270	28.120	27.134	372	4.283	15,2	80	8
Beteiligungsmanagement										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	849	0	55	401	144	14	119	29,8	7	0

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2011

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH	2.761	2.185	7.524	313.109	183.830	21.283	172.807	55,2	54	0
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	10.559	7.226	1.152	67.935	1.260	0	3.624	5,3	60	5
A/V/E GmbH	22.613	22.363	576	5.256	1.054	393	2.123	40,4	282	12
Cives Dienste GmbH	632	627	3	79	0	0	25	31,6	37	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	103.830	100.940	3.616	35.743	1.607	848	25	0,1	63	7
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	4.949	4.772	214	4.999	4.108	1.060	817	16,3	57	0
EVH GmbH	454.512	428.682	23.021	336.424	235.389	22.471	77.917	23,2	485	51
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-39	142	0	0	133	93,5	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	40.862	36.845	2.437	140.282	133.462	10.134	108.003	77,0	224	7
Hafen Halle GmbH	3.913	3.430	-1.264	17.063	14.828	320	731	4,3	32	2
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	119.153	115.096	9.067	444.055	398.688	17.162	68.898	15,5	648	70
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	64.377	59.494	-1.282	36.115	22.448	12.928	10.338	28,6	0	0
IT-Consult Halle GmbH	20.383	19.573	1.663	10.348	710	530	522	5,0	124	0
Meter1 GmbH & Co. KG	3	3	-458	385	3	5	313	81,4	2	0
Meter1 Verwaltung GmbH	8	7	1	29	0	0	26	91,9	0	0
M-Exchange AG	1.249	1.211	115	659	293	190	197	29,9	3	0
RAB Halle GmbH	4.406	4.271	256	4.375	3.059	431	1.708	39,0	1	0
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	4.898	4.731	553	5.680	3.358	2.053	1.876	33,0	58	0
Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH	2.492	2.394	-305	1.845	45	57	22	1,2	0	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	3.330	3.330	17	673	0	0	26	3,8	0	0

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2011

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Ver- und Entsorgung										
WER-Wertstofferrfassung und Recycling Halle GmbH	213	209	15	781	0	0	656	84,0	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	4.935	4.761	350	1.124	239	61	225	20,0	57	2
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	685	590	54	2.229	1.983	26	959	43,0	8	0
Hallesche Verkehrs-AG	51.375	38.514	3.000	336.187	312.036	21.612	83.583	24,9	757	29
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1.191	485	0	1.359	296	65	461	34,0	26	1
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	11.918	11.001	3	10.647	8.345	1.322	4.623	43,4	110	0
Saalebus GmbH	1.760	1.750	2	297	0	0	85	28,5	31	0
Servicegesellschaft Saale mbH	1.434	1.413	15	253	92	17	128	50,5	52	0
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	3.609	3.411	67	1.425	147	31	526	36,9	35	0
EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)	33.839	32.534	1	27.546	772	68	1.588	5,8	198	3
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	46.066	45.349	2.911	329.025	298.749	13.764 ¹⁾	165.846	50,4	103	8
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	83.838	78.251	6.610	531.472	475.090	21.878 ²⁾	241.948	45,5	222	10
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	5.886	5.879	0	76.248	76.236	0	10	0,0	0	0
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH	1.804	1.728	49	11.696	9.812	1.019	6.402	54,7	3	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	2.149	2.290	1.130	20.515	0	0	17.932	87,4	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	237	0	3	155	1	0	63	40,5	2	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	16.042	686	-5.716	9.264	8.397	465	1.974	21,3	7	0

¹⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

²⁾ vor Abzug von Zuschüssen (381 TEUR)

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2011

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.694	486	4	339	41	34	111	32,9	22	0
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	4.019	3.695	37	37.469	34.394	1.563	14.156	37,8	6	0
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	4.474	722	-2	5.362	4.046	3.989	324	6,0	29	0
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	6.313	5.692	-2	21.202	16.780	275	5.983	28,2	78	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung	7.169	6.081	0	6.425	40	24	37	0,6	423	0
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	32.282	31.341	37	43.012	34.985	1.760	21.086	49,0	644	0
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	18	18	1	55	0	0	47	84,9	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG	5.541	4.485	-218	13.404	12.966	327	3.520	26,3	119	18
Oelhafte-Zeysesche-Stiftung	15	0	9	545	304	0	545	100,0	0	0
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	18.093	16.462	202	53.842	49.674	1.304	16.403	30,5	398	10
Serva GmbH	395	380	2	131	18	18	81	61,5	26	0
Stadion Halle Betriebs GmbH	545	344	-1	929	778	827	24	2,6	0	0
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	5.539	4.041	-179	33.465	31.314	5.171	18.690	55,9	47	3
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	14	0	14	518	344	0	518	100,0	0	0
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	924	61	146	23.857	8.663	72	23.405	98,1	24	1
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	37.638	37.299	20	31.408	29.941	2.886	28.147	89,6	534	9
Zoologischer Garten Halle GmbH	6.564	1.481	-1.478	29.080	28.535	776	4.553	15,7	78	9
Beteiligungsmanagement										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	974	0	184	492	160	13	202	41,1	8	0

2.6 ERLÄUTERUNGEN BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER FACHBEGRIFFE

Abschreibung

Über die Abschreibung soll die Wertminderung abgebildet werden, die im Laufe der Nutzung der Vermögensgegenstände (in der Regel das Anlagevermögen eines Unternehmens) eintritt. Die Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Aufwand abgebildet. Die Abschreibungen werden nicht liquiditätswirksam.

Abschreibungsursachen (Abschreibungsgründe)

Technische Ursachen können in gewöhnlichem Verschleiß oder in außergewöhnlichem Verschleiß (Katastrophenverschleiß) liegen. Als wirtschaftliche Ursachen kommen Nachfrageverschiebungen und Fehlinvestitionen sowie Ineffizienz in Frage. Rechtliche Ursachen können auf Entwertung durch gesetzgeberische Maßnahmen, auf dem zeitlichen Ablauf von Verträgen (Miet-, Pacht-, Leasing-, Franchiseverträge) oder Schutzrechten (Konzessionen, Patente, Lizenzen, Musterschutz) beruhen.

Abschreibungsarten

Im Handelsrecht unterscheidet man planmäßige Abschreibungen (im Voraus in einem Abschreibungsplan festgelegte Abschreibungen) und außerplanmäßige Abschreibungen. Das Steuerrecht subsumiert unter Abschreibungen sechs Unterarten: Absetzung für Abnutzung (AfA) und Absetzung für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung (AfaA), Absetzung für Substanzverringerung (AfS), erhöhte Absetzungen, Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter, Sonderabschreibungen und Teilwertabschreibungen.

Abschreibungsmethoden

Die lineare Abschreibung verteilt die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten gleichmäßig auf die voraussichtlichen Nutzungsjahre. Die degressive Abschreibung verteilt die entsprechenden Beträge in fallenden Raten über die voraussichtliche Nutzungsdauer. Eine Kombination der degressiven und der linearen Abschreibung ist unter bestimmten Bedingungen zulässig. Seltener wird eine Leistungsabschreibung verwendet, welche die Abschreibungen nach der verbrauchten Leistungsmenge bei einer vorher definierten Gesamtleistung ermittelt.

Abschreibungen (Bedeutung)

Abschreibungen mindern als Aufwand den ausgewiesenen Gewinn, der u. a. für Ausschüttungen und Steuerzahlungen maßgeblich ist. Durch die Wahl der Abschreibungsmethode und die Schätzung der betrieblichen Nutzungsdauer lässt sich der auszuweisende Periodengewinn beeinflussen. Damit wird den Unternehmen ein Bewertungsspielraum eingeräumt, durch den ein Unternehmen u. a. die Möglichkeit besitzt, stille Rücklagen (stille Reserven) zu bilden.

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen bezeichnet die Teile des Vermögens eines Unternehmens, die nicht zur Veräußerung bestimmt sind und die dem Betriebszweck dauerhaft dienen. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme (Vermögensstruktur) ist in der Regel in der Industrie erheblich höher als im Handel. Die Finanzierung des Anlagevermögens sollte mit langfristig dem Unternehmen zur Verfügung stehendem Kapital erfolgen (Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital).

Anlagevermögen (Zusammensetzung)

Das Anlagevermögen unterteilt sich in immaterielle Vermögensgegenstände (z. B. Konzessionen, Firmenwert, geleistete Anzahlungen), Sachanlagen (z. B. Grundstücke und Bauten, technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung) und Finanzanlagen (z. B. Beteiligungen, Wertpapiere des Anlagevermögens). Der Verbrauch bzw. Verschleiß des Anlagevermögens wird über Abschreibungen oder Wertberichtigungen abgebildet.

Cashflow

Der Cashflow gibt den in einer Periode erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss an. Dieser steht dem Unternehmen u. a. für Investitionen, Kredittilgung und Ausschüttungen zur Verfügung. Er ist Indikator für die Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens.

Cashflow (Berechnung)

Die Grundlage für die Berechnung des Cashflows bildet das Jahresergebnis. Dieses wird um die nicht liquiditätswirksamen Aufwands- und Ertragspositionen bereinigt. In der Mehrzahl der Fälle wird der Cashflow hinreichend genau aus dem Jahresergebnis zuzüglich der Abschreibungen ermittelt. Sofern von Relevanz, können zusätzlich die Veränderungen der Rückstellungen und die Auflösung des Sonderpostens zur Ermittlung des Cashflow herangezogen werden.

Cashflow (Beurteilung)

Die Cashflow-Analyse erlaubt gute Einsichten in die Aktivitäten eines Unternehmens. Weil die Cashflow-Analyse aber historische Daten verarbeitet, ist ihr Prognosewert begrenzt.

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Die GuV ist eine Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen einer Periode zur Ermittlung des Jahresergebnisses und der Darstellung seiner Quellen. Sie ist Pflichtbestandteil des Jahresabschlusses von Kaufleuten (§ 242 Abs. 3 HGB). Die GuV kann in Konto- oder Staffelform aufgestellt werden. Wegen der größeren Übersichtlichkeit ist für Kapitalgesellschaften die Staffelform zwingend vorgeschrieben (§ 275 Abs. 1 HGB). Dabei kann von ihnen entweder das Gesamtkostenverfahren oder das Umsatzkostenverfahren angewendet werden.

Investition

Zielgerichtete, in der Regel langfristige Kapitalbindung zur Erwirtschaftung zukünftiger Erträge. Nach ihrem Zweck ist zwischen Gründungs-, Ersatz-, Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestition zu unterscheiden, wobei sich diese Zwecke zum Teil auch gegenseitig überlagern. Nach der Art kann zwischen Realinvestition (z. B. in Betriebs- und Geschäftsausstattung), Finanzinvestitionen (z. B. Beteiligungen an anderen Unternehmen) und immateriellen Investitionen (z. B. Software) unterschieden werden.

Jahresergebnis/Bilanzergebnis

Begriff der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) (§ 275 HGB) sowie der Bilanz (§ 266 HGB) von Kapitalgesellschaften. Das Jahresergebnis ergibt sich als Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen eines Geschäftsjahres. Ein Jahresüberschuss ergibt sich aus einer positiven Differenz, ein Jahresfehlbetrag aus einer negativen. Bei der Ermittlung des Jahresergebnisses werden Gewinn-/Verlustvortrag, Entnahmen aus bzw. Einstellungen in Rücklagen nicht berücksichtigt.

Zur Ermittlung des Bilanzergebnisses wird der Jahresüberschuss unter Berücksichtigung der Ergebnisverwendung aufgestellt. In der GuV werden in diesem Fall unterhalb des Jahresergebnisses zusätzlich Ausschüttungen, Entnahmen oder Einstellungen aus bzw. in Rücklagen und der Gewinn- oder Verlustvortrag eingerechnet.

Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)

Die RAP dienen der zeitlichen Zuordnung von Einnahmen und Ausgaben und somit der periodengerechten Erfolgsermittlung. Sie beinhalten Geschäftsvorfälle, die im alten Jahr zu Ausgaben bzw. Einnahmen geführt haben, deren Ergebniswirkung jedoch eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag eintritt. Man unterscheidet in den aktiven RAP (auf künftige Jahre zuzurechnender Aufwand) und passiven RAP (auf künftige Jahre zuzurechnende Erträge).

Rückstellungen

Rückstellungen sind nach dem Handelsrecht Verbindlichkeiten, Verluste oder Aufwendungen, die hinsichtlich ihrer Entstehung oder Höhe ungewiss sind. Durch die Bildung der Rückstellungen sollen die später zu leistenden Ausgaben den Perioden zugerechnet werden, in denen sie wirtschaftlich verursacht wurden.

Rückstellungen werden u. a. für Instandhaltungen, Prozesse, Garantieverpflichtungen und Pensionen gebildet. Üblich sind Rückstellungen für weitere Aufwendungen, die dem Geschäftsjahr oder einem früheren Geschäftsjahr zuzuordnen sind. Alle Rückstellungen sind bei Inanspruchnahme oder Wegfall des Grundes aufzulösen.

Sonderposten

Der Sonderposten stellt für das Unternehmen eine unversteuerte Rücklage dar, der erst bei seiner Auflösung das steuerliche Ergebnis wieder erhöht. Die Auflösung des Sonderpostens richtet sich nach den steuerrechtlichen Vorschriften. Im Fall von kommunalen Unternehmen enthält der Sonderposten häufig die für Investitionen in das Anlagevermögen erhaltenen Fördermittel und Zuschüsse. Der Sonderposten wird in diesem Fall analog der Abschreibung über den Nutzungszeitraum des Anlagevermögens ertragswirksam aufgelöst.

Sonderverlustkonto

Regelung gemäß § 17 Abs. 4 DM-Bilanz-Gesetz im Zusammenhang mit der Bilanzerstellung in den neuen Bundesländern nach der Währungsumstellung: Bei erstmaliger Erstellung der Eröffnungsbilanz wurden die gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB zu bildenden Rückstellungen auf der Aktivseite in einem Sonderverlustkonto gesondert ausgewiesen. Der dort aktivierte Betrag wurde/wird in den Folgejahren in dem Umfang abgeschrieben, in dem Aufwendungen zur Erfüllung der zurückgestellten Verpflichtungen entstehen.

Umlaufvermögen

Vermögensgegenstände, die nicht dazu bestimmt sind, dem Geschäftsbetrieb dauerhaft zu dienen. Es enthält die Vermögensgegenstände, die relativ kurzfristig verbraucht bzw. umgesetzt werden, z. B. Vorräte, Forderungen, Bankguthaben, Schecks (Gegensatz: Anlagevermögen).

Verlustvortrag

Einkommens- und körperschaftsteuerrechtlicher Begriff. Durch den Verlustvortrag können die im Verlustentstehungsjahr nicht anrechnungsfähigen Verluste in den folgenden Veranlagungszeiträumen als Sonderausgaben vom Gesamtbetrag der Einkünfte abgezogen werden. Negative Einkünfte (Verluste) können bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Einkommens abgezogen werden (Verlustabzug). Dadurch wird verhindert, dass die Steuerpflichtigen Einkommensteuer auf ihre Gewinne aus einer ihrer Tätigkeiten zahlen müssen, wenn sie die entsprechenden Beträge in Wahrheit längst durch eine andere Betätigung verloren haben und deshalb über gar keine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mehr verfügen, die sie zur Steuerzahlung befähigen können. Verluste aus einer Einkunftsart sind zunächst vorrangig mit Gewinnen aus derselben Einkunftsart zu saldieren (sog. horizontaler Verlustausgleich). Soweit hiernach noch Verluste nicht berücksichtigt worden sind, sind sie mit den Einkünften aus anderen Einkunftsarten zu verrechnen (vertikaler Verlustausgleich). Bleibt auch nach diesem Verrechnungsschritt noch ein Verlustüberhang übrig, findet ein Ausgleich mit dem Einkommen des vorigen Veranlagungszeitraums statt (Verlustrücktrag) und, wenn auch dann noch Verluste nicht ausgeglichen werden konnten, kommt es zur Verrechnung mit dem Einkommen folgender Jahre (Verlustvortrag).

(Quelle: Gabler-Wirtschafts-Lexikon, 16. Auflage 2004, Wiesbaden: Gabler)

2.7 ERLÄUTERUNGEN DER BILANZ- UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

Umsatzrentabilität

$$\frac{\text{Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung} \times 100}{\text{Umsatzerlöse}}$$

Kennzahlen-Aussage

Die Kennzahl zeigt auf, welcher Prozentsatz des Umsatzes nach Abzug aller Kosten, des Finanzergebnisses, Steuern und außerordentlicher Positionen dem Unternehmen als Gewinn zufließt. Die Umsatzrendite ist insbesondere innerhalb der Unternehmung für den Vergleich einzelner Konzerneinheiten eine sinnvolle Größe, um zu beurteilen, welcher Teilbereich welche Rendite erwirtschaften konnte. Somit lassen sich rentable von unrentablen Geschäftseinheiten unterscheiden.

Kennzahlen-Herkunft

Der Gewinn kann aus der Gewinn- und Verlustrechnung entnommen werden, ebenso die Umsatzerlöse.

Eigenkapitalrentabilität

$$\frac{\text{Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung} \times 100}{\text{bilanzielles Eigenkapital (bereinigt um Bilanzgewinn/Bilanzverlust)}}$$

Kennzahlen-Aussage

Die Rendite gibt Aufschluss, in welcher Höhe das von den Aktionären zur Verfügung gestellte Kapital verzinst wurde. Die Eigenkapitalrendite ist bei konstantem Gewinn umso höher, je niedriger das eingesetzte Eigenkapital ist (Leverage Effekt).

Ziel eines Unternehmens muss es sein, eine Rentabilität zu erwirtschaften, die dem Kapitalmarktzins plus einer branchenabhängigen Risikoprämie (in der Regel zwischen 5-10 %) entspricht.

Kennzahlen-Herkunft

Das Jahresergebnis kann aus der Gewinn- und Verlustrechnung und das Eigenkapital aus der Bilanz entnommen werden.

Cashflow

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung
+ Abschreibungen auf Anlage- und Umlaufvermögen
+ Aufwendungen für Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes
+ Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens
= Cashflow

Kennzahlen-Aussage

Der Cashflow ist eine Kennzahl, die angibt, welchen Mittelzufluss ein Unternehmen in einer Periode aus dem Umsatzprozess erwirtschaftet hat und was somit unterjährig für Investitionen, Tilgungszahlungen oder Gewinnausschüttungen zur Verfügung steht (Finanzmittelüberschuss). Er ist ein Maßstab für die Selbstfinanzierungskraft eines Unternehmens und zeigt die finanzielle Flexibilität und finanzielle Unabhängigkeit von außenstehenden Geldgebern an. Ein niedriger Cashflow führt zu einer Schwächung des Eigenkapitals, somit zu einem erhöhten Verschuldungsgrad und schließlich zwangsläufig zu einer wachsenden Zinslast. Das Wachstumspotential des Unternehmens wird eingeschränkt.

Kennzahlen-Herkunft

Die für den Cashflow relevanten Angaben sind aus der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz ersichtlich.

Gesamtleistung je Mitarbeiter

Umsatzerlöse
+/- Bestandsveränderungen
+ aktivierte Eigenleistungen
+ sonstige betriebliche Erträge

Mitarbeiterzahl (ohne Auszubildende) im Jahresdurchschnitt

Kennzahlen-Aussage

Die Gesamtleistung je Beschäftigtem gibt den Anteil eines Beschäftigten an der Gesamtleistung des Unternehmens in einer bestimmten Periode an.

Kennzahlen-Herkunft

Die Zahlen sind aus der Buchhaltung sowie der Personalwirtschaft ersichtlich.

Personalaufwandsquote

Personalaufwand x 100

Umsatzerlöse

+/- Bestandsveränderungen

+ aktivierte Eigenleistungen

+ sonstige betriebliche Erträge

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl gibt Aufschluss über die Personal- und Arbeitsintensität des Unternehmens. Sie stellt eine wichtige Kennzahl dar, da Personalkosten fixe Kosten sind und problematisch werden, wenn die Erlöse sinken.

Kennzahlen-Herkunft

Neben dem reinen Personalaufwand sind die Pensionsrückstellungen zu berücksichtigen sowie die sozialen Abgaben. Ein kalkulatorischer Unternehmerlohn wird dagegen nicht berücksichtigt.

Sachanlagenintensität

Sachanlagen x 100

Bilanzsumme

Kennzahlen-Aussage

Die Sachanlagenintensität beschreibt die Beziehung zwischen Sachanlage- und Gesamtvermögen. Je höher die Anlagenintensität, desto länger ist die zeitliche Bindung finanzieller Mittel und desto höher sind i. d. R. die damit verbundenen Fixkosten. Die Kennzahl gibt Aufschluss über die Anpassungsfähigkeit des Unternehmens an veränderte Marktbedingungen. Bei Betrachtung der Anlagenintensität ist die Branchenzugehörigkeit eines Unternehmens zu berücksichtigen.

Kennzahlen-Herkunft

Die benötigten Informationen erhält man aus der Bilanz.

Eigenkapitalquote

$$\frac{\text{bilanzielles Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl sagt aus, wie hoch der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital ist. Sie wird zur Beurteilung der Kapitalkraft des Unternehmens herangezogen. Je höher die Eigenkapitalquote, umso größer ist prinzipiell die Ausgleichsmöglichkeit durch Eigenkapital von eingetretenen Verlusten der Unternehmung.

Kennzahlen-Herkunft

Unter dem Begriff Eigenkapital ist zusammenzufassen: das (gezeichnete) Kapital, Kapital- und/oder Gewinnrücklagen, Gewinnvortrag und Jahresüberschuss. Alle Angaben sind aus der Bilanz abzulesen.

Fremdkapitalquote

$$\frac{(\text{Bilanzsumme} - \text{bilanzielles Eigenkapital}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl gibt Auskunft darüber, wie hoch der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital ist. Die Fremdkapitalquote lässt Rückschlüsse auf die finanzielle Stabilität eines Unternehmens zu.

Kennzahlen-Herkunft

Aus der Bilanz kann die Höhe der Bankverbindlichkeiten entnommen werden, ferner alle Verbindlichkeiten, Sonderposten und Rückstellungen.

3.0 EINZELBERICHTERSTATTUNG

Unternehmenszusammenschluss

Ver- und Entsorgung

Verkehr

Wohnungswirtschaft

Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung

Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport

Kultur

Beteiligungsmanagement

3.1 UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS

Stadtwerke Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	30.000		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	30.000	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die kommunalwirtschaftliche Betätigung, insbesondere die Versorgung der Bevölkerung mit Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser, die Abfallbeseitigung einschließlich der Sammlung, Verwertung, Behandlung und Deponierung von Abfällen, der Hafenbetrieb, der öffentliche Personennahverkehr einschließlich des Betriebs von Tiefgaragen und der Parkraumbewirtschaftung, die Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen, sowie die Betätigung im Bäder- und Freizeitbereich. Zum Gegenstand des Unternehmens gehören auch der Erwerb und das Halten von Beteiligungen an kommunalwirtschaftlichen Unternehmen der Stadt Halle (Saale) sowie die Ausübung einer Geschäftsleitungsfunktion gegenüber Beteiligungsgesellschaften.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar und mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen.

Öffentlicher Zweck:

Als Holdinggesellschaft für Unternehmen der Energieversorgung ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 116 Abs. 2 GO-LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Vorsitzender	Lux, Matthias Prof. Dr.-Ing. Krause, Matthias
	Arbeitsdirektor	Walther, René
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar
		Berend, Stephanie
		Böcker, Udo
		Bönisch, Bernhard

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2013 erfolgt.

Aufsichtsrat:

Gärtner, Steffen	
Hilbig, Stefan	
Kley, Gerry	
Kocian, Burkhard	
Krause, Johannes	
Lange, Hendrik	
Liedtke, Monika	
Müller, Raik	
Nagel, Elisabeth	
Otto, Renate	
Weihrich, Dietmar	(bis 28.11.2013)
Wolter, Tom	(seit 28.11.2013)

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	32	33	28

c) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	30	100,00
A/V/E GmbH	131	23,90
Bäder Halle GmbH	300	100,00
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	52	20,00
EVH GmbH	10.250	100,00
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	13	50,00
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	100,00
Hafen Halle GmbH	512	100,00
Hallesche Verkehrs-AG	51.200	100,00
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	10.000	100,00
HAL Sanierungs- und Entwicklungsgesellschaft Halle mbH i. L.	8	30,04
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	150	50,00
IT-Consult Halle GmbH	250	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG	8.426	82,40
M-Exchange AG	7	7,00
RAB Halle GmbH	300	100,00
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	310	50,00
RPL Recyclingpark Lochau GmbH i. L.	38	75,10
Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH	25	100,00
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	26	100,00
Trianel GmbH ¹⁾	317	1,58

¹⁾ Konzerninterne Veräußerung im Jahr 2014 an EVH GmbH

mittelbar

	T€	%
ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)"	15	50,00
beka ebusiness GmbH	2	0,57
beka GmbH	2	0,63
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	29.250	22,88
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH		25,00
GbR MIDEWA Mitteldeutsche Wasser und Abwasser GmbH i. L. / Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH (Auskehranspruch der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH)		41,36
GESY Green Energy Systems GmbH	4	0,39
HAL-Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Halle (Saale) i. L.	8	30,04
Maya mare GmbH & Co. KG	1.278	12,50
Meter1 GmbH & Co. KG	833	33,33
Meter1 Verwaltung GmbH	8	33,33
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	9	11,82
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH	25	100,00
Netzleitung Lünen GmbH	0	0,05
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	15	51,00
Saalebus GmbH	13	50,00
Servicegesellschaft Saale mbH	26	51,00
Trianel Energie B.V.		1,58
Trianel Erdgasförderung Nordsee GmbH & Co. KG		1,58
Trianel Erdgasförderung Nordsee Verwaltungs GmbH	0	1,58
Trianel Finanzdienste GmbH	40	1,58
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG		0,10
Trianel Gaskraftwerk Hamm Verwaltungs GmbH	0	1,58
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG	17	0,12
Trianel Gasspeicher Epe Verwaltungs GmbH	0	1,58
Trianel Kohlekraftwerk Krefeld Verwaltungs GmbH	0	1,58
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG		0,10
Trianel Kohlekraftwerk Lünen Verwaltungs GmbH	0	1,58
Trianel Onshore Projektgesellschaft Süddeutschland GmbH & Co. KG		15,24
Trianel Onshore Projektgesellschaft Süddeutschland Verwaltungs GmbH	4	15,24
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG		15,24
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben GmbH & Co. KG		15,24
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben Verwaltungs GmbH	4	15,24
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	4	15,24
Trianel Service GmbH	8	1,58
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG		0,04
Trianel Windkraftwerk Borkum Verwaltungs GmbH	0	1,58
Wertstoffaufbereitung GmbH Riethnordhausen	8	25,50
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	153	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
234.490	68	191.375	68	183.830	59	43.115	23
108.700	32	91.532	32	129.024	41	17.168	19
443	0	71	0	255	0	372	524

Bilanzsumme

343.633	100	282.978	100	313.109	100	60.655	21
---------	-----	---------	-----	---------	-----	--------	----

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
169.389	49	173.013	61	172.807	55	-3.624	-2
13.812	4	14.919	5	5.126	2	-1.107	-7
160.181	47	95.046	34	135.176	43	65.135	69
251	0					251	

Bilanzsumme

343.633	100	282.978	100	313.109	100	60.655	21
---------	-----	---------	-----	---------	-----	--------	----

bb) GuV

	2013	2012	2011
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.130	3.257	2.185
sonstige betriebliche Erträge	1.585	12.990	577
Personalaufwand	6.205	5.323	4.465
Abschreibungen	141	114	86
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.905	18.192	5.661
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	27.192	34.793	37.024
Erträge aus Beteiligungen	1.973	214	940
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	624	133	143
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	541	884	1.452
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	1.868	1.306	1.569
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	20.852	23.405	21.705
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.744	1.134	1.829
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.670	2.797	7.006
außerordentliche Aufwendungen	1.304	1.341	1.417
außerordentliches Ergebnis	-1.304	-1.341	-1.417
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	648	1.252	-1.938
sonstige Steuern	2	-2	3
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-3.624	206	7.524
Gewinnvortrag/Verlustvortrag			4.659
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen			4.659
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-3.624	206	7.524

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-115,79	6,31	344,35	%
Eigenkapitalrentabilität:	-2,09	0,12	4,55	%
Cash-Flow:	17.369	23.724	29.315	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	59	217	51	T€
Personalaufwandsquote:	131,60	32,76	161,70	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,14	0,16	0,14	%
Eigenkapitalquote:	49,29	61,14	55,19	%
Fremdkapitalquote:	50,71	38,86	44,81	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

1. Angaben zur Gesellschaft

1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Stadtwerke Halle GmbH (SWH) ist direkt und indirekt an 33 Unternehmen aus den Bereichen der kommunalen Ver- und Entsorgungswirtschaft sowie der Verkehrswirtschaft beteiligt. Unser Beteiligungsportfolio unterteilt sich in die Geschäftsfelder „Energie“, „Wasser und Entsorgung“, „Mobilität“ und „Services“.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben wir unsere Beteiligung an der Energieunion GmbH an die nunmehr alleinige Gesellschafterin Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft (VNG) veräußert. Im Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung haben wir den Erwerb von 50 % der Anteile an der RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH erfolgreich abschließen können.

1.2. Organisation

Unsere interne Organisation ist in die Struktureinheiten Recht, Personal, Konzernkommunikation, Konzerncompliance/Konzernrevision, Unternehmensentwicklung sowie Konzerncontrolling (Rechnungswesen, Controlling, Steuern, Finanzen/Cash-Pool) gegliedert. Die Projektentwicklung wird zukünftig durch den Bereich Unternehmensentwicklung wahrgenommen. Zum Stichtag waren 89 Mitarbeiter bei uns beschäftigt.

1.3. Steuerung

Wir steuern als Management-Holding das Beteiligungsportfolio gemeinsam mit den Geschäftsführungen der Geschäftsfeldführungsgesellschaften EVH GmbH, Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH sowie Hallesche Verkehrs-AG. Daneben stellen wir über unsere zentralen Dienstleistungsbereiche Personalwirtschaft, Konzerncompliance/Konzernrevision sowie Konzernkommunikation die Entwicklung, Anwendung und Einhaltung gruppenweiter Standards effizient sicher.

2. Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die Wirtschaft in Deutschland entwickelte sich im Kalenderjahr 2013 leicht positiv. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag um 0,4 % über dem Wert des Vorjahres. In den vorangegangenen Jahren waren die Zuwächse des Inlandsproduktes mit 3,3 % (2011) und 0,7 % (2012) noch höher ausgefallen. Vor dem Hintergrund gedämpfter weltwirtschaftlicher Impulse und anhaltender Rezessionen in einigen europäischen Ländern kann in dem moderaten Wirtschaftswachstum des abgelaufenen Jahres jedoch ein Beleg für die Robustheit der deutschen Wirtschaft gesehen werden.

Für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes weisen die Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder für das erste Halbjahr eine dem Bundesdurchschnitt entsprechende Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes aus.

2.2. Arbeitsmarkt

Das moderate Wachstum führte auf den Arbeitsmärkten zu einer positiven Entwicklung. Zwar stieg die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen im Bundesdurchschnitt geringfügig von 6,8 % (2012) auf nunmehr 6,9 %. Zugleich aber legte die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahr um 258.000 Personen oder 0,6 % zu. In Sachsen-Anhalt verringerte sich die Arbeitslosenquote von 11,5 % im Vorjahr auf 11,2 %, während die entsprechende Quote Ostdeutschlands von 10,7 % auf 10,3 % zurückging.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Unsere Stadt verzeichnete im Jahr 2013 zum vierten Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs. Mit 232.705 Einwohnern zählte die Stadt Halle (Saale) 170 Einwohner mehr, als im Vorjahr. Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund der vorgehaltenen Infrastrukturen für die Ver- und Entsorgung und für den ÖPNV deshalb von besonderer Bedeutung für uns, weil die amtlichen Bevölkerungs-vorausberechnungen sowohl für die zurückliegenden, als auch für die kommenden Jahre abnehmende Zahlen ausweisen. Sollte die Entwicklung entgegen den Prognosen weiterhin so positiv verlaufen, wäre das von Vorteil für unsere zukünftigen Absatzbedingungen und für die gezielte personalwirtschaftliche Nachfolgeentwicklung in unseren Unternehmen.

2.4. Umfeldentwicklungen und Strategie

Unsere Beteiligungen müssen sich einem hohen Erlös- und Kostendruck auf den Absatz- und Bezugsmärkten stellen. Gleichzeitig werden immer höhere, auch fachgesetzliche Anforderungen an die Qualität und Beschaffenheit unserer Produkte und Dienstleistungen gestellt. Das hat Auswirkungen auf unsere Gewinnerwartungen und veranlasst uns, auch weiterhin gezielt nach Optimierungsmöglichkeiten zu suchen und diese konsequent umzusetzen.

Außerdem haben die Entwicklungen auf den Rohstoffmärkten eine fortgesetzt hohe Relevanz für unsere Ergebnispotentiale. In erster Linie gilt dies für die Energie-, Wertstoff- und Wasserpreise. Bezugsseitig haben die Preisentwicklungen für Energien, Wasser und Kraftstoffe den größten Einfluss auf unsere Kostenentwicklung, wobei absatzseitig nur geringe Preisspielräume aufgrund der weiterhin höheren Wettbewerbsintensitäten bestehen.

Unsere besondere Aufmerksamkeit ist weiterhin auf die anhaltend unbefriedigende Entwicklung in der Stromerzeugung durch Gaskraftwerke gerichtet. Wir sehen in der Organisation der Energiewende die Hauptursache für die unzureichende Ertragsperspektive in der Kraft-Wärme-Kupplung. Hierbei führte die EEG-Förderung zu einem starken Ausbau regenerativer Stromerzeugungskapazitäten. Dem folgte ein Verdrängungseffekt, weil die konventionellen Kraftwerke mit den subventionierten Preisen nicht mithalten konnten (Merit-Order-Effekt). Dieses wiederum bewirkte einen Preisverfall im CO₂-Zertifikatehandel und verbilligte dadurch die Stromerzeugung aus Braun- und Steinkohle. In Folge dessen gerieten unsere beiden GuD-Anlagen unter weiteren Ertragsdruck.

Wir haben uns den vorgenannten Herausforderungen selbstbewusst gestellt und nicht auf den Gesetzgeber oder auf den Markt gewartet. Deshalb haben wir bereits im vierten Quartal 2012 mit dem Programm „Exzellenz plus 20“ einen konzernweit koordinierten Optimierungsprozess eingeleitet. Mit dem Programm verfolgen wir das verbindliche Ziel, im Mittelfristzeitraum zusätzliche Effizienzpotentiale von 20 Mio. € jährlich zu erschließen. Damit wären wir in die Lage gesetzt, die erwarteten Ergebnisminderungen durch die aufgezeigten Umfeldentwicklungen kompensieren zu können. Im Ergebnis der Exzellenz-Initiative wurden über 180 Projekte zur Ergebnisverbesserung identifiziert und teilweise bereits erste Projekte umgesetzt.

Wir sehen auch auf der Finanzierungsseite Entwicklungen und Veränderungen, etwa in der generellen Kreditvergabebereitschaft der Banken (Basel III), die uns zu einer veränderten Finanzierungsstrategie geführt haben. Wesentliche Elemente hierbei sind die Diversifikation auf der Kapitalgeberseite, veränderte Anforderungen an die Laufzeiten sowie die grundsätzliche Fortführung des eingeschlagenen Umschuldungskurses, insbesondere bei der Konzerntochter HWS. In diesem Zusammenhang hat die SWH erstmals zwei Schuldscheindarlehen und eine Namensschuldverschreibung platzieren können. Im Zuge der Platzierung gingen Order in Höhe von insgesamt 67,5 Mio. € ein. Damit war das ausgeschriebene Gesamtnominal mehr als doppelt überzeichnet. In Anbetracht der zum Zeitpunkt der Begebung eingetrübten Ergebnisperspektiven in der Energieerzeugung bedeutet die erfolgreiche Platzierung für uns Rückenwind und Verpflichtung zugleich, den eingeschlagenen Exzellenz-Kurs konsequent fortzusetzen.

Wir betrachten die Sicherstellung einer nachhaltigen Personalentwicklung in unseren Unternehmen als ein weiteres Aufgabenfeld mit strategischer Relevanz. Hier gilt es für uns, auf der einen Seite die sozialverträgliche Personalanpassung in Folge der Exzellenz-Programme zu organisieren, zugleich aber auf der anderen Seite eine langfristige Nachfolgeplanung und Führungskräfteentwicklung sicherzustellen, die der altersbedingten Entwicklung der kommenden Jahre Rechnung trägt. Die Zielstellung in unserer Personalentwicklung ist deshalb auf die gezielte Nachwuchsförderung und auf die durchgängige Erhöhung der Fach-, Methoden- und Führungskompetenz ausgerichtet.

3. Wirtschaftliche Entwicklung

Wir konnten das Geschäftsjahr 2013 besser abschließen, als geplant. Unser Jahresergebnis weist einen Verlust nach Steuern von - 3,6 Mio. € aus, unsere Planerwartungen lagen bei einem Verlust von -5,7 Mio. €. Hieran hatten die vorzeitig umgesetzten Exzellenz-Projekte bereits maßgeblichen Anteil.

3.1. Ertragslage

Die ausgewiesene Gesamtleistung betrug 4,7 Mio. € und lag damit unter dem Vorjahreswert. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der Vorjahreswert durch sonstige betriebliche Erträge aus der Zuschreibung von Beteiligungsbuchwerten überdurchschnittlich hoch ausfiel. Unsere Umsatzerlöse bewegten sich auf Vorjahresniveau und spiegeln die abgerechneten Dienstleistungen unserer zentralen Dienstleistungsbereiche gegenüber Tochterunternehmen wider. In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind erstmals seit 4 Jahren wieder städtische Zuschüsse zur Betriebskostenfinanzierung des ÖPNV in Höhe von 0,9 Mio. € enthalten.

Der Personalaufwand stieg von 5,3 Mio. € im Vorjahr auf 6,2 Mio. € im Jahr 2013. Der Anstieg resultierte aus dem Übergang von Mitarbeitern aus Tochterunternehmen in unsere zentralen Dienstleistungsbereiche.

Während die Abschreibungen im Vorjahresvergleich unwesentlich höher ausfielen, verringerten sich unsere sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr deutlich von 18,2 Mio. € auf 5,9 Mio. €. Der hohe Vorjahreswert war durch die bilanzielle Risikovorsorge in Bezug auf unsere Kraftwerksbeteiligung (Wertberichtigung KWT) begründet.

Die vereinnahmten Beteiligungserträge entsprechen unseren Erwartungen und liegen leicht über dem entsprechenden Vorjahreswert.

Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen lagen mit 27,2 Mio. € erwartungsgemäß unter dem Vorjahreswert (34,8 Mio. €), aber mit rund 2 Mio. € über unseren Planungsannahmen. Hierbei entsprach die Gewinnabführung der EVH dem Plan, Zuwächse lieferten die HWS und die ITC.

Der Aufwand aus unseren organschaftlichen Verlustausgleichsverpflichtungen lag jeweils über dem Wert des Vorjahres und unseren Erwartungen. Beim Hafen kam es zu Verzögerungen bei den Ansiedlungen und einer damit verbundenen Minderung des Geschäftsvolumens, so dass ein Verlust von 1,3 Mio. € entstand. Die HAVAG wies einen Verlust von 0,6 Mio. € aus, wobei dieses Folge weiterer bilanzieller Vorsorge für zukünftige Personalanpassungsmaßnahmen im Rahmen des Programms „Exzellenz plus 20“ war.

Im Vorjahresvergleich entwickelte sich unser Zinsergebnis von -0,3 Mio. € auf nunmehr -1,2 Mio. €. Hierbei gingen die Zinserträge marktpreisbedingt zurück, während der Zinsaufwand in Folge der Begebung der Schuldscheindarlehen und der Namensschuldverschreibung deutlich zulegte. Einen Großteil der Schuldscheindarlehen haben wir an unsere Töchter HWS und EVH weitergereicht. Die Zinserträge aus dieser Weiterreichung sind unter den Erträgen aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens zu vereinnahmen. Diese Position erhöhte sich deshalb auf 0,6 Mio. €.

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen betreffen im Wesentlichen die Einlagen in die HAVAG zur Finanzierung des ÖPNV, die wir regelmäßig im Jahr der Einlage abschreiben. Im Geschäftsjahr 2013 beteiligte sich erstmals seit 4 Jahren wieder die Stadt Halle (Saale) an der Betriebskostenfinanzierung, da unsere Leistungsfähigkeit in Folge der erwarteten Ergebniseintrübungen keine vollständige Deckung der Mittel mehr zuließen. Im Folgejahr werden die Mittel der Stadt deutlich höher ausfallen.

Unseren Betriebskostenzuschuss zur Finanzierung des Freizeit- und Erlebnisbades Maya mare haben wir als außerordentliche Aufwendungen gezeigt. Erfreulich ist, dass auch das Maya mare mit seinen Exzellenz-Projekten bereits Verbesserungen erzielen konnte. Im Vergleich zu unseren Planungen verringerte sich der Betriebskostenzuschuss um 0,4 Mio. €.

Die Ertragslage der Gesellschaft entspricht noch nicht unseren Erwartungen. Allerdings liegen die Ergebnisse der Exzellenz-Projekte über unseren Planungen und veranlassen uns, verhalten optimistisch in die Zukunft zu schauen.

3.2. Vermögens- und Finanzlage

Im abgelaufenen Geschäftsjahr stieg die Bilanzsumme unserer Gesellschaft um 60,7 Mio. €.

3.2.1. Aktiva

Die Veränderungen im Anlagevermögen waren hauptsächlich durch die Veränderungen im Bereich der Finanzanlagen beeinflusst. Diese verzeichneten einen Anstieg von 43,0 Mio. € auf 233,9 Mio. €.

Im vergangenen Jahr stockten wir unsere Anteile an verbundenen Unternehmen um gut 6 Mio. € auf. Hierbei erfolgten Einlagen in die Kapitalrücklagen der HWS und der Bäder Halle GmbH. Die Einlage in die Kapitalrücklage der HWS betrug 1,2 Mio. € und war in Fortsetzung der Entschuldungsstrategie „Pakt zur Entschuldung“ geleistet worden. In die Bäder Halle GmbH erfolgten Einlagen in Höhe von 4,8 Mio. € zur Errichtung einer langfristig verpachteten Ballsporthalle. Die hierfür erforderliche Liquidität haben wir in den Vorjahren aus Veräußerungsgewinnen kumuliert, die im Wege von Gewinnthesaurierungen einbehalten wurden.

Der Anstieg bei den Ausleihungen an verbundenen Unternehmen ist Folge der weiterkreditierten Valuta aus den Schuldscheindarlehen an HWS und EVH.

Unsere Beteiligungen erhöhten sich um 0,7 Mio. €. Die Veränderung geht auf den Erwerb von 50 % der Anteile an der RES-GmbH und die Veräußerung der Beteiligung an der Energieunion zurück.

Im Umlaufvermögen verringerten sich die Forderungen gegen verbundene Unternehmen, da die Forderungen aus Gewinnabführungsverträgen erwartungsgemäß geringer ausfielen. Bei dem Anstieg der Forderungen gegenüber Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis handelt es sich weitgehend um das Cash-Pool-Debet der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH.

Die ausgewiesenen Zahlungsmittelbestände erhöhten sich im Vorjahresvergleich. Der Anstieg ist im Cash-Pool auf die zum Stichtag noch nicht verwendeten Valuta aus den überzeichneten Schuldscheindarlehen zurückzuführen.

3.2.2. Passiva

Das Eigenkapital unserer Gesellschaft verringerte sich in Höhe des Verlustvortrages, wobei der Gewinn des Vorjahres durch Beschluss unserer Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) thesauriert werden konnte.

Der Rückgang der Rückstellungen ist wesentlich Folge der Inanspruchnahme von Steuerrückstellungen.

Der Zuwachs der Verbindlichkeiten ist durch die erfolgreiche Begebung von Fremdkapitalinstrumenten im Geschäftsjahr beeinflusst. Hierbei weisen die Anleihen die Namensschuldverschreibung inklusive Zinsabgrenzung aus, während die Schuldscheine unter den sonstigen Verbindlichkeiten bilanziert wurden. Die klassischen Bankverbindlichkeiten haben wir um 2,7 Mio. € zurückgeführt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen zeigen den Auszahlungsanspruch der Konzern-Töchter aus den bei uns eingezahlten Cash-Pool-Guthaben sowie unsere Verlustausgleichspflichten.

Die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage entspricht der erwarteten Entwicklung. Der Ertragsrückgang aus der Energieerzeugung konnte zu einem Teil durch die Exzellenz-Projekte früher als geplant kompensiert werden, er hinterließ dennoch einen Jahresfehlbetrag von -3,6 Mio. €. Dieses, und die Aufnahme von endfälligem Fremdkapital haben eine Senkung unserer Eigenkapitalquote auf unter 50 % bewirkt. Allerdings wurde in unseren Rückstellungen eine angemessene Risikovorsorge getroffen, die sich bilanziell zunächst negativ auf den Eigenkapitalausweis auswirkt.

4. Finanz- und Risikomanagement

4.1. Treasury-Management

Wir haben sowohl für die eigenen, als auch für die Darlehensaufnahmen der verbundenen Unternehmen konzerneinheitliche Rahmenbedingungen in einer Finanzierungsrichtlinie niedergelegt. Inhalt der Finanzierungsrichtlinie ist die konzernweite Vereinheitlichung von Sicherungsinstrumenten und weiteren Vertragsbedingungen, welche im Rahmen von Kreditgeschäften eingegangen werden dürfen.

In der SWH-Gruppe kommt ein aktives Zinsmanagement zur Anwendung, in dem Zinssicherungsinstrumente ausschließlich zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt werden dürfen. Der spekulative Handel mit Finanzderivaten wird grundsätzlich ausgeschlossen.

Nach den Richtlinien für Geldanlagen der Stadtwerke wurden Geldanlagen (auch innerhalb des Cash-Pools) nur bei einlagengesicherten Banken getätigt. Bankenausfälle, wie sie im Zuge der Finanzkrise im Jahr 2008 zu verzeichnen waren, würden insofern zum Risiko eines vorübergehenden Liquiditätsausfalles (bis zur Ersatzleistung durch die Sicherungsfonds) führen. Zur Minderung dieses Risikos erfolgte seit dem Jahr 2008 – so auch im abgelaufenen Geschäftsjahr 2013 – eine breitere Streuung der Geldanlagen zu jeweils geringeren Anlagebeträgen.

Wir werden das Treasury-Management unserer Gruppe im Jahr 2014 auf Verbesserungsmöglichkeiten untersuchen und über die Erneuerung der verwendeten Systeme entscheiden.

4.2. Risikomanagement-System

In das Risikomanagement-System sind alle verbundenen Unternehmen und alle wesentlichen Beteiligungen einbezogen. Unser Risikomanagement-System ist als ein System aus zwei ineinandergreifenden Kreisläufen zwischen Tochter- und Konzernebene aufgebaut.

Der Kreislauf auf Ebene der Tochterunternehmen beginnt mit der Identifikation und Analyse von Risiken im Rahmen einer gestützten Umfeldanalyse. Anschließend erfolgt die Bewertung der Risiken in Bezug auf ihre Eintrittswahrscheinlichkeit und ihrer Brutto-Schadenshöhen. Für Risiken, die einen Schwellenwert überschreiten, folgen Festlegungen der Unternehmensleitung über Maßnahmen zur Risikoüberwachung und zur Risikobegegnung sowie die Dokumentation in einheitlichen Berichtsformaten. Die Dokumentation ist Ausgangspunkt für die jährliche Fortschreibung der Risikoanalyse.

Der Kreislauf auf Konzernebene beginnt mit der Festlegung von Schwellenwerten, ab denen Risiken der Tochterunternehmen zentral erfasst werden. Diese bilden den Ausgangspunkt für die Bewertung der Risiken auf Konzernebene, dem dann die Schritte der Maßnahmenfestlegungen, der Dokumentation und der Fortschreibung folgen.

Neben dem turnusmäßigen Risikomanagement finden ad-hoc auftretende Risiken in Form von Akutberichterstattungen und über die laufenden Monatsberichte Eingang in das Risikomanagement-System.

Wir haben im abgelaufenen Jahr mit der Umstellung unseres Risikomanagement-Systems begonnen und hierbei insbesondere den zeitlichen Betrachtungshorizont erweitert. Im folgenden Geschäftsjahr beabsichtigen wir, das Risikomanagement enger mit unseren Planungsprozessen zu verzahnen. Nach Abschluss der Umstellungen ist eine externe Überprüfung unseres Risikomanagements vorgesehen.

Im Ergebnis unserer jährlichen Risikoanalyse wurden keine den Bestand der SWH gefährdende Risiken festgestellt.

5. Chancen, Risiken und Ausblick

5.1. Gesamtsicht

Als Management-Holding haben wir naturgemäß nur wenige Eigenrisiken in Betracht zu ziehen. Die hauptsächliche Quelle für unsere Chancen und Risiken resultiert aus den Chancen- und Risikoprofilen unserer Tochterunternehmen, die auch unsere Finanzierungsvorhaben beeinflussen können.

Wir erachten es deshalb als folgerichtig, dass wir uns (im klassischen Sinne einer Management-Holding) mit der strategischen Geschäftsfeldentwicklung unserer Tochterunternehmen befassen und diese gezielt koordinieren und begleiten. Im Rahmen des Exzellenz-Programmes sind wir darüber hinaus dazu übergegangen, auch ausgewählte Leistungsprozesse einzubeziehen und gegebenenfalls über die Festlegung gruppenweiter Standards weiter zu optimieren.

In unseren Planungen gehen wir grundlegend davon aus, dass die unter den Rahmenbedingungen dargestellten Umfeldentwicklungen unvermindert fortwirken werden. Die Zeichen stehen deshalb auch weiterhin auf einen anhaltenden Erlös- und Kostendruck in allen Geschäftsbereichen.

Darüber hinaus erkennen wir in den volatilen Rohstoffmärkten eine bedeutende Einflussgröße auf die Ergebnisentwicklungen der Geschäftsfelder Energie, Wasser- und Entsorgung sowie Mobilität. In wiederkehrenden „Rohstoff-Berichten“ untersuchen wir die Auswirkungen ausgewählter Rohstoff- und Wertstoffpreise auf die Ergebnisentwicklung der hiervon betroffenen Unternehmen. Darauf aufbauend werden in unseren Konzerngesellschaften passgenaue Sicherungsstrategien und Sicherungsgeschäfte angewandt.

5.2. Energie

Wir gehen davon aus, dass sich die Vorzeichen im Energiemarkt in den nächsten Jahren nicht gravierend ändern werden. Die Stromerzeugung in Gas- und Dampfturbinenanlagen unterliegt weiterhin dem Risiko der Verdrängung durch Kohle- und regenerative Erzeugungskapazitäten bzw. dem Risiko unzureichender Margen.

In unserem Netzgebiet erwarten wir bei Strom, Gas und Fernwärme sinkende Absatzzahlen. Beim Strom und beim Gas sorgen der in der Stadt Halle (Saale) stagnierende Gewerbesektor und die Wettbewerbsdynamik für einen Druck auf die Absatzmengen. Der Fernwärmeabsatz wird durch die abnehmenden Einwohnerzahlen in den Stadtteilen mit hohem Fernwärmeanteil und durch Energieeinsparmaßnahmen zurückgehen.

Demgegenüber gehen wir von nennenswerten Absatzzuwächsen im überregionalen Strom- und Gasvertrieb aus. Wärmeseitig plant unser Tochterunternehmen EVH den Ausbau des bestehenden Geschäftsfeldes „Kundennahe Energiedienstleistungen“ (BHKW, Nahwärme).

Nach unserer Überzeugung wird sich die EVH mit ihrer neuen geschäftsfeldorientierten Struktur im Energiemarkt erfolgreich behaupten können. Die neuen bzw. überarbeiteten Strategien für die Kern-Handlungsfelder Energievertrieb, Kundennahe Energiedienstleistungen, Portfoliomanagement und Beschaffung, Regenerative Erzeugung, Zentrale Erzeugung und Netzgeschäft, bieten aus unserer Sicht valide Chancen für eine mittelfristig steigende Ertragskraft.

5.3. Wasser- und Entsorgung

Im Geschäftsjahr konnte die Strategie zur angemessenen Reduktion des Fremdkapitals der HWS weiter fortgesetzt werden. Die Liquidität konnte durch eine weitere Einlage in die Kapitalrücklage gestärkt werden. Wir beabsichtigen auch zukünftig, die Liquidität der HWS durch Kapitaleinlagen zu stärken.

Für das Jahr 2014 ist die Begebung eines Schuldscheindarlehens durch die HWS vorgesehen. Durch die Endfälligkeit des Papiers kann die HWS auch langfristig das Verhältnis von Abschreibung und Tilgung optimieren.

In unseren Planungen gehen wir von einem leichten Rückgang der erlöswirksamen Mengen beim Trinkwasser und beim Schmutz- und Niederschlagswasser aus. Hierbei wird von weiterhin sparsamen Verbrauchsverhalten und Maßnahmen unserer Kunden zur Verminderung der Ausgaben für Niederschlagswasser ausgegangen.

Bei den Entsorgungsleistungen erwarten wir bei den Bauabfällen einen Mengenrückgang als Folge der auslaufenden Maßnahmen im Rahmen des Stadtumbauprogramms. Dagegen erwarten wir bei den Siedlungsabfällen, beim Grünschnitt und beim Holz steigende Mengen.

Insgesamt werden die voraussichtlichen Zuwächse bei den Entsorgungsleistungen die Effekte beim Wasser und Abwasser überkompensieren, so dass wir von einem leichten Umsatzwachstum ausgehen.

Die HWS konnte im abgelaufenen Jahr bereits erste Projekte ihres Strategieprogrammes „HWS 2020“ erfolgreich umsetzen und so den größten Beitrag zur Ergebnisverbesserung unserer Gruppe im Geschäftsjahr 2013 leisten. Die weiteren Projekte der Gesellschaft beziehen sich auf unterschiedliche Leistungsprozesse, teilweise auch im Verbund mit weiteren Schwesterunternehmen. Wir sehen in der HWS ausreichendes Potential und Reserven, um flexibel auf veränderte Rahmenbedingungen reagieren zu können.

5.4. Mobilität und Logistik

Die HAVAG hat im abgelaufenen Jahr entscheidende Weichenstellungen in ihrem Strategieprojekt vornehmen können. Dabei ist es von zentraler Bedeutung, dass die HAVAG neben der Fortsetzung der Kostenoptimierung im Rahmen des Exzellenz-Programmes einen weiteren Schwerpunkt auf die Angebotsverbesserung legt und hierdurch belastbare Perspektiven auf der Einnahmeseite entwickelt.

Vor diesem Hintergrund plant die HAVAG mit leicht zunehmenden Umsatzerlösen in Folge der Umsetzung erster vertriebsseitiger Maßnahmen (neues Key Account Management sowie diverse attraktive Marketing-Maßnahmen). Daneben steht die weitere Umsetzung des Stadtbahnprogrammes als ein zentrales Element zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV-Angebotes im Fokus der HAVAG.

Für das folgende Geschäftsjahr planen wir mit einem leicht geringeren Finanzmittelbedarf für den ÖPNV. Dabei wird unser Anteil an der Finanzierung entsprechend unserer diesjährigen Ertragslage deutlich von 19,4 Mio. € auf 9,0 Mio. € zurückgehen, während der Anteil der Stadt Halle (Saale) entsprechend anwächst.

Für das Geschäftsjahr 2014 erwarten wir die erfolgreiche Umsetzung der Ansiedlungsvorhaben im Hafen. Diese stellen die wesentlichen Voraussetzungen für eine positive Ertragsentwicklung des ansonsten defizitären Hafenbetriebes dar.

5.5. Hochwasser

Vom Hochwasser im Juni 2013 waren auch die Gesellschaften unserer Gruppe betroffen, allerdings konnte der Ver- und Entsorgungsbetrieb bis auf lokale und temporäre Ausnahmen im Wesentlichen aufrechterhalten werden.

Durch das Hochwasser wurden an den Maschinen und Anlagen unserer Unternehmensgruppe jedoch erhebliche Schäden verursacht. Wir gehen davon aus, dass die Schäden durch die bestehenden Elementarschadensversicherungen und durch das eigens aufgelegte Förderprogramm des Landes ausgeglichen werden.

5.6. Steuern

In den Unternehmen unseres steuerlichen Organkreises finden finanzamtliche Außenprüfungen für die Jahre 2002 bis 2006 und für die Jahre 2007 bis 2010 statt. Soweit geboten, sind deren Auswirkungen in den Jahresabschlüssen berücksichtigt.

5.7. Ausblick

Für das Geschäftsjahr 2014 erwarten wir einen Jahresüberschuss von 5,8 Mio. €. Hierzu tragen die positiven Effekte aus den Exzellenz-Projekten, sowie die Reduzierung unserer Aufwendungen aus der Betriebskostenfinanzierung des ÖPNV bei.

Wir werden im Geschäftsjahr 2014 die Strategieentwicklung unserer Konzern-Töchter weiterhin koordinierend begleiten und die Exzellenz-Initiative fortsetzen. Derzeit halten wir Effizienzpotentiale von 15 Mio. € für erreichbar. Wir haben auch für die Folgejahre die Zuversicht, das Ziel des Exzellenz-Programms erreichen zu können.

Im Jahr 2013 haben wir damit begonnen, ein neues Steuerungs- und Kennzahlensystem zu entwickeln, mit dem wir die strategischen Ziele und deren operative Implikationen angemessener verfolgen und steuern können. Wir wollen das neue, wertbeitragsorientierte System im Jahr 2014 einführen.

3.2 VER- UND ENTSORGUNG

Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	Sitz der Gesellschaft:	Postanschrift:				
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	Berliner Straße 100 06258 Schkopau OT Döllnitz				
Rechtsform:	GmbH					
Stammkapital in T€:	30					
Gesellschafter:						
	Stadtwerke Halle GmbH	<table><tr><th>T€</th><th>%</th></tr><tr><td>30</td><td>100,00</td></tr></table>	T€	%	30	100,00
T€	%					
30	100,00					

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Stilllegung und Nachsorge einer subaquatischen Deponie mit dem Ziel einer nachhaltigen umweltverträglichen Sicherung des Standortes sowie die Ansiedlung von Unternehmen und die Vermarktung von Flächen im Rahmen der Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums sowie sämtliche damit in Zusammenhang stehende Tätigkeiten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Die Abfallentsorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Arndt, Michael

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
1.286	2	1.260	2	1.260	2	26	2
65.328	98	67.055	98	66.653	98	-1.727	-3
9	0	9	0	22	0	0	0

Bilanzsumme

66.623	100	68.324	100	67.935	100	-1.701	-2
--------	-----	--------	-----	--------	-----	--------	----

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
4.073	6	5.807	8	3.624	5	-1.734	-30
59.576	89	61.949	91	63.402	93	-2.373	-4
2.974	5	567	1	909	2	2.407	425
		1	0			-1	-100

Bilanzsumme

66.623	100	68.324	100	67.935	100	-1.701	-2
--------	-----	--------	-----	--------	-----	--------	----

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
außerordentliche Erträge
außerordentliche Aufwendungen
außerordentliches Ergebnis
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2013	2012	2011
T€	T€	T€
5.906	6.220	7.226
2.727	4.054	3.333
234	220	198
2.186	2.254	2.537
0		
6.338	5.997	7.509
1.658	1.925	1.928
526		532
75	29	33
932	3.699	1.678
101	97	418
123	619	84
-22	-522	334
292	826	843
17	16	17
601	2.335	1.152
601	2.335	1.152

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	10,18	37,55	15,95	%
Eigenkapitalrentabilität:	17,32	67,26	46,62	%
Cash-Flow:	1.127	2.335	1.684	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	196	198	176	T€
Personalaufwandsquote:	25,32	21,94	24,02	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,93	1,84	1,85	%
Eigenkapitalquote:	6,11	8,50	5,33	%
Fremdkapitalquote:	93,89	91,50	94,67	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Abfallmenge	755.570,00	880.952,00	938.864,00	Mg
Durchschnittserlöse	3,42	3,25	3,84	EUR/Mg

e) Lagebericht

Die Wirtschaft in Deutschland entwickelte sich im Kalenderjahr 2013 leicht positiv. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag um 0,4 % über dem Wert des Vorjahres. In den vorangegangenen Jahren waren die Zuwächse des BIP mit 3,3 % (2011) und 0,7 % (2012) höher ausgefallen. Vor dem Hintergrund gedämpfter weltwirtschaftlicher Impulse und anhaltender Rezessionen in einigen europäischen Ländern wird in dem moderaten Wirtschaftswachstum des abgelaufenen Jahres ein Beleg für die Robustheit der deutschen Wirtschaft gesehen.

Für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt weisen die Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder für das erste Halbjahr 2013 eine dem Bundesdurchschnitt entsprechende Entwicklung des BIP aus.

Das moderate Wachstum führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer positiven Entwicklung. Zwar stieg die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen im Bundesdurchschnitt geringfügig von 6,8 % (2012) auf nunmehr 6,9 %. Zugleich aber legte die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahr um 258.000 Personen oder 0,6 % zu.

In Sachsen-Anhalt verringerte sich die Arbeitslosenquote von 11,5 % im Vorjahr auf 11,2 %, während die entsprechende Quote für Ostdeutschland von 10,7 % auf 10,3 % zurückging.

Die Stadt Halle (Saale) verzeichnete im Jahr 2013 zum vierten Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs. Mit 232.705 Einwohnern zählte die Stadt 170 Einwohner mehr als im Vorjahr.

Die Geschäftsführung hat insbesondere mit den betroffenen anliegenden Partnern der Deponie wichtige Vorgespräche für die weitere Stilllegungs-Realisierung geführt. Gleichzeitig wurden die wissenschaftlich-technischen Voraussetzungen für das Stilllegungskonzept weiter entwickelt und in mehreren Beratungen dem Landesverwaltungsamt mündlich und schriftlich dargelegt. Die weitere Untersetzung des Stilllegungskonzeptes führte zur Ableitung einer differenzierten Endhöhengestaltung bei der Rekultivierung, welche vor allem zur Sicherung ausreichender Flurabstände hinsichtlich der final auf der Oberfläche anzulegenden Bepflanzung notwendig ist und einen Mehrbedarf an Erlös erwirtschaftenden mineralischen Verwertungsabfällen zur Folge hat. Dieses Konzept wurde mit dem Landesverwaltungsamt weiter abgestimmt und mit den Bescheiden vom 25.04.2013, 11.06.2013 sowie 10.12.2013 für weitere Teilbereiche im Norden, Süden und Osten der Deponie genehmigt.

Die weiter ausstehende abschließende Bestätigung einer Konzeption für den Drehpunkt hat ebenfalls wesentlichen Einfluss auf die weitere Entwicklung der AWH und des Gesamtkonzeptes zur Rekultivierung. In diesem Zusammenhang ist besonders darauf zu verweisen, dass das Landesverwaltungsamt mit seinen Entscheidungen grundlegend die Möglichkeiten zum weiteren Einsatz von Verwertungsabfällen sowie zum Bedarf an inerten Einbaumaterialien im Bereich des Drehpunktes beeinflussen wird.

Auch bezüglich der weiteren Verwendung der finanziellen Rückstellungsmittel und den bisherigen Finanzanlagen wurden wichtige Entscheidungen mit dem Gesellschafter vereinbart.

Schwerpunkt im Jahr 2013 war erneut die ständige Konkretisierung, Fortschreibung und Aktualisierung der Decklungsrechnung insbesondere unter dem Gesichtspunkt der schwierig einschätzbaren Entwicklung der Sickerwasser- und Deponiegasmengen im Deponiekörper sowie die Entwicklung der Annahmemengen an Verwertungsabfällen zur Realisierung der Teilmaßnahmen Geotechnische Sicherung, Drainage und Aufbringung der Wasserhaushaltsschicht. Diese und weitere wichtige Einzelmaßnahmen sind im nachfolgenden Bericht detailliert aufgeführt. Dabei verweisen wir auch auf eine zusammenfassende Darstellung über die konkreten Entscheidungsvorgänge im Zeitraum 2002 bis 2013, dazu siehe Anlage 5 in diesem Bericht.

Die Geschäftsführung schätzt ein, dass die gegenwärtige Situation der mittelfristigen Planung erwartungsgemäß entspricht. Die dem Gesellschafter vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bildung von Gewinnrücklagen in den Jahren 2010 und 2011 stellen eine zusätzliche Sicherung für die Finanzierung der Rekultivierungsmaßnahmen unter Beachtung der langen Zeitabschnitte dar.

Am 16. Juli 2009 wurde die Verordnung zur Vereinfachung des Deponierechts rechtswirksam. Sie enthielt eine vollkommen überarbeitete Fassung der Deponieverordnung und regelte u.a. den weiter bestehenden Bestandsschutz für das mit der Rekultivierungs-anordnung des Landesverwaltungsamtes vom 05. Juli 2008 angeordnete Stilllegungs-konzept. Inzwischen wurde die Deponieverordnung vom Gesetzgeber mehrfach ergänzt und geändert. Dies beinhaltet eine Ausweitung der Eigenkontrollver-antwortung der Deponiebetreiber sowie den Ausbau der Verantwortung und Kontrollpflicht der Deponiebetreiber gegenüber den Abfallerzeugern. Die aktuell letzte Änderung der Deponieverordnung datiert vom Mai 2013. Auch hier waren wieder Umstellungen und Anpassungen im Regime der Annahmekontrolle, bei der Kontrollanalytik sowie bei der Konformitätsbewertung von Abfällen notwendig, die entsprechenden Aufwand verursachten.

Im Zuge der letzten Novelle der Deponieverordnung wurde auch die "Handlungsempfehlung zur Umsetzung der Verordnung über Deponien und Langzeitlager (DepV) für das Land Sachsen-Anhalt" des Landesverwaltungsamtes überarbeitet und angepasst (aktuelle Fassung vom Juni 2013).

Im Ergebnis der gesetzlichen Vorgaben war insbesondere im ersten Halbjahr 2013 bis zum Inkrafttreten der novellierten Deponieverordnung eine stark erhöhte Zahl von auszusprechenden Anliefersperren und zu veranlassenden Rückweisungen von Abfallanlieferungen zur Deponie zu verzeichnen. Dies ist auch als Einflussfaktor für den nochmaligen Rückgang der Abfallannahme 2013 im Vergleich zum Vorjahr anzusehen.

Grundlage für die im Jahr 2013 durchgeführten Stilllegungsmaßnahmen bleibt der im Juni 2008 durch das LVvA erlassene und inzwischen mit sechs Ergänzungen bzw. separaten Bescheiden fortgeschriebene Rekultivierungsbescheid, der auf den Ergebnissen des BMBF – Forschungsvorhabens der AWH basiert.

Im Rahmen der Stilllegungsmaßnahme der geotechnischen Sicherung des Deponiekörpers werden geeignete Abfälle zur Verwertung u.a. mit der Zielstellung der hydraulischen Optimierung des Durchströmungsverhaltens zur langfristig wirksamen, nachhaltigen Reduzierung des Stoffaustrages aus dem Deponiekörper in die unterschiedlichen Bereiche des Deponiekörpers eingebaut. Diese Maßnahme stellt sowohl aus geotechnischer als auch aus hydraulischer Sicht die Voraussetzung zur Außerbetriebnahme der Wasserhaltung und zur Herstellung einer weitgehend selbsttragenden Vorflutbindung zum Ende der Stilllegungsphase dar.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden im Rahmen dieser Maßnahme 634.496 Mg mineralische Verwertungsabfälle als Deponieersatzbaustoff angenommen und eingebaut. Eine merkliche Erhöhung des Reststeinbauvolumens für diese mit verhältnismäßig hohen Einnahmen anzunehmenden Verwertungsabfälle ergab sich aus der Fortschreibung des Stilllegungskonzeptes im Rahmen des Teilprojektes zur Sicherung ausreichender Flurabstände (siehe Erläuterungen am Anfang des Lageberichtes).

Im Deponiebereich Ost (Schwenkende sowie Teilbereich Hausmüllseite Nord-Ost) wurde im Jahr 2013 die geotechnische Sicherung auf Teilflächen von ca. 7 Hektar Größe abgeschlossen, was die Abnahme der Maßnahme gemeinsam mit dem beauftragten Fremdprüfer entsprechend Beauftragung der Rekultivierungsanordnung sowie die Freigabe zur nachfolgenden Überbauung mit Drainage- bzw. Wasserhaushaltsschicht einschloss.

Ab Oktober 2010 erfolgte in enger Zusammenarbeit mit dem Bereich Forst des Landesverwaltungsamtes die Aufforstung der ersten 5 ha der Wasserhaushaltsschicht. Im März 2010 wurde die Antragstellung für weitere Flächen im ehemaligen Gewerbeabfallbereich bei der Genehmigungsbehörde eingereicht, die im September 2011 beschieden wurde. Auf den bezüglich der geotechnischen Sicherung fertig gestellten Teilflächen im Deponiebereich Ost (siehe oben) wurde 2013 der weitere Aufbau mit Drainage- bzw. Wasserhaushaltsschicht vom Landesverwaltungsamt bestätigt. Auf Grundlage dieser Genehmigungslage wurden im Jahr 2013 4 ha Drainageschicht sowie 2,4 ha Wasserhaushaltsschicht errichtet. Die im Plan 2013 vorgesehene Fertigstellung von insgesamt 5,3 ha Drainageschicht sowie insgesamt 5 ha Wasserhaushaltsschicht konnte hauptsächlich wegen Verzögerungen bei der Materialbereitstellung (Zerkleinerung von Drainagematerial durch externe Brecherleistungen) nicht in vollem Umfang realisiert werden. Im Rahmen dieser Maßnahmen wurden 2013 35.974 Mg Drainagematerial und 85.122 Mg Abfall zum Aufbau der Wasserhaushaltsschicht angenommen. Der vorsorglich im Wirtschaftsplan 2013 vorgesehene Ankauf von 20.000 Mg Drainagematerial wurde nur in geringem Umfang in Anspruch genommen.

Die Beschaffung von Abfällen zur Verwertung in Größenordnungen gestaltet sich insbesondere für die Maßnahmen Drainage- bzw. Wasserhaushaltsschicht zunehmend schwieriger, da diese Materialien auch für andere Verwertungs- und Baumaßnahmen außerhalb des Deponierechtes sehr gefragt sind und dort ein weitaus geringerer Kontrollaufwand zu betreiben ist.

Bezüglich der Bepflanzung der fertig gestellten Teilflächen zeigte sich auf dem 5-ha-Versuchsfeld seit 2010, dass bestimmte Gehölze zur Aufforstung am Standort wenig oder nicht geeignet sind. Die dadurch bedingten Ausfälle erfordern ebenso wie die in Folge des extrem trockenen Sommers 2013 entstanden Pflanzausfälle eine Nachpflanzung in den betroffenen Teilbereichen, welche im Frühjahr 2014 erfolgen soll.

Die Wasserstände in der Deponie wiesen 2013 unterschiedlich starke Schwankungen auf, die teilweise auch wieder zu Beeinträchtigungen der Deponiegasfassung führten. Dies betraf insbesondere die hohen Grundwasserstände nach den Starkregenereignissen Ende Mai / Anfang Juni 2013, welche andernorts zu erheblichen Hochwasserauswirkungen führten. Die AWH hat 2013 erste Pilotprojekte realisiert, um dem Trend der auch durch Wassereinflüsse verursachten Abnahme der Deponiegasmenge entgegen wirken zu können (u.a. Neubohrung einzelner Gasbrunnen, Leitungsneuverlegungen). Der Erfolg dieser Projekte wird längerfristig beobachtet und dann über die Realisierung weiterer Maßnahmen entschieden. Für das Projekt der Erweiterung der Deponiegasverwertung Süd (Aufstellung und Betrieb eines dritten Motors) konnten 2013 ebenfalls wichtige Grundlagen gelegt werden. Mit der Realisierung des geplanten Absaugversuches wurde nachgewiesen, dass ausreichend Deponiegas für den zusätzlichen Motor bereitgestellt werden kann. Im Laufe des weiteren Jahres 2013 wurden dann wichtige anlagentechnische und genehmigungsrechtliche Voraussetzungen geschaffen, um den dritten Motor der Anlage Süd Anfang 2014 in Betrieb nehmen zu können.

Als Beeinträchtigung der Deponiegasverwertung 2013 sind die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der EnDI-AG anzusehen, welche seit vielen Jahren Vertragspartner der AWH bezüglich der Abnahme von Deponiegas ist. Hier führten Zahlungsrückstände und die Insolvenz der EnDI-AG dazu, dass der Weiterverkauf von Deponiegas zeitweise eingestellt war und die eigentlich dafür geplanten Erlöse nicht erwirtschaftet werden konnten.

Im Jahr 2013 konnten im Rahmen der Verstromung bzw. Bereitstellung von Deponiegas Umsatzerlöse in Höhe von T€ 1.756 generiert werden.

Durch die Maßnahme der Sickerwasserrückführung ist eine beschleunigte Stabilisierung des Deponiekörpers beabsichtigt, indem durch Infiltration von Deponiesickerwasser ein optimaler Feuchtigkeitsgehalt im Deponiekörper eingestellt wird, der den Verlauf der biochemischen Reaktionen beschleunigt und so die Mineralisierung des Deponiekörpers vorantreibt.

Eine erste Teilanlage wurde 2008 fertiggestellt und läuft seither stabil und störungsfrei. Die Inbetriebnahme der zweiten Anlage erfolgte im Juni 2012.

Die umfangreiche Datenerfassung und Auswertung für den Betrieb der Infiltrationsanlagen erfolgt durch die AWH. Die bisherigen Ergebnisse entsprechen den Erwartungen und Prognosen des Forschungsvorhabens, die beabsichtige Stimulierung der Deponiegasproduktion im Infiltrationsbereich konnte nachgewiesen werden.

Ein im Juni 2010 von der AWH eingereichter Fördermittelantrag für dieses Bauvorhaben wurde durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt im Jahr 2012 beschieden. Die Auszahlung der Mittel erfolgte nach umfangreichen Prüfungen der Fördermittelstelle zur Vorhabenrealisierung im Jahr 2013.

Im Vergleich zum Jahr 2012 sind die Kosten der Sickerwasserreinigung von Mio. EUR 1,3 auf Mio. EUR 1,7 im Jahr 2013 angestiegen.

Diese Kostensteigerung resultiert aus verschiedenen Faktoren. Zum einen stellen sich die mit Inbetriebnahme der zweiten Infiltrationsanlage Mitte 2012 stark gesunkenen Sickerwassermengen erwartungsgemäß wieder auf dem vorherigen Level ein, zum anderen wird von erhöhten Zuflüssen aus der Umgebung zur Deponie als Folge der bereits erwähnten Starkregenereignisse im II. Quartal 2013 ausgegangen.

In Bezug auf den sogenannten Drehpunktbereich des Tagebaurestloches ist es notwendig, die Böschungen in diesem Bereich auch unter Berücksichtigung des Wasseraufgangs standsicher zu gestalten sowie Schnittstellen zum Deponiekörper und zum Westschlauch geotechnisch und hydrogeologisch zu sichern. Im Verlauf der Abstimmungen unter Berücksichtigung der aktuellen Erkenntnisse zeigte sich, dass diese Aufgabe wesentlich anspruchsvoller und umfangreicher ist als noch vor 10 Jahren angenommen. Die 2011 von der AWH gegenüber der Behörde vorgelegten Unterlagen wurden sicher auch deshalb noch nicht weitergehend beschieden. Der ursprüngliche Zeitplan des Stilllegungskonzeptes konnte diesbezüglich nicht eingehalten werden. 2013 fanden unter der Federführung der Stadtwerke Halle GmbH weitere Termine mit Vertretern des Landesverwaltungsamtes sowie des Ministeriums für Umwelt und Landwirtschaft in Bezug auf die Konzeption der Drehpunktgestaltung statt. In diesem Zusammenhang wurden neue, umfangreiche ingenieurtechnische und juristische Untersuchungen zur Thematik veranlasst.

Die Verhandlungen mit der LMBV werden fortgeführt, wobei die Zielstellung in der Übernahme der obertägigen LMBV-Flächen sowie der Deponieflächen im Ostschlauch durch die AWH besteht. Es erfolgte eine Verständigung darauf, dass eine Übertragung der Flächen erst dann rechtskräftig werden soll, wenn die Erfüllung aller bergrechtlichen Pflichten durch die LMBV behördlich bestätigt wurde (Entlassung des Tagebaurestloches/Ostschlauch aus der Bergaufsicht). Die LMBV rechnet diesbezüglich aktuell mit einem Zeitrahmen von etwa zwei Jahren, bis diese Voraussetzung erfüllt ist.

Mit Wirkung zum 01. August 2013 hat die AWH im Rahmen der Sonstigen Geschäftstätigkeit mit der Boden- und Bauschuttbörse ein neues Geschäftsfeld eröffnet. Die Boden- und Bauschuttbörse wurde mit der Zielstellung der Annahme, Lagerung und Aufbereitung von Böden und mineralischen Abfällen nach Anhang 4 BImSchV, Spalte 2 errichtet. Im Jahr 2012 erfolgte hierfür die erforderliche Genehmigung. Das Investitionsvolumen zur Herstellung der Fläche betrug ca. T€ 43. Vor Inbetriebnahme der Anlage wurde eine Sicherheitsleistung von 166.673 € beim Landkreis Saalekreis hinterlegt. Die Anlagenfläche der Boden- und Bauschuttbörse befindet sich teilweise im Eigentum der LMBV. Aus diesem Grund wurde ein zweijähriger Nutzungsvertrag für diese Teilflächen mit der LMBV abgeschlossen.

Im Norden des Tagebaurestloches außerhalb des Deponiekörpers wurde durch die Hallesche Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH im Rahmen eines vom BMU geförderten Forschungsvorhabens eine Demonstrationsanlage zur hydrothermalen Carbonisierung biogener Reststoffe errichtet. Hierfür soll Abwärme aus der in unmittelbarer Nähe gelegenen Deponiegasverwertungsstation Nord der AWH genutzt werden.

Insgesamt konnte im Geschäftsjahr 2013 eine Gesamtleistung von Mio. EUR 8,6 erzielt werden, das entspricht einer Planerfüllung von 73,5 %. Ursache für das Defizit ist u.a. dass Mio. EUR 2,1 Sanierungsrückstellungen 2013 nicht in Anspruch genommen werden mussten. Hintergrund hierfür sind zeitliche Verschiebungen geplanter Maßnahmen wie Drehpunktbereich und Ertüchtigung der Deponiegasfassung, aber auch sinkende Umsatzerlöse im Rahmen der Annahme von Verwertungsabfällen sowie aus der Verstromung/ Bereitstellung von Deponiegas.

Die im Rahmen des Stilllegungsbetriebes erzielten Umsatzerlöse (Mio. EUR 4,4) und die sonstigen Erträge (Mio. EUR 0,1; ohne Erträge aus der Inanspruchnahme der Sanierungsrückstellung) betragen für 2013 Mio. EUR 4,5.

Der gesamte betriebliche Aufwand (Mio. EUR 7,3) unter Einbeziehung des außerordentlichen Aufwandes (Mio. EUR 0,7) des Geschäftsjahres 2013 belief sich auf Mio. EUR 8,0 (Vj. Mio. EUR 9,1). Davon entfallen Mio. EUR 7,0 auf die Kosten des Stilllegungsbetriebes.

Dem Prinzip der Bildung der Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge folgend (Rückstellungsbetrag entspricht den zu erwartenden Gesamtkosten vermindert um künftige Vorteile, d.h. die in der Stilllegungsphase mit der Deponie erzielbaren Erlöse wie z. B. aus der Gasverwertung und der Annahme von Deponiebaustoffen) wurden in Höhe des sich ergebenden Saldos von Mio. EUR 2,5 entsprechende Erträge aus der Inanspruchnahme der Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge verbucht.

Es ist vorgesehen, den sich nach Steuern ergebenden Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2013 (T€ 601), der überwiegend aus den Zinserträgen der Wertpapierfonds resultiert, vollständig an den Gesellschafter Stadtwerke Halle GmbH (SWH) auszuschütten.

Die Geschäftsführung erbringt die notwendigen Nachweise, dass die Ausschüttung in Einklang mit dem vom LVwA beschiedenen Sicherungsbetrag (geforderte Sicherheit für die Rekultivierung der Deponie) steht. Im Geschäftsjahr 2013 bestanden grundsätzlich durch die Beteiligung am Cash-Pool der SWH keine Liquiditätsprobleme.

Nach einer externen Überwachungsbegutachtung „Entsorgungsfachbetrieb“ im März 2013 wurde der AWH das Zertifikat für abfallwirtschaftliche Tätigkeit für die Verwertung von Abfällen im Deponiestilllegungsbetrieb vom EdDE erneut bestätigt. Im September 2013 wurde durch ZER-QMS das jährliche Qualitätsmanagement-Überwachungsaudit durchgeführt. Das Audit umfasst den Deponiestilllegungsbetrieb einschließlich der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die Stilllegung. Im Ergebnis wurde der AWH eine vorbildliche Organisation und Durchführung der entsprechenden abfallwirtschaftlichen Tätigkeiten bescheinigt. Ebenfalls 2013 wurde die externe Begutachtung zur Überwachung der Akkreditierung des Labors der AWH nach der DIN EN ISO 17025 erfolgreich absolviert.

Nach Einbindung der AWH in den Verbund der Stadtwerke Halle GmbH wurde in den Vorjahren und Anfang 2013 weiter untersucht, wie Effizienzsteigerungen aus Synergieeffekten erschlossen werden können. Hier spielte die Thematik der Zusammenlegung aller Laborkapazitäten im SWH-Konzern eine große Rolle. Die Realisierung eines entsprechenden Projektes wurde Anfang 2013 beschlossen. Im Ergebnis der darin enthaltenen Teilmaßnahmen wurde das chemische Laboratorium am Standort der Deponie Halle-Lochau zum 31.12.2013 geschlossen, und die drei betreffenden Labormitarbeiter wechselten zum Jahresende 2013 zum neuen Zentrallabor der HWS GmbH. Am Deponiestandort verbleiben weiterhin die Teilbereiche Probenahme und Bodenmechanik des vormaligen Laborbereiches. Für diese Teilbereiche wird auch die Akkreditierung nach DIN EN ISO 17025 fortgeführt.

Ausblick

Die Ergebnisse des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens beruhen u. a. auf Untersuchungen und Modellprognoserechnungen, die zunächst auf der Grundlage verfügbarer Standortdaten und des in der Fachliteratur veröffentlichten aktuellen Kenntnisstandes auf konzeptionelle, planerische Ansätze abstellen. Um diese begründeten Annahmen kontinuierlich zu untersetzen, sind weiterhin fundierte Untersuchungen zur Bemessung, Umsetzung und Optimierung der Konzeptparameter erforderlich. Dabei werden während der Umsetzung relevante Daten u. a. im Monitoringprogramm ermittelt, um die Wirksamkeit und die Effizienz der verschiedenen technischen Maßnahmen zur Stilllegung zu prüfen. Auf dieser Grundlage wird dann im Wesentlichen eine detaillierte Bemessung und Optimierung von Maßnahmen erreicht, so dass diese im Projektverlauf entsprechend dem fortschreitenden Erkenntnisgewinn angepasst werden können.

Die Kosten- und Erlöskalkulation (Decklungsrechnung) für den Zeitraum vom 01. Juni 2005 bis 31. Dezember 2051 wird von der AWH ständig fortgeschrieben. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass mit den nach der geplanten Ausschüttung an den Gesellschafter verfügbaren Mitteln eine Rekultivierung der Deponie wie geplant möglich ist. Zum 31. Dezember 2013 sind hierfür Rückstellungen in Höhe von Mio. EUR 57,8 gebildet. Wertpapiere sind mit einem Buchwert zum 31. Dezember 2013 in Höhe von Mio. EUR 59,5 ausgewiesen.

Die Geschäftsführung der AWH geht jedoch nach wie vor davon aus, dass aufgrund der notwendigen langen Zeiträume auch unter Einbeziehung der Wertpapiererträge und eventueller Kursgewinne kurzfristig oder anhaltend Fehlbeträge bei der Decklungsrechnung eintreten können (Differenz zwischen den tatsächlich anfallenden Stilllegungs- und Nachsorgekosten, abzüglich zu erzielender Erlöse, und den durch die AWH zu finanzierenden Mittel). Es ist dann notwendig, in der Decklungsrechnung enthaltene Aufwendungen weiter zu minimieren oder die Einnahmesituation zu verbessern. Grundsätzlich hat die Geschäftsführung gegenwärtig keine Anhaltspunkte für wesentliche Über- und Unterschreitungen der in der Decklungsrechnung ausgewiesenen Positionen. Insofern kann nach den Festlegungen des LVwA zur Sicherstellung der Finanzmittel für Sanierungsleistungen verfahren werden. In der Decklungsrechnung wurden bisher mögliche zukünftige finanzielle Potentiale aus der Beantragung von Förder- und Zuschussmitteln aus verschiedenen landes- bzw. europaweiten Fördermittelpositionen nicht berücksichtigt. Dies würde eine Deckung von eventuellen Mehrkosten ermöglichen, gleichermaßen wie eine mögliche Minimierung der bisher geplanten Aufwendungen insbesondere in den Jahren zwischen 2016 und 2021.

Die von der Geschäftsführung getroffenen Annahmen hinsichtlich der durchzuführenden Stilllegungs- und Nachsorgemaßnahmen und ihrer Finanzierung sind sorgfältig eingeschätzt, aber durch die Langfristigkeit und verbleibenden Innovationsrisiken nicht vollständig kalkulierbar. Der Fortbestand der AWH ist bedroht, wenn die von der Geschäftsführung getroffenen Annahmen hinsichtlich der im Rahmen der Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge durchzuführenden Maßnahmen und ihrer Finanzierung nicht eintreten. Dies kann u. a. durch Mehrkosten, die eventuell im Rahmen von Genehmigungsanordnungen für die einzelnen Maßnahmen entstehen könnten, eine sich ändernde Rechtslage, Kosten- und Preissteigerungen, höher als geplante Steuer(nach)zahlungen und geringere als geplante Erlöse verursacht sein. Des Weiteren ist zu beachten, dass Teile des vom LVvA vorgegebenen Stilllegungskonzeptes auf modelltheoretischen Ansätzen basieren, deren Bestätigung in der Praxis noch nicht gesichert ist und bei denen die Auswirkungen auf den tatsächlichen Sanierungsprozess noch nicht eingeschätzt werden können. Dies könnte die Fortsetzung des Sanierungsprozesses beeinflussen und Auswirkungen auf die Gesamtsanierungsaufwendungen nach sich ziehen.

Hinsichtlich möglicher Risiken aus künftigen finanzamtlichen Außenprüfungen ist zu beachten, dass in der aktuell laufenden Betriebsprüfung für die Geschäftsjahre 2007 bis 2010 die Decklungsrechnung (Kosten- und Erlöskalkulation), die als Basis zur Berechnung der Rückstellung zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge dient, einer detaillierteren Prüfung unterzogen wird. Zum jetzigen Zeitpunkt kann aber keine fundierte Aussage zu den möglichen Auswirkungen dieser Betriebsprüfung vorgenommen werden.

Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass die von der AWH gehaltenen Wertpapiere neben Chancen einer überdurchschnittlichen Performance auch Kurs- Teilungs- (Tranchen-) und Wertschwankungsrisiken unterliegen, insbesondere vor dem Hintergrund der andauernden Finanzkrise. Die zusätzlich zum Verkauf der Wertpapiere zu erzielenden (und sich im Zeitablauf mit Fortschreiten der Sanierungsarbeiten und damit Abbau des Wertpapierbestands verringernden) Wertpapiererträge (nach Steuern) die nicht Bestandteil der Decklungsrechnung sind, könnten bei Notwendigkeit zur Kompensation zukünftiger Kosten- und Preissteigerungen der Sanierung herangezogen werden und würden dann insoweit für Ausschüttungen nicht zur Verfügung stehen.

Die Geschäftsführung hat die Manager der Wertpapierfonds angewiesen, bei den Wertpapieranlagen dafür Sorge zu tragen, dass im Jahre 2014 die Entscheidung getroffen werden kann, unter Umständen teilweise oder vollständig auf die Wertpapierfonds zu verzichten und die dann verfügbaren Cash-Mittel zur Sanierung nur als (Termin-)Geldanlage einzusetzen. Die abschließende Entscheidung ist im Jahr 2014 unter Berücksichtigung der Performance der Wertpapieranlagen der Jahre 2012 und 2013 zu treffen.

Im kommenden Jahr sind unter Berücksichtigung der neuen Rahmenbedingungen (u. a. veränderte hydrogeologische Rahmenbedingungen nach Umstellung der Vorfeld-entwässerung und unter Berücksichtigung der Niederschlagsdaten aus den letzten Jahren) und der Prognose der künftig zu erwartenden hydraulischen Flurabstände weiter die erforderlichen deponietechnischen Maßnahmen auf der Grundlage behördlicher Anordnungen umzusetzen.

Um die Deponiegaslerlöse auch künftig möglichst hoch zu halten, sind im Jahr 2014 weitere Ertüchtigungsmaßnahmen im nördlichen Deponiebereich geplant, soweit die 2013 realisierten Pilotprojekte hier entsprechenden Erfolg zeigen. Außerdem soll im Deponiegasbereich Süd der dritte Motor Anfang 2014 in Betrieb genommen werden, mit dem ebenfalls zusätzliche Erlöse generiert werden können.

Des Weiteren ist der Aufbau von weiteren 13,3 ha Drainageschicht sowie 14,2 ha Wasserhaushaltsschicht vorgesehen. Zunehmend schwierig gestaltet sich hierfür die Bereitstellung der erforderlichen Mengen an Drainage- und Bodenmaterial. Die AWH muss weiterhin ihre Bemühungen verstärken, im Einklang mit den deponierechtlichen Anforderungen die erforderlichen Mengen am Markt zu akquirieren, um Einkäufe von diesbezüglichen Materialien zu vermeiden.

Auf einer bereits 2012 fertiggestellten Rekultivierungsfläche von 6 ha ist im Herbst 2014 die Aufforstung vorgesehen.

Eine weitere wichtige Maßnahme im Jahr 2014 wird wiederum die Planung für den Drehpunktbereich sein. Hier sollen im laufenden Jahr weitere Abstimmungen mit den einzubeziehenden Behörden erfolgen, um die notwendigen Genehmigungen für ein umweltgerechtes und wirtschaftliches Drehpunkt-Gestaltungskonzept zu erwirken und danach mit der Umsetzung beginnen zu können.

Die Unternehmenskonzeption der AWH sieht zusätzlich zur Durchführung des Stilllegungs- und Nachsorgebetriebes den Ausbau des Standortes Halle-Lochau zu einem Abfallwirtschaftszentrum vor, das auch weitere (nicht nur durch die AWH betriebene) Anlagen zur Stoffkonditionierung für den Stilllegungsbetrieb vorsieht bzw. Flächen für andere Ansiedlungen anbietet. Dazu wurde eine entsprechende Vereinbarung zwischen dem ehemaligen Gesellschafter Stadt Halle (Saale) und dem Landkreis Saalekreis zur Entwicklung eines Kreislaufwirtschafts-Parks geschlossen. Ein dazu erforderlicher Bebauungsplan wurde von der Gemeinde Schkopau beschieden.

Der Aufsichtsrat der AWH hat im Jahr 2009 die Geschäftsführung beauftragt, unverzüglich Verhandlungen mit der LMBV darüber aufzunehmen, unter welchen Bedingungen eine Übertragung des bisherigen Grundstückseigentums des Tagebaurestloches von der LMBV auf die AWH möglich ist. Da entsprechend eines Gutachtens eine kostenlose Eigentums-übertragung des jetzigen Deponiegeländes an die AWH nicht möglich ist, andererseits aber das Interesse des Gesellschafters besteht, das ca. 350 ha große, später sanierte Gelände in das Eigentum der AWH zu überführen, werden 2013 die entsprechenden Verhandlungen mit der LMBV weitergeführt.

Ein 2010 erarbeitetes Wertgutachten zum Grundstück wurde von beiden Partnern grundsätzlich anerkannt und bildet die Basis für die weiteren Verhandlungen.

Die AWH wird die Entwicklung auf den Finanz- und Wirtschaftsmärkten verfolgen müssen. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass grundsätzlich die im Wirtschaftsplan 2014 ausgewiesenen Ergebnisse erreicht werden können, es hierfür aber sehr großer Anstrengungen bedarf. Die Gesellschaft plant für das Geschäftsjahr 2014 mit einem Jahresergebnis nach Steuern in Höhe von Mio. EUR 1,0.

A/V/E GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Magdeburger Straße 51
06112 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 550

Gesellschafter:	T€	%
envia Mitteldeutsche Energie AG	142	25,90
MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH	138	25,10
rhenag Rheinische Energie Aktiengesellschaft	138	25,10
Stadtwerke Halle GmbH	131	23,90

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Die Abrechnung von Leistungen der Ver- und Entsorgung, die damit verbundene Beratung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte. Das Unternehmen ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die mittelbar oder unmittelbar diesem Zweck dienen.
- (2) Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen gründen, erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.
- (3) Die Gesellschaft wird nach erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens ergibt sich aus einem Annex. Es bestehen Verträge u. a. mit den Energiedienstleistern Mitgas, der enviaM und anderen Stadtwerken. Diese Unternehmen finden ihren öffentlichen Zweck in § 116 GO-LSA. Soweit Abrechnungsaufgaben für diese Unternehmen vorgenommen werden, muss es dafür daher auch einen öffentlichen Zweck geben.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Arnold, Andrea

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
874	16	921	19	1.054	20	-47	-5
4.498	83	3.893	80	4.157	79	605	16
68	1	52	1	45	1	16	31

Bilanzsumme

5.440	100	4.866	100	5.256	100	574	12
-------	-----	-------	-----	-------	-----	-----	----

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
2.030	37	1.861	38	2.123	41	169	9
2.454	45	1.993	41	1.951	37	461	23
956	18	1.012	21	1.182	22	-56	-6

Bilanzsumme

5.440	100	4.866	100	5.256	100	574	12
-------	-----	-------	-----	-------	-----	-----	----

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
außerordentliche Aufwendungen
außerordentliches Ergebnis
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2013	2012	2011
T€	T€	T€
22.447	22.239	22.363
126	279	250
5.188	5.418	5.433
14.068	13.790	13.183
312	530	530
2.219	2.322	2.573
36	87	31
90	68	20
732	477	905
		38
		-38
249	163	291
483	314	576
483	314	576

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,15	1,41	2,58	%
Eigenkapitalrentabilität:	31,20	20,28	37,22	%
Cash-Flow:	795	844	1.106	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	71	72	80	T€
Personalaufwandsquote:	62,32	61,24	58,30	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	9,94	11,49	11,02	%
Eigenkapitalquote:	37,31	38,25	40,40	%
Fremdkapitalquote:	62,69	61,75	59,60	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Unternehmen

A/V/E bedient über 40 Kunden aus der Energieversorgungsbranche. 2013 konnten wir mit unserem Full-Service-Angebot unsere Kunden und auch Interessenten überzeugen - von der Abrechnung über die Endkundenakquise, Inkasso, Kundenservice und Marktkommunikation bis hin zum Zählermanagement.

Nach wie vor ist das Alleinstellungsmerkmal der A/V/E die Systemoffenheit in Verbindung mit der fallabschließenden Bearbeitung von Vorgängen im System des Kunden vom Standort Halle (Saale) aus. Modernste Kommunikationsmedien überbrücken dabei die räumlichen Distanzen zu unseren Kunden. Zu unseren Kunden zählen sowohl die klassischen Stadtwerke, als auch reine Lieferanten. Das Spektrum reicht dabei vom großen überregionalen bis hin zum kleinen lokalen Energieversorger. Überwiegend für die Energieunternehmen in der Marktrolle Lieferant erledigen wir die Aufträge.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

2013 hat A/V/E den Fokus stärker auf die interne Organisation und auf die Bestandskunden gelegt. Es galt einen Schulungs- und Trainingsprozess zu etablieren und die Zertifizierung nach DIN ISO 9001:2008 zu bestehen. Weitere interne Projekte und auch mehrere Projekte für unsere Bestandskunden forderten die gesamte Aufmerksamkeit. Das Wachstum der vergangenen Jahre musste verarbeitet werden. Die Ergebnisse der Kundenzufriedenheitsbefragung bestärkten uns, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen und der A/V/E 2013 ein neues Gesicht zu geben. Künftig werden in mehreren Kundenkompetenzcentern die Leistungen für unsere Kunden gebündelt erbracht.

Für die Mitarbeiter/innen wurde das Schulungs- und Trainingskonzept so optimal umgestellt, dass jetzt ein eigenes Trainingsteam für die kontinuierliche Entwicklung der Mitarbeiter/innen verantwortlich ist. Das Schulungs- und Trainingskonzept bildet somit nach der Personalauswahl die entscheidende Grundlage für die Sicherung von Wissen und Know-how.

Die Wettbewerber begegnen uns, obgleich diese zum Teil erheblich größer sind, mit Respekt. Ganz gleich, ob es sich um ebenfalls auf die Energieversorgungsbranche spezialisierte Dienstleister oder um Service-Spezialisten ohne Branchenfokus handelt - jeden Wettbewerber gilt es in seiner Leistungsfähigkeit zu würdigen und gleichzeitig zu überbieten.

Neue Wettbewerber traten 2013 nicht in den Markt bzw. wurden nicht wahrgenommen. Dennoch wurde der Wettbewerb intensiver und der Kostendruck nahm erneut zu. Anlass hierfür war die zunehmende Bereitschaft der Energieversorgungsunternehmen, auf branchenunabhängige Dienstleister zurückzugreifen. In der Regel führte dies zu neuen Schnittstellen, deren Verantwortung und Besetzung nicht selten bei den Energieversorgungsunternehmen unberücksichtigt blieb. Infolge dessen schien die Gesamtzufriedenheit in der Energieversorgungsbranche mit den Dienstleistern abzunehmen. Auch A/V/E musste sich diesem Trend der Zersplitterung von Prozessen stellen. Mit einzelnen Kunden wurden deshalb die Prozesse neu definiert und abgegrenzt.

Weiterhin trug Insourcing, häufig einer politischen Motivation folgend, zu einer wenig erfreulichen Marktentwicklung bei. Insgesamt jedoch wurde den Angeboten der A/V/E höchste Qualität bescheinigt und auch Anerkennung ausgesprochen, wenn eine Anfrage von A/V/E begründet abgelehnt wurde. Denn selbst in den Angeboten zeigte A/V/E auch 2013 den Kunden und Interessenten Individualität, Kompetenz und Verantwortungsbewusstsein, Verantwortungsbewusstsein für die A/V/E und für den Kunden.

Geschäftsentwicklung

Lieferanten und Netzbetreiber geben den Kostendruck insbesondere auch an die gebundenen Dienstleistungsunternehmen weiter. Gleichzeitig nimmt die Leistungserwartung stetig zu, ohne dass dies mit einer signifikanten wahrnehmbaren Bereitschaft zur Anpassung der Vergütung einhergeht. Diesem begegnete A/V/E mit einer konsequenten Organisationsanalyse, die nahezu zeitgleich mit der 2013 erfolgreichen Erstzertifizierung nach DIN ISO 9001:2008 einherging.

Bei einigen Kunden konnten Preiserhöhungen umgesetzt werden, da eine entsprechende Anpassungsklausel Bestandteil der vertraglichen Leistungsbeziehung ist. Zudem konnte bei einem Teil der Bestandskunden der Umsatz durch weitere Dienstleistungen oder – im Sinne eines einmaligen Umsatzes – durch durchgeführte Releasewechsel erhöht werden. Dagegen mussten bei anderen Kunden Leistungen wieder abgegeben werden. Ursächlich hierfür waren neben einer Vertragsbeendigung vorwiegend gemeinsam mit dem Kunden neu abgestimmte Umfänge und Abgrenzungen unserer Dienstleistungen für den Kunden. Diese Anpassungen verfolgten jeweils das Ziel der Kostensenkung beim Kunden und bedeuteten für A/V/E jedoch auch eine spürbare Reduktion von Umsatzvolumina mit dem Kunden. Dennoch konnte der Umsatz auf Vorjahresniveau gehalten werden.

Die wesentlichen Leistungsindikatoren sind für A/V/E das Betriebsergebnis (im Geschäftsjahr 785 T€) und das Investitionsvolumen (266 T€).

Rechnungsmäßiges Unbundling

Für die A/V/E gelten die Bestimmungen des Rechnungsmäßigen Unbundling gemäß § 6b EnWG in der Fassung vom 20. Dezember 2012, da sie zu einer Gruppe verbundener Elektrizitäts- oder Gasunternehmen gehört und energiespezifische Dienstleistungen erbringt.

Die Dienstleistungen des Unternehmens wurden im Rahmen der Kontentrennung den Bereichen der anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors und der anderen Tätigkeiten innerhalb des Gassektors sowie dem Bereich der Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors zugeordnet. Der Jahresabschluss und der Lagebericht wurden der Bundesnetzagentur vorgelegt.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der A/V/E war auch 2013 wie in Vorjahren positiv. Wie im Vorjahr waren keine Zahlungsausfälle zu verzeichnen. Insgesamt verbesserte sich die Zahlungsmoral.

2013 investierte A/V/E insgesamt 266 T€ (Vorjahr 398 T€). Die Investitionen dienten dabei zu 35% der Kapazitätsausweitung und zu 36% der Modernisierung der Kommunikationstechnik. Auch die übrigen Investitionen einschließlich geringwertiger Wirtschaftsgüter betreffen Informations- und Datenverarbeitungsgeräte. Durch die bereits in Vorjahren getätigten höheren Investitionen in Software und Betriebs- und Geschäftsausstattungen verringerte sich das Anlagevermögen um 47 T€ auf nunmehr 874 T€.

Das Umlaufvermögen nahm um 605 T€ auf 4.498 T€ zu. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen konnten Stichtagsbezogen um 167 T€ abgebaut werden und auch die Forderungen aus Ertrags- und Umsatzsteuer verringerten sich deutlich. Dem steht der Anstieg der Forderungen an verbundene Unternehmen um 1.161 T€ auf 3.599 T€ gegenüber, was ausschließlich auf den laufenden Cashmanagementvertrag zurückgeht.

Die Bilanzsumme der A/V/E erhöhte sich 2013 gegenüber dem Vorjahr um 12% auf nun 5.440 T€. Die Eigenkapitalquote konnte dabei auf gleichem Niveau gehalten werden und beträgt 37%. Wie in Vorjahren darf damit die Eigenkapitalausstattung der A/V/E GmbH als solide bezeichnet werden.

In den Rückstellungen führten nahezu allein die Zuführungen zu personalbezogenen Rückstellungen zur Erhöhung von 1.993 T€ im Vorjahr auf 2.455 T€. Die im Vorjahr erstmals vorgenommene Passivierung der mittelbaren Pensionsverpflichtungen wurde weitergeführt.

Die Verbindlichkeiten konnten um 56 T€ auf 956 T€ vermindert werden. Das betrifft sowohl die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen als auch die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen.

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt auf Grundlage des Cash-Managementvertrages mit enviaM. Der Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit betrug im Geschäftsjahr 2.107 T€.

Unter Berücksichtigung der negativen Cash-Flow aus der Finanztätigkeit (Gewinnausschüttung 313 T€) und aus der Investitionstätigkeit (266 T€) stieg der Finanzmittelbestand der A/V/E um 1.528 T€ auf 3.510 T€.

Die Zahlungsfähigkeit der A/V/E war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres 2013 und bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses 2013 gewährleistet.

Mit 22.447 T€ (Vorjahr 22.239 T€) ist der Umsatz der A/V/E erneut leicht um 1% gestiegen. Besonders erfreulich ist dabei, dass das Wachstum außerhalb des Gesellschafterkreises lag und den leichten Rückgang im Umsatz mit den Gesellschaftern überkompensiert hat. Der Umsatz verteilt sich auf die Marktrolle Lieferant zu 73% und auf die übrigen Marktrolle zu 27%.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um 153 T€ zurückgegangen. Das betrifft insbesondere die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

Wesentlicher als die Steigerung der Gesamtleistung trug die Senkung der betrieblichen Aufwendungen zur Verbesserung des Betriebsergebnisses gegenüber dem Vorjahr bei. Im zweiten Jahr infolge konnten Aufwandssenkungen in den Material- und sonstigen betrieblichen Aufwendungen realisiert werden. Erreicht wurden diese durch verbesserte Prozessabläufe, vor allem aber durch ein geändertes Schulungs- und Trainingskonzept. Hier wirkte insbesondere das Insourcing positiv. Auch durch kontinuierliche Überprüfung auf Insourcing bei der Arbeitnehmerüberlassung konnten so in Summe 458 T€ gegenüber 2012 eingespart werden. Gleichwohl steht diesen Einsparungen eine tariflich bedingte und zusätzlichen Einstellungen geschuldeter Anstieg des Personalaufwands von 277 T€ gegenüber.

Das Finanzergebnis wurde maßgeblich durch die notwendigen Zuführungen zu pensionsähnlichen Rückstellungen und den Rückgang der Zinserträge beeinflusst. Im Vorjahr war dies noch anders und so liegt das Finanzergebnis (-54 T€) um 73 T€ niedriger als 2012.

Der Steueraufwand hat sich, dem Betriebsergebnis von 785 T€ (im Vorjahr 458 T€) folgend, um 86 T€ gegenüber 2012 auf 249 T€ erhöht.

2013 schloss A/V/E das Berichtsjahr folglich mit einem Jahresüberschuss von 483 T€ (2012 314 T€) ab.

Personalwesen

Per 31.12.2013 waren 318 Mitarbeiter/innen bei A/V/E beschäftigt und damit im Stichtagsvergleich 9 Mitarbeiter/innen mehr. Zusätzlich waren per 31.12.2013 noch 15 Azubis (Vorjahr 14) bei A/V/E beschäftigt. Ausgebildet werden diese als Bürokaufmann/frau und Kaufmann/frau für Dialogmarketing. Alle Auszubildenden, die 2013 die Ausbildung abgeschlossen haben, wurden von A/V/E übernommen.

Die Frauenquote ist mit 67% unverändert, die Teilzeitbeschäftigtenquote erhöhte sich leicht von 13% auf 14%. Der Anteil der befristet beschäftigten Mitarbeiter/innen liegt bei 34% und ist damit gegenüber dem Vorjahr um 3%-Punkte gestiegen.

Die Aufwendungen für Personalqualifizierungsmaßnahmen sind gegenüber dem Vorjahr deutlich zurückgegangen. Dies liegt vor allem daran, dass die bisher extern durchgeführte Mitarbeiterzertifizierung 2013 mit der erfolgreichen Zertifizierung nach DIN ISO 9001:2008 eingestellt wurde. An die Stelle des Programms „Zertifizierter Mitarbeiter im Kundenservice der Energiewirtschaft“ ist nunmehr ein Schulungs- und Trainingsprozess getreten, das durch ein im Haus etabliertes Trainerteam gebündelt und verantwortet wird. Der Schulungsprozess ist fester Bestandteil des Qualitätsmanagement.

Nachtragsbericht

Geschäftsvorfälle oder Ereignisse nach dem Abschlussstichtag, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gesellschaft haben, traten nach Abschluss des Geschäftsjahres 2013 nicht ein.

Prognose-, Chancen und Risikobericht

Risiko-Management

Für eine zukunftsorientierte Unternehmenspolitik ist nicht nur die Betrachtung von außerplanmäßigen Risiken von Bedeutung, sondern auch das Erkennen von sich daraus ableitenden Chancen.

Die A/V/E ist mit ihrem Chancen- und Risikomanagementsystem in die entsprechenden Konzernregelungen eingebunden.

Das Chancen- und Risikomanagement der A/V/E beinhaltet das zeitnahe Erkennen, die Erfassung, die Kontrolle und die Steuerung entsprechender Ereignisse.

Der Risikomanagementbeauftragte der A/V/E erfasst in Abstimmung mit den Abteilungsleitern pro Quartal alle Chancen und Risiken. Diese werden der Geschäftsführung vorgelegt und in Abhängigkeit der Meldegrenzen an den Risikobeauftragten der Hauptgesellschafterin gemeldet.

Risiken, welche die Prognose beeinflussen können, bestehen in den Bereichen Neukundengewinnung und Verlust von Bestandskunden. Es ist nicht auszuschließen, dass Neukunden, mit denen sich die A/V/E in Verhandlungen befindet, sich letztendlich gegen ein Outsourcing entscheiden oder ihre Entscheidung zu einem wesentlich späteren Zeitpunkt treffen. Die Beendigung von laufenden Verträgen mit Bestandskunden ist ebenso wenig völlig auszuschließen. Diese Risiken fließen jedoch unmittelbar in den Planungsprozess ein, so dass dieses Risiko keinen wesentlichen Einfluss auf den Wirtschaftsplan und die Mittelfristplanung hat.

Den Bestand der Gesellschaft gefährdende oder die künftige Entwicklung der Gesellschaft beeinträchtigende Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

Chancen

Chancen bestehen nicht nur in der Gewinnung neuer Kunden, sondern auch in der Festigung und Intensivierung in der Zusammenarbeit mit bestehenden Kunden. Diese bilden die Basis für den Erfolg der A/V/E. Langjährige Partnerschaften können ausgebaut werden, indem das Know-how der A/V/E für den Kunden attraktiv dargestellt und zu sinnvollen Paketen zusammenstellt werden.

Darüber hinaus entstehen Chancen für A/V/E durch den Arbeitsmarkt. Es wird schwieriger, Personal zu finden und zu vertretbaren Kosten zu binden. Gleichzeitig wird es wichtiger, jeden Mitarbeiter optimal auszulasten. Hier ist das volatile Geschäft der Lieferanten und Netzbetreiber auf Dauer wenig geeignet, das Leistungsangebot der A/V/E selbst zu erbringen. Es spricht einiges dafür, dass sich insbesondere auch Stadtwerke künftig eher stärker der Kernkompetenzen der A/V/E bedienen um die eigene Flexibilität und Schlagkraft zu erhalten.

Strategie

„Die richtigen Dinge richtig tun“. Dieses oberste Leitbild der A/V/E bedeutet, dem Kunden unterstützend und beratend zur Seite stehen und für den Kunden zu identifizieren, was er braucht und tatsächlich will. Die Dienstleistung erbringt A/V/E im jeweiligen Kundensystem. Das sichert Investitionen und schützt Daten. Besitzt der Kunde kein System oder beabsichtigt das bisherige zu ersetzen, berät A/V/E bei der Auswahl. Schließlich kann der Kunde aber auch den Gesamtprozess und ein System als Komplettpaket bei A/V/E abrufen. Mit e/v/u-kompakt hat A/V/E gemeinsam mit der Schwestergesellschaft GISA über 40 Jahre Markterfahrungen in die Entwicklung eines neuen hocheffizienten und prozessoptimierten System- und Dienstleistungs-Angebots einfließen lassen. Damit ist e/v/u-kompakt nach nA/V/Egation und TA/V/EX die jüngste Entwicklung in der Reihe der Systeme, die das Dienstleistungsangebot der A/V/E unterstützen. Zahlreiche andere kleinere Entwicklungen, wie eine Anmeldedatenbank oder eine Prozesszeitenmessungssoftware helfen den Mitarbeitern sich auf die eigentliche Tätigkeit zu konzentrieren und erleichtern es diesen, stets mit einem Lächeln Auskünfte zu erteilen, Produktberatungen durchzuführen oder schwierige Sachverhalte zu klären.

Aussichten

Gemäß Wirtschaftsplan 2014 sind Investitionen von 300 T€ konzipiert. In den Folgejahren soll sich das Investitionsvolumen auf vergleichbarem Niveau bewegen. Die Aussichten sind für das Geschäftsjahr 2014 verhalten positiv. A/V/E erwartet einen Umsatzrückgang um mehr als 10%, der das bereits 2013 erkennbare Endkundenverhalten widerspiegelt. Auch 2014 wird A/V/E dennoch ein positives Betriebsergebnis bzw. Jahresergebnis auf dem 2012er Niveau ausweisen und weitere Optimierungen vornehmen, um Kostensteigerungen entgegenzuwirken.

2015 kann dann aufgrund von Neuakquisitionen mit wieder steigenden Umsätzen gerechnet werden, der den 2014er Rückgang weitgehend ausgleichen soll. Das wird auch die Ergebnislage der A/V/E in 2015 positiv beeinflussen, so das ein Betriebsergebnis und ein Jahresergebnis in ähnlicher Höhe wie im Berichtsjahr angestrebt werden kann.

Cives Dienste GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	Sitz der Gesellschaft:	Postanschrift:				
Anschrift:	Äußere Hordorfer Straße 12 06114 Halle (Saale)	Berliner Straße 100 06258 Schkopau OT Döllnitz				
Rechtsform:	GmbH					
Stammkapital in T€:	25					
Gesellschafter:						
		<table><tr><th>T€</th><th>%</th></tr><tr><td>Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH</td><td>25100,00</td></tr></table>	T€	%	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	25100,00
T€	%					
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	25100,00					

Gegenstand des Unternehmens:

Erbringung aller Arten von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und der Infrastrukturentwicklung in und für Gebietskörperschaften, einschließlich der Entwicklung innovativer Leistungsangebote, Werbung, Vertrieb von Waren, Marktbeobachtung, Information, Beratungen und Interessenwahrnehmungen, soweit diese in Zusammenhang mit den vorgenannten Dienstleistungen stehen.

Öffentlicher Zweck:

Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Unterhaltsreinigung in Gebäuden der Stadt Halle (Saale) und Entsorgung von Leichtverpackungen in der Stadt Halle (Saale).

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Arndt, Michael

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
13	8	0	0	0	0	13	
149	91	133	100	79	100	16	12
1	1					1	

Bilanzsumme

163	100	133	100	79	100	30	23
-----	-----	-----	-----	----	-----	----	----

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
25	15	25	19	25	32	0	0
21	13	21	16	26	33	0	0
117	72	87	65	28	35	30	34

Bilanzsumme

163	100	133	100	79	100	30	23
-----	-----	-----	-----	----	-----	----	----

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
sonstige Steuern
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2013	2012	2011
T€	T€	T€
765	639	627
2	5	5
18	41	2
614	543	581
2	0	0
46	49	46
0	0	0
0	0	
87	11	3
0		
87	11	3
0	0	0
0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	11,34	1,75	0,49	%
Eigenkapitalrentabilität:	347,09	44,61	12,31	%
Cash-Flow:	89	11	3	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	26	21	17	T€
Personalaufwandsquote:	80,02	84,26	91,86	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	8,07	0,00	0,53	%
Eigenkapitalquote:	15,35	18,79	31,65	%
Fremdkapitalquote:	84,65	81,21	68,35	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Veränderungen von Rahmen- und Marktbedingungen

Die Wirtschaft in Deutschland entwickelte sich im Kalenderjahr 2013 leicht positiv. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag um 0,4 % über dem Wert des Vorjahres. In den vorangegangenen Jahren waren die Zuwächse des BIP mit 3,3 % (2011) und 0,7 % (2012) höher ausgefallen. Vor dem Hintergrund gedämpfter weltwirtschaftlicher Impulse und anhaltender Rezessionen in einigen europäischen Ländern wird in dem moderaten Wirtschaftswachstum des abgelaufenen Jahres ein Beleg für die Robustheit der deutschen Wirtschaft gesehen.

Für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt weisen die Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder für das erste Halbjahr 2013 eine dem Bundesdurchschnitt entsprechende Entwicklung des BIP aus.

Das moderate Wachstum führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer positiven Entwicklung. Zwar stieg die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen im Bundesdurchschnitt geringfügig von 6,8 % (2012) auf nunmehr 6,9 %. Zugleich aber legte die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahr um 258.000 Personen oder 0,6 % zu.

In Sachsen-Anhalt verringerte sich die Arbeitslosenquote von 11,5 % im Vorjahr auf 11,2 %, während die entsprechende Quote für Ostdeutschland von 10,7 % auf 10,3 % zurückging.

Die Stadt Halle (Saale) verzeichnete im Jahr 2013 zum vierten Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs. Mit 232.705 Einwohnern zählte die Stadt 170 Einwohner mehr als im Vorjahr.

Im Geschäftsjahr 2013 galt es für die Cives Dienste GmbH, das Kerngeschäft der Gebäudereinigung und die Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen dauerhaft zu stabilisieren. Beide Dienstleistungen werden gegenüber dem Alleingesellschafter Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH erbracht und zielen dabei auf ein hohes Qualitätsmerkmal. Um diesem Anspruchsniveau gerecht zu werden und dem Auftraggeber ein verlässlicher Partner zu sein, hat die Cives Dienste GmbH ihre Linienstruktur weiter ausgebaut. Im April 2013 ist der Personalübergang eines Einsatzleiters aus der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH in die Cives Dienste GmbH erfolgt. Somit sind in der Gesellschaft die notwendigen Strukturen implementiert, welche die operative Tätigkeit maßgeblich steuern. Wie die Entwicklung der operativen Leistungsebene auf der einen Seite, so setzt die Cives Dienste GmbH auf der anderen Seite auf die vertragliche Vergabe der kaufmännischen Unterstützung im Konzernverbund.

Im Geschäftsfeld Gebäudereinigung war das Auftragsvolumen insgesamt von erheblichen Kapazitätsanpassungen betroffen, wobei die Teilleistungen und die Reinigungsobjekte an einen unterschiedlichen Dienstleistungsbedarf angepasst oder gar vollständig ersetzt werden mussten.

Mit dem Jahr 2012 lief der erste Vertragszeitraum der Entsorgung von Leichtverpackungen aus. Auf Grund der erneuten erfolgreichen Teilnahme des Gesellschafters an der Leistungsvergabe konnte dieses Geschäft wiederum für weitere drei Jahre gebunden werden. Damit sieht sich die Cives Dienste GmbH in ihrem Dienstleistungsansatz bestätigt und das Vergabeergebnis zeigt die Bedeutung der Gesellschaft für ein marktfähiges Niveau der privatwirtschaftlichen Entsorgung in der Stadt Halle (Saale).

Zusammenfassend sind die Marktbedingungen für die Cives Dienste GmbH auf einem niedrigen Stufenwert stabil. Nur eine konsequente Marktausrichtung der Gesellschaft sichert dabei das Geschäft und den gegebenen Leistungsumfang. Im gesamten Bereich der Daseinsvorsorge ist es notwendig, für ein erfolgreiches Agieren eine hohe Flexibilität zu beweisen. Dieses ist dem Unternehmen im abgelaufenen Geschäftsjahr in jedem Fall gelungen und kann anhand der kurzfristigen Reaktion auf die geänderten Leistungseinheiten dokumentiert werden.

Tätigkeit der Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr

Um den Regelungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes zu entsprechen, sind die Rahmenbedingungen für die Cives Dienste GmbH den rechtlichen Vorgaben angepasst. Die in den Anfangsjahren praktizierte operative Leistungssteuerung durch die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH wurde aufgespalten. Durch die Implementierung der notwendigen innerbetrieblichen Strukturen ist die Cives Dienste GmbH in der Lage, zahlreiche Objekte in Eigenregie zu verwalten. Damit ist zum einen die konsequente Abgrenzung zur Leistung der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH vollzogen und zum anderen der Cives Dienste GmbH die Möglichkeit gegeben, das eigene Leistungsspektrum zu entfalten. Auf Basis des zum 01.12.2011 in Kraft getretenen Dienstleistungsvertrags zwischen der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH und der Cives Dienste GmbH werden die Leistungen der Gebäudereinigung nach einem Festpreis abgegolten. Dieser Festpreis ist auf Basis einer spezifischen Kostenrechnung für die zu reinigenden Objekte festgelegt und in einer Anlage zum Vertrag für die einzelnen zu reinigenden Objekte definiert. Eine Anpassung der Reinigungsflächen und Häufigkeit kann durch den Auftraggeber jederzeit vorgenommen und so den jeweiligen Erfordernissen angepasst werden.

Sparte Gebäudereinigung

Das Geschäftsjahr 2013 war für die Sparte Gebäudereinigung von einer stetigen Nachfragebewegung geprägt. Im zweiten Halbjahr des Geschäftsjahres kam es zu Kapazitätsanpassungen im Bereich des Leistungsumfanges sowie des entsprechenden Personalbestandes. Die Anpassungen führten nur zu geringen Auswirkungen auf das Leistungsentgelt, da ertragsreichere Objekte in die Verantwortung der Cives Dienste GmbH übergangen. Des Weiteren war die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2013 in der Lage, einige Zusatzleistungen im Rahmen von Unterhalts- sowie Gebäudereinigung zu übernehmen.

Sparte Logistikleistung für den Entsorgungsbereich

Ein besonderes Maß an Einsatzbereitschaft zeigen die Fahrer und Lader zum Ende des Jahres. Durch die Häufung der Wochenfeiertage müssen die Entsorgungen weitreichend auf andere Tage verschoben werden. Dabei kommt ein stadtweit umgestellter Entsorgungsplan zum Tragen, welcher die Abfuhr der Müllgroßbehälter am Samstag notwendig macht. Letztlich strebt die Gesellschaft die langfristige Fortsetzung des Geschäftsmodells an, um aus der Gruppe der Stadtwerke heraus konkurrenzfähige Preise für die stark umkämpften Sammelleistungen der Entsorgungsbranche anzubieten.

Ertragslage

Durch eine Entwicklung der Dienstleistungen und der Übernahme von Zusatzleistungen konnten die Umsatzerlöse der Gebäudereinigung als auch der Transportleistungen gegenüber dem Vorjahr, trotz Kapazitätsanpassungen im Bereich des Leistungsumfanges, gesteigert werden. Deshalb stiegen die Umsatzerlöse von TEUR 639 im Vorjahr für das Jahr 2013 auf TEUR 765.

Der Materialaufwand der Gesellschaft fällt gegenüber dem Vorjahr TEUR 41 in diesem Berichtsjahr mit TEUR 18 geringer aus. Eine wesentliche Veränderung gegenüber dem Vorjahr ist für die Fremdleistungen zu erkennen. Im Geschäftsjahr 2013 war die Cives Dienste GmbH im Vergleich zum Vorjahr in der Lage einen festen Objektbestand eigenständig zu betreuen. Auf eine Beauftragung von Subunternehmerleistung konnte, im Vergleich zum Geschäftsjahr 2012, im Geschäftsjahr 2013 gänzlich verzichtet werden.

Der Personalaufwand stieg von TEUR 542 im Geschäftsjahr 2012 auf TEUR 613 im Geschäftsjahr 2013. Hierbei ist eine gegenläufige Entwicklung im Vergleich mit den absoluten Personalzahlen zu verzeichnen. Diese Entwicklung basiert auf der Implementierung der notwendigen innerbetrieblichen Strukturen in Form eines Einsatzleiters für den Bereich der Gebäudereinigung sowie dem Abschluss und dem Inkrafttreten des Tarifvertrages für Arbeitnehmer der Dienstleistungs-Logistik- und Bäderbetriebe der Stadtwerke Halle, welche Anwendung im Bereich der Entsorgungstätigkeiten findet.

Die geplante Anschaffung eines Kleintransporters wurde im Geschäftsjahr realisiert. Dem korrespondierend ist ein Anstieg der Abschreibungen auf einen Wert von TEUR 2 zu verzeichnen.

Ein Vergleich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen zeigt insgesamt keine wesentliche Entwicklung. Dem Wert des Vorjahres von TEUR 49 stehen für dieses Jahr TEUR 35 gegenüber. Dabei ist zu beachten, dass Aufwandspositionen im Rahmen der Zuführung zu Rückstellungen in der Berichterstattung unter dem neutralen Ergebnis ausgeführt werden. Unter Beachtung dieser Besonderheiten steht dem Wert des Vorjahres in Höhe von TEUR 49 für dieses Jahr TEUR 47 gegenüber. Dabei kann die Gesellschaft gegensätzliche Gestaltungsrichtungen gut kompensieren. Dem Ausbau der Aufwendungen für die im Konzern zentralisierten administrativen Tätigkeiten stehen Reduzierungen bei den Aufwendungen für Aus- und Weiterbildungen und Wartungsleistungen gegenüber.

Eine gute Kapitalausstattung der Gesellschaft kann aber auf Grund der niedrigen Konditionen am Kapitalmarkt keine Ergebnisimpulse durch das Finanzergebnis bewirken. Alle genannten Entwicklungen an Ertrag und Aufwendungen münden in dem dargestellten Ergebnis vor Gewinnabführung von TEUR 87. Damit wird das Vorjahresergebnis um TEUR 76 übertroffen. Wenn auch das Betriebsergebnis im Verhältnis zur Gesamtleistung lediglich 11 Prozent beträgt, so kann die Cives Dienste GmbH doch ihre Leistungsfähigkeit in diesem Ergebnis erkennen und selbst damit ein weiteres Geschäftsjahr die bewährte Unterstützung des Gesellschafters fortsetzen. Letztlich fließt über den geschlossenen Ergebnisabführungsvertrag die Gewinnausschüttung vollständig in die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH.

Bei der Analyse der Bilanz kann die Cives Dienste GmbH auf der Aktivseite eine generelle Erweiterung des Anlage- und Umlaufvermögens ausweisen. Im Bereich des Anlagevermögens ist die Investition in den Kleintransporter, welche zu einem Anstieg der Bilanzposition führte, zu verzeichnen. Das Umlaufvermögen ist stark durch die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, sowie Forderungen aus dem Cash-Pool geprägt. Daraus lässt sich die Entwicklung des Vermögens von TEUR 133 auf TEUR 163 ableiten. Im Gegensatz dazu zeigen sich auf der Passivseite keine derart gleichlautenden Veränderungen im Geschäftsjahr 2013. Zunächst ist von einem konstanten Eigenkapital in Höhe der Stammeinlage zu berichten. Die notwendigen Rückstellungen zum Bilanzstichtag 31.12.2013 zeigen keine wesentliche Veränderung zum Vorjahreswert in Höhe von TEUR 21 aus. Offene Verbindlichkeiten der Lieferungen und Leistungen, besonders zu verbundenen Unternehmen, sind auf Grund der Rechnungslegung zum Jahresende angezeigt und resultieren aus dem Leistungsausgleich mit der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH und der Personalbetreuung durch die Stadtwerke Halle GmbH. Insgesamt ist die Bilanzsumme im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 133 in dieser Berichtsperiode auf TEUR 163 gestiegen.

Personal

Zum Bilanzstichtag 31.12.2013 hat die Cives Dienste GmbH einen Personalstand von 26 Beschäftigten zu verzeichnen. Prinzipiell orientierte sich die Personalarbeit des Unternehmens am Grundsatz, die freiwerdenden Stellen unverzüglich wiederzubesetzen. Zum Stichtag 31.12.2013 waren in der Cives Dienste GmbH 24,9 Vollbeschäftigteneinheiten beschäftigt. Dabei befinden sich neun Kraftfahrer und Lader in einem Arbeitsverhältnis von vierzig Stunden pro Woche. Zusätzlich ist mit dem Einsatzleiter der strukturelle Personalausbau seit dem Geschäftsjahr 2012 vollzogen.

Für die 16 Gebäudereinigerinnen und Gebäudereiniger gilt eine wöchentliche Beschäftigung von dreißig Stunden. Gegenüber dem Vorjahresniveau verringerte sich die Personalstärke der Gebäudereinigung und ist dennoch vollständig auf den Dienstleistungsumfang ausgerichtet. Insgesamt ergibt sich in der Berichtsperiode eine rückläufige Anpassung der Mitarbeiter um 4,0 Vollbeschäftigteneinheiten.

Risikobericht

Die Abhängigkeit vom Gesellschafter in Bezug auf die Abnahme der durch die Cives Dienste GmbH angebotenen Leistungen muss generell als Risiko angesehen werden. Dennoch soll dem latenten Risiko durch die Gewinnung neuer Kunden und durch die Optimierung der Kosten-/Leistungssituation entgegengewirkt werden. Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Fremdwährungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsstromschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente, insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten, ausgesetzt. Das Risikofrüherkennungssystem der Gesellschaft befindet sich auf aktuellem Stand. In Auswertung der festgelegten Risikofelder sind keine den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Risiken benannt.

Zukünftige Entwicklung

Eine solide Leistungsentwicklung im Jahr 2014 soll der Cives Dienste GmbH eine positive Ergebnisbestätigung in Höhe von TEUR 14 vor Gewinnabführung bringen. Gleichwohl gilt es, die Suche nach Nischen fortzusetzen, um zusätzliche Möglichkeiten zu generieren.

Diese Herausforderung wird das Agieren im Jahr 2014 weiterhin bestimmen und den marktwirtschaftlichen Fortschritt sichern. Auch für das Folgejahr strebt die Cives Dienste GmbH nach einer Bestätigung ihres Ergebnispotentials.

Energieversorgung Halle Netz GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Zum Heizkraftwerk 12 06112 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Planung, Erwerb, Betrieb, Vermarktung und sonstige Nutzung von Transport-, Verteilungs- und Speicherungssystemen sowie von Zähl- und Messsystemen für elektrische Energie, Gas, Wärme und von Telekommunikationsanlagen und sonstigen Anlagen der Informationsübertragung vornehmlich im Stadtgebiet von Halle (Saale); Errichtung von Transport-, Verteilungs- und Speicherungssystemen sowie von Zähl- und Messsystemen für elektrische Energie, Gas, Wärme und von Telekommunikationsanlagen und sonstigen Anlagen der Informationsübertragung durch Dritte; jede Art der Beschaffung und der gewerblichen Nutzung von elektrischer Energie, Gas und Wärme; Erbringung und Vermarktung von Leistungen und Diensten auf den Gebieten der Verteilung von elektrischer Energie, Gas und Wärme sowie der Versorgung mit Telekommunikation vornehmlich im Stadtgebiet von Halle (Saale).

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Energieversorgung Halle Netz GmbH findet sich in § 116 Abs. 2 GO-LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Göpfert, Heike

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
3.650	12	1.595	4	1.607	4	2.055	129
14.417	48	24.065	65	25.232	71	-9.648	-40
12.029	40	11.219	31	8.904	25	810	7

Bilanzsumme

30.096	100	36.879	100	35.743	100	-6.783	-18
--------	-----	--------	-----	--------	-----	--------	-----

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
2.136	7	25	0	25	0	2.111	8.444
11.189	37	19.002	52	19.418	54	-7.813	-41
4.798	16	6.694	18	7.478	21	-1.896	-28
11.973	40	11.158	30	8.822	25	815	7

Bilanzsumme

30.096	100	36.879	100	35.743	100	-6.783	-18
--------	-----	--------	-----	--------	-----	--------	-----

bb) GuV

Umsatzerlöse
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
außerordentliche Erträge
außerordentliche Aufwendungen
außerordentliches Ergebnis
sonstige Steuern
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2013	2012	2011
T€	T€	T€
110.306	101.946	100.940
-326	105	-212
2.911	2.621	3.102
83.253	79.470	74.159
9.256	4.314	4.005
544	458	145
19.592	19.976	21.920
227	351	281
64	474	298
409	331	3.584
	187	127
	153	72
	34	55
24	22	23
385	343	3.616
0	0	0
0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,35	0,34	3,58	%
Eigenkapitalrentabilität:	18,03	1.370,68	14.463,52	%
Cash-Flow:	929	800	3.761	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	957	1.610	1.648	T€
Personalaufwandsquote:	8,20	4,12	3,86	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	7,81	0,14	0,16	%
Eigenkapitalquote:	7,10	0,07	0,07	%
Fremdkapitalquote:	92,90	99,93	99,93	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Netznutzung Fernwärme	668,00	622,00	610,00	GWh
Netznutzung Gas	1.238,00	1.169,00	1.110,00	GWh
Netznutzung Strom	842,00	856,00	799,00	GWh

e) Lagebericht

1. Rahmenbedingungen, Branchenentwicklung und Geschäft

1.1. Rahmenbedingungen

Die Wirtschaft in Deutschland entwickelte sich im Kalenderjahr 2013 leicht positiv. Das preis-bereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag um 0,4 % über dem Wert des Vorjahres. In den vorangegangenen Jahren waren die Zuwächse des BIP mit 3,3 % (2011) und 0,7 % (2012) höher ausgefallen. Vor dem Hintergrund gedämpfter weltwirtschaftlicher Impulse und anhaltender Rezessionen in einigen europäischen Ländern wird in dem moderaten Wirtschaftswachstum des abgelaufenen Jahres ein Beleg für die Robustheit der deutschen Wirtschaft gesehen.

Für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt weisen die Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Bundesländer Länder für das erste Halbjahr 2013 eine dem Bundesdurchschnitt entsprechende Entwicklung des BIP aus.

Das moderate Wachstum führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer positiven Entwicklung. Zwar stieg die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen im Bundesdurchschnitt geringfügig von 6,8 % (2012) auf nunmehr 6,9 %. Zugleich aber legte die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahr um 258.000 Personen oder 0,6 % zu.

In Sachsen-Anhalt verringerte sich die Arbeitslosenquote von 11,5 % im Vorjahr auf 11,2 %, während die entsprechende Quote für Ostdeutschland von 10,7 % auf 10,3 % zurückging.

Die Stadt Halle (Saale) verzeichnete im Jahr 2013 zum vierten Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs. Mit 232.705 Einwohnern zählte die Stadt 170 Einwohner mehr als im Vorjahr.

1.2. Branchenentwicklung

Durch die Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen stand die deutsche Energiewirtschaft auch in diesem Geschäftsjahr vor neuen Herausforderungen.

Nach der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) im Dezember 2012 wurde die Offshore-Haftungsumlage nach § 17f eingeführt. Seit 01. Januar 2013 sind die Netzbetreiber berechtigt die Kosten für geleistete Entschädigungszahlungen, soweit diese dem Belastungsausgleich unterliegen und nicht erstattet worden sind, und für Ausgleichszahlungen als Aufschlag auf die Netzentgelte gegenüber Letztverbrauchern geltend zu machen. Ein Belastungsausgleich erfolgt dabei entsprechend § 9 des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes nach Letztverbrauchergruppen.

Am 13. Dezember 2012 hat der Deutsche Bundestag einer von der Bundesregierung vorgelegten Verordnung über Vereinbarungen zu abschaltbaren Lasten (AbLaV) zugestimmt. Nach der Verordnung sollen bestimmte Großverbraucher, die Leistungen zur kurzfristigen Abschaltung vorhalten, eine Vergütung vom Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) erhalten. Die dabei entstandenen Kosten werden dann unter den ÜNB verteilt und auf alle Letztverbraucher ohne Unterscheidung nach Letztverbrauchergruppen umgelegt. Die Umlage für abschaltbare Lasten nach § 18 der AbLaV wird ab dem 01. Januar 2014 für die entnommene Jahresarbeit von Letztverbrauchern erhoben und basiert auf den bisher angefallenen Kosten im Jahr 2013 sowie den prognostizierten Kosten für 2014.

Die Bundesregierung hat am 31. Juli 2013 die „Verordnung zur Änderung von Verordnungen auf dem Gebiet des Energiewirtschaftsrechts“ verabschiedet. Im Wesentlichen betreffen die Verordnungsänderungen folgende Bereiche:

- **Preisindizes zur Ermittlung der Tagesneuwerte**
Durch Einfügung eines neuen § 6a in die StromNEV / GasNEV wurden die bisher in der StromNEV / GasNEV nur rudimentär enthaltenen und mittels Festlegung der BNetzA konkretisierten Regelungen zur Anwendung von Preisindizes zur Ermittlung der Tagesneuwerte ausführlich geregelt. Die Ermittlung der Tagesneuwerte nach der Neuregelung hat ab dem 01. Januar 2013 zu erfolgen.
- **Zinssatz für das „EK II“**
Die in § 7 StromNEV bzw. GasNEV enthaltene Regelung zur Ermittlung des Zinssatzes für das die Eigenkapitalquote von 40 Prozent übersteigende Eigenkapital (EK-II-Zinssatz) wurden konkretisiert. zu erfolgen. Mit Stichtag 01. Januar 2013 ist Neuregelung der Verzinsung des „EK II“ vorzunehmen.
- **Netzentgeltbefreiung nach StromNEV**
Der § 19 Abs. 2 Satz 2 StromNEV wurde einer grundlegenden Änderung unterzogen. So wurde die bisher bestehende Möglichkeit der vollständigen Befreiung von den Netzentgelten mit einer Übergangsfrist bis zum 31. Dezember 2013 (§ 32 Abs. 7 StromNEV) durch eine gestaffelte Reduzierung des Netzentgelte für energieintensive Unternehmen ersetzt. Das Entgelt richtet sich nach dem Verbrauch und der Anzahl der Benutzungsstunden und damit nach dem netzentlastenden bzw. -stabilisierenden Beitrag dieser Letztverbraucher und ist entsprechend gestaffelt.

In § 32 Abs. 7 StromNEV wird klargestellt, dass für die Bescheidung von zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderungen des § 19 Abs. 2 StromNEV noch nicht beschiedenen Anträgen die neue Verordnungfassung mit Wirkung ab dem 01. Januar 2012 anzuwenden ist. Gleiches gilt, wenn die Genehmigung der Befreiung von den Netzentgelten gerichtlich aufgehoben wurde.

Sowohl vor dem Inkrafttreten der Veränderungsänderungen erteilte Genehmigungen der Netzentgeltbefreiung als auch Genehmigungen von Vereinbarungen nach § 19 Abs. 2 Satz 2 und 3 StromNEV in der neuen Fassung werden mit Ablauf des 31. Dezember 2013 unwirksam.

Die Rückabwicklung erfolgt im Jahr 2014 durch eine rechnerische Erstattung der bereits bezahlten Umlage für die Jahre 2012 und 2013 mit gleichzeitiger Neuerhebung der Umlage nach der jetzt neu geregelten Belastungsgrenze für diese beiden Jahre.

- Zusammenfassung mehrerer Entnahmestellen zwecks Abrechnung („Pooling“)
Der § 17 StromNEV wurde um eine Regelung ergänzt, nach der die Zusammenfassung mehrerer Entnahmestellen in bestimmten Fällen vorgesehen ist. Dies habe zum Ziel, eine rechtssichere Regelung für das in der Praxis weitverbreitete Pooling von mehreren Entnahmestellen zu schaffen und hier durch kostenintensive Aus- und Umbaumaßnahmen im Hinblick auf die Elektrizitätsversorgungsnetze und/oder die Messtechnik zu vermeiden. Die Regelung gilt ab dem 01. Januar 2014, also mit dem Beginn der zweiten Regulierungsperiode der Anreizregulierung für den Strombereich.
- Biogas-Umlage
§ 20b GasNEV wurde dahingehend geändert, dass die Biogasumlage nunmehr bundesweit und nicht mehr lediglich im jeweiligen Marktgebiet umgelegt werden soll.
- Bereinigter Effizienzwert bei Besonderheiten der Versorgungsaufgabe
§ 15 ARegV wurde zum Nachteil der Netzbetreiber dahingehend angepasst, dass eine Besonderheit der Versorgungsaufgabe im Sinne des Vorliegens außergewöhnlicher struktureller Umstände gegeben sein muss und der Schwellenwert für die Kostensteigerung von drei auf fünf Prozent angehoben wurde.
- Investitionen in Forschung & Entwicklung
Für Investitionen in Forschung & Entwicklung wird ein Zuschlag auf die Erlösobergrenze gewährt. Hierfür wurde ein neuer § 25a ARegV eingeführt.
- Zählerstandsgangmessung
In der StromNZV wird die Neuaufnahme der Zählerstandsgangmessung eingefügt. Diese solle unterhalb der registrierenden Leistungsmessung als weitere Option neben den Standard-Lastprofilverfahren eingeführt werden und beim zukünftigen Einsatz von intelligenten Messsystemen zur Anwendung kommen.

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat am 22. November 2013 sein Schreiben vom 28. November 2011 aufgehoben. Das Schreiben behandelte die steuerliche Nichtanerkennung der Rückstellungsbildung für die Mehrerlösabschöpfung. Durch die Aufhebung wird die steuerliche Rückstellungsbildung dem Grunde nach nun doch anerkannt. Der Grund für die Kehrtwende der Finanzverwaltung war, dass der Bundesfinanzhof (BFH) mit Urteil vom 06. Februar 2013 entschieden hat, dass es sich bei sogenannten Kostenüberdeckungen eines kommunalen Zweckverbandes (Nutzungsentgelte im Rahmen der öffentlichen Wasserversorgung) um eine ungewisse Verbindlichkeit und damit eine öffentlich-rechtliche Rückstellung handelt. Dies gilt nach herrschender Meinung auch für die steuerliche Rückstellungsbildung bei der periodenübergreifenden Saldierung gemäß § 11 StromNEV und § 10 GasNEV sowie dem Regulierungskonto.

Die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) veröffentlichten am 15. Oktober 2013 die Prognose der 2014 zu erwartenden Einspeisung aus regenerativen Stromerzeugungsanlagen nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) sowie die daraus resultierende EEG-Umlage für das Jahr 2014. Die EEG-Umlage ist von allen Letztverbrauchern für jede bezogene Kilowattstunde zu entrichten. Dies bedeutet, dass die Verbraucher zur Förderung der erneuerbaren Energien im Stromsektor im Jahr 2014 einen Beitrag von 6,240 Cent je Kilowattstunde (kWh) leisten. Damit liegt die EEG-Umlage im Jahr 2014 knapp 20 Prozent über dem Niveau des Jahres 2013 von 5,277 Cent je kWh.

Das Bundeskabinett hat am 12. Juni 2013 die vom Bundesminister für Wirtschaft und Technologie vorgelegte Reservekraftwerksverordnung (ResKV) verabschiedet. Sie konkretisiert die Ende des Jahres 2012 in Kraft getretene EnWG-Novelle zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit, welche auch unter dem Begriff „Wintergesetz“ bekannt wurde. Die Verordnung umfasst neben der Möglichkeit systemrelevante Anlagen, die vom Betreiber stillgelegt werden sollen, vorläufig in Betrieb zu halten, auch die Schaffung einer Netzreserve. Die gesetzlichen Eingriffsbefugnisse der §§ 13 Abs. 1a und 1b sowie 13a EnWG wurden damit konkretisiert. Zur Bereitstellung einer Netzreserve wurden darüber hinaus Vorgaben für eine vertragliche Bindung von Reservekraftwerken durch Übertragungsnetzbetreiber und Bundesnetzagentur geregelt. Die Verordnung trat zum 06. Juli 2013 in Kraft und befristet die gesetzlichen Befugnisse bis zum 31. Dezember 2017. Zu diesem Zeitpunkt tritt die Verordnung automatisch wieder außer Kraft.

1.3. Geschäft

Die Gesellschaft ist als Strom-, Gas- und Fernwärmenetzbetreiber vorrangig für den Betrieb und den Ausbau des Verteilnetzes verantwortlich. Das Unternehmen erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Umsatz in Höhe von 110,3 Mio. €, der sich überwiegend aus der Vereinnahmung der Netznutzungserlöse zusammensetzte.

Auf Basis des Energiewirtschaftsgesetzes vom 07. Juli 2005 und der Anreizregulierungsverordnung vom 29. Oktober 2007 wurde mit einem Schreiben vom 02. September 2008 von der Bundesnetzagentur für die 1. Regulierungsperiode ein unternehmensspezifischer Effizienzwert für die beeinflussbaren Kostenbestandteile der Netzentgelte Strom von 95,7 Prozent festgelegt, der bis zum 31. Dezember 2013 gültig ist. Die Erlösobergrenze für Strom wurde der Energieversorgung Halle Netz GmbH mit Schreiben vom 6. Januar 2009 mitgeteilt und hatte bis 31. Dezember 2013 Gültigkeit.

Mit Datum vom 14. Dezember 2012 hat die Landesregulierungsbehörde für Elektrizität und Gas des Landes Sachsen-Anhalt die Obergrenzen der zulässigen Gesamterlöse aus den Entgelten für die Nutzung des Gasverteilnetzes der Energieversorgung Halle Netz GmbH für die 2. Regulierungsperiode (Jahre 2013 bis 2017) festgelegt und beschieden. Der generelle Produktivitätsfaktor für die zweite Regulierungsperiode beträgt 1,5 %.

Eine Anpassung der Erlösobergrenze erfolgt lt. § 4 Abs. 3 der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) jeweils zum 01. Januar eines Kalenderjahres. Anpassungsrelevante Faktoren sind die Änderung des Verbraucherpreisindexes oder der nicht beeinflussbaren Kostenanteile, wie z.B. vorgelagerte Netzkosten oder Kosten der vermiedenen Netznutzung.

Zur Ermittlung der Höhe der Mehrerlösabschöpfung Strom hat die BNetzA einen Erhebungsbogen erstellt, der dieser am 19. August 2009 übersandt worden ist. Der auf der Basis des Bescheides zur Mehrerlösabschöpfung vom 27. November 2009 durch die BNetzA ermittelte Wert der Mehrerlösabschöpfung Strom der Jahre 2005 bis 2007 wurde als Rückstellung eingestellt. In den Geschäftsjahren 2010 bis 2013 wurde diese zu je einem Viertel in Anspruch genommen.

Mit Beginn der 1. Anreizregulierungsperiode sind die Betreiber von Elektrizitäts- und Gasversorgungsnetzen nach § 5 der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) verpflichtet, ein Regulierungskonto zu führen. Inhaltliche Schwerpunkte des Regulierungskontos bilden die Differenz zwischen den zulässigen Erlösen und den vom Netzbetreiber unter Berücksichtigung der tatsächlichen Mengenentwicklung erzielten Erlösen - inhaltlich mit der periodenübergreifenden Saldierung (PÜS) vergleichbar, die Differenz aus den tatsächlich entstandenen Kosten und den in der Erlösobergrenze zum Ansatz gebrachten Kosten der dezentralen Einspeisung und des vorgelagerten Netzes.

Am 28. Juni 2013 wurde durch Gesellschafterbeschluss der EVH die Bildung einer großen Netzgesellschaft beschlossen. Damit verbundenen war die Überleitung der Mitarbeiter des Bereiches Netzservice der EVH GmbH sowie der Auszubildenden zum 01. Dezember 2013 in das Unternehmen. In diesem Rahmen wurden auch für die übergeleiteten Stellen erforderliche Betriebsmittel, im Wesentlichen Fahrzeuge und Werkzeuge, in die Energieversorgung Halle Netz GmbH in Form einer Einlage eingebracht.

1.4. Kommunikation

Der Gesellschafter der Netzgesellschaft Halle wurde durch schriftliche und mündliche Berichte der Geschäftsführung regelmäßig über die Lage und Entwicklung der Gesellschaft unterrichtet. Wichtige Geschäftsvorgänge, die Geschäftsentwicklung, die finanzielle Lage der Gesellschaft und die Ergebnissituation sowie alle Maßnahmen, die nach den Regelungen der Satzung der Zustimmung des Gesellschafters bedürfen, wurden eingehend beraten.

2. Ertragslage

2.1. Absatz/Umsatz

Netznutzung

Im abgelaufenen Geschäftsjahr betrugen die Gesamtumsatzerlöse aus Netznutzung 103,3 Mio. €, im Vorjahr waren es 95,4 Mio. €.

Im Netzgebiet der Energieversorgung Halle Netz GmbH wurden im Jahr 2013 842 GWh (Vorjahr: 856 GWh) Strom ausgespeist. Die Umsätze in diesem Zusammenhang betrugen 56,9 Mio. € (Vorjahr: 49,7 Mio. €).

Der Durchsatz im Erdgasnetz der Gesellschaft betrug 1.238 GWh (Vorjahr: 1.169 GWh). Der Umsatz in diesem Segment belief sich auf 22,2 Mio. € (Vorjahr: 21,6 Mio. €).

Das Unternehmen transportierte im Jahr 2013 668 GWh (Vorjahr: 622 GWh) Wärme und erzielte 24,2 Mio. € (Vorjahr: 24,1 Mio. €) Umsatzerlöse aus Netznutzung Wärme.

Sonstige Umsatzerlöse

Die im Jahr 2013 von der Energieversorgung Halle Netz GmbH erzielten sonstigen Umsatzerlöse in Höhe von 7,0 Mio. € (Vorjahr: 6,5 Mio. €) umfassten die vom regelzonenverantwortlichen Übertragungsnetzbetreiber gezahlten Vergütungen für die nach dem Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG) geförderten, vom Netzbetreiber aufgenommenen Strommengen, die Erlöse aus Servicedienstleistungen, den Geschäftsbesorgungsvertrag mit der EVH GmbH, die Vergütungen nach dem Gesetz für die Erhaltung, die Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWKG) sowie die Erlöse aus der Abrechnung von Ausgleichsenergie.

2.2. Materialaufwand

Im abgelaufenen Geschäftsjahr fielen in der Energieversorgung Halle Netz GmbH Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von 18,7 Mio. € (Vorjahr: 17,2 Mio. €) sowie für bezogene Leistungen in Höhe von 64,6 Mio. € (Vorjahr: 62,3 Mio. €) an.

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

Die Position Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe beinhaltet hauptsächlich Aufwendungen für Netzverluste und Betriebsverbrauch in Höhe von 8,4 Mio. € (Vorjahr: 8,3 Mio. €). Für den Strombezug aus dezentralen EEG-Anlagen fielen Aufwendungen in Höhe von 4,9 Mio. € (Vorjahr: 3,5 Mio. €) sowie KWK-Aufwand aus der Vergütung der KWK-Förderung an die zuschussberechtigten Stromeinspeiser und dem im Netznutzungsentgelt als Letztverbraucherzuschlag enthaltenen KWK-Belastungsausgleich in Höhe von 1,2 Mio. € (Vorjahr: 1,0 Mio. €) an. Weitere wesentliche Bestandteile dieser Position waren Aufwendungen für die Umlage nach § 19 StromNEV in Höhe von 1,6 Mio. € (Vorjahr: 0,8 Mio. €) und die im Jahr 2013 vom Gesetzgeber neu eingeführte Umlage nach § 17 f EnWG in Höhe von 1,6 Mio. €.

Bezogene Leistungen

Für bezogene Leistungen fielen im abgelaufenen Geschäftsjahr 64,6 Mio. € (Vorjahr: 62,2 Mio. €) an. Die Position beinhaltet die Aufwendungen für die Nutzung des vorgelagerten Strom und Gasnetzes in Höhe von 13,8 Mio. € (Vorjahr: 10,7 Mio. €) sowie die Aufwendungen aus vermiedener Netznutzung für den in das Netz eingespeisten Strom aus Stromerzeugungsanlagen im Netzgebiet der Stadt Halle in Höhe von 4,4 Mio. € (Vorjahr: 4,0 Mio. €). Ein weiterer Bestandteil war das Pachtentgelt für die von der EVH GmbH gepachteten Energieversorgungsnetze sowie für die von der EVH GmbH erbrachten kaufmännischen und technischen Dienstleistungen.

2.3. Personal- und Sozialbereich

Am 31. Dezember 2013 beschäftigte die Energieversorgung Halle Netz GmbH 271 Mitarbeiter und 48 Auszubildende. Das waren 244 Personen mehr als im Vorjahr. Grund hierfür war der Betriebsübergang von Mitarbeitern und Auszubildenden der EVH GmbH zur Energieversorgung Halle Netz GmbH zum 1. Dezember 2013.

Der Personalaufwand betrug 9,3 Mio. Euro. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr war auf den Betriebsübergang und die Tarifsteigerung zurückzuführen.

Das durchschnittliche Lebensalter der Belegschaft lag zum Ende des Geschäftsjahres bei 42 Jahren. Die durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit belief sich auf 20 Jahre (unter Berücksichtigung der Betriebsübergänge gemäß § 613a BGB).

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH steht vor den Herausforderungen des demographischen Wandels. Sowohl die geburtenschwachen Jahrgänge als auch die Abwanderungsbewegung der Bevölkerung machen es immer schwieriger neue Mitarbeiter zu gewinnen. Ein besonderes Augenmerk liegt deshalb auf der Rekrutierung von Mitarbeitern aus den eigenen Reihen durch Berufsausbildung sowie die kooperative Ingenieursausbildung bzw. duale Studiengänge. Einen weiteren Beitrag leistet die TalentPool-Arbeit. Im TalentPool werden die Mitarbeiter der SWH-Gruppe über verschiedene Bausteine lauffähig und unabhängig qualifiziert und ihre Kompetenzen weiter ausgebaut. Darüber hinaus wird das Angebot an Diplomanden-, Praktikanten- und Traineestellen kontinuierlich ausgebaut.

2.4. Abschreibungen

Im Berichtszeitraum fielen Abschreibungen in Höhe von 0,5 Mio. € (Vorjahr: 0,5 Mio. €) an und betrafen hauptsächlich Datenbank-, netz- und bilanzierungstechnische Systeme sowie Hardware.

2.5. Sonstiger betrieblicher Aufwand

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen im Berichtszeitraum 19,6 Mio. € und fielen damit 0,4 Mio. € geringer aus als im Vorjahr.

Im Jahr 2013 fielen Aufwendungen für die Konzessionsabgabe in den Bereichen Strom und Gas sowie den Gestattungsvertrag über Fernwärme in Höhe von 8,5 Mio. € (Vorjahr: 8,5 Mio. €) an. Darüber hinaus beinhaltete die Position Aufwand für Instandhaltungs- und Abrüstungsarbeiten in Höhe von 5,5 Mio. € (Vorjahr: 5,3 Mio. €) sowie Abrechnungs- und DV-Dienstleistungen in Höhe von 2,3 Mio. € (Vorjahr: 2,3 Mio. €).

2.6. Ergebnisverwendung

Die Gesellschaft führt den Jahresüberschuss in Höhe von 0,4 Mio. € an die EVH GmbH aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages ab.

3. Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung der Energieversorgung Halle Netz GmbH weist im Geschäftsjahr einen Zahlungsmittelabfluss von 9,1 Mio. € aus. Dieser ergibt sich aus dem negativen Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 8,3 Mio. €, dem Cash Outflow aus der In-vestitionstätigkeit in Höhe von 0,5 Mio. € und der Ergebnisabführung in Höhe von 0,3 Mio. €.

Der Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 12,1 Mio. €. Die Verminderung beruht im Wesentlichen auf dem Abbau von Rückstellungen (7,8 Mio. €) und Verbindlichkeiten (1,1 Mio. €).

Insgesamt ergibt sich ein Finanzmittelbestand in Höhe von 0,8 Mio. € (Vorjahr: 9,9 Mio. €). Dieser wird täglich dem Cash Pool der Stadtwerke Halle GmbH zugeführt und dort angemessen verzinst.

Die Liquidität war während des Jahres 2013 gegeben und wird auch im Geschäftsjahr 2014 gemäß aktueller Finanzplanung gegeben sein.

4. Vermögenslage

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH hat mit der EVH GmbH einen Pachtvertrag abgeschlossen, welcher die Überlassung der für den Netzbetrieb erforderlichen Vermögensgegenstände regelt.

Das Unternehmen tätigte im Geschäftsjahr 2013 Investitionen in Höhe von 0,5 Mio. €, welche hauptsächlich für die Beschaffung spezieller Datenbank-, netz- und bilanzierungstechnischer Systeme sowie Hardware ausgegeben wurden.

Im Rahmen der Bildung der großen Netzgesellschaft erfolgte eine Sacheinlage von Betriebsmitteln in Höhe von 2,1 Mio. € durch die EVH GmbH. Die Einlage bestand im Wesentlichen aus Fahrzeugen und Werkzeugen.

Die Bilanzsumme des Unternehmens sank um 6,8 Mio. € auf 30,1 Mio. €, was hauptsächlich auf niedrigere Bestände an Forderungen und Verbindlichkeiten sowie geringere Rückstellungen als im Vorjahr zurückzuführen war. Das Eigenkapital belief sich auf 2,1 Mio. € und setzte sich aus 25 T€ Stammkapital sowie der um die Sacheinlage erhöhten Kapitalrücklage in Höhe von 2,1 Mio. € zusammen.

5. Nachtragsbericht

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres ereigneten sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen Nachtragsbericht für die Energieversorgung Halle Netz GmbH notwendig machen würden.

6. Tätigkeiten

Als Unternehmen ist die Energieversorgung Halle Netz GmbH für Ausbau, Betrieb, und Instandhaltung von Energieversorgungsnetzen der Sparten Strom, Gas und Fernwärme tätig.

Die Netze wurden von der Muttergesellschaft EVH GmbH gepachtet. Neubau, Ersatzinvestitionen, Erneuerungen und Änderungen im Rahmen der Betriebsführung sind die Aufgaben der Netzgesellschaft Halle.

Gemäß § 6b Abs. 3 EnWG wurde jeweils für die Tätigkeiten Elektrizitätsverteilung und Gasverteilung ein Tätigkeitsabschluss erstellt.

7. Risikobericht

Basierend auf den gesetzlichen Anforderungen bildet das Risikomanagementsystem der Energieversorgung Halle Netz GmbH einen integralen Bestandteil der Unternehmensführung. Die Energieversorgung Halle Netz GmbH führt jährlich zusammen mit der EVH GmbH eine Chancen- und Risikoinventur durch, auf deren Grundlage die Anpassung der Inhalte des monatlichen Reports erfolgt. Ziel ist es, möglichst frühzeitig Informationen über Risiken und Chancen und die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen zu gewinnen, die Erkenntnisse fortlaufend in unternehmerische Entscheidungsprozesse einfließen zu lassen und gegenüber der Gesellschafterin kontinuierlich zu kommunizieren.

Hinsichtlich der bestehenden Finanzinstrumente ist die Netzgesellschaft Halle nur in geringem Umfang Ausfall- und Liquiditätsrisiken bzw. Risiken aus Zahlungsstromschwankungen ausgesetzt. Dies begründet sich mit dem aktiven Management dieser Risiken sowie dem relativ stabilen geschäftlichen Umfeld. Zur Minderung der Ausfallrisiken von Kunden werden regelmäßige Abschlüsse vereinbart und eingezogen.

Die bestehenden Ergebnisrisiken resultieren im Wesentlichen aus dem ständigen Wandel im rechtlichen und politischen Umfeld.

Im Rahmen der Anreizregulierung ist vorgesehen, dass von allen Unternehmen eine Effizienzsteigerung zu erbringen ist. In der zweiten Regulierungsperiode müssen die Netzbetreiber einen jährlichen Produktivitätsfortschritt von 1,5 % erzielen.

In Summe bestanden während des Berichtsjahres keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken. Derartige Risiken sind auch für das folgende Geschäftsjahr nicht erkennbar.

8. Prognosebericht

Im Rahmen der Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen für die zweite Regulierungsperiode Strom hat die Bundesnetzagentur mit Schreiben vom 11. November 2013 in der Anhörung gemäß § 67 Abs. 1 EnWG die Inhalte für den zu erwartenden Bescheid mitgeteilt. Auf dieser Basis wurde die Erlösobergrenze Strom für 2014 ermittelt.

Um weiterhin einen sicheren Betrieb der Anlagen und die qualitätsgerechte Versorgung der Kunden zu gewährleisten, werden im Netz der Energieversorgung Halle Netz GmbH entsprechend dem notwendigen Umfang Investitionen, Instandhaltungen und Abrüstungen durchgeführt. Die Energieversorgung Halle Netz GmbH verantwortet in ihrer Rolle als Netzbetreiber im Stadtgebiet Halle Entscheidungen über den Bau oder die Modernisierung von Verteilleitungen sowie zugehöriger Stationen und Anlagenkomponenten der Fachsparten Strom, Gas und Fernwärme.

Zur Gewährleistung der Effizienzsteigerung werden im Rahmen der Anlagenbewertungen auf Basis der technischen Daten, der Störungsdaten und praxisbezogener Handlungsempfehlungen Schwachstellenanalysen der Netzkomponenten der Gewerke Strom, Gas und Fernwärme durchgeführt, im Netzzustandsbericht fixiert und für eine zukünftige Netzausbauplanung zusammengeführt.

Im Ergebnis der Auswertung der Prognosezahlen wird im kommenden Berichtsjahr von einem gleich bleibenden Strommengenaufkommen im Netzgebiet der Stadt Halle ausgegangen. Das Mengenaufkommen im Fernwärme- und Gassektor kann witterungsbedingt variieren.

Die Gesellschaft geht im Jahr 2014 von Investitionen in Höhe von 2,7 Mio. € aus.

Für das Geschäftsjahr 2014 erwartet die Geschäftsführung der Energieversorgung Halle Netz GmbH ein positives Jahresergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 0,2 Mio. €.

Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Grubenweg 3
06242 Braunsbedra

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 260

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Mücheln	101	39,00
Stadt Braunsbedra	55	21,00
Stadtwerke Halle GmbH	52	20,00
Peter Binder	26	10,00
Stadt Bad Lauchstädt	26	10,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist:

- die Versorgung von Gebietskörperschaften und privatrechtlichen Partnern mit Wasser, Fernwärme, Elektroenergie und Gas sowie die Entsorgung von Abwasser einschließlich aller in diesem Zusammenhang stehenden Leistungen
- die Versorgung Dritter mit Energieträgern in fester und flüssiger Form einschließlich Gasen
- die Geschäftsbesorgung im Bereich von Gebühren, Beiträgen, Steuern und Dienstleistungen für Dritte, die im Zusammenhang mit der Versorgung von Energie und Wasser sowie der Entsorgung von Abwasser stehen
- die Annahme, Aufbereitung, Verwertung und Vermittlung von regenerativen Brennstoffen und anderen Reststoffen
- die Betreibung nachhaltiger Energie- und Stoffwirtschaft.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Die Energieversorgung, Abwasserent- und Wasserversorgung werden explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Binder, Peter

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten
Aktive latente Steuern

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
3.707	77	3.847	79	4.108	82	-140	-4
1.056	22	974	20	658	13	82	8
29	1	17	0	20	1	12	71
3	0	50	1	213	4	-47	-94

Bilanzsumme

4.795	100	4.888	100	4.999	100	-93	-2
-------	-----	-------	-----	-------	-----	-----	----

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
1.601	33	1.256	26	817	16	345	27
116	3	115	2	134	3	1	1
441	9	246	5	197	4	195	79
2.637	55	3.271	67	3.850	77	-634	-19
				1	0	0	

Bilanzsumme

4.795	100	4.888	100	4.999	100	-93	-2
-------	-----	-------	-----	-------	-----	-----	----

bb) GuV

	2013	2012	2011
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.718	5.103	4.772
andere aktivierte Eigenleistungen	22	5	48
sonstige betriebliche Erträge	285	126	128
Materialaufwand	1.096	1.081	1.170
Personalaufwand	1.744	1.748	1.718
Abschreibungen	330	426	491
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.253	1.192	1.043
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5	0	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	127	171	227
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	480	616	300
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	126	164	77
sonstige Steuern	9	13	9
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	345	439	214
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	345	439	214

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	7,31	8,60	4,49	%
Eigenkapitalrentabilität:	27,45	53,77	35,61	%
Cash-Flow:	675	865	706	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	90	93	87	T€
Personalaufwandsquote:	34,71	33,40	34,71	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	75,06	76,53	82,11	%
Eigenkapitalquote:	33,38	25,69	16,34	%
Fremdkapitalquote:	66,62	74,31	83,66	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Absatz Fernwärme	19,7	18,7	18,9	GWh
Absatz Strom	15,2	18,4	18,1	GWh

e) Lagebericht

1. Allgemeiner Geschäftsverlauf

Die Geschäftsfelder Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG) bleiben auch im Jahr 2013 unverändert.

Die EWAG erzeugt Wärme und stellt diese über Fernwärmenetze in den Städten Braunsbedra (einschl. Ortsteil Großkayna) und Mücheln ihren Kunden zur Verfügung. Die Wärme wird in einem Heizkraftwerk (Anlage Grubenweg, Braunsbedra) und drei Wärmeerzeugungsanlagen (Großkayna, Mücheln, Atlantis-Center Braunsbedra) durch die thermische Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS), Holzhackschnitzeln und Heizöl erzeugt.

Der im Heizkraftwerk Grubenweg und im Kraftwerk Geiseltalstraße (VKH) erzeugte Strom wird in das Netz der MITNETZ Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH eingespeist. Der unter Abzug der Eigenverbräuche der beiden Kraftwerksanlagen und der übrigen EWAG-Betriebsanlagen verbleibende Strom wird vermarktet.

Auf der Grundlage des bestehenden Stromliefervertrages mit den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) AöR erfolgte die Lieferung von ca. MWh 14.445 Elektroenergie an dieses Unternehmen. Ein geringer Teil der erzeugten Elektroenergie wird zur Versorgung privater und gewerblicher Abnehmer genutzt.

In den Monaten Januar und Februar des Geschäftsjahres war eine Verknappung des Angebotes an Ersatzbrennstoffen (EBS) zu registrieren. Dadurch konnten die geplanten Umsätze im Bereich Elektroenergieerzeugung und Verwertung Ersatzbrennstoffe (EBS) nicht realisiert werden.

Weiterhin wurde die Elektroenergieerzeugung im HKW Grubenweg wurde durch eine Störung größeren Ausmaßes beeinflusst. Am 23.07.2013 erfolgte eine Störmeldung für den Transformator 6,3 kV/20 kV, 2.500 kVA (Ausspeisestrafo) mit anschließender Außerbetriebsetzung. Nach erster vor-Ort-Befundung wurde ein Wicklungsschaden auf der 6,3 kV Seite festgestellt. Der ÖSA als zuständigem Versicherer wurde gleichzeitig die Inanspruchnahme der Maschinen- und Maschinen-Betriebsunterbrechungsversicherung gemeldet. Bei der folgenden Werkstattbefundung in einer Spezialfirma wurde das Fehlerbild bestätigt und gleichzeitig die Verschrottung des geschädigten Trafos empfohlen. Wegen grundsätzlich knapper Leistungsbemessung des geschädigten Trafos wurde auf die Bestellung eines neuen Trafos mit folgenden Parametern orientiert: 6,3 kV/20kV, 3.150 kVA. Gleichzeitig wurde der Einsatz eines Leihtrafos 6,3 kV/20kV, 1600 kVA bis zum Zeitpunkt der Lieferung des Neutrafos realisiert. Dies erfolgte vor dem Hintergrund der Möglichkeit des Weiterbetriebes der Anlage (Stromerzeugung, Verwertung EBS) und der Schadensminimierung gegenüber der Versicherung. Am 25.10.2013 erfolgte die Inbetriebnahme des neuen Trafos.

Durch die Inanspruchnahme der beiden o.g. Versicherungen konnten wirtschaftliche Auswirkungen aus diesem Schadensfall nahezu vermieden werden. Den eingeschränkten Umsatzerlösen (Elektroenergieerzeugung, Verwertung von Ersatzbrennstoffen) stehen sonstige betrieblichen Erträge (Erstattungen aus Schadensfällen) gegenüber, die diese in etwa kompensieren.

Die im Geschäftsjahr 2012 begonnenen Aktivitäten zur Erneuerung/Rekonstruktion der Hausanschluss-Stationen (HAST) für Fernwärmeversorgung wurden weitergeführt. Das betrifft neben den HAST des Vertragspartners Geiseltaler Hausverwaltungsgesellschaft mbH auch zwei Stationen der Wohnungs-genossenschaft Kohle Geiseltal eG für die gleichzeitig eine Vertragsverlängerung vereinbart wurde.

Das Kraftwerk Geiseltalstraße (VKH) lief ebenfalls unter normalen Betriebsbedingungen. Die Verfügbarkeit der Kraftwerksanlage ist nach wie vor nicht befriedigend. Dies ist bekannter Weise mit dem Nachteil der Existenz nur einer Linie zur Energieerzeugung zu begründen. Eine partielle Verbesserung der Verfügbarkeit der Kesselanlage soll im Rahmen von Vorschlägen als Bestandteil des von der EWAG in Auftrag gegebenen Energiekonzeptes erreicht werden.

Die Wärmeerzeugungs- und -verteilungsanlagen in Großkayna, Mücheln und Braunsbedra (Atlantis) liefen unter normalen Betriebsbedingungen im Wesentlichen störungsfrei, so dass die Versorgung unserer Kunden jederzeit sichergestellt war.

Der Bereich Wasserversorgung arbeitet ebenfalls stabil und ohne größere Störungen. Notwendige Reparaturen und Instandhaltungen wurden durchgeführt.

Die geplante Absenkung des Straßenbereiches unter der Brücke der DB zur direkten Zufahrt unserer Lieferfahrzeuge von der Landesstraße L 178 zu den Betriebsanlagen der EWAG konnte nicht durchgeführt werden. Ursache dafür sind die fehlenden Unterlagen der Deutschen Bahn AG zur Erlaubnis der Durchführung der Baumaßnahmen. Die Realisierung dieser Maßnahme wurde daher ins Jahr 2014 verschoben.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

2.1 Ertragslage

Die EWAG hat im Geschäftsjahr 2013 einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 345 (Vorjahr: TEUR 439) erwirtschaftet. Die Umsatzerlöse haben sich um TEUR 386 verringert. Weiterhin stiegen die Aktivierten Eigenleistungen um TEUR 18 sowie die sonstigen betrieblichen Erträge um TEUR 159. Die Materialaufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 15 erhöht. Die Bruttomarge als Überschuss der Betriebsleistung (Umsatzerlöse, aktivierte Eigenleistungen und sonstige betriebliche Erträge) über die Materialaufwendungen hat sich von TEUR 4.153 um TEUR 224 auf TEUR 3.929 verringert.

Die Minderung der Umsatzerlöse ist im Wesentlichen auf dem Trafo-Maschinenschaden zurückzuführen. Trotz Einsatz eines Ersatztrafos verringerten sich die Erlöse aus der Stromlieferung um TEUR 101; davon sind TEUR 33 auf eine verminderte Stromproduktion sowie TEUR 68 auf geringeren Netznutzungsentgelte zurückzuführen.

Die verringerten Erlöse aus der Verwertung von Ersatzbrennstoffen um TEUR 342 sind auf mehrere Ursachen zurückzuführen. Neben den geringeren Einkaufsmengen im ersten Quartal 2013 sowie den im Vergleich zum Vorjahr geringeren Mengenpreisen für Ersatzbrennstoffe ist auch die gedrosselte Stromproduktion mittels Ersatztrafo als Ursache für den geringeren Durchsatz von Ersatzbrennstoffen zu nennen.

Die verminderten Erlöse aus Trinkwasser um TEUR 13 im Vergleich zum Vorjahr ergeben sich aus der Kündigung des Trinkwasserlieferungsvertrages durch die Wasserversorgungsgesellschaft Müheln mbH zum 31.12.2012.

Bedingt durch den langanhaltenden Winter im Frühjahr 2013 haben sich die Erlöse aus Fernwärme um TEUR 75 erhöht.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 159 (Erstattungen aus Maschinen- und Maschinen-Betriebsunterbrechungsversicherung) gestiegen.

Die Erhöhung des Materialaufwandes um TEUR 15 ist hauptsächlich auf einen erhöhten Aufwand für die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (Strombezugskosten infolge Trafo-Maschinenschadens, Hilfsstoffe) um TEUR 37 zurückzuführen. Dementgegen stehen verminderte Aufwendungen für bezogenen Leistungen (Entsorgung Rost- und Filteraschen) in Höhe von TEUR 22.

Der Personalaufwandes blieb im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich um TEUR 60 erhöht. Den erhöhten Aufwendungen für Reparaturen/Instandhaltungen, für Beiträge/Gebühren/Versicherungen, für Werbung und für sonstige Dienstleistungen in Höhe von TEUR 119 stehen Aufwandsverminderungen in Höhe von TEUR 59 für Raumkosten, für Fahrzeugkosten sowie für Rechts- und Beratungskosten entgegen.

Durch ein stetiges Finanzmanagement in Verbindung mit der Entwicklung auf den Finanzmärkten konnten die Zinsen um TEUR 44 gesenkt werden.

Das Steueraufkommen hat sich um TEUR 37 vermindert. Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag beinhalten neben Gewerbesteuer und Körperschaftsteuer latente Steuern in Höhe von TEUR 47, die sich im Wesentlichen aus der Bilanzierung aktiver latenter Steuern auf steuerliche Verlustvorträge ergeben.

2.2 Finanzlage

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat sich von TEUR 677 im Vorjahr auf TEUR 883 weiter stabilisiert. Es wurden Auszahlungen für Investitionen sowie die Tilgung von Finanzkrediten von TEUR 691 vorgenommen.

Die Inanspruchnahme der Kontokorrentlinien wurde weiterhin kontinuierlich verringert. Zum Bilanzstichtag waren offene Kontokorrentlinien von TEUR 444 verfügbar.

Die weiteren Kontokorrentkredite sollen durch die in den folgenden Geschäftsjahren erwarteten positiven Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit zurückgeführt werden.

2.3 Vermögenslage

Die Bilanzsumme der EWAG hat sich im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 4.888 auf TEUR 4.795 verringert. Diese Minderung der Bilanzsumme ist vor allem auf das Anlagevermögen zurückzuführen. Den Zugängen zum Anlagevermögen von TEUR 194 stehen Anlagenabgänge von TEUR 4 sowie Abschreibungen auf Sachanlagen von TEUR 330 gegenüber.

Das Umlaufvermögen hat sich um TEUR 83, ursächlich durch Kundenforderungen aus Stromlieferungen sowie Guthaben bei Kreditinstituten, erhöht.

Die liquiden Mittel haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 58 erhöht.

Die im Geschäftsjahr 2012 bilanzierten aktiven latenten Steuern haben sich um TEUR 47 verringert. Die zum 31. Dezember 2013 bilanzierten aktiven latenten Steuern in Höhe von TEUR 3 begründen sich aus dem Unterschied zwischen dem steuerrechtlichen und dem handelsrechtlichen Wertansatz für langfristige Rückstellungen zum Bilanzstichtag.

Durch den erwirtschafteten Jahresüberschuss erhöhte sich das Eigenkapital um TEUR 345.

Der Bestand des Sonderpostens hat sich um TEUR 1 erhöht. Den Zuführungen in Höhe von TEUR 13 stehen Auflösungen in Höhe von TEUR 12 gegenüber.

Die Erhöhung der Rückstellungen um TEUR 195 begründen sich durch die Einstellung von Steuerrückstellung in Höhe von TEUR 78 sowie durch die Erhöhung der Sonstigen Rückstellungen (wesentlich durch die Einstellung von Rückstellungen für unterlassene Reparaturen in den Kraftwerken VKH und Grubenweg sowie durch die Absenkung der Werkstraße zur Unterführung der Bahnbrücke) in Höhe von TEUR 117.

Die Verbindlichkeiten haben sich um TEUR 634 verringert. Diese Verringerung ist auf die Minderung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um TEUR 645 zurückzuführen. Während die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen nahezu konstant blieben, haben sich die sonstigen Verbindlichkeiten (noch abzuführende Lohn-, Gehalts- und Sozialversicherungsleistungen) um TEUR 11 erhöht.

3. Investitionen

Im Rahmen von geplanten Ersatzinvestitionen wurden weitere Fernwärme-Hausanschlussstationen unserer Kunden Geiseltaler Wohnungsgesellschaft mbH und Wohnungsgenossenschaft „Kohle Geiseltal“ e.G. im Bereich Braunsbedra mit modernen und energieeffizienten Bauteilen umgerüstet. Diese Umrüstung wird im Geschäftsjahr 2014 als Hauptschwerpunkt der Investitionstätigkeit kontinuierlich fortgesetzt.

Weitere Investitionen wurden mit dem Bau einer Trinkwasserleitung sowie Trinkwasser-Hausanschlüssen in der Ortschaft Klobikau sowie mit dem Bau einer Umhausung der Bandanlagen auf dem Gelände des Kraftwerks Braunsbedra getätigt.

4. Entwicklung nach dem 31. Dezember 2013

Die Versorgung mit Ersatzbrennstoffen (EBS) in der im Allgemeinen kritischen Jahreswechselperiode war stabil. Positiv wirkten sich die langfristigen Absprachen mit den Lieferanten bezüglich Liefermengen und Lieferzeiten für den Zeitraum Dezember 2013/Januar 2014 aus.

Durch mehrere kleinere Störungen und dem daraus resultierenden Verfügbarkeitsproblem im Betriebsteil VKH konnten die geplanten Umsätze im Bereich Elektroenergieerzeugung und Brennstoffverwertung nicht erfüllt werden.

Ebenfalls wurde die in 2013 geplante Erneuerung der Ausmauerung der Thermischen Nachverbrennungszone (TNV) am Kessel durchgeführt. Daraus resultieren weitere Umsatzeinschränkungen im Bereich Elektroenergie-erzeugung und Verwertung EBS.

5. Risikobericht

Die Ver- und Entsorgungsbedingungen sind momentan als stabil einzuschätzen. Die Entgelte für die Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS) waren im Geschäftsjahr 2013 relativ stabil. Momentan sind ca. EUR 30,00 je Tonne EBS erlösbar.

Die Kosten für die Entsorgung von Reststoffen (speziell Rost- und Filteraschen) waren 2013 stabil.

Durch den bis zum Juli 2017 laufenden Liefervertrag für Elektroenergie mit den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) AöR sind die Erlöse für Elektroenergie stabil planbar.

Die für das Unternehmen bestehenden Risiken sollen umfassend im betrieblichen Risikomanagement bewertet werden.

6. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2014 wird eine Stabilisierung der Finanz- und Ertragslage erwartet. Es ist ein Jahresergebnis vor Steuer von ca. TEUR 191 geplant.

Nicht einzuschätzen sind die eventuell aus dem beauftragten Energiekonzept resultierenden Ergebnisse und deren etwaige Realisierung als Maßnahmen im Rahmen der Energieerzeugung und -verteilung der EWAG.

EVH GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	10.250		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	10.250	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Erzeugung und Lieferung von Elektrizität, Gas und Wärme; die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Elektrizität, Gas und Fernwärme dienen; die Vornahme von Kommunikationsdienstleistungen aller Art sowie aller Geschäfte, die den vorerwähnten Unternehmensgegenständen unmittelbar oder mittelbar dienen können.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der EVH GmbH findet sich in § 116 Abs. 2 GO-LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Vorsitzender	Müller-Urlaub, Berthold Prof. Dr.-Ing. Krause, Matthias Schneider, Olaf	(bis 28.02.2013) (bis 30.06.2013) (seit 11.03.2013)
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Geier, Egbert	(seit 14.03.2013 Vorsitzender)
	stellv. Vorsitzender	Kocian, Burkhard Bauersfeld, Martin Birth, Siegfried Busse, Jürgen Feigl, Christian Felke, Thomas Gabrysch, Hubert Gärtner, Steffen Hajek, Andreas	(bis 10.11.2013) (bis 16.06.2013) (seit 11.11.2013) (seit 26.04.2013)

Aufsichtsrat:

Knöchel, Swen
 Koppitz, Erhard (seit 16.06.2013)
 Krause, Johannes
 Neumann, Lutz
 Paulsen, Oliver (bis 25.04.2013)
 Philipp, Lothar
 Schramm, Rudenz
 Wolter, Tom

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	26	26	26

c) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
Meter1 GmbH & Co. KG	833	33,33
Meter1 Verwaltung GmbH	8	33,33
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH	25	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG		15,00

mittelbar

	T€	%
Trianel Onshore Projektgesellschaft Süddeutschland GmbH & Co. KG		15,00
Trianel Onshore Projektgesellschaft Süddeutschland Verwaltungs GmbH	4	15,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben GmbH & Co. KG		15,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben Verwaltungs GmbH	4	15,00
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	4	15,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
225.686	72	232.220	68	235.389	70	-6.534	-3
85.866	27	107.648	32	100.276	30	-21.782	-20
1.332	1	1.275	0	759	0	57	4

Bilanzsumme

312.884	100	341.143	100	336.424	100	-28.259	-8
---------	-----	---------	-----	---------	-----	---------	----

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten mit Rücklagenanteil
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum
Anlagevermögen und Anschlusskosten
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
77.917	25	77.917	23	77.917	23	0	0
6.387	2	7.384	2	8.426	3	-997	-14
15.144	5	17.821	5	20.699	6	-2.677	-15
47.660	15	48.123	14	51.531	15	-463	-1
153.769	49	178.243	52	168.530	50	-24.474	-14
12.007	4	11.655	4	9.321	3	352	3

Bilanzsumme

312.884	100	341.143	100	336.424	100	-28.259	-8
---------	-----	---------	-----	---------	-----	---------	----

bb) GuV

	2013	2012	2011
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	419.739	465.616	465.608
Stromsteuer/Erdgassteuer	-23.766	-28.950	-36.925
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	307	-1	1
andere aktivierte Eigenleistungen	1.934	2.071	2.745
sonstige betriebliche Erträge	23.513	24.060	23.083
Materialaufwand	307.531	344.595	342.121
Personalaufwand	28.921	29.817	28.261
Abschreibungen	24.849	19.984	22.588
sonstige betriebliche Aufwendungen	37.613	32.874	32.046
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	385	343	3.616
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	482	476	560
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	683		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.429	4.888	4.447
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	18.568	31.457	29.225
außerordentliche Erträge	3.366	56	100
außerordentliche Aufwendungen	5.821	5.938	5.384
außerordentliches Ergebnis	-2.455	-5.882	-5.284
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-273
sonstige Steuern	1.623	1.223	1.193
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	14.490	24.352	23.021
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,66	5,58	5,37	%
Eigenkapitalrentabilität:	18,60	31,25	29,55	%
Cash-Flow:	40.022	44.336	45.609	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	988	983	937	T€
Personalaufwandsquote:	6,86	6,44	6,22	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	70,42	67,80	69,75	%
Eigenkapitalquote:	24,90	22,84	23,16	%
Fremdkapitalquote:	75,10	77,16	76,84	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Absatz Erdgas	1.592,00	2.483,00	2.799,00	GWh
Absatz Strom	1.427,00	1.660,00	1.741,00	GWh
Absatz Wärme	855,00	820,00	789,00	GWh

e) Lagebericht

1. Rahmenbedingungen, Branchenentwicklung und Geschäft

1.1. Rahmenbedingungen

Die Wirtschaft in Deutschland entwickelte sich im Kalenderjahr 2013 leicht positiv. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag um 0,4 Prozent über dem Wert des Vorjahres. In den vorangegangenen Jahren waren die Zuwächse des BIP mit 3,3 Prozent (2011) und 0,7 Prozent (2012) höher ausgefallen. Vor dem Hintergrund gedämpfter weltwirtschaftlicher Impulse und anhaltender Rezessionen in einigen europäischen Ländern wird in dem moderaten Wirtschaftswachstum des abgelaufenen Jahres ein Beleg für die Robustheit der deutschen Wirtschaft gesehen.

Für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt weisen die Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder für das erste Halbjahr 2013 eine dem Bundesdurchschnitt entsprechende Entwicklung des BIP aus.

Das moderate Wachstum führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer positiven Entwicklung. Zwar stieg die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen im Bundesdurchschnitt geringfügig von 6,8 Prozent (2012) auf nunmehr 6,9 Prozent. Zugleich aber legte die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahr um 258.000 Personen oder 0,6 Prozent zu.

In Sachsen-Anhalt verringerte sich die Arbeitslosenquote von 11,5 Prozent im Vorjahr auf 11,2 Prozent, während die entsprechende Quote für Ostdeutschland von 10,7 Prozent auf 10,3 Prozent zurückging.

Die Stadt Halle (Saale) verzeichnete im Jahr 2013 zum vierten Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs. Mit 232.705 Einwohnern zählte die Stadt 170 Einwohner mehr als im Vorjahr.

1.2. Branchenentwicklung

Durch die fortlaufende Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen stand die deutsche Energiewirtschaft auch in diesem Geschäftsjahr vor neuen Herausforderungen.

Die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) veröffentlichten am 15. Oktober 2013 die Prognose der 2014 zu erwartenden Einspeisung aus regenerativen Stromerzeugungsanlagen nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) sowie die daraus resultierende EEG-Umlage für das Jahr 2014. Die EEG-Umlage ist von allen Letztverbrauchern für jede bezogene Kilowattstunde zu entrichten. Dies bedeutet, dass die Verbraucher zur Förderung der erneuerbaren Energien im Stromsektor im Jahr 2014 einen Beitrag von 6,240 Cent je kWh leisten. Damit liegt die EEG-Umlage im Jahr 2014 knapp 20 Prozent über dem Niveau des Jahres 2013 von 5,277 Cent je kWh.

Nach der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) im Dezember 2012 wurde die Offshore-Haftungsumlage nach § 17f eingeführt. Seit 01. Januar 2013 sind die Netzbetreiber berechtigt die Kosten für geleistete Entschädigungszahlungen, soweit diese dem Belastungsausgleich unterliegen und nicht erstattet worden sind, und für Ausgleichszahlungen als Aufschlag auf die Netzentgelte gegenüber Letztverbrauchern geltend zu machen. Ein Belastungsausgleich erfolgt dabei entsprechend § 9 des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes nach Letztverbraucher kategorien.

Am 13. Dezember 2012 hat der Deutsche Bundestag einer von der Bundesregierung vorgelegten Verordnung über Vereinbarungen zu abschaltbaren Lasten (AbLaV) zugestimmt. Nach der Verordnung sollen bestimmte Großverbraucher, die Leistungen zur kurzfristigen Abschaltung vorhalten, eine Vergütung vom Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) erhalten. Die dabei entstandenen Kosten werden dann unter den ÜNB verteilt und auf alle Letztverbraucher ohne Unterscheidung nach Letztverbrauchergruppen umgelegt. Die Umlage für abschaltbare Lasten nach § 18 der AbLaV wird ab dem 01. Januar 2014 für die entnommene Jahresarbeit von Letztverbrauchern erhoben und basiert auf den bisher angefallenen Kosten im Jahr 2013 sowie den prognostizierten Kosten für 2014.

Die Bundesregierung hat am 31. Juli 2013 die „Verordnung zur Änderung von Verordnungen auf dem Gebiet des Energiewirtschaftsrechts“ verabschiedet. Die Verordnungsänderungen betreffen im Wesentlichen die Preisindizes zur Ermittlung der Tagesneuwerte (§ 6a StromNEV / GasNEV), den Zinssatz für das die Eigenkapitalquote von 40 Prozent übersteigende Eigenkapital, die Netzentgeltbefreiung nach § 19 Abs. 2 Satz 2 StromNEV, die Zusammenfassung von Entnahmestellen (§ 17 StromNEV), die Biogas-Umlage (§ 20b GasNEV), den bereinigten Effizienzwert bei Besonderheiten der Versorgungsaufgabe (§ 15 ARegV), den Zuschlag auf Investitionen in Forschung und Entwicklung (§ 25a ARegV) sowie die Neuaufnahme der Zählerstandsgangmessung in die StromNZV.

Ökostromprodukte können in der Stromkennzeichnung nach § 42 EnWG (in der Neufassung vom 31. Dezember 2012) zukünftig nur noch dann als ungeförderter Strom aus erneuerbaren Energien ausgewiesen werden, wenn die regenerative Erzeugung im Rahmen des neuen Herkunftsnachweisregisters des Umweltbundesamts nachgewiesen wird. Nach Europarechtsanpassungsgesetz, Herkunftsnachweis- und -durchführungsverordnung sind nun rechtzeitig zum Registerstart am 01. Januar 2013 die Nutzungsbedingungen für das Herkunftsnachweisregister als letzte Rechtsgrundlage im Bundesanzeiger bekanntgemacht worden.

Das Bundeskabinett hat am 12. Juni 2013 die vom Bundesminister für Wirtschaft und Technologie vorgelegte Reservekraftwerksverordnung (ResKV) verabschiedet. Sie konkretisiert die Ende des Jahres 2012 in Kraft getretene EnWG-Novelle zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit, welche auch unter dem Begriff „Wintergesetz“ bekannt wurde. Die Verordnung umfasst neben der Möglichkeit, systemrelevante Anlagen, die vom Betreiber stillgelegt werden sollen, vorläufig in Betrieb zu halten, auch die Schaffung einer Netzreserve. Die gesetzlichen Eingriffsbefugnisse der §§ 13 Abs. 1a und 1b sowie 13a EnWG wurden damit konkretisiert. Zur Bereitstellung einer Netzreserve wurden darüber hinaus Vorgaben für eine vertragliche Bindung von Reservekraftwerken durch Übertragungsnetzbetreiber und Bundesnetzagentur geregelt. Die Verordnung trat zum 06. Juli 2013 in Kraft und befristet die gesetzlichen Befugnisse bis zum 31. Dezember 2017. Zu diesem Zeitpunkt tritt die Verordnung automatisch wieder außer Kraft.

Am 16. Oktober 2013 verabschiedete die Bundesregierung die neue Energieeinsparverordnung (EnEV). Die novellierte EnEV wurde am 21. November 2013 im Bundesgesetzblatt verkündet und tritt zum 1. Mai 2014 in Kraft. Mit der neuen EnEV wird die europäische Gebäuderichtlinie vollständig umgesetzt. Kernelement der Novelle ist die Anhebung der energetischen Anforderungen an Neubauten ab 1. Januar 2013 um durchschnittlich 25 Prozent des zulässigen Jahres-Primärenergiebedarfs und um durchschnittlich 20 Prozent bei der Wärmedämmung der Gebäudehülle. Dies ist auch ein Schritt hin zum EU-Niedrigstenergie-gebäudestandard, der spätestens ab 2021 gilt.

Die Energiebranche wird von zahlreichen externen Faktoren beeinflusst. In den letzten Jahren haben sich für die Energieversorgungsunternehmen die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die Preisentwicklung an den Märkten für Strom, Brennstoffe und CO₂-Zertifikate sowie die politischen und regulatorischen Entscheidungen fundamental verändert.

Der Preis für Rohöl bewegte sich am Ende des vierten Quartals 2013 um die 110-Dollar-Marke je Barrel und fiel somit nach einem Anstieg Anfang Februar Richtung 120-Dollar-Marke wieder auf das Jahresanfangsniveau zurück. Vor allem schwache Konjunkturdaten sowie neue Ölfördermethoden (Fracking) waren Ursache für die leichte Preiserholung. Die Ölmarktentwicklung beeinflusst auch die Gaspreise.

Im Dezember 2013 sank der VIK-Strompreisindex auf 136,73 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (Dezember 2012: 148,63 Prozent). Der Index spiegelt die Entwicklung des Strompreises für große Kunden wider und basiert auf der Börsenpreisentwicklung und den Netzentgelten. Grund für die Entwicklung war ein Absinken des Preisniveaus an der EEX. Im Jahresdurchschnitt lag das Preisniveau rund 5 Euro je MWh niedriger als 2012.

Aufgrund des Preisverfalls am Kohlemarkt bzw. des Preises für CO₂-Emissionsberechtigungen im Geschäftsjahr 2013 wurde zunehmend die klimafreundliche Stromproduktion mit dem Medium Gas durch die Stromerzeugung in Kohlekraftwerken ersetzt. Der CO₂-Preis lag im Dezember bei 4,78 Euro je Tonne CO₂ und lag damit im Jahresmittel rund 39 Prozent niedriger als im Jahr 2012.

Darüber hinaus führen die sich zugunsten regenerativer Erzeugungsanlagen verschiebenden Kapazitäten in der Stromerzeugung zu einer verminderten Wirtschaftlichkeit selbst bei hochmodernen Gas- und Dampfturbinenanlagen. Diese Veränderungen haben Einfluss auf die Unternehmensentwicklung der EVH GmbH.

1.3. Geschäft

Die EVH GmbH hat auf die erheblichen Veränderungen des Energiemarktes reagiert und die eigene Unternehmensausrichtung angepasst. Es wurde ein Strategiekonzept in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat der EVH GmbH sowie der Gesellschafterin Stadtwerke Halle GmbH entwickelt und verabschiedet. Ziel ist es die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft nachhaltig zu sichern.

Auf Basis des Strategiekonzeptes wurde eine Vielzahl an Maßnahmen ergriffen um die EVH GmbH neu aufzustellen. Mit einer geschäftsfeldorientierten Struktur werden die Kern-Handlungsfelder der Zukunft abgedeckt: Energievertrieb, Kundennahe Energiedienstleistungen, Portfoliomanagement und Beschaffung, Regenerative Erzeugung, Zentrale Erzeugung und Netzgeschäft.

Die Gesellschaft erhofft sich durch die Veränderungen des organisatorischen und personellen Umfeldes innovativer, flexibler und schneller zu werden, somit den Kundenfokus zu schärfen und Effizienz- und Ertragspotenziale systematisch zu identifizieren. Die zukünftigen Kernprozesse werden stetig optimiert. Bereichsübergreifende Kundenteams sind schon gebildet worden, über ein zentrales Projektmanagement werden derzeit 60 Projekte gesteuert. Der Belegschaft wurde über ein Bewerbungsverfahren die Möglichkeit zur Beteiligung gegeben.

Am 11. März 2013 übernahm Olaf Schneider die Position des Geschäftsführers der EVH GmbH. Er ist Diplom-Wirtschaftsingenieur und verfügt über langjährige Erfahrungen in der Energiewirtschaft. Im Rahmen der Schaffung einer neuen Führungsstruktur der Stadtwerke Halle tritt er die Nachfolge von Berthold Müller-Urlaub an, welcher im Februar 2013 offiziell verabschiedet wurde.

Zum 01. Juli 2013 verließ der Geschäftsführer der Stadtwerke Halle GmbH, Prof. Dr. Matthias Krause, die Geschäftsführung der EVH GmbH. Damit konzentriert er sich künftig auf seine Tätigkeit als Geschäftsführer der Stadtwerke Halle GmbH. Mit dieser Personalie ist die neue Führungsstruktur der Stadtwerke Halle GmbH umgesetzt, die mit einer Reduzierung der Anzahl der Geschäftsführer in den Tochterunternehmen sowie der Vermeidung von Doppelverantwortungen in Holding und Tochterunternehmen verbunden ist.

Mit dem Umlaufbeschluss vom 22. Mai 2013 wurde durch den Aufsichtsrat der EVH GmbH der Bildung einer großen Netzgesellschaft zugestimmt. Damit verbundenen ist die Überleitung der Mitarbeiter der EVH GmbH des Bereiches Netzservice sowie der Auszubildenden zum 01. Dezember 2013 zur Energieversorgung Halle Netz GmbH.

Im Zusammenhang mit dem neuen Geschäftsfeld „Erneuerbare Energien“ erwarb die EVH GmbH Anteile an der neu gegründeten Beteiligungsgesellschaft Trianel Onshore-Windkraftwerke GmbH & Co. KG. In dieser werden alle Aktivitäten zur erfolgreichen Entwicklung eines deutschlandweiten Windpark-Portfolios gebündelt. Ende September 2013 wurde der Kauf des ersten Windparks von den Gesellschaftern beschlossen. Durch Unterzeichnung der zweiten Beitrittsstufe am 6. Dezember 2013 wird sich die EVH GmbH mit einer maximalen Beteiligungshöhe in Höhe von 10 Mio. € an der Gesellschaft beteiligen. Die Höhe der Eigenkapitalzuführung ist abhängig von den tatsächlich realisierten Windparkprojekten. Bisher wurde ein Windparkprojekt am Standort Eisleben umgesetzt.

Auf dem deutschen Strom- und Gasmarkt verschärft sich der Wettbewerb zunehmend. Die Wettbewerber nutzen eine Vielzahl von Vertriebskanälen zur Gewinnung von Marktanteilen. Auch die verbesserten Bedingungen für die Kunden mit kürzeren Wechselfristen und verbessertem Datenaustausch zwischen Lieferanten und Netzbetreibern haben großen Einfluss auf den Wettbewerb.

Die aktuellen Marktaktivitäten verdeutlichen, dass sich die EVH GmbH auf eine weitere Intensivierung des Wettbewerbs um Endkunden einstellen muss.

Am 22. Mai 2013 wurde die neue hocheffiziente Wärme- und Stromversorgung des Druck- und Verlagshauses der Mitteldeutschen Zeitung feierlich in Betrieb genommen. Durch den Einsatz eines modernen Blockheizkraftwerkes (BHKW) werden zukünftig rund 25 Prozent des benötigten Stromes am Standort in der Delitzscher Straße erzeugt. Die EVH GmbH konnte sich hierbei im Wettbewerb mehrerer regionaler und bundesweiter Anbieter von Energiedienstleistungen durchsetzen und wird bis 2022 die Anlagen zur Wärme- und Stromversorgung betreiben. Das in einer kurzen Projektzeit von nur sieben Monaten installierte BHKW gewährleistet hierbei einen hohen wirtschaftlichen Vorteil für den Kunden bei gleichzeitiger Entlastung der Umwelt.

Im November 2013 gab die EVH GmbH bekannt, dass sie die Strompreise über den Jahreswechsel hinaus stabil halten wird, obwohl die EEG-Umlage zum 01. Januar 2014 von 5,227 auf 6,240 Cent je kWh steigen wird. Die beim Strom entstehenden Mehrkosten konnten durch permanente Optimierung der Beschaffung und durch weitere Effizienzsteigerungen kompensiert werden. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, dass auch die Preise für Erdgas unverändert bleiben. In diesem Zusammenhang wurde auch auf die zwei neuen Tarife „Halplus Erdgas Spar+24“ und „Halplus Erdgas Direkt+24“ hingewiesen. Diese kombinieren besonders günstige Konditionen mit einer 24-monatigen Preissicherheit, vorbehaltlich weiterer Änderungen gesetzlich gestalteter Kosten.

Seit Dezember 2013 bietet die EVH GmbH für Ihre Kunden das neue Produkt Heizung+ an. Es richtet sich an all jene Kunden, die Ihre Heizung erneuern wollen und dies gern mit Hilfe Ihres vertrauten Energieversorgers durchführen lassen möchten. Dabei unterstützt die Gesellschaft ihre Kunden beim aktiven Klimaschutz durch den Einbau einer modernen und effizienten Heizungsanlage. Die Kunden erwerben eine moderne Heizungsanlage, die der Bereitstellung von Wärme zum Beheizen von Räumen und zur Warmwasserbereitung dient. Die grundlegenden Komponenten der Heizungsanlage richten sich nach den Wünschen des Kunden und werden von einem Installationsbetrieb geplant. Der Kunde erhält ein individuelles Angebot. Die Lieferung der Anlagenkomponenten, der Aufbau und die Inbetriebnahme der Heizungsanlage erfolgt durch ein Installationsunternehmen, das Mitglied in der Energiegemeinschaft Halle (Saale) e.V. ist und an dem Programm Heizung+ teilnimmt. Die EVH GmbH stellt dem Kunden eine entsprechende Liste von Installationsunternehmen zur Verfügung und beauftragt das Unternehmen, das vom Kunden favorisiert wird. Neben der Errichtung einer Heizungsanlage wird dem Kunden zusätzlich ein „Sorglos-Paket“ angeboten. Dieses beinhaltet die Wartung und Instandhaltung der Anlage sowie die Übernahme der Schornsteinfegerkosten, die von der Inbetriebnahme bis zur jährlichen Messung der Anlage für einen Zeitraum von fünf Jahren anfallen. Dieses Angebot können alle Bestandskunden sowie auch Neukunden der EVH GmbH in Anspruch nehmen.

Am 25. Mai 2013 wurde die EVH GmbH 20 Jahre alt. Diesen runden Geburtstag hat das Unternehmen der Stadtwerke Halle GmbH zum Anlass genommen, die Höhepunkte aus der 20-jährigen Geschichte der EVH GmbH in einer Ausstellung zusammen zu tragen. Die Jubiläumsschau führte den Besuchern mit nostalgischen Haushaltsgeräten und Plakatmotiven aus 20 Jahren Energieversorgung Halle vor Augen, was sich nicht nur in der Technologie, sondern auch in der Werbung seit den Anfängen verändert hat.

Seit vielen Jahren macht sich die EVH GmbH für ein familienfreundliches Halle stark. Um die Transparenz für Familienangebote in der Stadt zu steigern wurde eine Plattform im Internet geschaffen, welche in Kooperation mit dem Caritasverband Halle e. V. entwickelt wurde. Mit dem FamilienPOOL haben jetzt alle beteiligten Akteure die Möglichkeit, aktuelle Bedürfnisse hallescher Familien und Angebote im Stadtgebiet passgenau zusammenzuführen.

Im Geschäftsjahr 2013 stellten sich die Energieversorgung Halle Netz GmbH und die EVH GmbH erfolgreich einer gemeinsamen Überprüfung des Technischen Sicherheitsmanagements (TSM). Experten des Fachverbandes für Fern- und Nahwärme (AGFW) prüften, ob die Unternehmen die gesetzlichen Forderungen der Organisations- und Arbeitssicherheit einhalten. Themenschwerpunkte der Überprüfung der technischen Bereiche aller Sparten (Wärme, Strom und Gas) waren die Aufbauorganisation, Schnittstellen der Unternehmen, Unterweisungen/Schulungen, Gefährdungsbeurteilungen und das Anweisungssystem. In einem zweiten Teil wurde die fachspezifische Arbeit der Sparte Fern- und Nahwärme bewertet.

2. Ertragslage

Das Pachtverhältnis mit der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH über die Gas- und Dampfturbinenanlage Dieselstraße wurde zum 01. Januar 2013 beendet. Alle damit in Zusammenhang abgeschlossenen Rechtsgeschäfte, insbesondere der Pachtvertrag, der Vertrag zur Erbringung technischer und kaufmännischer Dienstleistungen, der Vertrag über die Lieferung von Gas für die Gas- und Dampfturbinenanlage Dieselstraße sowie die Strom- und Wärmelieferungsverträge wurden einvernehmlich mittels eines Aufhebungsvertrages gelöst. Gegenüber den Vorjahreswerten ergeben sich daraus zum Teil erhebliche Abweichungen in den Einzelpositionen. Der Sachverhalt verhält sich aufgrund der Vertragskonstellation jedoch ergebnisneutral.

2.1. Ergebnisentwicklung der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2013 erzielte die EVH GmbH ein positives Ergebnis. Der Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr 14,5 Mio. € und lag damit mit 9,9 Mio. € unter dem Vorjahreswert.

2.2. Erzeugung

Im Geschäftsjahr 2013 produzierte die EVH GmbH 548 GWh Wärme (Vorjahr: 152 GWh) und 295 GWh Strom (Vorjahr: 1,6 GWh). Durch die Rücknahme des Pachtmodells für die GuD-Anlage Dieselstraße wurde Strom und Wärme wieder in der EVH GmbH produziert und nicht mehr von der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH bezogen. Des Weiteren ist eine Steigerung der Eigenerzeugung auf die kühlere Witterung in 2013 zurückzuführen.

Das Unternehmen führte auch im abgelaufenen Geschäftsjahr die Betriebsführung für die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH durch.

2.3. Absatz/Umsatz

2.3.1. Strom

Zum 31. Dezember 2013 betrug der Absatz im Stromsegment 1.427 GWh und lag mit 233 GWh unter dem Vorjahreswert.

Innerhalb des Netzgebietes wurden 417 GWh Strom abgesetzt. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 17 GWh ist auf den sich weiter verschärfenden Wettbewerb im Endkundensegment sowie auf das Verbrauchsverhalten der Kunden zurückzuführen. Außerhalb des Netzgebietes lag der Absatz bei 537 GWh und damit wettbewerbsbedingt 99 GWh unter dem Jahreswert von 2012. Der Stromabsatz im Zusammenhang mit der Kraftwerksvermarktung und Bilanzkreisoptimierung belief sich auf 473 GWh. Er fiel vor allem durch die niedrigere Produktionsmenge im Heizkraftwerk Dieselstraße um 118 GWh niedriger als im Vorjahr aus.

Im Geschäftsjahr 2013 erzielte die EVH GmbH aus dem Stromverkauf Umsatzerlöse in Höhe von 194,1 Mio. €. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 7,9 Mio. € war im Wesentlichen absatzbedingt.

2.3.2. Wärme

Im Jahr 2013 betrug der Wärmeabsatz 855 GWh. Dies waren 35 GWh mehr als im Vorjahr. Im Geschäftsjahr 2013 war die Witterung kühler als in 2012. Infolge dessen sind die Umsatzerlöse um 3,5 Mio. € auf 68,8 Mio. € gestiegen.

2.3.3. Erdgas

Die EVH GmbH setzte im Berichtsjahr 2013 an ihre Kunden 1.185 GWh Erdgas ab. Im Vergleich zum Vorjahr (1.122 GWh) stieg der Erdgasabsatz leicht an. Grund hierfür war die kühlere Witterung in 2013. An die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH verkaufte die EVH GmbH 407 GWh Erdgas (Vorjahr: 1.361 GWh).

Aus dem Verkauf von Erdgas erzielte die Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr Umsatzerlöse in Höhe von 76,2 Mio. €. Im Vorjahr waren es 102,4 Mio. €.

2.3.4. Sonstige Umsatzerlöse

Die sonstigen Umsatzerlöse betrafen im Wesentlichen Erlöse aus der Verpachtung der Energieversorgungsnetze in Höhe von 26,1 Mio. € (Vorjahr: 26,1 Mio. €) sowie Erlöse aus Geschäftsbesorgungen/ Dienstleistungen von 22,1 Mio. € (Vorjahr: 31,9 Mio. €).

2.4. Materialaufwand

Im Geschäftsjahr 2013 bezog die EVH GmbH 1.141 GWh Strom (Vorjahr: 1.663 GWh) auf dem Wege der strukturierten Strombeschaffung sowie von der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH. Hierfür wandte das Unternehmen 61,2 Mio. € (Vorjahr: 96,0 Mio. €) auf.

Von der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH wurden 312 GWh Wärme bezogen (Vorjahr: 671 GWh). Der Aufwand in diesem Segment betrug 11,1 Mio. € (Vorjahr: 27,3 Mio. €).

Für den Kommunalgasabsatz, Brennstoffeinsatz und für die Belieferung der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH bezog die EVH GmbH insgesamt 2.630 GWh Erdgas und lag in etwa auf Vorjahresniveau. Die Bezugskosten beliefen sich auf 81,7 Mio. €. Im Wesentlichen auf Grund von günstigeren Gasbezugskonditionen wurden 7,9 Mio. € weniger aufgewandt als in 2012.

Der finanzielle Ausgleich für den EEG-Strom (EEG-Umlage) betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr 49,6 Mio. € (Vorjahr: 37,9 Mio. €) und lag mit 11,6 Mio. € über dem Vorjahreswert. Grund dafür ist die gestiegene EEG-Umlage von 3,59 Cent je kWh in 2012 auf 5,26 Cent je kWh im Geschäftsjahr 2013.

2.5. Bezogene Leistungen

Für bezogene Leistungen wandte das Unternehmen 102,7 Mio. € auf. Im Vergleich zum Vorjahr (92,2 Mio. €) waren das 10,5 Mio. € mehr, was vor allem auf höhere Netznutzungsentgelte Strom, Gas und Fernwärme zurückzuführen war.

2.6. Personal- und Sozialbericht

Am 31. Dezember 2013 beschäftigte die EVH GmbH 274 Mitarbeiter. Das sind 251 Personen weniger als im Vorjahr. Grund hierfür ist ein zum 01. Dezember 2013 erfolgter Betriebsübergang der Mitarbeiter des Bereiches Netzservice sowie der Auszubildenden zur Energieversorgung Halle Netz GmbH. Der Personalaufwand betrug 28,9 Mio. € und ist damit um 3,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken.

Das Durchschnittsalter der Belegschaft beträgt zum Geschäftsjahresende 46 Jahre. Die durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit liegt bei 21 Jahren.

Wissenstransfer und Verbesserung der Altersstruktur sind die Herausforderungen der nächsten Jahre. Es wird daher angestrebt frühzeitig Mitarbeiterpotentiale zu entdecken und zu entwickeln. Einen wesentlichen Beitrag hierzu leistet die TalentPool-Arbeit. Im TalentPool werden die Mitarbeiter der SWH-Gruppe über verschiedene Bausteine lauffahrunabhängig qualifiziert und ihre Kompetenzen weiter ausgebaut. Darüber hinaus ist die EVH bestrebt durch die Teilnahme an Messen und die Pflege der Hochschulkontakte Diplomanden, Praktikanten und Trainees zu gewinnen.

2.7. Abschreibungen

Die Abschreibungen beliefen sich zum 31. Dezember 2013 auf 24,8 Mio. € und lagen mit 4,9 Mio. € über dem Vorjahreswert. Bedingt durch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Deckungsbeitrag in der Stromerzeugung) und die damit verbundene dauernde Wertminderung an der GuD-Anlage des Heizkraftwerkes Dieselstraße, wurde im Rahmen des Jahresabschlusses eine außerplanmäßige Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Die Sachanlagen werden grundsätzlich unter Anwendung der steuerlich anerkannten Nutzungsdauer abgeschrieben. Für alle Neuinvestitionen wird die Abschreibung nach der linearen Abschreibungsmethode ermittelt. Die Abschreibung der Gas- und Dampfturbinen-Anlage des Kraftwerkes Dieselstraße erfolgte leistungsabhängig nach gelaufenen Betriebsstunden.

2.8. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Im Geschäftsjahr 2013 betrugen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen 37,6 Mio. € und fielen somit um 4,7 Mio. € höher aus als im Vorjahr. Grund hierfür sind höhere Zuführungen zu den Rückstellungen für Prozesskosten sowie höhere Wertberichtigungen auf Forderungen. Des Weiteren wurden höhere Ausgaben für die Beseitigung von Schäden im Rahmen des Hochwassers im Juni getätigt. Weitere größere Positionen in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Aufwendungen für Konzessionen, Instandhaltungen, Mieten und Pachten und Dienstleistungen für Datenverarbeitung und Abrechnung.

2.9. Außerordentliches Ergebnis

Im Geschäftsjahr 2013 belief sich das Außerordentliche Ergebnis auf -2,5 Mio. € (Vorjahr: -5,9 Mio. €). Im Rahmen einer umfassenden Risikobeurteilung wurden Rückstellungen einer Neubewertung unterzogen, welche die Risiken der aktuellen Entwicklungen im Marktumfeld zum Gegenstand haben. Dies betrifft insbesondere die aktuelle Rechtsprechung zu Preisänderungsklauseln in Lieferverträgen mit Kunden sowie die verminderte Wirtschaftlichkeit der Erzeugungskapazitäten.

3. Finanzlage

Im Geschäftsjahr 2013 betrug der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit 45,7 Mio. € (Vorjahr: 18,5 Mio. €). Die Verbesserung um 27,1 Mio. € ist maßgeblich auf den Abbau von Forderungen in Höhe von 19,1 Mio. € (Vorjahr: Aufbau von 19,2 Mio. €) sowie auf die um 5,5 Mio. € höheren Abschreibungen zurückzuführen.

Der Cash-Outflow aus der Investitionstätigkeit betrug 17,3 Mio. €.

Aus der Finanzierungstätigkeit ergibt sich ein Cash-Outflow in Höhe von 28,3 Mio. € (Vorjahr: -15,0 Mio. €). Darin enthalten sind Darlehensaufnahmen in Höhe von 10,0 Mio. € (davon 5,0 Mio. € Gesellschafterdarlehen), Tilgungen in Höhe von 13,9 Mio. € sowie die Auszahlung des Vorjahresergebnisses in Höhe von 24,4 Mio. € an die Gesellschafterin.

Der Finanzmittelbestand der EVH GmbH belief sich am 31. Dezember 2013 auf insgesamt 35,9 Mio. € und bestand überwiegend aus einem Guthaben im Rahmen des Cash-Pools mit der Stadtwerke Halle GmbH. Ziel dieser Vereinbarung des Finanzmanagements ist es, finanzielle Risiken im Konzern zu minimieren.

Die Liquidität war während des Jahres 2013 gegeben und wird auch im Geschäftsjahr 2014 gemäß aktueller Finanzplanung gegeben sein.

4. Vermögenslage

Im Berichtsjahr 2013 tätigte die EVH GmbH Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände in Höhe von 16,2 Mio. €. Schwerpunkte waren Sanierung, Anpassung und Erweiterung des Fernwärmenetzes im Stadtgebiet Halle, der Ersatz von Stationen und Transformatorketten inklusive Erneuerung von Leitungsabschnitten im Mittelspannungs- und Niederspannungskabelbereich. Des Weiteren wurden Investitionen getätigt für den Ersatz von Hochdruck- und Niederdruckleitungen, Ersatzmaßnahmen im Elektro- und Gasbereich im Rahmen des Stadtbahnprogramms, die Erweiterung und den Ersatz von Info-, Übertragungs-, Fernwirk- und Leittechnik, den Neubau von Kälte- und Wärmeerzeugungsanlagen, die Erschließung von Wohngebieten sowie für den Ersatz von Hard- und Software.

In Finanzanlagen investierte die Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr 3,1 Mio. €. Hiervon entfielen 2,9 Mio. € auf Anteile an der neu gegründeten Beteiligungsgesellschaft Trianel Onshore-Windkraftwerke GmbH & Co. KG sowie 0,2 Mio. € auf die Beteiligung an der Meter1 GmbH & Co. KG. Im Zuge einer Sacheinlage wurde zudem der Beteiligungsbuchwert an der Energieversorgung Halle Netz GmbH um 2,1 Mio. € erhöht.

Im Wesentlichen aufgrund eines gesunkenen Umlaufvermögens verringerte sich die Bilanzsumme des Unternehmens um 28,3 Mio. € auf 312,9 Mio. €. Das betriebswirtschaftliche Eigenkapital belief sich einschließlich Sonderposten auf 99,4 Mio. €. Daraus ergab sich eine Eigenkapitalquote von 31,8 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich diese um 1,6 Prozentpunkte.

5. Nachtragsbericht

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2013 ereigneten sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen Nachtragsbericht für die EVH GmbH notwendig machen.

6. Tätigkeiten

Gegenstand des Unternehmens sind die Erzeugung, der Einkauf sowie der Vertrieb von Elektrizität, Gas und Wärme, insbesondere im Stadtgebiet Halle, aber auch außerhalb. Weiterhin zählen die Erbringung kaufmännischer und technischer Dienstleistungen, sowie die Verpachtung von Assets zu den Tätigkeiten des Unternehmens.

Gemäß § 6b Abs. 3 EnWG wurde jeweils für die Tätigkeiten Elektrizitätsverteilung (Verpachtung Stromnetz) sowie Gasverteilung (Verpachtung Gasnetz) ein Tätigkeitsabschluss erstellt.

7. Risikomanagement

Die EVH GmbH betreibt ein kontinuierliches Chancen- und Risikomanagement, um dem sich fortwährend ändernden Umfeld zu entsprechen und den wachsenden gesetzlichen Anforderungen gerecht zu werden. Deshalb führt die EVH GmbH jährlich eine Risikoinventur durch, auf deren Grundlage die Anpassung der Inhalte des monatlichen Reports erfolgt. In die Früherkennung werden alle Unternehmensbereiche einbezogen.

Die Beschaffungsmärkte sind großen Preisschwankungen ausgesetzt. Auf Grund dessen ist die Absicherung von Marktpreisrisiken von großer Bedeutung. Das Unternehmen tätigte Festpreisein- und -verkäufe, welche die Risiken schwankender Marktpreise und deren Auswirkung auf die Deckungsbeitragsentwicklung der Strom- und Wärmeproduktion minimieren.

Dem Risiko mangelnder Bonität von Geschäftspartnern im Stromhandel wirkt das Unternehmen mit direkten und indirekten Maßnahmen entgegen. Es legt jährlich neue Limits fest, in deren Grenzen Geschäfte mit Geschäftspartnern getätigt werden können. Die Definition der Maximalwerte erfolgt mit Hilfe von Bonitätsbewertungen für die einzelnen Vertragspartner. Diese Limits werden jährlich im Rahmen des Wirtschaftsplanes festgelegt.

Die EVH GmbH behält die Beschaffungsstrategie für den Kommunalgasbezug bei. Es erfolgte eine Streuung der Preis- und Mengenrisiken durch die Aufteilung der Gesamtbeschaffung auf mehrere Lieferanten. Risiken bestehen hier auch in den Mindestabnahmeverpflichtungen für Kommunal- und Kraftwerksgas z. B. bei milder Witterung.

Aufgrund der dargestellten Marktpreissituation besteht das Risiko verminderter Deckungsbeiträge aus der Vermarktung der Stromerzeugung des Heizkraftwerkes Dieselstraße.

Seitens der Geschäftsführung wurden Verhandlungen mit dem Gaslieferanten geführt, um die Gasbezugskonditionen und somit die Wirtschaftlichkeit im Geschäftsfeld Stromerzeugung zu verbessern. Darüber hinaus arbeitet die EVH an verschiedenen Projekten zur Optimierung der Beschaffungs- und Vermarktungsstrategie im Erzeugungsportfolio.

Die Marktpreise für den Strom wirken neben der Erzeugung auch auf das Endkundengeschäft. Die Bezugskostenentwicklung wird auch hier grundsätzlich an die Endkunden weitergegeben. Bei steigenden Preisen kann es auf Grund der jeweiligen Marktsituation und des zeitlichen Versatzes für die EVH ebenso zu Margen- und Kundenverlusten kommen.

Die Diskussion der Politik und der Bundesnetzagentur über die Neureglung der Preisgestaltung für die Entgelte aus vermiedener Netznutzung bleibt bestehen. Ab dem Jahr 2015 besteht für die EVH GmbH für die GuD-Anlage Dieselstraße ein Risiko aus der Entgeltverminderung (sogenanntes Poolingverbot).

Ausweislich verschiedener höchstrichterlicher Urteile, sind Preisänderungsklauseln in Fernwärmeversorgungsverträgen unter bestimmten Umständen unwirksam. Von den halleschen Wohnungsunternehmen wurden unter Bezugnahme auf diese Rechtsprechung Rückforderungsansprüche für den Lieferzeitraum 2008 - 2010 angezeigt. Zur Klärung der streitigen Frage, ob die von der EVH GmbH verwendeten Preisänderungsklauseln in Fernwärmeversorgungsverträgen wirksam sind, wurden durch die Wohnungsunternehmen Schiedsverfahren angekündigt. Der Sachverhalt wurde im Rahmen einer umfassenden Risikobewertung im Jahresabschluss berücksichtigt. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die Fernwärmelieferverträge rechtssicher sind.

In einem EuGH-Urteil vom 21. März 2013 wurde auch die mögliche Unwirksamkeit von Preisanpassungen für Gas- und Stromlieferungen basierend auf Normsonderkundenverträgen rückwirkend ab 01. Januar 2009 festgestellt. In den Vorinstanzen hatten sowohl das Landgericht wie auch das Oberlandesgericht der Musterklage der Verbraucherzentrale NRW Recht gegeben. Auch das Urteil des BGH vom 31. Juli 2013 bestätigte diese Auffassung. Das aus der Anpassung der Kundenverträge mit möglicherweise unwirksamer Klausel resultierende Risiko war ebenfalls Bestandteil einer umfassenden Chancen- und Risikobewertung zum Jahresabschluss. Die Gesellschaft rechnet derzeit mit einer geringen Wahrscheinlichkeit für Inanspruchnahmen.

Im Namen von Bau- und Wohnungsgenossenschaften in Halle hat die Treuhandgesellschaft für Leitungsrechte mbH (TGL) sich auf ein Urteil des OLG Rostock vom 16. Dezember 2011 berufend behauptet, in Gebäuden seien Dienstbarkeiten für Elektrizitäts- und Gasversorgungsanlagen entstanden. Die EVH GmbH besitzt eine andere Rechtsauffassung und hat die Auffassung der TGL zurück gewiesen. Das Risiko möglicher Ausgleichszahlungen an Grundstückseigentümer war ebenfalls Bestandteil der umfassenden Chancen- und Risikobewertung zum Jahresabschluss.

8. Prognosebericht

Die demographischen Rahmenbedingungen (weiterer prognostizierter Bevölkerungsrückgang) in Verbindung mit einem noch sparsameren Verbrauchsverhalten und weiter zunehmendem Wettbewerb führen zu rückläufigen Absatzmengen für Strom, Erdgas und Fernwärme im Netzgebiet der EVH GmbH.

Das EEG soll grundlegend erneuert werden. Am 22. Januar 2014 beschloss das Kabinett in Meseberg die vom Energieministerium vorgelegten Eckpunkte zur EEG-Reform 2014. Angestrebt sind eine Senkung der Einspeisevergütung für Strom aus Wind, Sonne und Biomasse von rund 17 Cent je kWh auf 12 Cent je kWh sowie der Ausbau des Ökostromanteils bis 2035 auf 60 Prozent. Das neue EEG soll zum 01. August 2014 in Kraft treten.

Das EU-Emissionshandelssystem soll reformiert werden. Damit ist der Weg zum Backloading von 900 Millionen CO₂-Zertifikaten im EU-Emissionshandel frei. Die Zertifikate sollten ursprünglich 2014 bis 2016 auf den Markt kommen. Der Beschluss der Vertreter der EU-Staaten vom 08. Januar 2014 sieht die Versteigerung erst für die Jahre 2019 und 2020 vor.

Im Rahmen des von der Bundesregierung beschlossenen Energie- und Klimaschutzprogramms plant das Unternehmen mittelfristig den Ausbau seiner regenerativen Erzeugungskapazitäten, um seiner klimapolitischen Verantwortung nachzukommen. Ziel ist es, im Zusammenhang mit dem Ausbau des Geschäftsfeldes „Kundennahe Energiedienstleistungen“, alternative Technik (BHKW, Nahwärmanlagen, Kältepumpen) auch in komplexer Kombination mit konventioneller Technik anzubieten. Die damit verbundene Beratung zur effizienten Energieversorgung und deren technische Umsetzung soll langfristige Akzeptanz, Kundenzufriedenheit und -bindung schaffen.

Weiterhin sollen Investitionen in Finanzanlagen u.a. für den Erwerb von weiteren Anteilen an der Beteiligungsgesellschaft Trianel Onshore-Windkraftwerke GmbH & Co. KG getätigt werden.

In den Folgejahren wird es bei den Netzen weitere Investitionen geben, um die Versorgungssicherheit jederzeit zu gewährleisten. Schwerpunkte bilden Ersatz- und Erweiterungsmaßnahmen im Strom-, Gas- und Wärmenetz.

Die EVH GmbH will ihre Akquisitionen innerhalb und außerhalb von Halle verstärken. Auf Grund dessen sind erhöhte Investitionen in den Bau von Gaskesselanlagen sowie die Errichtung von Hausanschlussstationen geplant.

Die Geschäftsführung erwartet für das Geschäftsjahr 2014 ein Ergebnis vor Steuern und Ergebnisabführung von 13,5 Mio. €.

Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH	12,5	50,00
Stadtwerke Halle GmbH	12,5	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erwerb, Halten und Veräußerung von Beteiligungen an Unternehmen der Wasserwirtschaft in Sachsen-Anhalt und angrenzenden Gebieten, Verwaltung, Koordination und Kontrolle dieser Beteiligungen, Erbringung von Dienstleistungen für diese Beteiligungsgesellschaften sowie jeglicher Tätigkeit, die dem vorgenannten Zwecke mittelbar oder unmittelbar zu dienen geeignet ist. Belieferung von Kommunen, Wasserversorgungsgesellschaften sowie von gewerblichen und privaten Endverbrauchern im Land Sachsen-Anhalt sowie in angrenzenden Gebieten mit Roh- und Trinkwasser. Errichtung, Betrieb Verwaltung und Unterhaltung von fernwassertypischen Anlagen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Die Wasserversorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Lauda, Winfried
Störzner, Uwe

c) Beteiligungen

unmittelbar

GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH

T€ %

0 50,00

GbR MIDEWA Mitteldeutsche Wasser und Abwasser GmbH i. L. /

0 82,72

Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH

(Auskehranspruch der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH)

mittelbar

T€ %

Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH

58.500 45,77

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen

Umlaufvermögen

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
0	0	0	0	0	0	0	
84	100	129	100	142	100	-45	-35

Bilanzsumme

84	100	129	100	142	100	-45	-35
----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Passiva

Eigenkapital

Rückstellungen

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
74	89	120	93	133	94	-46	-38
10	11	9	7	9	6	1	11

Bilanzsumme

84	100	129	100	142	100	-45	-35
----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

bb) GuV

sonstige betriebliche Aufwendungen

sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2013	2012	2011
T€	T€	T€
45	14	40
0	1	1
-45	-13	-39
0	0	0
-45	-13	-39
-45	-13	-39

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	-37,79	-9,78	-22,91	%
Cash-Flow:	-45	-13	-39	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	88,62	92,61	93,51	%
Fremdkapitalquote:	11,38	7,39	6,49	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Rohwasserlieferung gesamt	0,00	0,00	0,00	m³

e) Lagebericht

Entwicklung

Unternehmensgegenstand der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH (FSA) sind u. a. Erwerb, Halten und Veräußerung von Beteiligungen an Unternehmen der Wasserwirtschaft, die Verwaltung, Koordination und Kontrolle dieser Beteiligungen, die Erbringung von Dienstleistungen für diese Beteiligungsgesellschaften sowie jegliche Tätigkeit, die dem vorgenannten Zwecke mittelbar oder unmittelbar zu dienen geeignet ist. Sitz der Gesellschaft ist Halle (Saale).

Gesellschafter der FSA sind zu je 50 % die MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH und die Stadtwerke Halle GmbH.

Geschäftsführer der Gesellschaft sind Herr Uwe Störzner und Herr Dr. Winfried Lauda.

Die FSA hält über eine „Große GbR“, die zwischen der FSA und der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH (KWL) besteht, eine Beteiligung an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH (FWV) mit Sitz in Torgau in Höhe von 25,5 %, sowie über eine „Kleine GbR“ zwischen der Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH (TWM) an der FWV von 20,2664 %. Die Auflösung der „Kleinen GbR“ wurde eingeleitet; sie wird aber nicht weiter vollzogen.

Wirtschaftliche Situation und Betätigung

Der Jahresabschluss weist einen Fehlbetrag in Höhe von TEUR 45,2 aus.

Die Gesellschaft verfügte im Berichtsjahr über eine ausreichende Liquidität. Investitionen wurden im Geschäftsjahr nicht getätigt. Die Gesellschaft hat kein Personal. Für die Ausübung der Geschäftsführertätigkeit erhalten die Geschäftsführer von der Gesellschaft keine Vergütung.

Der Jahresfehlbetrag 2013 soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Da die Geschäftstätigkeit der FSA seit Ende 2007 ausschließlich im Halten der mittelbaren Beteiligung an der FWV besteht und das Halten von Beteiligungen keine unternehmerische Tätigkeit im Sinne des § 2 UStG darstellt, ist die FSA seit 2008 nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt.

Beteiligungen

An der „Großen GbR“ die über einen Geschäftsanteil von 51 % an der FWV verfügt, sind die FSA und die KWL je zur Hälfte beteiligt. Die „Kleine GbR“ hält einen Geschäftsanteil von 24,9 %. An der FWV. Gemessen an der Höhe des Auskehrungsanspruchs steht der FSA über „Kleine GbR“ eine weitere Beteiligung von 20,2664 % an der FWV zu.

Die indirekten Gesellschafteraufgaben gegenüber der FWV wurden für das Geschäftsjahr mit der KWL in mehreren GbR-Sitzungen, in drei Aufsichtsratssitzungen der FWV am 23. April 2013, 22. August 2013 und am 28. November 2013 und einer Gesellschafterversammlung am 23. April 2013 wahrgenommen.

Die Aufgaben und Pflichten der FSA werden in der „Großen GbR“ von den Geschäftsführern der FSA, Herrn Uwe Störzner und Herrn Dr. Winfried Lauda, wahrgenommen. Im Aufsichtsrat der FWV wirken seitens der FSA Herr Uwe Störzner als stellvertretender Vorsitzender, Herr Matthias Lux, Herr Wilfried Klose bis 23. April 2013 und ab 23. April 2013 Herr Jörg Schulze mit.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 20. Januar 2005 sind die gesamten Anteile der FWV zu kommunalisieren und den Gemeinden unentgeltlich zuzuordnen. Ein Vollzug dieser Entscheidung führt zu einem vollständigen oder teilweisen entschädigungslosen Verlust von Anteilen „Große GbR“ und „Kleine GbR“ an der FWV.

Am 30. Juli 2010 erließ das BADV einen Quotierungsbescheid, in dem festgelegt wird, in welchem Umfang jeweils eine Gemeinde im Fall der Kommunalisierung Anteile an der FWV erhalten soll. Eine Zuordnung der Geschäftsanteile an der FWV an die Gemeinden ist bislang nicht erfolgt, weil die Bestandskraft des Quotierungsbescheids durch die Klagen der FSA, die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) sowie mehrere Gemeinden zur Aufhebung des Quotierungsbescheides bei dem Verwaltungsgericht Berlin (u. a. AZ.: 27 K 295/10) nicht eintreten konnte.

Das Verwaltungsgericht Berlin hat auf die gemeinsame mündliche Verhandlung vom 23. Januar 2014 hin in den Verfahren der FSA ./ Bundesrepublik Deutschland und BvS ./ Bundesrepublik Deutschland die Klagen als unzulässig abgewiesen und die Revision nicht zugelassen. In der Urteilsbegründung führt das Gericht aus, dass mit dem Quotierungsbescheid nur festgestellt worden sei, in welchem Umfang die Gemeinden am 3. Oktober 1990 an der FWV zu beteiligen gewesen wären. Mit dieser Feststellung werde aber nicht in die Rechte der FSA eingegriffen. Das Gericht stellt ausdrücklich fest, die Quotierungsentscheidung stelle keine abschließende Sachentscheidung - d.h. keine Zuordnungsentscheidung - über die von Gemeinden aus Sachsen und Sachsen-Anhalt gestellten Anträge dar und sei insbesondere auch keine Vorabentscheidung über kommunale Zuordnungsberechtigungen.

Wie das BADV mit den weiteren Klagen der Gemeinden zur Aufhebung des Quotierungsbescheids umgehen wird, in welchem zeitlichen Rahmen diese Verfahren beendet werden und wann und mit welchem Inhalt später Zuordnungsbescheide ergehen werden, lässt sich nach wie vor nicht einschätzen. Der aktuelle Verfahrensstand führt nicht zu neuen Erkenntnissen mit Folgen für die Bilanzierung der Beteiligungen der Gesellschaft.

Ausblick

Die Aufgabe der FSA bis zu einer Neuordnung der Geschäftsanteile an der FWV ist es, die Beteiligungen zu halten und über die „GbR“ Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung der FWV zu nehmen. Besondere Beachtung gilt der konstruktiven Begleitung und Umsetzung des Fernwasserentwicklungskonzeptes und des Unternehmensoptimierungsprojektes „Zukunft Fernwasser“. Die MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH und die Stadtwerke Halle GmbH als Gesellschafter der FSA schließen nicht aus, sich auch zukünftig mit einer den Rahmenbedingungen angepassten Organisationsstruktur mit einer Beteiligung an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH zu engagieren. Eine konkrete Umsetzung bzw. eine geplante Bündelung von Geschäftsanteilen kann erst nach der Neuordnung der Geschäftsanteile an die einzelnen anspruchsberechtigten Gemeinden durch das zuständige Bundesamt erfolgen.

Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Naundorfer Straße 46
04860 Torgau

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 127.823

Gesellschafter:	T€	%
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH	65.190	51,00
GbR MIDEWA Mitteldeutsche Wasser und Abwasser GmbH i. L. / Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH	31.317	24,50
Stadt Leipzig	31.317	24,50

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gewinnung und qualitätsgerechte Aufbereitung von Rohwasser zu Trinkwasser aus Grund- und Oberflächenwasser und die Überleitung des gewonnenen Trinkwassers mittels Fernleitung in Versorgungsgebiete.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Die Wasserversorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Kaufmännische Geschäftsführung: Wollenberg, Jan

Technische Geschäftsführung: Dr. Michalik, Peter

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Müller, Volkmar	
stellv. Vorsitzender	Störzner, Uwe	
	Dallhammer, Wolf-Dieter	
	Dr. Meyer, Ulrich	
	Henning, Burkhard	
	Kirst, Gerald	
	Klose, Wilfried	(bis 23.04.2013)
	Lux, Matthias	
	Müller, Andreas	(seit 23.04.2013)

Aufsichtsrat:

Müller, Annerose

Schlicke, Friedhelm

Schulze, Jörg

Wenzel, Christian

(seit 23.04.2013)

Aufsichtsrat

31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
T€	T€	T€
28	28	31

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen

Umlaufvermögen

Rechnungsabgrenzungsposten

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
136.942	94	134.124	91	133.462	95	2.818	2
8.837	6	13.327	9	6.746	5	-4.490	-34
83	0	79	0	74	0	4	5

Bilanzsumme

145.862	100	147.530	100	140.282	100	-1.668	-1
---------	-----	---------	-----	---------	-----	--------	----

Passiva

Eigenkapital

Sonderposten für Investitionszulagen

Empfangene Ertragszuschüsse

Rückstellungen

Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
110.838	76	109.673	74	108.003	77	1.165	1
167	0	206	0	244	0	-39	-19
352	0	290	0	305	0	62	21
9.357	7	9.339	7	6.791	5	18	0
25.148	17	28.022	19	24.939	18	-2.874	-10

Bilanzsumme

145.862	100	147.530	100	140.282	100	-1.668	-1
---------	-----	---------	-----	---------	-----	--------	----

bb) GuV

	2013	2012	2011
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	38.936	41.981	36.845
andere aktivierte Eigenleistungen	2.140	2.161	2.746
sonstige betriebliche Erträge	1.208	1.114	1.271
Materialaufwand	13.039	15.623	13.094
Personalaufwand	12.589	12.479	12.204
Abschreibungen	9.384	9.294	8.921
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.216	5.381	3.359
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	24	152	156
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	776	821	868
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.304	1.810	2.572
sonstige Steuern	139	140	135
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.165	1.670	2.437
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.165	1.670	2.437

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,99	3,98	6,62	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,06	1,55	2,31	%
Cash-Flow:	10.549	10.964	11.358	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	190	203	182	T€
Personalaufwandsquote:	29,77	27,57	29,87	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,78	89,16	94,09	%
Eigenkapitalquote:	75,99	74,34	76,99	%
Fremdkapitalquote:	24,01	25,66	23,01	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Fassungsvermögen Speicherbehälter	203.500,00	173.500,00	173.500,00	m³
Fernleitungsnetz	762,00	716,00	713,00	km
Trinkwasserverkauf	73,30	75,40	76,63	Mio. m³

e) Lagebericht

1. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell

Im Gesellschaftsvertrag der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH ist in § 4 der Gegenstand des Unternehmens beschrieben. Dort heißt es: „Gegenstand des Unternehmens ist die Gewinnung und qualitätsgerechte Aufbereitung von Rohwasser zu Trinkwasser aus Grund- und Oberflächenwasser und die Überleitung des gewonnenen Trinkwassers mittels Fernleitungen. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu betreiben, die mit der Fernwasserversorgung unmittelbar oder mittelbar zusammenhängen und die der Förderung des vorgenannten Gegenstandes dienen. Belange des Umweltschutzes sind zu berücksichtigen.“

In diesem Sinne beliefert das Unternehmen auf privatrechtlicher Basis mittels langfristiger Wasserlieferverträge lokale Wasserversorger wie Zweckverbände, Wasserversorgungsunternehmen und Stadtwerke im mitteldeutschen Raum mit Trinkwasser.

Mittelbar erhalten ca. 2 Mio. Einwohner Sachsens, Sachsen-Anhalts und Nordthüringens Trinkwasser unseres Unternehmens. Darüber hinaus werden, historisch bedingt, wichtige Industrieunternehmen direkt mit Wasser beliefert. Zur Erfüllung dieser Aufgabe betreibt das Unternehmen derzeit drei Wasserwerke an den Standorten Wienrode, Torgau-Ost und Mockritz. Ein viertes Wasserwerk in Sachau ist zurzeit in Reserve gestellt. Die Verteilung des Trinkwassers bis zu den Kunden erfolgt über ein 762 km umfassendes Fernleitungssystem bestehend aus großkalibrigen Rohrleitungen mit Durchmessern zwischen DN 400 und DN 1000, Hochbehältern mit einem Fassungsvermögen von insgesamt 203,5 Tm³, Pumpwerken und einer Vielzahl von Streckenbauwerken.

Die damit verbundenen Leistungen werden mit eigenem, gut qualifiziertem und motiviertem Personal über alle Stufen des Wasserversorgungsprozesses erbracht.

Das Know-how der Mitarbeiter wird darüber hinaus anderen Aufgabenträgern der Wasserversorgung in Form von Dienstleistungsverträgen angeboten. Diese umfassen z. B. Spezialleistungen der Netzinstandhaltung oder Fragen der Qualitätsüberwachung und -sicherung durch unser zertifiziertes Labor.

Im Zusammenhang mit Untersuchungen zur Prozessoptimierung wurden in jüngerer Vergangenheit auch die Potentiale der Erzeugung regenerativen Stroms ermittelt und mehrere Projekte realisiert. Diese betreffen die Ausnutzung des energetischen Potentials der Wasserkraft in der Trinkwasserableitung des Ostharz-Systems und die Installation von Photovoltaik-Anlagen auf großen Dachflächen des Unternehmens. Der so erzeugte Strom wird unter Anwendung des EEG in das Netz der Energieversorgungsunternehmen eingespeist und von diesen vergütet.

Ziele und Strategien

Die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH hat sich ein Unternehmensleitbild gegeben, in welchem sowohl das Leitbild als auch die Handlungsleitlinien zur Erreichung dieses formuliert wurden. Auf das Leitbild sind mithin die Ziele der Geschäftspolitik ausgerichtet. Es lautet: „Wir wollen der führende Wasserbereitsteller in Mitteldeutschland sein. Mit einem Höchstmaß an Versorgungssicherheit und hervorragender Trinkwasserqualität sichern wir einen nachhaltigen Mehrwert für unsere Kunden. Unserer Verantwortung für Menschen und Natur in Mitteldeutschland fühlen wir uns verpflichtet.“

Zur Erfüllung dieses Anspruches ist es zwingend erforderlich die Rahmenbedingungen der unternehmerischen Tätigkeit und ihre Entwicklung kontinuierlich zu analysieren und wichtige Schlussfolgerungen für die Anpassung und Weiterentwicklung des Unternehmens abzuleiten. Diese betreffen die Optimierung des Fernwasserversorgungssystems, der Geschäftsprozesse und Unternehmensorganisation, sowohl nach Kriterien der Wirtschaftlichkeit als auch der Versorgungssicherheit (Menge, Druck, Qualität). Von herausragender Bedeutung sind die Einflussfaktoren, die auf die Höhe des Wasserverbrauchs im Versorgungsgebiet des Unternehmens wirken. Zu nennen ist diesbezüglich an erster Stelle die demographische Entwicklung. Dieser bereits seit Jahren zu verzeichnende Prozess mit Auswirkungen auf die Bevölkerungsanzahl, die Bevölkerungsstruktur und das Verbrauchsverhalten hat direkten Einfluss auf die Höhe der nachgefragten Wassermenge.

Weitere wichtige Aspekte sind die Veränderungen in der Struktur der Industrie- und Gewerbebetriebe sowie des Dienstleistungssektors. Hinzu kommen zu beachtende unternehmerische Entscheidungen unserer Kunden zur Form der Deckung ihres Wasserbedarfes (Eigenförderung vs. Fremdbezug).

Von Bedeutung sind ferner mögliche Auswirkungen des Klimawandels auf die Verfügbarkeit der Rohwasserressourcen bzw. die größer werdende Spreizung zwischen minimaler, mittlerer und maximaler Bedarfsanforderungen sowie steigende Qualitätsanforderungen an das Trinkwasser, bedingt durch neue wissenschaftliche Erkenntnisse aus Forschungsergebnissen unter Nutzung neuer analytischer Nachweismethoden.

Nicht zuletzt ist auf die Auswirkungen gesetzlicher Regelungen der verschiedenen Ebenen (EU, Bund, Länder) zu verweisen, die die wirtschaftliche Tätigkeit beeinflussen (z. B. Energiegesetzgebung oder WEE-Verordnung des Landes Sachsen-Anhalt).

Die daraus bisher abgeleiteten Schlussfolgerungen waren darauf gerichtet, die Wasserwerkskapazitäten an den Bedarf anzupassen und den verbleibenden Bestand optimiert zu betreiben. Die damit verbundene Systemoptimierung wurde Ende 2011 umgesetzt. Nachfolgend gilt das Augenmerk der Beurteilung der Netz- und Verteilungsanlagen, um diese in Zukunft unter der Maßgabe der Gewährleistung einer hohen Versorgungssicherheit nach quantitativen und qualitativen Gesichtspunkten wirtschaftlich zu betreiben.

Neben der oben bereits genannten ständigen Fortentwicklung der Unternehmensprozesse gilt ein Hauptaugenmerk der Kundenarbeit zur Sicherung stabiler Vertragsverhältnisse als Grundlage langfristig planbarer Wasserlieferungsmengen und damit Umsätze aus dem Kerngeschäft des Unternehmens.

Forschung/ Entwicklung

Als großes Wasserversorgungsunternehmen mit einer Expertise in allen Stufen des Versorgungsprozesses ist die FWV ein häufig und regelmäßig gefragter Ansprechpartner für den praktischen Teil von Forschungsprojekten. Dieses Interesse an einer Zusammenarbeit wird dadurch gesteigert, dass mit der Nutzung der unterschiedlichen Rohwasserquellen (Oberflächenwasser aus Talsperren im Ostharz sowie Grundwasser bzw. Uferfiltrat in der Elbaue) ein breites Spektrum von Fragestellungen abgedeckt werden kann. Kooperationspartner sind in der Regel Hochschulen im mitteldeutschen Raum, das Technologiezentrum Wasser in Karlsruhe und seiner Außenstelle in Dresden und das Helmholtz-Institut für Umweltforschung GmbH – UFZ.

Ein Schwerpunkt der Forschung waren in der Vergangenheit u. a. Untersuchungen zur Uferfiltration in den Elbaue-Wasserwerken. Dabei standen die Wirkungsmechanismen des Untergrundes bzgl. des Abbauverhaltens verschiedener Inhaltsstoffe häufig im Mittelpunkt. In Verbindung mit diesen Projekten wurden technische Möglichkeiten, wie eine Referenzpegel-Strecke oder geohydraulische Modelle, geschaffen, die auch künftig bei der Beurteilung neuer Substanzen (z. B. organische Spurenstoffe oder Arzneimittelrückstände) von Interesse sind.

Mit der Zielstellung, die sehr gute Rohwasserqualität der Ostharztalsperren als Grundlage für eine naturnahe und wirtschaftliche Trinkwasseraufbereitung im Wasserwerk Wienrode langfristig zu sichern, beteiligt sich das Unternehmen derzeit aktiv an einem Verbundforschungsprojekt „TALKO“. TALKO steht für „Belastung von Trinkwassertalsperren durch gelösten organischen Kohlenstoff – Prognose, Vorsorge, Handlungsoptionen“. Hintergrund für dieses Projekt ist ein deutschland- und europaweit festzustellender Trend des Anstiegs der DOC-Werte (gelöster organischer Kohlenstoff) in Oberflächengewässern, speziell Talsperren. Die Ursachenerforschung und Ableitung von Handlungsoptionen diesen entgegenzuwirken ist ebenso Gegenstand der Forschung, wie die Beherrschung von Qualitätsschwankungen in Aufbereitungsprozessen des Wasserwerkes.

Darüber hinaus arbeiten Mitarbeiter des Unternehmens aktiv in Fachgremien der technischen Branchenverbände (DVGW, ATT) mit.

Zu nennen ist weiterhin die auf Initiative unseres Unternehmens gebildete Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke im Elbeinzugsgebiet, deren Arbeit durch die FWV koordiniert wird. Im Mittelpunkt steht hier die Überwachung und Bewertung der Wasserqualität der Elbe und ihrer Nebenflüsse aus Sicht der Aufbereitung des Uferfiltrats für Trinkwasser einschließlich der Ableitung entsprechender Schlussfolgerungen für notwendige qualitätsverbessernde Maßnahmen an den Einleitquellen. Diesbezüglich erfolgt eine Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen der Umweltverwaltung und speziell der Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe (IKSE) mit Sitz in Magdeburg.

2. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen waren in 2013 insgesamt positiv zu bewerten. Deutschland erlebte trotz der nicht überwundenen Wirtschafts- und Eurokrise im europäischen Raum ein weiteres Jahr guter konjunktureller Entwicklung mit entsprechenden Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Grundsätzlich trifft diese Einschätzung auch auf den mitteldeutschen Raum zu, wobei für diesen eine differenzierte Betrachtung anzulegen ist. Hier ist eine weitere Verschärfung der kritischen Situation in der Solarindustrie als maßgeblicher Fakt festzuhalten. Diese ist für die wirtschaftliche Tätigkeit unseres Unternehmens bedeutungsvoll, weil dieser Wirtschaftszweig vergleichsweise hohe Wasserverbräuche zu verzeichnen hatte. Die Auswirkungen sind dabei größer als der erste Blick auf die rückläufige Fertigung von Solarmodulen erwarten lässt, da auch Zulieferbetriebe, zum Teil anderer Industriezweige, und der Dienstleistungssektor im starken Maße betroffen sind. An erster Stelle ist der Standort Bitterfeld-Wolfen-Thalheim zu nennen, wo große Fertigungskapazitäten wegfielen oder einer Restrukturierung unterzogen werden. Aber auch kleinere Betriebe wie AVANCIS in Torgau, mit denen ein direktes Wasserlieferverhältnis besteht, stellten die Modulfertigung in 2013 ein.

Auf die unmittelbaren Auswirkungen in Form rückläufiger Wasserlieferungsmengen wird weiter unten im Detail eingegangen. Bei Betrachtung der branchenbezogenen Rahmenbedingungen ist zunächst auf die Aktivitäten der EU-Kommission zu verweisen. Die Verabschiedung der EU-Konzessionsrichtlinie war ein Thema von grundsätzlicher Bedeutung auch für die Wasserpolitik in der BRD. Mit dem abschließenden Votum des Europäischen Parlamentes im Januar 2014 fand dieser Prozess ein vorläufiges Ende, bei dem die Wasserversorgung aus dem Geltungsbereich der Konzessionsrichtlinie herausgenommen wurde. Die Fortführung der bewährten kommunalen Strukturen in der deutschen Wasserversorgung ist danach uneingeschränkt auch in Zukunft gewährleistet.

Seitens der bundesdeutschen Gesetzgebung ist insbesondere auf die Grundwasserverordnung und die Oberflächengewässer-Verordnung zu verweisen. In letzterer spiegelt sich auch die seitens der EU im Rahmen der Fortschreibung der Wasserrahmenrichtlinie weiter entwickelte Liste der zu überwachenden prioritären Stoffe wieder. Diesbezüglich vertreten die Unternehmen der Wasserbranche mit ihrem Dachverband dem BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. klar die Forderung an die Politik nach konsequenter Durchsetzung des Verursacherprinzips, um aufwendige technische Lösungen bei der Trinkwasseraufbereitung im Sinne einer „end of the pipe“-Technik zu vermeiden. Die gleiche Stoßrichtung verfolgt die Forderung an die Politik den Nationalen Pestizid-Aktionsplan im Sinne des Ressourcenschutzes deutlich nachzubessern, denn zu konstatieren ist seit Jahrzehnten ein ansteigender Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft.

Die Wasserbranche war auch im abgelaufenen Jahr in intensive Gespräche mit der Politik eingebunden, um das Benchmarking-System als freiwillige Leistung der Unternehmen zur Erhöhung der Transparenz weiter zu entwickeln. Konkret geht es um die Verabschiedung eines einheitlichen Sets von Kernkennzahlen, bei welchen auch die Umweltdienstleistungen der Unternehmen Berücksichtigung finden sollen. In entsprechenden Projektgruppen sind auch Mitarbeiter unseres Hauses eingebunden, wobei die eigenen Erfahrungen aus der wiederholten Teilnahme an Benchmarking-Projekten einfließen.

Abschließend sei auf die Aktivitäten der Bundesregierung zur laufenden Novellierung der Energiewirtschaftsgesetzgebung bzw. begleitender Verordnungen hingewiesen, die auch für die wirtschaftliche Tätigkeit unseres Unternehmens von großer Bedeutung sind. Diese finden ihren Niederschlag in internen Festlegungen zum Betrieb der Wasserwerke und mündeten in Aktivitäten zur Einführung und Zertifizierung eines Energiemanagementsystems nach DIN EN ISO 50001.

Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2013 kann durch die auf die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH wirkenden äußeren Rahmenbedingungen als schwieriges Jahr bezeichnet werden. Zu Beginn des Jahres konnten durch den lang anhaltenden Winter, bis auf den Monat Januar, die geplanten Trinkwasserabsätze nicht erreicht werden und der vorgesehene Arbeitsrhythmus zur Abarbeitung der geplanten Instandhaltungs- und Investitionsmaßnahmen verzögerte sich.

Im Monat April ereigneten sich innerhalb weniger Tage vier Großrohrbrüche auf einem einsträngigen Rohrleitungsabschnitt zwischen Bernburg und Halle. Durch veränderte Fahrweisen im Verbundsystem konnte die Wasserlieferung an alle Kunden aufrechterhalten werden. Durch eigenes Personal und gebundene Dienstleister gelang es innerhalb kürzester Zeit, die Schäden zu beheben und das Versorgungssystem auf den Normalzustand wieder umzustellen.

Im Monat Juni war auch unser Unternehmen vom Hochwasser der Elbe, Saale und Weißen Elster betroffen. Durch die tatkräftige Hilfe aller Mitarbeiter und einer sehr guten Abstimmung mit den örtlichen Krisenstäben ist es gelungen, das Unternehmen mit seinen Anlagen zu schützen und ihren weitgehend störungsfreien Betrieb zu erhalten. Nicht zuletzt waren hier die Erfahrungen aus dem Jahr 2002 von sehr großem Vorteil. Darüber hinaus konnten einige Kunden in Sachsen und Sachsen-Anhalt, deren Eigenversorgungsanlagen teilweise ausgefallen waren, durch zusätzliche Wasserlieferungen unterstützt und deren Trinkwasserversorgung aufrechterhalten werden.

In den Monaten Juni bis August wurden die geplanten Trinkwasserabsätze erreicht bzw. übertroffen. In den restlichen Monaten bis zum Ende des Jahres lagen die Absätze wieder unterhalb der Planung. Die im Jahressaldo verkaufte Trinkwassermenge von 73,3 Mio. m³ lag somit 456 Tm³ unter den Erwartungen für das Geschäftsjahr und 2,1 Mio. m³ unter dem Vorjahresabsatz. Ursächlich hierfür ist die weitere Wirkung demographischer Prozesse in Mitteldeutschland und die stark zurückhaltenden Abnahmen einiger direkt und indirekt versorgter Industriebetriebe, wie z. B. im bereits oben erwähnten Bereich der Solarindustrie. Erste zusätzliche Mengen, gegenüber den bisherigen Planungen, konnten im Bereich Sangerhausen durch die im November begonnene Belieferung von Allstedt abgesetzt werden.

Die durchschnittliche Tagesproduktion lag bei 201,76 Tm³. Die maximale Tagesproduktion wurde am 23. Juli 2013 mit einem Wert von 258,46 Tm³ registriert. Daraus resultiert genau wie in den Vorjahren einen Spitzenfaktor von 1,3.

Sonstige Umsatzerlöse ergeben sich durch regenerativ erzeugten Strom, Dienstleistungen aus dem Bereich Labor und Bau- und Montageleistungen. Die ursprünglich für 2013 eingeplanten von Dritten veranlassten Umverlegungen an unseren Anlagen wurden aufgrund des Hochwassers fast komplett in das Jahr 2014 verschoben. Die über die installierten Turbinen und Photovoltaikanlagen erzeugten Strommengen des Jahres 2013 lagen mit 9,18 GWh leicht über dem geplanten Bereich.

Die Zunahme in den Dienstleistungserlösen ist auf zusätzliche Legionellenuntersuchungen für Externe im abgelaufenen Geschäftsjahr zurückzuführen, die gemäß der novellierten Trinkwasserverordnung für viele Gewerbetreibende und insbesondere größere Wohnungsunternehmen zwingend durchzuführen waren.

Die in den Vorjahren gesetzten konzeptionellen Schwerpunkte für die weitere Investitions- und Sanierungstätigkeiten in den Anlagen wurden weiter umgesetzt. Im Rahmen der Systemoptimierung wurde der bisherige geplante Ausbau der parallelen Ostharzleitung bei Bernburg fertiggestellt und mit der Sanierung eines Rohrleitungsabschnittes zwischen dem Hochbehälter Hohe Gieck und Wolfen/Bitterfeld begonnen. Zur weiteren Sicherung der hohen Trinkwasserqualität wurden die in den Vorjahren begonnene Sanierung der Hochbehälter im Verteilungssystem und Ertüchtigungen in den Wasserwerksstandorten weiter fortgesetzt. Darüber hinaus wurden von der MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH (Midewa) fernwassertypische Anlagen im Bereich der Südwestleitung bei Eisleben und Bitterfeld/Wolfen erworben. Die Nutzung der Anlagen, über die Kunden der FWV versorgt werden, war bisher über einen Nutzungsvertrag geregelt.

Trotz des leicht verschlechterten Trinkwasserabsatzes konnte das geplante Jahresergebnis von 1,12 Mio. € leicht übertroffen werden. Mit einem Ergebnis von 1,165 Mio. € nach Steuern wurde allerdings auch der Vorjahreswert von 2012 mit ca. 0,5 Mio. € unterschritten. Gründe hierfür sind insbesondere der weitere Absatzrückgang und die beschriebenen ungeplanten Ereignisse im Verlauf des Geschäftsjahres 2013. Das Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit im Jahr 2013 beläuft sich auf 1,3 Mio. €.

3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage

Die sich aus dem Trinkwasserabsatz ergebenden Umsatzerlöse in Höhe von 37,36 Mio. € befinden sich im geplanten Bereich und liegen mit ca. 260 T€ nur leicht unter dem Vorjahresniveau von 37,63 Mio. €. Darin enthalten sind bereits wie in den Vorjahren das Wasserentnahmeentgelt Sachsen-Anhalt und die Wasserentnahmeabgabe Sachsens.

Die in einer Gesamthöhe von 1,57 Mio. € erzielten sonstige Umsatzerlöse ergaben sich insbesondere aus der Stromerzeugung mit 1,34 Mio. €. Der starke Rückgang bei den sonstigen Umsatzerlösen in einer Höhe von 2,79 Mio. € resultiert ausschließlich aus dem Wegfall der von Dritten veranlassten Umverlegungen an unseren Anlagen und den damit einhergehenden Umsatzerlösen. Die damit direkt verbundenen Materialaufwendungen entstanden dadurch ebenfalls nicht. Die Gesamtumsatzerlöse für 2013 belaufen sich somit auf 38,94 Mio. € und liegen somit 3,05 Mio. € unter dem Vorjahresniveau.

Die aktivierbaren Eigenleistungen, die aus entsprechenden Eigenleistungen eigener Mitarbeiter innerhalb durchgeführter Investitionsmaßnahmen resultieren, liegen auf dem Vorjahresniveau und erreichen 2,14 Mio. €.

Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen leicht gegenüber dem Vorjahr (1,11 Mio. €) auf 1,21 Mio. € an. Wesentlichster Bestandteil ist die Stromsteuererstattung für energieintensive Gewerbebetriebe.

Die Gesamtleistung des Unternehmens liegt mit 42,28 Mio. € deutlich unter dem Vorjahresniveau (45,26 Mio. €) und ist im Wesentlichen auf den Wegfall besagter Umverlegungsmaßnahmen zurückzuführen.

Durch den Wegfall der Umverlegungen liegt ebenfalls der Materialaufwand in Höhe von 13,04 Mio. € deutlich unter dem Vorjahresniveau von 15,62 Mio. €. Wesentlichste Positionen sind der Bezug des Rohwassers vom Talsperrenbetrieb des Landes Sachsen-Anhalt und der Strombezug mit je 4,5 Mio. €. Insbesondere beim Strombezug kam es durch die Preisentwicklung, diese wiederum durch den Anstieg regulierter Umlagen, wie z. B. die EEG-Umlage, zu einer Kostensteigerung von 0,59 Mio. €. Die Aufwendungen für Aufbereitungschemikalien stiegen leicht durch inflationäre Effekte auf 0,54 Mio. € an (Vorjahr 0,53 Mio. €). Die sonstigen Materialaufwendungen ergeben sich im Wesentlichen aus Entsorgungskosten und Instandhaltungsmaßnahmen. Letzterem sind auch die Aufwendungen für die Reparatur der Großrohr- und Hochwasserschäden zuzuordnen.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich aufgrund tariflicher Entwicklungen gegenüber dem Vorjahr nochmals leicht um 0,11 Mio. € auf 12,59 Mio. €. Darin enthalten sind die in der Vergangenheit abgeschlossenen Altersteilzeitverträge und Pensionsverpflichtungen. Die Bewertung der Rückstellungen erfolgte auf Basis externer finanzmathematischer Gutachten.

Die Abschreibungen lagen aufgrund von Abwertungen von nicht mehr im aktuellen Zustand benötigten Anlagen mit 9,38 Mio. € leicht über dem Vorjahresniveau (9,29 Mio. €). Ebenso erhöhte sich das Abschreibungslevel leicht durch die in einer Höhe von 14,98 Mio. € getätigten Investitionen in diesem Geschäftsjahr.

Der sonstige betriebliche Aufwand lag mit 5,22 Mio. € leicht unter dem Vorjahresniveau von 5,38 Mio. €. Wesentlichste Positionen mit einem Gesamtumfang von 2,92 Mio. € sind das Wasserentnahmeentgelt Sachsen-Anhalt, die Wasserentnahmeabgabe Sachsen und diverse Durchleitungsentgelte.

Finanzlage

Die Liquidität des Unternehmens war jederzeit gesichert. Die Schwankungen der Finanzmärkte haben keinen unmittelbaren Einfluss auf die Gesellschaft. Durch das gute Rating der Gesellschaft sind Kreditmittel jederzeit verfügbar. Im Geschäftsjahr 2013 wurden keine Kreditmittel aufgenommen, es erfolgten lediglich Tilgungen innerhalb bestehender Kreditverbindlichkeiten. Aufgrund des derzeitigen günstigen Zinsniveaus erfolgte für zwei Kredite mit einem Volumen von 4 Mio. €, deren Zinsbindung in 2015 ausläuft, der Abschluss einer Anschlussfinanzierung. Die Zinserträge bewegen sich ebenfalls auf einem sehr niedrigen Niveau.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit verringerte sich gegenüber dem Vorjahr (12,86 Mio. €) deutlich auf 8,97 Mio. €. Dies resultiert im Wesentlichen daraus, dass im Geschäftsjahr 2012 erstmalig die Rückstellung für das Wasserentnahmeentgelt des Landes Sachsen-Anhalt in der Kapitalflussrechnung berücksichtigt wurde (2,22 Mio. €) und es zu einer Reduzierung des Jahresüberschusses gegenüber dem des Vorjahres von ca. 0,5 Mio. € kam.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit stieg gegenüber dem Vorjahr (9,99 Mio. €) deutlich auf 12,48 Mio. €. Hintergrund ist der Erwerb der fernwassertypischen Anlagen von Midewa zu Beginn des Geschäftsjahres. Insgesamt wurden 14,98 Mio. € in das bestehende Anlagevermögen investiert. Die Ablösung/Abrechnung des bis Ende 2012 bestehenden Nutzungsvertrages für fernwassertypische Anlagen der Midewa führte zu Auflösungen von Finanzanlagen in einer Höhe von 2,49 Mio. €.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit des Unternehmens in Höhe von 1,15 Mio. € ergibt sich im Wesentlichen aus der Tilgung laufender Kreditverbindlichkeiten.

Der Finanzmittelbestand der Gesellschaft reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr deutlich von 6,96 Mio. € auf 2,3 Mio. €. Grund ist die vor dem letzten Jahresabschluss erfolgte Liquiditätsbeschaffung zur Realisierung des Kaufs der Midewa-Anlagen zu Beginn des Jahres 2013. Somit befindet sich der aktuelle Liquiditätsbestand wieder im normalen Bereich.

Aufgrund der Verbesserung des Eigenkapitals und gleichzeitiger Verringerung des Fremdkapitals stieg die Eigenkapitalquote gegenüber dem Vorjahr (74,3 %) leicht auf 76,0 % an. Die bestehenden Kreditverbindlichkeiten haben mittelfristige und langfristige Laufzeiten und sind durch feste Zinskonditionen charakterisiert. Fremdwährungsrisiken und Risiken aus dem Abschluss derivativer Finanzinstrumente bestehen nicht. Die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens wird durch die taggenaue Planung aller Ausgaben und Einnahmen über mehrere Monate und die mittelfristige Planung Finanzmittelbedürfnisse innerhalb der Wirtschaftsplanung sichergestellt.

Der Deckungsgrad des Anlagevermögens aus Eigen- sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital liegt zum Jahresende bei 100,2 %.

Vermögenslage

Durch den Kauf der Midewa-Anlagen (6,64 Mio. €) lagen die Investitionen im Jahr 2013 mit 14,98 Mio. € deutlich über dem mehrjährigen Durchschnitt von 8-9 Mio. €. Weitere Investitionsschwerpunkte des Geschäftsjahres 2013 waren:

- Fertigstellung des in den letzten Jahren vorangetriebenen parallelen Rohrleitungsbaus zwischen Güsten und Bernburg/Ost in der Saaleaue,
- Sanierung eines 4,4 km langen Rohrleitungsabschnittes auf dem Nordring des Fernleitungssystems mittels einer Zementmörtel-Innenauskleidung,
- Ersatzneubau eines 1,4 km langen Rohrabschnittes auf der Südwestleitung des Systems,
- Weiterführung des Konzeptes zur Ertüchtigung der Hochbehälter im Verteilsystem,
- Abschluss wesentlicher Investitionen zur Errichtung der neuen Chemikalienanlage im Wasserwerk Torgau-Ost durch Inbetriebnahme der Kalkanlage,
- Fortführung der Erneuerung der Vorreinigung (Röhrenabsetzbecken) im Wasserwerk Mockritz.

Insgesamt flossen 7,3 Mio. € in den Neubau bzw. Ertüchtigung bestehender Trinkwasserleitungen. 4,67 Mio. € wurden in technische Anlagen und Maschinen investiert sowie 0,35 Mio. € in die Betriebs- und Geschäftsausstattung. Darüber hinaus entfielen ca. 100 T€ auf immaterielle Wirtschaftsgüter und 1,48 Mio. € auf Grundstücke, Dienstbarkeiten und Bauten. In einer Höhe von 1,08 Mio. € gab es Zugänge bei den Anlagen in Bau.

4. Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag 31. Dezember 2013 sind bis zum Abschluss der Erstellung des Jahresabschlusses mit seinen Bestandteilen Bilanz, Anhang, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Lagebericht keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, die zu einer veränderten Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage geführt hätten.

Bzgl. der Neuordnung der Gesellschafteranteile der Gesellschaft wurden nach dem Quotierungsbescheid des Bundesamtes für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen vom 30. Juli 2010 mehrere Klagen gegen diesen am Verwaltungsgericht Berlin eingereicht. Hierzu fand am 23. Januar 2014 eine mündliche Verhandlung statt. Ein schriftliches Urteil lag noch nicht vor. Eine Abschätzung der Ergebnisse des Verfahrens oder seines weiteren Verlaufs kann derzeit nicht erfolgen.

5. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognose- und Chancenbericht

Die bereits beschriebenen Rahmenbedingungen der demographischen Entwicklung und die Schwankungen im gewerblichen Sektor müssen auch in den zukünftigen Prognosen des Trinkwasserabsatzes ihre Berücksichtigung finden. So wird mittelfristig mit einem jährlichen Absatzrückgang von ca. 400-500 Tm³ ausgegangen. Dies führt zu einer Absatzerwartung von 72,4 Mio. m³ für das Geschäftsjahr 2014. Mittelfristig, bis 2018, wird mit einem weiteren Absatzrückgang bis auf 70,4 Mio. m³ gerechnet. Mit den für 2014 geplanten Trinkwasserabsätzen geht die Gesellschaft von einem Umsatz von 37,6 Mio. € aus. Darin enthalten sind bereits die Wasserentnahmeentgelte/-abgaben der Länder Sachsen-Anhalt und Sachsen.

In den nächsten Jahren stehen wieder einige Anschlussverhandlungen zu bestehenden Lieferverträgen in Sachsen und Sachsen-Anhalt an. Hier gilt es in einem für beide Seiten ausgewogenen Verhältnis bisherige langfristige Lösungen nach Ablauf der Vertragslaufzeiten modernisiert für die Zukunft fortzuschreiben. Die in den mittelfristigen Planungen berücksichtigten Absätze und Erlöse entsprechen den vorsichtig eingeschätzten zu erwartenden Größenordnungen.

Die Umsatzerlöse aus der Erzeugung regenerativen Stroms und sonstigen Dienstleistungen werden sich auf dem Niveau des Jahres 2013 bewegen. Die nicht vom Unternehmen beeinflussbaren Umsatzerlöse aus von Dritten veranlassten Umverlegungen werden in den nächsten Jahren, wie in den Vorjahren auch, stark schwanken. Da diesen Umsätzen entsprechende Aufwendungen gegenüberstehen, wirkt sich dies nicht auf das Ergebnis der Gesellschaft aus.

Als wesentlicher Bestandteil der sonstigen betrieblichen Erträge wurde auch in den nächsten Jahren die teilweise Erstattung der Stromsteuer für energieintensive gewerbliche Unternehmen für die Gesellschaft eingeplant. Mit dem seit 2013 eingeführten und Anfang Januar 2014 zertifizierten Energiemanagementsystem wurde gemäß der derzeitigen Rechtslage eine wichtige Voraussetzung dafür geschaffen.

Die Materialaufwendungen wurden auf Basis der Bedürfnisse des Unternehmens, verhandelter Preise und zu erwartender inflationärer Steigerungen geplant. So kann trotz bereits jahrelanger Energieoptimierung eine weitere Energiekostensteigerung in 2014 gegenüber 2013 nicht vermieden werden. Mit 4,83 Mio. € und einer damit verbundenen 7,2%igen Steigerung gegenüber dem Vorjahr 2013 werden die bis dato höchsten Kosten in dieser Position im Geschäftsjahr 2014 erwartet. Nicht zuletzt im Rahmen des eingeführten Energiemanagementsystems werden diesbezügliche Optimierungsprozesse weiter vorangetrieben.

Aufgrund der weiteren Umsetzung der mittelfristigen Personalkonzeption und einer einhergehenden planmäßigen Personalreduzierung werden in 2014 die Personalkosten leicht auf 12,4 Mio. € sinken. Mittelfristig werden die Personalkosten unter 12 Mio. € in 2017 sinken, bei gleichzeitiger Reduzierung der Mitarbeiterzahl auf 216. Ab 2018 steht eine Aktualisierung/Überprüfung der individualvertraglichen vereinbarten verkürzten Arbeitszeitreduzierungen ohne Lohn-/Gehaltsbereich an.

Die Investitionsstrategie des Unternehmens in den nächsten Jahren orientiert sich im Wesentlichen an der Sicherstellung einer bedarfs- und qualitätsgerechten sowie unterbrechungsfreien Versorgung aller Kunden. Hierbei sind drei Investitionsschwerpunkte zu benennen. Die weitere Ertüchtigung der Wasseraufbereitungstechnologie in den Wasserwerken gemäß den im Fernwasserentwicklungskonzept herausgearbeiteten Kapazitätsanforderungen einschließlich Rohwassergewinnungsanlagen. Hier wird sich der Schwerpunkt in den nächsten Jahren sukzessive auf das Wasserwerk Mockritz verlagern, nachdem für das Wasserwerk in 2014 eine Grundsatzplanung fertiggestellt wird. Zur weiteren Qualitätssicherung und Substanzerhaltung unserer Hochbehälter wurde auf Basis eines Sanierungskonzeptes ein zweiter Investitionsschwerpunkt gebildet. Diesbezügliche Maßnahmen laufen seit 2010 und werden in 2014 unter anderem mit Innensanierungsarbeiten am Behälter Burzelberg, Abdichtung des Hochbehälters Wolferode und Komplettsanierung des Betriebswasserbehälters Wienrode fortgeführt. Im dritten Schwerpunkt werden die Fernleitungsabschnitte behandelt. Die geplanten Netzinvestitionen tragen den Erkenntnissen aus Zustandsuntersuchungen Rechnung oder dienen der Anpassung der Ableitungskapazitäten an geänderte Bedarfsanforderungen bei Beachtung der Fragen der Sicherung der Trinkwasserqualität. So soll im Geschäftsjahr 2014 ein 6,8 km langer Abschnitt der Nordringleitung in Fortsetzung der Arbeiten aus 2013 saniert werden. Nach einer Analyse von Rohrschäden aus der Vergangenheit und Bewertung des Materialzustandes ist eine Erneuerung der Ostharzleitung im Bereich Dohndorf - Plötz als 1. Bauabschnitt eines mittelfristigen Erneuerungskonzeptes vorgesehen. Insgesamt sind für 2014 Gesamtinvestitionen in einer Höhe von 8,75 Mio. € eingeplant.

Die Liquidität zur Erfüllung aller Aufgaben ist in 2014 gesichert. Für Kredite mit in 2014 auslaufenden Kreditkonditionen wurden in der Vergangenheit bereits Anschlussregelungen abgeschlossen. Die Kredittilgungen liegen oberhalb der Neuaufnahmen. Es bestehen keine Fremdwährungsrisiken oder Risiken aus dem Bestand bzw. Abschluss derivater Finanzinstrumente.

Für das Geschäftsjahr 2014 wird mit einem Ergebnis nach Steuern von ca. 1,25 Mio. € gerechnet. Dies wird trotz der aktuellen Absatzentwicklung durch die weitere stringente Optimierung des Fernwassersystems möglich. Die mittelfristige Entwicklung zeigt, dass unter den bisherigen Rahmenbedingungen, dieses Ergebnisniveau auch in den nächsten Jahren erreicht werden kann.

Risikobericht

Die Gesellschaft hat seit 2000 ein den gesetzlichen Anforderungen (§ 53 HGrG i. V. m. § 91 Abs. 2 AktG) entsprechendes Risikomanagementsystem installiert. Im Rahmen dessen werden zweimal pro Jahr bestehende Risiken analysiert und bezüglich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikopotenziale eingeschätzt. Die Risiken werden dabei in folgende Kategorien eingeordnet:

- Absatz
- Wirtschaftspolitisches Umfeld
- Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage
- Produktion
- Einkauf
- Personalmanagement
- Informationsmanagement
- Höhere Gewalt
- Rechtsstreitigkeiten

Folgende wesentliche Einzelrisiken wurden identifiziert:

- Abnehmende Absatzentwicklung durch eine rückläufige Bevölkerungsentwicklung bei unseren Kunden und der weitere Rückgang des Pro-Kopf-Verbrauchs,
- Tendenzen zur verstärkten Nutzung eigener Wasseraufbereitungsanlagen bzw. der Neuerrichtung solcher Anlagen bei den Kunden des Unternehmens und damit mögliche Verringerung der Abnahmen bei FWV,
- die konjunkturell bedingte Verringerung der Abnahmen bei direkt oder indirekt versorgten gewerblichen Kunden,
- Änderungen der Energiepolitik betreffend der Rahmenbedingungen zukünftiger Energiepreisgestaltung oder der Bedingungen zur Stromsteuererstattung und damit Auswirkungen auf die Kosten des Unternehmens,
- Finanzielle Absicherung der Arbeiten zum Erhalt des technisch notwendigen Anlagenbestandes zur Sicherung der Versorgung unserer Kunden in einem ausgewogenen Verhältnis zwischen ereignisorientierter Instandhaltung/Reparatur bzw. Neuinvestition,
- Umsetzung einer genehmigten Entsorgungsstrategie für Rückstände aus der Filterspülwasserbehandlung des Wasserwerks Wienrode und einer ggf. damit einhergehenden Kostensteigerung für die Zukunft.

Entsprechend der Beurteilung der Einzelrisiken werden Gegenmaßnahmen zur Vermeidung bzw. Verringerung der Risiken und Zuständigkeiten definiert. Im Rahmen der intern installierten kaufmännischen und technischen Controllinginstrumente erfolgt die Planung und laufende Überwachung der Unternehmensprozesse. Bei Feststellungen von Abweichungen kann entsprechend zeitnah reagiert werden. Grundlegende Risiken werden durch ein aktives Management des Versicherungsschutzes abgesichert.

Es liegen keine Risiken vor, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, bzw. sind diese für die Zukunft auch nicht erkennbar.

Hafen Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Am Saalehafen 1
06118 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 512

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	512	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Betrieb und die Unterhaltung eines oder mehrerer Binnenschiffahrtshäfen im Gebiet der Stadt Halle und im Saalekreis, die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die dem Hafenbetrieb in Halle und im Saalkreis dienen, sowie die Vornahme aller Geschäfte, die den vorerwähnten Unternehmensgegenständen unmittelbar oder mittelbar dienen können.

Öffentlicher Zweck:

Die Hafen Halle GmbH ist der einzige Binnenschiffahrtshafen in der Region. Durch ihn wird die Versorgung einzelner Unternehmen sichergestellt. Der öffentliche Zweck ist daher in der Wirtschaftsförderung und Standortsicherung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Lindemann, Dirk

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes
Anlagevermögen

Umlaufvermögen

Rechnungsabgrenzungsposten

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
		10	0	31	0	-10	-100
13.666	83	14.146	87	14.828	87	-480	-3
2.719	17	2.015	13	2.191	13	704	35
36	0	14	0	13	0	22	157

Bilanzsumme

16.421	100	16.185	100	17.063	100	236	1
--------	-----	--------	-----	--------	-----	-----	---

Passiva

Eigenkapital

Sonderposten für Investitionszulagen

Rückstellungen

Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
731	5	731	5	731	4	0	0
4.510	27	4.720	29	5.000	29	-210	-4
296	2	134	1	104	1	162	121
10.884	66	10.600	65	11.228	66	284	3

Bilanzsumme

16.421	100	16.185	100	17.063	100	236	1
--------	-----	--------	-----	--------	-----	-----	---

bb) GuV

Umsatzerlöse

andere aktivierte Eigenleistungen

sonstige betriebliche Erträge

Materialaufwand

Personalaufwand

Abschreibungen

sonstige betriebliche Aufwendungen

sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

sonstige Steuern

Erträge aus Verlustübernahmen

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2013	2012	2011
T€	T€	T€
3.668	4.096	3.430
3		1
906	411	483
2.126	2.123	1.946
1.191	1.138	1.007
778	777	779
1.499	1.175	1.124
0	0	
218	240	308
-1.235	-946	-1.250
	0	0
16	15	14
1.251	961	1.264
0	0	0
0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-34,11	-23,45	-36,86	%
Eigenkapitalrentabilität:	-171,14	-131,38	-172,91	%
Cash-Flow:	-473	-183	-485	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	137	135	121	T€
Personalaufwandsquote:	26,02	25,24	25,72	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	82,84	86,87	86,27	%
Eigenkapitalquote:	4,45	4,52	4,28	%
Fremdkapitalquote:	95,55	95,48	95,72	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Containerumschlag	51.308	94.123	71.676	TEU
Güterverkehrsleistung gesamt	1.023.443	1.651.404	1.297.296	t
Hafenbahn	380.391	608.629	506.433	t
Straßengüterverkehr	642.812	1.042.775	790.813	t

e) Lagebericht

Die Wirtschaft in Deutschland entwickelte sich im Kalenderjahr 2013 leicht positiv. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag um 0,4 % über dem Wert des Vorjahres. In den vorangegangenen Jahren waren die Zuwächse des BIP mit 3,3 % (2011) und 0,7 % (2012) höher ausgefallen. Vor dem Hintergrund gedämpfter weltwirtschaftlicher Impulse und anhaltender Rezessionen in einigen europäischen Ländern wird in dem moderaten Wirtschaftswachstum des abgelaufenen Jahres ein Beleg für die Robustheit der deutschen Wirtschaft gesehen.

Für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt weisen die Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder für das erste Halbjahr 2013 eine dem Bundesdurchschnitt entsprechende Entwicklung des BIP aus.

Das moderate Wachstum führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer positiven Entwicklung. Zwar stieg die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen im Bundesdurchschnitt geringfügig von 6,8 % (2012) auf nunmehr 6,9 %. Zugleich aber legte die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahr um 258.000 Personen oder 0,6 % zu.

In Sachsen-Anhalt verringerte sich die Arbeitslosenquote von 11,5 % im Vorjahr auf 11,2 %, während die entsprechende Quote für Ostdeutschland von 10,7 % auf 10,3 % zurückging.

Die Stadt Halle (Saale) verzeichnete im Jahr 2013 zum vierten Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs. Mit 232.705 Einwohnern zählte die Stadt 170 Einwohner mehr als im Vorjahr.

Nach vorläufigen Zahlen ist 2013 die deutschlandweit im Güterverkehr transportierte Tonnage der Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasserstraße im Jahresvergleich um 0,9 % auf 3,93 Mrd. Tonnen (2012: 3,89 Mrd. Tonnen) leicht gestiegen. Den im Jahresvergleich mit 1,7 % größten Zuwachs hatte dabei die Binnenschifffahrt. In etwa unverändert waren die Anteile der Verkehrsträger am Transportaufkommen: nach wie vor dominiert hier die Straße mit einem Anteil von 84,8 % an der Gesamttonnage deutlich (Eisenbahn: 9,4 %, Binnenschiff: 5,8 %).

Durch das Saalehochwasser Anfang Juni 2013 sind im Hafen nach derzeitigem Stand Schäden von etwa T€ 1.050 entstanden, von denen bislang etwa T€ 750 abgerechnet sind. Neben Gebäudeschäden an der Hafenmeisterei mit Werkstatt sowie der Lok- und Technikwartungshalle waren insbesondere Anlagen der Ver- und Entsorgung betroffen. So mussten fast alle Schaltkästen der Elektroversorgung sowie an den Pumpwerken ersetzt werden. Mit ähnlichen Schäden sind weiterhin hafenspezifische Anlagen und Einrichtungen wie die Bahnübergangssicherungen im Hafen sowie die Lkw- und Gleiswaage betroffen. Aufgrund des bestehenden Versicherungsschutzes und in Verbindung mit möglichen Zuwendungen über die „Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013“ gehen wir derzeit davon aus, dass aus diesen Schäden keine ergebniswirksamen Auswirkungen für das Jahr 2013 zu erwarten sind. Allerdings ist durch die Ausfallzeit von mehreren Wochen sowohl im Zug- als auch im Umschlagverkehr eine Ergebnisverschlechterung von T€ -150 bis -200 zu verzeichnen.

Der Versicherer hat im Sommer 2013 eine Änderungskündigung (Ausschluss der Gefahr Überschwemmungen) zum 01.01.2014 ausgesprochen. Der von uns beauftragte Makler hat bislang etwa 30 einschlägige Versicherer angefragt, die jedoch alle eine Deckung des Überschwemmungsrisikos für den Hafen abgelehnt haben.

Die Gesamtverkehrsleistung im Hafen Halle belief sich 2013 auf 1.023.443 Tonnen und nahm damit im Jahresvergleich um 627.961 Tonnen bzw. -38,0 % ab. Neben den eingangs erwähnten europa- und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich die in 2013 anhaltende aggressive Preispolitik eines Zugbetreibers im Containerverkehr, das Juni-Hochwasser sowie die Turbulenzen am Weltdüngemittelmarkt nachhaltig negativ auf das Transportaufkommen ausgewirkt. Mit den fast ausschließlich auf den Containerumschlag zurückzuführenden Tonnagen war auch das Aufkommen im Kombinierten Verkehr (KV) 2013 mit 51.308 TEU gegenüber dem Vorjahr (94.123 TEU) deutlich rückläufig, was auch auf den Weggang von 2 Zugbetreibern Anfang des Jahres zurückzuführen war. Ausgenommen des wasserseitigen Abtransports des verkauften Krans erfolgte auch in 2013 aufgrund der anhaltend widrigen Schiffsabfertigungsbedingungen der Saale im Hafen kein Schiffsumschlag.

Bei der Ansiedlung der Pyrolytech GmbH – Errichtung und Betrieb einer Pyrolyseanlage auf dem Hafengelände – war im Jahr 2013 kein Projektfortschritt zu verzeichnen. Trotz des im letzten Urteil des Verwaltungsgerichts Halle beinhalteten Ausschluss des Rechtswegs haben die Kläger eine Berufung beim Obergerverwaltungsgericht in Magdeburg beantragt. Aufgrund des daraus faktisch resultierenden Baustopps auf dem Hafengelände haben die Investoren zwischenzeitlich entschieden, den Bau einer ersten Anlage auf dem Gelände der Hafenspeicher Halle KG (ehemaliges Gelände des Kraftfuttermischwerks) in der Brachwitzer Straße zu realisieren. Die baurechtlichen Voraussetzungen nach BImSchG sind an diesem Standort erfüllt und die entsprechenden Anträge für die Bau- und Betriebsgenehmigungen gestellt. Des Weiteren sind sowohl ein Hallenbauvertrag (Halle für die Unterbringung der Anlage) mit dem Generalunternehmer Goldbeck GmbH als auch ein Anlagenbauvertrag mit der Zeppelin Systems GmbH rechtskräftig gezeichnet. Derzeit erfolgen Rückbau- und Vorbereitungsmaßnahmen. Das Energiekonzept zum Gas- und Strombezug ist mit der Netzgesellschaft der EVH abgestimmt.

Am 24.02.2014 informierte uns die für Pyrolytech tätige Rechtsanwaltskanzlei Könning & Partner, dass das OVG Magdeburg den Berufungsantrag der Bürger abgelehnt hat. Ein weiteres ordentliches Rechtsmittel ist damit nicht gegeben. Somit ist der behördliche Genehmigungsbescheid zum Bau und Betrieb der von Pyrolytech im Hafen vorgesehenen Anlage nunmehr bestandskräftig. Die Anlage soll nach Investorenangaben ab Mitte Mai 2015 gebaut werden.

Auch bei dem durch die GULF-Gruppe (OTK) betriebenen Ansiedlungsprojekt zum Neubau eines Tankmischlagers im Hafen war in 2013 kein Baufortschritt zu verzeichnen. Nach nur noch zögerlichem Agieren der bisherigen Gesellschafter erfolgte Anfang November 2013 eine Änderung der Gesellschafterstruktur. Diese Änderung war nötig, um die Umsetzung des Projektes insgesamt, einschließlich möglicher und bereits durch das Land Sachsen-Anhalt avisierte Förderung, nicht zu gefährden. Neuer Hauptgesellschafter der OTK ist der General Master Investment Fond (GMI), der 65 % der Anteile hält. Die GULF-Niederlande hält 25 % und der Geschäftsführer der OTK, Herr Janz, die restlichen 10 % der Geschäftsanteile. Die Unterlagen für den Fördermittelantrag sind zusammengestellt, die Gesamtfinanzierung in Abstimmung. Der Weiterbau des Tankmischlagers soll im März 2014 erfolgen. Die Betriebsaufnahme (der 1. Ausbaustufe), mit der auch Leistungen des Hafens in der bahnseitigen Logistik verbunden sein werden, ist für Anfang 2015 vorgesehen.

Die Fertigstellung der 1927 begonnenen Vervollendung des Saaleausbaus ist seit dem 1. gesamtdeutschen Bundesverkehrswegeplan aus dem Jahr 1992 als Maßnahme des „vordringlichen Bedarfs“ eingestuft. Nach einem im Auftrag des Landes Sachsen-Anhalt in den letzten 2 Jahren erarbeiteten Gutachten wird die Saale nach wie vor mit einem hohen Transportpotential und gesamtwirtschaftlich positiven Ergebnissen bewertet. Durch den Einsatz von Schubschiffen und -prahmen, die auf die Besonderheiten des ostdeutschen Fluss- und Kanalnetzes angepasst sind, können wirtschaftliche Schifftransporte bis zu einer Fahrrinntiefe von 1,60 m auf Elbe und Saale abgesichert werden. Damit können auch die oftmals gegen eine Ertüchtigung der Saale angeführten Argumente von zu niedrigen Elbe-Wasserständen entkräftet werden. Das Land ist auch daher mit dem Bundesverkehrsministerium in Verhandlungen getreten, um zu erreichen, dass die Vervollendung des Saaleausbaus weiterhin als vordringlichen Bedarf auch in den neuen Bundesverkehrswegeplan 2015 eingeordnet wird.

Die Hafen Halle GmbH erzielte per 31. Dezember 2013 Umsatzerlöse in Höhe von T€ 3.668 (VJ: T€ 4.096). Hauptumsatzträger waren mit T€ 2.139 (VJ: T€ 1.917) die Sparten Dispositive Leistungen (einschließlich Lkw-Verkehr) sowie Containerumschlag mit T€ 549 (VJ: T€ 880). Die Sparte Bahnleistungen erzielte 2013 Umsätze in Höhe von T€ 604 (VJ: T€ 832). In der Sparte Infrastruktur und Ansiedlungen konnten T€ 380 Umsätze (VJ: T€ 235) generiert werden. Die der Sparte Dispositive Leistungen zugeordnete Untersparte Lkw-Verkehr erzielte im Geschäftsjahr 2013 (interne) Umsätze in Höhe von T€ 641 (VJ: T€ 487) und hat damit deutlich zur Reduzierung von Fremdleistungen im Bereich Straßenvor- und -nachlauf im KV beigetragen.

Im Jahr 2013 wurden T€ 295 investiert. Neben T€ 156 Investitionen für technische Hafenanlagen und T€ 100 für Geländemaßnahmen fielen T€ 18 für Betriebs- und Geschäftsausstattungen sowie T€ 17 für sonstige Investitionen an. Die geplanten Investitionen „Erneuerung BÜ-Sicherungen Saalebahn“ sowie „Weiterbau Gleis 7 und 8“ konnten aufgrund zeitlicher Verzögerungen im Genehmigungsablauf bzw. Investitionsablauf beim Neubau des Tankmischlagers nicht realisiert werden und verschieben sich nach 2014.

Die Liquidität der Gesellschaft war im Berichtsjahr durch den Kreditrahmen der Muttergesellschaft in Höhe von T€ 6.900 im Rahmen des bestehenden Cash Pools und den Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag gegeben.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2013 absolut um T€ 236 und relativ um 1,54 % auf T€ 16.421 erhöht. Der Anteil des Anlagevermögens belief sich auf 83,2 % der Bilanzsumme. Einschließlich der Zurechnung der Sonderposten beläuft sich das wirtschaftliche Eigenkapital auf T€ 5.241 und beträgt 31,8 % der Bilanzsumme. Bei Bankdarlehen über T€ 4.080 und dem Cash-Pool von T€ 6.178 ist das Anlagevermögen der Gesellschaft (T€ 13.665) zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2013 durch lang- und mittelfristiges Eigen- und Fremdkapital (T€ 15.499) gedeckt.

In dem seit August 2004 beim Landgericht Halle anhängigen Rechtsstreit wegen mangelhafter Planungsleistungen gegen die H.P. Gauff Ingenieure GmbH & Co. KG hat die Gesellschaft nach mehrjährig ergebnislosen Anfragen an die Vorsitzende Richterin im August 2013 eine Sachstandsanfrage an den Präsidenten des LG Halle gesandt. Im Ergebnis dieser hat das Gericht nunmehr beim gerichtlich bestellten Sachverständigen die Aussage eingeholt, dass sein Gutachten im Mai 2014 vorliegen soll.

Von der Gesellschaft wurden auch in 2013 die wesentlichen Risikofelder identifiziert und einer Bewertung unterzogen sowie die erforderlichen Schritte eines adäquaten Risikomanagement- und Früherkennungssystems erfolgreich realisiert. Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass die für die Gesellschaft relevanten Risikofelder einer laufenden Bewertung und Kontrolle unterliegen sowie wesentliche Instrumente der Risikoerkennung und -bewertung installiert sind.

Auf Grundlage des Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages wurden von der Gesellschafterin Verlustausgleichszahlungen geleistet sowie im Rahmen des konzernweiten Cash-Pools Kontokorrentkredite bereitgestellt.

Ausblick

Der Ertragswert der Sparten „Schiffsverkehr“ sowie „Infrastruktur und Ansiedlungen“ ist gemäß den aktuellen Planungsrechnungen unverändert nachhaltig negativ. Demgegenüber zeigen die Sparten „Bahnleistungen“, „Containerumschlag“ und „Dispositive Leistungen“ eine mittelfristig positive Entwicklung. Der Schwerpunkt der weiteren Entwicklung liegt daher unverändert auf dem Container-Verkehr und dem Eisenbahnbereich. In den Sparten „Containerumschlag“ und „Dispositive Leistungen“ wird es darauf ankommen, die am Markt zu verzeichnende positive Wahrnehmung der Leistungsfähigkeit des CTHS (ContainerTerminalHalleSaale) weiter auszuschöpfen. Ebenso sollen konzeptionell Möglichkeiten für eine Ausweitung des Leistungsspektrums geprüft und zur Entscheidung gebracht werden. Ziel ist, mit zeitnaher Konzept-Umsetzung unseren Anteil an der Wertschöpfungskette des Logistikprozesses zu verbreitern und die Abhängigkeit von Dritten zu verringern. Ebenso wird der Focus auf der Stabilisierung und dem weiteren Ausbau des Eisenbahnbereiches liegen. Hier erwarten wir insbesondere durch die investorensseitig für Anfang 2015 geplante Betriebsaufnahme des Tankmischlagers aus den vertraglichen Bindungen signifikant zunehmende Bahnleistungen.

Für das Geschäftsjahr 2014 erwarten wir in den Hauptleistungssparten wieder zunehmende Aufkommenszahlen; die Entwicklung in den ersten Wochen des Jahres 2014 zeigt bereits einen positiven Trend auf. Bei den Dispositiven Leistungen konnten einige Kunden wiedergewonnen werden, für die als Entscheidungskriterium insbesondere die Qualität und der Service unserer Leistungen ausschlaggebend sind. Mit dem in 2013 abgeschlossenen Servicevertrag mit einem weltweit agierenden Recyclingunternehmen über komplexe logistische Dienstleistungen halten wir weiter einen umsatzstarken Geschäftspartner an unserer Seite. Bei ebenfalls vertraglich gebundenen, aber in 2013 noch nicht aktivierten Neugeschäften gehen wir von einem zeitnahen Beginn aus. Bei einem weiteren KV-basierten Neugeschäft sind im Februar 2014 die ersten Verkehre angelaufen. Aufgrund der positiven Entwicklung der letzten Jahre soll das Geschäftsfeld der expeditionellen Leistungen mit kompletten Container-Transport-Läufen Seehafen-Kunde-Seehafen weiter forciert werden. Die erfolgreich etablierte Untersparte „Lkw-Verkehr“ (Straßentransporte im KV-Verkehr mit angemieteten Zugmaschinen und eigenen Chassis) soll dabei verstärkt zur Verbesserung des Spartenergebnisses der Dispositiven Leistungen beitragen.

Tätigkeitsschwerpunkt der Gesellschaft im Bereich Ansiedlungen wird es in 2014 sein, das Projekt der GULF-Gruppe in der Umsetzung bis hin zur geplanten Betriebsaufnahme Anfang 2015 forciert zu begleiten. Vor dem Hintergrund einer mittelfristig verbesserten Erlössituation der Gesellschaft vor allem im Bahnsektor wird die Gesellschaft weiterhin versuchen, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Gebietskörperschaften weitere Grundstücksflächen im engeren Hafenumfeld einer wirtschaftlichen Nutzung zuzuführen. Damit soll auch ein Beitrag zur Entwicklung des Hafengebietes sowie des Wirtschaftsstandortes Halle (Saale) insgesamt geleistet werden.

Im investiven Bereich sind insbesondere Maßnahmen zur Erweiterung und Sicherung der Geschäfte im Bahn- und Container-Verkehr geplant. Neben dem Neubau des Gleisanschlusses für einen Neuansiedler im Hafen sowie dem in 2013 nicht mehr vollzogenen Ersatzneubau der technischen Sicherungsanlagen an den Bahnübergängen der Gleisanlage „Saalebahn“ sind weitere Erhaltungsinvestitionen an Gleisanlagen geplant.

Die Hafen Halle GmbH hat eine Studie zur Verbesserung des Hochwasserschutzes in Auftrag gegeben. Der erste Entwurf liegt inzwischen vor und befindet sich in der Überarbeitung.

Die zukünftige Ertrags- und Finanzlage des Hafens ist neben politischen Entscheidungen zur Saaleschifffahrt entscheidend davon abhängig, dass die Akquisitionsaktivitäten erfolgreich verlaufen, die für eine langfristig positive Entwicklung des Hafenbetriebs erforderlichen Investitionen realisiert werden sowie der Hafenbetrieb und die zur Ansiedlung hergerichteten Flächen signifikant besser ausgelastet sind.

Eine steuerliche Außenprüfung (Betriebsprüfung) der Jahre 2002 bis 2006 wurde im Dezember 2013 beendet. Derzeit bestehen abweichende Auffassungen zu bestimmten Sachverhalten. Eine Klärung der Folgen wird im kommenden Geschäftsjahr mit dem steuerlichen Berater der Gesellschaft erarbeitet.

Die Zahlungsfähigkeit und der Fortbestand der Gesellschaft sind auch zukünftig von der entsprechenden Unterstützung durch die Alleingesellschafterin Stadtwerke Halle GmbH – im Wege des bestehenden Ergebnisabführungsvertrags sowie der Einbindung in den Cash Pool der Stadtwerke Halle GmbH – abhängig.

Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	10.000		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	10.000	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens sind die Versorgung mit Wasser, die Abwasserbeseitigung und die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen zur Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, die Abfallentsorgung, die Abfallsortierung, die Reststoffverwertung, der Winterdienst, Reinigungsleistungen einschließlich der Gebäudereinigung sowie damit im Zusammenhang stehende Leistungen im Gebiet der Stadt Halle (Saale) und in anderen Gebietskörperschaften.
- (2) Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die der Erreichung oder Förderung des Gesellschaftszwecks unmittelbar oder mittelbar dienen. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilf- und Nebenbereiche errichten, erwerben, oder pachten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Die Abwasserent- und die Wasserversorgung werden explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Lux, Matthias	(bis 30.04.2013)
		Schulze, Jörg	(seit 01.01.2013)
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Misch, Werner	
	stellv. Vorsitzende	Nebelung, Barbara	
		Allner, Jürgen	
		Böcker, Udo	
		Dr. Köck, Uwe-Volkmar	
		Hilbig, Stefan	
		Hildebrandt, Roland	
		Krause, Johannes	

Aufsichtsrat:

Neumann, Wolfram

Raab, Katja

Sieber, Olaf (bis 26.11.2013)

Trömel, René (seit 19.12.2013)

Weiland, Mathias

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	20	22	21

c) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG	1.278	12,50
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	153	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

	2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	410.045	91	407.414	94	398.688	90	2.631	1
Umlaufvermögen	40.840	9	24.350	6	44.638	10	16.490	68
Rechnungsabgrenzungsposten	770	0	640	0	729	0	130	20

Bilanzsumme

451.655	100	432.404	100	444.055	100	19.251	4
---------	-----	---------	-----	---------	-----	--------	---

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	72.198	16	70.998	16	68.898	15	1.200	2
Sonderposten mit Rücklagenanteil	6.908	2	7.308	2	7.666	2	-400	-5
Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse	59.959	13	57.092	13	47.423	11	2.867	5
Rückstellungen	22.092	5	19.649	5	18.865	4	2.443	12
Verbindlichkeiten	281.030	62	267.062	62	292.036	66	13.968	5
Rechnungsabgrenzungsposten	9.468	2	10.295	2	9.167	2	-827	-8

Bilanzsumme

451.655	100	432.404	100	444.055	100	19.251	4
---------	-----	---------	-----	---------	-----	--------	---

bb) GuV

	2013	2012	2011
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	117.526	115.273	115.096
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	37		
andere aktivierte Eigenleistungen	385	362	337
sonstige betriebliche Erträge	5.112	3.878	3.720
Materialaufwand	28.585	27.850	27.903
Personalaufwand	29.266	28.865	29.451
Abschreibungen	18.052	18.036	17.802
sonstige betriebliche Aufwendungen	24.853	24.328	23.165
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	257	73	353
Erträge aus Beteiligungen	14	9	24
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	36	47	202
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10.758	11.415	12.032
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	11.853	9.148	9.379
außerordentliche Erträge	13	176	
außerordentliche Aufwendungen	1.127	191	198
außerordentliches Ergebnis	-1.114	-15	-198
sonstige Steuern	119	112	114
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	10.620	9.021	9.067
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	9,04	7,83	7,88	%
Eigenkapitalrentabilität:	14,71	12,71	13,16	%
Cash-Flow:	28.672	27.058	26.869	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	202	192	184	T€
Personalaufwandsquote:	23,78	24,15	24,72	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	90,59	93,98	89,49	%
Eigenkapitalquote:	15,99	16,42	15,52	%
Fremdkapitalquote:	84,01	83,58	84,48	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Absatzmenge Schmutzwasser	9.479,00	9.526,00	9.523,00	Tm ³
Absatzmenge Trinkwasser gesamt	16.738,00	16.857,00	16.741,00	Tm ³
Abwassereinleitung Kläranlagen	16.889,00	14.654,00	17.528,00	Tm ³
Anzahl Einzelgebührenbescheide	6.529,00	6.313,00	6.723,00	Anzahl
Anzahl Gebührenbescheide	36.981,00	36.712,00	36.979,00	Anzahl
Entsorgungstonnagen	160.587,00	180.793,00	163.482,00	Mg
Gebäudereinigungsleistung	70.329.526,00	70.919.482,00	70.192.483,00	m ²
Hausanschlüsse	50.375,00	49.970,00	49.485,00	Anzahl
Stadtreinigungsleistung	322.798,00	342.980,00	350.538,00	km ²

e) Lagebericht

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Wirtschaft in Deutschland entwickelte sich im Kalenderjahr 2013 leicht positiv. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag um 0,4 % über dem Wert des Vorjahres. In den vorangegangenen Jahren waren die Zuwächse des BIP mit 3,3 % (2011) und 0,7 % (2012) höher ausgefallen. Vor dem Hintergrund gedämpfter weltwirtschaftlicher Impulse und anhaltender Rezessionen in einigen europäischen Ländern wird in dem moderaten Wirtschaftswachstum des abgelaufenen Jahres ein Beleg für die Robustheit der deutschen Wirtschaft gesehen.

Für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt weisen die Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder für das erste Halbjahr 2013 eine dem Bundesdurchschnitt entsprechende Entwicklung des BIP aus.

Das moderate Wachstum führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer positiven Entwicklung. Zwar stieg die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen im Bundesdurchschnitt geringfügig von 6,8 % (2012) auf nunmehr 6,9 %. Zugleich aber legte die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahr um 258.000 Personen oder 0,6 % zu.

In Sachsen-Anhalt verringerte sich die Arbeitslosenquote von 11,5 % im Vorjahr auf 11,2 %, während die entsprechende Quote für Ostdeutschland von 10,7 % auf 10,3 % zurückging.

Die Stadt Halle (Saale) verzeichnete im Jahr 2013 zum vierten Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs. Mit 232.705 Einwohnern zählte die Stadt 170 Einwohner mehr als im Vorjahr.

2. Strategische Ausrichtung der Gesellschaft 2013

Hauptziel der Gesellschaft ist, für den Konzessions- und Hauptauftraggeber Stadt Halle, die Gebietskörperschaften im Umland sowie private und gewerbliche Auftraggeber die wesentlichsten Dienstleistungen der Trinkwasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Straßenreinigungs- und Winterdienstleistungen sowie die Gebäudereinigung nachhaltig und langfristig anzubieten und zu erbringen. Um diese Aufgaben zu erfüllen, war es wichtigstes Ziel der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2013, eine kundenorientierte und kontinuierliche Verbesserung der angebotenen Dienstleistungen vorzunehmen und gleichzeitig wirtschaftliche Optimierungspotenziale zu erschließen. Bestandteil dieser Aufgabenstellung ist das Bemühen der Gesellschaft, durch weitere Erschließung von Effizienzpotenzialen die Entgelte für diese Dienstleistungen auf einem angemessenen Niveau für die Bevölkerung zu halten.

Wesentliche Herausforderungen für die HWS war und ist, den strategischen Prozess der Stadtwerke Halle „Exzellenz plus 20“ nachhaltig durch höhere Ergebnisbeiträge zu unterstützen. Zur Umsetzung des Programmes „Exzellenz plus 20“ der SWH wurden mit allen Bereichen der HWS durch die Geschäftsführung Maßnahmen zur Erschließung von weiteren Effizienzreserven beraten. Im Ergebnis wurde insbesondere die Umsetzung der HWS 2020 - Projekte beschleunigt, um Ergebnisverbesserungen zu erreichen. Darüber hinaus konnten unternehmensübergreifende Gesamtprojekte durch die HWS wie „Zentrales Fuhrparkmanagement“ und „Zentralwerkstatt“ initiiert werden. Im Jahr 2013 konnten somit zur Zielstellung der Ergebnisverbesserung von 1,2 Mio. € tatsächlich 1,29 Mio. € erreicht werden. Für die Mittelfristplanung besteht dieses Ziel fort, um eine nachhaltige Unterstützung des Gesamtprozesses der Stadtwerke zu sichern.

Ein strategischer Schwerpunkt der Gesellschaft wird durch Umsetzung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse und Technologien in innovative Projekte begründet. Das Forschungsprojekt „Integrierte Verwertungsanlage und Strategie für kommunale Biomasse – Hydrothermale Carbonisierung“ konnte 2013 der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Mit dem Projekt, das 2012 begann, verfolgt die HWS gemeinsam mit dem Deutschen Biomasseforschungszentrum Leipzig das Ziel, ein integriertes Verfahren zur gestuften energetischen Nutzung von Bioabfall und weiteren Biomassefraktionen zu konzipieren, aufzubauen und zu erproben und damit einen eigenständigen Beitrag zur effizienten Erschließung und Nutzung biogener Reststoffe zu leisten. Die Anlage konnte im August 2013 eingeweiht werden und wird 2014 mit der Verwertung von ca. 2.000 t Biomasse beginnen. Nach erfolgreichem Abschluss der Verwertung von Grünschnitt werden weitere biogene Fraktionen in der Anlage erprobt, um Optimierungspotenziale der Anlage zu erschließen.

Darüber hinaus wurde im Jahre 2013 damit begonnen, eine Recyclinganlage für Elektroaltgeräte zu planen, zu genehmigen und zu realisieren. In Umsetzung der Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes sollen somit hochwertige Recyclingprodukte aus Elektrokleingeräten und Fernsehern gewonnen werden.

Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt der strategischen Ausrichtung des Unternehmens war die Weiterführung der Umsetzung der Entschuldungsstrategie der HWS, u. a. mit den Elementen Portfolioswap und Schuldscheindarlehen. Damit soll die Finanzierungsfähigkeit künftiger Investitionen durch Senkung des Darlehensbestandes sichergestellt und Zinsänderungsrisiken begegnet werden.

3. Veränderungen in der Gesellschaft

3.1 Management

Jörg Schulze ist seit dem 01. Januar 2013 Geschäftsführer des Unternehmens. Der bisherige Geschäftsführer, Herr Matthias Lux, ist zum 30.04.2013 aus der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH ausgeschieden. Als Prokuristen der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH sind im Jahre 2012 Frau Romy Kloß, Herr Burkhardt Jänicke und Herr Hans-Christian Neuber neu berufen worden. Die bestehende Prokura von Frau Barbara Nebelung wurde erweitert.

3.2 Qualitätsmanagement, Zertifizierungen

Die Erfüllung der unter Punkt 1 dargestellten generellen Ziele setzt die konsequente Umsetzung des Qualitätsmanagements der HWS voraus. Schwerpunkt des Qualitätsmanagements und gleichzeitig wesentlichste Überprüfungskriterien sind die jährlichen Zertifizierungen durch externe Überwachungsgremien. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten folgende Überwachungen und Zertifizierungen erfolgreich abgeschlossen werden:

- Wiederholungszertifizierung des Zählzentrums für Einwegverpackungen nach der Zertifizierungsrichtlinie der Deutschen Pfandsystem GmbH
- Überwachung der Akkreditierung des Trinkwasserlabors durch die DAkkS
- Zertifizierung des Bereiches Entsorgung zum Entsorgungsfachbetrieb
- Zertifizierung zum Qualitäts- und Umweltmanagementsystem.

3.3 Wesentliche neu abgeschlossene Verträge

Zu den wichtigsten Zielen zählen in der HWS die Kundenorientierung und kontinuierliche Verbesserung, Optimierung des bestehenden Produkt- und Dienstleistungsportfolios sowie die Geschäftsfelderweiterung. Entsprechende Maßnahmen wurden auch 2013 unternommen.

Da die HWS die Gesamtreinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze realisiert, hat sie sich im Rahmen des Strategiekonzeptes „HWS 2020“ mit dem Thema „**Reinigung der öffentlichen Straßenentwässerungseinrichtungen**“ auseinandergesetzt. Auf Initiative der HWS wurde in 2013 gemeinsam mit dem zuständigen Tiefbauamt der Stadtverwaltung Halle die konkrete Ausgestaltung zu dem Leistungsumfang bearbeitet. Im Ergebnis der Ausarbeitungen wurde zwischen der Stadt Halle (Saale) und der HWS ein Dienstleistungsvertrag über die Reinigung von Straßenentwässerungseinrichtungen der Stadt abgeschlossen. Die Erbringung der Leistungen wurde über einen Zeitraum von 4 Jahren (mit Option auf weitere 4 Jahre) ab dem 01.01.2014 vereinbart. Die Dienstleistung beinhaltet die Reinigung der Sinkkästen inklusive der Anschlussleitungen, ggf. Spülarbeiten sowie die Dokumentation dieser Leistungen. Für die HWS verspricht dieser Vertrag durch die neuen Aufgaben eine Umsatzsteigerung und die Möglichkeit, durch das Effizienzprogramm „HWS 2020“ freigesetzte personelle und materielle Kapazitäten für die Lösung dieser Aufgabenstellung einzusetzen.

Bereits im Jahr 2012 erfolgte die Ausschreibung der DSD GmbH zur **Sammlung von Leichtverpackungen** (gelbe Tonne). Die HWS GmbH konnte sich dabei wiederholt durchsetzen und hat den Zuschlag zur Sammlung von Leichtverpackungen in der Stadt Halle ab dem 01. Januar 2013 für weitere 3 Jahre erhalten.

Weiterhin konnte im Jahr 2013 mit der Stadt Halle ein Vertrag geschlossen werden, welcher zukünftig die **Behandlung und Verwertung der Grünabfälle** von Flächen der Stadt und den Friedhöfen in der Verantwortung der HWS umfasst.

Darüber hinaus wurden Verträge innerhalb des Konzerns mit der Abfallwirtschaft Halle-Lochau GmbH (AWH) neu geschlossen, welche sicherstellen, dass die Deponiesickerwasserbehandlung zum überwiegenden Teil durch das Klärwerk Halle-Nord realisiert wird und entstehender Klärschlamm zur Rekultivierung der Deponie Lochau eingesetzt werden kann.

Im Rahmen des unternehmensübergreifenden Projektes „**Zentrales Fuhrparkmanagement**“ wurde die durch die HWS durchgeführte Kraftfahrerschulung auf den Bereich der Hallesche Verkehrs-AG sowie weitere externe Unternehmen ausgedehnt.

3.4 Organisations-, Prozess- und Strukturveränderungen

2013 wurde das „HWS 2020“-Projekt „Zusammenlegung der Labore“ weitestgehend abgeschlossen. Am Standort des Klärwerkes Nord wurden umfangreiche Umbaumaßnahmen vorgenommen, damit das Trinkwasser- und Abwasser- sowie das Abfallanalytiklabor, welches bislang bei der Abfallwirtschaft Halle angesiedelt war, zusammengelegt werden konnten. Ziel des Projektes ist es, durch Erweiterung des Portfolios an Analytikleistungen neue Geschäftsfelder auch auf dem Drittmarkt zu erschließen und durch Kostenoptimierung sowie durch die Nutzung von Synergieeffekten gleichgelagerter Prozesse eine Erhöhung der Wirtschaftlichkeit des Zentrallabors sicherzustellen. Darin eingeschlossen ist die Gewährleistung einer hohen Verfügbarkeit für Analytikleistungen, die im Bereich der Trinkwasserversorgung, der Abwasserentsorgung und der Rekultivierungsmaßnahmen der Deponie Lochau benötigt werden. Aufgrund der zentralen Stellung des Labors wurde dieses als Stabsstelle direkt bei der Geschäftsführung angesiedelt.

Im Rahmen der Betriebsoptimierung wurde im Jahr 2013 ebenfalls die Maßnahme „**Schaffung eines zentralen Facilitymanagements**“ umgesetzt. Zielsetzung dieses Optimierungsprozesses ist eine einheitliche und zugleich zentrale Wartungs-, Inspektions- und Instandsetzungsbetreuung, Kostenkontrolle und -optimierung sowie die Vertragsgestaltung, Flächenverwaltung und Dokumentation der Immobilien der HWS. Neben der Einsparung von Kosten für Betrieb, Wartung und Instandhaltung soll auch eine effektivere Nutzung bzw. Veräußerung von Gebäuden, Anlagen und Flächen erreicht werden. Das Sachgebiet Facilitymanagement wurde im Bereich Finanzen / Rechnungswesen / Einkauf angesiedelt.

Darüber hinaus wurde im Jahre 2013 damit begonnen, eine umfassende Änderung in der Abteilung Hausanschlusswesen sowie im Bereich Systemtechnik zu konzipieren und schrittweise umzusetzen. Ziel der Veränderung ist es, durch direkte Zuordnung zu den auftraggebenden technischen und kaufmännischen Bereichen effektivere Arbeitsstrukturen zu schaffen, Synergieeffekte bei gleichartigen Arbeiten zu erschließen, Kostenreserven zu generieren und durch die Erschließung von Optimierungspotenzial auf die demographische Entwicklung zu reagieren. Beide Projekte konnten konzeptionell 2013 abgeschlossen werden und sollen bis 30. Juni 2014 umgesetzt werden.

3.5 Sonstige Veränderungen

Die Stadtwerke-Gruppe hat im Berichtsjahr eine **Modernisierung ihres Corporate Designs** vorgenommen, das ab April 2013 einheitlich für alle Stadtwerke-Töchter umgesetzt wurde. Ziel des neuen Auftritts war, den vielfältigen Änderungsprozessen der letzten Jahre in und zwischen den Unternehmen Rechnung zu tragen und eine gemeinsame Erkennungs- und Identifikationsgrundlage zu schaffen. Den Kunden soll durch die Einführung des neuen Erscheinungsbildes auch optisch die Zugehörigkeit der einzelnen Unternehmen zum Stadtwerkekonzern und damit gleichzeitig die Verbindung der einzelnen Unternehmen miteinander vermittelt werden. Nicht zuletzt soll das neue Corporate Design außerdem die Identifizierung aller Stadtwerkeverbund-Mitarbeiter mit ihrem Unternehmen stärken und deren Bewusstsein für eine gemeinsame Zielerreichung unterstützen.

Seit dem 07. November 2013 ist die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft in einer Testphase mit einer **eigenen Präsenz auf Facebook** vertreten. Hierüber sollen zielgerichtet wichtige und kundenorientierte Informationen schnell übermittelt werden. Ebenfalls sollte für den Kunden eine direkte Möglichkeit geschaffen werden, um mit dem Unternehmen unkompliziert Kontakt aufnehmen zu können.

4. Entwicklung im Bereich Trink- und Abwasser

Die Umsatzerlöse im Bereich Wasser wurden mit 783 TEUR (+2,5 %) leicht über dem Planansatz realisiert. Dabei konnte der leichte Minderabsatz für die Wasserlieferungen an die MIDEWA Merseburg durch einen höheren Absatz in der Stadt Halle und dem Versorgungsgebiet des WAZV Saalekreis überkompensiert werden. Durch konsequente Kostensenkungsmaßnahmen unter Berücksichtigung des Wasserentnahmeentgeltes konnte das Unternehmen Preissenkungsmaßnahmen ab dem 01. Januar 2013 durchführen. Für die Kunden in der Stadt Halle und in den Mitgliedsgemeinden des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Saalkreis konnte der Mengenpreis für Trinkwasser gesenkt werden. Die Preissenkung im Trinkwasserbereich betrug 6 Cent/m³ auf 1,40 EUR (brutto).

Die Mehrerlöse im Bereich Abwasser in Höhe von 1.030 TEUR (+2,3 %) sind im Wesentlichen eine Folge der Entwicklung der Kosten in der Sparte Abwasser.

Das Entgelt für die Einleitung von Schmutzwasser aus Haushalten, Kleingewerbe und Industrie wurde um 9 Cent auf 3,46 EUR/m³ (brutto) gesenkt. Ebenfalls gesenkt wurde das Entgelt für die Einleitung von Schmutzwasser über eine Kläranlage sowie die Einleitung sonstiger Wässer (Grund-, Drainage- oder Kühlwasser) um 3 Cent auf 2,44 EUR/m³ (brutto). Das Entgelt für die Einleitung von Niederschlagswasser blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert.

477 TEUR weniger Erlöse für die Reinigung des Deponiesickerwassers im Vergleich zur Planzielstellung durch fehlende Zuführung seitens der AWH wurden durch die Übererfüllung der Erlöse im Bereich Stoffstrommanagement überkompensiert. Durch Abschluss des neuen Vertrages mit Wirkung vom 01. Januar 2014 ist diese Umsatzminderung ausgeschlossen.

Im Rahmen der „HWS 2020“-Strategiekonzeption wurden im Bereich Wasser/Abwasser im Cluster Betriebsoptimierung 14 Projekte umgesetzt bzw. abgeschlossen, im Cluster Geschäftsentwicklung und Wachstum konnten zwei Projekte umgesetzt bzw. abgeschlossen werden. Die im Lagebericht 2012 aufgezeigte Zusammenlegung der Leitwarte wurde 2013 inhaltlich vollzogen. Darüber hinaus setzt der Bereich seit 2013 ein Videofahrzeug zur TV-Befahrung von Abwasseranlagen ein. Mittels hochauflösender Videotechnik wird der Zustand der Kanäle aufgezeichnet und dokumentiert. Mit Umsetzung dieser Maßnahme konnten freigesetzte Arbeitskräfte aus dem Bereich Leitwarte eine neue Tätigkeit aufnehmen und Fremdleistungen in Höhe von 350 TEUR jährlich abgelöst werden. Gleichzeitig ist die HWS in der Lage, die gesetzlichen Vorgaben zur Eigenüberwachung besser zu erfüllen.

Zur langfristigen Investitionsplanung und zielgerichteten Umsetzung von Investitionen wurden, im Rahmen der Umsetzung des Projektes HOAI, Prozessveränderungen im Bereich Planen durchgeführt. Die Trennung zwischen Planen und Bauen wurde aufgehoben und Projektverantwortliche für die Gesamtgestaltung der Projekte eingesetzt. Darüber hinaus wird in den nächsten Jahren angestrebt, 80 % der Leistungsstufen 1 und 2 sowie 7 und 8 der HOAI selbst im Bereich Planen der HWS auszuführen. Da der Bereich Trink- und Abwasser den größten Teil der Investitionen im Jahr realisiert (ca. 13 Mio. EUR), soll mit dieser Maßnahme erreicht werden, dass

- durch eigene Erarbeitung der Aufgabenstellung und des Variantenvergleiches eine bessere und zielgerichtete Koordinierung mit der Trink- und Abwasserzielplanung hergestellt werden kann
- die verwendeten Standards in Material- und Verlegungsmethoden optimiert werden,
- besser noch als bisher Maßnahmen einer lebensverlängernden Instandhaltung an die Stelle großflächiger Investitionen gesetzt werden
- Kostenoptimierungspotenziale bereits in die Aufgabenstellung und in den Variantenvergleich einfließen
- durch Übernahme der Bauüberwachung strengere Anforderungen der Aufgabenstellung und möglicher Kostenoptimierungspotenziale nicht durch Nachträge kompensiert werden.

Die Realisierung des Projektes wurde für den Mittelfristplanungszeitraum ausgelegt.

An weiteren Maßnahmen wie Instandhaltung, Störanalyse bei Abwasserpumpwerken und Trinkwasseranlagen, Senkung der Wasserverluste, Optimierung Energie und Betriebsmittelverbrauch, Strukturveränderungen im Bereich Trinkwasser - um nur einige zu nennen - wird aktiv gearbeitet.

Die kontinuierlichen Bestrebungen des Unternehmens **Wasserverlusten** z.B. durch gezielte gebietsweise Leckortungsmaßnahmen entgegenzuwirken, konnten im Jahr 2013 zu deren Senkung beitragen. Die Wasserverluste wurden für 2013 mit 8,2 % ermittelt, was einem Rückgang von 0,6 % im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Als Wasserverlust wird dabei die volle Differenz zwischen eingekaufter und verkaufter Wassermenge betrachtet.

In den Geschäftsfeldern Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung unterstützt die HWS weiterhin die Stadt Halle bei ihren **Ansiedlungsaktivitäten**, um zukünftig weitere Absatz- und Kundenpotenziale zu erschließen. So begann die HWS bereits 2011, schrittweise das Schmutzwasser- und Trinkwassernetz auf dem städtischen neu erschlossenen Industriegebiet an der Autobahn A 14 – „Star Park“ genannt - zu übernehmen. Die Übernahme der Anlagen der äußeren und inneren Erschließung soll im 1. Quartal 2014 abgeschlossen werden.

Das Junihochwasser 2013 war für die Mitarbeiter des Bereiches Wasser/Abwasser eine große Herausforderung. 25 Abwasserpumpwerke, Trinkwasser- und Abwasserleitungen wurden teilweise schwer beschädigt. Das Abwasserpumpwerk Tafelwerder wurde durch einen vom Druck des Wassers zerstörten Regenwasserabwurfkanal völlig überspült.

Dem hohen Engagement und der fachlichen Kompetenz der Mitarbeiter des Bereiches, unterstützt durch Mitarbeiter der Verwaltung, ist es zu verdanken, dass die Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung auch während des Hochwassers gesichert war und in kürzester Zeit durch Provisorien der Regelbetrieb wieder aufgenommen werden konnte. Die Abwicklung der Schäden wird sich über 3 Jahre hinziehen (siehe Punkt Investitionen).

5. Entwicklung Bereich Abfalllogistik und Ressourcenwirtschaft sowie Reinigungsdienste

Die Umsätze in der Entsorgung und Reinigung wurden mit einer auszuweisenden Planunterschreitung in Höhe von 107 TEUR nicht erfüllt. Darin eingeschlossen war die Kompensierung des Umsatzausfalls bei der Straßenreinigung in Höhe von -226 TEUR, begründet durch den bis Ende April anhaltenden Winter. Insbesondere hochwasserbedingt konnten Planüberschreitungen bei den sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von 697 TEUR generiert werden. Der durch Mengen- und Preisrückgang eingetretene Ausfall von Umsatzerlösen im Bereich Schrott konnte durch zielgerichtete Akquisition im Wertstoffbereich nicht nur kompensiert werden, sondern führte zu einer Übererfüllung der Plankennziffern.

Einer besonderen Belastung war der Bereich Abfalllogistik und -behandlung im Zeitraum Juni bis Mitte Juli durch die Organisation von Abwehrmaßnahmen bei direkten Hochwassereinsätzen und die Entsorgungsleistungen in Folge des Hochwassers ausgesetzt. So wurden am Standort Äußere Hordorfer Straße in der Zeit vom 10. Juni bis 16. Juni mit großer Unterstützung von Freiwilligen rund um die Uhr ca. 250.000 Sandsäcke befüllt und mit Fahrzeugen der HWS zu den Einsatzschwerpunkten an den Deichen in Halle befördert. Mitte Juli wurden 1.700 Tonnen Sperrmüll zusätzlich aus den Hochwassergebieten eingesammelt, transportiert und zur Verwertung der RAB zugeführt. Die HWS erhielt vom Oberbürgermeister den Auftrag zur Koordinierung der Sandsackentsorgung in der Stadt Halle. Innerhalb von nur 5 Tagen wurden rund 650.000 Sandsäcke in der Altstadt und an den Schwerpunktdeichen abgebaut und entsorgt, um somit den öffentlichen Straßenraum für den Verkehr freigeben zu können. Der hohen Einsatzbereitschaft der Mitarbeiter sowohl im gewerblichen Bereich als auch dem zusätzlichen Einsatz von Mitarbeitern der Verwaltung ist die herausragende Erfüllung dieser Aufgabenstellung zu verdanken.

Die HWS stellte im April 2013 den Genehmigungsantrag gemäß §4 BImSchG beim Landesverwaltungsamt zur Errichtung und zum Betrieb einer **Anlage zur Lagerung und Behandlung von Elektro- und Elektronikschrott**. Am 01.10.2013 erhielt die HWS den Bescheid für die Zulassung des vorzeitigen Baubeginns zur Errichtung der Anlage. Der Genehmigungsbescheid für die Errichtung und den Betrieb der Anlage wurde im November durch das Landesverwaltungsamt erteilt. Er beinhaltet für den Standort Äußere Hordorfer Straße die sonstige Behandlung von gefährlichen Abfällen mit einer Durchsatzkapazität von 22 Tonnen je Tag und nicht gefährlichen Abfällen mit einer Durchsatzkapazität von 35 Tonnen je Tag. Dazu gehören ebenfalls die Lagerung von gefährlichen Abfällen mit einer Gesamtkapazität von 149 Tonnen und die Lagerung von nicht gefährlichen Abfällen inklusive Eisen- oder Nichteisenschrott mit einer Gesamtkapazität von 300 Tonnen. Die Anlage soll im ersten Quartal 2014 in Betrieb genommen werden.

Das Pilotprojekt zum Einsatz von **Telematik in den Unternehmensbereichen Entsorgungsdienste und Stadtreinigung** wird aufgrund der durchweg positiven Ergebnisse aus den Jahren 2012 und 2013 auch im neuen Geschäftsjahr weiter intensiviert und ausgebaut.

Die **permanente Tourenoptimierung** in der Abfallsammlung und Logistik ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor und unterliegt daher einer kontinuierlichen Überprüfung und Anpassung.

Aus ebendiesem Grund erfolgte im Jahr 2013 auch eine Überprüfung aller Tourendaten für die Flächen- und Gehwegreinigung, in deren Resultat die Touren weiter optimiert werden konnten und dadurch vereinzelt als unwirtschaftlich erkannte Touren aufgelöst wurden. Intensiviert wurde dieser Maßnahmepunkt, um auf die Senkung des Kraftstoffverbrauches Einfluss zu nehmen. 130 TEUR Einsparung von Treibstoffkosten im Vergleich zum Plan bestätigt die Richtigkeit dieses Weges.

Weitere Optimierungen wurden im Berichtszeitraum auf dem Gebiet des **Winterdienstes** durchgeführt. Wichtige Ziele waren hierbei die Steigerung des Umsatzes, die Stärkung der Beschäftigungssicherheit sowie die Routenoptimierung im Einsatzgebiet. Dafür wurde über eine Kennzahlenauswertung die effiziente Durchführung des Winterdienstes im Stadtgebiet einer Überprüfung unterzogen. Die Erstellung eines Konzeptes zur wirtschaftlichen Gewinnung neuer Kunden in Halle und der Region war ebenfalls Bestandteil. Im Januar 2013 erfolgte die Neuausschreibungen der zu vergebenen Winterdienstleistungen mit dem Ziel, mehr Leistungen in eigener Regie zu verwirklichen und optimalere und effizientere Winterdienststrouten zu realisieren.

Durch die SWH wurde im November 2013 das Projekt „E-mobile/**Elektro-Mobilität Mitteldeutschland**“ im Konzern initiiert. Dieses Projekt beinhaltet einerseits die Senkung der Kosten des Fahrzeugpools im Konzern und andererseits die Stärkung des Umweltgedankens im täglichen Arbeitsprozess. Innerhalb dieses Projektes wurden deshalb innerhalb des Konzerns zehn weitere Elektrofahrzeuge für die verschiedenen Einsatzzwecke in den Unternehmen erworben. Alle Fahrzeuge werden vom zentralen Fuhrparkmanagement der HWS betreut.

Unter Führung der HWS wurden 2013 die konzeptionellen Voraussetzungen geschaffen, ein stadtwerkeeinheitliches zentrales Fuhrparkmanagement zu etablieren und die bestehenden Werkstätten der Stadtwerke in einer Zentralwerkstatt zusammenzufassen. Das Projekt „**Zentrales Fuhrparkmanagement**“ zielt darauf ab, die über 650 reifengebundenen Fahrzeuge der Stadtwerke (ohne Busse und Spezialfahrzeuge) effektiver einzusetzen, Synergien aus der Zentralisation im Einkauf zu erschließen, durch Auswertung fahrzeugbezogener Daten Einfluss auf das Fahrerverhalten zu nehmen, um somit letztlich Optimierungs- und Kostensenkungspotenziale zu erschließen. Darin eingeschlossen sind alle den Lebenszyklus des Fahrzeuges tangierenden Prozessbereiche wie Technik (Werkstattleistung, Instandhaltung, Instandsetzung), Logistik (Beschaffung der Fahrzeuge, Material, Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Fremdleistung Bestandsführung), Kaufmann (Kreditorenbuchhaltung, Anlagenbuchhaltung, Debitorenbuchhaltung, Fakturierung, Controlling), Personal (Mitarbeiterqualifizierung, genehmigungsrechtliche personen-gebundene Daten). Die Umsetzung des Projektes ist für 2014 vorgesehen.

Die Einrichtung einer „**Zentralwerkstatt** für reifengebundene Fahrzeuge“ für die gesamte SWH-Gruppe ist eine weitere Veränderung in der Unternehmensorganisation, die zudem unternehmensübergreifenden Einfluss hat. Die Konzernunternehmen verfolgen mit dieser Zentralisierung neben der Einsparung von Kosten durch den optimierten Einsatz vorhandener Ressourcen auch die Erhöhung der Leistungsfähigkeit und Effizienz der Konzernwerkstätten durch die Erschließung von Synergien, so z.B. im Einkaufsprozess oder in der Lagerhaltung. Das betrifft vor allem die Optimierung der Spezialisierung, die Einsparung unnötiger Ersatzinvestitionen, den optimalen Einsatz des vorhandenen Personals, die Erhöhung der Eigenleistungen und die entsprechende Verringerung der Fremdleistungen. Die Umsetzung der Konzeption ist nach Abschluss der Prüfungen für das Jahr 2014 vorgesehen.

6. Personal

Das Unternehmen war im abgelaufenen Geschäftsjahr 2013 wie auch in den Vorjahren bestrebt, dem erwarteten Fachkräftemangel vor allem in den technischen Bereichen des Unternehmens entgegenzuwirken. Die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft setzt dabei verstärkt auf die Gewinnung von Fachkräften aus den eigenen Reihen. So waren zum Jahresende 2013 59 Auszubildende bei der HWS beschäftigt, darunter 8 Studenten in einem dualen Studium. Die Ausbildung erfolgt in den Ausbildungsberufen Berufskraftfahrer/-in, Fachkraft für Kreislauf- und Abfallwirtschaft, Elektroniker/-in für Automatisierungstechnik, Anlagenmechaniker/-in, Kfz-Mechatroniker/-in, Chemielaborant/-in, und Gebäudereiniger/-in und Bürokauffrau/-mann, Industriekauffrau/-mann sowie über duale Studiengänge.

Das Unternehmen beschäftigte im Geschäftsjahr 2013 im Durchschnitt 696 Arbeitnehmer (Vj: 711).

Im März 2012 waren die Mitarbeiter der SWH- Gruppe erstmals dazu aufgerufen, sich für den TalentPool zu bewerben. Von 23 ausgewählten TalentPool-Teilnehmern stammen 4 aus der HWS. Im TalentPool werden die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen über verschiedene Bausteine lauffahrunabhängig qualifiziert und ihre Kompetenzen weiter ausgebaut. Im Fokus stehen die Fach-, Führungs- und Projektlaufbahnen, für die der TalentPool den Weg ebnen soll. Durch Schulungen und Trainings sollen gezielt Kompetenzen weiterentwickelt werden.

Des Weiteren startete im März 2013 die konzernweite **Führungskräfteentwicklung**. Diese leistet einen entscheidenden Beitrag, um die strategischen Ziele der HWS auf der Ebene Ressourcen & Wissen zu erreichen. Das bedeutet unter anderem:

- die Entwicklung von Fach-, Methoden- und Führungskompetenz auf Basis des SWH-Kompetenzmodells
- die Steigerung der Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft durch die Befähigung der Führungskräfte, ihre Ziele zu erreichen und darüber auch ihre Motivation zu steigern
- die Steigerung der Attraktivität als Arbeitgeber durch eine Dialog- und Kooperationskultur in Verbindung mit attraktiven individuellen und kollegialen Entwicklungsangeboten.

Der Teilnehmerkreis umfasst alle Führungskräfte der HWS (insgesamt 86, davon 26 Frauen und 60 Männer), die andere Mitarbeiter fachlich und / oder disziplinarisch führen. Die Führungskräfte des Unternehmens investierten im Jahr 2013 durchschnittlich

3 Weiterbildungstage im Rahmen der Führungskräfteentwicklung.

Das unternehmensinterne **Weiterbildungsprogramm für Berufskraftfahrer** nach dem Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz (BKrFQG) für die logistikgeprägten Bereiche des Unternehmens hat sich etabliert und wird auch von anderen Konzernunternehmen und Fremdfirmen in Anspruch genommen. Des Weiteren hat sich die HWS als interner Ausbilder für die Gabelstaplerqualifizierung bewährt. Eine Fortführung der Programme wird auch im Jahr 2014 erfolgen.

7. Investitionstätigkeit

Die **Investitionen des Geschäftsjahres 2013** der HWS hatten einen Gesamtumfang von 17.424 TEUR (Vorjahr: 21.009 TEUR). Auf den Abwasserbereich entfielen dabei Investitionen von 8.738 TEUR (Vorjahr: 12.354 TEUR) und auf den Trinkwasserbereich 5.107 TEUR (Vorjahr: 4.954 TEUR). Darüber hinaus entfielen 3.586 TEUR im Abwasser und 30 TEUR im Trinkwasser auf unentgeltliche Übernahmen.

Investitionsschwerpunkte waren im Geschäftsjahr 2013 für die Sparten Wasser und Abwasser die Baumaßnahmen des Stadtbahnprogramms der Stadtwerke Halle, dessen Umsetzung mit den Maßnahmen in der Großen Ulrichstraße und in der Torstraße begonnen wurde. Eine sukzessive Weiterführung der Stufen 1 und 2 des Programms ist bis zum Jahr 2019 geplant.

Folgende Schwerpunktprojekte wurden 2013 zusätzlich im **Abwasserbereich** realisiert:

- die Weiterführung der abwassertechnischen Ersterschließung entsprechend Abwasserbeseitigungskonzeption (z.B. im Stadtteil Halle-Reideburg)
- die Sanierung von Kanalabschnitten in den Zustandsklassen mit umgehendem Handlungsbedarf, wie zum Beispiel die Haupt- und Grundstücksanschlusskanäle in der Krukenbergstraße, der Roßbachstraße und der Turmstraße (1.BA). Dabei wurden die Verfahren der Rohrrenovierung (Inliner) in Kombination mit punktuellen Auswechslungsmaßnahmen angewendet

- Abschluss des Neubaus eines Transportkanals DN 900 in der Helmut-Just-Straße im unterirdischen Vortrieb zur Verbesserung der hydraulischen Situation im Gesamteinzugsgebiet Bergschänkenweg/Gottfried-Keller-Straße in Umsetzung des Generalentwässerungsplanes
- Erneuerung des hydraulisch überlasteten, desolaten Kanalnetzes in einem Teilbereich von Halle-Nietleben in der Kreuz-, Zwilling-, Windmühlenstraße und im Müllerweg
- Ertüchtigung der Kläranlage Halle-Nord (Bau einer Anlage zur Kalkdosierung und eines zusätzlichen Behälters zur Nacheindickung von Überschussschlamm und eines Schlammspeichers).

Im Bereich **der Trinkwasserinvestitionen** lagen die Schwerpunkte im abgelaufenen Geschäftsjahr neben der Beteiligung an den bereits aufgeführten Stadtbahnmaßnahmen auf folgenden Projekten:

- Sanierung von schalenbruchgefährdeten Hauptversorgungsleitungen in der Adam-Kuckhoff-Straße, der Zinkgartenstraße und der Turmstraße mittels Einzug einer neuen Trinkwasserleitung DN 400 GGG in die vorhandene ca. 100 Jahre alte Graugussleitung DN 600
- Maßnahmen zur Senkung des Rohrbruchgeschehens und zur Senkung von Wasserverlusten durch Ersatz von besonders schadensanfälligen Leitungen, z. B. in der Dürrenberger Straße, dem Ammendorfer Weg, der Gottfried-Keller-Straße, der Gartenstadtstraße/Pirolweg und der Krukenbergstraße
- Neubau einer Druckerhöhungsstation im Bereich der Röntgenstraße mit dem Ziel der Verbesserung des Wasserversorgungsdruckes für die Anwohner und der Abgrenzung vom Versorgungssystem des Krankenhauses Dölau
- Beginn der Sanierungsarbeiten an den Trinkwasserbehältern Halle-Ost (Deckenabdichtung von 2 Behältern).

Um Synergieeffekte zu erzielen, wurden Maßnahmen gemeinsam mit den Schwestergesellschaften EVH GmbH und HAVAG umgesetzt (Gottfried-Keller-Straße, Merseburger Straße).

Schwerpunkt im Bereich des Hausanschlusswesens war im Jahr 2013 die abschließende Auswechslung der noch vorhandenen Blei-Hausanschlüsse im Versorgungsgebiet.

Die Investitionen des abgelaufenen Geschäftsjahres im Unternehmensbereich Entsorgung, Kreislaufwirtschaft und Reinigung betrugen 2.186 TEUR (Vorjahr 3.103 TEUR). Wesentlichen Anteil hierbei haben die Kosten für die Errichtung von Speicherbehältern für die Lagerung von Salz für den Winterdienst, die noch nicht abgeschlossenen Investitionen für den Neubau der Elektro- und Elektronikschrottsortieranlage in der Äußeren Hordorfer Straße, Aufwendungen zur Errichtung der Anlage zur Hydrothermalen Carbonisierung sowie Ersatzinvestitionen im Bereich der Fahrzeugtechnik.

Darüber hinaus mussten Investitionen aufgewandt werden, um durch das Hochwasser beschädigte oder zerstörte Gebäude, Anlagen und Technik zu ersetzen. Aufgrund von Gefahr im Verzuge betraf das Sofortinvestitionen im Bereich der Abwasserpumpentechnik und der Trinkwasserversorgung. Der größte Teil der schadensbedingten Investitionen an der kommunalen Infrastruktur wird erst in den nächsten Jahren vorgenommen werden können. Insgesamt wurden durch die HWS auf der Grundlage der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 (Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013) rund 24,5 Mio. EUR Schadenssumme angemeldet. Im Januar 2014 erhielt die HWS von insgesamt 8 für die kommunale Infrastruktur übergebenen Genehmigungsbescheiden 6 aus der Hand des Ministerpräsidenten des Landes. Bis zum 30. Juni 2014 sind alle Anträge zur Hochwasserschadensbeseitigung zu stellen. Sollten die beantragten 24,5 Mio. EUR Fördermittel bewilligt werden, bedeutet das eine Erhöhung des Investitionsvolumens im Bereich Trink- und Abwasser um jährlich ca. 40 %. Die prozessorganisatorischen und personellen Voraussetzungen für die Bewältigung dieses Investitionsprogrammes werden 2014 geschaffen.

8. Wirtschaftliche Entwicklung

8.1 Gewinn- und Verlustrechnung

Die geplanten Umsatzerlöse der HWS konnten mit 5,1 %, das entspricht 5.708 TEUR, überschritten werden. Im Vergleich zum Vorjahr ist das eine Steigerung um 2.253 TEUR. Wie in den Sparten bereits dargestellt, resultiert die Planübererfüllung in Höhe von 783 TEUR, das sind 2,5 %, aus dem Bereich Wasser und 1.030 TEUR, das sind 2,3 %, aus dem Bereich Abwasser.

Die Übererfüllung des Plans im Bereich Stoffstrommanagement um 1.591 TEUR resultiert im Wesentlichen aus einer in Analogie zum Materialaufwand für die Abfallentsorgung und -verwertung geänderten Zuordnung der erteilten Gutschriften an das Umweltamt der Stadt Halle (Saale) (1.395 TEUR). Diese werden nicht wie noch im Vorjahr und der Planung umsatzmindernd und damit kumulativ unter den Umsätzen PPK erfasst, sondern es erfolgt eine separierte Darstellung unter dem variablen Aufwand Abfallentsorgung und -verwertung.

Die Planunterschreitung der Umsatzerlöse Entsorgung und Reinigung ist im Wesentlichen auf die witterungsbedingte Leistungsreduzierung im ersten Quartal (Straßenreinigungsleistungen konnten nicht erbracht werden) zurückzuführen. Die Übererfüllung der Position „Sonstige betriebliche Erträge“ mit 1.264 TEUR resultiert insbesondere aus der Erzielung einmaliger Erträge (in Höhe von 1.323 TEUR) in Verbindung mit dem Hochwasser im Juni des Berichtsjahres. Dieser Einmaleffekt gleicht insbesondere die geringere Leistungserbringung für die TELONON aus.

Der geplante Materialaufwand in Höhe von 26.718 TEUR wurde mit 28.585 TEUR in Anspruch genommen, das ist eine Überschreitung von 1.867 TEUR. Diese Überschreitung resultiert im Wesentlichen aus der bereits aufgeführten, in Analogie zu den Umsatzerlösen aus dem Stoffstrommanagement vorgenommenen geänderten Zuordnung der erteilten Gutschriften an das Umweltamt der Stadt Halle (Saale) (1.395 TEUR).

Des Weiteren sind im Materialaufwand korrespondierend zu den sonstigen betrieblichen Erträgen einmalige Aufwendungen in Verbindung mit dem Hochwasser enthalten. Beim Materialaufwand für Chemikalien und Kraftstoffe konnten Einsparungen zwischen 4,7 und 7,1 % zum Plan erreicht werden. Diese sind, wie die Einsparungen bei bezogenen Fremdleistungen (831 TEUR, 11,5 % zum Plan), insbesondere auf die „HWS 2020“-Maßnahmen zurückzuführen, bei denen sowohl im Bereich der Kostenoptimierungen als auch bei der Ablösung von Fremdleistungen durch Eigenleistungen erhebliche Erfolge erzielt werden konnten. Weiterhin wurden die planmäßigen Transportleistungen durch die geringeren Deponiesickerwassertransporte in Folge des geringen Sickerwasseranfalls unterschritten. Der Personalaufwand liegt mit 188 TEUR unter den geplanten Kosten. Die Unterschreitung steht in Beziehung zum kumulierten Personalbestand, der eine Planunterschreitung von 4,7 VbE im Jahresdurchschnitt ausweist. Die Abschreibungen liegen aufgrund reduzierter Investitionsaufwendungen sowie unter Vollabschreibung der hochwassergeschädigten Bauwerke und Anlagen mit 696 TEUR (-3,7 %) unter dem Plan. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen wurden mit 2.055 TEUR (9,0 %) über dem Plan realisiert. Einsparungen konnten bei Mieten in Höhe von 123 TEUR, Instandhaltung der Grundstücke in Höhe von 168 TEUR sowie dem Leistungsentgelt für die Kläranlage Halle-Nord in Höhe von 611 TEUR erreicht werden.

Das Finanzergebnis ist auf Grund des günstigen Zinssatzes positiv. Insgesamt hat die HWS im Jahr 2013 ein Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 10.620 TEUR erreicht. Das sind 1.290 TEUR mehr als geplant, was einer Planüberschreitung von 13,8 % entspricht.

8.2 Entschuldungsstrategie

2013 wurden in Umsetzung des Strategieprogramms „HWS 2020“ zur Schuldenreduzierung zwei wesentliche Zielfunktionen erfüllt. Im Ergebnis der Verhandlung mit mehreren Banken konnte im Juni 2013 ein Portfolioswap über 96 Mio. EUR mit einer Laufzeit von 30 Jahren (30. Juni 2013 bis 30. Juni 2043) abgeschlossen werden. Mit dem Abschluss dieses Portfolioswaps sollen folgende Ziele erreicht werden:

1. hohe Planungs- und Zinssicherheit bei einem großen Anteil der Darlehen im Portfolio
2. langfristige Zins- und Planungssicherheit durch lange Laufzeiten
3. vollwertige Zinssicherung über den kompletten Zeitraum
4. Zinsentlastungen zum geplanten Zins durch die Nutzung des zum Abschluss niedrigen Zinssatzes
5. Ausstiegsmöglichkeiten durch einseitiges Kündigungsrecht der HWS ohne Ausgleichszahlung nach definierten Zeiträumen.

Ein zweites Ziel im Rahmen der Strategie zur Schuldenreduzierung bestand in der Entlastung der Liquiditätslage des Unternehmens durch Optimierung der Fälligkeitsstruktur der Darlehen sowie in der Erweiterung der Finanzierungspartner durch Erschließung neuer Finanzierungsquellen außerhalb des Bankensektors als notwendiger Schritt der künftigen Unternehmensfinanzierung. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die HWS in Abstimmung mit den Stadtwerken im Jahr 2013 die Begebung von Schuldscheindarlehen geplant und umgesetzt. Im Juli haben die Stadtwerke Halle Schuldscheindarlehen gebunden. Von diesen wurden mittels zweier Gesellschafterdarlehensverträge (Vertragslaufzeit ab 01. August 2013) durch die HWS endfällige Gesellschafterdarlehen in Höhe von 22,5 Mio. EUR mit einer Laufzeit von 10 Jahren und in Höhe von 10,5 Mio. EUR mit einer Laufzeit von 5 Jahren geschlossen. Damit konnten von den maximal 68,5 Mio. EUR geplanten Schuldscheindarlehen 33 Mio. über diese Gesellschafterdarlehen realisiert werden. Um das niedrige Zinsniveau weiterhin zu nutzen, hat die HWS darüber hinaus geplant, eine eigene Begebung von Schuldscheindarlehen in Höhe von 35,5 Mio. vorzunehmen. Im Ergebnis der Verhandlungen mit mehreren Banken wurde im November ein endfälliges Darlehen mit einer Laufzeit von 10 Jahren über 10 Mio. EUR abgeschlossen. Die restlichen 25,5 Mio. sollen mit einer Laufzeit von 15 Jahren und einer Laufzeit von 10 Jahren über Schuldscheindarlehen im zweiten Quartal 2014 gebunden werden. Die abgeschlossenen Gesellschafterdarlehen bzw. Schuldscheindarlehen dienen der Ablösung von Darlehen bei der HWS, deren Zinsbindungen bis zum 31. Dezember 2014 auslaufen, der Ablösung eines in der Zinsbindung bereits 2012 auslaufenden Darlehens sowie der Finanzierung von Investitionen im Verlaufe der Jahre 2013 und 2014.

8.3 Wesentliche Bilanzposten

Zum Vorjahresstichtag erhöhte sich die Bilanzsumme um 19.251 TEUR oder 4,5 %. Bei den immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen stehen den Investitionen (einschließlich unentgeltliche Übernahmen) von 21.040 TEUR Abschreibungen von 18.052 TEUR und Buchwertabgänge von 357 TEUR gegenüber. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich von 14.448 TEUR 2012 auf 14.805 TEUR 2013 nur unwesentlich entwickelt. Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen hauptsächlich Forderungen aus dem Cash-Pool.

Das Eigenkapital hat sich auf Grund der Einlage der Gesellschafterin in die Kapitalrücklage (1.200 TEUR) erhöht. Im Übrigen ist es auf Grund des mit der Alleingesellschafterin SWH bestehenden Ergebnisabführungsvertrages gegenüber dem Vorjahr unverändert. Die langfristigen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen, Strategischen Personalabgang und Grunddienstbarkeiten.

Die Darlehensverbindlichkeiten belaufen sich auf 257.069 TEUR. Einer Tilgung in Höhe von 23.301 TEUR stehen Neukreditaufnahmen in Höhe von 33.000 TEUR gegenüber, die sich ausschließlich aus dem Abschluss der Gesellschafterdarlehensverträge der SWH ergeben. Die Darlehensverbindlichkeiten bestehen zur Finanzierung des Anlagevermögens. Die kurzfristigen Rückstellungen enthalten insbesondere die Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen, die Konzessionsabgabe sowie die Abwasserabgabe. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bestehen hauptsächlich mit 10.620 TEUR gegenüber der SWH aus der Verpflichtung Ergebnisabführung des Geschäftsjahres 2013.

9. Beteiligungsbereich

Die HWS hält 100% der Geschäftsanteile an der W+H Wasser- und Haustechnik GmbH (W+H), Halle (Saale). Die W+H realisiert die Bewirtschaftung der Wasserzähler und Wasserzählerstandrohre im Versorgungsgebiet der HWS. Des Weiteren gehören Installationsleistungen, Instandhaltungsleistungen, Serviceleistungen im Fernwärmenetz sowie die Errichtung von Hausanschlüssen zum Leistungsspektrum der W+H.

Die HWS hält 100 % der Geschäftsanteile an der Cives Dienste GmbH (Cives), Halle (Saale). Die Cives erbringt für die HWS Dienstleistungen im Bereich der Gebäudereinigung sowie Logistikdienstleistungen und trägt damit langfristig zur Herstellung und Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit in diesem Geschäftsfeld bei.

Weiterhin hält die HWS 60 % der Geschäftsanteile der Wertstoffeffassung und Recycling GmbH (WER), Halle (Saale). Die WER erbringt Entsorgungsleistungen u.a. im Bereich der Altglaserfassung, -sammlung und -verwertung.

Darüber hinaus hält die HWS 12,5 % der Geschäftsanteile an der Maya mare GmbH & Co. KG. Hauptgesellschafter ist die Muttergesellschaft Stadtwerke Halle GmbH.

10. Risikobewertung

Eine Bewertung der Risiken der HWS wird im Risikomanagementsystem vorgenommen. Die Risikoinventur, -bewertung und die Festlegung von Strategien zur Risikobegegnung erfolgen jährlich. Die Ergebnisse werden in der Riskmap festgehalten. Für quantifizierbare Risiken aus vorhandenen möglichen Rechtsstreitigkeiten, schwebenden oder vollzogenen Vertragsbeendigungen und ähnliches wurden Rückstellungen gebildet. Kaufmännische Risiken wurden in den Kalkulationen eingebunden. Das Risikomanagementsystem der HWS benennt für das Jahr 2013 keine den Bestand des Unternehmens gefährdenden Risiken.

11. Unternehmensausblick

Im Jahr 2014 geht die Gesellschaft von einer Gesamtleistung in Höhe von 120.573 TEUR aus. Entsprechend der demographischen Entwicklung und dem Verbrauchsverhalten wird von einem moderaten Rückgang der Verkaufsmengen für Trink- und Abwasser ausgegangen. Die Planung der Umsatzerlöse für Entsorgungs- und Reinigungsdienstleistungen, Behälterservice, Gebäudereinigung sowie Stoffstrommanagement erfolgt ebenfalls auf der Grundlage der vorausschauenden Entwicklung der Verkaufsmengen. Für den Planungszeitraum 2014 wurde für die Entsorgungs- und Reinigungsdienstleistungen eine moderate Steigerung von 1 % angenommen. Ein Rückgang der Leistungen Zählzentrum PET ab dem Jahre 2014 kann durch die Erschließung des neuen Tätigkeitsfeldes Elektrogerätesortierung kompensiert werden.

Im Rahmen des Programmes „Exzellenz plus 20“ der Stadtwerkegruppe wurde als Zielvorgabe ein zusätzlicher Ergebnisbeitrag in Höhe von jährlich 1,2 Mio. EUR definiert. Er wurde in die Planzahlen einbezogen. Der Ergebnisbeitrag wird aus einer Vielzahl von Einzelprojekten im Rahmen „HWS 2020“, die sich derzeit sowohl in der Prüfungs-, Konzeptions- als auch Umsetzungsphase befinden, erwartet. Mit der Umsetzung dieser Projekte werden sowohl quantitative als auch qualitative Ziele der HWS verfolgt. Die Projekte sind auf folgende Hauptschwerpunkte ausgerichtet:

1. Geschäftsentwicklung und -wachstum
2. Kundenorientierung und Servicequalität
3. Betriebsoptimierung
4. Langfristige Investitionsplanung
5. Personalentwicklung, -führung, -organisation
6. Interne / externe Kommunikation.

Umzusetzende Schwerpunkte dieses Wachstums- und Effizienzsteigerungsprogrammes werden 2014 sein:

- Strukturveränderungen in den Bereichen Systemtechnik und Hausanschlusswesen,
- die zunehmend verstärkte Übernahme von Leistungen der Stufen 1 und 2 sowie 7 und 8 der HOAI
- die schrittweise Umsetzung des zentralen Fuhrparkmanagements und der Zentralwerkstatt
- Strukturveränderungen im Bereich Trinkwasser und Abwasser
- Abschluss der Entschuldungsstrategie durch Begebung des letzten Schuldscheindarlehens
- Geschäftsausweitung im Bereich Zentrallabor.

Darüber hinaus wurde mit der Hochschule Merseburg ein Vertrag zur Unterstützung der HWS bei der Tourenoptimierung im Bereich Reinigung, Sinkkastenreinigung und Behälterentsorgung geschlossen. Das Ziel für das Jahr 2014 besteht darin, in Abstimmung mit der Stadt Halle die Touren in Abhängigkeit von Straßensperrungen zu optimieren. Geplante Ergebnisse dieser komplexen Optimierung bestehen in der Einsparung von Fahrkilometern, der Reduzierung von Technik sowie der Verkürzung der Reinigungs- und Leerungszeiten.

Das geplante Investitionsbudget wurde den strategischen Zielen zur Sicherung des effizienteren Einsatzes der Ressourcen angepasst. Unter anderem kann, abgeleitet aus dem Programm „HWS 2020“, durch verstärkte vorbeugende Instandhaltungsleistungen eine Absenkung des Investitionsniveaus erreicht werden. Für die Wasserversorgung stehen für das Jahr 2014 Investitionsmittel in Höhe von 2.890 TEUR zur Verfügung. Im Wirtschaftsplan 2014 ist für die Abwasserbeseitigung ein Investitionsvolumen in Höhe von 8.260 TEUR vorgesehen. Es umfasst Fremdleistungen, Material und aktivierte Eigenleistungen für die Teilbereiche Kanalnetz, Kläranlage und Grundstücksanschlusskanäle.

Die Investitionen in Höhe von 2.309 TEUR im Bereich Entsorgung, Sortierung, Reinigung sind vorwiegend geprägt von Ersatzinvestitionen im Fuhrpark und von Bauinvestitionen am Standort Äußere Hordorfer Straße. Diese sind auf Grund der permanenten Geschäftsfelderweiterung erforderlich. Eine Beteiligung der HWS am Stadtbahnprogramm der HAVAG ist derzeit für die Stufe 1 bestätigt. Für die Stufe 2 soll unter den oben genannten Prämissen eine minimale Beteiligung erfolgen, sodass die Maßnahmen der HAVAG nicht gefährdet sind. Darüber hinaus sind nach Bewilligung die Maßnahmen zur Beseitigung der Schäden aus dem Hochwasser durchzuführen.

Das Ergebnis vor Steuer und Gewinnabführung wird im Jahr 2014 9.390 TEUR betragen. Darin eingeschlossen ist das jährliche Entgelt der Stadtwerke Halle GmbH, welches für die Gewährung von Sicherheiten erhoben wird.

Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	300		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	150	50,00
	VNG - Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft	150	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens sind der Ausbau und die Erweiterung des bestehenden Heizkraftwerks Halle-Trotha, dessen Betrieb und der Betrieb von weiteren Heizkraftwerken sowie die Vornahme aller diesem Unternehmensgegenstand dienlichen unmittelbaren oder mittelbaren Geschäfte.
- (2) Die Gesellschaft wird nach erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkten unter Beachtung der anwendbaren Rechtsvorschriften, der technischen und sozialen Standards, der Belange des Umweltschutzes und des Gebotes einer sicheren und preisgünstigen Energieversorgung betrieben.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens findet sich in § 116 Abs. 2 GO-LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Kaufmännische Geschäftsführung:	Dr. Krein, Stephan	(bis 10.07.2013)
	Kuschel, Hagen	(seit 11.07.2013)
Technische Geschäftsführung:	Prof. Dr.-Ing. Krause, Matthias	(bis 30.06.2013)
	Thiel, Hans-Ulrich	(seit 01.07.2013)

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2013 erfolgt.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
27.134	81	27.129	78	22.448	62	5	0
6.359	19	7.499	22	13.667	38	-1.140	-15
138	0	74	0			64	86

Bilanzsumme

33.631	100	34.702	100	36.115	100	-1.071	-3
--------	-----	--------	-----	--------	-----	--------	----

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
1.149	3	763	2	10.338	29	386	51
2.379	7	2.649	8	5.088	14	-270	-10
30.103	90	31.290	90	20.689	57	-1.187	-4

Bilanzsumme

33.631	100	34.702	100	36.115	100	-1.071	-3
--------	-----	--------	-----	--------	-----	--------	----

bb) GuV

Umsatzerlöse
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2013	2012	2011
T€	T€	T€
36.447	66.893	59.494
	-2	1
558	3.396	4.882
31.238	75.365	60.432
13	14	7
1.905	460	460
2.782	3.569	4.541
0	0	40
523	435	185
544	-9.556	-1.208
	-82	
158	101	74
386	-9.575	-1.282
386	-9.575	-1.282

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,06	-14,31	-2,15	%
Eigenkapitalrentabilität:	50,62	-92,62	-11,03	%
Cash-Flow:	2.291	-9.115	-822	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,04	0,02	0,01	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	80,68	78,18	62,16	%
Eigenkapitalquote:	3,42	2,20	28,63	%
Fremdkapitalquote:	96,58	97,80	71,37	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Absatz Fernwärme	312,00	671,00	652,00	GWh
Absatz Strom	322,00	625,00	558,00	GWh

e) Lagebericht

1. Rahmenbedingungen und Geschäft

1.1. Rahmenbedingungen - Wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2013

Die Wirtschaft in Deutschland entwickelte sich im Kalenderjahr 2013 leicht positiv. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag um 0,4 % über dem Wert des Vorjahres. In den vorangegangenen Jahren waren die Zuwächse des BIP mit 3,3 % (2011) und 0,7 % (2012) höher ausgefallen. Vor dem Hintergrund gedämpfter weltwirtschaftlicher Impulse und anhaltender Rezessionen in einigen europäischen Ländern wird in dem moderaten Wirtschaftswachstum des abgelaufenen Jahres ein Beleg für die Robustheit der deutschen Wirtschaft gesehen.

Für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt weisen die Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder für das erste Halbjahr 2013 eine dem Bundesdurchschnitt entsprechende Entwicklung des BIP aus.

Das moderate Wachstum führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer positiven Entwicklung. Zwar stieg die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen im Bundesdurchschnitt geringfügig von 6,8 % (2012) auf nunmehr 6,9 %. Zugleich aber legte die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahr um 258.000 Personen oder 0,6 % zu.

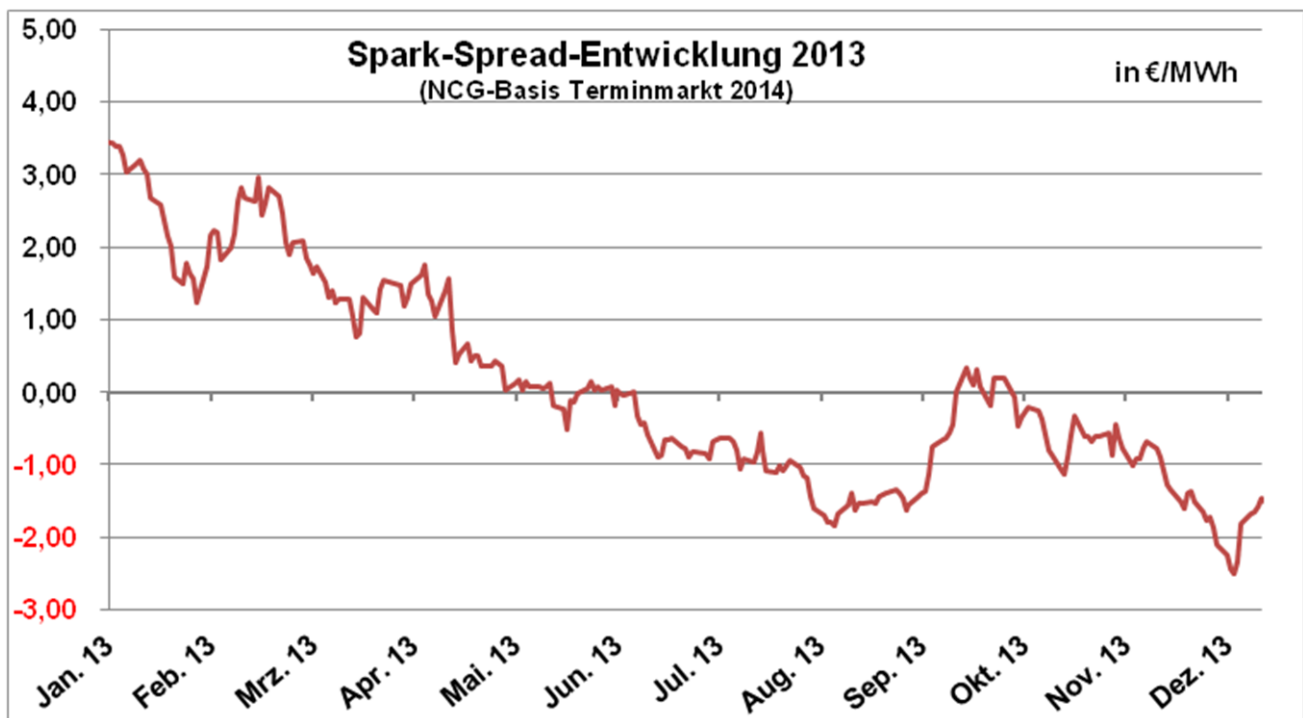
In Sachsen-Anhalt verringerte sich die Arbeitslosenquote von 11,5 % im Vorjahr auf 11,2 %, während die entsprechende Quote für Ostdeutschland von 10,7 % auf 10,3 % zurückging.

Die Stadt Halle (Saale) verzeichnete im Jahr 2013 zum vierten Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs. Mit 232.705 Einwohnern zählte die Stadt 170 Einwohner mehr als im Vorjahr.

1.2. Geschäft

Mit dem Start der Energiewende im Geschäftsjahr 2011 verfolgt die Bundesregierung in der Zukunft eine atomstromfreie Stromversorgung in Deutschland. Dies bedeutet gleichzeitig einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien. Hierzu braucht Deutschland auch weiterhin konventionelle Kraftwerke. Während Kohlekraftwerke aufgerüstet werden müssen, damit ihr Wirkungsgrad steigt, sind vor allem Gaskraftwerke durch ihre hohe Flexibilität interessant. Ebenso gelten sie selbst unter Umweltschützern als ideale Brückentechnologie, da beim Verbrennen von Gas weniger Kohlendioxid frei wird als bei der Kohleverstromung. Die neue Bundesregierung beabsichtigt, die Position der Gaskraftwerke unter anderem durch die Entwicklung eines Kapazitätsmechanismus und die Reform des europäischen Emissionshandels zu stärken.

Aufgrund der Entwicklung an den Strom- und Gasmärkten sowie den Auswirkungen der Energiewende befindet sich die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH noch in einem schwierigen Umfeld. Wie sich bereits in den Vorjahren abzeichnete, ließen die Marktpreise für Strom und Erdgas eine wirtschaftliche Strom- und Wärmeproduktion in den Gas- und Dampfturbinenkraftwerken für das Geschäftsjahr 2013 nur bedingt zu. Aufgrund des subventionierten und forcierten Ausbaus der erneuerbaren Energien kam es im abgelaufenen Geschäftsjahr 2013 zu Überkapazitäten am Strommarkt. Folglich entwickelte sich der Base-Strompreis von anfänglich € 45 pro Megawattstunde auf € 36 pro Megawattstunde zum Ende des Jahres 2013. Überdies setzte der Gaspreis seine Seitwärtsbewegung aus dem Jahr 2012 fort und bewegte sich zwischen € 26 pro Megawattstunde und € 28 pro Megawattstunde im abgelaufenen Geschäftsjahr. Die kritische Entwicklung des Spark-Spreads (Marge der Stromerzeugung) verdeutlicht die Problematik für die Produktion von Strom in Gas- und Dampfturbinenkraftwerken.



Quelle: Eigene Darstellung

Im Rahmen eines umfassenden Fortführungskonzeptes haben sich die Gesellschafter am 26./27. März 2013 auf Maßnahmen verständigt, die insbesondere die Liquiditätssicherung des Unternehmens gewährleisten sollen. Mit den Gesellschaftern wurden Rangrücktrittsvereinbarungen abgeschlossen, die die Stundung von Gasrechnungen (Mio. € 4,0) der VNG – Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft sowie eines durch die Stadtwerke Halle GmbH zur Verfügung gestellten Cash-Pool-Kredits (Mio. € 4,0), auf unbestimmte Zeit zum Inhalt haben.

Mit Ablauf des 30. Juni 2013 wurde Herr Prof. Dr. Matthias Krause als Geschäftsführer der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH abberufen. Mit Wirkung zum 1. Juli 2013 wurde Herr Hans-Ulrich Thiel als weiterer Geschäftsführer der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH bestellt. Die Abberufung von Herrn Dr. Stephan Krein als Geschäftsführer der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH erfolgte am 10. Juli 2013. Daraufhin wurde Herr Hagen Kuschel zum 11. Juli 2013 zum weiteren Geschäftsführer der Gesellschaft bestellt.

1.3. Projekt Modernisierung der Gas- und Dampfturbinenanlage Halle-Trotha

Die Gesellschaft investierte seit dem 16. März 2010 in den Kraftwerkstandort Halle-Trotha. Kernstück der modernisierten Anlage ist die neue Gasturbine LM6000-PF aus dem Hause General Electric. Erneuert wurden auch der dazugehörige Generator, das Getriebe und die Ölversorgung. Des Weiteren erfolgte die Ertüchtigung der inneren Leittechnik und für die Erhöhung der Automatisierung wurden einzelne Komponenten der Feldtechnik erneuert. Die durchgeführte Revision der vorhandenen Dampfturbinenanlage ergab keine gravierenden Mängel. Lediglich ein modernes Steuersystem für die Turbinenregelung und den Turbinenschutz wurde installiert. Das Gesamtinvestitionsvolumen beträgt Mio. € 23,8 und die Dauerinbetriebnahme erfolgte am 30. Januar 2013.

Die Zulassung als hocheffiziente modernisierte KWK-Anlage gemäß § 5 Abs. 3 KWKG erfolgte durch den Bescheid des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle vom 11. Juni 2013.

1.4. Produktion

Im Geschäftsjahr 2013 produzierte die Gas- und Dampfturbinenanlage Halle-Trotha vorwiegend im Grundlastbetrieb Strom und Fernwärme. Insgesamt wurden 322 GWh Strom (Vorjahr 272 GWh) und 297 GWh (Vorjahr 215 GWh) Wärme produziert. Der Gaseinsatz lag hierfür bei 810 GWh (Vorjahr 674 GWh). Daraus ergab sich ein Gesamtbrennstoffnutzungsgrad von 84,3 Prozent. Er lag somit über dem Vorjahreswert von 80,1 Prozent.

Die Spitzenkesselanlage produzierte 15 GWh Wärme. Der Brennstoffnutzungsgrad lag für das abgelaufene Geschäftsjahr 2013 bei 83,0 Prozent.

2. Ertragslage

Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2013 beläuft sich auf Mio. € 0,4 und ist insgesamt zufriedenstellend. Die ergebnisbelastende Strompreisentwicklung konnte durch verschiedene Maßnahmen kompensiert werden.

Das Pachtverhältnis mit der EVH GmbH über die Gas- und Dampfturbinenanlage Dieselstraße wurde zum 1. Januar 2013 beendet. Alle damit in Zusammenhang abgeschlossenen Rechtsgeschäfte, insbesondere der Pachtvertrag, der Vertrag zur Erbringung technischer und kaufmännischer Dienstleistungen, der Vertrag über die Lieferung von Gas für die Gas- und Dampfturbinenanlage Dieselstraße sowie die Strom- und Wärmelieferungsverträge wurden einvernehmlich mittels eines Aufhebungsvertrages gelöst. Gegenüber den Vorjahreswerten ergeben sich daraus zum Teil erhebliche Abweichungen in den Einzelpositionen. Der Sachverhalt verhält sich aufgrund der Vertragskonstellation jedoch ergebnisneutral und wird im Folgenden nicht weiter berücksichtigt.

Die Umsatzerlöse im Segment Fernwärme betrugen Mio. € 11,1 und wurden ausschließlich mit dem Kunden EVH GmbH erzielt. Für die Anlage am Standort Halle-Trotha konnte eine Steigerung in Höhe von Mio. € 1,0 gegenüber dem Vorjahr verzeichnet werden. Die Abweichung war zurückzuführen auf die höhere Absatzmenge. Konträr wirkte der gesunkene durchschnittliche Wärmeabsatzpreis wegen der vertragsgemäßen Anpassung an die Ölpreisnotierung.

Aus dem Stromverkauf erzielte die Gesellschaft Mio. € 16,5. Die deutliche Absatzsteigerung von 50 GWh im Vergleich zum Vorjahr wurde durch den Preisverfall am Strommarkt vollständig kompensiert.

Die sonstigen Umsatzerlöse beinhalten die Erlöse aus der Förderung des in Kraft-Wärme-Kopplung produzierten Stroms in Höhe von Mio. € 6,2 sowie die Vergütung aus der vermiedenen Netznutzung in Höhe von Mio. € 2,6.

In der Gas- und Dampfturbinenanlagen sowie in der Spitzenkesselanlage wurden für die Strom- und Fernwärmeerzeugung insgesamt 831 GWh Erdgas verbraucht. Dafür musste das Unternehmen Mio. € 26,8 aufwenden.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten das Dienstleistungsentgelt für den Betrieb der Anlage am Standort Halle-Trotha durch die EVH. Sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von Mio. € 2,8 entfielen im Wesentlichen auf Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen und Versicherungen. Des Weiteren ergaben sich Aufwendungen aus dem Verbrauch von CO₂-Emissionszertifikaten sowie Aufwendungen aus der Pflicht zur Entrichtung des Wasserentnahmeentgelts.

Das Finanzergebnis der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH belief sich auf Mio. € -0,5.

3. Finanzlage

Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH betrug im Berichtsjahr Mio. € -0,1 nach Mio. € -0,8 im Vorjahr. Die Verbesserung resultiert insbesondere aus dem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

Der Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit enthielt Investitionen in das Sachanlagevermögen in Höhe von Mio. € 1,9.

Der Mittelabfluss der Finanzierungstätigkeit setzte sich im Wesentlichen aus der Tilgung von Verbindlichkeiten in Höhe von insgesamt Mio. € 2,0 gegenüber Kreditinstituten und dem Gesellschafter Stadtwerke Halle GmbH zusammen.

Die Cash-Pool-Verbindlichkeiten erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um Mio. € 4,0 auf nunmehr Mio. € 4,1 zum 31. Dezember 2013.

Die Liquidität der Gesellschaft wurde im Rahmen einer Cash-Pool-Vereinbarung mit der Stadtwerke Halle GmbH sichergestellt. Den Finanzbedarf für die Modernisierung des Heizkraftwerks Halle-Trotha sichert die Gesellschaft durch Darlehen ab.

4. Vermögenslage

Die Bilanzsumme belief sich zum 31. Dezember 2013 auf Mio. € 33,6 und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um Mio. € 1,0 verringert.

Dabei bildete das Anlagevermögen mit einem Buchwert von Mio. € 27,1 die größte Position der Aktivseite und lag auf dem Vorjahresniveau. Im Geschäftsjahr 2013 investierte die Gesellschaft Mio. € 1,9, was vollständig durch Abschreibungen kompensiert wurde. Hingegen verringerte sich das Umlaufvermögen von Mio. € 7,5 auf Mio. € 6,4.

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital um das Jahresergebnis in Höhe von Mio. € 0,4 auf Mio. € 1,1 erhöht. Die Rückstellungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um Mio. € 0,2 auf Mio. € 2,4 verringert. Die Verbindlichkeiten verringerten sich insgesamt um Mio. € 1,2, was im Wesentlichen auf die planmäßige Tilgung von Mio. € 1,3 der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zurückzuführen ist. Die Reduktion der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um Mio. € 6,4 wurde durch einen Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern um Mio. € 6,9 überkompensiert.

5. Risikobericht

Mit der Weisung zum Risikomanagement für die Portfoliobewirtschaftung und der Marktpreisentwicklungen betreibt die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH ein kontinuierliches Chancen- und Risikomanagement für das Heizkraftwerk am Standort Halle-Trotha. Im Rahmen des Risikodokuments tätigt die EVH GmbH als Portfoliomanager Geschäfte, um den geplanten Deckungsbeitrag des Heizkraftwerks Halle-Trotha abzusichern.

Das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt beschloss im Geschäftsjahr 2011 die Einführung des Wasserentnahmeentgeltes ab dem Jahr 2012. Ein Bescheid des Landesverwaltungsamtes auf Basis der tatsächlichen Wasserentnahme liegt der Gesellschaft im Entwurf vor und wurde im Jahresabschluss berücksichtigt.

Mit dem 1. Januar 2013 begann für den europäischen Emissionshandel die dritte Handelsperiode, die bis zum Jahr 2020 andauern wird. Demzufolge wird es für die Stromproduktion keine kostenfreien Emissionsberechtigungen mehr geben. Für die Wärmeerzeugung wird es weiterhin anteilig kostenfreie Zuteilungen geben, die gemäß § 9 des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes bereits im Januar 2012 beantragt wurden. Mit einem Zuteilungsbescheid für die dritte Handelsperiode wird in Kürze gerechnet. Für die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH besteht künftig die Notwendigkeit der Ersteigerung von Emissionsberechtigungen für die Strom- und Wärmeproduktion.

Für die Gesellschaft besteht für das Geschäftsjahr 2014 das Risiko einer verminderten Vergütung aus dem Leistungsentgelt der vermiedenen Netznutzung. Die Eintrittswahrscheinlichkeit wird aufgrund der geplanten Fahrweise und somit der geplanten Abrechnung nach dem Spitzenlastverfahren als gering eingeschätzt. Darüber hinaus bleibt die Diskussion der Politik und der Bundesnetzagentur über die Neuordnung der Preisgestaltung für die Entgelte aus vermiedener Netznutzung bestehen.

6. Nachtrags- und Prognosebericht

Das Geschäftsjahr 2014 wird von einer konsequenten Umsetzung der Einsatzstrategie geprägt sein. Dies umfasst neben der regelmäßigen Optimierung und der an den Markt angepassten Einsatzweise auch die Teilnahme am Markt für die Sekundärregelleistung.

Im Geschäftsjahr 2014 wird die Gas- und Dampfturbinenanlage 312 GWh Fernwärme und 355 GWh Strom produzieren. Davon entfallen 167 GWh Wärme und 165 GWh Strom auf die Sommerfahrweise. Für das Jahr 2015 ist eine analoge Einsatzweise der Anlage geplant.

Vor dem Hintergrund des umfassenden Fortführungskonzepts und der durchgeführten Maßnahmen erwartet die Geschäftsführung für 2014 ein Ergebnis auf dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres. Die weitere Entwicklung der Gesellschaft ist insbesondere von den Auswirkungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen sowie der Marktsituation auf die Wirtschaftlichkeit der Stromproduktion in Gas- und Dampfturbinenanlagen abhängig.

IT-Consult Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	250		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	250	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Dienstleistungen für Kommunen und kommunale Unternehmen auf dem gesamten Gebiet der Informationstechnologie und Informationsverarbeitung sowie Leistungen in den Bereichen Internet/Intranet, Computing, Multimedia, Grafische Datenverarbeitung, Softwareentwicklung, IT- und Organisationsberatung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte.

Öffentlicher Zweck:

Die IT-Consult bietet Dienstleistungen im Bereich Inter- und Intranets an. Es bestehen unter anderem Verträge mit der EVH GmbH in den genannten Bereichen, so dass sich der öffentliche Zweck des Unternehmens aus einem Annex der Tätigkeit der EVH ergibt. Die IT-Consult betreibt alle kommunalen Verfahren und die komplette Datenverarbeitung (Infrastruktur) der Stadt Halle (Saale) und sichert damit die Bürgerdienste (z. B. Kfz-Zulassung, Einwohnerwesen, Steuerverfahren, Ordnungswidrigkeiten) und alle hoheitlichen Aufgaben (z. B. Steuerveranlagung, Vollstreckung, Baugenehmigung, ...) ab.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Siebenhüner, Jörg von der Heyde, Axel
--------------------------	--

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)"	15	50,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
501	5	597	5	710	7	-96	-16
9.214	92	10.268	92	9.387	91	-1.054	-10
255	3	307	3	251	2	-52	-17

Bilanzsumme

9.970	100	11.172	100	10.348	100	-1.202	-11
-------	-----	--------	-----	--------	-----	--------	-----

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
522	5	522	5	522	5	0	0
3.979	40	3.402	30	3.455	33	577	17
5.384	54	7.161	64	6.266	61	-1.777	-25
85	1	87	1	105	1	-2	-2

Bilanzsumme

9.970	100	11.172	100	10.348	100	-1.202	-11
-------	-----	--------	-----	--------	-----	--------	-----

bb) GuV

Umsatzerlöse
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
sonstige Steuern
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2013	2012	2011
T€	T€	T€
22.707	20.540	19.573
-538	-287	601
259	503	209
7.214	7.493	7.270
9.961	9.232	7.280
351	395	403
3.033	2.420	3.721
6	14	30
107	90	73
1.768	1.140	1.666
0	0	0
2	1	3
1.766	1.139	1.663
0	0	0
0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	7,78	5,54	8,49	%
Eigenkapitalrentabilität:	338,48	218,26	318,73	%
Cash-Flow:	2.117	1.533	2.065	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	123	116	164	T€
Personalaufwandsquote:	44,41	44,48	35,72	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	4,02	4,54	6,03	%
Eigenkapitalquote:	5,23	4,67	5,04	%
Fremdkapitalquote:	94,77	95,33	94,96	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Ziele und wirtschaftliches Umfeld

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ist auf das Erreichen folgender Ziele ausgerichtet:

- Optimale Versorgung der Stadt Halle (Saale) und der Unternehmen der Stadtwerke Halle GmbH mit allen Dienstleistungen der Informationstechnologie
- Realisierung der Projekte und Aufgaben aus dem Programm „Exzellenz plus 20“ der Stadtwerke Halle
- Angebot von IT-Dienstleistungen für Kunden aus dem kommunalen Sektor, für Stadtwerkeunternehmen und mittelständische Unternehmen, speziell bei der Nutzung von Standardsoftware (SAP), der Internet- und Intranettechnologie und der geografischen Informationsverarbeitung
- Angebot von E-Government-Lösungen für die Stadt Halle und andere Kommunen.

Die anhaltend schwierige Situation der Haushaltslage der Kommunen lässt wenig Spielraum für die Entwicklung ihrer DV-Infrastruktur, jedoch muss durch den Rationalisierungsdruck in der öffentlichen Verwaltung und durch die hohen Anforderungen der Unternehmen und Bürger an die zu erbringenden Dienstleistungen (Stichwort: E-Government) die IT-Infrastruktur den Erfordernissen angepasst werden.

Der anhaltende Kostendruck in den Unternehmen der Stadtwerke, die Aufgaben und die Projekte aus dem Programm „Exzellenz plus 20“, sowie die sich ändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen in der Energiewirtschaft (Stichwort: Unbundling, elektronischer Datenaustausch, EEG) bedingten eine Vielzahl von neuen DV-Projekten, die zur Erfüllung der sich daraus ergebenden Aufgaben dienen.

In diesem Umfeld positioniert sich die IT-Consult Halle GmbH (ITC) mit ihrem Angebotsspektrum und sieht ein Marktpotenzial, das für eine weitere Expansion gute Voraussetzungen mit sich bringt.

Tätigkeiten im Sinne des Energiewirtschaftsgesetzes

Dem Unternehmensgegenstand entsprechend werden unter anderem energiespezifische Dienstleistungen im Sinne des § 6b Abs. 1 EnWG erbracht. Aufgrund dessen ist die Gesellschaft gemäß § 6b Abs. 3 EnWG zur Führung von getrennten Konten für die Tätigkeiten verpflichtet.

Bei den betreffenden Dienstleistungen handelt es sich um Abrechnungsdienstleistungen für die Gesellschaften EVH GmbH und Energieversorgung Halle Netz GmbH. Die diesbezüglich auf die Medien Strom und Gas entfallenden Aufwendungen und Erträge wurden den anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors bzw. den anderen Tätigkeiten innerhalb des Gassektors zugeordnet. Die übrigen Aufwendungen und Erträge entfallen auf die Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors.

Geschäftsentwicklung und Schwerpunktaufgaben 2013

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 10,6 % auf T€ 22.707. Dies wurde im besonderen Maße durch die Vermarktung unserer Produkte, die Erbringung von IT-Dienstleistungen für Dritte und durch zusätzliche Projekte erreicht. Bei den Personalaufwendungen kam es durch die Einstellung von Mitarbeitern, durch notwendige Rückstellungen für Altersteilzeit und durch die Tarifsteigerung 2013 zu einer Steigerung (2012: T€ 9.232; 2013: T€ 9.961). Der Materialaufwand ging von T€ 7.493 im Jahr 2012 auf T€ 7.213 zurück.

Das über Plan erzielte Jahresergebnis in Höhe von T€ 1.766 (+ 55,0 % zum Plan 2013) wird im Rahmen des bestehenden Ergebnisabführungsvertrags an die SWH GmbH abgeführt. Mit diesem Ergebnis wurden die Vorgaben aus dem Programm „Exzellenz plus 20“ (T€ 1.745) erfüllt.

Projekte bei den Unternehmen der Stadtwerke Halle, bei Kommunen und Landes- und Bundeseinrichtungen, die hohen Anforderungen aus der Umgestaltung der Datenverarbeitung in der Stadt Halle (Saale), die Erschließung einer weiteren Kundengruppe (kommunale Gesundheitseinrichtungen) und der Aufbau weiterer SAP-Kompetenz erforderten die Neueinstellung von insgesamt 12 Mitarbeitern. Drei Mitarbeiter verließen aus unterschiedlichen Gründen das Unternehmen und fünf Mitarbeiter traten in die Passivphase der Altersteilzeit ein.

Wesentliche Schwerpunkte der Arbeit waren die Sicherstellung der Abrechnungsdienstleistungen für die EVH GmbH, die Energieversorgung Halle Netz GmbH und die HWS GmbH, die Umstellung des Betriebssystems WINDOWS XP auf WINDOWS 7 mit gleichzeitigem Tausch der PC's in der Stadtverwaltung, die Implementierung einer Lösung zur Abbildung der Anforderungen an die elektronische Vergabe von Aufträgen nach VOB und VOL für die Stadtwerkeunternehmen, die Weiterentwicklung der KomGIS[®]-Suite und die Vorbereitung der Umstellung des Zahlungsverkehrsverfahrens auf SEPA bei den Stadtwerken und der Stadtverwaltung Halle.

Weiterhin wurden im Rahmen des e-Government Masterplanes der Stadt Halle weitere Funktionalitäten im Umfeld verschiedener Fachverfahren implementiert.

Die Akquisition von langfristigen Aufgaben der IT-Betriebsführung und Abarbeitung von Aufträgen zur Sicherung der finanziellen Basis der Gesellschaft, die weitere Anpassung der betrieblichen Organisation zur Optimierung der betrieblichen Geschäftsprozesse und eines effektiven Qualitätsmanagements waren weitere wesentliche Schwerpunktaufgaben. Die Gesellschaft absolvierte 2013 mit Erfolg die erneute Zertifizierung für die DIN EN ISO 9001:2008 und DIN EN ISO 27001:2005 und die Rezertifizierung für den SAP-Certified Provider of Hosting Services und das SAP Customer Center(s) of Expertise (Customer CCoE).

Seitens der SAP wurde uns mitgeteilt, dass das Customer CCoE der ITC dabei zu den besten 10 Prozent aller weltweit eingereichten (Re-) Zertifizierungen in 2013 zählt.

Im Jahr 2013 wurde unser Angebot an innovativen Eigenentwicklungen erweitert und weiterentwickelt. Dazu zählen "O-MIS" (Online Mitarbeiter-Informationssystem), „O-PIS“ (Online Patienten-Informationssystem), „O-WIS“ (Online Web-Informationssystem) und Produkte der "ENTIS+" Produktreihe (Gasstörungsmeldungen, Klimagerätedatenbank, Datenbank Trafostationen, Gasdruckregelanlagen und Instandhaltung), die eine mobile Nutzung der Anwendungen sicherstellt.

Die ITC ist der führende kommunale IT-Dienstleister in Mitteldeutschland und Initiator der eGovernment-Initiative „Kommunales Kompetenzzentrum für Mitteldeutschland“ - *KomKomM*[®]. Gemeinsam mit kompetenten Partnern, wie z. B. Dresden-IT, BSYS, MakeIT und der Hochschule Harz werden integrierte Lösungen für Kommunen angeboten. Regelmäßige Arbeitstreffen des KomKomM[®] bieten die Plattform, um kommunale Entscheidungsträger bei der Entwicklung von Städten, Landkreisen und Gemeinden zu modernen Dienstleistern für Bürger und Unternehmen zu unterstützen.

Im Jahr 2013 beteiligte sich die ITC nur an einer Fachtagung mit begleitender Ausstellung mit eigenem Präsentationsstand. Im Gegenzug stieg die Anzahl der selbst initiierten Workshops und Kundentage. Es fanden 11 dieser Veranstaltungen zu aktuellen Themen statt (Bürgermeisterfrühstück, Dokumentenmanagementsystem-Workshops, Anwendertreffen zur KomGIS[®] Suite, Schulung Autista für ePR -elektronisches Personenstandsregister- Kunden, personalwirtschaftlicher Jahreswechselworkshop, Veranstaltung Medizin-IT). Neu war die Organisation eines SAP-Kundentages mit ca. 30 Teilnehmern. Die Resonanz war sehr positiv, und es wird eine regelmäßige Veranstaltung im 2-3-Jahreszyklus avisiert.

Es wurden 63 Neukunden gewonnen (vgl. 2012: 30). Der Großteil (53 Neukunden) kommt aus dem Bereich Medizin-IT. Die aktuelle Kundenanzahl der ITC liegt damit bei ca. 280 Kunden, davon 59 % aus Sachsen-Anhalt, 26 % aus Sachsen und 15 % aus anderen Bundesländern.

Bestehende SAP-Dienstleistungsverträge mit der Gesellschaft für Schwerionenforschung (GSI) Darmstadt und dem Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung Braunschweig konnten erneuert bzw. ausgebaut werden. Innerhalb der Helmholtz-Forschungszentren wurde das Alfred-Wegener-Institut (AWI), Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung Bremerhaven als Neukunde gewonnen. Dort wurde gemeinsam mit der Firma BTC AG das SAP Modul Personalwirtschaft (HCM) eingeführt.

Im Bereich der EDV-Komplettbetreuung (Outsourcing) konnte die Gemeinde Muldestausee als Kunde gewonnen werden. Die mit der KID Magdeburg GmbH gebildete ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)" arbeitet weiter erfolgreich. Diese erhielt vom Land Sachsen-Anhalt den Auftrag, das zentrale elektronische Personenstandsregister für die Kommunen im Land zu führen. Zum Ende des Jahres 2013 betreibt die ITC für 114 Kommunen in Sachsen-Anhalt (93 %) diese Anwendung in ihren Rechenzentren.

Im Jahr 2013 wurden Investitionen im Umfang von T€ 256, davon T€ 138 für neue Server- und Netzwerktechnik, in Hard- und Software zur Ausstattung der Mitarbeiterarbeitsplätze, zur Realisierung der innerbetrieblichen Geschäftsprozesse und für Hosting-Dienstleistungen durchgeführt. Diese Investitionen konnten ohne die Aufnahme von Fremdmitteln erfolgen.

Insgesamt kann die finanzielle Lage des Unternehmens als stabil bewertet werden. Die ITC nimmt am Cash Pool der Stadtwerke Halle GmbH teil. Dadurch ist auch für 2014 die Liquidität des Unternehmens gegeben.

Die Gesellschaft führt jährlich eine Risikoinventur durch. Maßnahmen zur Risikoerkennung und -überwachung bzw. zur Risikobegrenzung sind in einer Riskmap festgelegt. Umfangreiche Sicherungsmechanismen minimieren mögliche Risiken, die mit unserer Geschäftstätigkeit verbunden sind. Das Risikomanagement der Gesellschaft ist in das Risikomanagement der Stadtwerke Halle eingebunden, die ebenfalls eine umfangreiche Risikovorsorge betreiben.

Ausblick

Für das Jahr 2014 sind folgende Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit zu nennen:

- Qualitätsgerechte und rationelle Durchführung von Abrechnungsdienstleistungen der Sparten Strom, Gas, Fernwärme, Wasser, Abwasser und Entsorgungsleistungen für die Unternehmen EVH, Netzgesellschaft Halle und HWS;
- die kontinuierliche Absicherung der Datenverarbeitung in den Unternehmen der Stadtwerke Halle, der Stadt Halle (Saale) und anderer Vertragspartner;
- Erweiterung der Betriebsführungskapazitäten im SAP-Umfeld;
- Weiterer Ausbau der Kapazitäten auf dem Gebiet der Datensicherheit und des Datenschutzes und damit verbunden das Angebot an Beratungsleistungen für IT-Sicherheit;
- Ausbau und Schärfung der Kompetenzen in Verbindung mit Projekten zur Optimierung der Geschäftsprozesse und der Ablauforganisation und des effektiven und effizienten Softwareeinsatzes für die Unternehmen der Stadtwerke Gruppe;
- Vermarktung und Weiterentwicklung unseres Produktes EnTIS+, ein energietechnisches Informationssystem für Stadtwerke, Elektromontageunternehmen und Bauämter;
- Ausbau der Kompetenz und der Kapazitäten für Beratungs-, Betreuungs- und Schulungsleistungen im Bereich kommunaler Fachverfahren (openProsoz, MESO, AUSO, Session);
- Übernahme der Komplettbetreuung der Datenverarbeitung weiterer kommunaler Auftraggeber (IT-Betriebsführung);
- aufbauend auf die vorhandene Kompetenz im Bereich Internet/Intranet werden weitere vermarktungsfähige Lösungen geschaffen und vermarktet;
- die Entwicklung spezieller E-Commerce/E-Government Lösungen für Kommunen, Stadtwerke und mittlere und kleinere Unternehmen.

Im Mittelpunkt der Vertriebsaktivitäten im Jahr 2014 steht der Abschluss von IT-Dienstleistungsverträgen mit Kommunen und Unternehmen öffentlicher Träger für komplette Übernahme der IT-Dienstleistungen, Rechenzentrumsleistungen sowie die Vermarktung eigener Produkte und spezieller IT-Dienstleistungen.

2014 sind folgende Arbeitsschwerpunkte im Marketing geplant:

- Organisation von eigenen Workshops und Anwendertreffen (SAP, ePR21+, KomGIS+)
- Umsetzung des neuen Stadtwerke-Corporate Design für alle Medien
- Kontinuierliche Pflege der Unternehmenshomepage
- Erstellen von Newsmeldungen für Printmedien z.B. Kommune21
- Erstellung weiterer Newsletter (Print).

Durch weitere innovative Produkte und Lösungen, die weitere Qualifikation der Mitarbeiter und ein ausgeprägtes Qualitätsmanagement wird die ITC ihre Wettbewerbsfähigkeit und damit ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem hart umkämpften IT-Markt verbessern.

Meter1 GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 2.500

Gesellschafter:	T€	%
EVH GmbH	833	33 ¹ / ₃
Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH	833	33 ¹ / ₃
Stadtwerke Leipzig GmbH	833	33 ¹ / ₃

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Messstellenbetriebs- und Messdienstleistungen im Bereich der leitungsgebundenen Energie- und Wasserversorgung sowie der eigenständige Marktauftritt als Messstellenbetreiber und Messdienstleister. Dazu gehören insbesondere die Beschaffung von Zählern und den zugehörigen Kommunikations- und Datenmanagementsystemen und deren Betrieb, sowie das Ablesen, Speichern, Weiterleiten und Verarbeiten von Zählerdaten. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft soll sich auf die Netzgebiete der Gesellschafter oder mit ihnen verbundener Unternehmen und auf den gesamtdeutschen Raum als zusätzliches Vertriebsgebiet erstrecken.
- (2) Die Gesellschaft kann alle Geschäfte tätigen, die geeignet sind, den Gegenstand des Unternehmens mittelbar oder unmittelbar zu fördern. Sie kann auch gleichartige oder ähnliche Unternehmen erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Meter1 GmbH & Co. KG findet sich in § 116 Abs. 2 GO-LSA. Es handelt sich um ein Dienstleistungsunternehmen für den Bereich der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Füller, Ralfdieter

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
141	22	44	10	3	1	97	220
496	77	393	88	337	87	103	26
4	1	10	2	45	12	-6	-60

Bilanzsumme

641	100	447	100	385	100	194	43
-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	----

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
363	57	317	71	313	81	46	15
117	18	45	10	14	4	72	160
161	25	85	19	58	15	76	89

Bilanzsumme

641	100	447	100	385	100	194	43
-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	----

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2013	2012	2011
T€	T€	T€
475	121	3
19	21	0
426	170	234
347	294	79
297	19	2
279	256	146
1	1	0
0		
-854	-596	-458
0	0	
-854	-596	-458
-854	-596	-458
0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-179,57	-492,22	-15.132,67	%
Eigenkapitalrentabilität:	-70,14	-65,27	-59,38	%
Cash-Flow:	-556	-577	-456	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	82	29	2	T€
Personalaufwandsquote:	70,14	206,19	2.633,89	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	8,07	0,56	0,72	%
Eigenkapitalquote:	56,68	71,01	81,37	%
Fremdkapitalquote:	43,32	28,99	18,63	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1.1 Allgemeine Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Mitte 2013 wurden die Ergebnisse der Kosten-Nutzen-Analyse (KNA) veröffentlicht. Diese haben zwar lediglich Empfehlungscharakter, es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass mit der KNA die wesentlichen Eckpunkte für das noch ausstehende Verordnungspaket gesetzt wurden. Dieses wird nach den langwierigen Koalitionsverhandlungen nunmehr für Mitte 2014 erwartet.

Die KNA hat die bestehenden Einbauverpflichtungen erweitert und präzisiert, so dass bis zum Jahr 2032 sukzessive ein Austausch konventioneller Zähltechnik durch elektronische Zähler erfolgen soll. Künftig wird unterschieden zwischen „intelligenten Messsystemen“ (iMsys) und sogenannten „intelligenten Zählern“ (iZ). Intelligente Messsysteme sind hierbei elektronische Zähler, die mit einem in ein BSI-konformes Schutzprofil eingebundenen Gateway verbunden sind. Intelligente Zähler sind elektronische Zähler, die mit einem derartigen Gateway verbindbar sind und laut KNA ab 2016 über ein abgesetztes Display beim Endkunden verfügen sollen. Für den Betrieb der Gateways wird ein sogenannter „Gateway Administrator“ zuständig sein. Die Verantwortung für Gateway Administration liegt grundsätzlich beim grundzuständigen Messstellenbetreiber, also i. d. R. beim Netzbetreiber. Dieser kann die Aufgabe allerdings an dritte Gateway Administratoren vergeben. Da davon auszugehen ist, dass spätestens mittelfristig die große Mehrheit der Netzbetreiber diese Aufgabe fremdvergeben wird, bietet der Aufbau von Kompetenz in der Gateway Administration einen hervorragenden Marktzugang für Messstellenbetreiber/Messdienstleister wie die Meter1 GmbH & Co. KG.

Die Voraussetzung für einen Rollout ist das Vorliegen von zertifizierten Messsystemen, die den Vorschriften des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) sowie der technischen Regel TR-03109 entsprechen. Dies wird im Laufe des Jahres 2015 erwartet. Allerdings wird es bis zum Vorliegen von funktionierenden IT-Systemen, Marktformaten und -prozessen noch länger als bis zum Jahr 2015 dauern. Intelligente Zähler könnten hingegen bereits im Jahr 2014 vorliegen. Es bleibt abzuwarten, ob vor diesem Hintergrund der Rollout zeitlich nach hinten verschoben wird oder ob ein gestaffelter Rollout durchgeführt wird, bei dem zuerst die früher verfügbaren und einsetzbaren intelligenten Zähler ins Feld gebracht werden.

Das bislang ausstehende Verordnungspaket sowie die noch nicht verfügbare Technik führten dazu, dass die erwartete Entfaltung des Marktes auch 2013 nicht stattgefunden hat. Es ist aber davon auszugehen, dass aufgrund der abwartenden Haltung der Energieversorger größerer Handlungsdruck entsteht, sobald der Rollout beginnt, auf den viele Energieversorger nicht ausreichend vorbereitet sind. Dies eröffnet MSB/MDL-Dienstleistern wie der Meter1 GmbH & Co. KG zusätzliche Marktchancen.

1.2 Geschäft und Geschäftsgegenstand

Seitens der Energieversorger ist aufgrund der oben beschriebenen Situation auch weiterhin wenig Bewegung am Markt zu verzeichnen. Im Gegensatz hierzu ist im Filial- und Industrie-kundenbereich weiterhin mehr Bewegung zu beobachten. So führte die Meter1 GmbH & Co. KG für einen Filialisten ein Pilotprojekt durch, gewann einen Strom- und Gashändler als Kunden und erbrachte alle MSB/MDL-Dienstleistungen für ein Forschungsprojekt der Universität Leipzig. Der Abschluss eines weiteren Rahmenvertrages mit einer Energie-genossenschaft steht unmittelbar bevor. Für die genannten Rahmenverträge gilt es dann, diese 2014 mit konkretem Geschäft zu untersetzen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit der Meter1 GmbH & Co. KG im Jahr 2014 wird die Vorbereitung auf die Anforderungen des Rollouts sein (inklusive Gateway Administration). Hierbei wird geprüft und erarbeitet, inwieweit weitere Stückkostenenkungen über Kooperationsansätze verschiedenster Ausprägung in allen Wertschöpfungsstufen generiert werden können. Damit soll erreicht werden, dass die Meter1 GmbH & Co. KG sowohl für ihre Gesellschafter wie für dritte EVU auch weiterhin ein attraktiver und effizienter Anbieter von MSB/MDL-Dienstleistungen bleibt und somit langfristig Marktfähigkeit und wirtschaftlichen Erfolg sicherstellt.

2. Ertragslage

2.1 Ergebnisentwicklung der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2013 erwirtschaftete die Meter1 GmbH & Co. KG einen Jahresfehlbetrag in Höhe von € 853.672. Dieser wurde auf den Verlustvortragskonten der Gesellschaft verbucht.

2.2 Absatz/Umsatz/Erträge

Umsatz Messdienstleistung / Messstellenbetrieb / Projektierung

Die Gesellschaft erzielte aus Dienstleistungen für Messung, Messstellenbetrieb sowie Installation Umsatzerlöse in Höhe von € 475.395.

Betriebliche Erträge

Im abgelaufenen Geschäftsjahr generierte das Unternehmen sonstige betriebliche Erträge in Höhe von € 19.088.

2.3 Variable Aufwendungen

In der Meter1 GmbH & Co. KG fielen im Geschäftsjahr 2013 Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen in Höhe von € 425.561 an. Die bezogenen Leistungen umfassen hauptsächlich Aufwendungen für Fernauslesung, Dienstleistungen an Kundenanlagen, DV-Dienstleistungen sowie die Geschäftsbesorgungsverträge mit der EVH GmbH bzw. der Stadtwerke Halle GmbH.

2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Im Geschäftsjahr 2013 betrugen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen € 278.764.

2.5 Personal- und Sozialbereich

Zum 31. Dezember 2013 waren sieben Mitarbeiter bei der Meter1 GmbH & Co. KG beschäftigt. Hierfür wandte das Unternehmen € 346.818 auf.

2.6 Finanzlage

Die Meter1 GmbH & Co. KG wies am 31. Dezember 2013 einen positiven Finanzmittelbestand in Höhe von € 36.905 aus. Ausgehend von einem negativen Ergebnis in Höhe von € 853.672 im Geschäftsjahr weist die Gesellschaft einen negativen Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von € 490.306 aus.

Bei der Berechnung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit wurde ein Saldo aus Rückstellungen in Höhe von € 72.412, eine Zunahme von Forderungen und Vorräten in Höhe von € 82.149 sowie der Aufbau von Verbindlichkeiten in Höhe von € 75.820 berücksichtigt.

Die Gesellschaft tätigte im Geschäftsjahr Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von € 394.504. Zur Deckung der Ausgaben im Geschäftsjahr wurden durch die drei Gesellschafter insgesamt € 600.000 Kommanditeinlage anteilig an die Gesellschaft gezahlt.

Damit ergab sich für 2013 eine negative zahlungswirksame Veränderung der Liquidität in Höhe von € 284.694 und damit ein Finanzmittelfonds am Ende der Periode von € 36.905.

Die Liquidität der Gesellschaft war aufgrund der gemäß Gesellschaftsvertrag noch abrufbaren Kommanditeinlage im Jahr 2013 sichergestellt. Am 31. Dezember 2013 beträgt die noch ausstehende und gemäß Gesellschaftsvertrag zugesagte Kommanditeinlage € 150.000, sodass gemäß der vorliegenden Planung im folgenden Geschäftsjahr die Liquidität bis Mitte des Jahres gewährleistet sein wird. Danach werden zur Deckung der laufenden Kosten und für Investitionstätigkeiten erste Gesellschafterdarlehen notwendig. Das Abrufen weiterer Kommanditeinlagen ist bereits Anfang 2014 erfolgt.

2.7 Vermögenslage

Die Bilanzsumme des Unternehmens betrug zum Jahresende € 641.102.

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich zum Zeitpunkt der Lageberichterstattung nicht ergeben.

4. Risikobericht

Die Risiken entstehen aus den bereits dargelegten gesetzlichen Unsicherheiten bzw. Verzögerung beim Smart Meter Rollout. Da auch 2014 keine Messsysteme am Markt verfügbar sein werden und der Beginn des Rollouts „intelligenter Zähler“ möglicherweise nicht in 2014 beginnt, muss sich die Meter1 GmbH & Co. KG im Schwerpunkt um Projekt- und Filialistengeschäft bemühen und hätte dann mit einem ähnlichen Geschäftsverlauf mit analoger Ergebnis-, Kosten-, Umsatz- und Investitionssituation zu rechnen wie im Geschäftsjahr 2013.

Ab der zweiten Jahreshälfte werden zur Deckung der laufenden Kosten und für Investitionstätigkeiten erste Gesellschafterdarlehen notwendig. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die zur Aufrechterhaltung der Liquidität notwendigen Gesellschafterdarlehen ausgereicht werden, so dass die Gesellschaft ihren Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen kann.

5. Prognosebericht

Die Geschäftsführung geht für das Jahr 2014 von einem negativen Jahresergebnis in Höhe von - T€ 1.038 aus.

Meter1 Verwaltung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
EVH GmbH	8	33 ¹ / ₃
Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH	8	33 ¹ / ₃
Stadtwerke Leipzig GmbH	8	33 ¹ / ₃

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist als Komplementärin die Geschäftsführung und die Verwaltung des Betriebsvermögens der Meter1 GmbH & Co. KG, Halle (Saale), zu übernehmen, deren Unternehmensgegenstand die Erbringung von Messstellenbetriebs- und Messdienstleistungen im Bereich der leitungsgebundenen Energie- und Wasserversorgung sowie der eigenständige Marktauftritt als Messstellenbetreiber und Messdienstleister ist. Dazu gehören insbesondere die Beschaffung von Zählern und den zugehörigen Kommunikations- und Datenmanagementsystemen, deren Betrieb, sowie das Ablesen, Speichern, Weiterleiten und Verarbeiten von Zählerdaten. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft soll sich auf die Netzgebiete der Gesellschafter oder mit ihnen verbundener Unternehmen und auf den gesamtdeutschen Raum als zusätzliches Vertriebsgebiet erstrecken.

Öffentlicher Zweck:

Gegenstand des Unternehmens ist als Komplementärin die Geschäftsführung und die Verwaltung des Betriebsvermögens der Meter1 GmbH & Co. KG, Halle (Saale), zu übernehmen, deren Unternehmensgegenstand die Erbringung von Messstellenbetriebs- und Messdienstleistungen im Bereich der leitungsgebundenen Energie- und Wasserversorgung sowie der eigenständige Marktauftritt als Messstellenbetreiber und Messdienstleister ist.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Füller, Ralfdieter

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Umlaufvermögen

Rechnungsabgrenzungsposten

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
61	99	69	100	29	100	-8	-12
1	1					1	

Bilanzsumme

62	100	69	100	29	100	-7	-10
----	-----	----	-----	----	-----	----	-----

Passiva

Eigenkapital

Rückstellungen

Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
28	46	27	39	26	90	1	4
21	33	23	33	2	7	-2	-9
13	21	19	28	1	3	-6	-32

Bilanzsumme

62	100	69	100	29	100	-7	-10
----	-----	----	-----	----	-----	----	-----

bb) GuV

Umsatzerlöse

sonstige betriebliche Erträge

Materialaufwand

Personalaufwand

sonstige betriebliche Aufwendungen

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2013	2012	2011
T€	T€	T€
125	127	7
11	8	1
5	5	5
123	124	
7	5	2
1	1	1
0	0	0
1	1	1
1	1	1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,85	0,83	14,68	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,84	3,99	4,15	%
Cash-Flow:	1	1	1	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	90,15	91,75		%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	46,30	39,47	91,90	%
Fremdkapitalquote:	53,70	60,53	8,10	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

M-Exchange AG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Haus Sülz 6 53797 Lohmar		
Rechtsform:	AG		
Stammkapital in T€:	100		
Gesellschafter:		T€	%
	WV Energie AG Frankfurt	93	93,00
	Stadtwerke Halle GmbH	7	7,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Aufbau, Betrieb und Betreuung von elektronischen Marktplätzen im Internet, die Vermarktung und Vermittlung von IT-Dienstleistungen aller Art, sowie die Erbringung von Informationstechnologischen Diensten, Beratungs- und Programmierdienstleistungen mit Schwerpunkt auf die Versorgungs- und Verkehrswirtschaft.

Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen betreibt und betreut elektronische Marktplätze im Internet. Der öffentliche Zweck ist daher in der Wirtschaftsförderung zu sehen, da auch örtliche Unternehmen von dem Vorhandensein dieser elektronischen Marktplätze profitieren.

b) Besetzung der Organe

Vorstand:		Berner, Manfred	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Gieske, Hartmut Bettelhäuser, Heinrich Helbig, Andreas Meier-Berberich, Jörn Müller-Urlaub, Berthold Pehlke, Guntram	(seit 01.01.2013)

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	23	13	13

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
232	50	284	62	293	44	-52	-18
178	39	165	36	347	53	13	8
50	11	8	2	19	3	42	525

Bilanzsumme

460	100	457	100	659	100	3	1
-----	-----	-----	-----	-----	-----	---	---

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
264	57	243	53	197	30	21	9
98	22	95	21	73	11	3	3
65	14	61	13	252	38	4	7
33	7	58	13	137	21	-25	-43

Bilanzsumme

460	100	457	100	659	100	3	1
-----	-----	-----	-----	-----	-----	---	---

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Gewinnvortrag/Verlustvortrag
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2013	2012	2011
T€	T€	T€
1.045	1.151	1.211
43	50	38
165	216	310
169	210	209
91	91	51
642	638	560
0	0	0
0	0	4
21	46	115
		0
21	46	115
136	92	-18
1	2	5
156	136	92

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,97	4,02	9,52	%
Eigenkapitalrentabilität:	19,06	43,22	109,92	%
Cash-Flow:	112	137	166	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	272	400	416	T€
Personalaufwandsquote:	15,56	17,52	16,72	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,33	2,13	1,30	%
Eigenkapitalquote:	57,41	53,16	29,89	%
Fremdkapitalquote:	42,59	46,84	70,11	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Das Jahr 2013 verlief für die M-Exchange besser als erwartet. Obwohl das Geschäft im Bereich e-Procurement mit 2 Neukunden den Ende 2013 verzeichneten Verlust von 2 Bestandskunden noch nicht kompensieren konnte, waren über Projekteinnahmen ausgleichende Erträge zu verzeichnen. Der Vorstand rechnet damit, dass als Konsequenz der sinkenden Margen in den Stadtwerken die Nachfrage nach effizienzsteigernden Tools zukünftig steigen wird. E-Procurement und Outsourcing wird sich deshalb in Zukunft dem bereits steigenden Bedarf der Industrie anpassen.

Bei den Systemen für Energiedatenmanagement verhalten insbesondere steigende Umsätze bei den Bestandskunden zu einem guten Ergebnis. Diesem Geschäftsfeld traut der Vorstand in Zukunft starkes Wachstumspotenzial zu.

Der Jahresabschluss 2013 weist einen Jahresüberschuss in Höhe von € 20.627,00 (Vorjahr T€ 46) aus. Die Eigenkapitalquote verbessert sich weiterhin und zeigt die seit Jahren kontinuierliche positive Entwicklung. Das M-Exchange Geschäft entwickelte sich 2013 zwar unter Plan, konnte sich aber zum Jahresende erholen und blieb über den unterjährigen Erwartungen. Gegenüber dem Vorjahr ist das Ergebnis der Betriebstätigkeit (EBITDA) um 18% und das Unternehmensergebnis - bedingt durch geringere Einnahmen als im Vorjahr - um 55% gesunken.

Die hohen Abschreibungen aus den in 2011 bis 2013 vorgenommenen Investitionen in die Software Plattform im e-Procurement belasten nach wie vor das Ergebnis.

Der Umsatz reduzierte sich gegenüber dem sehr guten Vorjahr um rd. 9%.

Im Bereich „eProcurement“ lag der Fokus in der Gewinnung von Neugeschäft und dessen Installation als auch in der Betreuung der Bestandskunden. Dabei investierte M-Exchange in eine flexible Lösung zur Handhabung der verschiedenen Releasestände des Marktstandards BMECat bei Lieferanten, wovon insbesondere die Bestandskunden profitieren.

Mit dem Aufbau einer Energiedaten-Management-Plattform (EDM) in 2007 hatte M-Exchange das neue Geschäftsfeld „Energiemanagement“ beschritten. 2011 wurde die Verbrauchsabrechnung (VA) hinzugefügt, die zunächst nur für den Mehrheitsaktionär WV Energie AG zum Einsatz kam. Sowohl EDM als auch VA tragen mit ca. T€ 394 deutlich zum Umsatz und Ertrag bei. M-Exchange ist in diesem Geschäftsfeld z.T. Subunternehmer der WV Energie AG, Geschäftsbereich em.serv GmbH. Deren Großkunde beeinflusst wesentlich die Einnahmen der M-Exchange im Bereich Energiedatenmanagement (EDM). Das Wachstum dieses Kunden zeigt nach einer schwachen Phase Ende 2012 und Anfang 2013 nunmehr seit Mitte 2013 deutlich aufwärts.

Der Materialaufwand und der zugehörige Projektumsatz reduzierten sich deutlich gegenüber 2012, da die hohen Projektumsätze für den Aufbau der Verbrauchsabrechnung sowie die Projekte zur Einführung der überarbeiteten Katalogplattform in 2012 i.W. abgeschlossen waren.

Während die betrieblichen Aufwendungen, die hauptsächlich aus den IT-Kosten und dem Verwaltungsaufwand bestehen, konstant gehalten werden konnte, sanken die Personalaufwendungen leicht gegenüber 2012. Die Marketingkosten sind deutlich gestiegen, weil M-Exchange eine komplette Überarbeitung des Marktauftritts vorgenommen hat.

Die M-Exchange finanziert ihr Geschäft und ihre Investitionen komplett aus eigener Kraft. Die Finanzierung ist aufgrund der guten Liquiditätsslage der Gesellschaft auch für 2014 gesichert.

Die Bilanz weist ein positives Eigenkapital in Höhe von € 263.921,90 auf.

Die bereits in 2011 bis 2012 vorgenommenen substanziellen Investitionen in die Weiterentwicklung der Software-Plattformen hat M-Exchange wenn auch in etwas moderaterer Form auch in 2013 in Höhe von T€ 37 weiter ausgebaut, um weiterhin den technologischen Marktstandard im e-Procurement halten zu können. Diese Investitionen haben im laufenden Jahr und werden in den kommenden Jahren zu entsprechend erhöhten Abschreibungen führen. Trotz dieser hohen Investitionen konnte die Anlagendeckung 1 gegenüber dem Vorjahr (rd. 86%) auf rd. 114% verbessert werden.

Ausblick: Nach zwei Jahren mit rückläufigem Umsatz und Ertrag ist für 2014 verhaltener Optimismus angebracht. Trotz Umsatzeinbußen im e-Procurement Geschäft durch ausscheidende Kunden werden neue Kundenabschlüsse aus 2013 und 2014 zu einer aufsteigenden Tendenz führen. Die in 2013 begonnene Marketingoffensive mit neuer Broschüre und neuem Web-Auftritt sollte hierzu beitragen genau wie die sehr gute Unterstützung durch den Beirat aus Bestandskunden.

Im Bereich Energiemanagement rechnet der Vorstand mit Umsatz- und Ertragssteigerungen bei Bestandskunden sowie über die Kooperation mit Kisters GmbH, dem in Deutschland führenden Anbieter von EDM-Software. Allerdings ist ein Umbruch im Bereich Energieabrechnungsplattform ab Mitte 2014 zu erwarten, da die WV Energie ihre Dienstleistungen in diesem Gebiet neu ausrichtet. Das könnte vorübergehend zu Einnahmerückgang bei M-Exchange führen.

Der Vorstand rechnet im kommenden Geschäftsjahr 2014 mit einer moderaten Ertragssteigerung gegenüber 2013. Die Position der M-Exchange am Markt ist gefestigt und das Unternehmen ist für ein mittelfristig zu erwartendes Marktwachstum gut positioniert.

Bestandsgefährdende Risiken sind nach heutiger Einschätzung nicht gegeben, wobei die Auswirkungen eines möglichen Rechtsstreits mit der neuen Inhabelfirma der Commerce One Software derzeit noch nicht konkret einzuschätzen sind.

Die Forderungen gegenüber den Kunden sind nach heutiger Einschätzung nicht gefährdet. Das Zahlungsverhalten der Kunden ist gut. Da die Risiken im M-Exchange Modell durch die festen monatlichen Gebühren gut überschaubar sind, sieht der Vorstand keine Risiken in der Liquidität bzw. einem Forderungsausfall. Durch die vorgenommenen Investitionen in die Weiterentwicklung der Software-Plattformen ist M-Exchange AG weiter auf dem technologischen Marktstand. Auch zukünftig werden in diesem Bereich Investitionen notwendig sein. Ebenso wird M-Exchange verstärkt in Vertrieb- und Marketing investieren, um insbesondere die Gewinnung von Neugeschäft zu beschleunigen.

Da die M-Exchange nur 3 fest angestellte Mitarbeiter sowie den Vorstand hat und viele Dienstleistungen (IT, Buchhaltung) extern beauftragt, gibt es ein permanentes Risiko des Know-How-Verlustes bei Weggang von Personal. Darüber hinaus ist der Bereich „Plattformen für Energiemanagement“ stark von der Abnahme durch den Hauptaktionär WV Energie AG abhängig. Die Vertragskündigungszeiten geben allerdings im Kündigungsfall genügend Zeit für entsprechende Kostensenkungsmaßnahmen.

Die Positionierung des Unternehmens als individueller Plattformanbieter im Bereich der elektronischen Beschaffung und des Energiemanagements für Versorgungs- und Verkehrsunternehmen bietet mittelfristig das Potenzial für ein marktgerechtes Wachstum.

Schlussklärung des Vorstandes zum Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

„Die M-Exchange AG hat bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften und Maßnahmen nach den Umständen, die uns im Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder die Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und ist dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, nicht benachteiligt worden.“

RAB Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	Sitz der Gesellschaft:	Postanschrift:				
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	Berliner Straße 100 06258 Schkopau OT Döllnitz				
Rechtsform:	GmbH					
Stammkapital in T€:	300					
Gesellschafter:						
	Stadtwerke Halle GmbH	<table><tr><th>T€</th><th>%</th></tr><tr><td>300</td><td>100,00</td></tr></table>	T€	%	300	100,00
T€	%					
300	100,00					

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb einer Anlage zur Behandlung von Siedlungsabfällen, Bau- und Abbruchabfällen, Abfällen aus der mechanischen Behandlung sowie Abfällen, die im Gebiet der Stadt Halle (Saale) tatsächlich anfallen und der Stadt Halle (Saale) als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger überlassen werden sowie das Handeln und Vermitteln aller nicht gefährlichen Abfallarten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland.

Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen wird auf dem Gebiet der Abfallentsorgung tätig. Der öffentliche Zweck ergibt sich daher aus § 116 Abs. 2 GO-LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Arndt, Michael

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
2.625	66	3.002	75	3.059	70	-377	-13
1.358	34	1.000	25	1.316	30	358	36
0	0	0	0			0	0

Bilanzsumme

3.983	100	4.002	100	4.375	100	-19	0
-------	-----	-------	-----	-------	-----	-----	---

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
1.708	43	1.708	43	1.708	39	0	0
102	3	107	3	46	1	-5	-5
2.173	54	2.187	54	2.621	60	-14	-1

Bilanzsumme

3.983	100	4.002	100	4.375	100	-19	0
-------	-----	-------	-----	-------	-----	-----	---

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
sonstige Steuern
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2013	2012	2011
T€	T€	T€
4.891	4.615	4.271
122	143	135
3.767	3.692	3.340
134	79	73
519	491	437
251	180	246
5	4	9
42	51	61
305	269	258
3	3	2
302	266	256
0	0	0
0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,18	5,77	6,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	17,71	15,59	15,02	%
Cash-Flow:	821	758	693	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	1.857	4.758	4.406	T€
Personalaufwandsquote:	2,67	1,65	1,65	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	65,86	74,96	69,85	%
Eigenkapitalquote:	42,88	42,68	39,03	%
Fremdkapitalquote:	57,12	57,32	60,97	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
angelieferte Abfallmengen	60.185,18	59.689,00	59.181,00	Mg
gesicherte Kapazitäten	70.000,00	70.000,00	70.000,00	Mg/a

e) Lagebericht

Veränderungen von Rahmen- und Marktbedingungen

Die Wirtschaft in Deutschland entwickelte sich im Kalenderjahr 2013 leicht positiv. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag um 0,4 % über dem Wert des Vorjahres. In den vorangegangenen Jahren waren die Zuwächse des BIP mit 3,3 % (2011) und 0,7 % (2012) höher ausgefallen. Vor dem Hintergrund gedämpfter weltwirtschaftlicher Impulse und anhaltender Rezessionen in einigen europäischen Ländern wird in dem moderaten Wirtschaftswachstum des abgelaufenen Jahres ein Beleg für die Robustheit der deutschen Wirtschaft gesehen.

Für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt weisen die Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder für das erste Halbjahr 2013 eine dem Bundesdurchschnitt entsprechende Entwicklung des BIP aus.

Das moderate Wachstum führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer positiven Entwicklung. Zwar stieg die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen im Bundesdurchschnitt geringfügig von 6,8 % (2012) auf nunmehr 6,9 %. Zugleich aber legte die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahr um 258.000 Personen oder 0,6 % zu.

In Sachsen-Anhalt verringerte sich die Arbeitslosenquote von 11,5 % im Vorjahr auf 11,2 %, während die entsprechende Quote für Ostdeutschland von 10,7 % auf 10,3 % zurückging.

Die Stadt Halle (Saale) verzeichnete im Jahr 2013 zum vierten Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs. Mit 232.705 Einwohnern zählte die Stadt 170 Einwohner mehr als im Vorjahr.

Das Leistungsangebot der RAB Halle GmbH zielt konsequent auf die Nutzung der Ressource Abfall als Energieträger. Dazu betreibt die Gesellschaft am Standort der Deponie Halle-Lochau eine Behandlungsanlage, welche die Siedlungsabfälle, Bau- und Abbruchabfälle und Abfälle aus der mechanischen Behandlung annimmt. Hauptsächlich dient sie dabei der Stadt Halle (Saale) als beauftragter Dritter und übernimmt die überlassungspflichtigen Abfälle des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers. Aus dem kommunalen Auftrag der Sortierung der überlassungspflichtigen Abfälle der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) resultiert zugleich das Hauptgeschäft der Gesellschaft. Dabei strebt das Unternehmen über die reine Sicherung der Daseinsvorsorge hinaus und will mit einem hohen Grad die stoffliche Verwertung forcieren und die alternative Energieerzeugung mit einem Sekundärrohstoff unterstützen. Ergänzt wird dieses Kerngeschäft durch gewerbliche Spotmengen aus unterschiedlichen Produktionsbereichen. Mit verschiedenen Alternativen wie der Herstellung von Fraktionen für die Vergärung, die reine Verbrennung oder die Mitverbrennung als Ersatzbrennstoffe bietet die Gesellschaft qualifizierte Wahlmöglichkeiten. In der effizienten Nutzung von Biogas oder mittelkalorischen Ersatzbrennstoffen für die Stromerzeugung, bei gleichzeitiger Wiederverwertung von metallischen Sekundärrohstoffen, sieht die RAB Halle GmbH eine geeignete Antwort auf eine umfassende Ressourcenwirtschaft gekoppelt an eine nachhaltige Energiewirtschaft.

Zur Umsetzung dieses Grundverständnisses hat sich die RAB Halle GmbH bei der Definition ihres Sortiermodells nicht nur an der thermischen Verwertung orientiert, denn dieser reine Verbrennungsprozess wird wirtschaftspolitisch nicht uneingeschränkt positiv bewertet. Alternativ dazu wählte das Unternehmen die Ausschleusung einer nativorganischen Fraktion für die Vergärung. Mit einer somit erzielten Reduzierung der Gesamtbelastung sollen Ziele weit über das wirtschaftliche Ergebnis hinaus erreicht werden. Auf Grundlage einer europaweiten Ausschreibung der Verwertungsleistung im Jahr 2011 konnten die PD energy GmbH (Bitterfeld) und die C.A.R.E. Biogas GmbH (Schkopau) gebunden werden. Zusätzlich forderte der Auftraggeber Stadt Halle (Saale) einen Teilstrom aus der Erfassung des Restmülls ausschließlich thermisch zu verwerten. Dieses Los der Ausschreibung, welches nicht auf der Sortieranlage behandelt wird, ist der Becker Umweltdienste GmbH (Chemnitz) übertragen. Alle drei Unternehmen sind mindestens bis zum Ablauf des Jahres 2014 mit der fachgerechten Verwertung beauftragt.

Veränderungen in der Gesellschaft

Zur Sicherung des umfangreichen Leistungsportfolios hat die RAB Halle GmbH den Ausbau eines eigenen Mitarbeiterstammes im Geschäftsjahr 2013 weiter vorangetrieben. Hierzu erfolgte die Übernahme eines weiteren Schichtleiters im Mai des Geschäftsjahres. Mit dieser Kapazitätserweiterung strebt die Gesellschaft die Bindung des notwendigen Know-hows für ein durchgängiges Drei-Schicht-System an. Über die eigenen Mitarbeiter hinaus wird der Anlagenbetrieb durch einen zertifizierten Personaldienstleister aus Halle (Saale) unterstützt. Die Anlagenfahrer, -monteure und Betriebselektriker werden sowohl für Anpassungsarbeiten an der Anlage als auch zum Anlagenbetrieb bei der Aufbereitung und der Brennstoffherstellung eingesetzt. Zudem werden speziell geschulte Mitarbeiter bei Bedarf für Wartungs- und Reinigungsarbeiten eingesetzt.

Die turnusmäßige Zertifizierung des Entsorgungsbetriebes wurde zum Jahresbeginn erfolgreich durchgeführt. Dazu hat sich die RAB Halle GmbH im Zeitraum vom 24. Januar bis 06. Februar 2013 der jährlichen externen Überprüfung gestellt und konnte in allen Belangen eine fachliche Eignung nachweisen.

Im Geschäftsjahr 2013 hat die Gesellschaft Investitionen in Höhe von TEUR 150 vorgenommen. Hauptsächlich wurden hierbei notwendige Ersatzinvestitionen in die vorhandene Anlagentechnik sowie Investitionen im Rahmen der Anpassung und Erweiterung zur effektiveren Betriebsführung der Anlage getätigt. Dezidiert handelt es sich bei den Investitionen hauptsächlich um die Generalüberholung des Nachzerkleinerers in Höhe von TEUR 70 sowie um die Implementierung eines Dosierbunkers zur effektiveren Dosierung zerkleinerter Inputtonnagen in Höhe von TEUR 28. Darüber hinaus hat die Gesellschaft an diversen Gebäuden- und Anlagenteilen erforderliche Erweiterungen bzw. Anpassungen vorgenommen.

Berichte über wichtige Projekte und Vorhaben

Neben der Sortierleistung für den kommunalen Auftraggeber sucht das Unternehmen zusätzliche Aktivitäten. Die Erweiterung des Leistungsportfolios durch die Herstellung eines nativorganischen Ersatzbrennstoffes wurde im Geschäftsjahr 2013 weiterhin als optimale Ergänzung der Wertschöpfungskette der Gesellschaft gesehen. Der umgesetzte Lösungsansatz liegt in der Mit-Verbrennung von Ersatzbrennstoffen bei einem überregionalen Kraftwerksbetreiber. Die RAB Halle GmbH hat sich dazu seit dem Geschäftsjahr 2012 auf die Herstellung eines qualifizierten Ersatzbrennstoffes, mit geeigneten physikalischen und chemischen Stoffeigenschaften, spezialisiert. Mit diesem Substitutionsstoffstrom trägt die Gesellschaft zur Entlastung endlicher fossiler Energieressourcen bei und unterstützt die hochgesteckten Klimaschutzziele. Mit dieser Nutzung des Abfalls als Energiequelle werden Nachhaltigkeitsziele verfolgt und präzise in die Wirklichkeit umgesetzt. Durch die Herstellung einer heizwertreichen Mischung aus Papier, Holz, Kunststoff und Verpackungsresten kann ein wesentlicher Teil an Rohbraunkohle substituiert werden. Zugleich unterstützt der teilweise CO₂-neutrale Energierohstoff die Energiebilanz des Kraftwerkes. In der Hoffnung, dass regionale Kraftwerke ihre Technologie auf die Mitverbrennung von Heizwertäquivalenten umrüsten, sieht die RAB Halle GmbH ein Erfolgspotential durch die Reduzierung der Transportwege.

Trotz aller gesetzlichen Bestrebungen und einer umfangreichen Aufklärungsarbeit wird ein nicht geringer Teil von Wertstoffen dennoch über die Restmülltonne entsorgt und sichert weiterhin den Unternehmenszweck der RAB Halle GmbH. Die Anlage ist jederzeit auf die Erweiterung der Sortiertiefe vorbereitet und kann bei gegebener Wirtschaftlichkeit weitere gewinnbringende Separierungen anbieten. Nicht zuletzt beschäftigt sich die Gesellschaft mit der Sortierung der Wertstofftonnen und führt derzeit zahlreiche Gespräche, um eine hinreichende Sortierleistung zu generieren. Dabei gehen die Überlegungen des Unternehmens sowohl auf die mögliche Veränderung im Input aus der Fraktion Restmüll, als auch auf die Entwicklung eines geeigneten Sortiermodells für die Wertstofftonne ein.

Wirtschaftliche Lage

Bei der Beurteilung des kommunalen Mengenstroms ist ein leichter Anstieg im Vergleich zur Vorjahresleistung zu beobachten. Im Geschäftsjahr 2012 hat die RAB Halle GmbH dabei eine Inputtonnage von 57.935 Mg übernommen, welche sich im Geschäftsjahr 2013 auf 58.462 Mg entwickelte. Diese leichte Erhöhung ist auf die Hochwasserkatastrophe, welche im Geschäftsjahr 2013 die Stadt Halle (Saale) heimsuchte, zurückzuführen. Im Rahmen der Beseitigung der entstandenen Schäden erfolgte eine überproportionale Entsorgung an Sperrmüll im Stadtgebiet der Stadt Halle (Saale). Im Vergleich zum Vorjahr berichtet die Gesellschaft über einen leichten Rückgang im Rahmen der Herstellung eines Ersatzbrennstoffes. Im Geschäftsjahr 2013 konnte eine Inputtonnage von 19.709 Mg die Erwartungen nicht ganz erfüllen. Insgesamt resultieren aus den beschriebenen Leistungen Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 4.891. Hinzu kommen sonstige Erlöse/Erträge in Höhe von TEUR 115, welche hauptsächlich aus der Vermarktung des Schrottes resultieren. Die Gesamtleistung der RAB Halle GmbH im Jahr 2013 in Höhe von TEUR 5.006 stellt im Vergleich zum Vorjahr (TEUR 4.755) eine Steigerung um TEUR 251 dar.

Durch die nahezu konstante Inputtonnage im Vergleich zur Vorjahresleistung ist keine wesentliche Entwicklung des Werkstoffverbrauches, des Energiebedarfes, der Fremdleistungen und der Instandsetzungsleistungen zu verzeichnen. Die leichte Steigerung des variablen Materialaufwandes auf TEUR 3.767 im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von TEUR 3.693 entspricht der inflationären Entwicklung am Beschaffungsmarkt. In diesem variablen Materialaufwand erkennt die RAB Halle GmbH in der Beanspruchung der Verwertung eine nahezu konstante Darstellung, denn TEUR 2.507 stehen dem Vorjahreswert von TEUR 2.616 gegenüber.

In den Personalkosten in Höhe von TEUR 134 spiegelt sich der weitere Ausbau des eigenen Mitarbeiterstammes im Geschäftsjahr 2013 wieder. Auf Grund von Ersatzinvestitionen in die Anlagentechnik sowie in die bestehende Mobiltechnik stiegen im Geschäftsjahr 2013 die Abschreibungen in Höhe von TEUR 491 im Jahr 2012 auf TEUR 519 im Jahr 2013. Des Weiteren ist im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ein Anstieg der angefallenen Kosten auf einen Wert im Geschäftsjahr 2013 in Höhe von TEUR 231 zu verzeichnen. Ausschlaggebend hierfür war insbesondere die betriebsnotwendige Anmietung von Mobiltechnik zur Aufrechterhaltung des Betriebsgeschehens.

Alle Investitionen des Jahres 2013 wurden durch eigene liquide Mittel der RAB Halle GmbH finanziert und führen deshalb zur Minderung der Kapitalausstattung. Zusätzlich geben die derzeitigen Konditionen am Kapitalmarkt keine Impulse, so dass die Zinserträge mit TEUR 5 gering ausfallen. Gleichzeitig kann die Gesellschaft ohne Neuaufnahme von Fremdfinanzierungen den Zinsaufwand auf TEUR 42 beschränken. Beide Sachverhalte geben das Finanzergebnis des Jahres 2013 von TEUR -37 wieder. Eine Gegenüberstellung zum Jahr 2012, in dem ein Wert von TEUR -47 erreicht wurde, zeigt eine Verbesserung um TEUR 10.

Insgesamt schließt die Gesellschaft ein erfolgreiches Jahr mit einem Ergebnis von TEUR 302 vor Gewinnabführung ab und bestätigt damit ihre Produktivität. Gleichzeitig übersteigt dieses Resultat minimal die Erwartungen, so dass die Geschäftsführung darin einen Ausdruck der Ergebnisverantwortung gegenüber dem Gesellschafter Stadtwerke Halle GmbH erneut unter Beweis stellen kann.

Zur Beurteilung der Entwicklung des Anlagevermögens ist aus dem Vergleich der Investitionen des Geschäftsjahres von TEUR 150 gegenüber den Abschreibungen im Jahr 2013 in Höhe von TEUR 519 eine Reduzierung um TEUR 377 abzuleiten. Insgesamt weist die Bilanz der RAB Halle GmbH ein Anlagevermögen von TEUR 2.625 aus. Noch intensiver verändert sich das Umlaufvermögen von TEUR 1.000 auf TEUR 1.358. Hierbei ist wesentlich ein Anstieg des Forderungsbestandes gegenüber dem Cash Pool um TEUR 289 zu berichten. Dem gleichgesetzt nehmen die Forderungen gegenüber den Verwertungspartnern zu, welche sich mit TEUR 256 durch die Berücksichtigung der Jahresschlussrechnung begründen. Ohne Veränderungen des Eigenkapitals von TEUR 1.708 ist auf der Passivseite eine leichte Reduzierung am Rückstellungsbedarf zu erkennen. Neben den Rückstellungen für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses, der Rückstellung für unterlassenen Instandhaltung und den wenigen ausstehenden Rechnungen, ist hauptsächlich die Inventur der Lagerbestände für diese Entwicklung verantwortlich und zum Bilanzstichtag ein Wert von TEUR 102 notwendig. Bei der Betrachtung der Verbindlichkeiten ist zunächst über die Tilgung des Kredites mit einem Umfang von TEUR 314 zu berichten. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sind auf Grund der Bestätigung des Ergebnisses mit TEUR 369 anzumerken. Der Anstieg der sonstigen Verbindlichkeiten ist insbesondere über die Erhöhung der Rückzahlungen an die Hauptauftraggeberin Stadt Halle (Saale) zu erklären. Dabei werden die Abschlagszahlungen im Jahresverlauf dem tatsächlichen Rechnungsbetrag gegenübergestellt und der ordnungsgemäße Ausweis hergestellt. Insgesamt weist die Gesellschaft zum 31.12.2013 die Bilanzsumme mit einem Wert von TEUR 3.983 aus. War vor Jahresfrist ein Wert von TEUR 4.002 zu berichten, so ist dieses eine Abnahme von TEUR 19, welches sich aus den dargelegten Sachverhalten ergibt.

Risikomanagement

Mit ihrem Geschäftsmodell beabsichtigt die RAB Halle GmbH, trotz eines sich langfristig einstellenden Mengenrückganges, zusätzliche freie Gewerbemengen am Markt zu akquirieren. Damit soll die Auslastung der eingesetzten Kapazitäten auf dem derzeit hohen Niveau gehalten werden. Zwar ist die Gesellschaft stark auf die derzeitigen Regelungen des Abfallrechtes und die Gegebenheiten des Marktes angepasst, hat aber mit geringem Aufwand genug Spielraum, um auch kurzfristig technologisch reagieren zu können. Zudem sind die Verwertungspartner mittelfristig gebunden und stützen damit einen konstanten Materialaufwand.

Mit einer umfangreichen Löschtechnik begegnet die Gesellschaft der Brandgefahr bei der Behandlung von Abfällen. Das unverzügliche und umsichtige Handeln der Mitarbeiter wird mehrfach im Jahr geschult und geprobt und soll das Risiko von Sachschäden minimieren. Weiterhin ist die Gesellschaft keinen wesentlichen Fremdwährungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsstromschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten ausgesetzt.

Das Risikofrüherkennungssystem der Gesellschaft befindet sich auf aktuellem Stand. In Auswertung der festgelegten Risikofelder sind keine den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Risiken benannt.

Branchen- und Unternehmensausblick

Für den Jahresverlauf 2014 geht die Gesellschaft von einem insgesamt konstanten Mengenstrom aus. Entsprechend der Wirtschaftsplanung erwartet die RAB Halle GmbH die Fortsetzung der positiven Unternehmensentwicklung und zielt zum Abschluss des Geschäftsjahres 2014 auf einen Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung von TEUR 430. Für die Folgejahre wird von ähnlichen Ergebnissen ausgegangen.

RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Hasentorstraße 9
06526 Sangerhausen

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 620

Gesellschafter:	T€	%
Landkreis Mansfeld-Südharz	310	50,00
Stadtwerke Halle GmbH	310	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die umwelt- und gemeinwohlverträgliche Erfüllung von Entsorgungsaufgaben in Bezug auf andienungspflichtige Abfälle aller Art im Bereich des Landkreises Mansfeld-Südharz und dem Gebiet der Stadt Halle.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Die Abfallentsorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Lammert, Dominik

Aufsichtsrat: Quenzel, Benjamin
Schröder, Siegmund
Wenzel, Lothar

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	1	1	1

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Wertstoffaufbereitung GmbH Riethnordhausen	15	51,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
2.621	56	2.854	60	3.358	59	-233	-8
1.852	40	1.629	34	2.035	36	223	14
184	4	283	6	287	5	-99	-35

Bilanzsumme

4.657	100	4.766	100	5.680	100	-109	-2
-------	-----	-------	-----	-------	-----	------	----

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
2.570	55	2.225	47	1.876	33	345	16
87	2	85	2	123	2	2	2
2.000	43	2.456	51	3.681	65	-456	-19

Bilanzsumme

4.657	100	4.766	100	5.680	100	-109	-2
-------	-----	-------	-----	-------	-----	------	----

bb) GuV

Umsatzerlöse
andere aktivierte Eigenleistungen
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
Erträge aus Beteiligungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
außerordentliche Erträge
außerordentliches Ergebnis
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2013	2012	2011
T€	T€	T€
4.761	4.444	4.731
		1
48	79	166
862	467	494
1.925	1.937	1.946
529	567	558
902	963	1.177
		8
6	11	22
99	157	185
498	443	568
	22	4
	22	4
136	101	2
16	15	17
346	349	553
346	349	553

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	7,26	7,85	11,69	%
Eigenkapitalrentabilität:	15,54	18,59	41,82	%
Cash-Flow:	875	916	1.111	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	89	81	84	T€
Personalaufwandsquote:	40,04	42,82	39,73	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	56,14	59,48	58,61	%
Eigenkapitalquote:	55,19	46,68	33,03	%
Fremdkapitalquote:	44,81	53,32	66,97	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Bioabfall	7.239,00	7.348,00	6.834,00	t
Pappe, Papier	8.930,00	9.134,00	9.503,00	t
Restabfall	25.982,00	26.493,00	27.400,00	t

e) Lagebericht

Wirtschaftsbericht

I. Entwicklung in der Entsorgungswirtschaft (Branchenentwicklung)

Das Geschäftsjahr 2013 war in der Entsorgungswirtschaft von den tiefgreifenden Umwälzungen der vergangenen Jahre infolge der Umsetzung der europäischen Umweltgesetzgebung in nationales Recht geprägt.

Insbesondere ist hier die Einführung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes zu nennen, welches am 01.06.2012 in Kraft getreten ist. Außerdem wurden die Gesetzmäßigkeiten weiterhin auf die Kreislaufwirtschaft und Ressourcenschonung ausgerichtet. In der derzeitigen Diskussion befinden sich die Umsetzung der Wertschöpfung der stoffgleichen Nichtverpackungen in Form der Wertstoffsammlung sowie die flächendeckende Einführung der Getrenntsammlung von Bioabfällen ab dem Jahr 2015.

Im Wirtschaftsjahr 2013 wurde in der Bundesrepublik die Arbeitsgrundlagen zugunsten der Abfallvermeidung und der stofflichen Verwertung weiterentwickelt und konkretisiert.

Die Rohstoffpreise auf dem Sekundärrohstoffmarkt sind im Jahr 2013 relativ konstant geblieben. Die Schwankungen auf dem Gesamtmarkt standen im Wesentlichen im Zusammenhang mit den Exporten. In Abhängigkeit der zukünftigen Marktpreisentwicklung sind die langfristigen Strategien der Abfallwirtschaft sowohl auf Seiten der privaten Entsorger als auch auf der Seite öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger zunehmend schwerer zu berechnen.

II. Unternehmensentwicklung

Im vergangenen Geschäftsjahr wurden die bestehenden Kreistagsbeschlüsse KT 269-32/2011 und KT 271-32/2011 zur Veräußerung der Gesellschafteranteile des Landkreises an die Stadtwerke Halle umgesetzt. Mit dem Beurkundungstermin am 11.12.2013 wurden zum 31.12.2013 50 % der Gesellschafteranteile an der RES GmbH an die Stadtwerke Halle GmbH übertragen. Der Übertragungszeitpunkt war der 01.01.2013.

Das Jahr 2013 war hier von der Vorbereitung des Verkaufes der Gesellschafteranteile geprägt. Dazu wurde mit Datum des 15.05.2013 eine Wertindikation für die RES GmbH zum Bewertungsstichtag 31.12.2012 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers AG erstellt.

Die Abfallentsorgung wurde im Jahr 2013 vom technischen und wirtschaftlichen Standpunkt weiter optimiert.

Unter anderem wird auch im Landkreis Mansfeld-Südharz im Zeitraum Juli 2013 bis Juli 2014 ein Probeversuch zur Einführung der Wertstofftonne durchgeführt.

Die Änderung des Verbrennverbotes im Landkreis stellte für die RES GmbH eine logistische Herausforderung dar, da es zu den unterschiedlichsten Bereitstellungsmengen gekommen ist, weil die Gemeinden selbst entscheiden wie mit der Verbrennverordnung umgegangen wird. Gegenüber dem Jahr 2012 war kein Mengenzuwachs zu verzeichnen.

Die Umsetzung des Entsorgungsvertrages stellte auch aufgrund der Preisentwicklung für Betriebskosten eine Herausforderung dar, welche trotz allem gut verwirklicht wurde. Durch die konsequente Umsetzung der geplanten Maßnahmen und Optimierungsprozesse konnten die geschätzten Ergebnisse erreicht und wiederholt übertroffen werden. Insbesondere sind hier die Optimierung der Sammeltouren und der effektivere und auf die Fahrzeuggröße angepasste Einsatz zu nennen. Ein weiterer Punkt ist die Einbeziehung der Kraftfahrer und Müllwerker in die Streckenführung, um unnötige Zeit und Fahrkilometer einzusparen. Dadurch konnten die erhöhten Treibstoffkosten aufgefangen und Kosten insgesamt konstant gehalten werden.

Die RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH hat sich in den letzten 3 Jahren zu einem stabilen, dem Landkreis Mansfeld-Südharz auch in Zukunft Erfolg bringenden Unternehmen, entwickelt.

a.) allgemeine Beschreibung

Im Geschäftsjahr 2013 erfolgte die Abfuhr im gesamten Landkreis Mansfeld-Südharz entsprechend den Leistungsvorgaben des Eigenbetriebes für Abfallwirtschaft Landkreis Mansfeld-Südharz.

Aufgrund der ständigen Optimierung von Betriebsabläufen konnten alle Aufgaben erfüllt werden. Außerdem bemühte sich die RES GmbH um den Auftrag zur Abfuhr der Container von den Wertstoffhöfen des Landkreises ab dem Jahr 2014. Dieser wurde am 13.12.2013 erteilt.

Die Einführung und Beibehaltung einer konsequenten Strukturanpassung und stabilen Überwachung aller Unternehmensbereiche haben zu einer positiven betriebswirtschaftlichen Entwicklung geführt. Die RES hat sich zu einem modernen, rentablen und effizienten Betrieb entwickelt. Das positive Jahresergebnis von € 345.738,32 spiegelt diese Entwicklung wieder.

Im Hinblick auf die folgenden Jahre muss mit einem deutlich geringeren Ergebnis entsprechend der Kalkulation gerechnet werden. Zusätzlich werden Kostensteigerungen im Bereich Personal und Fuhrpark insbesondere auf das Jahr 2014 Auswirkungen haben, da die Preisanpassungsklausel laut Vertrag mit dem Landkreis erst für 2015 wirksam wird, aber auch nur dann, wenn die Indexkennziffern des Statistischen Bundesamtes der Bundesrepublik über 10 % steigen.

b.) Investitionstätigkeit

Entsprechend des Investitionsplanes wurden im Jahr 2013 die geplanten Investitionen vollständig umgesetzt. Die Investition des Sperrmüllfahrzeuges wurde im Mai abgeschlossen und die Investition des Hausmüllfahrzeuges im Dezember 2013. Veränderungen gab es im Austausch. Statt der SGH-W 644 im Sperrmüll wurde die SGH-R 770 ausgetauscht. Im Bereich Restmüll wurde kein Neufahrzeug angeschafft, sondern ein Jahresfahrzeug. Es wurde nicht die SGH-AP 808 sondern die SGH-H 557 ausgetauscht. Mit Beschluss des Aufsichtsrates vom 17.12.2013 wurde eine zusätzliche Investition in einen Absetzkipper genehmigt, welche aber im finanziellen Rahmen der Gesamtinvestitionen lag. Das Fahrzeug wurde aufgrund der zeitlichen Abläufe aber erst im Jahr 2014 angeschafft. Insgesamt war ein Investitionsvolumen von € 403.000,00 geplant. Getätigt wurden Investitionen in Höhe von € 313.231,64. Durch die Anschaffung des gebrauchten Fahrzeuges konnten somit ca. € 90.000,00 eingespart werden. Die Verschiebung in der Betriebs- und Geschäftsausstattung von geplanten zu realisierten Investitionen ist begründet in der Anschaffung der Wertstoffbehälter für den Probeversuch.

Im Einzelnen werden die Investitionen nachfolgend dargestellt:

	geplante Investitionen	realisierte Investition	Differenz
Fahrzeuge nicht getätigt,	365.000,00 €	251.348,33 €	-113.651,67 €
Betriebs- und Geschäftsausst.	38.000,00 €	59.976,15 €	21.976,15 €
Bau/ Umbau	0,00 €	1.907,16 €	1.907,16 €
EDV	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Gesamt	403.000,00 €	313.231,64 €	-89.768,36 €

c.) Personal/Sozialbericht

Im Unternehmen waren zum Stichtag 31. Dezember 2013, 54 Arbeitnehmer (ohne Geschäftsführer) beschäftigt. Die durchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer im Jahr 2013 betrug 54 (ohne Geschäftsführer).

Die eingerichtete bestehende Altersvorsorge für die Arbeitnehmer wurde fortgeführt.

Unser Personalaufwand belief sich im abgelaufenen Geschäftsjahr für den Zeitraum bis 31.12.2013 auf € 1.925.291,77.

Pro Beschäftigten fielen Personalkosten in Höhe von € 35.005,30 Euro an. Abfindungszahlungen wurden nicht geleistet.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr leisteten wir Zahlungen für Altersversorgung in Höhe von € 60.246,79.

Der Anteil der Gleichgestellten und Schwerbehinderten in unserer Belegschaft entsprach 3 Arbeitnehmern. Damit waren die Auflagen nach dem Schwerbehindertengesetz erfüllt.

Der hohe Krankenstand lag bedingt durch eine erhebliche Anzahl von Langzeitkranken im Durchschnitt bei 18%. Die fehlenden Arbeitnehmer wurden für die Dauer der Abwesenheit durch Mitarbeiter von Zeitarbeitsfirmen ersetzt. Durch den Einsatz von diesen überlassenen Arbeitnehmern konnte der Auftrag zur Entsorgung reibungslos realisiert werden.

d.) Umweltschutz

Unser Unternehmen hat sich auch im Jahr 2013 zur kontinuierlichen Verbesserung der Leistungen im Umweltschutz hinsichtlich der Sicherheit verpflichtet. So wurden die Neuinvestitionen in die Neufahrzeuge maßgeblich von abgas- und lärmarmen Bedingungen abhängig gemacht.

Bei allen Zulieferern wurde die Einhaltung von umweltschutz- und sicherheitsrelevanten Bestimmungen geprüft.

Die RES Sangerhausen GmbH selbst wurde im November 2013 vom TÜV Nord als Entsorgungsfachbetrieb bestätigt.

Die für das Unternehmen geltenden Rechtsvorschriften zum Umweltschutz wurden eingehalten.

e.) Umsatz- und Auftragsentwicklung

Durch ständige Kostenkontrolle und Umsetzung der geplanten Optimierung konnte im vergangenen Geschäftsjahr ein Ergebnis von € 345.738,32 erreicht werden. Die RES GmbH hat mit dem Eigenbetrieb Abfallwirtschaft einen Vertrag für die Teilleistungen Restmüll, PPK, Bioabfall und Sperrmüll bis zum Jahr 2017 mit einer zweijährigen Verlängerungsoption und in den Bereichen Elektroaltgeräte, Sonderabfall und Grünabfall einen dreijährigen Vertrag mit einem Jahr Verlängerungsoption. In den Bereichen Sonderabfall, Elektroaltgeräte und Grünabfall wurde die Verlängerungsoption für das Jahr 2014 vom Eigenbetrieb Abfallwirtschaft bereits beauftragt.

Der Gesamtvertrag wurde im Rahmen einer Inhousevergabe an die RES GmbH vergeben. 92,55 % des Gesamtumsatzes der RES GmbH wurden im Jahr 2013 über diesen Vertrag generiert.

Die Umsatz- und Auftragsentwicklung hat sich gegenüber der Planung verbessert. Die Mengenrückgänge und der Rückgang der Bevölkerung liegen in den kalkulierten Größen.

Es ist davon auszugehen, dass im Jahr 2014 in den Bereichen Restabfall, Papier und Bioabfall die Mengenentwicklung in Abhängigkeit von der Bevölkerungsentwicklung weiter sinken wird. Weitere Prognosen ab dem Jahr 2015 können nicht abschließend dargestellt werden, da mit derzeitigem Stand das Abfallwirtschaftskonzept des Landkreises noch nicht fortgeschrieben ist.

Die Änderung der Verbrennverordnung führte zu keinen nennenswerten Veränderungen.

Trotz des rückläufigen Abfallaufkommens konnte durch die Ausnutzung und Umsetzung der erwähnten Optimierungsmaßnahmen die Kostensteigerung ausgeglichen und das Ergebnis gegenüber den Planzahlen verbessert werden.

Die Entwicklung stellt sich wie folgt dar:

	Leerungen 2013	Tonnage 2013	Leerungen 2012	Tonnage 2012
Restmüll	976.473	25.982,40	980.150	26.492
PPK	479.993	8.930,86	482.100	9.133
Bioabfall	262.839	5.851,68	256.700	5.853
Grünabfall	0	1.335,98	0	1.426
Sperrmüll	0	3.126,20	0	3.153
Elektroaltgeräte	0	14.040 Stück	0	14.450 Stück

f.) Darstellung der Lage

Die Vermögenslage zum 31.12.2013 hat sich weiter stabilisiert.

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt 56,28 %.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände haben zum Ende des Geschäftsjahres einen Anteil von 13,02 %.

Das Unternehmen wird auch zukünftig seine finanziellen Verpflichtungen erfüllen können.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur stellt sich zum 31.12.2013 im Vergleich zum Jahresabschluss 2012 in Kennzahlen wie folgt dar:

		2012 €	2013 €
Eigenkapitalquote	Grundkapital	620.000,00	620.000,00
	satzm. Rücklag.	62.000,00	62.000,00
	andere Rücklag.	1.170.609,64	1.170.609,64
	Gewinnvortrag	23.232,70	371.993,88
	Jahresüberschuss	348.761,18	345.738,32
	Bilanzgewinn	0,00	0,00
	Eigenkapital	2.224.603,52	2.570.341,84
	Rückstellungen	85.093,85	87.244,44
	Verbindlichkeiten	1.466.117,33	1.207.561,06
	Fremdfinanzierung	990.240,00	792.192,00
	Fremdkapital	2.541.451,18	2.086.997,50
	Gesamtkapital	<u>4.766.054,70</u>	<u>4.657.339,34</u>
	Eigenkapitalquote %	46,68	55,19
Verschuldungsgrad	verzinsl. Fremdkapit.	990.240,00	792.192,00
	sonst. Fremdkapit.	1.466.117,33	1.207.561,06
	Wirtsch. Fremdkapit.	2.456.357,33	1.999.753,06
	Eigenkapital	<u>2.224.603,52</u>	<u>2.570.341,84</u>
	Verschuldungsgrad %	110,42	77,80
Liquidität	Flüssige Mittel, sonst. Vermögensgegenst.	1.582.565,89	1.814.831,35
	kurzfristiges Fremdkapit.	<u>817.565,89</u>	<u>794.040,14</u>
	Liquidität 2. Grades	193,50	228,56
Nettoverschuldung	Fremdmittel	2.541.451,18	2.086.997,50
	Flüssige Mittel	1.080.833,48	1.208.517,85
	Nettoverschuldung	1.460.617,70	878.479,65
Eigenkapitalrentabilität	Jahresüberschuss	348.761,18	345.738,32
	Eigenkapital	<u>2.224.603,52</u>	<u>2.570.341,84</u>
	Eigenkapitalrentabilität	15,68	13,45

Die Finanzlage des Unternehmens hat sich zum 31.12.2013 verbessert.

g.) Beteiligungen

Wertstoffaufbereitung GmbH Riethnordhausen

Die Gesellschaft befindet sich derzeit in Liquidation. Die Gesellschafteranteile wurden aufgrund der Insolvenz mit einem niedrigeren Teilwert eingestellt.

Die Gesellschafteranteile an der Wertstoffaufbereitung GmbH Edersleben wurden bereits im Jahr 2009 vor der Insolvenz der RES GmbH veräußert. Hier besteht lediglich ein nachrangiges Gesellschafterdarlehen an die WAE GmbH. Die Wahrscheinlichkeit der Rückzahlung ist aufgrund der wirtschaftlichen Situation der WAE weiterhin eher gering. Derzeit besteht keine Aussicht auf Rückzahlung.

Aus diesem Grund wurde bereits im Jahr 2010 das Darlehen abgewertet und mit einem Erinnerungswert von € 1 dargestellt.

Die Möglichkeit der Fälligkeit und Rückzahlung wurde durch die Rechtsanwälte Köhler & Klett geprüft und negativ bewertet.

III. Risikobericht

Im Jahr 2013 sind alle Maßnahmen und Zahlungen planmäßig erfolgt, so dass die Gesellschaft alle Voraussetzungen hat, um erfolgreich zu bestehen.

Für das Jahr 2014 liegt die Unsicherheit für das Unternehmen im Bereich der Kostensteigerung im Fuhrpark durch die steigenden Treibstoff- und Unterhaltungskosten. Weiterhin stellt ein gewisses Risiko die Bevölkerungsentwicklung des gesamten Landkreises dar. Durch die in dem Vertrag mit dem Landkreis vereinbarten Mengenstaffeln wird das Risiko wiederum abgedeckt, da bei sinkenden Mengen der Preis steigt.

Die RES GmbH ist verpflichtet die Verwertung der PPK-Mengen im Jahr 2014 europaweit erneut auszuschreiben und zu vergeben.

Ein nicht vorhersehbares Risiko verbirgt sich dadurch in der Vergabe der PPK-Entsorgung. Der bis zum 31.12.2013 geschlossene Vertrag wurde in einem Zeitraum vergeben, in dem ein sehr hohes Preisniveau herrschte, so dass hier die überdurchschnittlichen Betriebsergebnisse der RES GmbH erwirtschaftet wurden. Nach derzeitigen Kenntnisstand ist im Bereich PPK derzeit ein ca. € 20,00 geringeres Entgelt pro Tonne erzielbar. Dies würde eine Reduzierung um ca. € 190.000,00 pro Jahr bedeuten.

Gleiches gilt für die Entwicklung der Bioabfallentsorgung des Landkreises Mansfeld-Südharz. Hier weicht die Prognose des Landkreises stark von der Ist-Situation ab. Seitens der Geschäftsleitung wird im Interesse eines ausgeglichenen Betriebsergebnisses versucht, bereits im Jahr 2014 eine Preiserhöhung durchzusetzen. Bei der Bioabfallsammlung steht der Aufwand nicht in Relation zum Ergebnis.

Auf Grund dieser Unsicherheiten wird ein grundlegender Schwerpunkt auf das Risikomanagement gelegt, um schnell und flexibel reagieren zu können.

Zur Erfassung und Steuerung von Risiken werden kontinuierlich die Tagesabläufe bezüglich Leerungen und Lade- und Wegezeiten analysiert und ausgewertet. Bei erheblichen Änderungen kann sofort reagiert werden, um Personal und Technik optimal einzusetzen. Gleichzeitig erfolgt täglich die Auswertung der gesammelten Mengen und der zu erwartenden Erlöse. Monatlich werden diese Analysen zusammengefasst und auf das Jahr hochgerechnet, um frühzeitig eine vom Plan abweichende Entwicklung festzustellen zu können.

Diese gewonnenen Ergebnisse sollen dazu beitragen, dass Entwicklungen, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten, schnellstmöglich erkannt und abgestellt werden können.

IV. Prognose

Mit Umsetzung der Kreistagsbeschlüsse KT 269-32/2011 und KT 271-32/2011 zur Veräußerung der Gesellschafteranteile des Landkreises an die Stadtwerke Halle und der damit verbundenen Umsetzung von Forderungen des Landesverwaltungsamtes ist die Vorhersage der Entwicklung im Jahr 2014 als schwierig einzuschätzen. Für die derzeit geltenden Vertragsverhältnisse wird im Jahr 2014 von einer weiterhin konstanten Entwicklung der Gesellschaft ausgegangen. Entsprechend des Wirtschaftsplanes für 2014 wird ein positives Betriebsergebnis erwartet, welches jedoch nicht in der Höhe ausfallen wird, wie die letzten Jahre. Dennoch wird davon ausgegangen, dass trotz des Gesellschafterwechsels weiterhin nach dem aufgestellten Wirtschaftsplan verfahren wird und keine kurzfristigen Änderungen seitens des Gesellschafters vorgenommen werden.

Im Hinblick auf die folgenden Jahre muss durch die anstehenden Kostensteigerungen im Personalbereich sowie im Fuhrpark mit einem deutlich geringeren Ergebnis gegenüber den Vorjahren gerechnet werden. Die RES GmbH darf erstmals seit dem Jahr 2011 im Jahr 2015 eine Kostensteigerung gegenüber dem EAW geltend machen, aber nur, wenn die Indexkennziffern des Statistischen Bundesamtes der Bundesrepublik über 10 % steigen.

Weiterhin wird ab dem Jahr 2015 das Abfallwirtschaftskonzept des Landkreises überarbeitet, welches die Vertragslage der RES GmbH mit dem Landkreis Mansfeld-Südharz tangieren wird. Außerdem muss der Kreistag des Landkreises Mansfeld-Südharz im Jahr 2014 entscheiden, ob einzelne Teilbereiche wieder an die RES GmbH übertragen werden sollen.

V. Nachtragsbericht

Der Nachtragsbericht soll alle nennenswerten Vorfälle bis zur Erstellung des Lageberichtes nach dem Schluss des Geschäftsjahres enthalten.

Nach Abschluss des Geschäftsjahres bis zur Erstellung des Berichtes am 20.02.2014 gab es in der RES GmbH keine nennenswerten Vorfälle.

Vorschlag zur Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung schlägt auf Grundlage der bestehenden Verträge mit den Stadtwerken Halle GmbH die folgende Ergebnisverwendung vor:

Der Jahresüberschuss beträgt € 345.738,32.

Von dem Jahresüberschuss werden 3% bezogen auf die Restbuchwerte des Sachanlagevermögens in Höhe von € 78.437,70 an die Gesellschafter zu gleichen Teilen ausgeschüttet und € 267.300,62 auf neue Rechnung vorgetragen.

VI. Sonstiges

Zweigniederlassungen

Im Rahmen des Auftrages zum Einsammeln und Befördern der Abfälle des Landkreises Mansfeld-Südharz wurde zum 01.01.2011 eine unselbstständige Betriebsstätte zur Abstellung von Fahrzeugen in der Lutherstadt Eisleben, Kasseler Straße 47, errichtet.

Während des Geschäftsjahres wurde das Unternehmen von einem Geschäftsführer, Herrn Dominik Lammert, geführt.

Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH^{1)*}

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft erbringt Dienstleistungen in und für die Stadt Halle zur öffentlichen technischen Infrastruktur des Individualverkehrs, insbesondere die Stadtbeleuchtung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte.

Öffentlicher Zweck:

Die Gesellschaft erbringt Dienstleistungen in und für die Stadt Halle zur öffentlichen technischen Infrastruktur des Individualverkehrs, insbesondere die Stadtbeleuchtung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Böttcher, Jens

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2013 erfolgt.

¹⁾ Umfirmierung im Jahr 2014 in SHS Energiedienste GmbH

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
27	2	35	2	45	2	-8	-23
353	28	508	35	1.291	70	-155	-31
863	70	927	63	509	28	-64	-7

Bilanzsumme

1.243	100	1.470	100	1.845	100	-227	-15
-------	-----	-------	-----	-------	-----	------	-----

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
22	2	22	1	22	1	0	0
263	21	102	7	79	4	161	158
958	77	1.346	92	1.744	95	-388	-29

Bilanzsumme

1.243	100	1.470	100	1.845	100	-227	-15
-------	-----	-------	-----	-------	-----	------	-----

bb) GuV

Umsatzerlöse
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
sonstige Steuern
Erträge aus Verlustübernahmen
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2013	2012	2011
T€	T€	T€
2.744	2.626	2.394
-3	-10	15
271	100	83
2.451	2.385	2.655
483	397	4
13	12	12
113	127	114
0	0	
8	11	12
-56	-216	-305
1	1	0
57	217	305
0	0	0
0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-2,06	-8,25	-12,74	%
Eigenkapitalrentabilität:	-258,58	-989,86	-1.393,68	%
Cash-Flow:	-44	-205	-293	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	430	388		T€
Personalaufwandsquote:	16,06	14,61	0,14	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,17	2,40	2,45	%
Eigenkapitalquote:	1,76	1,49	1,19	%
Fremdkapitalquote:	98,24	98,51	98,81	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Lichtpunkte	22.888,00	22.782,00	22.700,00	Stk.

e) Lagebericht

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1.1 Rahmenbedingungen

Die Wirtschaft in Deutschland entwickelte sich im Kalenderjahr 2013 leicht positiv. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag um 0,4 % über dem Wert des Vorjahres. In den vorangegangenen Jahren waren die Zuwächse des BIP mit 3,3 % (2011) und 0,7 % (2012) höher ausgefallen. Vor dem Hintergrund gedämpfter weltwirtschaftlicher Impulse und anhaltender Rezessionen in einigen europäischen Ländern wird in dem moderaten Wirtschaftswachstum des abgelaufenen Jahres ein Beleg für die Robustheit der deutschen Wirtschaft gesehen.

Für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt weisen die Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder für das erste Halbjahr 2013 eine dem Bundesdurchschnitt entsprechende Entwicklung des BIP aus.

Das moderate Wachstum führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer positiven Entwicklung. Zwar stieg die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen im Bundesdurchschnitt geringfügig von 6,8 % (2012) auf nunmehr 6,9 %. Zugleich aber legte die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahr um 258.000 Personen oder 0,6 % zu.

In Sachsen-Anhalt verringerte sich die Arbeitslosenquote von 11,5 % im Vorjahr auf 11,2 %, während die entsprechende Quote für Ostdeutschland von 10,7 % auf 10,3 % zurückging.

Die Stadt Halle (Saale) verzeichnete im Jahr 2013 zum vierten Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs. Mit 232.705 Einwohnern zählte die Stadt 170 Einwohner mehr als im Vorjahr.

1.2 Branchenentwicklung

Seit 1. Januar 2013 enthält der Strompreis einen neuen Bestandteil. Es wurde die Offshore-Haftungsumlage nach § 17 f. EnWG-Novelle (Energiewirtschaftsgesetz-Novelle) eingeführt. Demnach sind Netzbetreiber berechtigt, die Kosten für geleistete Entschädigungszahlungen, soweit diese dem Belastungsausgleich unterliegen und nicht erstattet worden sind, und für Ausgleichszahlungen als Aufschlag auf die Netzentgelte gegenüber dem Energieversorger geltend zu machen.

Am 13. Dezember 2012 hat der Deutsche Bundestag einer von der Bundesregierung vorgelegten Verordnung über Vereinbarungen zu abschaltbaren Lasten (AbschaltVO) zugestimmt. Nach der Verordnung sollen bestimmte Großverbraucher die Leistungen zur kurzfristigen Abschaltung vorhalten und dafür eine Vergütung vom Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) erhalten. Die dabei entstandenen Kosten werden dann unter den ÜNB verteilt und auf alle Letztverbraucher ohne Unterscheidung nach Letztverbrauchergruppen umgelegt. Die Umlage wird ab 1. Januar 2014 fällig und basiert auf den bisher angefallenen Kosten im Jahr 2013 sowie den prognostizierten Kosten für 2014. Ursprünglich war die Einführung zum 1. Januar 2013 geplant, die Höhe stand aber noch nicht fest.

Mit dem BGH Urteil VII ZR 88/12 vom 24.04.2013 sind alle Straßenbeleuchtungsanlagen im Sinne des § 9 Abs. 7 Satz 2 KWKG als eine Abnahmestelle zu zählen. Damit werden die über 600 Abnahmestellen der SHS für die Berechnung der Umlagen zusammengefasst. Dies betrifft im Wesentlichen die KWK-Umlage, die Offshore-Haftungsumlage und die Umlage nach §19 StromNEV.

1.3 Geschäft und Geschäftsgegenstand

Unternehmensgegenstand der Gesellschaft ist die Erbringung von Dienstleistungen in und für die Stadt Halle zur öffentlich technischen Infrastruktur des Individualverkehrs, insbesondere die Stadtbeleuchtung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehender Geschäfte.

Mit der Gründung der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH wurde ein Arbeitnehmerüberlassungsvertrag mit der EVH GmbH geschlossen. Das betreffende Personal ist mit Wirkung zum 1. Januar 2012 direkt auf die Gesellschaft übergegangen. Der Arbeitnehmerüberlassungsvertrag besteht auch 2013 lediglich noch für eine Person.

Der geschlossene Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH und der EVH GmbH zur Erbringung von kaufmännischen und technischen Dienstleistungen wurde zum 30. November 2013 beendet. Zum 1. Dezember 2013 wurde ein neuer Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der Stadtbeleuchtung Halle GmbH und der EVH GmbH über die kaufmännischen Dienstleistungen und mit der Energieversorgung Halle Netz GmbH über die technischen Dienstleistungen geschlossen. Grund für die Veränderung war der Übergang des ehemaligen technischen Servicebereiches der EVH GmbH zur Energieversorgung Halle Netz GmbH.

Die zwischen der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH und der Stadtwerke Halle GmbH getroffene Cash-Pool-Vereinbarung mit einem Kontokorrentkreditrahmen von T€ 2.000 behielt im abgelaufenen Geschäftsjahr ihre Gültigkeit.

Im November 2013 wurde zu dem bestehenden Gewinnabführungsvertrag zwischen der Stadtwerke Halle GmbH und der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH vom 18. Mai 2011 ein Änderungsvertrag geschlossen. Durch die Änderung des „Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts“ wurde eine Anpassung des Vertrages notwendig. Bei Regelungen zur Verlustübernahme bedarf es eines Verweises auf den § 302 AktG. Dieser Passus wurde geändert, alle übrigen Regelungen bleiben unverändert gültig.

Mit der Stadt Halle (Saale) hat die Gesellschaft zum 01. Februar 2011 einen Beleuchtungsvertrag abgeschlossen. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 15 Jahren. Durch diesen Vertrag ist die Gesellschaft verpflichtet, über die Vertragslaufzeit Maßnahmen zum Betrieb, zur Instandsetzung, zur Erneuerung sowie zur Erhöhung der Energieeffizienz der Beleuchtungsanlagen durchzuführen. Dafür erhält die Gesellschaft ein vertraglich fixiertes Entgelt.

Im April 2013 wurde mit der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) ein Vertrag über die Wartung, Betriebsführung und Energielieferung für die Anstrahlung des Objektes „Wasserturm Nord“ geschlossen.

Im August 2013 wurde mit der Stadtwerke Halle GmbH ein Geschäftsbesorgungsvertrag zur Erbringung von Kommunikations- und Marketingleistungen durch die Abteilung Stadtwerkekommunikation geschlossen. Dieser ist ab 1. Januar 2014 gültig.

Mit der Hallesche Verkehrs AG (HAVAG) wurde im Oktober 2013 ein Vertrag zur Durchführung technischer Serviceleistungen an Beleuchtungsanlagen im Bereich von Haltestellen der HAVAG geschlossen. Dieser ist ebenfalls ab 1. Januar 2014 gültig.

Ein Vertrag über die Wartung, Betriebsführung und Energielieferung für die Anstrahlung des Objektes „Steintor Variété“ wurde im November mit Gültigkeit ab 1. November 2013 mit der event-net GmbH geschlossen.

2. Ertragslage

2.1 Ergebnisentwicklung der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2013 erwirtschaftete die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH einen Fehlbetrag vor Verlustübernahme in Höhe von T€ -56,6.

2.2 Absatz/Umsatz/Erträge

2.2.1 Umsatz Strom

Die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH erzielte durch Weiterberechnungen von Strom an die DSM Deutsche Städte Medien GmbH sowie an die Stadt Halle und die HWS im Geschäftsjahr 2013 Umsatzerlöse in Höhe von T€ 132,9. Dies sind T€ 22,2 mehr als im Vorjahr (T€ 110,7). Grund für die Abweichung waren höhere Preise laut Vertrag sowie der neu geschlossene Vertrag mit der HWS.

2.2.2 Umsatzerlöse Service

Zum 31. Dezember 2013 betrugen die Umsatzerlöse Service T€ 2.611,5. Diese Position beinhaltet hauptsächlich den Beleuchtungsvertrag mit der Stadt Halle. Im Vergleich zum Vorjahr (T€ 2.515,5) steigerten sich die Umsatzerlöse aus Service um T€ 95,9. Dies ist auf eine höhere Anzahl der Lichtpunkte sowie eine Preissteigerung des Lichtpunktpreises zurückzuführen.

2.2.3 Betriebliche Erträge

Im abgelaufenen Geschäftsjahr generierte das Unternehmen sonstige betriebliche Erträge in Höhe von T€ 271,3. Das sind T€ 171 mehr als im Vorjahr. Zum einen wurden höhere Instandhaltungsmaßnahmen für Schäden an Dritte weiterberechnet. Zum anderen wurden im Rahmen des Juni-Hochwassers Aufwendungen für Arbeits- und Entsorgungsleistungen an die Stadt Halle weiterberechnet.

2.3 Variable Aufwendungen

Im abgelaufenen Geschäftsjahr fielen in der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen in Höhe von T€ 2.450,7 an (Vorjahr: T€ 2.385,7).

2.3.1 Aufwendungen für sonstiges Material

Im Geschäftsjahr 2013 wandte das Unternehmen für Material T€ 350,2 auf (Vorjahr: T€ 219,3). Grund für den Anstieg waren höhere Aufwendungen für Instandhaltung sowie für Material, was im Rahmen der Arbeits- und Entsorgungsleistungen an die Stadt Halle weiterberechnet wurde.

2.3.2 Bezug Strom

Die Gesellschaft bezog von der EVH GmbH 9,0 GWh Strom (Vorjahr: 10,2 GWh). Dafür musste das Unternehmen T€ 1.569,4 aufwenden (Vorjahr: T€ 1.624,7). Die in den Vorjahren durchgeführten Energieeffizienzmaßnahmen führten zu einem geringeren Strombezug.

2.3.3 Bezogene Leistungen

Die bezogenen Leistungen umfassten hauptsächlich Fremdleistungen für Instandhaltungen, den Dienstleistungsvertrag mit der EVH GmbH zu kaufmännischen und technischen Dienstleistungen, die Weiterberechnung von Schäden, deren Verursacher bekannt sind sowie den Vertrag zur Arbeitnehmerüberlassung mit der EVH GmbH. Insgesamt wurden für bezogene Leistungen T€ 531,2 aufgewandt (Vorjahr: T€ 541,7).

2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Im Geschäftsjahr 2013 betrugen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen T€ 113,3 (Vorjahr: T€ 127,4). Das ist im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang um T€ 14,1. Im Geschäftsjahr 2012 fielen höhere Aufwendungen für Zusatzmaßnahmen im Auftrag der Stadt außerhalb des Beleuchtungsvertrages an.

2.5 Personal- und Sozialbereich

In 2013 wandte das Unternehmen für Personal T€ 483,6 auf. Im Vergleich zum Vorjahr fielen T€ 86,6 mehr Aufwendungen für Personal an. Grund hierfür ist die Bildung einer Rückstellung für Altersversorgung.

2.6 Finanzlage

Die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH wies am 31. Dezember 2013 einen negativen Finanzmittelbestand in Höhe von T€ 370,5 aus. Trotz eines negativen Geschäftsergebnisses in Höhe von T€ 56,6 verbesserte sich die Liquidität des Unternehmens um T€ 788,8.

Die Verbesserung ergibt sich in erster Linie aus einem positiven Saldo der Rückstellungen in Höhe von T€ 161,0 (Vorjahr: T€ 22,5) und einem Anstieg der Verbindlichkeiten um T€ 400,8 (Vorjahr Abbau um T€ 33,3) und führt somit zu einem Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von T€ 512,3.

Aufgrund des zwischen der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH und der Stadt Halle abgeschlossenen Beleuchtungsvertrages (Vertragslaufzeit 15 Jahre) führte die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH in den Vorjahren Investitionen zur Effizienzsteigerung durch. Diese Investitionen werden bei der Stadt Halle als Anlagevermögen und bei der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten aktiviert und über die Laufzeit abgeschrieben.

Der Saldo des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens in Höhe von T€ 64,4 (T€ 71,4 Auflösungen für Effizienzmaßnahmen; T€ 7,0 Zuführungen für eine Vorauszahlung) und Ausgaben für Investitionen in Höhe von T€ 4,5 (Vorjahr T€ 1,8) führt zu einem positiven Cashflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von T€ 59,9.

Der Verlustausgleich des negativen Vorjahresergebnisses in Höhe von T€ 216,6 (Vorjahr T€ 304,9) wirkte sich ebenfalls positiv auf die Liquidität und somit auf den Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit aus.

Die Liquidität der Gesellschaft wurde im Jahr 2013 im Rahmen einer Cash-Pool-Vereinbarung mit der Stadtwerke Halle GmbH sichergestellt.

Die Stadtwerke Halle GmbH stellt der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH einen unbefristeten Cash-Pool-Kreditrahmen in Höhe von T€ 2.000 zur Verfügung, sodass gemäß der vorliegenden Planung auch im folgenden Geschäftsjahr die Liquidität unverändert gewährleistet sein wird.

2.7 Vermögenslage

Die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH wurde mit einem Stammkapital in Höhe von T€ 25 ausgestattet. Das Eigenkapital belief sich zum 31. Dezember 2013 auf T€ 21,9. Daraus ergab sich eine Eigenkapitalquote von 1,8 Prozent.

Die Rückstellungen betrafen Sozialplanrückstellungen, Aufwendungen des Jahresabschlusses 2013, Aufwendungen für unterlassene Instandhaltungen sowie Aufwendungen für Beraterleistungen und Verpflichtungen gegenüber Dritten.

Die Bilanzsumme des Unternehmens betrug T€ 1.242,9 (Vorjahr: T€ 1.469,8).

3. Nachtragsbericht

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2013 ereigneten sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen Nachtragsbericht für die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH notwendig machen würden.

4. Risikobericht

Es sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

5. Prognosebericht

Für das Jahr 2014 prognostiziert die Gesellschaft ein Ergebnis von T€ 16.

Die Liquidität wird, auch unter Inanspruchnahme der eingeräumten Cash-Pool-Konto-korrentkreditlinie der SWH, gegeben sein.

Im Geschäftsjahr 2014 und in den Jahren 2015 bis 2018 sollen Investitionen in Höhe von je T€ 3,0 für Werkzeuge getätigt werden.

Zum 1. Januar 2014 wird die Umlage nach §18 Abs.1 AbschaltVO eingeführt. Der Umlagesatz für 2014 beträgt 0,009 ct/kWh.

Zum 1. Januar 2014 tritt der im Geschäftsjahr 2013 geschlossene Geschäftsbesorgungsvertrag zur Erbringung von Kommunikations- und Marketingleistungen durch die Abteilung Stadtwerkekommunikation in Kraft.

Des Weiteren beginnt ebenfalls zum 1. Januar 2014 der mit der Halleschen Verkehrs AG (HAVAG) geschlossene Vertrag zur Durchführung technischer Serviceleistungen an Beleuchtungsanlagen im Bereich von Haltestellen der HAVAG.

TELONON Abwasserbehandlung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Zum Teich 6
06120 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand ist der kaufmännische und technische Betrieb von Kläranlagen, deren Reparatur und Wartung sowie die Errichtung, Erwerb und Verwaltung von Anlagen zur Abwasserbehandlung; ausgenommen sind Tätigkeiten, die in § 34c der Gewerbeordnung aufgeführt sind oder die sonst staatlicher Genehmigung im Sinne des § 8 des GmbH-Gesetzes bedürfen.

Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abwasserentsorgung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 116 Abs. 2 GO-LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Rausch, Werner

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Umlaufvermögen

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
668	100	710	100	673	100	-42	-6

Bilanzsumme

668	100	710	100	673	100	-42	-6
-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	----

Passiva

Eigenkapital

Rückstellungen

Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
26	4	26	4	26	4	0	0
8	1	7	1	7	1	1	14
634	95	677	95	640	95	-43	-6

Bilanzsumme

668	100	710	100	673	100	-42	-6
-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	----

bb) GuV

Umsatzerlöse

sonstige betriebliche Erträge

Materialaufwand

Personalaufwand

sonstige betriebliche Aufwendungen

sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

sonstige Steuern

aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2013	2012	2011
T€	T€	T€
3.261	3.172	3.330
0	0	0
3.123	1.872	2.082
7	7	7
114	1.275	1.224
0	0	2
17	18	19
3	3	2
14	15	17
0	0	0
0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,42	0,49	0,50	%
Eigenkapitalrentabilität:	54,00	60,30	64,80	%
Cash-Flow:	14	15	17	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,23	0,23	0,21	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	3,83	3,60	3,80	%
Fremdkapitalquote:	96,17	96,40	96,20	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
behandeltes Mischwasser	19,71	17,02	19,71	Mio. m ³
Klärgas	2,34	2,74	2,44	Mio. m ³
Klärschlamm	16.671,00	17.138,00	17.742,00	t
Stromerzeugung	4,77	5,09	4,72	Mio. kWh

e) Lagebericht

Wirtschaftliche Entwicklung

Die Wirtschaft in Deutschland entwickelte sich im Kalenderjahr 2013 leicht positiv. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag um 0,4 % über dem Wert des Vorjahres. In den vorangegangenen Jahren waren die Zuwächse des BIP mit 3,3 % (2011) und 0,7 % (2012) höher ausgefallen. Vor dem Hintergrund gedämpfter weltwirtschaftlicher Impulse und anhaltender Rezessionen in einigen europäischen Ländern wird in dem moderaten Wirtschaftswachstum des abgelaufenen Jahres ein Beleg für die Robustheit der deutschen Wirtschaft gesehen.

Für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt weisen die Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder für das erste Halbjahr 2013 eine dem Bundesdurchschnitt entsprechende Entwicklung des BIP aus.

Das moderate Wachstum führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer positiven Entwicklung. Zwar stieg die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen im Bundesdurchschnitt geringfügig von 6,8 % (2012) auf nunmehr 6,9 %. Zugleich aber legte die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahr um 258.000 Personen oder 0,6 % zu.

In Sachsen-Anhalt verringerte sich die Arbeitslosenquote von 11,5 % im Vorjahr auf 11,2 %, während die entsprechende Quote für Ostdeutschland von 10,7 % auf 10,3 % zurückging.

Die Stadt Halle (Saale) verzeichnete im Jahr 2013 zum vierten Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs. Mit 232.705 Einwohnern zählte die Stadt 170 Einwohner mehr als im Vorjahr.

Veränderungen von Rahmen- und Marktbedingungen

Seit dem 30. April 1997 führt die TELONON Abwasserbehandlung GmbH gemäß Betriebsführungsvertrag für die Kläranlage Halle-Nord GmbH & Co. Betreiber KG den kaufmännischen und technischen Betrieb der Kläranlage Halle-Nord durch.

Für die Erledigung der Aufgaben aus dem Betriebsführungsvertrag hat die Gesellschaft per Geschäftsbesorgungsvertrag das Personal der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) vertraglich gebunden. Der Betriebsdienst wird von der HWS ordnungsgemäß durchgeführt.

Zu größeren Störungen im Betrieb der Kläranlage kam es im Geschäftsjahr 2013 nicht.

Im Jahr 2013 wurden auf der Kläranlage Halle-Nord 19,71 Mio. m³ Mischwasser behandelt (2012 = 17,02 Mio. m³). Bezogen auf die Trockenwetterzulaufmenge betrug die durchschnittliche Abwassermenge 46.272 m³/d (2012 = 40.066 m³/d).

Der Abwasseranfall auf der Kläranlage Halle-Nord ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Der Anstieg ist auf das Jahrhunderthochwasser im Juni 2013 zurück zu führen. Der Trend der letzten Jahre zeigt einen rückläufigen Abwasseranfall. Durch den Rückgang des Trinkwasserverbrauchs in der Stadt Halle (Saale) wird sich dieser Trend fortsetzen.

Durch die Überleitung des Abwassers der südlichen und östlichen Stadtteile von Halle reinigt die Kläranlage ca. 99 % des gesamten anfallenden Abwassers der Stadt Halle und hat damit ihre volle frachtmäßige Auslastung erreicht.

In den nächsten Jahren wird sich der Anschluss aus einigen Gemeinden des Saalekreises noch weiter erhöhen.

Mit der noch vorgesehenen Erweiterung des Einzugsgebietes wird sich der zurzeit sehr hohe Auslastungsgrad der Kläranlage Halle-Nord in den Folgejahren kaum ändern.

Seit Juli 2001 übernimmt die Kläranlage Halle-Nord zusätzlich Deponiesickerwasser aus der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau. Im Jahr 2013 wurden 100.557 m³ Sickerwasser (2012 = 69.232 m³) ordnungsgemäß gereinigt.

Die Ablaufwerte wurden im Jahr 2013 im Allgemeinen stabil eingehalten.

Im Jahr 2013 wurden 50,4 t Rechengut und 483 t Sandfangrückstände entsorgt. Gleichzeitig fielen 16.671 t Klärschlamm an, die durch die SUC GmbH, Abfallbehandlung Döllnitz entsorgt wurden.

Durch das angefallene Klärgas (Gesamtanfall 2,34 Mio. m³) wurden im Jahr 2013 in den Blockheizkraftwerken 4,77 Mio. kWh Strom erzeugt (2012: 5,09 Mio. kWh).

Insgesamt wurden im Jahr 2013 51 % des Gesamtstromverbrauches der Kläranlage Halle-Nord selbst erzeugt.

In den letzten Jahren wurden verstärkt Fäkalien aus dem Umland der Stadt Halle angenommen, verarbeitet und gereinigt. Im Jahr 2013 betrug diese Menge 9.867 m³ (2012: 13.215 m³). Der Rückgang dieser Menge ist auf den steigenden Anschluss der Gebäude an zentrale Abwasserreinigungsanlagen zurück zu führen.

Die Betriebskosten auf der Kläranlage haben sich im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren entsprechend der allgemeinen Preissteigerung leicht erhöht. Durch die Annahme von Sickerwasser aus der Deponie und Fäkalien aus dem Umland von Halle werden die Einnahmen erhöht und damit die Wirtschaftlichkeit des Klärwerkes verbessert. Ein Vergleich mit anderen Abwasserreinigungsanlagen dieser Größenordnung zeigt, dass die Kläranlage Halle-Nord wirtschaftlich betrieben wird.

Die Betriebsführung wurde für die Kläranlage Halle-Nord GmbH & Co. Betreiber KG durch die TELONON Abwasserbehandlung GmbH für das Geschäftsjahr 2013 ordnungsgemäß erfüllt.

Der variable Aufwand lag mit 4,6 % leicht über Vorjahresniveau. Für den Anstieg sind im Wesentlichen Preissteigerungen bei den Betriebsstoffen (Strom, Chemikalien) ursächlich. Hierbei konnten jedoch durch zahlreiche Einzelmaßnahmen zur Betriebsoptimierung Erfolge erzielt werden, die im Ergebnis weitere Kostensteigerungen verhindern konnten.

Besondere Vorkommnisse in der Betriebsführung sind im Verlauf des gesamten Geschäftsjahres nicht aufgetreten.

Der bestätigte Wirtschaftsplan des Jahres 2013 wurde eingehalten. Es wurde ein positives Ergebnis von € 13.805,58 erzielt. Gemäß Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag werden € 13.805,58 an die SWH abgeführt.

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH ist Mitglied der IHK Halle und der Berufsgenossenschaft der Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse (BG ETEM).

Auf der Grundlage des abgeschlossenen Betriebsführungsvertrages mit der Kläranlage Halle-Nord GmbH & Co. Betreiber KG und dem Geschäftsbesorgungsvertrag mit der HWS wird sich das Aufgabengebiet der TELONON Abwasserbehandlung GmbH in den nächsten Jahren nicht ändern. Die Erweiterung der Geschäftsfelder ist nur in begrenztem Maße möglich.

Auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung ist die TELONON Abwasserbehandlung GmbH nicht tätig.

Zur wirtschaftlichen Lage des Unternehmens gibt es keine Veränderung.

Das Jahresergebnis 2014 wird in ähnlicher Höhe wie im Jahr 2013 erwartet.
Auch für das Jahr 2014 wird eine Entwicklung analog zu den Vorjahren erwartet.

WER-Wertstofferrfassung und Recycling Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Äußere Hordorfer Straße 12 06114 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	256		
Gesellschafter:		T€	%
	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	154	60,00
	Fehr Umwelt Ost GmbH	102	40,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erfassung, Sammlung und Logistik von Wertstoffen auf der Grundlage der Verpackungsverordnung und aller begleitenden Verordnungen in den jeweils gültigen Fassungen unter Berücksichtigung von gemeindlichen Belangen, vornehmlich im Gebiet der Stadt Halle (Saale) sowie gegebenenfalls in den umliegenden Kreisen. Die Gesellschaft kann weitere Aufgaben im Rahmen der Duales System Deutschland AG wahrnehmen.

Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 116 Abs. 2 GO-LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Winter, Thomas

Handlungsbevollmächtigter: Günther, Peter

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
0	0	0	0	0	0	0	0
799	100	809	100	780	100	-10	-1
2	0	1	0	1	0	1	100

Bilanzsumme

801	100	810	100	781	100	-9	-1
-----	-----	-----	-----	-----	-----	----	----

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
696	87	664	82	656	84	32	5
96	12	129	16	113	14	-33	-26
9	1	17	2	12	2	-8	-47

Bilanzsumme

801	100	810	100	781	100	-9	-1
-----	-----	-----	-----	-----	-----	----	----

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2013	2012	2011
T€	T€	T€
198	198	209
71	12	4
86	77	80
19	24	22
0	0	0
78	72	97
0	1	6
	5	
86	33	20
32	10	5
54	23	15
54	23	15

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	27,31	11,40	6,99	%
Eigenkapitalrentabilität:	8,41	3,52	2,28	%
Cash-Flow:	54	23	15	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	134	105	106	T€
Personalaufwandsquote:	7,24	11,45	10,19	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,02	0,02	0,03	%
Eigenkapitalquote:	86,92	82,01	84,03	%
Fremdkapitalquote:	13,08	17,99	15,97	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Wertstoffaufkommen Glas	3.765,10	3.657,40	3.738,00	Mg

e) Lagebericht

Wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen

Die Wirtschaft in Deutschland entwickelte sich im Kalenderjahr 2013 leicht positiv. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag um 0,4 % über dem Wert des Vorjahres. In den vorangegangenen Jahren waren die Zuwächse des BIP mit 3,3 % (2011) und 0,7 % (2012) höher ausgefallen. Vor dem Hintergrund gedämpfter weltwirtschaftlicher Impulse und anhaltender Rezessionen in einigen europäischen Ländern wird in dem moderaten Wirtschaftswachstum des abgelaufenen Jahres ein Beleg für die Robustheit der deutschen Wirtschaft gesehen.

Für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt weisen die Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder für das erste Halbjahr 2013 eine dem Bundesdurchschnitt entsprechende Entwicklung des BIP aus.

Das moderate Wachstum führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer positiven Entwicklung. Zwar stieg die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen im Bundesdurchschnitt geringfügig von 6,8 % (2012) auf nunmehr 6,9 %. Zugleich aber legte die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahr um 258.000 Personen oder 0,6 % zu.

In Sachsen-Anhalt verringerte sich die Arbeitslosenquote von 11,5 % im Vorjahr auf 11,2 %, während die entsprechende Quote für Ostdeutschland von 10,7 % auf 10,3 % zurückging.

Die Stadt Halle (Saale) verzeichnete im Jahr 2013 zum vierten Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs. Mit 232.705 Einwohnern zählte die Stadt 170 Einwohner mehr als im Vorjahr.

Veränderungen von Rahmen- und Marktbedingungen

In Deutschland hat sich die Recyclingquote für Altglas auf 85 Prozent erhöht und sich dabei in der jüngsten Vergangenheit um 4 Prozent gesteigert. Innerhalb der Europäischen Union entwickelt sich die Quote im selben Zeitraum um 2 Prozent und liegt nun bei 70 Prozent. Da alle Länder der europäischen Staatengemeinschaft auch eigenständig eine Glasrecyclingquote über dem gemeinsamen Ziel von 60 Prozent erzielen, ist diese gemeinschaftliche Vorgabe bereits seit Jahren erfüllt.

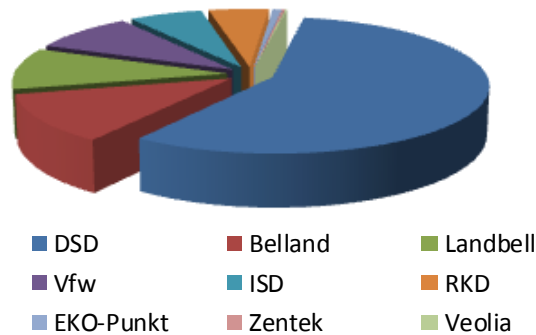
Als Gründe für die positive Entwicklung, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, sind die breite Akzeptanz der Glasverpackungen bei Herstellern und Verbrauchern und das geeignete angeschlossene Rückführungssystem für den Recyclingkreislauf zu sehen. Nur eine hohe Sortenreinheit bei der Sammlung bietet die Voraussetzung für eine qualitativ hochwertige Weiterverarbeitung im Kreislauf.

Zudem unterstützt das hohe Bewusstsein für die Wiederverwertung von Glasverpackungen in der Bevölkerung den Erfolg der Recyclingquote. Mit einer stetigen Ausweitung und Optimierung des Sammel- und Weiterverarbeitungsprozesses wurde die Recyclingquote immer weiter gesteigert. Dieser Fortschritt im Glasrecycling reduziert die Produktionskosten durch sparsamere Rohstoffverbräuche und reduziert Energiebedarfe in der Behälterglasbranche. Letztendlich unterstützt der geschlossene Kreislauf bei der Durchsetzung der Nachhaltigkeitsziele.

Um diese Ziele im regionalen Sammelgebiet der Stadt Halle (Saale) zu erreichen, ist zu den bisherigen bundesweit agierenden Systembetreibern die ELS GmbH im vierten Quartal des Jahre 2013 hinzugekommen. Auf der Grundlage von gebietsweisen Leistungsverträgen über die Sammlung von Verkaufsverpackungen aus Glas hat der genannte Systembetreiber die Freistellung für das Bundesland Sachsen-Anhalt erhalten. Weiter sind in Sachsen-Anhalt die DSD GmbH, die EKO-Punkt GmbH, die Landbell AG, die ISD Interseroh Dienstleistungs GmbH, die Belland Vision GmbH, die Reclay VFW GmbH Duales System Redual, die Zentek GmbH & Co. KG, die VFW Reclay GmbH Duales System Vfw, die Veolia Umweltservice Dual GmbH und die RKD Recycling Kontor Dual GmbH & Co. KG. lizenziert.

Allen dualen Kunden wird das Getrenntsammlungssystem der WER Halle GmbH gemeinschaftlich zur Verfügung gestellt und entsprechend der gemeldeten Marktanteile ordnet sich die Tonnageleistung den einzelnen Partnern zu. Im abgelaufenen Jahr entwickelt sich der Mengenstrom der einzelnen Partner unterschiedlich, was in der nachfolgenden Übersicht der Gesamttonnage des Jahres 2013 zu entnehmen ist.

Systempartner	Jahrestonnage
Duales System	2.141,7 Mg
Deutschland GmbH	
BellandVision GmbH	439,3 Mg
Landbell AG	372,5 Mg
Reclay Vfw GmbH	338,5 Mg
Interseroh Dienst-	236,6 Mg
leistungen GmbH	
RKD Recycling Kontor	193,4 Mg
Dual GmbH & Co. KG	
EKO-Punkt GmbH	28,0 Mg
Zentek GmbH & Co. KG	8,8 Mg
Veolia Umwelt-	6,3 Mg
service Dual GmbH	
Summe	3.765,1 Mg



Besonders im abgelaufenen Geschäftsjahr, indem die Vertragsverhältnisse für die Sammlung in der Stadt Halle (Saale) ausliefen, war eine konsequente Umsetzung des Leistungsauftrages durch die WER Halle GmbH unerlässlich, um die Kundenzufriedenheit auf einem hohen Niveau unter Beweis zu stellen. Über diesen Ausweis der Vertragspartner hinaus erweitert die Gesellschaft den Kundenkreis auf die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale), welche die eigentlichen Leistungsempfänger sind. Permanent steht für das Unternehmen die Wahrung der Entsorgungssicherheit auf einem qualitativ hohen Niveau im Blickpunkt, wo strikte Termintreue, kurze Reaktionszeiten auf Kundenanfragen und eine besonders niedrige Reklamationsrate als direkter Gradmesser dienen. Gegenüber den Systembetreibern muss eine kontinuierliche, fehlerfreie und insbesondere unverzügliche Datenmeldung erfolgen. Alle diese Parameter konnte die WER Halle GmbH im vergangenen Jahr erfüllen und schließt deshalb mit Zufriedenheit ein bewegtes Geschäftsjahr 2013 ab.

Veränderungen in der Gesellschaft

Bis zum Ende des Geschäftsjahres 2013 hatte die Leistungserfüllung der Vertragsverhältnisse aus dem Zeitraum 2010 – 2013 weitestgehend das Agieren der WER Halle GmbH bestimmt. Anfang Mai 2013 wurden die Leistung der Sammlung von gebrauchten Glasverpackungen in der Stadt Halle (Saale) neu ausgeschrieben und marktwirtschaftlich vergeben. Dazu wurden umfangreiche Unterlagen veröffentlicht und die standardisierte Vergabeordnung beschrieben. Erfreulich für die Gesellschaft ist dabei zu bewerten, dass die Ausgestaltung des Erfassungssystems weder eine qualitative noch eine quantitative Änderung verlangt.

Mit Erfolg hat sich die WER Halle GmbH in der beschriebenen Ausschreibung durchgesetzt und konnte ihre Stellung in der Stadt Halle (Saale) behaupten. Auf der Grundlage des günstigsten Angebotes konnte die Gesellschaft sich gegen die zumeist privaten Konkurrenten durchsetzen und dabei das langjährige Preisniveau fortführen. Bis zum Jahresende sind weitestgehend die Dienstleistungsverträge mit den ausschreibungsfolgenden Systembetreibern abgeschlossen und somit für den Zeitraum vom 01. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2016 bindend.

Wesentlicher Erfolgsfaktor ist dabei die konsequente Anpassung der Entsorgung an die vorhandenen Erfassungsmengen. Die nahezu konstante Anzahl der Verbraucherinnen und Verbraucher in der Stadt Halle (Saale) wirkt sich ebenfalls auf die vergleichsweise gleichbleibende Sammelmenge des Jahres 2013 aus. Ein zweiter Erfolgsfaktor sind die ca. 1.365 Depotcontainer, welche im gesamten Stadtgebiet für die Entsorgung aufgestellt sind. Kontinuierlich muss die WER Halle GmbH dieses Behältersystem pflegen und instand setzen.

Nach der Sammelleistung im Stadtgebiet erfolgt entlang der Stoffstromkette die Aufbereitung beziehungsweise die Verwertung der Glasmengen. Da die Verwertungsleistungen im Jahresrhythmus vakant sind, haben sich auch zu Beginn des Jahres 2013 die Verwertungswege geändert. Erfolgreich konnte die WER Halle GmbH einen Großteil der Transportaufträge behaupten und der regional günstig gelegene Verwertungsgesellschaft Rhenus Recycling Ost GmbH & Co. KG in Bennstedt (Saalekreis) die Direktanlieferung anbieten. Aus logistikoptimalen Gründen können somit Regiefahrten eingespart und Lagerflächen reduziert werden. Seit einigen Jahren trennen die Betreiber des dualen Systems die vormals zusammengefassten Leistungen des Transportes und der Verwertung. Ziel dabei ist die wettbewerbliche Vergabe der Logistikleistungen an Speditionsunternehmen. Als Konsequenz resultiert für das Erfassungsunternehmen daraus ein zusätzlicher Verwaltungsakt und die erschwerte Disposition aus dem Ungleichgewicht zwischen logistisch praktikablen Transporteinheiten und dem systembetreibereigenen Verwertungsauftrag.

Berichte über wichtige Projekte und Vorhaben

Nach dem Ende der Winterperiode hat die Gesellschaft die Maßnahmen zur Verbesserung des Erscheinungsbildes der Sammelgroßbehälter fortgesetzt. Im Jahresverlauf 2013 sind 45 Behälter im Stadtbild mit einem neuen Farbanstrich versehen worden, um hauptsächlich die Schäden in Folge des Vandalismus zu beseitigen. Im Jahr 2014 müssen diese Maßnahmen fortgesetzt und intensiviert werden, um den Behälterbestand auf einem einsatzfähigen Niveau zu halten. Zudem sind an einigen Behältern die Lärmdämmmaßnahmen instand zu setzen.

Im Jahr 2014 plant die WER Halle GmbH die Ersatzbeschaffung der 34 m³ Sammelcontainer. Vor der Umsetzung hat die Gesellschaft im Jahr 2013 die erfolgreiche Fortführung des Sammelauftrages abgewartet. Mit der Formulierung der technischen Parameter und der Vorauswahl der potentiellen Lieferanten hat sie die Investition im Jahr 2013 vorbereitet.

Zur Sicherung der Tonnage steht die WER Halle GmbH im ständigen Kontakt mit dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, um eine bessere Auslastung der vorhandenen und die Gewinnung neuer Standplätze zu erreichen. Die aktuelle Anzahl der betriebsbereiten Anfallstellen umfasst zum Jahresende 2013 im Stadtgebiet 317 öffentliche Standplätze und 138 Anfallstellen gemäß § 3 Abs. 11 der Verpackungsverordnung und Anfallstellen des Freizeitbereiches.

Zertifizierung

Die turnusmäßige Zertifizierung nach Entsorgungsfachbetriebsverordnung wurde im ersten Quartal des abgelaufenen Geschäftsjahres erfolgreich durchgeführt. Dazu hat sich die WER Halle GmbH am 25. Februar 2013 der jährlichen Überprüfung durch den TÜV Rheinland vorgestellt. Als Ergebnis der externen Überprüfung testiert das Inspektionsunternehmen der WER einen hohen Qualitätsstandard und sieht die Grundlage für ein erfolgreiches Fortbestehen in der Entsorgungsbranche als gesichert an.

Risikomanagement

Das Risikofrüherkennungssystem der Gesellschaft befindet sich auf einem aktuellen Stand. Zur Vervollständigung des Bewertungsansatzes hat die WER Halle GmbH in ihrer aktuellen Risikoanalyse die Beurteilung auf den mittelfristigen Planungszeitraum ausgeweitet. In Auswertung der festgelegten Risikofelder sind keine den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Risiken benannt.

Wirtschaftliche Lage

Die erfasste Altglasmenge der WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2013 ist mit einer Sammelleistung von 3.765 Mg gegenüber dem Vorjahreswert von 3.657 Mg gestiegen. Damit bestätigt sich die Konstanz in der Erfassungstonnage um ein weiteres Jahr. Weiter bestätigt dieser Mengenzuwachs von 108 Mg die eingangs beschriebene positive Entwicklung der Glasrecyclingquote für die Stadt Halle (Saale). Auf die Kernleistung der Sammlung hat die Mengenentwicklung keine direkte Auswirkung, da die Leistungen als Jahresdienstleistung pauschal definiert sind. Im Vergleich zum Vorjahr entwickeln sich die Umsatzerlöse und Erträge von TEUR 210 im Jahr 2012 auf TEUR 269 im Jahr 2013. Markanten Einfluss auf die Erträge hat dabei die außerordentliche Auflösung von Rückstellungen.

Die Erhöhung der Erfassungsmengen zum einen und die Abnahme der Direkttransporte zum Verwerter zum anderen entwickeln die variablen Aufwendungen für die Sammel- und die Transportleistungen auf einen Wert von TEUR 86. Gegenüber dem Vorjahr, das einen variablen Aufwand von TEUR 77 ausweist, ist in dieser Entwicklung in Höhe von TEUR 9 zudem die zusätzliche Leistung der Reparatur der Betriebsausrüstung enthalten.

Die Personalkosten von TEUR 19 und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von TEUR 78 beschreiben im Wesentlichen die Fixkosten des Unternehmens. Zusammen betrachtet entwickeln sich diese Aufwandspositionen von TEUR 96 im Vorjahr auf TEUR 98 im Jahr 2013 und stellen trotz der leichten Steigerung eine konsequente Beachtung der jahrelangen erfolgreichen Ergebnispolitik der Gesellschaft dar. Erwähnenswerte Einzelposition im sonstigen betrieblichen Aufwand ist die notwendige Fortsetzung der Instandhaltung der Depotcontainer.

Auf Grund der anhaltend niedrigen Konditionen am Kapitalmarkt kann die Gesellschaft keine nennenswerten Erträge aus der guten Liquiditätsausstattung schöpfen.

Unter Berücksichtigung der Steuerzahlungen auf Einkommen und Ertrag erwirtschaftete die WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2013 ein Ergebnis von TEUR 54. Mit dem Ergebnis stellt das Unternehmen, trotz eindimensionaler Leistungsausrichtung, erneut seine Wirtschaftskraft unter Beweis und erfüllt damit die gesteckten Ziele, denn bei einem geplanten Ergebnis nach Steuern von TEUR 4 fällt die Beurteilung wiederholt deutlich aus.

Die Bilanzsumme hat sich insgesamt von TEUR 810 zum Stichtag 2012 auf einen Wert zum 31. Dezember 2013 von TEUR 801 entwickelt. Im Jahresvergleich zeigt das Umlaufvermögen bei nahezu unverändertem Kundenforderungsbestand eine Abnahme der Einlagen im Cash Pool und eine Reduzierung der sonstigen Vermögensgegenstände insgesamt um TEUR 10 auf TEUR 799.

Auf Grund der Verbesserung des Jahresergebnisses gegenüber dem Vorjahr steigt das Eigenkapital der WER Halle GmbH auf TEUR 696. Unter Berücksichtigung der relevanten Sachverhalte steht die wesentliche Reduzierung der Rückstellungen der Eigenkapitalentwicklung auf der Passivseite entgegen. Ergänzend ist der gegenüber dem Vorjahr geringer ausgewiesene Bestand an Verbindlichkeiten gegenüber Lieferanten anzumerken.

Personal

Zum 31. Dezember 2013 lag die Beschäftigung in der WER Halle GmbH bei 0,2 Vollzeitbeschäftigteneinheiten und entspricht damit dem Plan. Vor dem Hintergrund, dass in der Gesellschaft keine operative Leistung ausgeführt wird, beschränkt sich der Personaleinsatz hauptsächlich auf die Planung und Abrechnung der Sammeltätigkeit.

Branchen- und Unternehmensausblick

Die Fortsetzung der Geschäftstätigkeit hat sich die Gesellschaft mit der erfolgreichen wettbewerblichen Vergabe bis zum 31. Dezember 2016 gesichert. Über diesen Zeitraum hinaus wird eine Ausschreibung der Sammelleistung in der Stadt Halle (Saale) im Frühjahr 2016 entscheiden. Die Vergabe der operativen Tätigkeiten an den Subunternehmer Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH für die Sammel- und Transportleistungen sichert die Bindung der notwendigen Kapazitäten und wird auf Grund der Wirtschaftlichkeit in bewährter Form fortgesetzt.

Für die Gesellschaft liegt das Hauptaugenmerk auf der frist- und vertragsgerechten Umsetzung der Verträge. Gemeinsam mit der Verwaltung der Stadt Halle (Saale) sucht die WER Halle GmbH nach zusätzlichen Standplätzen und ist mit der Optimierung der bestehenden Standplätze beziehungsweise deren Entsorgung beschäftigt. Damit soll die Kundenfreundlichkeit für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) gefestigt oder gar gesteigert werden.

Für das Geschäftsjahr 2014 plant die WER Halle GmbH bei gegebener Liquidität ein Ergebnis von TEUR 4. Auch für das Jahr 2015 wird eine ähnliche Entwicklung erwartet.

W+H Wasser- und Haustechnik GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Liebenauer Straße 130
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Planung, Installation, Betriebsführung, Wartung und Reparatur von haustechnischen Anlagen aller Art, die Bewirtschaftung von Zähl- und Messeinrichtungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft sowie die Bewirtschaftung von Versorgungsanlagen einschließlich deren baulicher Hüllen.

Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abwasserentsorgung und der Wasserversorgung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 116 Abs. 2 GO-LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Kloß, Romy
Kuschnik, Jens

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
230	24	224	29	239	21	6	3
719	75	545	69	866	77	174	32
15	1	16	2	19	2	-1	-6

Bilanzsumme

964	100	785	100	1.124	100	179	23
-----	-----	-----	-----	-------	-----	-----	----

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
225	23	225	29	225	20	0	0
400	42	296	38	238	21	104	35
339	35	264	33	661	59	75	28

Bilanzsumme

964	100	785	100	1.124	100	179	23
-----	-----	-----	-----	-------	-----	-----	----

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
außerordentliche Aufwendungen
außerordentliches Ergebnis
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
sonstige Steuern
aufgrund einer Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2013	2012	2011
T€	T€	T€
3.789	4.094	4.761
119	134	174
1.123	1.490	2.021
2.057	2.004	2.074
55	60	61
407	390	423
0	0	1
1	0	0
265	284	357
86	215	
-86	-215	
0	0	0
8	7	7
171	62	350
0	0	0
0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,50	1,50	7,35	%
Eigenkapitalrentabilität:	75,92	27,43	155,89	%
Cash-Flow:	226	121	411	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	66	74	87	T€
Personalaufwandsquote:	52,63	47,41	42,03	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	23,82	28,51	21,24	%
Eigenkapitalquote:	23,31	28,60	19,98	%
Fremdkapitalquote:	76,69	71,40	80,02	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Beglaubigung von Wasserzählern	10.854,00	10.063,00	9.993,00	Anzahl
Jahresstichtagsablesungen	10.670,00	10.400,00	9.455,00	Anzahl
operativer Zählerwechsel	1.020,00	1.150,00	1.200,00	Anzahl
turnusmäßiger Zählerwechsel	7.350,00	8.130,00	7.960,00	Anzahl

e) Lagebericht

1 Wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen

Die Wirtschaft in Deutschland entwickelte sich im Kalenderjahr 2013 leicht positiv. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag um 0,4 % über dem Wert des Vorjahres. In den vorangegangenen Jahren waren die Zuwächse des BIP mit 3,3 % (2011) und 0,7 % (2012) höher ausgefallen. Vor dem Hintergrund gedämpfter weltwirtschaftlicher Impulse und anhaltender Rezessionen in einigen europäischen Ländern wird in dem moderaten Wirtschaftswachstum des abgelaufenen Jahres ein Beleg für die Robustheit der deutschen Wirtschaft gesehen.

Für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt weisen die Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder für das erste Halbjahr 2013 eine dem Bundesdurchschnitt entsprechende Entwicklung des BIP aus.

Das moderate Wachstum führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer positiven Entwicklung. Zwar stieg die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen im Bundesdurchschnitt geringfügig von 6,8 % (2012) auf nunmehr 6,9 %. Zugleich aber legte die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahr um 258.000 Personen oder 0,6 % zu.

In Sachsen-Anhalt verringerte sich die Arbeitslosenquote von 11,5 % im Vorjahr auf 11,2 %, während die entsprechende Quote für Ostdeutschland von 10,7 % auf 10,3 % zurückging.

Die Stadt Halle (Saale) verzeichnete im Jahr 2013 zum vierten Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs. Mit 232.705 Einwohnern zählte die Stadt 170 Einwohner mehr als im Vorjahr.

Die W + H Wasser- und Haustechnik GmbH (W + H) wurde mit dem Gesellschaftsvertrag vom 14. Dezember 1998 gegründet.

Sie ist ein 100 %-iges Tochterunternehmen der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) und nahm am 01. Januar 1999 ihre operative Tätigkeit auf. Am 08. April 1999 erfolgte die Eintragung in die Handwerksrolle als Installateur und Heizungsbauer. Dadurch ist das Unternehmen in die Lage versetzt worden, seine Leistungen auch gegenüber Drittkunden anzubieten.

Die HWS und die W + H haben mit Wirkung vom 01. Januar 2000 für einen Zeitraum von sechs Jahren einen Rahmenvertrag über die komplette Wasserzähler- und Standrohrbewirtschaftung im Versorgungsgebiet der HWS abgeschlossen. Der Rahmenvertrag wurde im Jahr 2003 neu gefasst. Im Dezember 2011 wurde einer Verlängerung des Rahmenvertrages um weitere 6 Jahre bis zum 31. Dezember 2017 zugestimmt.

Entsprechend der Vereinbarung vom 25. Juni / 04. Juli 2003 zwischen der HWS und der W + H wurden die mit der Bewirtschaftung der Standrohre verbundenen Geschäftsaktivitäten ab 01. Juli 2003 auf unbestimmte Zeit von der HWS auf die W + H übertragen.

Gemäß dem am 11. Dezember 2003 zwischen HWS und W + H unterzeichneten Rahmenvertrag erstellt die W + H für die HWS ab 01. Januar 2004 auch Trinkwasser-hausanschlüsse.

Zwischen der W + H und der HWS besteht seit dem 01. Januar 1999 auf unbestimmte Zeit ein Dienstleistungsvertrag über die kaufmännische Betriebsführung der W + H. Dieser Vertrag wurde im Jahr 2003 neu gefasst und stetig fortgeschrieben.

Seit dem 13. Oktober 2006 ist die W + H als DVGW Fachunternehmen GW 301, Gruppe W3:pe Wasserleitungen, zertifiziert.

Im Mai 2010 wurde mit der Bäder Halle GmbH (BHG) ein Betriebsführungsvertrag geschlossen, der im August 2010 präzisiert und neu gefasst wurde. Dieser Vertrag beinhaltet die Betriebsführung, Wartung und Instandhaltung der technischen Anlagen der BHG. Die Koordinierung aller Maßnahmen sowie der Techniker der BHG erfolgt ebenfalls über die W + H. Dieses Vertragsverhältnis wurde zum 01. Mai 2013 seitens der Bäder Halle GmbH gekündigt.

Die Geschäftsfelder der W + H, Bewirtschaftung der Hauptsammelkanäle der Stadt Halle (Saale), die Wartung und Instandhaltung von Fernwärmestationen der EVH GmbH und einer Reihe von Wohnungsunternehmen, Wasserzähler- und Standrohrbewirtschaftung sowie Tief- und Rohrleitungsbau wurden auch im Geschäftsjahr 2013 weiterentwickelt.

Das Risikomanagement der W + H ist in das Risikomanagement der Stadtwerke Halle GmbH integriert.

2 Geschäftsverlauf und Geschäftslage

Kurzübersicht der Geschäftstätigkeit 2013

- Bewirtschaftung des Zählerbestandes der HWS (50.180 Stück)
ca. 7.350 Stück turnusmäßiger Zählerwechsel
ca. 1.020 Stück operative Zählerwechsel
- Regenerierung von Großwasserzählern
Qn 15 – Qn 150
(74 Stück)
- Bewirtschaftung des Standrohrbestandes der HWS
- Beglaubigung von Wasserzählern bis Qn 60 für die HWS
(10.854 Stück)
- Befundprüfung von Wasserzählern
(126 Stück)
- Installationsleistungen Wasser für Drittkunden (Kundenanlagen)
- Jahresstichtagsablesung von 10.670 Zählern November / Dezember für die HWS
- Bewirtschaftung von ca. 7.409 Stück Zählern für Abwassergebührenminderung der HWS
- Sammelkanal Bewirtschaftung
- Fernwärmeservice Neubau (9 HAST, 11 Übergabestellen, 12 Primär-Anschluss, 0 WÜST-Umbau, WWZ 101, Heizungs-Umbau 7, 8 Umbau Messstrecke, 0 Strangsanierung, 0 Umbau WW-Modul, 8 Änderung Anschlusswert)
- Fernwärmeservice Bewirtschaftung (678 HAST)
- Installationsleistungen Warmwasser / Heizung für Drittkunden (Kundenanlagen)
- Errichtung von Hausanschlüssen Wasser sowie Realisierung von Kleininvestitionen im Bereich Wassernetze im Auftrag der HWS

Umsatz- und Auftragsentwicklung

Gegenüber 2012 sind die Umsatzerlöse um TEUR 305 auf TEUR 3.789 gesunken.

Die Umsatzreduzierung im Geschäftsjahr 2013 ist insbesondere bei den Umsatzerlösen der Sparte Bäderbewirtschaftung zu verzeichnen. Diese stehen im Zusammenhang mit dem gekündigten Vertrag seitens der Bäder Halle GmbH über die technische Betriebsführung zwischen der W+H GmbH und der Bäder Halle GmbH zum 01. Mai 2013 und dem damit verbundenen Rückgang der Auftragseingänge der Bäder GmbH. Diese Mindererlöse konnten durch zusätzliche Leistungserbringung in anderen Sparten teilweise ausgeglichen werden.

Die Umsatzerlöse mit Dritten betrugen TEUR 1.433 und lagen damit um TEUR 195 über dem Vorjahresniveau.

Investitionen

Im Jahr 2013 wurden Investitionen (insgesamt TEUR 60,6) vor allem in mobile Technik und Ausrüstungen getätigt.

Finanzlage der Gesellschaft

Im Jahr 2013 konnte ein Jahresergebnis von TEUR 171 nach Berücksichtigung von Rückstellungen für personelle Anpassungsmaßnahmen in Höhe von TEUR 87 erwirtschaftet werden. Dieses Ergebnis wird in voller Höhe an die HWS abgeführt.

Der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt TEUR 354 (Vj.: TEUR 79). Der Finanzmittelfonds hat sich auf TEUR 196 (Vj.: TEUR -35) verbessert.

Die Liquidität des Unternehmens war während des gesamten Geschäftsjahres gegeben.

Personal

Zum Stichtag 31. Dezember 2013 waren im Unternehmen 59 Mitarbeiter (Vorjahr: 59) beschäftigt. Zudem war ein geringfügiger Beschäftigter für das Unternehmen tätig. Aufgrund des hohen Altersdurchschnittes der Mitarbeiter ist durch personelle Anpassungsmaßnahmen zukünftig eine Optimierung der Altersstruktur vorgesehen.

3 Prognose- und Risikobericht

Im Jahr 2013 konnte ein Jahresergebnis von TEUR 171 nach Berücksichtigung von Rückstellungen für personelle Anpassungsmaßnahmen in Höhe von TEUR 87 erwirtschaftet werden. Das geplante Jahresergebnis in Höhe von TEUR 350 wurde somit um TEUR 179 unterschritten. Aufgrund von ungünstigen Witterungsbedingungen in den Wintermonaten 2013, einer schwankenden Auftragslage, verstärkten krankheitsbedingten Ausfällen von Mitarbeitern sowie der Kündigung des Betriebsführungsvertrages mit der Bäder Halle GmbH konnten die geplanten Leistungen nicht vollumfänglich erbracht und somit das Jahresergebnis nicht erreicht werden. Um zukünftig die Altersstruktur der Mitarbeiter und somit die Leistungsfähigkeit des Unternehmens zu optimieren, wurden Rückstellungen für Personalanpassungsmaßnahmen gebildet. Diese Personalanpassungsmaßnahmen bilden die Grundlage für weitere Kosteneinsparungen im Unternehmen.

Um die Geschäftsentwicklung auch im Jahr 2014 und in den folgenden Jahren fortzusetzen und zu erweitern, muss sich das Unternehmen weiter stabilisieren und auf dem Markt expandieren. Zukünftig wird auch eine Übernahme weiterer Leistungen innerhalb der SWH – Gruppe angestrebt. Dafür sollen die Aktivitäten in den Bereichen Hausanschlusswesen, Wasser, Sammelkanäle und Haustechnik verstärkt bzw. erweitert werden. Die Erweiterung des Leistungsspektrums ist vor allem auf dem Gebiet der Energiedienstleistungen, des Zählermanagements sowie im Ausbau der Leistungen im Sammelkanal vorgesehen.

Zur Stabilisierung der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft trägt weiterhin der im Dezember 2011 verlängerte Rahmenvertrag zwischen der HWS und der W+H über die komplette Wasserzähler- und Standrohrbewirtschaftung im Versorgungsgebiet der HWS bei. Das Ende der Vertragslaufzeit wurde auf den 31. Dezember 2017 festgesetzt.

Um die bis zum heutigen Zeitpunkt entwickelte Leistungsfähigkeit der Gesellschaft weiter zu verbessern und sich weiterhin am Markt zu behaupten, wurde der am 11. November 1999 zur Regelung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten der W + H und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste – Transport und Verkehr – Kreisverwaltung Halle (Saale) abgeschlossene Tarifvertrag mit den wesentlichen Bestandteilen der leistungsbezogenen Entlohnung (80 % bis 110 %), flexibler Arbeitszeitregelung sowie einer Jahressonderzahlung für jeden Mitarbeiter bei Übererfüllung der Planvorgaben geändert. Mit Wirkung vom 01. Januar 2006 wurde mit der Ver.di ein neuer Tarifvertrag geschlossen. Ab diesem Zeitpunkt gilt eine einheitliche Vergütungstabelle ohne automatische Steigerungs-möglichkeiten aufgrund der Betriebszugehörigkeit sowie eine geänderte leistungsbezogene Entlohnung (80 % bis 115 %). Mit Wirkung zum 01. Januar 2012 trat ein neuer Änderungsvertrag mit Ver.di in Kraft, mit einer Laufzeit von 2 Jahren und eine Tarifsteigerung von 3,4 % ab 01. Januar 2012 und 2,1 % ab 01. April 2013. Mit Wirkung zum 01. Januar 2014 wurde im Rahmen der Tarifierhebungen innerhalb der Unternehmen der Stadtwerke ein neuer Tarifvertrag für die Dienstleistungs-, Logistik- und Bäderbetriebe eingeführt. Dieser Tarifvertrag wurde auch in der W+H eingeführt. Im Rahmen der Überleitung wird zum 01. Januar 2014 eine Tarifierhöhung um 2,4 % wirksam.

Für das Jahr 2014 ist ein Jahresergebnis in Höhe von TEUR 415 geplant. Für das Jahr 2015 wird entsprechend der Mittelfristplanung ein Jahresergebnis von 489 TEUR erwartet. Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres nicht ereignet.

Bestandsgefährdende Risiken oder sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage liegen zurzeit nicht vor.

Mit Datum vom 27. Dezember 2013 wurde seitens des WAZV Saalkreis die Betriebsüberlassungsvereinbarung zwischen WAZV Saalkreis und HWS zum 31. Dezember 2014 gekündigt. Aus dieser Vertragskündigung können sich in 2015 auch Änderungen für die W+H ergeben, da die W+H im Auftrag der HWS Leistungen im Verbandsgebiet des WAZV erbringt. Abschließende Aussagen dazu sind derzeit noch nicht möglich.

3.3 VERKEHR

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Flugplatz 12
06188 Landsberg, OT Oppin

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 1.000

Gesellschafter:	T€	%
Landkreis Saalekreis	411	41,10
Stadt Halle (Saale)	411	41,10
Mitteldeutsche Baustoffe GmbH	158	15,80
Stadt Landsberg, OT Oppin	14	1,40
Gemeinde Petersberg, OT Brachstedt	6	0,60

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Ausbau des Flugplatzes Halle/Oppin.

Öffentlicher Zweck:

Flughäfen sind Dreh- und Angelpunkte der Logistik. Alle größeren Unternehmen im Gemeindegebiet sind auf die Frachtmöglichkeiten angewiesen. Der öffentliche Zweck ist daher in der Standortsicherung und der Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Scherbel, Renate
Aufsichtsrat:	Vorsitzende stellv. Vorsitzender
	Kleine, Gabriele
	Neumann, Wolfram
	Bauersfeld, Martin (bis 27.11.2013)
	Bichoel, Knut
	Eigenwillig, Steffen
	Frischmuth, Bernd
	Krause, Hans-Jürgen
	Misch, Werner (seit 27.11.2013)
	Müller, Peter
	Nölle, Ludger

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2013 erfolgt.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
1.952	89	1.906	89	1.983	89	46	2
250	11	245	11	240	11	5	2
4	0	5	0	6	0	-1	-20

Bilanzsumme

2.206	100	2.156	100	2.229	100	50	2
-------	-----	-------	-----	-------	-----	----	---

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten aus öffentlicher Förderung
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten
Passive latente Steuern

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
1.111	50	1.056	49	959	43	55	5
177	8	189	9	201	9	-12	-6
16	1	16	1	19	1	0	0
811	37	808	37	982	44	3	0
1	0	1	0	3	0	0	0
90	4	86	4	65	3	4	5

Bilanzsumme

2.206	100	2.156	100	2.229	100	50	2
-------	-----	-------	-----	-------	-----	----	---

bb) GuV

Umsatzerlöse
andere aktivierte Eigenleistungen
sonstige betriebliche Erträge
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2013	2012	2011
T€	T€	T€
596	581	590
	9	3
69	125	92
266	257	241
91	88	86
208	209	243
0	0	0
34	37	45
66	124	70
4	21	10
6	6	6
56	97	54
56	97	54

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	9,34	16,71	9,12	%
Eigenkapitalrentabilität:	5,27	10,13	5,95	%
Cash-Flow:	147	186	140	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	83	89	86	T€
Personalaufwandsquote:	40,06	35,94	35,16	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	88,46	88,38	88,95	%
Eigenkapitalquote:	50,38	48,97	43,01	%
Fremdkapitalquote:	49,62	51,03	56,99	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Flugbewegungen	27.548,00	28.979,00	31.071,00	Anzahl
durchschnittlicher Erlös je Flugbewegung	4,02	3,78	3,53	EUR
Kraftstoffverkauf ¹⁾	491.406,00	681.079,00	674.923,00	Liter

¹⁾ Der Hubschrauber-Sonder-Dienst hat im Juli 2013 eine eigene Betriebstankstelle in Betrieb genommen.

e) Lagebericht

1. Geschäftsverlauf

Die Allgemeine Luftfahrt mit den Bestandteilen Geschäftsreiseflugverkehr, Luftrettung, Werkflugverkehr, Schul- und Transportflügen verzeichnete in den letzten Jahren am Verkehrslandeplatz Halle/Oppin eine stabile Entwicklung und führte auch im Jahr 2013 zu durchschnittlichen Flugbewegungszahlen. Auf Grund der instabilen Wetterlagen wurden insgesamt 27.548 Flugbewegungen verzeichnet, rund 1.400 weniger als im Vorjahr.

Angesichts zunehmender internationaler Verflechtungen steht die schnelle Erreichbarkeit entfernter Ziele weiter im Focus der Nutzer unseres Flugplatzes. Aber auch die theoretische und praktische Ausbildung von Privatpiloten für Flugzeuge und Hubschrauber, sowie die Wartung und Instandhaltung der Maschinen sind am Flugplatz Halle/Oppin ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor.

Trotz geringerer Flugbewegungszahl liegt der Erlös pro Flugbewegung im Jahr 2013 mit 4,02 Euro über dem des Jahres 2012 mit 3,78 Euro. Dies ist vor allem auf eine gestiegene Anzahl Hubschrauberbewegungen und eine reduzierte Zahl der Segelflugbewegungen zurück zu führen, d. h. der Flugverkehr ist weiter hochwertiger geworden.

Aufgrund der Errichtung einer Betriebstankstelle für die Kraftstoffsorte JET A1 beim Hubschraubersonderdienst kommt es zu einer Reduzierung der ausgewiesenen JET A1-Verkäufe bei der Flugplatzgesellschaft, jedoch erfolgt die Provisionsabrechnung der an der Betriebstankstelle durchgeführten Betankungen weiterhin an die Flugplatzgesellschaft mbH.

Die im Jahr 2013 (58,2 T€) gegenüber 2012 (58,7 T€) leicht niedriger ausgewiesenen Provisionserlöse sind vorwiegend auf geringere Verkäufe bei den Sorten AVGAS und UL 91 zurückzuführen.

Bei den am Flugplatz ansässigen Firmen gab es im Jahr 2013 strukturell keine Veränderungen, es wird konstruktiv zusammengearbeitet um für alle Beteiligte Stabilität in der täglichen Arbeit und für die Perspektive zu sichern.

Die von der Firma Air Lloyd/MCO bereits 2012 vorgesehenen Baumaßnahmen zur Errichtung eines Verwaltungs- und Bürogebäudes wurden u.a. auf Grund interner Vertragsverhandlungen sowie der fehlenden Baugenehmigung auch im Jahr 2013 noch nicht umgesetzt. Nach letzten Informationen sind entsprechende Verträge nunmehr abgeschlossen und die Baugenehmigung wurde in 2014 erteilt, so dass der Bau nunmehr in Angriff genommen werden kann.

Für die Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin sind die sich daraus ergebende langfristige Firmenanbindung, eine damit steigende Attraktivität des Platzes und nicht zuletzt resultierende Erlöse von besonderer Bedeutung.

2. Vermögens-, Finanz-, Ertragslage

Zu den wichtigsten Einnahmequellen zählen weiterhin die Erlöse aus der Vermietung und Verpachtung der vorhandenen Immobilien. Defizite aus dem fliegerischen Bereich können damit zum Teil ausgeglichen werden.

Lang- und mittelfristige Verträge bei der Vermietung der vorhandenen Objekte sichern eine relativ stabile Erlössituation.

Zwar ist die Vermietungssituation im Wohnblock weiter angespannt, aber per 31. Dezember 2013 standen nur 6 Wohnungen, statt 9 wie im Vorjahr leer, d.h. der Leerstand wurde von 22,5 % auf 15 % gesenkt.

Nach wie vor wird jedoch davon ausgegangen, dass im Zuge des demografischen und wirtschaftlichen Wandels in den kommenden Jahren, die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum wieder steigen wird.

Leer stehende Wohnungen, werden deshalb nach und nach instand gesetzt.

Die Gaststätte „Schnitzel Tower“ – die im Jahr 2013 ihr 10-jähriges Bestehen feierte - erfreut sich auf Grund eines offenbar guten Preis-Leistungsverhältnisses weiterhin großer Beliebtheit und bringt vor allem den Rundflugunternehmen und damit auch dem Platz an sich, einen guten Kundenzulauf.

Die Gaskosten liegen im Jahr 2013 ca. 10 T€ über denen des Vorjahres. Dies ist sowohl auf den recht langen und teils sehr kalten Winter 2012/2013 als auch auf die gestiegenen Gaskosten zurück zu führen. Dementsprechend ergaben sich in den Betriebskostenabrechnungen für die Mieter überwiegend Nachzahlungen.

Für das Jahr 2014 wurde ein neuer Gasliefertrag mit günstigerem Preis abgeschlossen.

Das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt förderte am Flugplatz Halle/Oppin im Jahr 2013 zwei Maßnahmen:

- den Bau einer Flugzeugabstellhalle – Rundhangar und
- die Erneuerung der Rollweg-, Start- und Landebahnmarkierungen.

Die bereitgestellten Mittel wurden planmäßig verwendet und haben den weiteren Ausbau und die Stabilisierung der Infrastruktur in der Region unterstützt.

Ferner können mit dem neuen Rundhangar perspektivisch weitere Kunden an den Platz gebunden werden und somit auch zur wirtschaftlichen Stabilisierung des Platzes bzw. der Gesellschaft beitragen.

Die von den Betriebshandwerkern im 4. Quartal 2013 begonnenen Bauarbeiten für die Errichtung einer Mitarbeitertoilette im Verwaltungsgebäude werden im 1. Quartal 2014 abgeschlossen und die entstandenen Kosten als aktivierte Eigenleistungen in das Anlagevermögen übernommen.

Für den Bau des neuen Rundhangars wurde vom Saalekreis im Jahr 2013 ein Gesellschafterdarlehen, mit einer Laufzeit von 10 Jahren und jährlichen Sondertilgungen, zur Verfügung gestellt, welches planmäßig bedient wird. Die übrigen 5 langfristigen Darlehen werden weiterhin korrekt getilgt, so dass Ende des Jahres 2017 der überwiegende Teil der Verbindlichkeiten getilgt sein wird und somit ab 2018 in dieser Hinsicht eine finanzielle Entlastung im Finanzhaushalt eintreten wird.

Die liquide Situation der Gesellschaft konnte im Jahr 2013 weiter stabil gehalten werden. Jedoch sind Steigerung der Umsatzerlöse und strengste Sparsamkeit weiter oberstes Gebot in der täglichen Arbeit, damit die anstehenden Aufgaben gelöst und eine positive Entwicklung der Gesellschaft fortgeführt werden können.

3. Chancen, Risiken, zukünftige Entwicklung

Mangels vorhandener Unterstellkapazität sind dem Flugplatz in den vergangenen Jahren viele potenzielle Kunden verloren gegangen.

Mit der Errichtung der neuen Abstellhalle im Jahr 2013 und ihrer Fertigstellung im Oktober, kann dem nun künftig entgegen gewirkt werden. Neben positiven fliegerischen und wirtschaftlichen Effekten ist die neue Abstellhalle auf lange Sicht auch ein weiteres Signal für die modernisierte Infrastruktur der Region und die Attraktivität des Flugplatzes.

Insofern wird davon ausgegangen, dass bei weitestgehend gleichbleibenden Bedingungen, eine positive wirtschaftliche Entwicklung auch im Jahr 2014 fortgesetzt werden kann.

Ein Risiko für die Gesellschaft wären eventuell auftretende Schäden an Dach und Fach, die jedoch durch ständige Kontrollen und gegebenenfalls Einleitung entsprechender Maßnahmen vermieden werden sollen.

Die Personalstruktur wurde im Jahr 2013 nicht verändert.

Mittelfristig müssen aber Lösungen für Personalveränderungen vorbereitet werden, da sowohl die vollbeschäftigten Mitarbeiter im Bereich Luftaufsicht als auch in der Geschäftsführung das Vorrentenalter erreicht haben.

4. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung lagen nach dem Abschlussstichtag nicht vor.

Hallesche Verkehrs-AG*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Freiimfelder Straße 74 06112 Halle (Saale)		
Rechtsform:	AG		
Stammkapital in T€:	51.200		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	51.200	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der öffentliche Personennahverkehr mit Straßenbahn, Omnibussen, Mietwagenverkehr mit Omnibussen, Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen sowie die Errichtung und der Betrieb von Einrichtungen des ruhenden Verkehrs (Parkhäuser etc.)

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Unternehmen die dem öffentlichen Verkehr dienen, sind explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Vorstand:		Prof. Dr.-Ing. Krause, Matthias (bis 30.04.2013) Schwarz, Vinzenz
Aufsichtsrat:	Vorsitzender stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert Richter, Ulrich Bauersfeld, Martin (seit 29.11.2013) Dr. Wöllenweber, Hans-Dieter Haupt, Hanna Heft, Frank Uwe Hilbig, Stefan (seit 20.11.2013) Menn, Christoph (bis 29.11.2013) Philipp, Lothar (bis 21.09.2013) Sänger, Frank Thielemann, Dirk

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2013 erfolgt.

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	17	16	17

c) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
beka GmbH	2	0,63
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	8	10,95
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	15	51,00
Saalebus GmbH	13	50,00
Servicegesellschaft Saale mbH	26	51,00

mittelbar

	T€	%
beka ebusiness GmbH	2	0,57
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1	0,87

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

	2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	300.867	96	309.505	95	312.036	93	-8.638	-3
Umlaufvermögen	12.566	4	15.425	5	23.664	7	-2.859	-19
Rechnungsabgrenzungsposten	116	0	153	0	184	0	-37	-24
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	205	0	263	0	303	0	-58	-22

Bilanzsumme

313.754	100	325.346	100	336.187	100	-11.592	-4
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	-----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	83.583	27	83.583	26	83.583	25	0	0
Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	191.403	61	195.094	60	200.639	60	-3.691	-2
Rückstellungen	10.216	3	13.355	4	15.521	5	-3.139	-24
Verbindlichkeiten	22.957	7	28.124	9	31.088	9	-5.167	-18
Rechnungsabgrenzungsposten	5.595	2	5.190	1	5.356	1	405	8

Bilanzsumme

313.754	100	325.346	100	336.187	100	-11.592	-4
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	-----------

bb) GuV

	2013	2012	2011
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	39.605	37.696	38.514
andere aktivierte Eigenleistungen	149	220	310
sonstige betriebliche Erträge	15.869 ¹⁾	14.245 ¹⁾	12.551
Materialaufwand	27.645	26.540	25.198
Personalaufwand	29.620	28.438	29.788
Abschreibungen	8.067	8.025	7.896
Zuschüsse Gesellschafter	22.996	22.784	24.082
sonstige betriebliche Aufwendungen	12.042 ²⁾	11.126 ²⁾	8.306
Erträge aus Beteiligungen	0		
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	141	141	141
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	18	14	65
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	996	1.035	1.409 ⁴⁾
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	408	-64	3.066
außerordentliche Aufwendungen	900 ³⁾		
außerordentliches Ergebnis	-900		
sonstige Steuern	68	65	66
Erträge aus Verlustübernahmen	560	129	
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne			3.000
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

¹⁾ inkl. Zuschüsse auf Folgekosten von nicht aktivierungsfähigen Verkehrsbaumaßnahmen (2013: 2.379 T€; 2012: 2.327 T€)

²⁾ inkl. Aufwand aus Folgekosten von nicht aktivierungsfähigen Verkehrsbaumaßnahmen (2013: 2.897 T€; 2012: 2.327 T€)

³⁾ Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen

⁴⁾ inkl. Aufwand aus Aufzinsung für Restrukturierungsmaßnahmen und Drohverlustrückstellung Tiefgarage Charlottencenter (2011: 508 T€)

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-1,41	-0,34	7,79	%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,67	-0,15	3,59	%
Cash-Flow:	7.507	7.896	10.896	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	78	72	68	T€
Personalaufwandsquote:	53,25	54,52	57,98	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	94,29	93,68	91,49	%
Eigenkapitalquote:	26,64	25,69	24,86	%
Fremdkapitalquote:	73,36	74,31	75,14	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Beförderte Personen	52.145,04	52.939,66	53.538,39	in 1.000
Fahrplan-km	8.787,15	8.838,70	8.999,78	in 1.000
Nutz-Wagen-km	10.520,98	10.666,41	10.811,85	in 1.000
Personen-km	327,07	328,81	331,15	in Mio.
Platz-km	1.256,08	1.270,23	1.300,19	in Mio.

e) Lagebericht

Geschäftstätigkeit

a) Rahmenbedingungen - Wirtschaftliches Umfeld – besondere Geschäftsvorgänge

Die Wirtschaft in Deutschland entwickelte sich im Kalenderjahr 2013 leicht positiv. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag um 0,4 % über dem Wert des Vorjahres. In den vorangegangenen Jahren waren die Zuwächse des BIP mit 3,3 % (2011) und 0,7 % (2012) höher ausgefallen. Vor dem Hintergrund gedämpfter weltwirtschaftlicher Impulse und anhaltender Rezessionen in einigen europäischen Ländern wird in dem moderaten Wirtschaftswachstum des abgelaufenen Jahres ein Beleg für die Robustheit der deutschen Wirtschaft gesehen.

Für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt weisen die Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder für das erste Halbjahr 2013 eine dem Bundesdurchschnitt entsprechende Entwicklung des BIP aus.

Das moderate Wachstum führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer positiven Entwicklung. Zwar stieg die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen im Bundesdurchschnitt geringfügig von 6,8 % (2012) auf nunmehr 6,9 %. Zugleich aber legte die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahr um 258.000 Personen oder 0,6 % zu.

In Sachsen-Anhalt verringerte sich die Arbeitslosenquote von 11,5 % im Vorjahr auf 11,2 %, während die entsprechende Quote für Ostdeutschland von 10,7 % auf 10,3 % zurückging.

Die Stadt Halle (Saale) verzeichnete im Jahr 2013 zum vierten Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs. Mit 232.705 Einwohnern zählte die Stadt 170 Einwohner mehr als im Vorjahr.

Die Hallesche Verkehrs-AG hat sich in den vergangenen Jahren zu einem umfassenden, modernen ÖPNV-Dienstleister entwickelt, der sein Streckennetz stetig erweitert, den Fuhrpark regelmäßig modernisiert und umfangreiche Maßnahmen zur Effektivitätssteigerung und Kostensenkung umgesetzt hat.

Die aktuellen Entwicklungen am Energieerzeugungsmarkt, die Änderungen gesetzlicher Regelungen zu Ungunsten des ÖPNV und die Vorgaben des Aufgabenträgers machen jedoch weitere Optimierungen und Einsparungen sowie Maßnahmen zur Ertragssteigerung notwendig. Ziel ist es, die HAVAG für die Zukunft so auszurichten, dass unter den wirtschaftlichen und vertraglichen Gegebenheiten ein optimales Maß an Kundenorientierung, operativer Exzellenz, Zielstrebigkeit, Eigenverantwortung und Kostenbewusstsein entwickelt und nachhaltig umgesetzt wird, um den Zuschussbedarf weiter zu senken und damit die Stadtwerke und den Haushalt der Stadt Halle (Saale) weiter zu entlasten.

Mit dem Ziel der Sicherung der Wirtschaftlichkeit und des Wachstums des Unternehmens bis zum Jahr 2018 hat die HAVAG im Jahr 2013 einen umfassenden Strategieentwicklungsprozess durchlaufen und unter dem Titel „Zukunftsdialog HAVAG 2018“ ein Strategiepapier erarbeitet, in welchem die unternehmerischen strategischen Ziele, Grundausrichtungen, Projekte und 86 operative Einzelmaßnahmen dokumentiert wurden. Alle Projekte leisten einen Wertebeitrag zur Sicherung der nachhaltigen Wirtschaftlichkeit der HAVAG und zur Reduzierung des Betriebskostenzuschusses.

Außerdem hat sich die HAVAG im Jahr 2013 am Effizienzsteigerungsprogramm der SWH-Holding „Exzellenz plus 20“ beteiligt und damit ihren Beitrag zur Umsetzung der Zielstellung - Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der SWH-Holding um € 20 Mio - geleistet (Projekte, Optimierungen, Stellenabbau).

Außerdem erfolgte im Jahr 2013 ein umfassender Strukturwandel bei der HAVAG.

Zum 30. April 2013 ist Herr Prof. Dr.-Ing. Matthias Krause aus dem HAVAG-Vorstand ausgeschieden. Damit wurde ein erster Schritt in Richtung der neuen Führungsstruktur getan, welche auf einen Vorstand ausgerichtet ist.

Zum 01.06.2013 wurde in der Halleschen Verkehrs-AG eine neue Organisations- und Führungsstruktur, einschließlich Neueinstellungen in der 2. Führungsebene, eingeführt. Die bisherige Struktur entsprach nicht mehr den Unternehmensaufgaben und den Anforderungen an eine neue Führungskultur. Mit der neuen Führungsstruktur wurden die Arbeitsbereiche, die Unterstrukturen und die personellen Verantwortlichkeiten neu geordnet und klar definiert. Durch die Veränderungen von Arbeitsaufgaben und -strukturen werden Zuständigkeiten angepasst und Synergien genutzt. Dadurch soll eine Effizienzsteigerung und eine Arbeitsprozessoptimierung erreicht werden.

Folgende Vorgänge bzw. Ereignisse von besonderer Bedeutung für die Geschäftstätigkeit sind außerdem zu nennen:

- Zum 29.11.2013 erfolgte im Rahmen des Fahrplanwechsels die Anpassung von Verkehrsleistungen im Straßenbahnbetrieb (Linienanpassungen).
- Mit dem Ziel, der Serviceverbesserung für die Fahrgäste und der Erhöhung der Fahrgeldeinnahmen wurde ein neues Konzept zur Vertriebswegeoptimierung erarbeitet.

- Die Beschlussinhalte des neuen Nahverkehrsplanes der Stadt Halle (Saale) lt. Stadtratsbeschluss vom 12.12.2012 wurden umgesetzt.
- Das Saalehochwasser im Juni 2013 hatte auch bedeutende Auswirkungen für die HAVAG (Hochwasserschäden an der Infrastruktur, Notfahrpläne, Zusatzleistungen, Bereitschaftsdienste, Evakuierungsfahrten, Sandsackbefüllung durch Mitarbeiter usw.).
- Im Zusammenhang mit den kartellrechtlichen Ermittlungen des Bundeskartellamtes gegen Schienenlieferanten (Bußgelderhebungen) hat die HAVAG mit anwaltlicher Begleitung Schadenersatzforderungen gegenüber den Hauptlieferanten geltend gemacht.
- Der bestehende Pachtvertrag zwischen der WestFonds Immobiliengesellschaft und der HAVAG zum Objekt Tiefgarage Charlottencenter wurde einvernehmlich vorzeitig zum 31.12.2013 mit Zahlung eines Ablösebetrages in Höhe von € 1,0 Mio beendet.

Eine wesentliche Basis für das unternehmerische Handeln der HAVAG bildete auch im Jahr 2013 der mit der Stadt Halle (Saale) und der Stadtwerke Halle GmbH abgeschlossene bzw. fortgeschriebene Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag (VBFV), welcher die Zielsetzungen des Nahverkehrsplanes der Stadt Halle (Saale) weiter untersetzt und die Finanzierung des von der HAVAG durchgeführten ÖPNV unter Beachtung der beihilferechtlichen Anforderungen gemäß der vier Kriterien des EuGH-Urteils in der Rechtssache Altmark Trans regelt.

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 (VO 1370/2007), die am 03. Dezember 2009 in Kraft gesetzt wurde, wurde ein neuer Rechtsrahmen für die Vergabe und Finanzierung öffentlicher Personenverkehrsleistungen geschaffen. Durch die Inkraftsetzung eines novellierten Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) zum 01. Januar 2013 wurde nunmehr auch das nationale Recht an die Vorgaben der VO 1370/2007 angepasst. Der VBFV fällt unter die Bestandsschutzregelung gemäß Artikel 8 (3) der v.g. EG-Verordnung.

Die Vertragsinhalte des VBFV entsprechen den Anforderungen der neuen Verordnung (EG) 1370/2007. Das Verfahren zur Gewährung von Ausgleichsleistungen muss gemäß Anhang Punkt 7 einen Anreiz zur Aufrechterhaltung oder Entwicklung einer wirtschaftlichen Geschäftsführung mit ausreichend hoher Qualität der Verkehrsleistung bieten. Durch die Erfüllung der vier anspruchsvollen Altmark-Trans-Kriterien stellt die HAVAG die Einhaltung der beihilferechtlichen Anforderungen sicher.

Trotz der schwierigen äußeren Rahmenbedingungen (Steigerung der Fahrstromkosten um ca. +16,2 %, Rückgang der Beförderungsfälle um ca. -1,5 % usw.) hat die HAVAG im Rahmen der Trennungsrechnung gemäß VBFV auf Basis der tatsächlichen Aufwendungen und Erträge eine Ergebnisverbesserung in Höhe von T € 340 erzielt. Von wesentlicher Bedeutung ist dabei auch, dass die im VBFV für das Jahr 2013 vereinbarten Sollkosten, die denen eines „durchschnittlich, gut geführten“ Unternehmens gemäß des 4. Kriteriums des EuGH-Urteils vom 24. Juli 2003 entsprechen, im Ist deutlich unterschritten wurden.

Im Zuge der Umsetzung weiterer Restrukturierungsmaßnahmen im Personalbereich wurden im Geschäftsjahr 2013 Rückstellungen in Höhe von T € 900 gebildet.

Unter Berücksichtigung dieser Rückstellungen ergibt sich ein Verlust in Höhe von T € 560, welcher über den mit der Stadtwerke Halle GmbH abgeschlossenen Gewinnabführungsvertrag ausgeglichen wird.

Die wirtschaftlichen Entwicklungen der Beteiligungsunternehmen Servicegesellschaft Saale mbH, Saalebus GmbH sowie der OBS GmbH verliefen im Geschäftsjahr 2012 positiv.

b) Angebots- und Nachfrageentwicklung

Gegenüber dem Vorjahr ist für das Jahr 2013 eine Leistungsreduzierung im Straßenbahnbereich um -144,3 Tsd. Nutz-Zug-km (-2,6 %) bzw. um -238,2 Tsd. Nutz-Wagen-km (-3,2 %) zu verzeichnen. Diese ist im Wesentlichen auf die reduzierten Fahrleistungen im Zusammenhang mit den durchgeführten Baumaßnahmen und dem Streiktag im März 2013 sowie den verkehrlichen Einschränkungen im Hochwasserzeitraum Juni 2013 zu begründen.

Der Anstieg der Nutz-Wagen-km Linienverkehr im Busbereich gegenüber dem Jahr 2012 um +92,7 Tsd. (+2,8 %) ist im Wesentlichen auf die Erhöhung der Schienenersatzverkehrsleistungen im Zusammenhang mit der Hochwassersituation in Halle und den Baustellen „Torstraße“ und „Große Ulrichstraße“ zurückzuführen. Dem gegenüber steht die Reduzierung der Linienleistungen aufgrund der Einkürzung bzw. dem Wegfall von Linien.

Im Geschäftsjahr 2013 ist gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang der Fahrgastzahlen um -795 Tsd. (-1,5 %) auf 52,1 Mio zu verzeichnen, welcher im Wesentlichen wie folgt zu begründen ist:

- Beförderungsrückgänge im Bartarif auf Grund von Hochwasser, Streik und Baustellen (ca. -0,3 Mio),
- Rückgang der Nachfrage bei Zeitkarten im Ausbildungstarif und beim Schülerferienticket (ca. -0,3 Mio) aufgrund des weiteren Rückganges der Anzahl Schüler der oberen Klassen und der Anzahl Auszubildender,
- Nachfragerückgänge bei den Zeitkarten für Jedermann (saldiert ca. -0,3 Mio),
- Rückgang der Beförderung von Schwerbehinderten und Übersteigern (ca. -0,3 Mio).

Dem gegenüber stehen Fahrgastzuwächse (ca. +0,4 Mio) aufgrund der steigenden Anzahl der Studenten und des erhöhten Absatzes des Semestertickets sowie der verstärkten Nutzung der Schülerzeitkarte. Außerdem ist zu beachten, dass die in den „Wochen der Mobilität“ (September 2012 und September 2013) aufgrund der kostenlosen Beförderung von Fahrgästen erzielten Zuwächse statistisch nicht erfasst worden sind und deshalb nicht in den Gesamtbeförderungsfällen enthalten sind.

Für die Erbringung der Leistungen im ÖPNV standen im Jahr 2013 durchschnittlich 125 Straßenbahntrieb- und -beiwagen sowie 62 Omnibusse (43 eigene und 19 Subunternehmerfahrzeuge) zur Verfügung.

c) Investitionstätigkeit

Im Geschäftsjahr 2013 sind unter Verwendung von € 12,0 Mio (davon € 0,2 Mio aus 2012) Fördermitteln des Landes und des Bundes sowie Zuschüssen und Mitteln nach dem ÖPNV-Gesetz der Stadt Halle und des Landkreises Saalekreis, investive Leistungen in Höhe von € 20,1 Mio abgerechnet worden.

Der Gesamtplanansatz mit einem bestätigten Aufwand von € 21,2 Mio wurde mit € 1,1 Mio unterschritten, welches einer Erfüllung von 94,8 % entspricht.

Im Jahr 2013 wurde die Schlussrate (€ 5,7 Mio) für den Kauf der 12 Niederflurstraßenbahnen des Typs MGTK-2 realisiert. Insgesamt betrugen die Anschaffungskosten seit 2010 damit € 29,0 Mio.

Neben den planmäßig verfügbaren Fördermitteln des Landes wurden von der Stadt Halle bis 2013 € 4,2 Mio bereitgestellt. Eine letzte Rate der Stadt in Höhe von € 0,8 Mio wird im Jahr 2014 gezahlt.

Für den Ersatz, die Erweiterung und die Modernisierung mobiler und stationärer Technik (sonstige Fahrzeuge, Videoschutz in Straßenbahnen, Maschinen und Ausrüstungen, Fahrkartentechnik, Hard -und Software, Betriebsaustattungen) innerhalb des eigenen Anlagevermögens wurden € 1,4 Mio verwendet.

Der geplante Ansatz betrug € 1,7 Mio.

In die Fortschreibung des Plans (hier mobile Technik/Straßenbahnen) wurde der Einbau von Rampen aufgenommen (€ 0,8 Mio). Damit wurde der Forderung nach Barrierefreiheit Rechnung getragen. Weitere Nachrüstungen in den Bahnen vom Typ MGTK sollen ab 2015 erfolgen.

In Höhe von € 0,5 Mio wurden Leistungen im Rahmen der Einführung des Digitalfunks und des damit verbundenen Einbaus von ITCS-Bordrechnern in Bussen und Bahnen abgerechnet. Ein Teil der Einbauleistungen (bereits Überhang aus 2012) muss jedoch abermals, aufgrund technisch aufwendiger Änderungen, in das Folgejahr 2014 verschoben werden.

Entgegen der ursprünglichen Planung mussten im Berichtsjahr noch Leistungen in den Um- und Ausbau der Infrastruktur auf dem Betriebshof Freimfelder Straße investiert werden (Außenanlagen).

Die Finanzierung erfolgte wiederum zu Lasten geplanter Leistungen für die Gleisverschwenkung auf dem Südhof des Betriebshofes Freimfelder Straße (€ 0,6 Mio).

Schwerpunkt der Investitionstätigkeit des Unternehmens waren im Berichtszeitraum mit € 11,2 Mio wiederum die Gleisbauvorhaben wie:

- die Komplexmaßnahmen Beesener Straße Süd und Delitzscher Straße (€ 1,3 Mio),
- die Fertigstellung und Inbetriebnahme (November 2013) der Straßenbahn- und Verkehrsanlage inkl. der Umverlegung von Versorgungsleitungen in der Torstraße (€ 3,1 Mio),

- der Neubau des Haltestellenbereiches K.-Tucholsky-Straße (€ 1,3 Mio),
- die Fertigstellung und Inbetriebnahme des für 2013 geplanten Teils der Straßenbahnanlage inkl. Verkehrsanlage und Versorgungsleitungen in der nördlichen Großen Ulrichstraße (€ 3,2 Mio), als ein weiteres Vorhaben im Rahmen der 1. Realisierungsstufe des Stadtbahnprogramms.

Im Berichtsjahr 2013 wurden für die Planung und Vorbereitung weiterer Projekte des Stadtbahnprogramms (u.a. Ausbau Böllberger Weg 2. Bauabschnitt, Verkehrsknoten Steintor u. L.-Wucherer-Straße, Ausbau Dessauer Straße und Umgestaltung Verkehrsknoten Veszpremer Straße) insgesamt € 1,4 Mio aufgewendet.

Im Überlandbereich wurde der 2. Bauabschnitt des Ausbaus des Straßenzuges Weiße Mauer planmäßig in Betrieb genommen. Baulastträger ist hier die Stadt Merseburg unter finanzieller Beteiligung des Landkreises Saalekreis und der HAVAG (€ 0,5 Mio).

Außerdem wurden u.a. für den Ersatz von Bahnstromkabeln, die Neuverlegung eines Lichtwellenleiterkabels von der Delitzscher Straße bis zum Betriebshof Rosengarten (Weiterführung aus 2012), die Erneuerung von Fahrleitungsanlagen und optischen Fahrgastinformationssystemen € 0,5 Mio aufgewendet.

d) Personal

Im Zuge der schrittweisen Umsetzung der Personalkonzeption des Unternehmens (Altersteilzeit-, Teilzeit- und Abfindungsmodelle) sowie der stattgefundenen Betriebsübergänge zur SWH konnte der Personalbestand stichtagsbezogen zum 31. Dezember 2013 um 19 Personen inkl. Auszubildende (-2,5 %) gegenüber dem Vorjahresstichtag weiter reduziert werden. Im Jahr 2013 wurden acht weitere Altersteilzeitverträge im Rahmen der Restrukturierung abgeschlossen. Die folgende Übersicht zeigt die Beschäftigtenzahlen jeweils zum Jahresende:

	31.12.2013	31.12.2012
Produktionspersonal	536	550
Verwaltungs- und sonstiges Personal	166	168
Auszubildende	32	35
	734	753

Die Anzahl der Vollbeschäftigten (VbE) – ohne Auszubildende – ist gegenüber dem Vorjahr stichtagsbezogen um 20,0 VbE gesunken.

Die Fluktuationsrate lag im Jahr 2013 bei 5,1 %.

Neun Auszubildende beendeten im Jahr 2013 ihre Ausbildung bei der HAVAG. Aufgrund ihrer positiven Prüfungsergebnisse und gemäß Betriebsvereinbarung konnten sechs Auszubildende in ein befristetes Arbeitsverhältnis bzw. drei Auszubildende in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden.

Im Jahr 2013 betrug das Durchschnittsalter der Mitarbeiter /-innen 49 Jahre und die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit 24,6 Jahre.

Die durchschnittliche Fehlzeit in Folge Krankheit lag 2013 bei 9,2 %.

e) Forschung und Entwicklung

Im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung mit der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg (OvGU) beteiligt sich die HAVAG seit mehreren Jahren am Forschungsprojekt Galileo Testfeld Sachsen-Anhalt. Ein Ziel ist es dabei, intelligente Navigations- und Kommunikationssysteme zu entwickeln, mit denen Verkehr und Logistik künftig leistungsfähiger, umweltverträglicher und sicherer gestaltet werden können.

Die HAVAG leitet innerhalb des „Galileo Testfeldes Sachsen-Anhalt“ den Schwerpunkt Navigation und Verkehr. Innerhalb des Forschungsprojektes sichert die HAVAG damit die Interessen des ÖPNV ab. Insbesondere sollen die Grundlagen für die spätere Nutzung des Galileo-Satellitensystems im Zusammenhang mit dem ÖPNV geschaffen werden. Im neuen ITCS (Intermodal Transport Control System) wurde bereits jetzt die Basis für eine spätere Nutzung des Galileo-Systems gelegt.

Seit November 2011 engagiert sich die HAVAG außerdem im Projekt „Elektromobilität“. Durch die Absichtserklärung Sachsen-Anhalts gegenüber dem Bund, gemeinsam mit Thüringen zum „Schaufenster Elektromobilität Mitteldeutschland“ zu werden, konnten sich die Partner aus Sachsen-Anhalt um Fördermittel des Bundes zur Einführung der Elektromobilität bewerben. Von den dreißig eingereichten Projekten wurden fünf als förderwürdig eingestuft. Die SWH belegte im Antragsranking Platz fünf, tatsächlich gefördert wurden aber nur vier Projekte. Die SWH wurde durch den Bund aufgefordert, eine neue Projektskizze zum Thema Elektromobilität einzureichen. Neben der HAVAG wird sich auch die EVH gemeinsam als Stadtwerkekonzern beteiligen.

In Bezug auf das Projekt ELMO I „Grüne Mobilitätskette“ erfolgte im Jahr 2012 die Projektskizzierung und nach positiver Rückantwort vom Bund der Projektantrag ELMO beim Bund. Im April 2013 wurde die SWH aufgefordert, die Projektskizze erneut zu überarbeiten. Im Dezember 2013 bekam die SWH (HAVAG) den Zuwendungsbescheid (Fördermittelzusage) zum Projekt „Grüne Mobilitätskette“.

Parallel dazu erfolgte die Vorbereitung eines Fördermittelantrages für eine ergänzende Förderung beim Land Sachsen-Anhalt (Co-Finanzierung von Elektrofahrzeugen und Ladesäulen).

f) Umweltschutz

Mit der Entwicklung und Umsetzung von neuen, intelligenten Lösungen im Verkehrsmanagement im Rahmen der Forschungs- und Entwicklungsprojektes GALILEO sowie dem Engagement im Projekt „Elektromobilität“ leistet die HAVAG zugleich einen wesentlichen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz.

Mit ihrem leistungsstarken, attraktiven Nahverkehrsangebot bietet die HAVAG der Bevölkerung der Stadt Halle zudem eine umweltverträgliche Alternative zum motorisierten Individualverkehr (MIV), da öffentliche Verkehrsmittel Verkehrsströme bündeln und mit modernster Technik dazu beitragen, Emissionen zu senken.

Um die Auswirkungen des ÖPNV auf die Umwelt möglichst gering zu halten und damit die Umweltvorteile des ÖPNV gegenüber dem MIV auch zukünftig zu sichern bzw. auszubauen, sind Maßnahmen zur weiteren Reduzierung der Schall- und Abgasemissionen, die durch den Straßenbahn- und Omnibusverkehr verursacht werden, sowie der Einsatz umweltfreundlicher Materialien und Technologien im Unternehmen unerlässlich.

Zu den Schwerpunktaktivitäten bzw. -maßnahmen der HAVAG auf dem Gebiet des Umweltschutzes, zur Senkung des Energieverbrauches sowie zur Reduzierung der Schall- und Abgasemission zählen im Jahr 2013 insbesondere:

- Betrieb einer modernen Photovoltaikanlage mit einer Nutzfläche von 1.800 qm und einer Nennleistung von 241,5 kWp auf dem Dach der neuen Straßenbahnabstellhalle (Einsparung von ca 155 t CO₂),
- Ersatz der restlichen vorhandenen Altfahrzeuge durch moderne Niederflurfahrzeuge mit Fahrstromrückspeisung,
- Verlegung von Gleisanlagen im Rahmen von großen Gleisbauvorhaben mit deutlich reduzierten Schallemissionen,
- Erarbeitung eines Konzeptes zur Busbeschaffung im Jahr 2013 mit dem Ziel, 30 Neufahrzeuge mit neuester Abgastechnologie (Euro 6 –Norm) in den Jahren 2014 bis 2018 zu beschaffen,
- Teilnahme am stadtwerkweiten Energiemanagementsystem zur Optimierung der Energieeffizienz,
- Mitarbeit in der Arbeitsgruppe der Stadtwerke zum betrieblichen Umweltschutz mit dem Ziel der Generierung von Synergieeffekten im konzernweiten Umweltschutz,
- Einsatz einer umweltverträglicheren Reinigerflüssigkeit für Ultraschallbäder - die enthaltenen Tenside sind gemäß Anhang III der EU-Detergenzienverordnung VO Nr. 648/2004 biologisch abbaubar,
- Entscheidung zur Neubeschaffung / Vorhaltung eines biologisch leicht abbaubaren und ökotoxikologisch unbedenklichen Mittels zur Beseitigung von Ölschäden (MKW) nach Havarien oder Leckagen.

2. Geschäftsverlauf

a) Entwicklung der Erträge

	2013	2012	Veränderungen	
	T€	T€	T€	%
Erlöse aus Straßenbahn- und Busbetrieb	32.367	31.236	1.131	3,6
Ausgleichszahlungen nach § 9 ÖPNV-G LSA	3.405	3.515	-110	-3,1
Erstattungsleistungen nach § 148 SGB IX	1.917	807	1.110	137,6
Ausgleichszahlungen für verbundbedingte Belastungen	958	958	0	0,0
Erhöhtes Beförderungsentgelt / Sonstige Erlöse Linienverkehr	446	581	-135	-23,2
Summe Erlöse Linienverkehr	39.095	37.098	1.997	5,4
Übrige Umsatzerlöse / Erlöse aus Vermietung von Werbeflächen	511	598	-88	-14,6
Umsatzerlöse	39.605	37.696	1.909	5,1
Andere aktivierte Eigenleistungen	149	220	-71	-32,3
Übrige Erträge	16.027	14.400	1.627	11,3
Zahlungen des Gesellschafters zur Abdeckung der Aufwendungen (Betriebskostenzuschüsse)	22.996	22.784	211	0,9
<i>darunter Stadtbahnprogramm</i>	<i>495</i>	<i>0</i>	<i>495</i>	
Betriebliche Erträge	78.777	75.101	3.676	4,9
Ohne Betriebskostenzuschüsse	55.782	52.317	3.465	6,6
Erträge aus Verlustübernahme	560	129	431	
Gesamterträge	79.337	75.230	4.107	5

Gemäß Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag ist der Zuschussanspruch gegenüber dem Gesellschafter im Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr um T € +211 gestiegen. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf den erhöhten Zuschussbedarf (T € +495) im Zuge der Realisierung des Stadtbahnprogramms zurückzuführen. Darüber hinaus wurde im Rahmen der Trennungsrechnung gemäß VBFV auf Basis der tatsächlichen Aufwendungen und Erträge für das Geschäftsjahr 2013 ein Verlust in Höhe von T € 560 ermittelt, welcher über den mit der Stadtwerke Halle GmbH abgeschlossenen Gewinnabführungsvertrag ausgeglichen wird.

Die Betrieblichen Erträge der HAVAG – ohne Berücksichtigung der Betriebskostenzuschüsse – sind gegenüber dem Vorjahr um T € +3.676 bzw. +4,9 % gestiegen. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf den Anstieg der Umsatzerlöse (T € +1.909 bzw. +5,1%) sowie der übrigen Erträge (T € +1.627 bzw. +11,3%) zurückzuführen.

Insgesamt wurden im Jahr 2013 Umsatzerlöse in Höhe von T € 39.605 (Vorjahr: T € 37.696) erwirtschaftet. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr um T € +1.909 bzw. +5,1 % ist im Wesentlichen auf die Positionen Erlöse aus Straßenbahn- und Busbetrieb sowie Erstattungsleistungen nach § 148 SGB IX zurückzuführen.

Aufgrund der im Rahmen des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes durchgeführten Tarifanpassungen zum 01.08.2012 bzw. 01.08.2013 sind die Erlöse aus Straßenbahn- und Omnibusbetrieb trotz des Beförderungsrückganges gegenüber dem Vorjahr (-1,5 %) um T € 1.131 (+3,6 %) gestiegen.

Die Steigerung der Erstattungsleistungen nach § 148 SGB X um T € +1.110 (+137,6%) ist damit zu begründen, dass im Jahr 2012 zum Zeitpunkt des Jahresabschlusses das Testat für den betriebsindividuell ermittelten Schwerbehindertenquotienten noch nicht vorlag und deshalb aus kaufmännischer Vorsicht der Pauschalwert des Landes Sachsen-Anhalt für das Jahr 2011 (2,55%) in die Berechnung des voraussichtlichen Erstattungsanspruchs 2012 nach § 148 SGB IX einbezogen wurde. Im Jahr 2013 wurde diesbezüglich der im Jahr 2012 betriebsindividuell ermittelte und testierte Schwerbehindertenquotient von 5,99% bzw. 5,16% (nach Kürzung um ein Drittel des pauschalen Vom-Hundertsatzes des Landes Sachsen-Anhalt) zum Ansatz gebracht.

Die Steigerung der Übrigen Erträge (T € +1.627 bzw. +11,3%) ist im Wesentlichen auf erhöhte Erträge aus Abgang Anlagevermögen (T € +102 aus dem Verkauf von Straßenbahnen), Vermietungen (T € +475 – insbesondere KOM an Subunternehmer), Auflösung von Rückstellungen (T € +896) sowie Vorjahreserträge (T € +197) zurückzuführen.

b) Kostensituation und Finanzlage der Gesellschaft

Der Gesamtaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um T € 4.107 gestiegen. Hierbei ist zu beachten, dass sowohl im Jahr 2013 als auch im Jahr 2012 wesentliche Sondereffekte bzw. -belastungen zu verzeichnen waren.

Ohne Berücksichtigung dieser Sonderbelastungen bzw. Sondereffekte sowie Aufwendungen aus Gewinnabführung hat sich der Gesamtaufwand gegenüber dem Vorjahr um T € 2.706 erhöht. Diese Entwicklung ist insbesondere auf Aufwands- bzw. Preissteigerungen bei der Antriebsenergie (T € 622), bei der sonstigen Energie (T € 157), den Fremdleistungskosten (T € 588), dem Personalaufwand (T € 1.182) sowie den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (T € 496) zurückzuführen. Dem gegenüber stehen Aufwandsreduzierungen beim sonstigen Materialverbrauch (T € -269) sowie den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen (T € -123).

Die erhöhten Fremdleistungskosten (T € +588) sind insbesondere auf die Steigerung des Betreiberentgeltes Rosengarten (T € +65) sowie der Fremdleistungskosten der Subunternehmer (T € +609) aufgrund der Übernahme zusätzlicher Leistungen im Linien- und Schienenersatzverkehr und Preissteigerungen zurückzuführen. Dem gegenüber stehen Einsparungen von Fremdleistungskosten im Instandhaltungsbereich (T € -80).

Die Entwicklung des Personalaufwandes (T € +1.182 gegenüber dem Vorjahr) ist maßgeblich durch den Tarifvertrag für Nahverkehrsbetriebe Sachsen-Anhalt (TV-N LSA) und den Entgelttarifvertrag zum TV-N LSA geprägt. Beide Tarifverträge wurden zum 31.12.2012 durch ver.di gekündigt. Die Tarifverträge zur Herabsetzung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit für die Arbeitnehmer sowie die Beschäftigten im Fahrdienst sind zum 31.12.2012 ausgelaufen. Im Zeitraum Januar bis März 2013 galt eine Wochenarbeitszeit von 40 h/Woche. Am 05. März 2013 haben sich die Tarifparteien auf einen neuen Tarifabschluss geeinigt. Zum 01.04.2013 erfolgte die Absenkung der Wochenarbeitszeit auf 38 h/Woche, die Vergütung wurde auf Basis einer Wochenarbeitszeit von 39 h/Woche erhöht.

Die Steigerung der Sonstigen betriebliche Aufwendungen (T € +496) betrifft im Wesentlichen die Positionen Versicherungen, Beratungskosten, Sonstige Lieferungen und Leistungen sowie Haftpflicht / Schadenersatz.

Die vergleichbare Kostendeckung - ohne Berücksichtigung der Betriebskostenzuschüsse, der Erträge aus Verlustübernahme sowie wesentlicher periodenfremder bzw. einmaliger Sondereffekte (Erträge und Kosten) – ist von 68,8% im Vorjahr auf 68,4 % im Jahr 2013 leicht gesunken.

Die Liquidität der Gesellschaft war durch die stetige monatliche Bereitstellung der Mittel durch den Gesellschafter, der Ausgleichszahlungen gemäß § 9 ÖPNVG LSA und § 148 Abs. 5 SGB IX, der Investitionszuschüsse sowie der Einbindung der HAVAG in das gemeinsame Cash-Pooling-System der Stadtwerke Halle GmbH jederzeit gesichert.

3. Risikomanagementsystem

Das bei der HAVAG implementierte, effiziente und vorausschauende Risikomanagementsystem dient der systematischen Erfassung und permanenten Beobachtung bzw. Überwachung aller Risiken und Gefährdungen für das Unternehmen bei Wahrnehmung der unternehmerischen Chancen, fördert das risikoorientierte Denken und Handeln im Gesamtunternehmen und entspricht damit § 91 Abs. 2 AktG.

Durch die regelmäßig systematische Risikoerhebung in allen Unternehmensbereichen und die jährliche Fortschreibung bzw. Überarbeitung des Risikohandbuchs in Bezug auf geänderte externe und interne Einflüsse wird die Unternehmensleitung in die Lage versetzt, Risiken nicht nur frühzeitig zu erkennen, sondern auch rechtzeitig geeignete Vorsorge- und Sicherungsmaßnahmen einzuleiten, sich ergebende Chancen für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens konsequent zu nutzen sowie insbesondere die eigene strategische Positionierung zu überprüfen und ggf. anzupassen.

Durch den Vorstand wird die Einhaltung der im Risikohandbuch angeführten Lösungsvorschläge und Empfehlungen zur Gegensteuerung kontinuierlich überwacht.

Im Zuge der jährlichen Fortschreibung der mittelfristigen Planung der HAVAG werden die Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung und der Finanzierung des ÖPNV sowie die erforderlichen Gegensteuerungsmaßnahmen beachtet, systematisiert und bewertet. Mit der Zielsetzung der konzerneinheitlichen Gestaltung von Aufbau und Ablauf des Risikomanagements der beteiligten Stadtwerke - Unternehmen wurde das Risikomanagementsystem der HAVAG im Jahr 2013 überarbeitet und hinsichtlich Bewertung und Definition der Maßnahmen zur Früherkennung und Risikobegegnung an die Systematik des Stadtwerke Halle - Konzerns angepasst.

Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, bestehen nicht. Risiken im Zusammenhang mit dem US-Leasing 2002, der Finanzierung des ÖPNV und der Reduzierung der Verfügbarkeit von Straßenbahnen und Bussen aufgrund sicherheitsrelevanter Serienmängel und Obsoleszenz werden jedoch besonders beobachtet.

Chancen ergeben sich insbesondere aus der strategischen Neuausrichtung der HAVAG. Durch die konsequente Umsetzung und Überwachung der strategischen Einzelmaßnahmen soll die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens nachhaltig gesichert und der Zuschussbedarf deutlich reduziert werden.

4. Ausblick

Die anspruchsvolle Zielstellung der HAVAG für die Planjahre 2014 – 2018 besteht darin, die Qualität und Wirtschaftlichkeit des ÖPNV-Angebotes durch konsequente Umsetzung der Ergebnisse des Strategieprojektes zu sichern. Dies beinhaltet u.a. die Ausrichtung des Angebotes an die Marktbedürfnisse (Ertragssteigerungen), die Erreichung der erarbeiteten Rationalisierungspotentiale (Aufwandsreduzierungen /effektiver Ressourceneinsatz) und die damit verbundene Reduzierung des Zuschussbedarfs.

Die Wirtschaftsplanung für das Jahr 2014 sieht einen Betriebskostenzuschuss von € 22,9 Mio vor (inkl. Mehrbedarf für Stadtbahnprogramm, Anwendung des TV-N LSA bei den Subunternehmern sowie Berücksichtigung einer Konzernumlage).

Nach derzeitigem Planungsstand werden die Investitionen im Geschäftsjahr 2014 eine Höhe von ca. € 17,8 Mio erreichen.

Der Gesamtansatz für Investitionen in das eigene Anlagevermögen beträgt dabei € 3,4 Mio.

Zu nennen sind:

- der Kauf von 9 Stadtlinienvbussen nach Leasingende (€ 0,3 Mio),
- der Ersatz und die Softwareanpassung für die Unterflurradsatzdrehmaschine (€ 0,5 Mio),
- der Ersatz inkl. Bauleistungen für die Straßenbahnwaschanlage im Betriebshof Freimfelder Straße,
- die erforderliche Hard- und Softwareanpassung zur Erweiterung bzw. Neustrukturierung der Arbeitsprozesse inkl. Einführung SAP (€ 0,6 Mio),
- die erforderlichen Hard-und Softwareanpassungen für den Vertrieb sowie die Projektkosten für die mittelfristige Neubeschaffung von mobilen Fahrausweisautomaten (€ 0,3 Mio) in Bussen und Bahnen,
- die Planung und der Beginn des 1. Teilabschnittes zur Verschwenkung (Neuanbindung) der Gleise auf dem Südhof in der Freimfelder Straße (€ 0,5 Mio).

Schwerpunkte der Investitionen in die Infrastruktur im Geschäftsjahr 2014 sind:

- die Endabrechnung der Leistungen für den Ausbau der Torstraße und für den Haltstellenbereich K.-Tucholsky-Straße (€ 0,8 Mio),
- die Fertigstellung und Endabrechnung des Ausbau der nördlichen Großen Ulrichstraße (€ 0,7 Mio ohne Anteile der beteiligten Versorgungsunternehmen und der städtebaulichen Umgestaltung),
- die Umsetzung der Teilvorhaben des Stadtbahnprogramms mit der Ausführung des Ausbaus der Verkehrsanlage Rannischer Platz (€ 2,5 Mio) sowie die Planungen und bauvorbereitenden Maßnahmen (Abbruch, Ertüchtigung Umleitungsstrecken, Leitungsumverlegungen) für weitere Vorhaben des Programms, z.B. Ausbau Böllberger Weg (€ 4,0 Mio), Ausbau Verkehrsknoten Steintor (€ 2,0 Mio), Ausbau Dessauer Straße und Verkehrsknoten Veszpremer Straße (€ 0,8 Mio) und Ausbau Merseburger Straße (€ 0,5 Mio),

- die Erneuerung von Fahrleitungen, Bahnstrom und- Kabelanlagen und den Ersatz der E-Anlage BUW Schwerzer Straße (€ 1,1 Mio) sowie die Ausstattung weiterer Haltestellen im Stadtgebiet mit optischen Fahrgastinformationssystemen (€ 0,2 Mio).

Vorgänge, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HAVAG und der Beteiligungen von besonderer Bedeutung wären, sind nach dem Bilanzstichtag nicht eingetreten.

Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	Sitz der Gesellschaft:	Postanschrift:
Anschrift:	Freiimfelder Straße 74/75 06112 Halle (Saale)	Prager Straße 8 04103 Leipzig

Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	74

Gesellschafter:	T€	%
Leipziger Verkehrsbetriebe GmbH	12	15,92
Stadt Leipzig	12	15,92
Stadt Halle (Saale)	9	12,45
Hallesche Verkehrs-AG	8	10,95
DB Regio Aktiengesellschaft	5	6,60
Burgenlandkreis	3	3,54
Landkreis Leipzig	3	3,54
Landkreis Nordsachsen	3	3,54
Landkreis Saalekreis	3	3,54
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig	3	3,54
Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH	2	3,40
Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH	2	2,98
GbR der Verkehrsunternehmen Omnibus- und Reiseverkehr Heinz Wittig (LVW), Omnibusverkehrsgesellschaft mbH "Heideland" (OVH), Reiseverkehr Schulze OHG und Döllnitzbahn GmbH	1	1,70
GbR der Verkehrsunternehmen PVG Muldentale mbH, Bus- und Reiseunternehmen Alberto Ludwig, Reise- und Omnibusunternehmen Volker Kaltfofen und dem Omnibus-Reiseunternehmen Naundorf	1	1,70
Gesellschaft bürgerlichen Rechts der Verkehrsunternehmen Sax-Bus Eilenburger Busverkehr GmbH, Auto-Webel GmbH, Omnibusverkehr Leupold OHG und Geißler-Reisen GbR	1	1,70
LeoBus GmbH	1	1,70
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	1	1,70
Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH	1	1,70
Landkreis Altenburger Land	1	1,02
Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH	1	1,02

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2013 erfolgt.

Gesellschafter:

	T€	%
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	1	1,02
Erfurter Bahn GmbH	0	0,41
Veolia Verkehr GmbH	0	0,41

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft hat im Mitteldeutschen Verkehrsverbundgebiet Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne der ÖPNV-Gesetze für den straßengebundenen Verkehr und den Schienenverkehr, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und der Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebots, zu erfüllen und die tarifliche Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif herbeizuführen und künftig sicherzustellen sowie die im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen zu erfassen und aufzuteilen. Die Gesellschaft handelt gegenüber den Gesellschaftern interessen- und wettbewerbsneutral.

Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen erbringt Leistungen der Personenbeförderung im Öffentlichen Personennahverkehr. Der öffentliche Zweck ergibt sich daher aus § 116 Abs. 2 GO-LSA und ist in der Betätigung im öffentlichen Verkehr zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:

Lehmann, Steffen

Aufsichtsrat:

Vorsitzende	Dubrau, Dorothee	(seit 10.07.2013, seit 05.12.2013 Vorsitzende)
Vorsitzender	zur Nedden, Martin	(bis 10.07.2013)
1. stellv. Vorsitzender	Schwarz, Vinzenz	(seit 21.03.2013 1. stellv. Vorsitzender)
2. stellv. Vorsitzender	Thieme, Ronny	
	Bog, Stephan	
	Dr. Apitzsch, Wolfram	(seit 01.01.2013)
	Dr. Kisabaka, Linda	
	Engel, Erich	
	Handschak, Hartmut	
	Heepen, Volker	(bis 31.12.2013)
	Heft, Frank Uwe	
	Herrmann-Kambach, Jens	
	Hoffmann, Joachim	
	Hörl, Martin	(bis 31.12.2013)
	Juhrs, Ronald	
	Kern, Dietmar	
	Klemens, Holger	(seit 01.06.2013)
	Klingenhöfer, Frank	(seit 04.07.2013)
	Kluge, Egbert	(seit 01.01.2013 bis 31.05.2013)
	Kniesche, Ute	
	Malter, Klaus Rüdiger	
	Middelberg, Ulf	

Aufsichtsrat:

	Mietzsch, Oliver	
	Reiche, Harri	
	Riese, Lothar	
	Stäglin, Uwe	
	Stoye, Angelika	
	Wigger, Stephan Georg	(bis 31.03.2013)
beratendes Mitglied	Fahsel, Karl-Hermann	(bis 31.10.2013)
beratendes Mitglied	Hummel, Hans-Jürgen	
beratendes Mitglied	Sablotny, Bernd	

Aufsichtsrat

31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
T€	T€	T€
3	3	3

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
149	11	230	17	296	22	-81	-35
1.172	88	1.109	82	1.054	78	63	6
10	1	10	1	9	0	0	0

Bilanzsumme

1.331	100	1.349	100	1.359	100	-18	-1
-------	-----	-------	-----	-------	-----	-----	----

Treuhandvermögen

1.495		1.723		1.501		-228	-13
-------	--	-------	--	-------	--	------	-----

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten für Investitionszulagen
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
461	35	461	34	461	34	0	0
39	3	110	8	194	14	-71	-65
122	9	142	11	132	10	-20	-14
581	44	501	37	475	35	80	16
128	9	135	10	97	7	-7	-5

Bilanzsumme

1.331	100	1.349	100	1.359	100	-18	-1
-------	-----	-------	-----	-------	-----	-----	----

Treuhandverbindlichkeiten

1.495		1.723		1.501		-228	-13
-------	--	-------	--	-------	--	------	-----

bb) GuV

	2013	2012	2011
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	623	512	485
sonstige betriebliche Erträge	328	454	706
Materialaufwand	1.277	1.288	1.528
Personalaufwand	1.449	1.334	1.289
Abschreibungen	119	129	136
Zuschüsse Gesellschafter	2.233	2.138	2.126
sonstige betriebliche Aufwendungen	338	359	370
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	8	7
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	2	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	0
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	119	129	136	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	33	37	46	T€
Personalaufwandsquote:	152,38	138,15	108,18	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	4,10	4,03	4,59	%
Eigenkapitalquote:	34,66	34,19	33,95	%
Fremdkapitalquote:	65,34	65,81	66,05	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Fahrgastaufkommen	175,90	174,10	173,10	Mio.

e) Lagebericht

Organisationsstruktur

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund erstreckt sich über die drei Ländergrenzen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und umfasst ein Gebiet von fünf Landkreisen und zwei kreisfreien Städten. Mit einem Anteil von 51 % halten die zehn Aufgabenträger die Mehrheit der Gesellschafteranteile. Die verbleibenden 49 % werden von den im Verbundraum tätigen 13 Verkehrsunternehmen des straßen- und schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bzw. deren Zusammenschlüssen gehalten.

Entwicklungen und Aufgabenschwerpunkte in 2013

Nach dem überaus erfolgreichen Kalenderjahr 2012 setzte sich diese positive Entwicklung auch im vergangenen Jahr fort. Die Einnahmen aus den Tarifierlösen der Verkehrsunternehmen stiegen 2013 um Mio. EUR 8, d. h. um 4,9 % gegenüber dem Vorjahr, und damit auf insgesamt Mio. EUR 174. Dabei wurde mehr als die Hälfte des Zuwachses im Zeitkartensegment Jedermann erzielt.

Diese positive Erlösentwicklung im gesamten Verbundraum ist das Ergebnis:

- von zusätzlich rd. 1,8 Mio. **Fahrgästen** (+ 1,0 %),
 - der steigenden Nachfrage bei den zum 1. August 2012 neu eingeführten ABO-Tarifprodukten,
- der Wirkung aus der Preisanhebung zum 1. August 2013,
- der Bemühungen von Verkehrsunternehmen und Aufgabenträgern, trotz deutlicher Kostensteigerung und kaum zusätzlicher Zuschüsse die bestehende Verkehrsleistung aufrecht zu erhalten
- sowie der wachsenden Akzeptanz des handybasierten Informations- und Ticketsystems „easy.go“.

Das zum 1. August 2012 eingeführte **Tarifmodell im Jedermann-Tarif** mit dem Kern differenzierter, individuell zugeschnittener Abo-Angebote hat sich erfolgreich am Markt etabliert. Bis zum Jahresende 2013 konnten dadurch rd. 7.200 neue Abo-Kunden (+ 8,2 %) gewonnen werden. Die Tarifstrategie erweist sich insgesamt als nachhaltig erfolgreich.

Nach Einführung des neuen Tarifmodells 2012 stand im Jahr 2013 die Weiterentwicklung des **MDV-Tarifs für Junge Leute** im Focus. Aufbauend auf den Ergebnissen einer in der 2. Jahreshälfte 2012 von der exeo Strategic Consulting AG durchgeführten Studie zum Mobilitätsverhalten von 14-24-Jährigen im Verbundgebiet, wurden gemeinsam mit den Gesellschaftern unterschiedliche Produktideen für Schüler und Auszubildende entwickelt, bewertet und diskutiert. Vor dem Hintergrund der Mobilitätsbedürfnisse junger Leute sowie der unternehmerischen Wirtschaftlichkeit werden im Ergebnis dieses Prozesses voraussichtlich im Jahr 2014 zwei zusätzliche Tarifprodukte eingeführt:

- SchülerRegioFlat (eine ABO-Ergänzungskarte für Schülerprodukte, die eine verbundweite ÖV-Nutzung in der Freizeit ermöglicht),
- ABO Azubi Plus (ein ABO, das die unterschiedlichen Wege zum Ausbildungsbetrieb und zur Schule abbildet und zusätzlich noch eine verbundweite ÖV-Nutzung in der Freizeit integriert).

Dennoch musste auch im Jahr 2013 der **Verbundtarif** aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Verkehrsunternehmen zusätzlich **preislich fortgeschrieben** werden.

Gleichzeitig wurde eine Aufgabenstellung konzipiert, die den künftigen Finanzbedarf sowie Möglichkeiten **alternativer Finanzierungsquellen** zur Gegenfinanzierung der steigen Kosten prüfen soll. Dazu wurde Ende 2013 die ETC Transport Consultants GmbH beauftragt. Die Ergebnisse sollen in der ersten Jahreshälfte 2014 vorliegen.

Das Finanzierungsthema ist gleichzeitig Bestandteil des 2012 begonnenen **Strategieprozesses** zum Thema „**Die Zukunft der Mobilität in Mitteldeutschland 2025**“. Mit Blick auf die signifikante Veränderung der Rahmenbedingungen des Nahverkehrs, wie die Finanzierung, die demografische Entwicklung, das Mobilitätsverhalten der Bevölkerungsgruppen, die technischen Möglichkeiten des Zugangs zum Nahverkehr und die rechtlichen Anforderungen, hat die Verbundgesellschaft im Jahr 2013 eine Diskussion mit allen Gesellschaftern geführt, in deren Ergebnis eine Strategiekonzeption erarbeitet wurde, die die mehrheitliche Zustimmung fand.

Dazu wurden unter Berücksichtigung der Entwicklungen externer Rahmenbedingungen sowie „eigener ÖPNV-Strategien“ in einem ersten Schritt 9 „Mobilitätsszenarien“ herausgearbeitet, die hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit, Ergebnisqualität und Umsetzbarkeit bewertet wurden. Auf dieser Grundlage wurden eine strategische Stoßrichtung herausgearbeitet und Handlungsempfehlungen abgeleitet.

Die Ergebnisse des Strategieprozesses und die Empfehlung zur strategischen Stoßrichtung sollen nun als gemeinsam getragene Empfehlung in der Diskussion gegenüber Dritten (politische Fraktionen, Vertreter der 3 beteiligten Länder am MDV) federführend durch den Geschäftsführer in Abstimmung mit den lokal betroffenen Gesellschaftern kommuniziert werden.

Die Arbeiten im Fachbereich Technische Systeme und IT konzentrierten sich im Jahr 2013 auf die Umsetzung der Teilprojekte des **EFRE-Telematikvorhabens**. Das Vorhaben ist auf eine verbundweite Fahrgastinformation mit Echtzeitdaten, Anschlusssicherung und perspektivischer Anschlussgarantie sowie ein verbundweites eTicketing ausgerichtet, was zu einer Verbesserung der Service- und Angebotsqualität und letztlich zu einer Attraktivitätssteigerung und erhöhten Kundenzufriedenheit beitragen wird. In einem ersten Schritt wurde mit Unterstützung der Firmen BLIC und bbt ein intensiver Planungsprozess durchgeführt, um die Ausschreibungsverfahren in den 5 Hauptprojekten vorzubereiten. Dabei wurden auch umfangreiche Abstimmungen zur Durchführung, Abrechnung und Nachweisführung mit den Fördermittelgebern sowie zur Wahl der Vergabeverfahren mit der Auftragsberatungsstelle Sachsen geführt.

Im Ergebnis wurden folgende Ausschreibungsverfahren durchgeführt und die Leistungen mit einem Auftragsvolumen von insgesamt rd. Mio. EUR 2,8 vergeben:

- Regionales eTicketing System (ReTSy)
- Datendreh scheibenfunktionalitäten (Ist-Daten-Austausch zur Anschlusssicherung)
- Beschaffung Bordrechner
- Beschaffung DFI-Anzeigen
- Erweiterung Regio-RBL

In allen Teilprojekten wurde unmittelbar nach der Auftragsvergabe mit der Erstellung der Pflichtenhefte begonnen.

Infolge der verspäteten Fördermittelbewilligung sowie des Zeitverlustes durch die notwendige Aufhebung und erneute Ausschreibung im Projekt „Beschaffung Bordrechner“ (kein Bieter erfüllte die geforderten Bedingungen) hat der MDV für alle Antragsteller (außer Städte Delitzsch und Torgau) Änderungsanträge zur Verlängerung des Projektzeitraums bis Mitte 2015 vorbereitet.

Das **handybasierte Auskunft- und Ticketingsystem easy.GO** wurde kontinuierlich weiter entwickelt. Gleichzeitig wurden mehrere Marketingmaßnahmen durchgeführt. Innerhalb des Jahres wurde der Umsatz monatlich um durchschnittlich rd. TEUR 27 auf TEUR 132 im Dezember und im Jahr 2013 auf Mio. EUR 1,1 gesteigert. Auch die Nutzerzahlen stiegen kontinuierlich an. So nutzten im Dezember über 100.000 Kunden easy.GO. Innerhalb dieses Monats wurden 1,8 Millionen Fahrplan- und Verbindungsauskünfte abgerufen. Damit liegen die Anfragen inzwischen erheblich über den im Internet nachgefragten Relationsauskünften.

Seit dem 1. August 2013 werden die **Ländertickets Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen** im Verbund anerkannt und auch durch alle Verkehrsunternehmen verkauft. Dazu wurden alle Vertriebssysteme angepasst und ein einheitliches Fahrkartenlayout abgestimmt. Aufwändig war ebenfalls die Umsetzung in der Einnahmearbeitungsdatenbank, um die differenziert zu verteilenden Umsatzanteile zu separieren.

Im Dezember 2013 hat die DB Regio den **Betrieb im Citytunnel-Netz (MDSB-I)** aufgenommen. Vorbereitend waren vielfältige Abstimmungen in den Bereichen Tarif, Vertriebstechnik, Fahrgastzählung und Einnahmearbeitung sowie Telematik und Kundeninformation für das Gesamtnetz vorzunehmen.

Die Arbeiten im Rahmen der Kooperation **Verkehrsmanagement** (Zielsetzung länderübergreifender Mobilitätskonzepte und -maßnahmen) konzentrierten sich 2013 wesentlich auf die Weiterentwicklung des länderübergreifenden Mobilitätsportals. Insbesondere wurden Konzepte zur Integration der Parkraumbelastung sowie zur Barrierefreiheit erstellt und mit dem Lieferanten zum Zweck der Angebotserstellung diskutiert, wobei die NASA GmbH als Betreiber des Systems intensiv eingebunden war. Ergänzend wurde der Kontakt mit dem Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit zu einer möglichen Zusammenarbeit der Länder hergestellt. Zur Definition der für die Verkehrslagesysteme und abschließend das Mobilitätsportal notwendigen Verkehrsdaten haben mehrere Abstimmungen stattgefunden. Parallel dazu hat die Stadt Leipzig ihre Planung für ein neues Verkehrslagesystem abgeschlossen. Hierzu wird es weitere Abstimmungen zwischen den Kooperationspartnern zur Vernetzung der jeweiligen Systeme geben.

Im Bereich Einnahmearbeitung wurde die 2012 inhaltlich abgeschlossene Diskussion zur **Fortschreibung** des Einnahmearbeitungsverfahrens vertraglich umgesetzt. Der fortgeschriebene Vertrag wurde im März 2013 von allen Verbundunternehmen unterzeichnet und bereits für die Jahresrechnung 2012 wirksam. Im Ergebnis dessen gab es keine Einwände gegen die Jahresrechnung.

Die **verkehrsplanerischen Schwerpunkte** orientierten sich 2013 wesentlich am Strategieprozess MDV 2025. Um den Blick auf die aktuelle Situation zu schärfen, hat der Fachbereich Verkehrsplanung im Jahr 2013 in jedem der fünf Landkreise ganztägige Fachexkursionen unter Beteiligung der jeweiligen Aufgabenträger und Busunternehmen sowie von Vertretern aus der Politik oder der Regionalplanung durchgeführt. Eine der Exkursionen mündete im Projekt Muldentaldreieck.

Im **Projekt Muldentaldreieck** (Verkehrsgebiet zwischen den Städten Grimma, Colditz und Bad Lausick) soll beispielgebend für den ländlichen MDV-Raum aufgezeigt werden, wie durch Neustrukturierung und Neuausrichtung des öffentlichen Verkehrsangebotes breitere Zielgruppen den ÖPNV nutzen können. Dafür soll ein neues ÖPNV-Konzept umsetzungsreif entwickelt werden. Dabei sollen Taktknoten entwickelt und differenzierte Bedienungsformen herausgebildet werden. So wird nach erfolgter Einrichtung von hochwertigen PlusBus-Linien der Weg der Vertaktung und Produktdifferenzierung des ÖPNV-Angebotes konsequent weiter beschritten und um das Themenfeld Feinerschließung ergänzt.

In einer Stufe 1 sollen Aussagen zu den öffentlichen Verkehrsangeboten der drei Kernstädte, sowie Aussagen zur Vernetzung im Sinne eines Integrierten Taktfahrplans erarbeitet werden. Damit wurde im Herbst 2013 ein externes Büro beauftragt. In Stufe 2 und 3 sind Detail- und Umsetzungsplanung vorgesehen.

Neben der Mobilität im ländlichen Raum bilden die Berufstätigen sowie die Einzelhandelskunden eine wichtige Zielgruppe für den ÖPNV/SPNV, daher wurden spezielle **Potentialuntersuchungen zu ÖPNV-relevanten Gewerbe-/Industrie- und Handelsstandorten** begonnen. Dazu wurden in einem ersten Schritt alle Gewerbe-/Industrie- und Handelsstandorte mit einer Größe von mind. 10 ha Gewerbe- bzw. 1.000 m² Verkaufsfläche erfasst, kartiert und hinsichtlich ihrer Anzahl der Beschäftigten und Kunden sowie ihrer aktuellen ÖPNV-Erschließung analysiert. Insgesamt wurden 140 Gebiete mit ca. 120.000 Arbeitsplätzen in die Betrachtung einbezogen. Diese wurden in drei Kategorien unterteilt:

- kein Handlungsbedarf
- näher untersuchungswürdig
- größeres Potenzial und Handlungsbedarf zu erwarten

Im nächsten Schritt werden 2014 für Gebiete mit festgestelltem Handlungsbedarf gezielt Maßnahmenvorschläge entwickelt.

Im Rahmen des **Forschungsvorhabens zur Verbesserung der Verkehrssituation in den Gemeinden (FoPS)** hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Städtebau (BMVBS) den MDV als Projektregion ausgewählt. Ziel ist es, eine „Regionalstrategie Mobilität“ für ausgewählte Regionen im MDV-Gebiet innerhalb von zwei Jahren mit Unterstützung durch externe Gutachter untersuchen zu lassen. Die Vergabe der Leistungen erfolgte im Dezember 2013 an die Bietergemeinschaft von kcw, proloco und GGR.

Im Dezember 2013 startete das „**Integriertes Netz**“ mit **MDSB-I und PlusBus**. Dazu wurde die Inbetriebnahme des auf Initiative der Verbundgesellschaft in den zurückliegenden Jahren entwickelten PlusBus-Netzes abschließend vorbereitet. In diesem Zusammenhang wirkte der Fachbereich Verkehrsplanung u. a. mit bei:

- Unterstützung der Vermarktungsagentur mit Hintergrundwissen
- Teilnahme am Probebetrieb im Citytunnel Leipzig
- Abschluss AG „Wegeleitung und DFI im CTL“

Im Jahr 2013 wurden die Weichen für eine Neugestaltung des **Stadtverkehrs in Markkleeberg** gestellt. Der MDV wird dazu 2014 in Abstimmung mit Landkreis, Stadt und Verkehrsunternehmen eine Konzeption erarbeiten.

Im Rahmen der **Kooperationsvereinbarung zwischen dem MDV und dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** wurden 2013 u.a. die folgenden Themen bearbeitet:

- SEV-Kontrollen und Fahrplankonferenzen
- Untersuchung zur Fahrradmitnahme im SPNV im Raum Leipzig
- Ermittlung Platzbedarf für einen Neubau des Busbahnhofs in Eilenburg sowie für die Haltestelle Rathausplatz in Schkeuditz
- Unterstützung im Probebetrieb zur Inbetriebnahme MDSB-I

Im Fachbereich **Öffentlichkeitsarbeit** wurde mit den regionalen Aufgabenträgern, den betreffenden Verkehrsunternehmen und der mittels einer Ausschreibung beauftragten Agentur Brandung die **Vermarktungskampagne für das Integrierte Netz** vorbereitet. Zugleich wurde für die 26 Linien der Name „PlusBus“ entwickelt und parallel dazu für eine weiterführende Clusterung des Busverkehrs im MDV die Produkte „StadtBus“ und „RegioBus“ definiert. Die Vermarktungskampagne für die PlusBus-Linien startete im November und lief bis Ende Dezember 2013. Sie wurde im Vorfeld sehr eng mit der Kampagne zum Start des MDSB I-Netzes abgestimmt und durchgeführt.

Die Vermarktung der ÖPNV-Möglichkeiten im **Freizeitverkehr** wurde neu angelegt. Das zentrale Element hierbei war die erstmalige Herausgabe der völlig neu konzipierten Publikation „Ausgeflogen“, in der je 4 Wander-, Rad- und Erlebnistouren mit entsprechenden Anreise- und Tarifinformationen vorgestellt sind. Zum ersten Mal wurden drei ausgewählte Touren aus der Publikation als geführte Tages-Gruppentouren angeboten.

Nach Verabschiedung der überarbeiteten Gestaltungsrichtlinien für die Ausstattung der **Haltestellen** im MDV-Gebiet wurden Möglichkeiten der finanziellen Umsetzung des Projektes eruiert. Nachdem der Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig Mittel für den sächsischen Teil des Verbundgebietes bereitstellen konnte und die Federführung für das Projekt übernommen hatte, begleitete der MDV den Vorbereitungsprozess für eine europaweite Ausschreibung. Die eigentliche Umsetzung wird im Jahr 2014 beginnen.

Ebenfalls in Vorbereitung auf eine Umsetzung im Jahr 2014 begann im Herbst 2013 bereits gemeinsam mit Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen die Vorbereitung für die **Vermarktung der neuen Schüler- und Azubi-Angebote** im Verbund.

Im Zuge des für 2014 geplanten Relaunches des **MDV-Internetauftrittes** erfolgte in 2013 eine Schwachstellenanalyse der derzeitigen Webseiten. Daraufhin wurde die Struktur der künftigen Seiten inkl. eines Usabilitykonzeptes erarbeitet. Alle Arbeiten erfolgten in enger Kooperation mit der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (HTWK) Leipzig. Die konkrete Programmierung mit anschließender Aufschaltung erfolgt im Jahr 2014.

Realisierung des Wirtschaftsplans 2013

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2013 wurde auf der Gesellschafterversammlung am 6. Dezember 2012 beschlossen. Er enthielt mit TEUR 166 einen Übertrag von Betriebskostenzuschüssen der Vorjahre. In der Gesellschafterversammlung am 28. August 2013 wurde zusätzlich beschlossen, die übrigen nicht verbrauchten Mitteln des Jahres 2012 (TEUR 126) ins Jahr 2013 zu übertragen. Auf dieser Basis erfolgte die Finanzierung des Betriebsaufwandes der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2013 durch Abschlagszahlungen der Gesellschafter entsprechend § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages sowie durch Fördermittel des Freistaates Sachsen und des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL). Weitere Erträge wurden aus der Realisierung der Kooperationsvereinbarungen mit dem ZVNL und der Kooperationsvereinbarung Verkehrsmanagement sowie aus dem Verkauf der Fahrplanhefte 2013/2014 entsprechend den mit den Verkehrsunternehmen des Verbundes geschlossenen Verträgen erzielt. Hinzu kommen Erlöse aus der Vereinbarung zum easy.GO-Projekt und Erträge aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil der Verkehrsunternehmen.

Insgesamt betrachtet standen den Aufwendungen von TEUR 3.186 Erträge einschließlich ertragswirksam vereinnahmter Fördermittel von TEUR 953 gegenüber. Die von den Gesellschaftern gezahlten und aus den Vorjahren übertragenen Zuschüsse von TEUR 2.469 mussten daher nur in Höhe von TEUR 2.233 in Anspruch genommen werden, um ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen. Der nicht verbrauchte Zuschussbetrag von TEUR 236 wurde passiviert.

Die Gesellschafterversammlung hat bereits am 5. Dezember 2013 beschlossen, Mittel der Vorjahre nach 2014 (TEUR 51) und nach 2015 (TEUR 71) zu übertragen. Über die Verwendung der nicht verbrauchten, nicht übertragenen Zuschüsse in Höhe von TEUR 114 werden die Gesellschafter entscheiden. Die Geschäftsführung empfiehlt, diese für zusätzliche Maßnahmen nach 2014 zu übertragen.

Von Mitteln aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil von TEUR 257 wurden 2013 TEUR 216 verbraucht, da sich Maßnahmen nach 2014 verschoben haben. Der Restbetrag von TEUR 41 wurde passiviert. Er soll im Jahr 2014 zur Fertigstellung der begonnenen Vorhaben als Eigenmittel eingesetzt werden. Ein Betrag von TEUR 8 war bereits im Wirtschaftsplan 2014 berücksichtigt. Der zusätzliche Übertrag von TEUR 33 betrifft im Wesentlichen das BerSy-Projekt (TEUR 8) und laufende easy.GO-Aufwendungen (TEUR 20), für die im Projektleitungskreis bereits die Übertragung der entsprechenden Mittel der Partner auf das Folgejahr beschlossen wurde.

Die Bilanzsumme von TEUR 1.331 ist gegenüber dem Vorjahr (TEUR 1.349) nahezu konstant. Auf der Aktivseite sinken zum einen abschreibungsbedingt das Anlagevermögen sowie weiterhin die Forderungen – insbesondere gegenüber den Gesellschaftern. Dem gegenüber steht ein Anstieg der liquiden Mittel um TEUR 175 durch den Anstieg der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie der sonstigen Verbindlichkeiten. Auf der Passivseite verminderte sich durch Auflösung entsprechend der Sonderposten für Investitionszuschüsse, der durch den Anstieg der Fremdkapitalpositionen nahezu kompensiert wird.

Der MDV verfügt über eine mittelfristige Planung, die zurzeit bis 2018 reicht. Der darin eingebundene Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2014 wurde von der Gesellschafterversammlung am 5. Dezember 2013 beschlossen.

Ausblick auf 2014 und 2015

Für das Jahr 2014 ist – neben der Einführung der neuen Tarifprodukte für Junge Leute – die **Integration der Leipziger SchülerCard und SchülerMobilCard in den MDV-Tarif** geplant, um auch den Leipziger Schülern die Nutzung des neuen Mitteldeutschen S-Bahn-Netzes zu ermöglichen. Des Weiteren ist die **Einführung neuer Schülerprodukte in Halle** vorgesehen, um einer deutlich größeren Zahl von Schülern die Mobilität mit dem Nahverkehr einfach und kostengünstig zu ermöglichen.

Eine weitere wesentliche Ausweitung der zielgruppenbezogenen Verbundangebote betrifft die Studenten. Nach der Einführung eines **Semester-Volltickets** für die Hochschule für Wirtschaft, Technik und Kultur und die Hochschule für Telekommunikation in Leipzig im Jahr 2008, haben sich Ende Januar 2014 nun auch die Studenten der Universität Leipzig und der Berufsakademie Sachsen sowie Mitte April 2014 die Studenten der Martin-Luther-Universität Halle für das verbundweitgültige MDV-Vollticket ausgesprochen. Damit werden voraussichtlich ab dem Wintersemester 2014/2015 in Leipzig ca. 35.000 Studenten und in Halle ca. 19.000 Studenten das Verbundticket nutzen können.

Darüber hinaus soll eine Studie durchgeführt werden, die sich mit der Notwendigkeit und der Möglichkeit der Einrichtung von **Übergangstarifen** zwischen den sächsischen, sachsen-anhaltischen und thüringischen Verbünde befasst.

Ausgehend von den Ergebnissen der ETC-Studie wird die zukünftige **Nahverkehrsfinanzierung** im MDV weiter diskutiert. Da für das Jahr 2014 keine alternative Finanzierungsmöglichkeit zur Abdeckung der steigenden Nahverkehrskosten vorliegt, wird auch im Jahr 2014 eine **Tarifanpassung** notwendig sein, um das bestehende Fahrplan- und Leistungsangebot aufrechtzuerhalten.

Neben der öffentlichen Diskussion der Ergebnisse des **Strategieprozesses** und der Empfehlung zur strategischen Stoßrichtung soll 2014 mit allen Gesellschaftern die Umsetzung der strategischen Stoßrichtung ausgestaltet und die dafür formulierten Leitlinien/Teilziele mit Maßnahmen unteretzt werden.

Die Arbeit im Jahr 2014 wird sich im Fachbereich Technische Systeme und IT wiederum auf das **EFRE-Telematikvorhaben** konzentrieren. Nach den Beauftragungen in den o. g. fünf Hauptprojekten erfolgt die Ausschreibung der nachgelagerten Teilprojekte, insbesondere der eTicketing Komponenten Massenpersonalisierung, Erweiterung des eTicketing-Zentralsystems BerSy, Sicherheitsmodule (SAMs), Chipkarten sowie das Datenmanagementsystem für die anzubindenden Systeme. Parallel dazu liegt der Schwerpunkt in der Umsetzung der 5 Hauptprojekte, mit dem Ziel, alle fünf großen Teilprojekte im Laufe des Jahres 2014 in funktionsfähigem Zustand in den Flächeneinsatz zu implementieren. Der Projektabschluss ist im ersten Halbjahr 2015 vorgesehen.

Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Überarbeitung der **Tarif- und Einnahmeaufteilungsdatenbank**, die infolge der zahlreichen neuen Produkte und Verteilungsregeln der letzten Jahre sowie der über die Jahre aufgelaufenen Datenmengen in die Lage versetzt werden muss, dauerhaft eine sichere Arbeitsgrundlage darzustellen, sowohl zur Tarifversorgung aller Verkaufsgeräte als auch zur fehlerfreien und schnellen Berechnung der Einnahmeaufteilung. Hierfür ist im ersten Schritt die Datenbankhardware und im zweiten Schritt die Software zu ersetzen. Anschließend werden nötige neue Funktionen implementiert. Hierzu gehören insbesondere Schnittstellen zu den verbundweit neu eingeführten Verkaufsgeräten sowie zum entstehenden Regionalen eTicketing System.

Der Schwerpunkt im Bereich **Verkehrsmanagement** liegt in der Weiterentwicklung des Mobilitätsportals und insbesondere in der Umsetzung der Konzepte zum Parkraummanagement und zur Barrierefreiheit. Parallel dazu soll die Stadt Leipzig in die Lage versetzt werden, die neue Verkehrslage zu beschaffen und dabei gleichzeitig die Anbindung an die Verkehrslage Mitteldeutschland vorzusehen.

Für 2014 und 2015 sind folgende Schwerpunkte der **verkehrsplanerischen Tätigkeit** gesetzt:

Im Modellprojekt **Muldentaldreieck** sollen die Stufe-2 (Detailplanung) Ende 2014 und Stufe-3 (Umsetzungsplanung) Mitte 2015 ausgeschrieben werden. Ziel ist es, dass zum Fahrplanwechsel 2015 die Umsetzung der Maßnahmen stattfinden kann.

Im **FOPS**-Vorhaben (Forschungsvorhaben zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden) werden bis Okt. 2015 Ansätze zur Verbesserung/zum Erhalt der Einrichtungen der regionalen Daseinsvorsorge unter dem Titel „Regionalstrategie Daseinsvorsorge, Mobilität und Infrastrukturen“ durch eine vom Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur (BMVI) beauftragte Bietergemeinschaft erforscht. Die Aufgabenträger, die regionalen Planungsverbände und der MDV werden das Projekt inhaltlich unterstützen und es inhaltlich in die MDV-Strategie 2025 einbetten. Die Ergebnisse der Teilprojekte sollen ab 2016 schrittweise umgesetzt werden – Fördermöglichkeiten werden bis dahin ermittelt.

Der MDV wird Projektsteuerer im geplanten Mobilitätsprojekt „**Rippach-/Saaletal mobil**“, das die Daseinsvorsorge und öffentliche Mobilität im Raum Weißenfels, Lützen, Hohenmölsen und Teuchern nachhaltig verbessern soll. Sofern eine Förderung durch das Land Sachsen-Anhalt erfolgt, soll das Projekt durch einen externen Sachverständigen bearbeitet werden. Ergebnisse sollen bis Ende 2015 vorliegen. Die Umsetzung ist für 2016 vorgesehen.

Für das Wirtschaftsjahr 2014 wird wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet, da die geplanten Aufwendungen durch eigene Erträge und Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter gedeckt sind. Auf Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung geht die Geschäftsführung auch für die Folgejahre von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Die Fortführung der Gesellschaft ist daher nicht gefährdet.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Risiken der künftigen Entwicklung der Verbundgesellschaft werden durch die Geschäftsführung als gering eingestuft, da die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt wird. Darüber hinaus wird seit 2009 ein flexibler projektbezogener Finanzierungsbaustein angewendet, der aus realisierten Mehrerlösen bei den Tarifeinnahmen gespeist wird.

Langfristig ist zu klären, wie der Ersatz des ursprünglich mit Fördermitteln angeschafften Anlagevermögens finanziert werden kann, da über die laufenden Zuschüsse der Gesellschafter dafür keine Mittel amortisiert werden. In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2018 sind für diese Ersatzbeschaffungen ausreichende liquide Mittel der Kapitalrücklage vorgesehen.

Die in den vergangenen Jahren unterdurchschnittliche Gehaltsentwicklung der Mitarbeiter soll angesichts des eintretenden Fachkräftemangels aufgehoben werden. Dadurch würden Mehrbelastungen bei den Gesellschaftern entstehen, über deren Höhe und Finanzierung im Jahr 2014 abschließend beraten werden soll.

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungskursschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente (insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten) ausgesetzt.

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem. Das aktuell gültige Risikohandbuch trat im März 2012 in seiner überarbeiteten Fassung in Kraft.

OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Kaolinstraße 12 06126 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	30		
Gesellschafter:		T€	%
	Hallesche Verkehrs-AG	15	51,00
	Vetter GmbH Omnibus- und Mietwagenbetrieb	15	49,00

Gegenstand des Unternehmens:

- I. Gegenstand des Unternehmens ist die Beförderung von Personen im Rahmen des Öffentlichen Personennahverkehrs, insbesondere die Durchführung von Linien-, Gelegenheits- und Schülerverkehr.
- II. Gegenstand der Gesellschaft sind weiter die Planung, Effizienzprüfung und die Gestaltung eines kundenorientierten und wirtschaftlich Öffentlichen Personennahverkehrs sowie alle mit der Durchführung der Verkehrsleistungen im Zusammenhang stehende Tätigkeiten, wie auch das Erbringen von Kraftfahrzeuginstandsetzungsleistungen, Nutzfahrzeugserviceleistungen sowie entsprechenden Serviceleistungen.
- III. Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen im Inland errichten, erwerben und sich an solchen beteiligen oder deren Vertretung übernehmen sowie Zweigniederlassungen errichten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Unternehmen die dem öffentlichen Verkehr dienen, sind explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Vetter, Wolfdietrich

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1	1,70

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2013 erfolgt.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
8.020	79	8.048	79	8.345	78	-28	0
2.138	21	2.180	21	2.295	22	-42	-2
3	0	3	0	7	0	0	0

Bilanzsumme

10.161	100	10.231	100	10.647	100	-70	-1
--------	-----	--------	-----	--------	-----	-----	----

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten für Investitionszulagen
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
4.787	47	4.730	46	4.623	43	57	1
1.525	15	1.766	18	1.977	19	-241	-14
43	1	36	0	35	0	7	19
3.801	37	3.693	36	4.005	38	108	3
5	0	6	0	7	0	-1	-17

Bilanzsumme

10.161	100	10.231	100	10.647	100	-70	-1
--------	-----	--------	-----	--------	-----	-----	----

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Aufwendungen aus Verlustübernahmen
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Gewinnvortrag/Verlustvortrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2013	2012	2011
T€	T€	T€
11.609	11.302	11.001
926	873	917
7.009	6.724	6.605
3.231	3.244	3.229
1.360	1.265	1.217
715	653	669
21	21	15
37	37	37
138	156	164
66	117	12
9	9	9
57	108	3
-525	-633	-635
-468	-525	-632

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,49	0,95	0,02	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,08	2,05	0,05	%
Cash-Flow:	1.417	1.373	1.219	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	114	109	108	T€
Personalaufwandsquote:	25,77	26,65	27,09	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	78,61	78,50	78,30	%
Eigenkapitalquote:	47,11	46,24	43,42	%
Fremdkapitalquote:	52,89	53,76	56,58	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Fahrplan-km	3.956.000,00	3.894.000,00	3.963.000,00	km

e) Lagebericht

Geschäftsmodell

Die OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH ist ein Unternehmen in öffentlich / privater Partnerschaft. Dieses Geschäftsmodell ist darauf gerichtet, die regionalen Beförderungsinteressen der Gesellschafter zu bündeln und durch die Ausnutzung von regionalen Synergien ein wirtschaftliches und genehmigungsrechtliches Optimum zu erreichen.

Geschäftsverlauf/Rahmenbedingungen

Die OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH erbringt Linienverkehrsleistungen im Rahmen der mit dem Landkreis Saalekreis vereinbarten Verkehrsfinanzierungssatzung für den Genehmigungszeitraum bis 30. April 2019. Insofern sind die Markt- und Rahmenbedingungen für das Unternehmen konstant. Im Auftragsverkehr für die HAVAG haben sich die vertraglichen Festleistungen nicht verändert. Die Auslastung der vorhandenen Kapazitäten des Unternehmens wird durch die Übernahme von zusätzlichen Leistungen im Stadt-, Schienenersatz- und Gelegenheitsverkehr verbessert.

Im Jahr 2013 wurden rd. 3.956.000 Fahrplankilometer realisiert, darunter 310.000 Kilometer im Bedarfsverkehr. Damit sind die im Wettbewerbsverfahren festgeschriebenen Verpflichtungen erfüllt.

Investitionen

Die Investitionstätigkeit des Unternehmens wurde durch die Anschaffung von sieben neuen Omnibussen im Geschäftsjahr 2013 geprägt.

Die Auslieferung dieser Niederflur-Fahrzeuge vom Typ Irisbus Crossway mit Diesel-Antrieb erfolgte im Juni, die Inbetriebnahme zum Schuljahresbeginn Anfang August.

Insgesamt betrug das Gesamtvolumen der Fahrzeuganschaffungen im Geschäftsjahr 2013 TEUR 1.243. Die Finanzierung erfolgte im Wesentlichen durch die Aufnahme von Krediten. Zur Finanzierung von drei Neufahrzeugen wurde der Gesellschaft 2013 durch den Landkreis Saalekreis ein Investitionszuschuss in Höhe von TEUR 140 bewilligt, der Ende Juni ausbezahlt wurde.

Zur Schaffung der Voraussetzungen für die Einführung von neuer Fahrschein-Verkaufstechnik musste Hardware und Software für ein neues Serversystem angeschafft werden, sowie ein neuer Geldeinzahlautomat. Diese Investitionen belaufen sich auf insgesamt TEUR 59.

Mit den getätigten Fahrzeug-Investitionen wurde den Anforderungen des Nahverkehrsplanes und der Verkehrsfinanzierungssatzung des Landkreises Saalekreis entsprochen.

Die Wertberichtigungsquote für KOM erhöhte sich leicht von 61 % im Jahr 2012 auf 63 % im Geschäftsjahr 2013. Aufgrund zusätzlich zu erbringender Leistungen im Schülerverkehr und dem daraus resultierenden höheren Fahrzeugbedarf konnte nicht die den Anschaffungen entsprechende Anzahl an Altfahrzeugen ausgesondert werden.

Zum 31. Dezember 2013 verfügt das Unternehmen über insgesamt 100 Omnibusse.

Die OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH beabsichtigt, zur Erneuerung des Fuhrparks im Jahr 2014 fünf Niederflur-Omnibusse anzuschaffen.

Im Zusammenhang mit der für 2014 geplanten Einführung des regionalen eTicketing-Systems (ReTSy) sowie der dafür notwendigen Ausrüstung der Fahrzeuge mit neuer Kassentechnik sind bereits in 2013 vorbereitende Investitionen und Anzahlungen in Hard- und Software realisiert worden. Künftig werden diese Ausgaben den Investitionsspielraum des Unternehmens weiter einschränken.

Die Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA) erweitert das landesweite Nahverkehrs-Informationssystem INSA zu einer landesweiten Echtzeit-Fahrplaninformation („INSAPlus“).

Dadurch wird die aktuelle Fahrgastinformation unter Verwendung von Echtzeitdaten ermöglicht. Die OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH rüstet zurzeit den Fuhrpark mit den dafür geeigneten Vertriebssystemen aus. Mit diesen Geräten wird das Unternehmen in die Lage versetzt, elektronische Tickets zu lesen. Die Kassensysteme werden von der NASA angemietet. Es ist vorgesehen, dass zum Tarifwechsel am 1. August 2014 die Bordrechner hinsichtlich der Vertriebsfunktion und der Datenübermittlung in INSA betriebsfähig sind.

Vermögenslage und Liquidität

Im Geschäftsjahr 2013 verminderte sich die Bilanzsumme des Unternehmens im Vergleich zu 2012 um TEUR 70.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern verringerte sich leicht (um TEUR 21) aufgrund der Investitionskreditaufnahmen in Höhe von insgesamt TEUR 1.036 und der erfolgten Tilgungen in Höhe von TEUR 1.075. Im Geschäftsjahr 2014 werden die Tilgungsleistungen voraussichtlich TEUR 1.021 betragen.

Die Fremdkapitalquote erhöhte sich im Wirtschaftsjahr auf 37,9 % (Vj.: 36,5 %).

Der Finanzmittelfonds zum 31. Dezember 2013 beträgt TEUR 1.507 (Vj.: TEUR 1.329). Die Erhöhung des Finanzmittelfonds ist stichtagsbezogen. Insgesamt ist die Finanzmittelausstattung durch den Aufgabenträger im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen unverändert.

Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2013 jederzeit gegeben.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind um rund TEUR 307 gestiegen. Im Vergleich zum Vorjahr liegt ein Anstieg um 2,7 % auf TEUR 11.609 vor. In Höhe von TEUR 914 (Vj.: TEUR 914) sind Ausgleichszahlungen für verbundbedingte Belastungen aufgrund von Durchtarifierungsverlusten durch den Landkreis Saalekreis ausgewiesen.

Trotz rückläufiger Einwohnerentwicklung sowie sinkender Auszubildendenzahlen in der Region konnte eine Erhöhung der Fahrscheineinnahmen in Höhe von 4,8 % erzielt werden. Dieser Wert wird beeinflusst durch zusätzliche Einnahmen aus Schülerfahrkarten von Schülern der Grund- und Sekundarschule Teutschenthal, die aufgrund von Renovierungsmaßnahmen an den betreffenden Schulen an anderen Standorten beschult werden.

Zusätzliche Einnahmen konnten weiterhin durch den mehrmonatigen Einsatz im Schienenersatzverkehr im Auftrag der HAVAG erzielt werden.

Der Aufwand für Material und bezogene Leistungen ist um 4,2 % gestiegen. Der Aufwand für Treibstoffe sank im Wirtschaftsjahr 2013 um 2,8 % (TEUR 53). Der Aufwand für bezogene Leistungen erhöhte sich um 7,1 % (TEUR 277). Das hat seine Ursache im Wesentlichen darin, dass für die zusätzlichen Leistungen im Stadtverkehr im Auftrag der HAVAG weitere Fahrzeuge angemietet wurden (TEUR 311) und zusätzliche fremde Fahrpersonale eingesetzt worden sind.

Trotz einer Lohntariferhöhung ab 2013 entspricht der Aufwand für eigenes Personal in Höhe von TEUR 3.231 annähernd dem Vorjahreswert (TEUR 3.244). Im Jahresdurchschnitt sind zwei eigene Mitarbeiter weniger als im Vorjahr beschäftigt worden.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind auch in diesem Geschäftsjahr um 9,5 % (TEUR 62) gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dieser Wert wird maßgeblich durch eine negative Schadensbilanz beeinflusst. Nachlässe bei der Versicherungsprämie konnten dem Unternehmen nicht wie in den Vorjahren gewährt werden. Weiterhin ergaben sich höhere Aufwendungen durch Zahlungen an Dritte, die aus Schadensfällen resultieren. Zu erwähnen ist, dass das Unternehmen in den Vorjahren eine sehr positive Schadensbilanz verzeichnete. Vor diesem Hintergrund kann die Entwicklung des Schadensverlaufes 2013 als branchenüblich und durchschnittlich gut eingeschätzt werden.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation des Unternehmens in den einzelnen Sparten stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	2013 TEUR	2012 TEUR
Jahresergebnis nach Sparten		
Regionalverkehr	-43	-6
Stadtverkehr für HAVAG	65	33
Mietwagen-/Gelegenheitsverkehr	29	75
Technischer Bereich/Handelsware/Vermietung	6	6

Die Sparte Regionalverkehr wurde im Jahr 2012 durch einen periodenfremden Ertrag i. H. von TEUR 54 aus der Jahresabrechnung 2011 der Verkehrsfinanzierungsatzung beeinflusst.

Die im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 95 höheren Abschreibungen auf Omnibusse in der Sparte Regionalverkehr resultieren aus den weiterhin forcierten Anstrengungen des Unternehmens zur Erneuerung des Fuhrparks. Wie bereits dargestellt, verringerte sich mit den Neubeschaffungen nicht der Instandhaltungsaufwand für den verbliebenen Fuhrpark. Hauptursache hierfür ist der sich in diesem Bereich weiter verschlechternde Alterszustand.

Durch eine Dieselpreisbindung im Unternehmensverbund in Höhe von EUR 1,1574/Ltr. mit Wirkung von Januar bis November bestand für diese Aufwandsposition Planungssicherheit.

Im Geschäftsjahr 2013 blieben die vertraglichen Festleistungen im Stadtverkehr im Auftrag der HAVAG stabil. Durch die im Jahr 2013 zusätzlich beauftragten Linien- und Straßenbahnersatzverkehrsleistungen über längere Zeiträume wurde ein wichtiger Deckungsbeitrag in der Sparte erbracht.

Es konnte vor allem daher ein positives Ergebnis i. H. von TEUR 65 erzielt werden, was einem Gewinn von 3,9 % entspricht.

Auch im Jahr 2013 war das Unternehmen bestrebt, weiter Aufträge zur Auslastung der vorhandenen Ressourcen zu akquirieren. Das Ergebnis im Gelegenheitsverkehr sowie im Schienenersatzverkehr gestaltet sich positiv, aufgrund niedrigerer Beauftragung im Schienenersatzverkehr für die Deutsche Bahn als in den Vorjahren reduzierte sich hier jedoch der Umsatz.

Risiken

Wirtschaftliche Risiken ergeben sich für das Jahr 2014 und folgende aus der absehbaren Kostenentwicklung für die Herstellung von Leistungen im ÖPNV infolge der bekannten zu prognostizierenden Tariflohnentwicklung und des gesetzlich veranlassten Kostenanstieges für Subunternehmerleistungen nach Vergabegesetz Sachsen-Anhalt sowie die Einführung eines Mindestlohnes.

In den Haustarifverhandlungen 2013 konnte nach Ablauf des alten Tarifes ein Neuabschluss mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2014 erfolgen. Für das Jahr 2013 ergab sich daraus ein Lohnanstieg um 1,43 %, für 2014 in Höhe von 2,65 %.

Kritisch werden die unternehmerischen Folgen der politischen Entscheidungen der Stadt Halle beurteilt, welche im Nahverkehrsplan für die Jahre nach 2015 die Anwendung eines repräsentativen Tarifvertrages für die Erbringung von Verkehrsleistungen im Gebiet der Stadt Halle vorschreibt. Der Haustarifvertrag der OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH kann hier keine Anwendung finden, und es wird für die derzeitigen Subunternehmerleistungen für die HAVAG ein deutlicher Kostenanstieg erwartet. Kann dieser Kostenanstieg durch den Auftraggeber nicht durch einen entsprechenden Anstieg der Leistungspreise ausgeglichen werden, ist ein Umsatzrückgang zu erwarten.

Durch eine Dieselpreisbindung in Höhe von EUR 1,1070/ Ltr. ab Januar 2014 wurde die Unsicherheit der Entwicklung des Ölmarktes und des Dieselpreises reduziert. Die Auswirkungen der Entwicklung des nicht besicherten Gaspreises an der Erdgastankstelle der VNG-Erdgastankstellen GmbH beeinflussen dagegen die wirtschaftliche Situation stark, da 17 % des derzeit erforderlichen Fuhrparks aus Gasfahrzeugen besteht.

In der Verkehrsfinanzierungssatzung des Landkreises Saalekreis wird dem Unternehmen gemäß § 11 (3) die Möglichkeit eingeräumt, einen Ausgleich zu beantragen, wenn die betrieblich erforderliche Fahrpreisentwicklung aufgrund der Beschlusslage der Gremien des MDV nicht durchsetzbar ist.

Die Antragstellung an den Landkreis Saalekreis für die Wirtschaftsjahre 2013 und 2014 erfolgte. Für 2013 wurde eine zusätzliche Zahlung i. H. von TEUR 60 bewilligt. Für 2014 ist noch kein Bescheid ergangen. Grundsätzlich wird wie 2013 wiederum nur ein hälftiger Ausgleich der tariflichen Lohnentwicklung durch den Landkreis erwartet.

Auf dieser Grundlage wird trotz schwieriger Rahmenbedingungen für das Geschäftsjahr 2014 wieder von einem annähernd ausgeglichenen Jahresergebnis der OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH ausgegangen.

Saalebus GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Freiimfelder Straße 74 06112 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Hallesche Verkehrs-AG	12,5	50,00
	Vetter GmbH Omnibus- und Mietwagenbetrieb	12,5	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erbringung von Leistungen der Personenbeförderung im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sowie im Gelegenheitsverkehr und Reiseverkehr.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Unternehmen die dem öffentlichen Verkehr dienen, sind explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Krüger, Roberto Schlicht, Rüdiger
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Schwarz, Vinzenz
	stellv. Vorsitzender	Dr. Vetter, Wolfdietrich Blumenau, Gerd

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen

Umlaufvermögen

Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
0	0	0	0	0	0	0	
362	100	331	100	297	100	31	9
				0	0	0	

Bilanzsumme

362	100	331	100	297	100	31	9
-----	-----	-----	-----	-----	-----	----	---

Passiva

Eigenkapital

Sonderposten aus Zuschüssen und des
Zuwendungen zur Finanzierung
Sachanlagevermögens
Rückstellungen

Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
136	37	130	39	85	29	6	5
				6	2	0	
25	7	41	13	31	10	-16	-39
201	56	160	48	175	59	41	26

Bilanzsumme

362	100	331	100	297	100	31	9
-----	-----	-----	-----	-----	-----	----	---

bb) GuV

Umsatzerlöse

sonstige betriebliche Erträge

Materialaufwand

Personalaufwand

Abschreibungen

sonstige betriebliche Aufwendungen

sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

sonstige Steuern

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2013	2012	2011
T€	T€	T€
2.115	1.964	1.750
8	20	10
732	649	493
942	860	833
0		
434	425	442
0	0	0
1		
14	50	-8
13	16	3
-4	-12	-13
5	46	2
5	46	2

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,25	2,34	0,13	%
Eigenkapitalrentabilität:	4,01	54,44	2,83	%
Cash-Flow:	5	46	2	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	71	64	57	T€
Personalaufwandsquote:	44,38	43,35	47,36	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	37,44	39,36	28,45	%
Fremdkapitalquote:	62,56	60,64	71,55	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Fahrplan-km	850.874,00	797.653,00	799.968,00	km
Platz-km	68.778.558,00	64.563.092,00	64.872.795,00	km

e) Lagebericht

A. Geschäftsverlauf einschließlich Geschäftsergebnis und Geschäftslage

I. Geschäftsverlauf einschließlich Geschäftsergebnis

Das Geschäftsjahr 2013 verlief geordnet. Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft waren gesichert.

Dem Unternehmenszweck beeinträchtigende Vorgänge und Geschäftsrisiken waren nicht gegeben.

Insgesamt wurde eine Verkehrsleistung von 850.874 km erbracht.

Die Saalebus GmbH schloss das Jahr 2013 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 5,2 (Vorjahr TEUR 45,9) ab.

Der Personalbestand betrug 2013 durchschnittlich:

Insgesamt:	30 Personen
davon Arbeiter:	29 Personen
davon Angestellte	1 Person

Es wurden 2 weibliche Arbeitskräfte beschäftigt.

II. Darstellung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse liegen mit 26,2% über dem Plan. Sie konnten zum Vorjahr um 7,7% gesteigert werden.

Die Aufwendungen liegen mit 25,5% über dem Plan. Zu den Vorjahreswerten kam es zu einer Steigerung von 8,8%.

2. Finanzlage

Die Liquidität des Unternehmens war im Berichtsjahr gesichert.

3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Saalebus GmbH belief sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 362,5. Sie hat sich gegenüber dem Vorjahr 2012 (TEUR 331,5) um TEUR 31,0 erhöht.

Das Umlaufvermögen erhöhte sich ebenfalls um TEUR 31,0.

Das Eigenkapital in Höhe von TEUR 135,7 hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 5,2 erhöht.

B. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken und Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Der Aufsichtsrat der Saalebus GmbH hat in seiner Sitzung am 19.12.2013 dem Wirtschaftsplan für das Jahr 2014 zugestimmt. Der Wirtschaftsplan sieht eine Gesamtleistung von 677.100 km sowie Umsatzerlöse von 1.676.100 € vor. Die Kosten der Saalebus GmbH resultieren hauptsächlich aus bestehenden Verträgen mit den Gesellschaftern sowie tarifvertragliche Regelungen, so dass für die Geschäftsführung kaum Möglichkeiten zum Handeln bestehen.

Der daraus resultierende Kilometerpreis kann nur noch beschränkt als wettbewerbsfähig angesehen werden. Durch die Vergabe von Leistungen der HAVAG an die Saalebus GmbH, werden gesicherte Einnahmen erzielt.

Für das Geschäftsjahr 2014 ist vorgesehen, dass die Saalebus GmbH ihren Geschäftsbetrieb einstellen wird und die Arbeitnehmer in die Hallesche Verkehrs- AG übergeleitet werden sollen. Die Saalebus GmbH soll zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht liquidiert sondern vorerst als „leere Hülle“ weiterbetrieben werden. Die entsprechenden Gesellschafterbeschlüsse hierzu stehen allerdings noch aus.

Servicegesellschaft Saale mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Große Ulrichstraße 57
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 50

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Verkehrs-AG	25,5	51,00
Leipziger Servicebetriebe GmbH	24,5	49,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen in der Stadt Halle (Saale) und den umliegenden Landkreisen jedweder Art, insbesondere in den Bereichen

- Sicherheits- und Kontrolldienste, u. a. Fahrausweisprüfung
- Reinigung und Pflege von Fahrzeugen
- Reinigung und Pflege von Gebäuden, Glas und sonstigen baulichen Anlagen
- Landschaftsbau und Vegetationspflege
- Parkraumbewirtschaftung
- Beförderungsleistungen aller Art zu Freizeit- und Erholungszwecken, soweit sie nicht unter das Personenbeförderungsgesetz und das Luftverkehrsgesetz fallen
- Vermietung von Beförderungsmitteln aller Art zu Freizeit- und Erholungszwecken außer PKW und Bussen

Die Gesellschaft darf ferner alle sonstigen Geschäfte betreiben, die der Erreichung und der Förderung ihres Gesellschaftszweckes unmittelbar oder mittelbar dienlich sind. Sie ist berechtigt, sich an anderen Unternehmen zu beteiligen und Betriebe anderer Unternehmen für deren Rechnung zu führen. Sie darf Zweigniederlassungen errichten.

Öffentlicher Zweck:

Am Gegenstand des Unternehmens wird deutlich, dass sich der öffentliche Zweck dieses Unternehmens aus § 116 Abs. 2 GO-LSA ergibt, da es sich im ÖPNV betätigt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Milewski, Thomas

Aufsichtsrat:

Vorsitzender
stellv. Vorsitzender

Schwarz, Vinzenz
Middelberg, Ulf
Eichler, Heike
Winkler, Uwe

(bis 30.04.2013)
(seit 01.05.2013)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten
Aktive latente Steuern

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
82	30	92	36	92	36	-10	-11
157	57	115	46	107	42	42	37
36	13	45	18	53	22	-9	-20
				1	0	0	

Bilanzsumme

275	100	252	100	253	100	23	9
-----	-----	-----	-----	-----	-----	----	---

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Passive latente Steuern

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
130	47	129	51	128	50	1	1
86	31	70	28	87	34	16	23
58	21	51	20	36	15	7	14
1	1	2	1	2	1	-1	-50

Bilanzsumme

275	100	252	100	253	100	23	9
-----	-----	-----	-----	-----	-----	----	---

bb) GuV

	2013	2012	2011
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.595	1.409	1.413
sonstige betriebliche Erträge	9	24	21
Materialaufwand	250	141	157
Personalaufwand	1.139	1.059	987
Abschreibungen	23	27	23
sonstige betriebliche Aufwendungen	188	201	234
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1		0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3	5	33
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	1	16
sonstige Steuern	2	3	2
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	1	15
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1	1	15

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,07	0,08	1,10	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,90	0,87	13,87	%
Cash-Flow:	24	28	39	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	30	28	28	T€
Personalaufwandsquote:	71,00	73,94	68,78	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	29,59	36,25	36,04	%
Eigenkapitalquote:	47,30	51,13	50,49	%
Fremdkapitalquote:	52,70	48,87	49,51	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Umsatzrendite bezogen auf Betriebsergebnis	0,20	0,33	2,37	%
Wertschöpfung je Mitarbeiter gesamt	29,54	27,09	27,18	TEUR

e) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufes

1. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die Wirtschaft in Deutschland entwickelte sich im Kalenderjahr 2013 leicht positiv. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag um 0,4 % über dem Wert des Vorjahres. In den vorangegangenen Jahren waren die Zuwächse des BIP mit 3,3 % (2011) und 0,7 % (2012) höher ausgefallen. Vor dem Hintergrund gedämpfter weltwirtschaftlicher Impulse und anhaltender Rezessionen in einigen europäischen Ländern wird in dem moderaten Wirtschaftswachstum des abgelaufenen Jahres ein Beleg für die Robustheit der deutschen Wirtschaft gesehen.

Für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt weisen die Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder für das erste Halbjahr 2013 eine dem Bundesdurchschnitt entsprechende Entwicklung des BIP aus.

Das moderate Wachstum führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer positiven Entwicklung. Zwar stieg die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen im Bundesdurchschnitt geringfügig von 6,8 % (2012) auf nunmehr 6,9 %. Zugleich aber legte die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahr um 258.000 Personen oder 0,6 % zu.

In Sachsen-Anhalt verringerte sich die Arbeitslosenquote von 11,5 % im Vorjahr auf 11,2 %, während die entsprechende Quote für Ostdeutschland von 10,7 % auf 10,3 % zurückging.

Die Stadt Halle (Saale) verzeichnete im Jahr 2013 zum vierten Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs. Mit 232.705 Einwohnern zählte die Stadt 170 Einwohner mehr als im Vorjahr.

Die Entwicklung der Gesellschaft war in diesem Geschäftsjahr von äußeren Einflüssen geprägt, was eine hohe Flexibilität des Handelns erfordert hat. Hierbei sind vor allem der Winter bis Ende März sowie das Juni-Hochwasser zu erwähnen, wodurch überwiegend in der Fahrausweisprüfung Leistungen aufgelaufen sind.

Im Laufe des ersten Halbjahres 2013 wurde für die Sparte Dienstleistungs-, Logistik- und Bäderbetriebe ein Rahmentarifvertrag für die Mitarbeiter innerhalb des Konzerns der Stadtwerke Halle GmbH geschlossen. Parallel verhandelten die Gewerkschaft IG Bau sowie die Arbeitsgeber über einen Lohntarifvertrag ab 2014 für das Gebäudereiniger-Handwerk.

Weiterhin hat die Reinigungsbranche steigende Preise bei den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen zu verzeichnen, die auf steigende Weltmarktpreise für die Ausgangsstoffe der Reinigungsmittel zurückzuführen sind. Ebenso sind energieintensiv hergestellte Produkte im letzten Jahr in der Beschaffung preislich gestiegen. Dies hat zu einem starken Umdenken bei dem Einsatz der Produkte geführt und ein nachhaltiges Handeln bei der Leistungserbringung gefördert. Unsere Lieferanten und Auftraggeber nehmen diese Entscheidung wahr und unterstützen diesen Weg.

Im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs hat sich die Gesellschaft an einer Vielzahl von Maßnahmen zur Verbesserung des Services für die Fahrgäste der HAVAG beteiligt und ihre Erfahrungen mit eingebracht sowie Erkenntnisse gewonnen. Eine stärkere Serviceausrichtung ist hier zu verzeichnen, wodurch die Anforderungen an die Mitarbeiter steigen. Dadurch wird der Hauptauftraggeber bei der Zielerreichung unterstützt sowie dem bestehenden Konsolidierungsdruck bei der HAVAG entgegengewirkt.

2. Leistungsbereiche, Umsatz und Auftragsentwicklung

Die SGS konnte im Geschäftsjahr 2013 Umsatzerlöse in Höhe von T€ 1.595 (Vorjahr T€ 1.409) verzeichnen. Davon entfielen T€ 713 (Vorjahr T€ 665) auf die Fahrausweisprüfung, T€ 709 (Vorjahr T€ 620) auf die Fahrzeug- und Gebäudereinigung, T€ 119 (Vorjahr T€ 88) auf den Winterdienst und T€ 54 (Vorjahr T€ 36) auf die Vegetationspflege, welche im Geschäftsjahr weiter ausgebaut wurde. Die Steigerung der Umsatzerlöse in der Fahrausweisprüfung entspricht dem Planansatz und ist überwiegend auf die Preisanpassung zurückzuführen. Weiterhin wurden spezielle Einzelleistungen für die HAVAG erbracht. Im Bereich der Reinigung konnten zusätzliche Umsätze mit der HAVAG sowie mit Dritten realisiert werden, die hauptsächlich aus Gebäudereinigungsleistungen resultieren. Ebenso erfolgte durch die HWS eine Beauftragung für die Unterhaltsreinigung. Die Steigerung im Winterdienst ist mit den extremen Wetterlagen zu Beginn des Geschäftsjahres zu erklären. Hierbei ist die Beauftragung der Haltestellenreinigung über die Wintermonate hervorzuheben. Weiterhin wurde das Geschäftsfeld Vegetationspflege ausgebaut und Leistungen für die HAVAG übernommen. Insgesamt konnte aufgrund einiger Preisanpassungen dem Absinken der Umsätze entgegengewirkt werden.

3. Beschaffung und Investitionen

Der wesentlichste Aufwandsposten der Gesellschaft entfällt auf den Personalbereich. Weiterhin entfallen vor allem Aufwendungen auf den Materialaufwand (Fremdleistungen, Fahrzeugkosten, Leasing und Tanken) und Miete. Dabei wurden bestehende Rahmenverträge bzw. Konditionen verbundener Unternehmen genutzt. Investitionen wurden in Höhe von T€ 14 getätigt. Der Hauptteil fällt dabei auf die Beschaffung moderner Winterdiensttechnik, die Erstbeschaffung von Kleingeräten für die Vegetationspflege und die Reinigung sowie für die Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Insbesondere der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe im Bereich des Winterdiensts liegt deutlich über dem Vorjahresniveau. Die Kosten für Fahrzeuge, insbesondere für Leasing und Tanken, liegen über Vorjahresniveau. Hierfür liegen die Ursachen in der zusätzlichen Beauftragung von Leistungen in der Anlagenpflege und Haltestellenreinigung. Die Kosten für Fremdleistungen betreffen Personaldienstleister und Leistungen, die von der HAVAG bezogen werden.

4. Finanzierungsmaßnahmen

Fremdkapitalaufnahmen waren im Geschäftsjahr nicht erforderlich. Die Investitionen wurden aus der laufenden Geschäftstätigkeit und dem Finanzmittelbestand finanziert.

5. Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr wurden durchschnittlich 54 Arbeitnehmer beschäftigt, zum 31. Dezember 2013 waren es 56.

Der Personalaufwand im Geschäftsjahr betrug T€ 1.139. Die Entlohnung der Mitarbeiter erfolgte bis 30.06.2013 nach einer firmeninternen Arbeitsvertragsrichtlinie, die zum 01.01.2013 aktualisiert worden war. Ab dem 01.07.2013 erfolgte die Entlohnung der Mitarbeiter nach dem Rahmentarifvertrag der Stadtwerke Halle GmbH für Dienstleistungs-, Logistik- und Bäderbetriebe. Ausgaben für Aus- und Weiterbildung im Geschäftsjahr betrugen T€ 11.

Unterweisungen zum Arbeitsschutz erfolgten entsprechend den gesetzlichen und berufsgenossenschaftlichen Vorschriften. Die Gesellschaft hat dafür einen Dienstleister zum Thema Arbeitsschutz vertraglich gebunden. Berufskrankheiten und schwere Arbeitsunfälle sind im Berichtszeitraum nicht vorgekommen.

6. Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Das Geschäftsjahr im Bereich der Fahrausweisprüfung war geprägt von extremen äußeren Einflüssen, auf die die Gesellschaft keinerlei Einfluss hatte. Zu Beginn des Jahres lag eine Wetterlage vor, welche dafür sorgte, dass im I. Quartal insgesamt 24 Winterdiensteinsätze erbracht wurden. Dies hatte zur Folge, dass Prüfstunden in größerem Umfang ausfielen. Im Anschluss an den Winter folgte ein hoher Krankenstand, der hauptsächlich auf die hohe körperliche Beanspruchung sowie das regnerische Wetter zurückzuführen war. Im Juni folgte ein Jahrhunderthochwasser. Teile des öffentlichen Personennahverkehrs wurden eingestellt, Prüfdienste waren nicht möglich. Mitte Juli folgte eine Hochwetterlage mit Temperaturen bis zu 38 Grad Celsius, wodurch ebenfalls nur ein eingeschränkter Prüfdienst möglich war. Dies hatte in Summe zur Folge, dass ein hohes Delta an Prüfstunden zu verzeichnen war, dieses wurde unter größter Anstrengung und Nutzung aller Möglichkeiten wieder aufgeholt.

Die im Jahr 2012 getroffenen Regelungen des Servicehandbuchs haben dem Kontrollpersonal mehr Möglichkeit eingeräumt, zwischen bestimmten Beanstandungsgründen zu differenzieren. Ferner sind die Kontrolleure anhand bestimmter Kriterien in die Lage, Einzelfallentscheidungen schon vor Ort zu treffen. Des Weiteren wurden mit der HAVAG erweiterte Kulanzregelungen abgestimmt und überarbeitet, um den Serviceaspekt bei der Prüfung gegenüber dem Fahrgast stärker zu betonen.

In der Fahrausweisprüfung ist die EBE-Quote weiterhin stark schwankend. Der Anteil an nicht prüfbaren E-Tickets ist nicht weiter angestiegen.

Im Bereich der Reinigung wurde zur Einhaltung der Reinigungsintervalle in der Fahrzeugreinigung sowie Glas- und Gebäudereinigung das Vorgabenprogramm weiter verbessert und gemeinsam mit den Auftraggebern an die veränderten Rahmenbedingungen für die Durchführung einzelner Reinigungsarten angepasst. Dabei steht die bedarfsgerechte Reinigung im Vordergrund.

Der im letzten Jahr erteilte Auftrag zur Anlagenpflege wurde angepasst sowie erweitert und beinhaltet nunmehr auch die regelmäßige Pflege von Liegenschaften der HAVAG, die außerhalb von Halle (Saale) liegen.

Die Leistungen des Vertrages über die Haltestellenreinigung wurden durch die Gesellschaft ganzjährig ausgeführt und um Leistungen in der Gleisanlagenreinigung erweitert.. Hierfür wurden weitere Reinigungsverfahren und Technik getestet, die zu einer Ressourcenschonung sowie Qualitätsverbesserung führen. Entsprechende Mittel für Maßnahmen sind in der Wirtschaftsplanung 2014 berücksichtigt worden.

Im Bereich der Gebäudereinigung konnten in diesem Geschäftsjahr der vorhandene Kundenstamm gehalten und weitere Sonderaufträge abgearbeitet werden. Dabei wurden Erfahrungen gesammelt, die geholfen haben, die Arbeitsprozesse ganzheitlich zu verbessern. Damit eng verbunden ist die Objektreinigung für die HAVAG in den verschiedenen Liegenschaften im gesamten Stadtgebiet.

Im August erfolgte durch die HWS eine Beauftragung für die Unterhaltsreinigung von zwei Schulobjekten. Ebenso wurde eine Vielzahl von diversen Sonderaufträgen durchgeführt.

Aufgrund der weiter vorangeschrittenen Baumaßnahmen im Liniennetz der HAVAG wurde der Vertragsumfang im Winterdienst um die Bedarfshaltestellen, die fertig gestellten Haltestellen sowie die weiteren Liegenschaften der HAVAG erweitert, die überwiegend mit eigenen Mitarbeitern/-innen beräumt werden. Um den Anforderungen des Auftraggebers sowie dem technischen Fortschritt zu folgen, wurde mit Beginn der Winterdienstsaison 2013/2014 eine Salztransport- und Salzlagerungstechnik angemietet. Die Testerfahrungen werden nach Abschluss der Saison ausgewertet und eine Umsetzbarkeit auf das Winterdienstkonzept geprüft.

B. Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Der Buchwert des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2013 beträgt T€ 82 (Vorjahr T€ 92). Das langfristige Vermögen beläuft sich auf T€ 110 (Vorjahr T€ 126), darin enthalten ist ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von T€ 28, der vorauslagte Investitionskosten auf zwei Mietobjekte beinhaltet, die durch eine Verrechnung der Mietzahlungen mit den Mietkosten rückerstattet werden.

Die Gesellschaft verfügt zum Ende des Geschäftsjahres über ein Eigenkapital von T€ 130 (Vorjahr T€ 129). Dies sind 47 % (Vorjahr 51 %) der Bilanzsumme. Das Anlagevermögen ist damit zu 158 % (Vorjahr 140 %) durch Eigenkapital finanziert.

2. Finanzlage

Die verfügbaren liquiden Mittel zum 31. Dezember 2013 belaufen sich auf T€ 73 (Vorjahr T€ 59). Die kurzfristigen Verbindlichkeiten betragen T€ 58 (Vorjahr T€ 51). Es ergibt sich ein Liquiditätsgrad 1. Grades von 125 % (Vorjahr 116 %). Die Liquidität war über das gesamte Geschäftsjahr gesichert.

3. Ertragslage

Der Jahresüberschuss vor Steuern beträgt im Geschäftsjahr T€ 3 (Vorjahr T€ 5). Dies entspricht einer Brutto-Umsatzrendite von 0,2 % (Vorjahr 0,4 %). Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt im Geschäftsjahr T€ 1 (Vorjahr T€ 1). Dies entspricht einer Netto-Umsatzrendite von 0,1 % (Vorjahr 0,1 %).

In den folgenden Jahren wird bei steigenden Umsätzen eine Fortführung des Unternehmenserfolges angestrebt.

C. Hinweise auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Als wesentliches Risiko der SGS wird, wie bereits in den Vorjahren, der überwiegende Umsatz mit der HAVAG eingeschätzt. Jedoch ist die Eintrittswahrscheinlichkeit von Schäden aufgrund der Vertragslage und der von den Gesellschaftern getragenen Philosophie auf mittlere Sicht gering. Hieraus ergibt sich somit auch die Chance der Gesellschaft, auf Basis einer relativ sicheren Auftragslage über Prozessoptimierungen Kosteneinsparungen zu realisieren und so das Ergebnis zu verbessern. Die stärkere Einbindung in die Stadtwerke Halle GmbH, entsprechend den sich aus dem Strategieprozess „SWH - Kompass 2020“ ergebenden Zielen, ist eine wesentliche Chance für die Gesellschaft. Aufgrund der Verflechtung der Gesellschaften könnten aus der Erbringung von Leistungen für andere Konzernunternehmen Einsparungen, Synergieeffekte und Qualitätsverbesserungen realisiert werden. Daher wird intensiv an speziellen Leistungsangeboten gearbeitet, welche Alleinstellungsmerkmale aufweisen und die Prozesse der Konzernunternehmen ergänzen. In der Ausweitung der Leistungserbringung auf die Unternehmen der Stadtwerke Halle GmbH und somit auch auf die Stadt Halle liegen große Potenziale für die SGS. Dies wird vor allem im Bereich der Haltestellenreinigung sowie von Spezialleistungen, wie Graffiti-Entfernung und Anlagenpflege, gesehen.

Die Gesellschaft wird weiterhin aktiv an der Generierung von zusätzlichem Umsatz auf dem Drittmarkt arbeiten, um so dem Konsolidierungsdruck im kommunalen Bereich entgegenzuwirken. Des Weiteren wird somit die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens gestärkt. Dadurch wird der Umsatz gesteigert sowie eine positive Entwicklung des Betriebsergebnisses gewährleistet.

Die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft wird in monatlich stattfindenden Beratungen mit Hilfe einer Soll-Ist Analyse ausgewertet. Eine Vorschau der wirtschaftlichen Entwicklung wird vierteljährlich für das Geschäftsjahr und jährlich im Rahmen der mittelfristigen Planung aktualisiert. Die Liquidität wird permanent überwacht sowie die kurz- und mittelfristige Verfügbarkeit von ausreichenden liquiden Mitteln sichergestellt.

Das bestehende Risikomanagementsystem der Gesellschaft wurde weiterentwickelt. Im Geschäftsjahr wurden die speziellen Risiken im Rahmen der jährlichen Risikoinventur neu eingeschätzt, Schadenshöhen und Eintrittswahrscheinlichkeiten entsprechend bewertet und Frühwarnindikatoren angepasst. Es erfolgt monatlich eine Betrachtung der definierten Risiken und die Darstellung geeigneter Maßnahmen. Weiterhin wird die Umsetzung und Wirksamkeit der Maßnahmen überprüft.

D. Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 Nr. 2 HGB

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

3.4 WOHNUNGSWIRTSCHAFT

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz				
Anschrift:	Kaolinstraße 4 06126 Halle (Saale)				
Rechtsform:	GmbH				
Stammkapital in T€:	256				
Gesellschafter:				T€	%
	GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH			256	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Instandhaltung und Instandsetzung, Betreuung und Sanierung von Gebäuden und baulichen Anlagen. Das Unternehmen ist berechtigt, zur Realisierung des Gesellschaftszweckes Grundstücke zu erwerben, zu bebauen und zu belasten. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilf- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten.

Öffentlicher Zweck:

Es handelt sich um ein Unternehmen der Wohnungswirtschaft, dessen öffentlicher Zweck sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA ergibt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Andrae, Annett	(seit 01.01.2013)
--------------------------	----------------	-------------------

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
188	12	195	12	147	10	-7	-4
1.356	86	1.339	86	1.241	87	17	1
25	2	30	2	37	3	-5	-17

Bilanzsumme

1.569	100	1.564	100	1.425	100	5	0
-------	-----	-------	-----	-------	-----	---	---

Treuhandvermögen

7		7		7		0	0
---	--	---	--	---	--	---	---

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
526	34	526	34	526	37	0	0
537	34	543	35	484	34	-6	-1
506	32	495	31	415	29	11	2

Bilanzsumme

1.569	100	1.564	100	1.425	100	5	0
-------	-----	-------	-----	-------	-----	---	---

Treuhandverbindlichkeiten

7		7		7		0	0
---	--	---	--	---	--	---	---

bb) GuV

Umsatzerlöse

Erhöhung oder Verminderung des Bestands an
fertigen und unfertigen Erzeugnissen
sonstige betriebliche Erträge

Materialaufwand

Personalaufwand

Abschreibungen

sonstige betriebliche Aufwendungen

sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

sonstige Steuern

aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines
Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags
abgeführte Gewinne

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2013	2012	2011
T€	T€	T€
2.796	3.407	3.411
308	-82	30
46	40	168
1.531	1.663	1.899
925	983	1.031
58	49	35
392	455	579
2	4	7
1	1	1
245	218	71
4	4	4
241	214	67
0	0	0
0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	8,64	6,28	1,96	%
Eigenkapitalrentabilität:	45,93	40,71	12,74	%
Cash-Flow:	299	264	102	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	121	129	103	T€
Personalaufwandsquote:	29,35	29,21	28,56	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	11,96	12,43	10,29	%
Eigenkapitalquote:	33,50	33,62	36,89	%
Fremdkapitalquote:	66,50	66,38	63,11	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

1 Grundlage des Unternehmens

Die Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH (BHT) ist das 100%ige Tochterunternehmen der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH (GWG).

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Zum Leistungsumfang der BHT gehören die Instandhaltungs-, Instandsetzungs-, Sanierungs- und Wartungsarbeiten an Wohngebäuden in den Bereichen Haustechnik (Heizung/Lüftung/Sanitär), Maurer/Fliesenleger, Elektro, Innenausbau, Fußbodenleger sowie Schlüsseldienst.

Aufgrund der durch die Gesellschafterin (GWG) beschlossene Ausrichtung der BHT, das Inhouse-Geschäft zu intensivieren und weiterzuentwickeln, wurden auch im Geschäftsjahr 2013 ein Großteil der möglichen Leistungen für die GWG erbracht.

2.2 Geschäftsverlauf

Die Geschäftsentwicklung der BHT ist auch im Berichtsjahr wieder positiv.

Um die Arbeitsabläufe effektiv gestalten zu können, wurde eine enge Zusammenarbeit in der Planungsphase zwischen der GWG und der BHT notwendig. Damit konnte eine Kontinuität in der Auslastung erreicht werden.

Wie bereits in den letzten Geschäftsjahren waren die Schwerpunkte unserer Tätigkeit die Instandhaltung, Instandsetzung, Sanierung und Wartung des Wohnungsbestandes unserer Gesellschafterin.

Des Weiteren konnte die Durchführung der Notdiensteinsätze durch die Bereiche Haustechnik und Elektro für die GWG problemlos abgesichert werden.

Die Umsatzerlöse setzten sich wie folgt zusammen:

Umsatz GWG	T€ 2.687 (96 %)
Umsatz Sonstige	T€ 109 (4 %)

Es wurden Nachunternehmen für Leistungen gebunden, die nicht zum Profil der Gesellschaft gehören sowie zur Kompensation von Auftragsspitzen.

Im Rahmen der Fortführung der Restrukturierung der Gesellschaft wurden auf der Grundlage des Personalentwicklungskonzeptes der BHT vom November 2011 folgende Personal- und Strukturanpassungen vorgenommen:

- ✓ Einstellung von zwei Teamleitern für die Bereiche Elektro und Innenausbau
- ✓ Betriebsbedingte Kündigung des Mitarbeiters für Hausmeisterleistungen der BHT

Die Umsetzung der Maßnahmen aus der Personalentwicklungskonzeption ist noch nicht vollständig abgeschlossen und wird planmäßig im Geschäftsjahr 2014 fortgesetzt.

Wie in den vergangenen Jahren erfolgten auch 2013 für die Mitarbeiter und Führungskräfte der BHT zielgerichtete Weiterbildungsmaßnahmen.

2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Bilanzsumme hat sich mit T€ 1.569 gegenüber dem Vorjahresstichtag (T€ 1.564) um 0,4 % leicht erhöht. Unverändert zum Vorjahresstichtag ist das Anlagevermögen vollständig durch Eigenkapital abgedeckt. Durch die nur um T€ 5 erhöhte Bilanzsumme bleibt die Eigenkapitalquote nahezu gleich bei 33,5 % (Vorjahresstichtag 33,6%).

Bezogen auf die Bilanzstruktur ergaben sich auf der Aktivseite wesentliche Veränderungen durch die Erhöhung des Finanzmittelfonds (um T€ 50) sowie der Vorräte (um T€ 47). Dem gegenüber steht eine Verringerung der Forderungen (insgesamt um T€ 80) sowie des Anlagevermögens (um T€ 7). Auf der Passivseite wurde die Erhöhung der Bilanzsumme durch die um T€ 11 gestiegenen Verbindlichkeiten sowie die um T€ 6 verringerten sonstigen Rückstellungen verursacht.

Die Liquidität der Gesellschaft war jederzeit gesichert. Investitionen wurden vollständig aus eigenen Mitteln finanziert. Der Finanzmittelfonds beläuft sich am Bilanzstichtag auf T€ 1.007.

Die Ertragslage der Gesellschaft hat sich weiter verbessert. Einer Verringerung der Gesamtleistung um T€ 221 auf nunmehr T€ 3.104 stehen um T€ 244 geringere betriebliche Aufwendungen von insgesamt T€ 2.906 gegenüber. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich auf T€ 245 (Vorjahr T€ 218). Das nach Abzug sonstiger Steuern verbleibende Jahresergebnis von T€ 241 wird aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages an die GWG abgeführt. Den größten Anteil am Jahresergebnis haben die Gewerke Maurer/Fliesenleger mit T€ 95 (Vorjahr T€ 33) und Haustechnik mit T€ 70 (Vorjahr T€ 58).

3 Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1 Prognose

Für die nächsten Jahre ist davon auszugehen, dass das Inhouse-Geschäft zwischen GWG und BHT fortgeführt wird. Der Anteil der Leistungen für die Gesellschafterin wird wie bisher bei mindestens 90 % liegen.

Die für das Geschäftsjahr 2014 möglichen Baumaßnahmen wurden Anfang des Jahres zwischen der GWG und der BHT abgestimmt und durch die Vergabekommission der GWG bestätigt. Somit ist zum großen Teil eine Auslastung der Mitarbeiter für das Jahr 2014 bereits gewährleistet.

Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass das laufende Geschäftsjahr mit einem positiven Ergebnis vor Gewinnabführung von mindestens T€ 70 abschließen wird.

3.2 Chancen

Durch die Fokussierung auf das Inhouse-Geschäft ist es der Gesellschaft möglich, das Auftragsvolumen den Kapazitäten der einzelnen Struktureinheiten anzupassen.

Es ist davon auszugehen, dass das Kerngeschäft auch weiterhin von großer Bedeutung für das Mutterunternehmen und somit auch für die BHT sein wird.

Die Absicherung von erforderlichen Notdienstleistungen wird ebenfalls einen hohen Stellenwert einnehmen.

Die laufenden Restrukturierungsmaßnahmen müssen weitergeführt und den veränderten Rahmenbedingungen angepasst werden, um auch zukünftig eine positive Geschäftsentwicklung erzielen zu können.

Durch fachspezifische Qualifikationen der Mitarbeiter können wir den steigenden Anforderungen unserer Auftraggeber gerecht werden.

3.3 Risiken der künftigen Entwicklung

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder einen wesentlichen negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten.

Sollten kurzfristig gravierende Einschnitte im Investitions- bzw. Instandhaltungsverhalten der GWG notwendig werden, würde sich das sofort nachteilig auf die Auslastung der Gesellschaft auswirken. Deshalb ist es von großer Bedeutung das innerbetriebliche Rapportsystem sowie das Berichtswesen und die Abstimmungsprozesse zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft kontinuierlich zu pflegen.

Die BHT begegnet Korruptionsrisiken im Rahmen ihrer internen Organisation. Hierzu sind unter anderem Verhaltensregeln in der Betriebsordnung der Gesellschaft dokumentiert.

Das im Unternehmen eingerichtete Risikomanagementsystem wird planmäßig im Geschäftsjahr 2014 entsprechend den spezifischen Bedürfnissen der Gesellschaft weiterentwickelt bzw. aktualisiert.

EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)**

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Am Stadion 5 06122 Halle (Saale)		
Rechtsform:	Eigenbetrieb		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Der Zweck des Eigenbetriebes ist die Erbringung gebäudewirtschaftlicher Leistungen zum Raum-, Bewirtschaftungs-, Sanierungs-, Modernisierungs- und Unterhaltungsbedarf an städtischen und städtisch angemieteten Gebäuden einschließlich Neu- und Erweiterungsbau. Die Leistungserbringung erfolgt auf der Basis von Serviceverträgen/-vereinbarungen bezogen auf die dem Verwaltungsvermögen zugeordneten Grundstücke und Gebäude in seiner Gesamtheit.
- (2) Zweck des Eigenbetriebes ist ferner die bedarfsgerechte Steuerung der Versorgung der Organisationseinheiten der Stadtverwaltung mit Gebäuden und Räumen und den dazugehörigen Grundstücken im Rahmen der Serviceverträge und -vereinbarungen.
- (3) Im Rahmen der sachgerechten Bewirtschaftung wird der Eigenbetrieb als ganzheitlicher Dienstleister in folgenden Bereichen tätig:
 - Finanzen, Buchhaltung, Controlling;
 - Verträge, Ausschreibung, Vergabe;
 - Neu- und Erweiterungsbau, Projektplanung;
 - Instandhaltung (Bauunterhaltung/Reparaturen), Instandsetzung (Modernisierung)
 - Umbau und Verbesserung;
 - Flächenmanagement und Betreuung des Mieter-Vermietermodells;
 - Vorbereitung Abriss und Vermarktung;
 - Energiemanagement;
 - Bewirtschaftung;
 - Beschaffung von Leistungen und Waren für die Gebäudebewirtschaftung;
 - Gebäudeverwaltung einschließlich der Verwaltung von Leerstandsobjekten;
 - Pflege und Unterhalt der Außenanlagen für Grundstücke;
 - Umzugsmanagement.
- (4) Der Eigenbetrieb kann mit Leistungen nach Absatz 1 auch für städtische Eigenbetriebe, Gesellschaften, Anstalten und Stiftungen tätig werden. Bei Maßnahmen, in die städtische Mittel einfließen, ist die Leistungsübernahme in Form von Betreuung und Kontrolle durch den Eigenbetrieb erforderlich.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck des Unternehmens ergibt sich aus einem Annex. Das Unternehmen zeichnet sich für die Betreuung von Immobilien anderer städtischer Unternehmen verantwortlich.

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2013 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor. Die Daten beziehen sich auf den 31.12.2012.

b) Besetzung der Organe

Betriebsleitung

Bielecke, Bernd

Betriebsausschuss:

Vorsitzender

Neumann, Wolfram

Hajek, Andreas

(seit 27.02.2013)

Hopfgarten, Klaus

Kohlberg, Uwe

Menn, Christoph

Rittwage, Heike

(seit 19.06.2013)

Schramm, Rudenz

Sprung, Michael

Wolter, Tom

Betriebsausschuss

31.12.2012	31.12.2011
T€	T€
0	0

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen

Umlaufvermögen

Rechnungsabgrenzungsposten

2012		2011	
T€	%	T€	%
635	2	772	3
28.359	98	26.771	97
1	0	3	0

Bilanzsumme

28.995	100	27.546	100
--------	-----	--------	-----

Passiva

Eigenkapital

Sonderposten für Investitionszulagen

Rückstellungen

Verbindlichkeiten

Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%
1.598	5	1.588	6
265	1	322	1
3.101	11	4.070	15
23.971	83	21.543	78
60	0	23	0

Bilanzsumme

28.995	100	27.546	100
--------	-----	--------	-----

bb) GuV

	2012	2011
	T€	T€
Umsatzerlöse	32.292	32.534
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-232	-475
sonstige betriebliche Erträge	2.527	1.780
Materialaufwand	22.470	22.262
Personalaufwand	7.804	7.915
Abschreibungen	196	210
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.951	3.310
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	45	86
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	117	141
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	94	87
außerordentliche Aufwendungen	0	0
außerordentliches Ergebnis	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-4
sonstige Steuern	85	90
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	9	1
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	9	1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,03	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,59	0,06	%
Cash-Flow:	205	211	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	176	171	T€
Personalaufwandsquote:	22,56	23,39	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,04	2,77	%
Eigenkapitalquote:	5,51	5,77	%
Fremdkapitalquote:	94,49	94,23	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Mietfläche Anmietung Stadt	15.219,00	14.256,26	m²
Mietfläche Drittvermietung	74.605,00	80.722,29	m²
Mietfläche Vermietung an die Stadt	343.648,00	361.900,13	m²

e) Lagebericht

Darstellung der Geschäftsfelder und des Geschäftsverlaufes

Die Vermietung von Mietflächen in städtischen Gebäuden basiert seit 2004 auf dem Vermieter-Mieter-Modell. Auf Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 12. Dezember 2007 sind alle städtischen Objekte, die bis dahin im Sondervermögen des EB ZGM ausgewiesen wurden, in das allgemeine Grundvermögen der Stadt Halle (Saale) zum 1. Januar 2008 rückübertragen worden.

Die Rückübertragung hatte weitreichende Folgen für das bestehende Vermieter-Mieter-Modell. Die Vertragsverhältnisse und die Zahlungsmodalitäten waren anzupassen, da nur die Stadt Halle (Saale) als Eigentümerin Mieten von den Ämtern und Drittnutzern verlangen kann. Aus diesem Grund wurde eine Servicevereinbarung abgeschlossen, welche die Erbringung der Dienstleistungen des EB ZGM an den Grundstücken und dazu gehörigen Gebäuden zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem Eigenbetrieb regelt. Der EB ZGM ist seitdem weiterhin ganzheitlicher Dienstleister im Sinne einer Verwaltungsgesellschaft. Zu den Aufgaben des EB ZGM gehören die Verwaltung der Mietverträge für die Ämter und Dritte, die Koordinierung und Verrechnung der Betriebskosten, das Flächenmanagement, Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen und die Realisierung von investiven Maßnahmen. Der Eigenbetrieb erhält dafür ein monatliches Serviceentgelt in Höhe der bis zum Abschluss der Servicevereinbarung vereinbarten Mietzahlungen und Bewirtschaftungskosten, die weiterhin durch den EB ZGM erfasst und den einzelnen Objekten zugeordnet werden. Gegenstand der Servicevereinbarung ist die vollständige Leistungserbringung an den bebauten städtischen Grundstücken.

Die Realisierung von Investitionsmaßnahmen erfolgte, wie in den Wirtschaftsjahren zuvor, in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Mittel bewirtschaftenden Ämtern bzw. Fachbereichen. Durch Leistungsvereinbarungen wurde der Umfang der Tätigkeiten (i. d. R. Bauherrenvertretung bis zur Baufertigstellung und Objektübergabe) geregelt. Dem EB ZGM wurden die Investitionsmittel für die Ausführung der bautechnischen Maßnahmen von den Mittel bewirtschaftenden Ämtern zur Verfügung gestellt. 2012 sind vorwiegend Investitionen zur Brandschutzgrundsicherung an Schulen, geförderte Abbruchmaßnahmen sowie im Stadthaus realisiert worden.

Die Gebäudemanagementdienstleistungen für Ämter und Fachbereiche der Stadt Halle wurden auf der Grundlage von Service- bzw. Leistungsvereinbarungen erbracht und in der GuV unter *Umsatzerlösen aus anderen Lieferungen und Leistungen* und *Sonstigen betrieblichen Erträgen* eingebucht.

Mit Grundsatzbeschluss des Stadtrates zur Restrukturierung vom 18. Juli 2007 wurde beschlossen, dass die Nichtgebäudemanagementleistungen des EB ZGM an die Stadt Halle (Saale) übertragen werden. Im Eigenbetrieb wurden alle dafür erforderlichen organisatorischen Voraussetzungen geschaffen.

Die Nichtgebäudemanagementleistungen werden mit Ausnahme der Umzugsleistungen seit dem Wirtschaftsjahr 2011 strukturell und räumlich nicht mehr dem EB ZGM zugeordnet und nicht mehr von ihm geplant. Die Nichtgebäudemanagementdienstleistungen (z. B. Telekommunikation, Post- und Kopierdienst, Fuhrpark, Zentraler Einkauf) wurden im Berichtsjahr weder erbracht, noch in den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen erfasst.

Der Fachbereich Verwaltungsmanagement übernimmt die o. g. Leistungen des Eigenbetriebes Zentrales GebäudeManagement gemäß Organisationsverfügung vom 13. Oktober 2010. Die dazu erforderlichen Mitarbeiter wurden zum 15. September 2010 aus dem Eigenbetrieb übergeleitet und nahmen ab diesem Zeitpunkt im o. g. Fachbereich der Stadt Halle (Saale) ihre Tätigkeit wahr.

Der Mitarbeiterbestand im Eigenbetrieb reduzierte sich von 197 Mitarbeitern per 31. Dezember 2011 auf 196 Mitarbeiter per 31. Dezember 2012. Von den 196 beschäftigten Mitarbeitern per 31. Dezember 2012 standen dem EB ZGM aktiv lediglich 162 für die Wertschöpfung zur Verfügung. Grund dafür sind u. a. die Inanspruchnahme von Altersteilzeitmodellen (32 MA Altersteilzeit-Freizeitphase) und die befristeten Erwerbsunfähigkeitsrenten (zwei MA).

Im Wirtschaftsjahr 2012 erfolgten sieben Neueinstellungen.

Vermögens- und Finanzlage

Jahresabschlussanalyse – Vergleich Vermögenslage – Aktiva –

	31.12.2012		31.12.2011		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Aktiva					
Anlagevermögen = Langfristig gebundenes Vermögen	635	2,2	772	2,8	-137
Vorräte	18.726	64,6	18.887	68,6	-161
Forderungen/RAP	8.382	28,9	6.564	23,8	1.818
Flüssige Mittel	1.252	4,3	1.323	4,8	-71
Kurzfristig gebundenes Vermögen	28.360	97,8	26.774	97,2	1.586
	28.995	100,0	27.546	100,0	1.449

Hauptbestandteil des Vermögens des EB ZGM bildete bis zum 1. Januar 2008 das sogenannte Sondervermögen, das sich fast ausschließlich aus dem Immobilienvermögen zusammensetzte. Aufgrund von Auflagen des Landesverwaltungsamtes und Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 12. Dezember 2007 erfolgte die Rückübertragung der städtischen Objekte zur Stadtverwaltung Halle (Saale). Das gesamte **Immobilienvermögen** (Sondervermögen des EB ZGM) ist zum Stichtag 1. Januar 2008 aus der Bilanz des Eigenbetriebes abgegangen.

Der Eigenbetrieb hat auch im Wirtschaftsjahr 2012 gemäß Satzung (§ 2 Zweckbestimmung) an den rückübertragenen städtischen Gebäuden Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen einschließlich Neu- und Erweiterungsbau durchgeführt. An folgenden Gebäuden wurden 2012 Baumaßnahmen in großem Umfang vorgenommen:

	TEUR
Grundschule Lessing	356
Stadtmuseum/Druckereigebäude	337
Grundschule Südstadt	580
Sekundarschule Fliederweg	364
Stadthaus	518
	2.155

Im Wirtschaftsjahr 2012 wurde der Investitionsmiteinsatz um TEUR 2.800 bzw. ca. 36 % gesenkt. Hauptursache hierfür ist die Beendigung der bis 2011 gelaufenen Investitionsmaßnahmen aus der Förderung „K II“ (Konjunkturpaket II).

Die Vorräte des Betriebes betreffen im Wesentlichen noch nicht abgerechnete Betriebskosten in Höhe von TEUR 18.222 (Vorjahr: TEUR 18.454) und geleistete Vorauszahlungen auf Betriebskosten TEUR 416 (Vorjahr: TEUR 378).

Die Liquidität war im Wirtschaftsjahr 2012 ständig und uneingeschränkt gesichert. Ausdruck dafür ist der ausgewiesene Bestand an Liquiden Mitteln in Höhe von TEUR 1.252 (Vorjahr: TEUR 1.323) sowie Forderungen an die Stadt Halle (Saale) aus dem Cash Pool in Höhe von TEUR 4.851 (Vorjahr: TEUR 4.356).

Jahresabschlussanalyse – Vergleich Vermögenslage – Passiva –

	31.12.2012		31.12.2011		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Passiva					
Eigenkapital	1.597	5,5	1.588	5,8	9
Sonderposten für Investitionszuschüsse	265	0,9	322	1,1	-57
Langfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten	1.206	4,2	1.861	6,8	-655
Langfristig verfügbare Mittel	3.068	10,6	3.771	13,7	-703
Kurzfristige Rückstellungen	1.896	6,5	2.209	8,0	-313
Kurzfristige Verbindlichkeiten/RAP	24.031	82,9	21.566	78,3	2.465
Kurzfristig verfügbare Mittel	25.927	89,4	23.775	86,3	2.152
	28.995	100,0	27.546	100,0	1.449

Zum Bilanzstichtag beträgt die allgemeine Rücklage TEUR 1.563.

Die Rückstellungen entwickelten sich im Wirtschaftsjahr 2012 wie folgt:

	01.01.2012	Inanspruchnahme	Auflösung	Zuführung	31.12.2012
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Steuerrückstellungen	1	0	0	0	1
Altersteilzeit (ATZ)	2.684	756	0	263	2.191
Rückstellungen für Archivierung	50	0	0	0	50
Abschluss- und Prüfungskosten	55	43	0	38	50
Urlaub, Mehrstunden und Jubiläen	262	244	1	290	307
Ungewisse Verbindlichkeiten aus An- und Vermietung	277	0	214	0	63
Rückstellungen für ausstehende Betriebskostenabrechnungen (Anmietung)	395	377	0	338	356
Rückstellungen für sonstige ungewisse Verbindlichkeiten	346	0	262	0	84
	4.070	1.420	477	929	3.102

Ertragslage

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden alle Erträge und Aufwendungen aus der Realisierung der durch die Stadt Halle (Saale) an den EB ZGM übertragenen Aufgaben erfasst. Eine organisatorische Trennung der Aufgaben wurde im Wirtschaftsjahr 2012 nicht vorgenommen. Durch die komplexe Untergliederung der Sachkosten ist es möglich, eine Zuordnung der Aufwendungen im Rahmen der Dienstleistungen für die Stadt Halle (Saale), den EB Kita, für Sportstätten und andere Einrichtungen vorzunehmen, die an die Stadt und an Dritte weiterberechnet werden.

Im Wirtschaftsjahr 2012 führte der Eigenbetrieb keine Baubetreuungstätigkeiten für externe Dritte aus.

Zusammensetzung der Umsatzerlöse/betrieblichen Erträge

	2012		2011		Ergebnis- veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung					
Vermietung von angemietetem Vermögen	1.321	3,8	1.263	3,7	58
Betriebskostenabrechnung	18.634	53,9	19.108	56,5	-474
	19.955	57,7	20.371	60,2	-416
Umsatzerlöse aus Betreuungstätigkeit aus verwaltungsmäßiger Betreuung					
	8.059	23,3	8.633	25,5	-574
	8.059	23,3	8.633	25,5	-574
Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen					
	4.277	12,4	3.530	10,4	747
Bestandsveränderung	-232	-0,7	-475	-1,4	243
Übrige betriebliche Erträge	2.527	7,3	1.780	5,3	747
	34.586	100,0	33.839	100,0	747

Die Erlöse aus der Vermietung von angemietetem Vermögen haben sich gegenüber dem Vorjahr relativ und absolut betrachtet leicht erhöht. Diese Erhöhung resultiert aus der Steigerung der Anmietflächen (Anmietung Rettungswachen der Feuerwehren). Insgesamt ergibt sich ein monatlicher Durchschnittserlös von EUR/qm 7,28 (Vorjahr: EUR/qm 7,38).

Der Rückgang der Erlöse aus der Betriebskostenabrechnung ist auf die geringeren Aufwendungen für Wasserversorgung, Niederschlagswasser, Strom (in Folge Einsatz LED-Beleuchtungstechnik) und Gas zurückzuführen.

Aufgrund der Rückübertragung der städtischen Objekte in das allgemeine Grundvermögen der Stadt Halle (Saale) zum 1. Januar 2008 werden wie im Vorjahr 2011 keine Erlöse mehr aus der Vermietung von eigenem Vermögen ausgewiesen. Gemäß der Servicevereinbarung mit der Stadt Halle (Saale) erhält der EB ZGM seit Januar 2008 für die Bewirtschaftung der städtischen Objekte ein monatliches Serviceentgelt in Höhe der bis dahin geleisteten Mietzahlungen und Bewirtschaftungskosten. Diese Erlöse werden im Wirtschaftsjahr 2012 wie 2011 in der GuV-Position 1.b) „Erlöse aus Betreuungstätigkeit“ ausgewiesen.

Die daraus erzielten **Erlöse aus verwaltungsmäßiger Betreuung** haben sich gegenüber dem Vorjahr von TEUR 8.633 auf TEUR 8.059 verringert und entfallen mit TEUR 6.007 (Vorjahr: TEUR 6.563) auf Entgelte aus Vermietung an die Stadt sowie mit TEUR 2.052 (Vorjahr: TEUR 2.070) auf Entgelte aus Vermietung an Dritte.

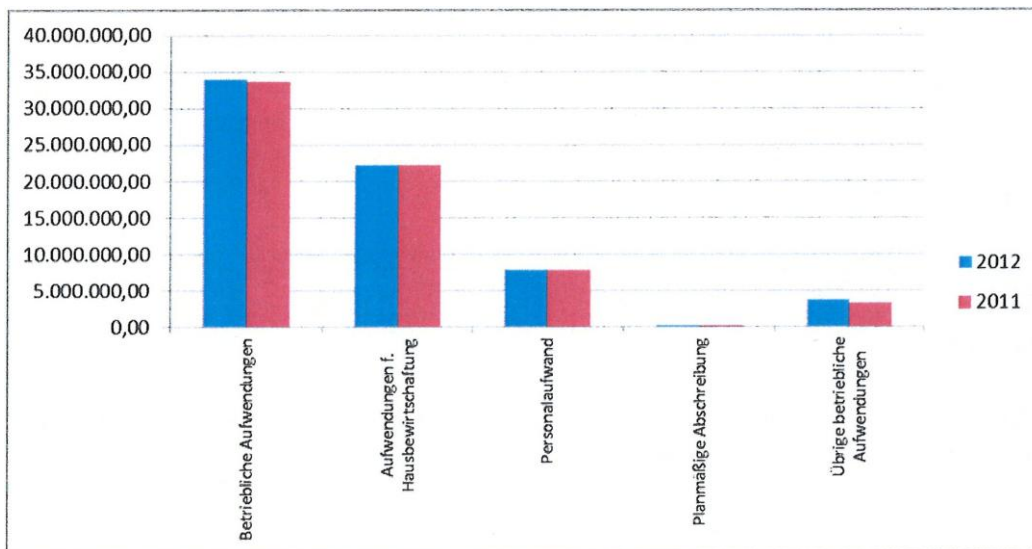
Diese Verringerungen ergeben sich unter anderem aus den Änderungen der Flächennutzungen der Ämter und resultieren vorrangig aus dem Abgang von Gebäuden (Verkauf bzw. Schließung von Schulen).

Insgesamt ergeben sich für die Bewirtschaftung der städtischen Objekte folgende monatliche Durchschnittserlöse (pro qm):

	2012 EUR	2011 EUR
Vermietung an die Stadt Halle (Saale)	1,41	1,52
Vermietung an Dritte	2,21	2,14

Die Übrigen betrieblichen Erträge betreffen im Wesentlichen Investitionskostenzuschüsse in Höhe von TEUR 1.232 (Vorjahr: TEUR 1.183) sowie Weiterberechnungen an die Stadt in Höhe von TEUR 338 (Vorjahr: TEUR 232).

Die Zusammensetzung der betrieblichen Aufwendungen in Höhe von TEUR 34.235 (Vorjahr: TEUR 33.571) stellt sich wie folgt dar:



Der Aufwand für Instandhaltung und Instandsetzung betrug im Wirtschaftsjahr 2012 insgesamt TEUR 4.590 (Vorjahr: TEUR 4.293).

Die Personalabrechnung für den EB ZGM wurde wie in den Vorjahren als Dienstleistung durch das Amt für Personalservice der Stadt Halle (Saale) durchgeführt.

Durch die Reduzierung der Mitarbeiterzahl im Wirtschaftsjahr 2012 um einen MA auf zum Stichtag 196 Mitarbeiter (Vorjahr: 197 Mitarbeiter) wurden die reinen Personalaufwendungen 2012 zwar nominal leicht gesenkt, effektiv durch Tarifierung jedoch wieder erhöht. Letztlich ausschlaggebend für die Absenkung der Gesamtpersonalkosten gegenüber dem Wirtschaftsjahr 2011 um TEUR 111 ist der Effekt der Rückstellungsauflösung (Altersteilzeit) zu sehen.

Unter Berücksichtigung des Verbrauches der o. g. Rückstellungen in Höhe von TEUR 756 und der Zuführung zur Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen in Höhe von TEUR 263 wurden die Personalaufwendungen im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr gesenkt.

Die Personalkostenstruktur zeigt folgendes Bild:

Personalkosten	2012	2011
durchschnittliche Vollzeitstellen	172,2	187,2
Löhne und Gehälter (inkl. ATZ) in EUR	6.290.360	6.412.934
je Vollzeitstelle in EUR	36.529	34.257
Aufwand für Soziale Abgaben (ohne Altersversorgung) in EUR	1.287.890	1.288.261
je Vollzeitstelle in EUR	7.479	6.882
Aufwand für Unterstützung ZVK	225.901	213.703
je Vollzeitstelle in EUR	1.312	1.142
Summe in EUR	7.804.151	7.914.898
je Vollzeitstelle in EUR	45.320	42.280

Fazit:

Die Entwicklung der Ertragslage im Wirtschaftsjahr 2012 ist durch folgende entscheidende Sachverhalte gekennzeichnet:

- Verringerung der **Serviceentgelte/Mieterlöhne** insgesamt um TEUR 516 auf TEUR 9.380 (Vorjahr: TEUR 9.896)
- Verringerung der **Erlöse aus Betriebskostenabrechnung** um TEUR 474 auf TEUR 18.634 (Vorjahr: TEUR 19.108)
- Erhöhung der **Instandhaltungsaufwendungen** um TEUR 297 auf TEUR 4.590 (Vorjahr: TEUR 4.293)
- Verringerung der **Aufwendungen für Betriebskosten** um TEUR 106 auf TEUR 16.700 (Vorjahr: TEUR 16.806)
- Verringerung der **Abschreibung** des Anlagevermögens um TEUR 14 auf TEUR 196 (Vorjahr: TEUR 210).

Voraussichtliche Entwicklung einschließlich Chancen und Risiken

Der Vollzug der 2008 begonnenen Restrukturierung des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, die u. a. auf den Vorschlägen eines externen Beratungsunternehmens basiert, ist auch 2012 auf dieser Grundlage fortgeführt worden. Nach der Umstellung der Betriebsleitung von vormals zwei Betriebsleitern auf die Leitung des Betriebes durch einen gesamtverantwortlichen Betriebsleiter und der ersten Stufe der Neuausrichtung, bei der die nicht Gebäudemanagementleistungen im Bereich interner Service zusammengeführt worden sind, sind die nicht Gebäudemanagementleistungen zum 1. Januar 2011 in das wieder gebildete Hauptamt übergeleitet worden. Im Wirtschaftsjahr 2012 sind daher keine Nichtgebäudemanagementleistungen durch den EB ZGM erbracht worden. Die in den Vorjahren begonnene Qualifizierung und Erweiterung der Nutzung des SAP Systems und der Aufbau des CAFM-Systems als Arbeitsmittel für die technischen Bereiche und das Immobilienmanagement sind 2012 fortgeführt worden. Dabei standen die prozessorientierte Qualifizierung der Softwareanwendungen und die Strukturierung der damit verbundenen Arbeitsschritte der technischen Objektsachbearbeiter im Vordergrund der Entwicklung.

Die Arbeitsorganisation und Leistungsabrechnung der Hausmeisterdienste und der Techniker/Havariedienste ist durch die Einführung eines mobilen elektronischen Zeiterfassungssystems nach einem umfassenden Testbetrieb durch alle Nutzer des mobilen Zeiterfassungssystems eingeführt worden. Das System hat sich in der praktischen Anwendung bewährt und zur Verringerung des Aufwands, zu mehr Transparenz und Datenkonsistenz, verbesserter Dokumentation und nachvollziehbaren Angaben sowie zur schnelleren Bearbeitung und Auswertung der Daten geführt.

Die organisatorische Trennung der Bereiche Finanzen und kaufmännisches Immobilienmanagement hat in der Vergangenheit die Abstimmung zwischen dem Haupt- und Nebenbuch erschwert. Um dieses grundsätzliche Problem zu überwinden, ist die Verschmelzung der beiden Bereiche im Wirtschaftsjahr 2011 vorbereitet und 2012 in den relevanten Tätigkeitsbereichen weiter vertieft worden. Die Buchführung des Unternehmens hat damit weiter an Klarheit und Transparenz gewonnen.

Durch die Untersuchung der Abläufe bei der Projektbearbeitung und der in den technischen Bereichen ablaufenden Prozesse sind Grundlagen für die Verbesserung der Arbeit im technischen Objektmanagement geschaffen worden. Beim Aufbau und der durchgehenden Einführung des CAFM-Systems geht es nach wie vor auch darum, dieses System mit bereits eingeführten DV-Systemen zu koordinieren und zu verknüpfen und so ein ganzheitliches Arbeits- und Kommunikationsmittel für alle Bereiche des Betriebes zu schaffen. Damit bestehen bessere Voraussetzungen, um die notwendige Strukturierung der Abläufe im Betrieb erreichen und den zukünftigen Anforderungen bei weiter reduziertem Personalbestand gerecht werden zu können. Die 2011 begonnene Erfassung sämtlicher betrieblicher Prozesse ist 2012 fortgeführt und weitgehend abgeschlossen worden.

Die Entwicklung des kaufmännischen Controllings ist in Richtung auf ein effizientes Mittel der Betriebsführung fortgeführt worden. Das aussagekräftige Kennzahlensystem ist 2012 ausgebaut worden.

Gleichzeitig sind durch die Einführung von Forecast-Betrachtungen, die die Vorausschau auf das zu erwartende Jahresergebnis des Betriebes erlauben, effektive Schritte zur Etablierung eines Frühwarnsystems unternommen worden. Die Implementierung permanenter Baukostenverfolgung und Ergebnisprognose in den zur Anwendung kommenden DV-Programmen ist ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt im Wirtschaftsjahr 2012 gewesen.

Aufgrund der hohen Anzahl der in der Vergangenheit geschlossenen Altersteilzeitverträge hat im Jahr 2012 eine große Zahl von Mitarbeitern die aktive Beschäftigung im Betrieb beendet. Die seit 2008 begonnene konsequente Lehrausbildung ist auch 2012 als Mittel zur Beschaffung geeigneten Personals fortgeführt worden. Mit der begonnenen Kooperation mit Bildungseinrichtungen, die duale Hochschulbildung anbieten, ist diese Form 2012 fortgeführt worden. 2012 hat eine Studentin, die Mitarbeiterin des EB ZGM ist, den dualen Studiengang für die Ausbildungsrichtung Immobilienmanagement an einer Hochschule in der Region fortgeführt. Sie wird dem Betrieb ab 2014 als Immobilienwirtin mit Bachelorabschluss zur Verfügung stehen.

Die mit Betriebsangehörigen in großer Zahl geschlossenen Verträge im Rahmen der Teilzeitiinitiative waren 2012 weiter wirksam und haben zu erheblicher Einsparung der Personalkosten beigetragen. Die Verträge sind für einen Zeitraum von fünf Jahren geschlossen worden und daher bis 2015 wirksam.

Der Wirtschaftsplan für 2013 sieht erneut ein ausgeglichenes Ergebnis vor, das wie in den vier vorausgegangenen Jahren unter Mobilisierung aller Ressourcen des Betriebes erreicht werden kann.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2014 soll dem Betriebsausschuss im September 2013 vorgelegt werden. Dabei liegt der Struktur der Zahlungsströme die Produktstruktur des Haushaltes zugrunde, die mit der Einführung der Doppik in der Kernverwaltung seit Januar 2012 zu vielfältigen Veränderungen in der Zuordnung der Kosten geführt hat.

In den Ansätzen für das Wirtschaftsjahr 2014 werden die Auswirkungen für die Beseitigung von Schäden, die das diesjährige Hochwasser verursacht hat, zu berücksichtigen sein. Die Aufwendungen für die Beseitigung der Flutschäden werden derzeit ermittelt.

Wesentliche kurzfristige Chancen und Risiken werden derzeit keine gesehen.

Mittelfristige Risiken liegen einerseits nach wie vor in der Umsetzung des Umstrukturierungsprozesses und der damit verbundenen Zielrichtung und andererseits im künftigen Bedarf an Immobilienbestand der Stadt und dem daraus resultierenden nicht abschließend bestimmbar Leistungsumfang für den Eigenbetrieb. Auf diesen Umstand hat die Untersuchung der bbvl zur Organisationsform des Immobilienmanagements der Stadt ausdrücklich hingewiesen.

Nach wie vor besteht die Notwendigkeit, dass die Mittel für die Bauunterhaltung der betreuten städtischen Gebäude dem Bedarf an Baureparaturen angepasst werden müssen, um den Gebäudebestand langfristig erhalten zu können. Eine Konzentration auf den Kernbestand an Immobilien ist dabei angezeigt. Die Identifizierung des notwendigen Kernbestandes an städtischen Gebäuden und Grundstücken wird derzeit unter den Voraussetzungen der veränderten Verwaltungsstruktur festgestellt.

Weiterhin bestehen Bestrebungen zur Wiedereingliederung des Eigenbetriebes in die Stadtverwaltung. Dies bedarf einer Entscheidung im Stadtrat.

Die Liquidität des Eigenbetriebes ist bei bedarfsgerechter Bereitstellung der finanziellen Mittel in Form des Serviceentgeltes durch die Stadt Halle (Saale) gesichert.

GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Am Bruchsee 14 06122 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	12.782		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	12.782	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft bewirtschaftet, verwaltet, betreut und errichtet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, insbesondere Mietwohnungen sowie Eigentumswohnungen und Eigenheime. Bei der Bereitstellung von Mietwohnungen sind in angemessener Weise soziale Belange zu berücksichtigen. Die Gesellschaft kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, bebaute und unbebaute Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben, soweit die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten für soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen sowie Dienstleistungen bereitstellen, soweit die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Die Gesellschaft ist berechtigt, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen oder Zweigniederlassungen zu errichten, soweit dies dem Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar dienlich ist und die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Die Gesellschaft wird sich grundsätzlich an den Regeln über das öffentliche Vergabewesen orientieren.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Die Wohnungswirtschaft wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Kozyk, Jana		
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Meerheim, Bodo	
	stellv. Vorsitzender	Tittel, Volker	
		Dreßler, Matthias	(seit 29.11.2013)
		Dr. Wiegand, Bernd	(seit 28.06.2013)
		Koehn, Gottfried	

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2013 erfolgt.

Aufsichtsrat:

Krausbeck, Elisabeth (bis 28.11.2013)
 Kriedemann, Angelika
 Schachtschneider, Andreas
 Schuh, Temba
 Stäglin, Uwe (bis 27.06.2013)
 Thielecke, Carsten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	17	16	16

c) Beteiligungen

unmittelbar

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH

T€	%
256	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen

Umlaufvermögen

Rechnungsabgrenzungsposten

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
299.612	90	297.820	90	298.749	91	1.792	1
32.020	10	33.777	10	30.194	9	-1.757	-5
41	0	52	0	82	0	-11	-21

Bilanzsumme

331.673	100	331.649	100	329.025	100	24	0
---------	-----	---------	-----	---------	-----	----	---

Treuhandvermögen

4.805		4.702		4.971		103	2
-------	--	-------	--	-------	--	-----	---

Passiva

Eigenkapital

Sonderposten für Investitionszulagen

Rückstellungen

Verbindlichkeiten

Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
165.760	50	168.308	51	165.846	50	-2.548	-2
8.539	3	8.750	3	8.963	3	-211	-2
6.956	2	7.884	2	5.524	2	-928	-12
149.867	45	146.197	44	148.200	45	3.670	3
551	0	510	0	492	0	41	8

Bilanzsumme

331.673	100	331.649	100	329.025	100	24	0
---------	-----	---------	-----	---------	-----	----	---

Treuhandverbindlichkeiten

4.805		4.702		4.971		103	2
-------	--	-------	--	-------	--	-----	---

bb) GuV

	2013	2012	2011
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	46.289	44.861	45.349
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	447	517	-681
andere aktivierte Eigenleistungen	203	161	141
sonstige betriebliche Erträge	1.113	1.220	1.256
Materialaufwand	22.450	23.908	21.783
Personalaufwand	4.871	4.953	4.791
Abschreibungen	6.383	6.285	6.162
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.692	1.512	1.534
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	241	214	67
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	273	285	479
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.731	6.186	6.686
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	7.439	4.414	5.655
außerordentliche Erträge		227	1.933
außerordentliche Aufwendungen	3.927	1.877	4.561
außerordentliches Ergebnis	-3.927	-1.650	-2.628
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	501	300	114
sonstige Steuern	2	2	2
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3.009	2.462	2.911
Gewinnvortrag/Verlustvortrag		3.342	722
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	301	247	291
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	2.708	5.557	3.342

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,50	5,49	6,42	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,85	1,51	1,79	%
Cash-Flow ¹⁾ :	9.392	8.747	9.073	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	437	441	447	T€
Personalaufwandsquote ²⁾ :	10,14	10,59	10,40	%

¹⁾ ohne Einbeziehung der außerplanmäßigen Abschreibungen und der Zuschreibungen

²⁾ unter Einbeziehung der Mitarbeiter in der Passivphase der Altersteilzeit

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	90,16	89,63	90,63	%
Eigenkapitalquote:	49,98	50,75	50,41	%
Fremdkapitalquote:	50,02	49,25	49,59	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Gewerbeeinheiten	154	113	100	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	6,5	12,39	11,00	%
Wohneinheiten	9.942	10.096	10.533	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	6,2	8,49	13,04	%

e) Lagebericht**Inhalt**

- 1 Wirtschaftsbericht
 - 1.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft und des Immobilienmarktes
 - 1.2 Entwicklung des Wohnungsmarktes in Halle (Saale)
 - 1.3 Geschäftsverlauf
 - 1.3.1 Geschäftsergebnis
 - 1.3.2 Mietenentwicklung und Soziale Verantwortung
 - 1.3.3 Bestandsentwicklung
 - 1.3.4 Personalentwicklung und Familienfreundlichkeit
 - 1.3.5 Stadtentwicklung in Halle (Saale)
 - 1.3.6 Risikomanagement im Konzern
 - 1.3.7 Stadttrendite
 - 1.3.8 Hochwasserkatastrophe 2013
 - 1.4 Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft
 - 1.4.1 Ertragslage
 - 1.4.2 Finanzlage
 - 1.4.3 Vermögenslage
 - 1.4.4 Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren
- 2 Nachtragsbericht
- 3 Prognosebericht
- 4 Risikobericht
 - 4.1 Risikomanagementsystem
 - 4.2 Risiken
 - 4.3 Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten
- 5 Chancenbericht

1 Wirtschaftsbericht

1.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft und des Immobilienmarktes

Die deutsche Wirtschaft hat ihren moderaten Wachstumskurs zum Jahresende fortgesetzt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im IV. Quartal 2013 – preis-, saison- und kalenderbereinigt – um 0,4 Prozent höher als im III. Quartal 2013. Auch in den beiden zurückliegenden Quartalen des Jahres war die deutsche Wirtschaft jeweils gewachsen (um 0,7 Prozent beziehungsweise um 0,3 Prozent), nachdem sie zum Jahresbeginn noch stagniert hatte. Aus den Veröffentlichungen des statistischen Bundesamtes ergibt sich für das gesamte Jahr 2013 daraus ein Anstieg von 0,4 Prozent (kalenderbereinigt: 0,5 Prozent).

Die **Wohnungswirtschaft** stellt einen der **größten Wirtschaftszweige in Deutschland** dar. Ihre Bruttowertschöpfung summiert sich auf über 434 Milliarden Euro. Das entspricht einem Anteil von ca. **19 Prozent an der gesamten Bruttowertschöpfung**. Damit ist die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft von größerer Bedeutung als beispielsweise der Fahrzeug- oder der Maschinenbau.

Die **kommunale Wohnungswirtschaft** investiert **langfristig** und schafft damit **attraktive Wohnbestände**. Sie sieht Wohnen als Wirtschafts- und Sozialgut, das in ökonomischer, gesellschaftlicher, sozialer und ökologischer Verantwortung zu pflegen ist. Wohnungen sind ein **langlebiges Wirtschaftsgut**, deshalb denkt, handelt und finanziert die GWG als kommunale Wohnungsgesellschaft langfristig. Sie bietet zusätzlich zum Wohnraum gute Nachbarschaften und verschiedene, **zielgruppengerechte Dienstleistungen** an. Dazu gehören ein umfangreiches Sozial- und Quartiersmanagement, Mietschuldenberatung, Gemeinschaftseinrichtungen und betreutes Wohnen. Aufgabe der Gesellschaft ist es, zielgruppengerechte Wohnangebote entsprechend der Nachfrage für junge Familien, ältere Menschen, Alleinerziehende und Singles am Wohnungsmarkt in Halle, insbesondere in Halle-Neustadt erfolgreich zu platzieren.

1.2 Entwicklung des Wohnungsmarktes in Halle (Saale)

Der sich weiter vollziehende **demografische Wandel** stellt für das Land und insbesondere für die Immobilienwirtschaft eine der **wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte** dar. Die demografischen Prognosen zeigen: Die Bevölkerung wird immer weniger, älter, individueller und in Teilen auch ärmer. Die gegenwärtigen sozioökonomischen Entwicklungstendenzen mit einer Verstärkung sozialer Ungleichheiten und einer Ausdifferenzierung der Lebensstile werden weiter anhalten und sich auch in der Veränderung der sozialräumlichen Strukturen niederschlagen. Die **Veränderungen** innerhalb des Landes **Sachsen-Anhalt** vollziehen sich jedoch **sehr heterogen**. Sowohl Intensität, Altersstruktur als auch Verlauf der Bevölkerungsentwicklung variieren regional deutlich. Die kommunale Wohnungswirtschaft leistet hier einen entscheidenden Beitrag dafür, diesen für die positive Landesentwicklung abträglichen Trends zielgerichtet entgegenzuwirken.

Die Entwicklung in der Stadt Halle (Saale) als Universitätsstadt wird wesentlich positiver verlaufen als in den Landkreisen. **Für Halle wird nach der Prognose des statistischen Landesamtes ein moderater Rückgang von 10 Prozent bis 2025 erwartet.** Hierbei profitiert die Stadt von einer Abkehr der Suburbanisierung („Stadtflucht ins Umland“) und einer gestiegenen Lebenserwartung der älteren Einwohner. Die Einwohnerzahl der Stadt stieg zum Ende des Jahres 2013 leicht an.

Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Halle (Saale):

	Einwohner mit Hauptwohnsitz				
	31.12.1996	31.12.2006	31.12.2009	31.12.2012	31.12.2013
Stadt Halle (Saale)	267.776	233.874	230.377	232.535	232.705
dar. Halle-Neustadt	77.650	48.931	45.770	44.515	44.159

Quelle: Fachbereich Bürgerservice der Stadt Halle (Saale)

Der Altersdurchschnitt der Bevölkerung lag Ende 2011 in Sachsen-Anhalt bei 46,8 Jahren und wird sich entsprechend den Prognosen bis 2025 auf rund 50,3 Jahre erhöhen. Die Einwohner in Halle (Saale) sind im Durchschnitt mit 45,4 Jahren (per 31.12.2013) etwas jünger und werden laut Vorausschau in 2025 zu mehr als der Hälfte über 50 Jahre alt sein. Das **Durchschnittsalter der Halle-Neustädter** liegt über dem Durchschnitt der Stadt Halle bei **48 Jahren** (per 31.12.2013).

1.3 Geschäftsverlauf

1.3.1 Geschäftsergebnis

Die Gesellschaft beendete auch das Geschäftsjahr 2013 - trotz des politisch und gesellschaftlich schwierigen Umfeldes sowie der Verpflichtungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung der Stadt Halle (Saale) - mit einem Jahresüberschuss von 3.009 T€.

Gegenüber dem im Wirtschaftsplan 2013 eingestellten Zielwert von 2.621 T€ für den Jahresüberschuss ergibt sich somit eine positive Abweichung von 388 T€.

Dieses Ergebnis ist insbesondere auf die in der Vergangenheit durchgeführten bautechnischen Maßnahmen zur Anpassung des Wohnungsbestands und auf eine kundenorientierte Bewirtschaftung des eigenen Wohnungsbestandes zurückzuführen. Erstmals in 2013 mussten Rückbaumaßnahmen ohne Entlastung von Altschulden refinanziert werden.

1.3.2 Mietenentwicklung und Soziale Verantwortung

Die umfassende Betreuung der Mieter über das übliche Vermietungsgeschäft hinaus ist ein wichtiger Bestandteil des aktiven Kundenmanagements. Der Zweck des Unternehmens ist eine sichere und **sozial verantwortbare Wohnungsversorgung** breiter Schichten der Bevölkerung, vor allem auch einkommensschwacher Bürger. Zur **Sicherung der wirtschaftlichen Existenz** ist dennoch im Rahmen einer moderaten Mietenpolitik nicht zuletzt die Notwendigkeit zur Kostendeckung zu berücksichtigen.

Durch den in der kreisfreien Stadt Halle (Saale) existierenden Mietspiegel besteht eine Orientierung bei der Preisgestaltung. Die Vereinbarung des verfügbaren Preiskorridors mit einer Sozialverträglichkeit und langfristiger Kundenbindung ist eine der großen Herausforderungen für die Wohnungswirtschaft in den nächsten Jahren. Durch gestiegene gesetzliche Anforderungen an den Wärmeschutz bei energetischen Maßnahmen einerseits und der im Gegenzug angedachten „Mietpreisbremse“ werden technisch erforderliche Instandsetzungen oder Modernisierungen an Wohngebäuden nicht mehr ohne die Hinnahme von langfristigen Verlusten refinanzierbar sein.

Die seit mehreren Jahren stagnierenden Angemessenheitsgrenzen für die Kosten der Unterkunft stehen nicht im Einklang mit steigenden Bewirtschaftungskosten und einer schrittweisen Anhebung der Transfereinkommen. Die kommunale Wohnungswirtschaft als Hauptansprechpartner für hilfebedürftige Wohnungssuchende wird bei weiterhin starren Angemessenheitsgrenzen ihren Gesellschaftszweck künftig nicht mehr mit ausgeglichenem Ergebnis erfüllen können.

Neben der Bereitstellung von Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung sieht die GWG ihren sozialen Auftrag auch darin, die Lebensqualität ihrer Mieter zu verbessern. Aus diesem Grund unterstützt die Gesellschaft nicht nur zahlreiche ausgewählte lokale Projekte, sondern stellt im Rahmen des Sozialmanagements und der Seniorenbetreuung auch Personal zur Verfügung, das ganz gezielt auf die Bedürfnisse und Probleme der Mieter eingeht.

Dem hohen Stellenwert des Mietforderungsmanagements sowie der großen Bedeutung der präventiven Arbeit geschuldet arbeiten zwei Sozialbetreuerinnen intensiv mit den Mietern. Kontinuierlich werden einerseits ein Abbau bzw. die Vermeidung von Ertragsausfällen aus der Vermietung für das Unternehmen und andererseits auch der Erhalt der Wohnung für die betreffenden Mieter angestrebt.

Dieses intensive Forderungsmanagement der Gesellschaft ermöglichte zum Berichtszeitpunkt eine zum Vorjahr unveränderte Mietenrückstandsquote von 0,7 Prozent. Die Gesellschaft hatte zum Stichtag offene Mietforderungen in Höhe von 317 T€ (geplant: 318 T€, Vorjahr: 341 T€) zu verzeichnen. Titulierte Forderungen, deren Vollstreckung im Unternehmen erfolglos blieb, werden an ein Inkassobüro zur weiteren Verfolgung übergeben.

Durch vielfältige, individuelle Serviceleistungen in Kombination mit Wohnraumanpassungen soll den Mietern noch stärker als bisher die Möglichkeit gegeben werden, möglichst lange in der vertrauten Wohnumgebung leben zu können und auch bei Krankheit oder Pflegebedürftigkeit nicht in ein Pflegeheim umziehen zu müssen. Zwei Seniorenbetreuerinnen bündeln hierzu Aktivitäten, bauen Netzwerke zwischen sozialen Trägern, Vereinen sowie Serviceanbietern auf und suchen über Gespräche und Hausbesuche den Kontakt zu den Hilfebedürftigen.

1.3.3 Bestandsentwicklung

Das Unternehmen bewirtschaftete zum Stichtag 31. Dezember 2013 einen eigenen Hausbesitz von:

	31.12.2013		31.12.2012	
	Anzahl	Fläche (m²)	Anzahl	Fläche (m²)
Wohneinheiten	9.942	559.726	10.096	568.261
Gewerbeeinheiten	154	14.062	113	12.470
	10.096	573.788	10.209	580.731

Im Rahmen der Wohnungseigentumsverwaltung betreute die Gesellschaft zum Stichtag 13 Wohnungseigentumsanlagen in Halle (Saale) mit insgesamt 349 Mieteinheiten auf einer Fläche von 17.676 m². Zum 31.12.2013 beendete die GWG die Tätigkeit als Verwalterin von Mietwohnungen im Seepark Salzmünde.

Durch Investitionen in die Wohnungsinstandsetzung ist es der Gesellschaft gelungen, die **Leerstandsquote** im Gesamtbestand von 8,6 Prozent per 31.12.2012 auf **6,5 Prozent per 31.12.2013** zu reduzieren. Im marktaktiven Kernbestand konnte der Leerstand auf 5,0 Prozent per 31.12.2013 ebenfalls reduziert werden (5,9 Prozent per 31.12.2012). Komplette leer gezogene und nicht mehr bewirtschaftete Gebäude/Wohnungen waren dabei nicht mehr Bestandteil der Betrachtung.

Die **Investitionen in den Kernbestand** leisten den wichtigsten Beitrag zur Portfolio-Optimierung der Gesellschaft und erhöhen die Zufriedenheit der Mieter und Interessenten. Alle Maßnahmen sind verbunden mit einem hohen Maß an sozialer Kompetenz und Engagement am Standort.

Mit dem „Boardinghaus weinberg campus“ **erweiterte die GWG ihr Angebotsportfolio** im Bereich der Vermietung möblierter Apartments. Sie reagierte damit auf den bereits zuvor ermittelten Bedarf an Gästewohnungen, den viele Unternehmen des ansässigen Technologieparks sowie die Universitätseinrichtungen am Standort haben. Dafür wurde im Jahr 2012 damit begonnen, das Ensemble von drei spätklassizistischen Gebäuden denkmalgerecht zu sanieren sowie zwei Neubauten zu ergänzen.

Insgesamt entstanden **42 voll möblierte Apartments** mit Empfangsgebäude und Rezeption sowie halböffentliche Aufenthaltsbereiche für die Gäste. Die Ein- bzw. Zweiraum-Wohnungen sind zwischen 28 und 52 m² groß, ausgestattet mit Bad, Küchenzeile sowie Telefon- und Internetzugang. Die technische Ausstattung sowie das Mobiliar erfolgten in mittlerem bis gehobenem Standard. Das Ensemble wurde im Oktober 2013 fertiggestellt.

In Fortführung des Projekts zur Internationalen Bauausstellung 2010 „Oleanderweg 25 - 45“ wurde der Umbau des Gebäudes Rennbahnring 18, 16 - 4, welches sich an dem **Konzept des Mehrgenerationenhauses** orientiert, fortgesetzt. Die entstandenen 90 Wohnungen mit individuellen Raumkonzepten konnten im Februar 2014 an die Mieter übergeben werden. Ein großer Schwerpunkt lag bei diesem komplexen Umbauvorhaben auf möglichst geringen Barrieren. Durch die neu eingebauten, innen liegenden Aufzüge können die Bewohner ihre Wohnung barrierefrei erreichen. Niedrige Balkonzugänge sowie Duschen mit flachen Einstiegen runden das Gesamtkonzept ab.

Mit den bereits im Vorjahr als Rückstellung für Aufwendungen aus öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen bilanzierten Maßnahmen zur Erhöhung des vorbeugenden Brandschutzes wurden im Berichtsjahr in zwei elfgeschossigen Häusern begonnen. Diese Maßnahmen werden im Geschäftsjahr 2014 voraussichtlich vollständig abgeschlossen sein.

Für Anpassungen des Wohnungsbestands an Markterfordernisse und für die zielgruppengerechte Gestaltung des Angebotsportfolios in Halle-Neustadt wurden in 2013 insgesamt 260 Wohnungen umfangreich instandgesetzt und im Anschluss daran vermietet.

Im Jahr 2013 hat die Gesellschaft ihre Strategie zur Erweiterung des Wohnungsangebotes durch den Ankauf einer Bestandsimmobilie außerhalb von Halle-Neustadt weiter umgesetzt. Das erworbene, bereits 1998 grundhaft sanierte Gebäude verfügt über 53 Wohnungen und ist im Stadtteil Frohe Zukunft gelegen. Auch in den Folgejahren sind Bestandszukäufe geplant, um das Angebotsportfolio der Gesellschaft weiter zu diversifizieren.

Die Gesellschaft hat auch in 2013 Rauchwarnmelder in ihren Wohnungsbestand eingebaut. Insgesamt wurden damit bereits über 50 Prozent des Gebäudebestandes mit Rauchwarnmeldern ausgestattet. Die GWG hat auch hier ihr Planungsziel erreicht.

Für den in den 1990er Jahren zur Privatisierung an Bestandsmieter in Wohneigentum umgewandelten Wohnungsbestand wurden im Berichtsjahr strategische Ausrichtungen zur weiteren Bewirtschaftung definiert. Die Gesellschaft wird ca. die Hälfte der Gebäude aufgrund der zum Teil geringen Nachfrage nach Wohneigentum in Großwohnsiedlungen dauerhaft zur eigenen Vermietung anbieten und hat umfangreiche Instandsetzungsmaßnahmen in den Wohnungen durchgeführt. Aus dem übrigen, teilprivatisierten Gebäudebestand wurden im Jahr 2013 zehn Eigentumswohnungen veräußert.

1.3.4 Personalentwicklung und Familienfreundlichkeit

Seit 2006 trägt die Gesellschaft das Zertifikat „berufundfamilie®“ und praktiziert moderne Personalentwicklungsmethoden, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen und fördern. Flexible Arbeitszeiten, Jahresarbeitszeitkonten sowie individuelle Fördermaßnahmen für die Beschäftigten sind Eckpfeiler einer familienbewussten Personalpolitik. Die Gesellschaft genießt für ihr Engagement gegenüber ihren Kunden und Mitarbeitern große Anerkennung. Damit nimmt die GWG eine Vorbildrolle ein, die u. a. auch zu der Mitwirkung in der Unternehmerinitiative „Familienfreundliches Halle“ geführt hat. Durch dieses Engagement stärkt die GWG die Stadt Halle (Saale) und die Region als familienfreundlichen Standort für die Beschäftigten.

Auch im Jahr 2013 bot die Gesellschaft acht jungen Menschen sowie einem Umschüler die Chance, einen kaufmännischen Beruf zu erlernen. Die Beschäftigten der Gesellschaft konnten zahlreiche Weiterbildungsangebote und Schulungen in Anspruch nehmen. Für Schüler und Studenten konnten auch in 2013 wieder regelmäßig Praktikumsplätze vergeben werden.

Seit Jahren arbeitet die Gesellschaft mit Zielvorgaben, die sich als erfolgreiches Führungselement erwiesen haben und damit zum Unternehmenserfolg beitragen. Das Führen nach Zielen, Transparenz und Delegation sind unverzichtbare Motivationselemente im Unternehmen.

1.3.5 Stadtentwicklung in Halle (Saale)

Die nachhaltige Stadtentwicklung ist eine vorrangige sowohl städtebauliche als auch wohnungspolitische Zielstellung. Bei der Bewältigung der städtebaulichen und wohnungswirtschaftlichen Folgen von Schrumpfung und Strukturwandel hat sich das Programm „Stadtumbau-Ost“ sehr bewährt. Es ist zunehmend zu beobachten, dass der vollständige Abriss von Gebäuden durch die kommunale Wohnungswirtschaft allein vorgenommen wird. Die Bundesregierung hat die bisherige Entlastung von Altschulden bei Rückbau oder Modernisierung innerstädtischer Quartiere im Berichtsjahr ungeachtet der real existierenden Bedarfe auslaufen lassen. Ein erneutes Entlastungsprogramm für die Altschulden der ostdeutschen Wohnungswirtschaft ist derzeit nicht absehbar. Damit ist das Förderprogramm Stadtumbau-Ost das einzig verbliebene Instrument zur Stadtentwicklung für die Wohnungswirtschaft. Ungeachtet dessen soll auch dieses Programm in 2016 beendet werden.

1.3.6 Risikomanagement im Konzern

Die Gesellschaft verfügt über ein Risikomanagementsystem, welches den Vorgaben des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) folgt, auf die Erfordernisse der Aufbau- und Ablauforganisation der Gesellschaft ausgerichtet ist und ständig an aktuelle Anforderungen angepasst wird.

Das Risikomanagement zielt auf eine aktive Steuerung und Überwachung der Risiken, die sich wesentlich auf den Erfolg des Unternehmens auswirken könnten. Die frühzeitige Erkennung negativer Tendenzen ermöglicht, zeitnah Maßnahmen zur Gegensteuerung zu ergreifen.

Ein Kernstück der Informationsaufbereitung stellen die monatlichen Chefzahlen dar. Sie enthalten in zusammengefasster Form wesentliche aktuelle Kennzahlen und Einschätzungen aus allen Bereichen des Unternehmens und der 100 %igen Tochtergesellschaft Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH (BHT).

Die Tochtergesellschaft BHT hat sich weiter stabilisiert und beendete das Geschäftsjahr 2013 mit einem Jahresergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 241 T€ (geplant: 56 T€, Vorjahr: 214 T€).

1.3.7 Stadttrendite

Die GWG beurteilt im Rahmen des Unternehmenserfolgs bereits seit 2005 ihre Leistungen zur Stadttrendite. Als kommunales Wohnungsunternehmen übernimmt die Gesellschaft Verantwortung für die Stadt Halle (Saale), weit über die formale Erfüllung des Wohnraumversorgungsauftrags hinaus. Die Stadttrendite beinhaltet Leistungen, die langfristig Vorteile für das Unternehmensergebnis bewirken, aber auch zu einem wesentlichen Anteil positive Effekte für die Stadt bringen. Die Stadttrendite in ihrer Ergebnisbewertung ergänzt die rein finanzwirtschaftliche Renditebetrachtung.

Die Maßnahmenkomplexe Stadtentwicklung, Finanzen, Soziales, kommunale Leistungen sowie interne Leistungen für eigene Mitarbeiter sind Bestandteil der Ermittlung und werden hinsichtlich ihrer inhaltlichen Bestimmung geprüft, bewertet und jährlich aktualisiert.

1.3.8 Hochwasserkatastrophe 2013

In der Zeit vom 04.06. bis 08.06.2013 ereignete sich in der Stadt Halle (Saale) ein Hochwasser mit einem Pegelmesswert von 8,16 m am Unterpegel Halle-Trotha. Durch dieses Extremhochwasser waren etwa zwei Drittel des Wohnungsbestandes der GWG von einer Überflutung bedroht. Nur durch den unermüdlichen und enormen Einsatz von Bundeswehr, Berufsfeuerwehren und unzähligen Freiwilligen konnte eine Katastrophe abgewendet werden. Einzelne Stromabschaltungen im Wohnungsbestand durch den Energieversorger sowie die präventive Evakuierung einer im GWG-Bestand betriebenen Pflegeeinrichtung führten zu temporären Einschränkungen der Lebensqualität.

Die Gesellschaft hat daraufhin ihre Notfallpläne erweitert und konnte aus diesem für die Einwohner nahezu unschädlich verlaufendem Ereignis wichtige Erkenntnisse für einen eventuell wiederkehrenden Ernstfall gewinnen.

1.4 Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

1.4.1 Ertragslage

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2013 mit einem Jahresüberschuss von 3.009 T€ ab, der überwiegend aus dem Kerngeschäft erwirtschaftet wurde.

Das Ergebnis aus der Hausbewirtschaftung erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 2.631 T€ und schließt mit einem Überschuss in Höhe von 13.129 T€ ab. Die positive Entwicklung resultiert vor allem aus niedrigeren Instandhaltungsaufwendungen (Inanspruchnahme der in Vorjahren gebildeten Rückstellungen) und der weiteren Reduzierung leerstandsbedingter Einnahmeausfälle. Weiterhin führten moderate Mieterhöhungen entsprechend Marktlage und die Umlage von Modernisierungskosten zu einem Anstieg der Istmieten (um 667 T€).

Das negative Finanzergebnis (5.217 T€) resultiert überwiegend aus Zinsaufwendungen für die Darlehen der Gesellschaft, denen (im Ergebnis des derzeitigen Zinsniveaus) nur unwesentliche Zinserträge gegenüber stehen. Die Verbesserung gegenüber dem Vorjahr ist auf den Rückgang der Zinsaufwendungen in Höhe von 455 T€ (durch Umschuldungen und Prolongationen von Darlehen) zurück zu führen. Der Anteil des Kapitaldienstes an der Nettomiete beträgt 38,6 Prozent.

Außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen von Wohnbauten und nicht verwertbaren Grundstücken führten zu einem negativen außerordentlichen Ergebnis von 3.927 T€.

Da die Gesellschaft das Geschäftsjahr 2013 mit einem positiven Jahresergebnis abschließt, ist eine Gesamtkapitalverzinsung gegeben. Die Gesamtkapitalrentabilität beträgt für das Geschäftsjahr 2013, wie bereits im Vorjahr, 2,6 Prozent.

1.4.2 Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft stellte sich auch im Geschäftsjahr 2013 positiv dar. Dies ist hauptsächlich auf Mittelzuflüsse im Bereich des Kerngeschäftes zurückzuführen.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 12.430 T€ reichte aus, um den Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit von 12.274 T€ zu decken. Im Bereich der Finanzierungstätigkeit führten insbesondere die Gewinnausschüttungen an die Stadt Halle (Saale) - trotz weiterer Darlehensaufnahmen - zu einem Mittelabfluss von 2.173 T€, was zu einem Rückgang des Finanzmittelfonds um 2.017 T€ am Ende der Periode führte.

1.4.3 Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr 2012 geringfügig um 24 T€ erhöht.

Auf der Aktivseite war bei den flüssigen Mitteln ein Rückgang um 2.017 T€, insbesondere aufgrund der Gewinnausschüttungen in Höhe von insgesamt 5.557 T€ für die zwei vorangegangenen Geschäftsjahre an die Gesellschafterin, zu verzeichnen. Die Sachanlagen hingegen weisen einen Wertanstieg von 1.806 T€ aufgrund der Investitionen von 12.594 T€ aus, denen Abschreibungen von 10.520 T€ (davon 3.932 T€ außerplanmäßig) gegenüber stehen. Die Passivseite erhöhte sich vor allem im Bereich der lang- und mittelfristigen Verbindlichkeiten (um 3.179 T€) – hier vor allem bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aufgrund der Neuaufnahme von Darlehen in Höhe von 10.322 T€, die durch planmäßige Tilgungen von 6.887 T€ reduziert wurden.

Einem durchschnittlichen Buchwert der Wohn- und Geschäftsbauten von 485,72 € je qm stand zum Bilanzstichtag eine durchschnittliche Verschuldung von 225,41 € je qm gegenüber.

Das mittel- und langfristige Vermögen wird ausreichend durch mittel- und langfristig verfügbare Eigen- und Fremdmittel gedeckt. Die Eigenmittelquote (Eigenkapital zuzüglich Sonderposten für Investitionszulage / Gesamtkapital) wird mit 52,6 Prozent ausgewiesen.

Die Vermögens- und Finanzverhältnisse sind geordnet. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

1.4.4 Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Folgende Leistungsindikatoren kennzeichnen das Geschäftsjahr 2013:

	Einheit	Ist-Wert	Plan-Wert
Sollmiete des Gesamtbestands	€/m ² monatlich	4,88	4,86
Erlösschmälerung der Sollmiete	Prozent	5,8	9,3
Verschuldungsgrad	Prozent	40,2	39,4
Eigenmittelquote	Prozent	52,6	53,8
Gesamtkapitalrentabilität	Prozent	2,6	2,6

2 Nachtragsbericht

In der Zeit zwischen dem 31.12.2013 und dem Berichtszeitpunkt wurde der in 2012 begonnene komplexe Umbau des Gebäudes Rennbahnring 18, 16 - 4 abgeschlossen und an die Mieter im Februar 2014 übergeben. Weitere berichtspflichtige Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach dem Ende des Geschäftsjahres 2013 nicht ereignet.

3 Prognosebericht

Die Gesellschaft geht auch für die folgenden Geschäftsjahre von einer weiterhin stabilen Unternehmensentwicklung aus. Die von der Gesellschafterin erwartete Gewinnausschüttung an den städtischen Haushalt wurde für das Geschäftsjahr 2014 in Höhe von 1,6 Mio. € geplant. Bei einer veränderten Ausschüttungshöhe sind die im Folgenden bezifferten Prognosewerte unter Vorbehalt zu sehen.

Die Investitionen aus dem Jahr 2013 sowie die geplanten Rückbaumaßnahmen in 2014 bewirken eine Steigerung der durchschnittlichen Sollmiete je m² des Gesamtbestandes auf voraussichtlich 4,96 €/m². Dabei ist zu erwähnen, dass diese Steigerung aufgrund des insgesamt rückläufigen Wohnungsbestandes nur als relativer Wert gesehen werden muss, die absolut geplanten Erträge aus Sollmieten für 2014 wurden auf Vorjahresniveau geplant.

Durch den weiterhin zu berücksichtigenden demografischen Wandel und der zunehmenden Alterung der Bevölkerung in Halle-Neustadt geht die Gesellschaft von einem leichten Anstieg der Erlösschmälerung der Sollmieten auf 6,0 Prozent in 2014 aus. Die nächste regionalisierte Bevölkerungsprognose, die voraussichtlich Ende des Jahre 2014 erscheinen wird, gibt Aufschluss darüber, ob die bisher sehr pessimistischen Prognosen Dritter zur Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt allgemein und in Halle (Saale) speziell Bestandskraft haben oder verändert werden müssen.

Die Gesellschaft wird neue Kreditverbindlichkeiten in 2014 voraussichtlich in geringerem Umfang aufnehmen als planmäßig Tilgungsleistungen erbracht werden. Im Zusammenhang mit dem Rückgang des Gesamtkapitals führt dies zu einem nahezu unveränderten Verschuldungsgrad von 40,3 Prozent. Unter der Voraussetzung, dass die Verwendung der Bilanzgewinne durch die Gesellschafterin plankonform erfolgt, geht die Gesellschaft von einer Eigenmittelquote von 53,8 Prozent zum Ende des Geschäftsjahres 2014 aus.

Für die Gesamtkapitalrentabilität 2014 geht die Gesellschaft von einem gegenüber dem Geschäftsjahr 2013 unveränderten Wert von 2,6 Prozent aus.

4 Risikobericht

4.1 Risikomanagementsystem

Die GWG ist mit ihren Planungs-, Portfolio- und Controllinginstrumenten in der Lage, negative Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und geeignete Steuerungsmaßnahmen zu ergreifen. Eine enge Vernetzung von Vermietungs- und Investitionsstrategien ermöglicht dabei eine effiziente Risikosteuerung.

Zur Einhaltung der Vorgaben des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) wird ein eigens dafür eingerichtetes Frühwarnsystem betrieben, welches die wesentlichen Kennziffern der Sollmiete, des Leerstands sowie über finanzwirtschaftliche Kennziffern wie Verschuldungsgrad und Forderungsquoten die Risiken des Geschäftsbetriebes permanent erfasst und bei Abweichungen an die Geschäftsleitung berichtet.

4.2 Risiken

Die beendete Altschuldenhilferegulierung stellt die Gesellschaft bei ihren Aufgaben für die nächsten zehn Jahre vor die finanzielle Herausforderung, die noch bestehenden Altschulden aus dem verbleibenden Kernbestand zu bedienen. Rückbau und Abriss werden auch in den Folgejahren zu einer Reduzierung des Immobilienbestandes der Gesellschaft in Halle-Neustadt führen. Dieser Umstrukturierungsprozess wird dann allein durch Eigenmittel der Gesellschaft zu leisten sein.

Im Stadtteil Halle-Neustadt wird ein Rückgang der wohnungsnachfragenden Haushalte zwischen 20 und 30 Prozent prognostiziert. Für die Gesellschaft kann das bedeuten, dass ca. 1.800 Wohnungen durch Abriss und Rückbau bis 2025 vom Markt genommen werden müssen. Zur Vorbereitung dieses Umstrukturierungsprozesses hat die Gesellschaft ein Portfoliosystem installiert, welches die Zukunftsfähigkeit des Bestandes objektkonkret untersucht und daraus Perspektiven aufzeigt.

Die Gesellschaft geht nicht davon aus, dass das bis zum Jahr 2016 befristete Förderprogramm „Stadtumbau-Ost“ in seiner aktuellen Form verlängert wird. Daraus entsteht zusätzlich das Risiko, dass leerstehende Gebäude wegen fehlender Fördermittel nicht kostendeckend oder gar nicht abgerissen werden können.

Die Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) hat seit dem Jahr 2008 zur eigenen Haushaltskonsolidierung insgesamt € 43,6 Mio. Liquidität aus der Gesellschaft entnommen. Weitere finanzielle Erwartungen der Gesellschafterin in den Folgejahren können nicht ausgeschlossen werden.

4.3 Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten

Derivative Finanzinstrumente werden von der Gesellschaft nicht eingesetzt.

5 Chancenbericht

Die GWG bewirtschaftet ihren Wohnungsbestand im Rahmen ihrer Ertragskraft in einem auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Geschäftsmodell und berücksichtigt dabei soziale, städtebauliche und ökologische Aspekte. Der Bedarf an Investitionen wird auch zukünftig auf hohem Niveau bleiben müssen. Wesentliche Grundlage aller Aktivitäten ist immer die Wirtschaftlichkeit.

Das kommunale und soziale Engagement der Gesellschaft in der Quartiersentwicklung und in der Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement ist ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierung der Wohnquartiere. Für die Gesellschaft besteht hier auch in Zukunft eine ihrer Hauptaufgaben, in deren Ergebnis für die Stadt Halle (Saale) eine Sozialrendite im engeren und Stadtrendite im weiteren Sinn erwirtschaftet wird.

Auch in den Folgejahren wird die Energieeffizienz des Gebäudebestandes weiter verbessert. Mit einer nachhaltigen Modernisierung dafür geeigneter Objekte leistet die Gesellschaft einen Beitrag zur weiteren Aufwertung ihres Bestandes und zum Klimaschutz.

Neue Ertragspotenziale ergeben sich aus dem Erwerb von Grundstücken, dem Neubau und der Entwicklung von Immobilien außerhalb des Stadtteils Halle-Neustadt. Dabei wird insbesondere das Ziel verfolgt, das Immobilienportfolio schrittweise zu diversifizieren. Die Gesellschaft wird diese Strategie auch in den kommenden Jahren konsequent weiter verfolgen. Das Kerngeschäft umfasst jedoch weiterhin die Entwicklung und Bewirtschaftung des Immobilienbestandes in Halle-Neustadt.

Zu einer der besonderen Aufgaben der Gesellschaft zählt der Umgang mit älter und in Teilen ärmer werdenden Mietern. Diese wachsende Kundengruppe benötigt eine qualifizierte Betreuung und Begleitung im Alltag. Durch die auch in Zukunft fortzuführende Seniorenbetreuung und den Einsatz von Nachbarschaftshelfern stellt sich die GWG dieser Herausforderung mit dem Ziel, ihre Mieter möglichst lange in ihrem vertrauten Wohnumfeld zu halten und damit ihre Kundschaft langfristig an sich zu binden.

Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Hansering 19 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	102.259		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	102.259	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Gegenstand des Unternehmens umfasst die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Die Gesellschaft kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen und ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar dienlich sind.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Betätigungen im Bereich der Wohnungswirtschaft dienen einem öffentlichen Zweck und sind unter der Voraussetzung des § 116 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 GO-LSA zulässig.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Wahlen, Heinrich	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzender	Zojesky, Hans-Peter	
		David, Dirk	
		Ewert, Gertrud	
		Fleischer, Beate	(seit 08.02.2013)
		Fritz, Melanie	
		Haupt, Ute	
		Dr. Meerheim, Bodo	

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2013 erfolgt.

Aufsichtsrat:

Rothe, Uwe
Sänger, Frank
Sommer, Manfred
Sprung, Michael

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	23	25	28

c) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Genossenschaft Volksbank Halle e. G.	0	0,00
Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH	50	50,00
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	10	99,90

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

	2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	507.758	91	483.906	89	475.090	89	23.852	5
Umlaufvermögen	39.793	7	46.211	9	47.570	9	-6.418	-14
Rechnungsabgrenzungsposten	12.383	2	10.689	2	8.812	2	1.694	16

Bilanzsumme

559.934	100	540.806	100	531.472	100	19.128	4
---------	-----	---------	-----	---------	-----	--------	---

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	247.623	44	250.720	46	241.948	46	-3.097	-1
Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	12.288	2	12.569	2	12.911	2	-281	-2
Rückstellungen	3.912	1	3.500	1	3.287	1	412	12
Verbindlichkeiten	295.759	53	273.644	51	273.326	51	22.115	8
Rechnungsabgrenzungsposten	352	0	373	0	0	0	-21	-6

Bilanzsumme

559.934	100	540.806	100	531.472	100	19.128	4
---------	-----	---------	-----	---------	-----	--------	---

bb) GuV

	2013	2012	2011
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	80.543	78.285	78.251
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	758	1.097	-1.261
andere aktivierte Eigenleistungen	2.134	2.625	2.675
sonstige betriebliche Erträge	3.169	3.662	4.174
Aufwand für Hausbewirtschaftung, Verkaufsgrundstücke und andere Lieferungen und Leistungen	36.472	35.423	35.402
Personalaufwand	12.206	11.546	11.250
Abschreibungen	9.257	8.821	9.613
sonstige betriebliche Aufwendungen	8.129	8.166	9.297
Erträge aus Beteiligungen	107	97	97
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	135	256	375
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10.714	10.836	11.054
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	10.068	11.230	7.695
außerordentliche Erträge	3.435	12.384	2.622
außerordentliche Aufwendungen	4.347	14.646	3.770
außerordentliches Ergebnis	-912	-2.262	-1.148
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	251	191	-68
sonstige Steuern	5	5	5
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	8.900	8.772	6.610
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	14.933	7.038	8.389
Ausschüttung	12.000		7.300
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	890	877	661
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	10.943	14.933	7.038

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	11,05	11,20	8,45	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,76	3,72	2,81	%
Cash-Flow:	18.157	17.592	16.223	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	372	381	378	T€
Personalaufwandsquote:	14,09	13,48	13,42	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	90,38	89,24	89,38	%
Eigenkapitalquote:	44,22	46,36	45,52	%
Fremdkapitalquote:	55,78	53,64	54,48	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Wohneinheiten	16.006,00	16.319,00	16.536,00	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	9,41	10,75	12,27	%
Wohneinheiten Leasingbestand	2.240,00	2.244,00	2.244,00	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten Leasingbestand	2,46	2,05	1,83	%
Gewerbeeinheiten	288,00	283,00	290,00	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	16,67	16,61	18,28	%
Gewerbeeinheiten Leasingbestand	20,00	16,00	16,00	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten Leasingbestand	0,00	0,00	0,00	%

e) Lagebericht

1. Grundlagen des Unternehmens/des Konzerns

1.1 Unternehmensstrategien und -ziele

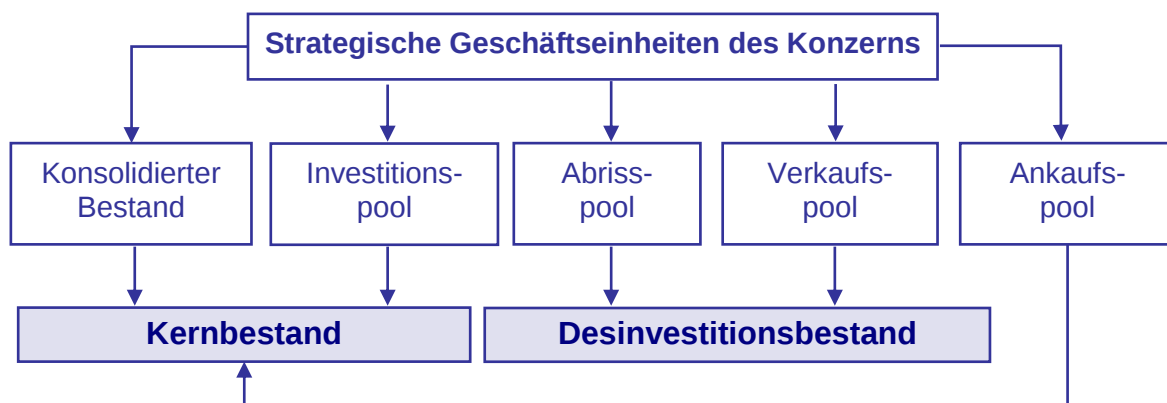
Die Basis für das unternehmerische Handeln der Gesellschaft, welche ihr Tätigkeitsfeld auf dem regionalen Immobilienmarkt in Halle (Saale) hat, ist der Gesellschaftsvertrag. Darin ist der Gegenstand / der Zweck der Gesellschaft festgehalten. Er besteht vorrangig in einer sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsvergorgung der breiten Schichten der Bevölkerung.

Demnach orientiert sich das Geschäftsmodell der Gesellschaft nicht ausschließlich an Renditeerwartungen. Ein solides wirtschaftliches Fundament bildet jedoch die Voraussetzung für soziales, ökologisches und städtebauliches Engagement. Insbesondere im Bereich Stadtumbau und Stadtentwicklung arbeitet die Gesellschaft eng mit der Stadt Halle, dem alleinigen Gesellschafter, zusammen. Neben der Übernahme von Aufgaben des Städtebaus und der städtischen Infrastruktur ist die Gesellschaft auch auf die Erwirtschaftung einer angemessenen Rendite für den Gesellschafter ausgerichtet.

Vor diesem Hintergrund sieht die Gesellschaft Wohnen als Wirtschafts- und Sozialgut, welches unter Berücksichtigung von ökonomischen, gesellschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekten entwickelt und bewirtschaftet werden muss.

Zur Berücksichtigung von wirtschaftlichen und sozialen Komponenten bedarf es eines ausgewogenen Portfolios, welches Immobilien mit unterschiedlichen Lage- und Ausstattungsqualitäten beinhaltet. Durch eine Quersubventionierung zwischen Wohnungen im Hochpreissegment und im Niedrigpreissegment kann dauerhaft die Versorgung unterschiedlich zahlungskräftiger Bevölkerungsgruppen sichergestellt werden.

Zur Weiterentwicklung des Portfolios und der jeweiligen strategischen Bestandsausrichtung wird dieses in Kernbestand und Desinvestitionsbestand gegliedert. Die Bestandszuordnung wird aufgrund aktueller Marktkennntnisse, Rahmenbedingungen und strategischer Planungsszenarien laufend überprüft und angepasst.



Bei Immobilien handelt es sich um langlebige Wirtschaftsgüter. Investitionen sind auf einen entsprechend langen Zeithorizont angelegt und finanziert. Sämtliche Überlegungen und Handlungen zur Entwicklung und Bewirtschaftung der Bestände erfolgen deshalb mit Augenmaß und Weitblick, damit nachhaltig attraktive Wohnungen geschaffen werden.

Dabei stehen die Bedürfnisse der Mieter im Mittelpunkt. Um sicherzustellen, dass bereits in der Planungsphase Bewirtschaftungs- und Nutzerbelange in den Fokus rücken, arbeiten zur Vorbereitung von Investitionsmaßnahmen alle vom Prozess betroffenen Unternehmensbereiche in Form einer Projektorganisation zusammen. In diesem Rahmen werden alle Kräfte mit dem Ziel einer zielgruppenspezifischen Bestandsentwicklung gebündelt.

Die Attraktivität der eigenen Wohnung ist jedoch nur ein Baustein für die Zufriedenheit der Mieter. Die Bedürfnisse der Mieter gehen zunehmend über die eigentliche Wohnungsanmietung hinaus. Ein gepflegtes Wohnumfeld mit guten Nachbarschaften, eine hohe Servicequalität sowie Angebote zu weiteren Dienstleistungen gehören ebenfalls dazu. Ein umfangreiches Sozial- und Quartiersmanagement wird deshalb ein wesentlicher Bestandteil bei der Weiterentwicklung des Geschäftsmodells sein. Die Bestandsentwicklung erfolgt bereits jetzt auf Quartiersebene.

Zur Umsetzung der strategischen Zielsetzungen benötigt die Gesellschaft auch zukünftig qualifiziertes Personal. Der Beschäftigungsmarkt, insbesondere in Bezug auf Fachkräfte, ist verstärkt angespannt. Die Umsetzung des qualifizierten Personalentwicklungskonzeptes sowie die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind deshalb weitere bedeutende Unternehmensziele.

1.2 Konsolidierungskreis

Mutterunternehmen des Konzerns ist die Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH (HWG mbH) mit Sitz und Tätigkeitsgebiet in Halle (Saale).

In den Konzernabschluss sind das Mutterunternehmen und die Tochterunternehmen HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG, Pullach i. Isartal, (HWG KG) und die Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH (HGWS) einbezogen.

Stammkapital und Beteiligungsverhältnisse werden wie folgt gehalten:

Gesellschaft	Gesellschafter	Anteile	Stammkapital
HWG Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	Stadt Halle (Saale)	100%	EUR 102.259.000
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	HWG Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	99,9%	EUR 9.990
Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH	HWG Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	50%	EUR 50.000

Unternehmensgegenstand der HWG KG ist ausschließlich der Erwerb, die Verwaltung, Vermietung und Verwertung der von der HWG mbH im Jahre 2008 durch ein Sale-and-Lease-Back-Geschäft an die Tochtergesellschaft veräußerten Bestände.

Die HWG KG hält die zu verwaltenden Bestände bilanziell in ihrem Anlagevermögen. Die HWG KG verfügt über keine eigenen Mitarbeiter. Die Bewirtschaftung der Bestände erfolgt durch Mitarbeiter der Muttergesellschaft, der auch das Ergebnis zufließt.

Unternehmensgegenstand der HGWS ist die Sicherung des Wohnungsbestandes in der Stadt Halle (Saale) durch den Erwerb, die Sanierung, den Neubau und die Bewirtschaftung von hochwertigen, überwiegend für Wohnzwecke geeigneten Immobilien, insbesondere aus dem Veräußerungsbestand des Landes Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale).

Die HGWS hält die zu verwaltenden Bestände bilanziell in ihrem Anlagevermögen. Sie verfügt bis auf zwei Geschäftsführer über keine eigenen Mitarbeiter. Die Geschäftsführer sind nicht bei der HGWS angestellt.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2013 moderater gewachsen als in den Jahren zuvor. Die insgesamt schwache Weltkonjunktur sowie die anhaltende Rezession in einigen europäischen Ländern haben insbesondere den Außenhandel belastet. Getragen von den privaten und staatlichen Binnenkonsumausgaben stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) deshalb nur leicht um 0,4%. Damit ist es das schwächste Wirtschaftswachstum seit dem Rezessionsjahr 2009.

Ungeachtet dessen nimmt die Zahl der Erwerbstätigen weiter zu. Im Jahr 2013 hatten nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ca. 41,8 Millionen Erwerbstätige und somit rund 0,6% mehr als im Vorjahr einen Arbeitsplatz in Deutschland. Die Zahl der Erwerbstätigen befindet sich damit auf einem neuen Höchststand.

Darüber hinaus hat sich der Arbeitsmarkt im gesamtwirtschaftlichen Umfeld nur wenig verändert, zeigt sich aber weiterhin robust. Die Arbeitslosenquote ist nur geringfügig von 6,8% auf 6,9% gestiegen und befindet sich damit weiterhin auf dem nahezu niedrigsten Stand seit 1991.

Trotz der Zunahme der Erwerbstätigen hat sich die positive Entwicklung der real verfügbaren Einkommen aus den Vorjahren in 2013 nicht fortgesetzt. Der Anstieg der Nominallöhne fiel deutlich geringer aus und wurde durch die Preisentwicklung mehr als aufgehoben, obwohl sich die Verbraucherpreise im Jahr 2013 mit einem Anstieg um 1,5% (Vj. 2,0%) moderater entwickelten. Seit dem Jahr 2009 ist dies mit 0,2% der erste Rückgang der Reallöhne.

Ein Grund für den Rückgang dieser Teuerungsrate ist in der Entwicklung der Energiepreise zu finden. Diese gehörten im Jahr 2013 mit Preiserhöhungen von durchschnittlich 1,4% nicht mehr zu den preistreibenden Faktoren. Hier standen im abgelaufenen Geschäftsjahr die Nahrungsmittel mit einem Preisanstieg von 4,4% im Vordergrund.

Dennoch haben sich die Energiepreise sehr differenziert entwickelt. So gewann der Preisanstieg beim Strom mit 11,9% deutlich an Dynamik (u. a. wegen der EEG-Umlage), während die Preise für leichtes Heizöl nach dem deutlichen Aufwuchs im Vorjahr wieder stark gefallen sind.

Dies zeigt, dass der Energiemarkt teilweise erheblichen Schwankungen unterliegt. Die weitere Entwicklung ist im Wesentlichen vom Verbrauch bzw. von der Nachfrage geprägt. Im Hinblick auf die aktuell schwache Weltkonjunktur kann deshalb aus diesem geringeren Preisanstieg keine Trendänderung abgeleitet werden. Eine Begrenzung der Energiekosten durch eine höhere Energieeffizienz von Gebäuden, eine verbesserte Anlagensteuerung und eine Diversifizierung von Energieträgern und von Versorgern wird in den nächsten Jahren deshalb weiterhin eine zentrale Aufgabe der Immobilienwirtschaft bleiben.

Die Wohn- und Wohnnebenkosten spielen für die privaten Haushalte eine besondere Rolle, immerhin machen diese bei deren Ausgaben im Durchschnitt den größten Anteil aus. Dieser Teilindex des Verbraucherpreisindex erhöhte sich in 2013 um 2,0% (Vj. 2,3%).

Dabei fiel der Anstieg der Nettokaltmieten mit 1,3% erneut deutlich niedriger aus als bei den Wohnnebenkosten (Haushaltsenergie 4,1%) und lag wiederholt unter dem Verbraucherpreisindex. Die Spanne zwischen den Wohn- und Wohnnebenkostensteigerungen hat sich demnach verringert, führt aber weiterhin dazu, dass die Wohnnebenkosten immer mehr an Bedeutung gewinnen.

Die Wirtschaftsleistung der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft ist im Jahr 2013 insgesamt mit einem Plus von 0,9% überdurchschnittlich angestiegen. Beim Baugewerbe sank diese dem entgegen deutlich um 1,2%. Dennoch zeigt das Teilmarktsegment Wohnungsbau mit einem Zuwachs von 0,3% im vierten Jahr in Folge einen positiven Trend. Das historisch niedrige Zinsniveau sowie die expansive Geldpolitik der EZB tragen hierzu bei.

Auch der Wohnungsneubau profitiert von dieser Situation. Immobilien werden weitgehend als sichere und werthaltige Kapitalanlage gesehen. Allerdings beschränkt sich diese Entwicklung eher auf die Wachstumsregionen.

Positiven Einfluss auf die Grundstücks- und Wohnungswirtschaft hat auch die aktuelle Bevölkerungsentwicklung. Zu Beginn des Jahres 2013 lebten unter Berücksichtigung des Zensus 2011 in Deutschland gut 80,5 Mio. Personen. Nach Schätzung des Statistischen Bundesamtes hat die Bevölkerung bis zum Jahresende auf knapp 80,8 Mio. Personen zugenommen. Die Bevölkerung ist damit zum dritten Mal in Folge, insbesondere durch Wanderungsgewinne gegenüber dem Ausland, gewachsen.

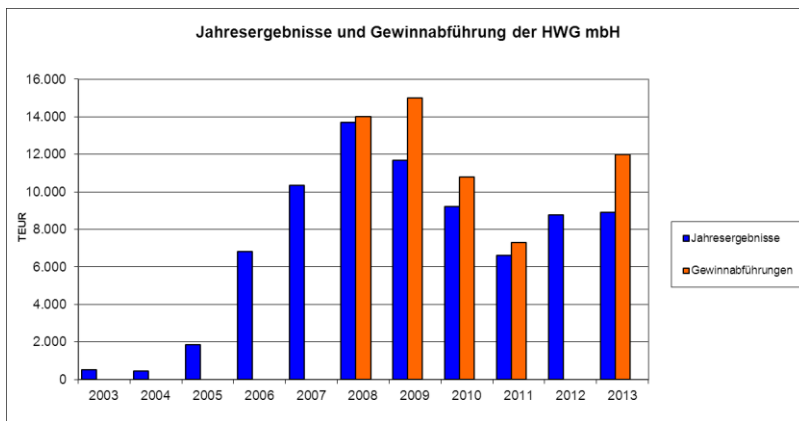
In der Stadt Halle konnte im vierten Jahr in Folge ein Einwohnerzuwachs verzeichnet werden. Dieser ist allerdings geringer ausgefallen als in den Jahren davor. Von diesem Zuwachs profitiert erneut die Bevölkerungsgruppe der bis Achtzehnjährigen. Die Altersgruppe zwischen achtzehn und dreißig Jahren muss hingegen deutliche Verluste hinnehmen.

Die Entwicklung der Hauptwohnsitzbevölkerung in Halle verläuft derzeit positiver als bisher prognostiziert. Hauptursachen sind die Bildungszuwanderung und die rückläufige Suburbanisierung. Großstädte sind dadurch von der demografischen Entwicklung weniger stark betroffen als ländliche Gebiete. Aufgrund einer begrenzten Bildungszuwanderung und eines konstanten Geburtendefizits ist zukünftig wieder mit negativeren Entwicklungen zu rechnen.

2.2 Situation und Rahmenbedingungen der HWG mbH

Die HWG mbH hat sich in den letzten Jahren im Hinblick auf ihre Vermögens- und Ertragslage positiv entwickelt.

Dies zeigen die seit elf Jahren in Folge positiven Jahresergebnisse sowie das Wachstum von Vermögen und Bilanzsumme. In 2013 erwirtschaftete die Gesellschaft ein Jahresergebnis in Höhe von TEUR 8.900 (Vj. TEUR 8.772)



Seit 2008 führt die HWG mbH ihre Gewinne im Wesentlichen als Vollausschüttung an ihren alleinigen Gesellschafter, die Stadt Halle (Saale), ab. Im Zeitraum von 2008 bis 2013 wurden an den Gesellschafter insgesamt 59,1 Mio. EUR ausgeschüttet.

Der Liquiditätsentzug hat die Entwicklung der Gesellschaft verzögert. Die einseitige Gewinnverwendung zur Sanierung des städtischen Haushalts hat die Beiträge der Gesellschaft zum Stadtumbau verkürzt. Die Gesellschaft hat dennoch die Leistungen im Bereich der laufenden Instandhaltung auf einem nachhaltigen Niveau gehalten und auch angemessene Bauinvestitionsprogramme realisieren können.

Die Wohnungsmarktlage in der Stadt Halle hat sich insgesamt verbessert. Dennoch stehen in der Stadt immer noch ca. fünfzehntausend Wohnungen leer. Dies entspricht im Hinblick auf den gesamten Wohnungsbestand einem Leerstand von ca. 11%. Eine Normalisierung des Wohnungsmarktes ist deshalb noch nicht eingetreten. Der Wohnungsmarkt in der Stadt Halle ist bis auf wenige Teilsegmente weiterhin von einem Mietermarkt geprägt. Der Konkurrenzdruck und der Verteilungswettbewerb um den vorhandenen Mieterbestand sind weiterhin groß.

Die Gesellschaft muss sich deshalb ständig mit der Frage beschäftigen, wie die Wohnwünsche der Mieter in den kommenden Jahren bis Jahrzehnten aussehen. Die Wohnwünsche werden aufgrund der Marktsituation anspruchsvoller und vielfältiger. Hier gilt es, sich auf die zukünftigen Anforderungen der Mieter an die Wohnung und deren Ausstattung, das Wohnumfeld und die zusätzlichen Serviceleistungen einzustellen und vorzubereiten. Die demografische Entwicklung und Fragen des Klimawandels und der Nachhaltigkeit werden wichtige Bestandteile dieser Herausforderung sein.

Ein allgemein gültiges Konzept hierfür gibt es nicht. Die Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Halle differiert. Während in Teilen der Großwohnsiedlungen, aber auch in innenstadtnahen anderen Stadtvierteln, die Bevölkerungsverluste anhalten, profitieren die innenstadtnahen Quartiere von einer positiven Wanderungsbilanz. Aber auch die Altersstruktur weist in Abhängigkeit von der Lage der Stadtteile innerhalb der Stadt Halle deutliche Unterschiede aus. In zentralen und belebten Stadtteilen leben eher die jüngeren Generationen. In ruhigen Stadtteilen mit großem Grünanteil sind eher die älteren Bevölkerungsgruppen anzutreffen.

In den innenstadtnahen, von positiver Bevölkerungsentwicklung geprägten Stadtteilen hat die Gesellschaft bereits in den vergangenen, aber auch für die nächsten Jahre ihren Investitionsschwerpunkt gesetzt. Die Gesellschaft profitiert mit ihrem diversifizierten Portfolio von dieser Entwicklung. Die Lagevorteile ihres Portfolios und dessen weitere Sanierung stabilisieren ihre Marktposition.

Darüber hinaus werden von der Gesellschaft aber auch Investitionen außerhalb des Investitionsschwerpunktes durchgeführt. Diese dienen vorrangig der Erfüllung des Gesellschaftsauftrages, der sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung. Durch eine derartige Investitionsstrategie mit Investitionen in unterschiedlichen Lage- und Ausstattungsqualitäten kann eine Quersubventionierung zwischen den unterschiedlich zahlungskräftigen Bevölkerungsgruppen sichergestellt werden.

Durch Zukäufe in den innenstadtnahen Wohngebieten und im Stadtkern wurde das Portfolio der Gesellschaft weiter qualifiziert und die Marktposition verbessert. Im Vordergrund stand dabei die Quartiersentwicklung. Durch die Übernahme eines weiteren Verwaltungsgebäudes, welches teilweise vom Gesellschafter angemietet wurde, konnte das Portfolio zudem weiter diversifiziert werden. Mit der geplanten Neubautätigkeit am Riebeckplatz werden die gleichen Ziele verfolgt.

2.3 Geschäftsverlauf

Erwartungsgemäß hat sich der Geschäftsverlauf der HWG mbH und des Konzerns positiv entwickelt. In der Hausbewirtschaftung wurden die wichtigsten wirtschaftlichen Leistungsziele erreicht. Das Jahresbauprogramm wurde in geplantem Umfang realisiert.

Die erfolgreiche Entwicklung der Vorjahre konnte damit fortgesetzt werden.

Im Geschäftsjahr 2013 haben sowohl die Muttergesellschaft als auch der Konzern erneut ein positives Ergebnis erwirtschaftet. Der Jahresüberschuss liegt jeweils deutlich über der Planung.

Durch gezielten Leerstandsabbau und die Investitionstätigkeit sind die Umsatzerlöse unter anderem stärker angestiegen als geplant. Durch diese Maßnahmen ist insbesondere die Erlösschmälerung aus Leerstand und nicht umlagefähigen Betriebs- und Heizkosten deutlich geringer ausgefallen.

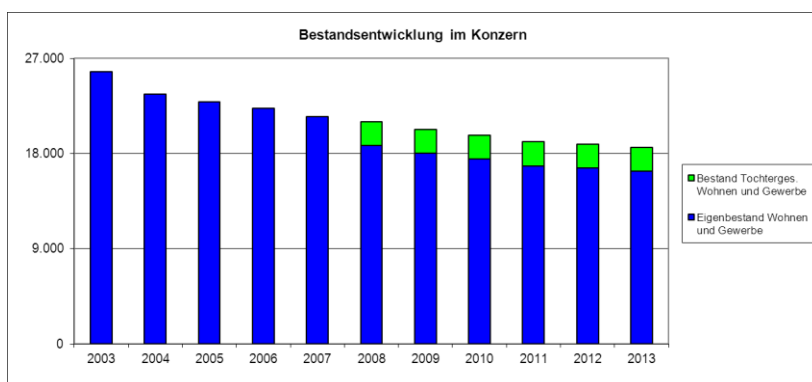
Periodenverschiebungen bei Desinvestitionsmaßnahmen, die Senkung von Sachkosten des Betriebs und des Unternehmens sowie geringere planmäßige Abschreibungen haben ebenfalls zu Planabweichungen mit in der Summe positiven Effekten geführt.

Die Entwicklungsgeschwindigkeit wurde unabhängig davon entsprechend der Prognose der Vorperiode durch Gewinnausschüttungen bestimmt. Abweichend von der Planung leistete die Gesellschaft aus Gewinnen der Vorjahre an den Gesellschafter Ausschüttungen in Höhe von 12 Mio. Euro.

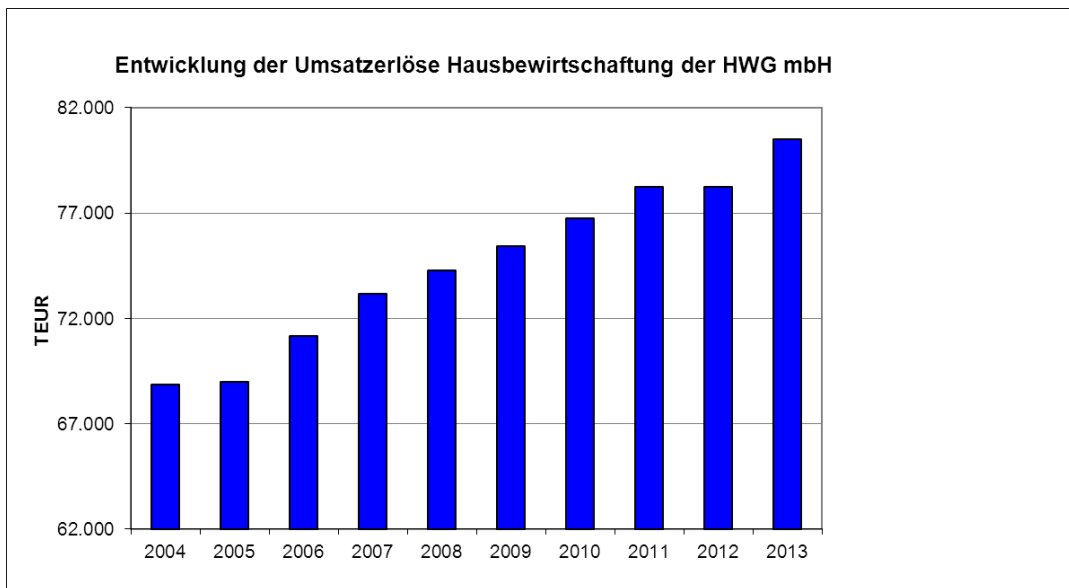
Diese Mehrausgaben mussten kompensiert werden. Um den Entwicklungsprozess der Gesellschaft nicht weiter zu bremsen, wurden jedoch nur Maßnahmen eingeleitet, welche den leistungswirtschaftlichen Zielen der Gesellschaft nicht entgegenstehen bzw. diese nur geringfügig beeinflussen. Die Investitionstätigkeit wurde deshalb planmäßig fortgesetzt. Verkäufe aus dem Desinvestitionsbestand wurden hingegen vorgezogen. Die daraus resultierenden Erlöse fließen der Gesellschaft im Jahr 2014 zu.

2.3.1 Hausbewirtschaftung

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde der im Konzern bewirtschaftete eigene Bestand und Leasingbestand nachfrage- und nachhaltigkeitsorientiert durch Rückbau, Verkäufe und Sanierungen um weitere 308 Wohn- und Gewerbeeinheiten angepasst. Zum 31. Dezember 2013 verfügt der Konzern über 18.246 Wohneinheiten (Vj. 18.563) und 308 Gewerbeeinheiten (Vj. 299).



Die Umsatzerlöse entfallen fast vollständig auf die Hausbewirtschaftung. Sie entwickeln sich seit Jahren trotz abnehmender Bestände mit steigender Tendenz. Im Jahr 2013 nahmen diese mit TEUR 2.272 bzw. 2,9% überdurchschnittlich zu. Der wesentliche Teil entfiel dabei auf die Umsätze aus Betriebskosten. Diese sind aufgrund des harten Winters 2012 im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 1.460 bzw. 6,3 % angestiegen. Aber auch die Umsatzerlöse aus Mieten entwickelten sich mit einem Zuwachs von TEUR 837 bzw. 1,5% beachtlich.



Die Hausbewirtschaftung bildet das Kerngeschäft der Muttergesellschaft HWG mbH. Sie ist organisatorisch der Haupt- bzw. Primärprozess. Alle anderen Prozesse sind als Unterstützungs- bzw. Sekundärprozesse zur Verbesserung der Hausbewirtschaftung zu betrachten.

Schwerpunkt der Hausbewirtschaftung ist die Vermietung und Verwaltung der Wohnungen im eigenen Bestand sowie in den Leasingbeständen.

Für eine Fortschreibung dieser Entwicklungstendenzen ist es erforderlich, nicht nur die Potentiale des Portfolios zu nutzen. Die Mieterzufriedenheit ist ebenso eine elementare Grundlage für das Erreichen der wirtschaftlichen Zielstellungen. Dazu bedarf es einer starken Dienstleistungsorganisation mit höchster Serviceorientierung.

Durch Strukturveränderungen und Personalqualifikationen hat sich die Gesellschaft in den vergangenen Jahren in dieser Hinsicht stetig zu einem zukunftsorientierten und modernen Dienstleistungsunternehmen weiterentwickelt. Und dabei sind es nicht nur die kompetenten Wohnungsverwalter im Hauptsitz und in den Mieterläden, welche den Servicegedanken umsetzen. Auch die eigenen Hausmeister, welche für die persönliche Betreuung vor Ort verantwortlich sind, und die eigenen Handwerker des Regiebetriebes, welche schnell und unkompliziert notwendige Reparaturen in den Wohnungen der Mieter durchführen, leisten hierzu einen wichtigen Beitrag. Sozialbetreuer helfen in schwierigen Lebenslagen.

Der Erfolg zeigt sich nicht nur in den wirtschaftlichen Kennzahlen. Die Zielerreichung wird auch mittels Imageanalysen oder Mieterbefragungen überprüft. Zu Beginn des Jahres 2014 wird nach 2012 erneut eine Imageanalyse durchgeführt. Das weitere Handeln wird die Gesellschaft an den Ergebnissen und somit den Interessen und Werten der Mieter ausrichten.

Zur Sicherung der Mieterzufriedenheit sowie zur Neukundengewinnung und damit auch zur Sicherung der Marktposition der Gesellschaft ist weiterhin eine nachfrageinduzierte und nachhaltigkeitsorientierte Qualifizierung des Portfolios durch Modernisierung und Sanierung von Beständen erforderlich. Diese Investitionstätigkeit bildet eine wesentliche Grundlage für die Stabilisierung der Hausbewirtschaftung (Kerngeschäft). Sie ist gleichzeitig eine grundlegende Voraussetzung für ein nachhaltiges Geschäftsmodell, mit dem nicht nur die heutigen, sondern auch die zukünftigen Erträge gesichert werden können.

Die Investitionstätigkeit wird dabei weiterhin von der demografischen Entwicklung geprägt. Die Bereitstellung von altengerechtem Wohnraum gewinnt aufgrund des Alterungsprozesses in der Bevölkerung immer mehr an Bedeutung. Die positive Entwicklung der Haushaltsnettoeinkommen in Halle sowie der vorhandene Mietermarkt führen zudem zu höheren Qualitätsansprüchen der Mieter. Individuelle Wohnkonzepte werden deshalb zukünftig eine zunehmende Rolle spielen. Dem entgegen ist im regionalen Tätigkeitsfeld der Gesellschaft die Zahl der Leistungsempfänger trotz Rückgangs hoch. Somit wird die sozial verantwortbare Wohnraumversorgung ebenfalls einen hohen Stellenwert behalten.

Unabhängig von den Anspruchsveränderungen bei den Mietern wird zur Begrenzung der Mietnebenkosten auch eine stetige Verstärkung der Maßnahmen zur Begrenzung der Energiekosten unumgänglich sein. Die im Durchschnitt moderate Entwicklung der Energiepreise im abgelaufenen Geschäftsjahr ist eher auf die schwache Weltkonjunktur zurückzuführen. Mit Sanierungsmaßnahmen, die auch Investitionen zur Verbesserung der Energieeffizienz der Gebäude und technischer Anlagen beinhalten, sowie der energetischen Ertüchtigung von Plattenbaubeständen wird die Gesellschaft auch in den kommenden Jahren der Kostenentwicklung gegensteuern.

Der Gebäudebestand im Konzern setzte sich zum Stichtag zu 72% (Vj. 73%) aus industriell und zu 28% (Vj. 27%) aus konventionell gefertigten Objekten zusammen. Durch Ankäufe und Rückbaumaßnahmen konnte diese Strukturveränderung erreicht werden.

Der Anteil der sanierten und teilsanierten Wohnungen hat sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 5 Prozentpunkte auf 73% (Vj. 68%) erhöht. Die Gesellschaft hat gegenüber den Vorjahren deutlich mehr in den eigenen Bestand investiert.

Sanierte Bestände sind unverändert marktgängig und nachgefragt. Die im Jahresbauprogramm 2013 fertig gestellten und während der Sanierung leer stehenden Investitionsobjekte sind nach ihrer Fertigstellung fast ausnahmslos vollständig vermietet. Dabei wurden die geplanten Miethöhen überwiegend übertroffen.

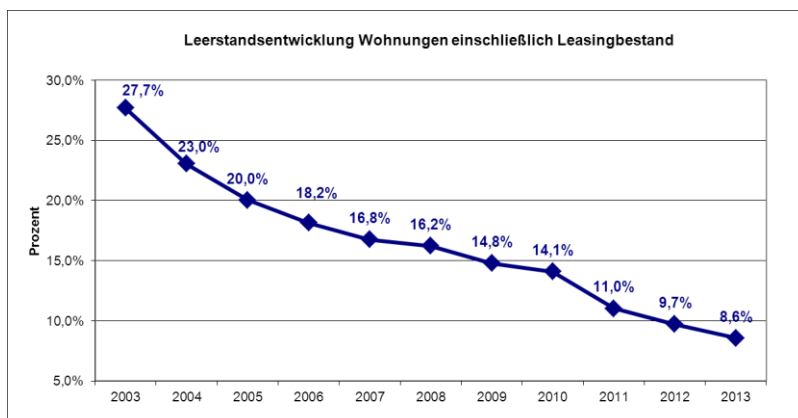
Im sanierten Bestand wird auch für die Zukunft von einer stabilen Marktposition und nur geringem, ausschließlich fluktuationsbedingtem Leerstand ausgegangen.

Das Verhältnis zwischen der Anzahl neu begründeter Mietverhältnisse und der Anzahl beendeter Mietverhältnisse wird mit der Anschlussvermietungsquote wiedergegeben. Diese lag im Jahr 2013 mit 97% (Vj. 102%) unter dem Vorjahreswert. Ein Grund hierfür ist in der nicht geplanten hohen Fluktuation durch mieterseitig gekündigte Mietverhältnisse bei Sanierungsmaßnahmen, welche im bewohnten Zustand durchgeführt werden sollten, zu finden. Dadurch entstehende Leerstände wurden in Anbetracht der anstehenden Investitionen dem Markt nicht zur Vermietung zugeführt.

Der daraus resultierende Leerstandsanstieg konnte durch die Schließung von Wirtschaftseinheiten für konkret im Jahr 2014 anstehende Rückbaumaßnahmen, durch den Verkauf von teilweise leer stehenden Objekten und den Ankauf einer voll vermieteten Immobilie mehr als kompensiert werden. Somit wurde wiederholt ein erheblicher Leerstandsabbau erreicht. Die Leerstandsquote liegt mit 8,6% (Vj. 9,7%) weiterhin deutlich unter dem Marktdurchschnitt in der Stadt Halle. Von den leer stehenden Wohnungen steht ca. ein Viertel nicht für eine Vermietung zur Verfügung. Diese Wohnungen sind für den Rückbau bzw. geplante Investitionen vorgesehen.

Die Fluktuationsrate im Berichtszeitraum liegt mit 14,2% in etwa auf Vorjahresniveau (Vj.14%).

Die leerstandsbedingte Erlösschmälerung lag im Berichtsjahr bei 8,5% (Vj. 9,1%).



Neben den vorgenannten mieterseitigen Kündigungen hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr mehr als 270 Mietverhältnisse zur Vorbereitung und Steuerung von Investitions- und Abrissmaßnahmen gezielt beendet. Ein Großteil der Mieter ist nach dem Umzug jedoch in den Beständen der Gesellschaft verblieben.

Die Gesellschaft plant einen weiteren Leerstandsabbau. Hierfür sind auch für 2014 und die Folgejahre zielgruppengerechte Investitionen und der Rückbau von dauerhaft nicht mehr benötigten Immobilien sowie gezielte Vermietungsstrategien als Leerstand senkende Maßnahmen vorgesehen.

Die Sollmieten haben sich positiv entwickelt. Die durchschnittlichen Sollmieten für Wohnungen betrugen im Berichtsjahr 4,72 Euro/m² (Vj. 4,66 Euro/m²). Damit wurde die seit Jahren kontinuierlich steigende Tendenz fortgeführt. Hier zeigen sich die Effekte der Produktverbesserung und der Portfoliobereinigung, aber auch die konsequente Orientierung an positiven Teilmarktentwicklungen.



2.3.2 Stadtumbau und Stadtentwicklung

Bauinvestitionen

Die HWG mbH hat im Geschäftsjahr 2013 ein Bauinvestitionsprogramm in Höhe von TEUR 30.450 (Vj. TEUR 16.405) realisiert. Damit wurde im Vergleich zu den beiden Vorjahren wieder deutlich mehr investiert.

Diese Bautätigkeit umfasste die Sanierung von ca. 600 Wohnungen in unterschiedlichsten Quartieren und Lagen in der Stadt Halle. Hierzu gehörten Projekte in der Altstadt, in der Südlichen Innenstadt, im Stadtteil Freimfelder/Kanenaer Weg, im Paulusviertel, im Landrain, in der Südstadt und in Heide-Nord. Die Umsetzung der Projekte erfolgte überwiegend im unbewohnten Zustand.

Der Schwerpunkt lag dabei in der Komplettsanierung von Altbauten. Die vollständige Modernisierung von Plattenbauten und Blockbauten sowie die energetische Ertüchtigung von Plattenbaubeständen waren ebenfalls Bestandteil des umfangreichen Investitionsprogrammes im Jahr 2013.

Ökologische Aspekte finden neben den bereits üblichen Maßnahmen zur Wärmedämmung zunehmend Berücksichtigung bei der Aufwertung der Bestände der Gesellschaft. So wurden im Jahr 2013 bei mehreren Projekten Anlagen zur Nutzung von regenerativen Energien in Form von Heizungs- und Solaranlagen installiert.

Besonders erwähnenswert ist die Fertigstellung des Quartiers Delitzscher Straße / Freimfelder Straße. Dieses Quartier befindet sich an einem städtebaulich bedeutenden Standort, einem der „Eingangstore“ der Stadt. Die Stadt Halle hat in diesem Bereich in den letzten Jahren erhebliche Investitionen in die Infrastruktur getätigt. Dennoch gehörte der Stadtteil aufgrund der Bevölkerungsentwicklung, des Modernisierungs- und Instandsetzungsstaus sowie des Images zu einem der benachteiligten Stadtteile.

Neben einer städtebaulichen Aufwertung des Stadtteils und einer Quartiersrevitalisierung bestand der Schwerpunkt dieser Investitionsmaßnahme darin, die Lebensbedingungen für Familien mit Kindern und ältere Menschen attraktiver zu gestalten. Im Ergebnis entstand in diesem Quartier ein Angebot an komfortablen, generationsübergreifenden Wohnungen, die familien- und altengerechtes Wohnen zu günstigen Mieten ermöglichen. Die Wohnungen waren bereits kurz nach Fertigstellung vermietet.

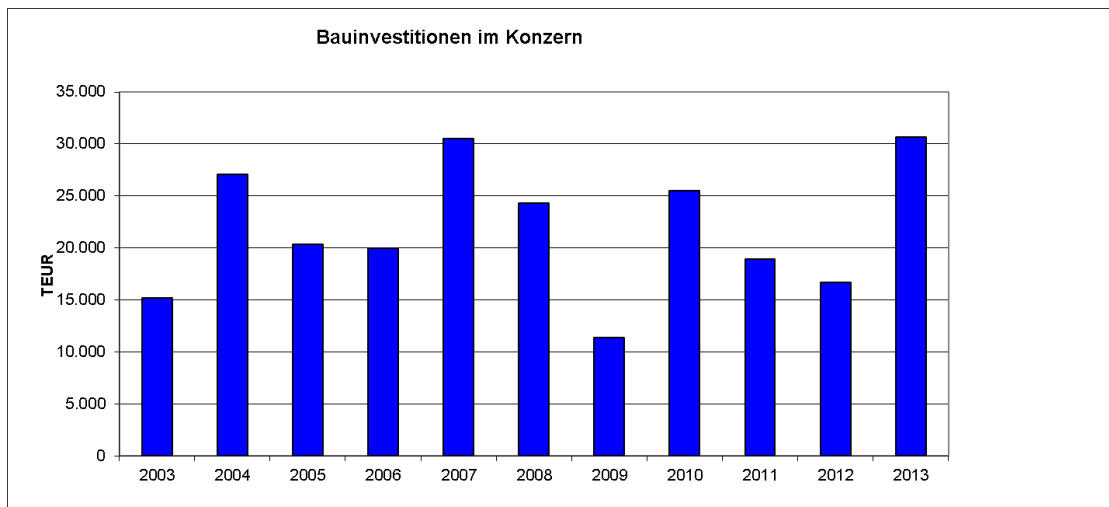
Die Gesellschaft hat damit nach dem Medizinerviertel zum zweiten Mal eine Initiativinvestition in einem benachteiligten Stadtteil getätigt. Die Ergebnisse sprechen für das Knowhow der Gesellschaft zur erfolgreichen Umsetzung von Stadtumbau- und Stadtentwicklungsmaßnahmen.

Eine weitere Maßnahme dieser Art befand sich im Jahr 2013 in Vorbereitung. Hier wurde für einen Standort in der oberen Leipziger Straße ein Realisierungswettbewerb mit dem Ziel einer Neubebauung durchgeführt. Die Ergebnisse lagen zum Jahresende vor. Die konkrete Bauvorbereitung erfolgt in 2014.

Aufgrund der aktuellen und der künftig zu erwartenden Marktlage mit nach wie vor bestehenden Angebotsüberhängen und verstärktem Konkurrenzdruck muss sich die Gesellschaft deutlich von den anderen Marktteilnehmern abheben. Eine nachfrageinduzierte und energetisch innovative Aufwertung der Bestände hat deshalb weiterhin einen hohen Stellenwert. Im Geschäftsjahr 2014 wird das Bauinvestitionsprogramm Maßnahmen im Wertumfang von ca. 23,5 Mio. Euro umfassen. Bauinvestitionen im Stadtkern (Plattenbauten) und im Landrain (Altbauten) bilden dabei den Schwerpunkt. Diese werden durch Investitionen in Blockbauten in der Südstadt sowie die energetische Ertüchtigung von Plattenbauten in der Silberhöhe und der Südlichen Innenstadt ergänzt.

Die Installation der vom Landesgesetzgeber geforderten Rauchwarnmelder wird im Jahr 2014 fortgesetzt.

Neben den Bautätigkeiten der HWG mbH plant die Tochtergesellschaft HGWS ein Sanierungs- und Neubauvorhaben im Paulusviertel. Aufgrund von Widersprüchen gegen die erteilte Baugenehmigung konnte die für die Projektentwicklung vorgesehene Zeitschiene in 2013 nicht eingehalten werden. Die Gesellschaft geht davon aus in 2014 mit der Sanierung und dem Neubau beginnen zu können. Für Anlagen im Bau der HGWS wurden im Konzern im Geschäftsjahr TEUR 232 aktiviert (Vj. TEUR 326).



Aufwendungen der Hausbewirtschaftung - Instandhaltung und Rückbau

Für Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen hat die Muttergesellschaft HWG mbH für die eigenen und die Leasingbestände im Berichtsjahr TEUR 9.798 (Vj. TEUR 9.117) aufgewendet. Je Quadratmeter Wohn- und Gewerbefläche entspricht dies 9,16 EUR (Vj. 8,47 EUR/m²). Die Schwerpunkte des Instandhaltungs- und Instandsetzungsprogramms lagen in systematischen Instandsetzungen und Instandhaltungen mit dem Ziel der Mieterbindung und Mietergewinnung sowie der Qualitätssicherung des Bestandes.

Für 2014 plant die Gesellschaft erneut neben den Bauinvestitionen umfangreiche Instandhaltungen und Instandsetzungen auf gleichbleibend hohem Niveau in die Konzernbestände.

Im Geschäftsjahr 2013 beschränkte sich die Rückbautätigkeit der Gesellschaft auf eine Immobilie im Stadtteil Heide-Nord, einem vom Bevölkerungsrückgang besonders betroffenen Stadtteil. Hierbei wurden insgesamt 80 dauerhaft nicht mehr benötigte Wohnungen abgerissen. Die Umsetzung der Maßnahme erfolgte fördermittelgestützt. Darüber hinaus wurden vorbereitende Maßnahmen für den Rückbau eines Quartiers in der Südstadt durchgeführt.

Insgesamt entstanden der Gesellschaft im Geschäftsjahr Rückbauaufwendungen in Höhe von TEUR 891 (Vj. 1.706). Davon entfallen 381 TEUR auf technische Rückbaukosten (Vj. 1.325 TEUR). Der andere Teil entfällt auf wohnungswirtschaftliche Rückbauaufwendungen. Diese entstehen, wenn Mietverhältnisse wegen bevorstehendem Rückbau beendet werden. Bei der Begründung eines neuen Mietverhältnisses sind zur Herrichtung der neuen Wohnungen Instandhaltungsmaßnahmen erforderlich, die ebenfalls als Rückbauaufwand erfasst werden.

Bis Ende 2013 hat die Gesellschaft im Rahmen des Stadtumbaus insgesamt 3.931 (Vj. 3.851) Wohnungen vom Markt genommen. Damit hat sich die Gesellschaft überproportional am Stadtumbauprozess beteiligt. Im Zeitraum von 2001 bis 2012 wurden in der Stadt Halle ca. 15.700 Wohnungsabgänge registriert. Davon wurden ca. 13.160 Wohnungen mit Fördermitteln des Programms Stadtumbau Ost abgerissen. Im Vergleich zum aktuellen Marktanteil von ca. 13% liegt damit die Rückbauquote der Gesellschaft bei ca. 25%.

Noch im Geschäftsjahr 2013 hat die Gesellschaft mit der Entkernung von Gebäuden für den Rückbau weiterer Wohnungen begonnen. Der Abriss der ca. 300 Wohnungen im Quartier Murmanskter Straße in der Südstadt soll planmäßig im Jahr 2014 abgeschlossen werden. Darüber hinaus ist in 2014 der Rückbau weiterer ca. 150 Wohnungen im Stadtteil Heide-Nord vorgesehen. Die Wegnahme dieser unsanierten Objekte ist ein weiterer Beitrag zur Marktberreinigung und zum Stadtumbau. Beide Standorte sind im integrierten Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle als Umstrukturierungsbereiche ausgewiesen. Zur Umsetzung der Rückbauplanung werden Fördermittel zum Stadtumbau Ost genutzt.

Grundstücksverkehr

Im Geschäftsjahr 2013 hatte der Verkauf anfangs eine untergeordnete Bedeutung. Es wurden sechs Grundstücksverkaufsverträge über drei Grundstücke mit Wohngebäuden, zwei unbebaute Grundstücksflächen sowie eine Wohnanlage abgeschlossen. Verkauft wurden unrentable und nicht zur Sanierung vorgesehene Objekte zur Portfoliobereinigung. Ein Verkauf wurde dabei im Rahmen der Auflösung einer Bruchteilsgemeinschaft umgesetzt.

Im Laufe des Geschäftsjahres fasste der Gesellschafter Beschlüsse, welche die Gesellschaft zur weitgehenden Ausschüttung von Gewinnen aus dem Vorjahr verpflichteten. Die Jahresplanung 2013 sah Gewinnausschüttungen jedoch nicht vor. Um die dadurch im Vergleich zur Planung entstehende Liquiditätslücke zu schließen ohne die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft negativ zu beeinflussen, wurden neben anderen Steuerungsmaßnahmen mittel- bis langfristig geplante Verkäufe vorgezogen. Das Verkaufsvolumen umfasst 17 Einzelstandorte. Die vertragliche Umsetzung dieser Verkäufe erfolgt ab dem I. Quartal 2014.

Zur Stärkung des Residualportfolios wurden durch die HWG mbH im Geschäftsjahr 2013 auch Ankäufe realisiert. Zu Beginn des Geschäftsjahres übernahm die Gesellschaft den Besitz des direkt an den eigenen Firmensitz angrenzenden Gewerbeobjektes Hansering 20. Dieses konnte anschließend vollständig vermietet werden.

Insgesamt fünf Kaufverträge über sechs Grundstücke oder Teilflächen wurden abgeschlossen. Im Wesentlichen handelte es sich hierbei um Ankäufe zur Arrondierung von Quartieren oder zur Bereinigung liegenschaftsrechtlicher Sachverhalte. Ein Kaufvertrag über zwei Grundstücke umfasst die bereits erwähnte Auflösung der Bruchteilsgemeinschaft.

2.3.3 Personal, Organisation und Nachhaltigkeit

Die vielfältigen Erwartungen und Ansprüche unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppierungen (Stakeholder) an ein großes kommunales Wohnungsunternehmen sind hoch und stehen häufig auch in Konkurrenz zueinander.

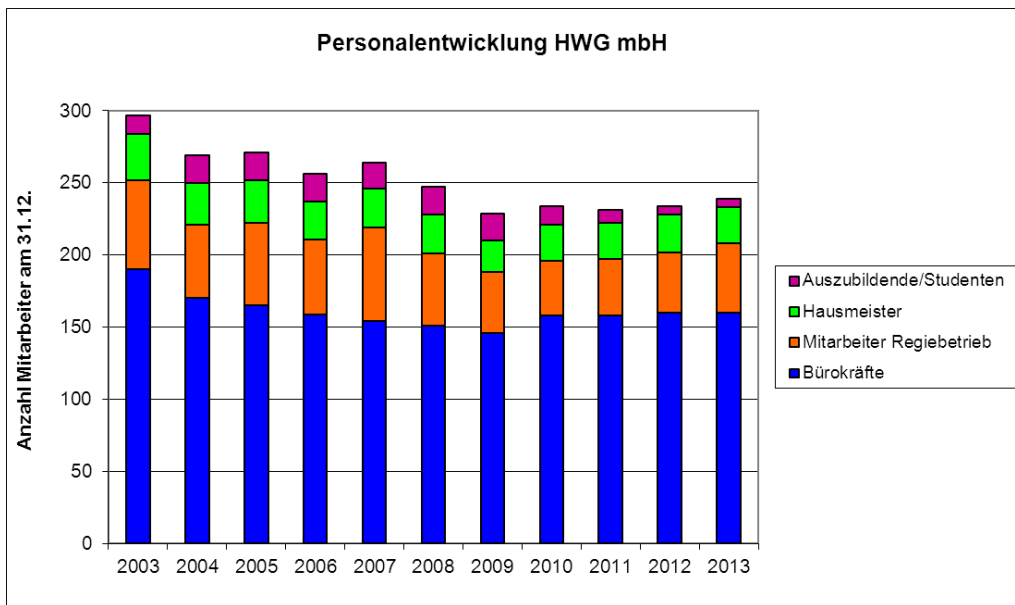
So achtet der Gesellschafter auf die Beiträge der Gesellschaft zur Erfüllung städtebaulicher Ziele und zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes. Für andere Interessensgruppen, wie z. B. Mieter und Mitarbeiter, sind eher ökologische oder soziokulturelle Themen von Bedeutung.

Grundlage für eine dauerhaft erfolgreiche Unternehmensentwicklung ist deshalb, dass alle Nachhaltigkeitsthemen bei unternehmerischen Entscheidungen und unternehmerischem Handeln in einem angemessenen Verhältnis Berücksichtigung finden.

Personal

Qualifiziertes, leistungsfähiges und auch motiviertes Personal ist Voraussetzung für ein erfolgreich am Markt agierendes Unternehmen. Mit einer durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von 19 Jahren ist die Gesellschaft diesbezüglich bereits auf einem guten Weg.

Zum 31. Dezember 2013 waren im Konzern 239 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt: 160 Bürokräfte, 48 Mitarbeiter im Regiebetrieb, 25 Hausmeister und 6 Auszubildende. Die Zahl der Beschäftigten hat sich damit zum Vorjahr nur unwesentlich verändert (Vj. 234 MitarbeiterInnen). Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind der HWG mbH zuzuordnen. Die HWG KG und die HGWS beschäftigten kein Personal.



Die Vergütung erfolgte nach den Tarifverträgen in der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft.

Mit der Auditierung „Beruf und Familie“ im Jahr 2012 hat sich die Gesellschaft freiwillig dazu verpflichtet, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um das Unternehmen noch mitarbeiter- und familienfreundlicher zu gestalten. Eine Vielzahl solcher auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerichteten Maßnahmen wird in der Gesellschaft bereits umgesetzt. Im vergangenen Jahr lag der Fokus auf dem Gesundheitsmanagement.

Ziel des betrieblichen Gesundheitsmanagements ist die Erhaltung und Förderung der Gesundheit und der Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Unternehmens. Hierzu gehören u. a. verschiedene Kurs- und Beratungsangebote, ein Gesundheits-Check sowie eine Arbeitsplatzanalyse. Die Einführung des Gesundheitsmanagements erfolgte im abgelaufenen Geschäftsjahr. Die Umsetzung vieler Maßnahmen ist für 2014 vorgesehen. In einem eigens dafür angelegten Familienportal können sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu dem Thema sowie über Angebote informieren.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nimmt im Unternehmen einen hohen Stellenwert ein. Dies zeigt sich auch dadurch, dass dieser Anspruch im Unternehmensleitbild verankert wurde. Diese Zielsetzung ist darüber hinaus Bestandteil der Oberziele der Gesellschaft und gehört zu den Aufgaben aller Führungskräfte.

Durch eine familienbewusste Personalpolitik verspricht sich die Gesellschaft eine hohe Arbeitszufriedenheit und somit eine weitere Steigerung der Motivation sowie eine langfristige Mitarbeiterbindung bzw. Wettbewerbsvorteile bei der Rekrutierung von Fachpersonal.

Mit der Umsetzung des überarbeiteten und zu Beginn des Jahres beschlossenen Personalentwicklungskonzeptes der Gesellschaft wurde sukzessive begonnen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben sich ca. 20 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auf dieser Grundlage fort- oder weitergebildet bzw. mit entsprechenden Maßnahmen begonnen. Das entspricht einer Quote von ca. 8%. Darüber hinaus wurden auch unternehmensinternen Fachveranstaltungen durchgeführt, durch welche Mitarbeiter ihr Fachwissen an andere Mitarbeiter weitergegeben haben. Beides wird im Jahr 2014 fortgesetzt. Die wesentliche Aufgabe besteht darin, aus dem Personalentwicklungskonzept eine langfristige Personalplanung abzuleiten. Diese beinhaltet neben den Qualifikationsanforderungen und -angeboten eine Planung zu Führungskräftenachwuchs, Nachfolgeregelungen aufgrund Renteneintritts sowie zu Bedarf an Personal für zukünftige neue Aufgaben.

Der organisatorische Aufbau und die wichtigsten Geschäftsprozesse der Gesellschaft werden regelmäßig aktuellen Erfordernissen angepasst. Die Ergebnisse werden in einem Qualitätshandbuch festgehalten, welches laufend ergänzt und aktualisiert wird.

Ökonomie

Die Unternehmensstrategie ist entsprechend des Gesellschaftsvertrages auf eine langfristige Verwaltung von Mietwohnungen mit dem Ziel der sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung ausgerichtet.

Um dieses Ziel zu erreichen und die eigene Marktposition zu erhalten und zu stärken, geht die Gesellschaft dabei auch neue Wege, bei denen gewohnte Traditionen und zukunftsweisende Innovationen in Einklang gebracht werden.

Eine nachfrageinduzierte Anpassung des Wohnungsbestandes der Gesellschaft und damit des Wohnungsangebotes für die nachfragende Bevölkerung durch Modernisierung, aber auch durch zielgerichtete An- und Verkäufe zur Portfoliooptimierung, ist Voraussetzung für ein nachhaltiges Geschäftsmodell. Insbesondere die demografische Veränderung stellt dabei die aktuelle Herausforderung dar.

Die zunehmend alternde Bevölkerung entwickelt andere Vorstellungen und andere Anforderungen an Wohnstandort und Wohnqualität. Der Bedarf an altenfreundlichem und altengerechtem Wohnraum wächst. Aber auch die Entwicklung hin zu einer zunehmenden Zahl kleiner Haushalte führt zu Änderungen bei der Nachfrage in Bezug auf Wohnungsgrößen und Wohnungsgrundrisse.

Neben dem demografischen Wandel wird sich zukünftig auch der Klimawandel immer mehr auf die Wohnungsnachfrage auswirken. Abgesehen von den steigenden Energiepreisen, welche die Mietpreispolitik vermehrt beeinflussen, wird sich das ökologische Bewusstsein in der Bevölkerung verstärken und perspektivisch ein weiterer wesentlicher Bestandteil bei der Wohnungssuche sein.

Die Gesellschaft richtet ihr jährliches Investitionsprogramm unter anderem daran aus. Investiert wird dabei unter Berücksichtigung von städtebaulichen Aspekten vorrangig an Standorten, an denen eine langfristig stabile Wohnungsnachfrage erwartet wird.

Mit diesen Maßnahmen werden der Wert des Immobilienbestandes der Gesellschaft und damit der Wert des Anlagevermögens gesteigert. Bei den Beständen, bei denen im jeweiligen Jahr keine Maßnahmen zur Verbesserung erfolgen, wird die Bauqualität der Immobilien durch eine systematische Instandhaltung gesichert.

Darüber hinaus passt die Gesellschaft ihre Kernprozesse im Bereich der Bestandsbewirtschaftung ständig den veränderten Marktbedingungen an. Sie ist dadurch in der Vergangenheit immer effizienter geworden und hat zusammen mit einer kundenorientierteren Servicequalität ihre Wettbewerbsposition weiter verbessert.

Wohnen ist in der heutigen Zeit nicht nur ein rein wirtschaftliches Gut. Wohnen hat auch mit der Erfüllung von Träumen und Wünschen sowie mit Geborgenheitsgefühlen zu tun. Dabei geht es auch um das Miteinander Leben in einem Quartier. Wie können junge und alte Menschen oder Menschen unterschiedlicher sozialer Gruppen in einem Quartier in guter Nachbarschaft leben? Die Gesellschaft setzt vor diesem Hintergrund verstärkt auf ein Quartiers- und Sozialmanagement und arbeitet dabei mit einer Vielzahl von Vereinen und Verbänden sowie der Stadt Halle zusammen. Gestützt wird dies durch Mieterläden in den Großwohnsiedlungen Heide-Nord und Silberhöhe sowie einen Nachbarschaftstreff in Heide-Nord.

Ökologie

Mit den unternehmerischen Entscheidungen der Gesellschaft werden gleichzeitig auch die Rahmenbedingungen für die Energieverbräuche und sonstigen Ressourcennutzungen der Mieter innerhalb ihrer Wohnung festgelegt. Unternehmerisch nachhaltig handeln bedeutet deshalb auch, bei allen Entscheidungen und bei allem Handeln Überlegungen zum Schutz der Umwelt und zum sorgfältigen Umgang mit Ressourcen mit einzubeziehen.

Im Rahmen der Vorbereitung von investiven Maßnahmen erstellt die Gesellschaft deshalb für jedes Quartier / jede Immobilie ein individuelles Energiekonzept, welches unter Berücksichtigung einer Kosten-, Ressourcen- und Nutzenabwägung zu einem reduzierten Energiebedarf der jeweiligen Immobilie führen soll. Der reduzierte Energiebedarf schützt zum einen die Umwelt und senkt zudem in der Folge die Wohnnebenkosten.

Zu allen investiven Maßnahmen aus dem jährlichen Investitionsprogramm der Gesellschaft gehört auch eine energetische Ertüchtigung der Immobilien. Die Anbringung eines Wärmedämmverbundsystems in Verbindung mit dem Einbau neuer Fenster, die Installation moderner und energiesparender Heiztechnik sowie die Optimierung der Anlagentechnik sind dabei die wesentlichen Eckpfeiler solcher Maßnahmen. Seit 2012 setzt die Gesellschaft hierfür auch Anlagen zur Gewinnung regenerativer Energien ein.

Dieser Weg wurde mit der Umsetzung des Investitionsprogramms 2013 konsequent fortgesetzt und ausgebaut. Gleich bei mehreren Investitionsprojekten kamen Anlagen zur Gewinnung / Nutzung regenerativer Energien zum Einsatz.

Soziales

Als kommunales Unternehmen und größter Vermieter in Halle trägt die Gesellschaft eine über die ökonomische und ökologische Dimension hinausgehende Verantwortung. Dieser wird sie gerecht, indem sie sich für soziale, kulturelle und sportliche Akteure und Projekte in der Stadt Halle (Saale) engagiert. Im kulturellen Bereich unterstützte die Gesellschaft unter anderem das Kunstmuseum des Landes Sachsen-Anhalt Stiftung Moritzburg bei der Realisation der Ausstellung „Emil Nolde. Farben heiß und heilig“. Eine weitere von der Gesellschaft geförderte Ausstellung bot einen Blick zurück auf die Stadt Halle der 1980er-Jahre. Die Galerie Raum Hellrot zeigte Aufnahmen des Fotografen Harald Kirschner. Beim erstmals organisierten internationalen Kurzfilmfestival „Monstronale“ stiftete die Gesellschaft den ersten Preis. Des Weiteren wurden die Stiftung Händel-Haus, der Hallesche Kunstverein e.V., der Verein zur Förderung der freien Kulturlandschaft e.V. sowie die Bürgerstiftung Halle für deren Projekt „Max geht in die Oper“ unterstützt. Mit einer Zuwendung an die Gesellschaft der Freunde der Oper und des Balletts Halle e.V. stärkte die Gesellschaft das Musikleben der Saalestadt. Wie bereits in den Vorjahren übernahm die Gesellschaft neben alledem die Patenschaft für diverse Brunnen und zwei Spielplätze im halleschen Stadtgebiet.

Die Gesellschaft engagierte sich für eine Vielzahl sozialer Projekte. Davon profitierten Vereine und andere Akteure in Halle, die sich unter anderem für Integration und Toleranz, für Gerechtigkeit oder für eine nachhaltige Quartiersarbeit einsetzen. Exemplarisch können hier der Kinder- und Jugendhaus e.V., der Verein der Eltern und Freunde der Geistig- und Mehrfachbehindertenschule „Astrid Lindgren“ e.V., die Seniorenvertretung der Stadt Halle (Saale) e.V., die Freie Straffälligenhilfe oder der Mukoviszidose-Förderverein Halle (Saale) e.V. genannt werden. Ein weiterer Bestandteil des sozialen Engagements und der Quartiersarbeit der Gesellschaft sind Mieter- und Stadtteilsteste, die in Eigeninitiative oder von Dritten organisiert und durchgeführt werden. Insgesamt 14 eigene Mieterfeste in den verschiedenen Quartieren boten Mietern und Mitarbeitern Gelegenheit, sich kennen zu lernen und ins Gespräch zu kommen. Über 2.000 Mieter nahmen an diesen Veranstaltungen teil. Die Gesellschaft unterstützte mit der Bürgerinitiative Paulusviertel e.V. und dem Deutschen Kinderschutzbund Bezirksverband Halle e.V. zudem zwei Akteure, die ihrerseits die Stadtteilsteste im Paulusviertel und in der Silberhöhe vorbereiten und verantworten.

Im Bereich des Sports ist der Gesellschaft die Kinder- und Jugendarbeit wichtig. Aus diesem Grund unterstützt die Gesellschaft als Hauptsponsor des VfL Halle 96 e.V. auch dessen Nachwuchsarbeit. Ein weiterer Partner ist die Stiftung Sport Region Halle.

Darüber hinaus führte die Gesellschaft eine Kooperation mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Sie stiftete zwei Stipendien im Rahmen des „Deutschlandstipendiums“ und arbeitet als privilegierter Partner der Universität bei verschiedenen Themen und Aktionen eng mit ihr zusammen. Dies und die Unterstützung des Vereins Pro Halle e.V. verfolgen das Ziel, aktiv an der Förderung des Wirtschaftsstandortes Halle mitzuwirken.

2.4 Wirtschaftliche Lage des Konzerns

2.4.1 Vermögenslage

Die Vermögenslage des Konzerns stellt sich zum 31. Dezember 2013 wie folgt dar:

	31.12.2013		31.12.2012	
	TEUR	%	TEUR	%
Vermögen				
Anlagevermögen	577.027	93,8	554.852	92,4
Langfristige Forderungen	9	0,0	0	0,0
Vorräte	25.319	4,1	24.598	4,1
Kurzfristige Forderungen	5.361	0,9	5.448	0,9
Flüssige Mittel	6.372	1,0	14.126	2,4
Übrige Aktiva (RAP)	1.213	0,2	1.305	0,2
Gesamtvermögen	615.301	100,0	600.329	100,0

31.12.2013			31.12.2012	
	TEUR	%	TEUR	%
Kapital				
Wirtschaftliches Eigenkapital*	244.531	39,7	249.947	41,6
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	320.341	52,1	303.733	50,6
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	50.429	8,2	46.649	7,8
Gesamtkapital	615.301	100,0	600.329	100,0

* Wirtschaftliches Eigenkapital = Eigenkapital + Sonderposten

Die Vermögenslage der HWG mbH als Muttergesellschaft stellt sich zum 31. Dezember 2013 wie folgt dar:

31.12.2013			31.12.2012	
	TEUR	%	TEUR	%
Vermögen				
Anlagevermögen	507.758	90,7	483.906	89,5
Langfristige Forderungen	2.857	0,5	2.161	0,4
Vorräte	25.319	4,5	24.598	4,5
Kurzfristige Forderungen	5.339	1,0	5.433	1,0
Flüssige Mittel	6.278	1,1	14.019	2,6
Übrige Aktiva (RAP)	12.383	2,2	10.689	2,0
Gesamtvermögen	559.934	100,0	540.806	100,0

31.12.2013			31.12.2012	
	TEUR	%	TEUR	%
Kapital				
Wirtschaftliches Eigenkapital*	259.911	46,4	263.289	48,7
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	252.003	45,0	233.067	43,1
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	48.020	8,6	44.450	8,2
Gesamtkapital	559.934	100,0	540.806	100,0

* Wirtschaftliches Eigenkapital = Eigenkapital + Sonderposten

Die Konzern-Bilanzsumme hat sich zum Vorjahr um TEUR 14.972 erhöht und beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 615.301. Die Eigenkapitalquote des Konzerns (einschließlich Sonderposten) hat sich im Geschäftsjahr 2013 verringert. Sie beträgt zum 31. Dezember 2013 39,7% (Vj. 41,6%).

Die Bilanzsumme des Jahresabschlusses hat sich um TEUR 19.127 erhöht und beträgt zum 31. Dezember 2013 TEUR 559.934. Die Eigenkapitalquote im Einzelabschluss (einschließlich Sonderposten) hat sich zum Bilanzstichtag um 2,3% auf 46,4% (Vj. 48,7%) verringert. Die Verringerung der Eigenkapitalquote sowohl beim Konzern als auch beim Mutterunternehmen ist maßgeblich darauf zurück zu führen, dass im Geschäftsjahr Ausschüttungen an die Gesellschafterin aus den Gewinnen der Jahre 2011 und 2012 in Gesamthöhe von TEUR 12.000 (Vj. TEUR 0) erfolgten.

Die Vermögenslage im Jahres- und Konzernabschluss ist durch den hohen Anteil des Anlagevermögens gekennzeichnet. Das Anlagevermögen im Jahres- und Konzernabschluss hat sich im Berichtsjahr im Saldo aus Ankäufen und Bauinvestitionen, Verkäufen, Rückbaumaßnahmen, planmäßigen und außerplanmäßigen Abschreibungen und Zuschreibungen insgesamt um TEUR 23.852 (Vj. TEUR 8.816) auf TEUR 507.758 (HWG mbH) bzw. um TEUR 22.175 (Vj. TEUR 7.260) auf TEUR 577.027 (Konzern) erhöht.

Der Kernbestand wurde im Berichtszeitraum nach dem Ertragswertverfahren bewertet. Rückbauobjekte wurden entsprechend ihrer Restnutzungsdauer abgeschrieben. Der Bodenwert der rückgebauten Grundstücke wird nach dem physisch abgeschlossenen Rückbau entsprechend einer festgelegten Nachnutzungskonzeption geprüft und gegebenenfalls abgewertet. Analog zum Vorjahr erfolgte im Geschäftsjahr im gesamten Portfolio des Mutterunternehmens – unabhängig von der Einordnung in Kern- oder Desinvestitionsbestand ein Abgleich der bilanzierten Bodenwerte mit der Entwicklung der amtlichen Bodenrichtwerte. Bei Freiflächen wurden Nutzungsoptionen untersucht. Im Ergebnis wurden Abschreibungen auf nutzungsadäquate Werte vorgenommen. Für Grundstücke, die im Folgejahr zum Verkauf vorgesehen sind, hat sich zum Bilanzstichtag kein Bewertungsbedarf ergeben.

Im Geschäftsjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen von insgesamt TEUR 4.188 (Vj TEUR 14.646) auf Wohn- und Geschäftsbauten sowie auf Grundstücke gemäß § 253 HGB auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag wie folgt vorgenommen:

	31.12.2013 TEUR	31.12.2012 TEUR
zum Rückbau vorgesehene Gebäude	817	1.331
nach dem Ertragswertverfahren	1.825	2.359
Bodenabwertung nach Rückbau	211	1.950
Bodenabwertung nach Prüfung Bodenrichtwert	407	8.983
Bodenabwertung Freiflächen	928	0
zum Verkauf vorgesehene Grundstücke und Gebäude	0	23
Gesamt	4.188	14.646

Demgegenüber erfolgten im Geschäftsjahr insgesamt Zuschreibungen im Kernbestand in Höhe von TEUR 3.436 (Vj. TEUR 12.384).

	31.12.2013 TEUR	31.12.2012 TEUR
nach dem Ertragswertverfahren	2.930	12.384
Bodenzuschreibung nach Prüfung Bodenrichtwert/ Entfall bisheriger Abschreibungsgründe	506	0
Gesamt	3.436	12.384

Insgesamt ist das Ergebnis des Geschäftsjahres in Folge dieser außerplanmäßigen Zu- und Abschreibungen in Höhe von TEUR 752 (Vj. TEUR 2.262) negativ beeinflusst.

Ursächlich für die Zunahme der Bilanzsumme auf der Passivseite war im Geschäftsjahr 2013 im Wesentlichen die Zunahme der lang- und kurzfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen um TEUR 20.388 auf TEUR 370.770 (Konzern) bzw. um TEUR 22.505 auf TEUR 300.023 (HWG mbH). Maßgeblich hierfür ist der Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um TEUR 20.432 (Vj TEUR 371) auf TEUR 264.645 (HWG mbH). Im Konzern stiegen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um TEUR 18.384 auf TEUR 335.310.

2.4.2 Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung des Konzerns stellt sich wie folgt dar:

	2013 TEUR	2012 TEUR	Veränderung TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	19.613	18.160	1.453
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-33.737	-19.589	-14.148
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	6.370	579	5.791
Zahlungswirksame Veränderungen	-7.754	-850	-6.904
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	14.126	14.977	-851
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	6.372	14.126	-7.754

Im Jahresabschluss der HWG mbH zeigt sich folgendes Bild:

	2013 TEUR	2012 TEUR	Veränderung TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	17.693	16.017	1.676
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-33.503	-18.373	-15.130
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	8.069	1.398	6.671
Zahlungswirksame Veränderungen	-7.741	-957	-6.784
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	14.019	14.977	-958
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	6.278	14.019	-7.741

Der Finanzmittelbestand des Mutterunternehmens beträgt am 31. Dezember 2013 TEUR 6.278 (Vj. TEUR 14.019).

Der **Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit** im Konzernabschluss hat sich um TEUR 1.453 auf TEUR 19.613 erhöht. Maßgeblich waren der im Vorjahresvergleich um TEUR 298 höhere Konzernjahresüberschuss. Die Verbindlichkeitserhöhungen beliefen sich auf TEUR 1.008 über dem Vorjahreswert, während der Forderungsanstieg um TEUR 459 geringer ausfiel. Der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit im Jahresabschluss beträgt TEUR 17.693 und hat sich damit wesentlich aus vorgenannten Gründen im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 1.676 erhöht.

Der **Cash Flow aus der Investitionstätigkeit** im Konzernabschluss hat sich gegenüber dem Geschäftsjahr 2012 um TEUR 14.148 auf TEUR 33.737 verringert. Diese Entwicklung resultiert vor allem aus der Erhöhung der Auszahlungen für Investitionen in Sachanlagen um TEUR 14.349 auf TEUR 34.653. Diesbezüglich wird auch auf die Ausführungen zu den Bauinvestitionen unter 2.3.2 verwiesen.

Der **Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit** im Konzernabschluss verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 5.791 auf TEUR 6.370. Die Veränderung resultiert im Wesentlichen aus der Erhöhung der Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten (TEUR 32.739, Vj. TEUR 12.046). Gegenläufig wirkte die Auszahlung an die Gesellschafterin (TEUR 12.000, Vj. TEUR 0). Im Einzelabschluss wird der Cash Flow der Finanzierungstätigkeit durch die hier nicht erforderliche Tilgung für die Darlehen der Leasingbestände in Höhe von TEUR 2.049 (Vj. TEUR 2.019) verbessert. Andererseits wirkten die Auszahlungen an verbundene Unternehmen in Höhe von TEUR 350 (Vj. TEUR 1.200) negativ auf den Cash Flow im Einzelabschluss.

Liquidität und Effektivverschuldung des Konzerns stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2013	31.12.2012
Liquidität 1. Grades*	12,6%	30,3%
Liquidität 2. Grades*	23,3%	42,0%
Effektivverschuldung in TEUR*	357.815	329.503

*Liquidität 1. Grades = flüssige Mittel im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten

*Liquidität 2. Grades = flüssige Mittel einschließlich kurzfristiger Forderungen im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten

*Effektivverschuldung = Fremdkapital + Rückstellungen + PRAP abzüglich flüssiger Mittel + Forderungen/sonstiger Vermögensgegenstände + ARAP

Im Jahresabschluss ergibt sich folgendes Bild:

	31.12.2013	31.12.2012
Liquidität 1. Grades*	13,1%	31,5%
Liquidität 2. Grades*	24,2%	43,8%
Effektivverschuldung in TEUR*	273.166	245.215

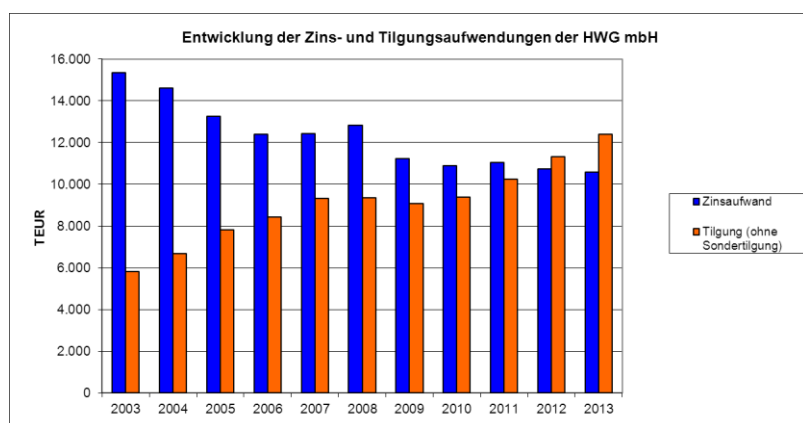
*Liquidität 1. Grades = flüssige Mittel im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten

*Liquidität 2. Grades = flüssige Mittel einschließlich kurzfristiger Forderungen im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten

*Effektivverschuldung = Fremdkapital + Rückstellungen + PRAP abzüglich flüssiger Mittel + Forderungen/sonstiger Vermögensgegenstände + ARAP

Der Darlehensbestand der HWG mbH gegenüber Kreditinstituten betrug TEUR 264.236 (Vj. TEUR 243.878). Die Gesellschaft arbeitet mit 11 Kreditpartnern – darunter mit drei Landesbanken sowie der Investitionsbank Sachsen-Anhalt und regionalen Kreditinstituten – zusammen. Wo immer möglich, finden die KfW-Förderprogramme Anwendung. Darlehensverbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin sind im Geschäftsjahr vollständig getilgt worden (Vj. TEUR 13).

Die Erhöhung der Kreditverbindlichkeiten bewirkte lediglich eine Zunahme der Tilgungsaufwendungen. Die Zinsaufwendungen konnten durch gezieltes Darlehensmanagement trotz Anstiegs der Verbindlichkeiten in den letzten Jahren auf konstantem Niveau gehalten werden. Die planmäßigen Tilgungsaufwendungen übersteigen die planmäßige Abschreibung des Anlagevermögens.



Für die von der HWG mbH zur Prolongation vorgesehenen Darlehen konnten günstige Anschlusskonditionen vereinbart werden. Die Gesellschaft begrenzt Zinsänderungsrisiken durch den Einsatz von Zinssicherungsinstrumenten.

Die Gesellschaft konnte auch im abgelaufenen Geschäftsjahr mit Erfolg Mitfinanzierungen für ihre Investitionsvorhaben einwerben und günstige Kapitalmarktbedingungen nutzen. Freie Beleihungsräume insbesondere durch die Tilgung bestehender Darlehen ermöglichen der Gesellschaft Restrukturierungen im Darlehensportfolio in Verbindung mit Neuausreichungen. Auf der Grundlage einer Rollover-Vereinbarung mit Zinssicherung erfolgt bis 2015 die stufenweise Restrukturierung des Kredit- und Beleihungsportfolios der Hypothekenbank Frankfurt.

Darlehen in Höhe von TEUR 2.576 waren zum Berichtsstichtag vertraglich gesichert und sind aus Kosten-Nutzen-Erwägungen noch nicht abgerufen worden.

Die Kreditlinie der HWG mbH bei der Aarealbank AG betrug wie in den Vorjahren auch im Geschäftsjahr 2013 TEUR 4.990. Sie wurden im Geschäftsjahr nicht in Anspruch genommen. Verfügungsbeschränkungen bestehen in der Verpfändung von Termingeldern als Alternative zur dinglichen Sicherung in Höhe von TEUR 1.525 (Vj. TEUR 1.950). Liquide Mittel in Höhe von TEUR 101 (Vj. TEUR 101) betreffen Verkaufserlöse, die bis zur endgültigen Klärung vermögensrechtlicher Angelegenheiten auf Sperrkonten liegen.

Der Konzern hat **Finanzinstrumente** in Form von Zinsswaps in Anspruch genommen. Die drei (Vj. vier) Zinsswaps sind nicht spekulativer Natur, sondern wurden zum Zwecke der Absicherung der Zinsänderungsrisiken von zwei variabel verzinsten Bankdarlehen der HWG KG sowie einem variabel verzinsten Bankdarlehen der HWG mbH abgeschlossen. Die Bankdarlehen der HWG KG dienen der Finanzierung der dem Mietvertrag zwischen Mutter- und Tochterunternehmen zugrunde liegenden Gesamtinvestitionskosten.

Die Zinsswaps und die Bankdarlehen haben jeweils per 31. Dezember 2013

- ein Nominalvolumen von TEUR 14.427 mit einer Laufzeit bis 30. Juni 2015,
- ein Nominalvolumen von TEUR 38.190 mit einer Laufzeit bis 30. Juni 2038,
- ein Nominalvolumen von TEUR 2.665 mit einer Laufzeit bis 30. September 2030.

Die Zinsswaps und die Bankdarlehen sind Bestandteil von drei (Vj. vier) Micro-Hedges, bei denen Grund- und Sicherungsgeschäfte hinsichtlich der wertbestimmenden Komponenten, Volumen und Laufzeiten übereinstimmen. Es handelt sich dabei um Bewertungseinheiten nach § 254 HGB, bei denen auf eine Einzelbewertung nach § 252 HGB verzichtet wurde, da sich die gegenläufigen Zahlungsströme von Grund- und Sicherungsgeschäft im Sicherungszeitraum vollständig ausgleichen. Die beizulegenden Zeitwerte der Zinsswaps betragen zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2013 insgesamt TEUR -15.773 (Vj. TEUR -23.158).

Das Bankdarlehen mit Laufzeit bis ursprünglich Juni 2013 wurde im Vorjahr durch Vereinbarung einer Forward-Kondition als klassisches Annuitätendarlehen mit einer Laufzeit bis Juni 2019 prolongiert. Diese Prolongation führte zur Beendigung des entsprechenden Zinsswaps und zu einer Entlastung der Annuitätenleistungen der HWG KG und damit des Konzerns. Für die Muttergesellschaft HWG mbH bedeutet dies, dass die Leasingrate sich ab dem Jahr 2013 verringert hat. Die dadurch frei gesetzte Liquidität steht für die Bewirtschaftung der Bestände zur Verfügung.

Die HWG mbH war im Berichtszeitraum jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

2.4.3 Ertragslage

Die Ertragslage des Konzerns zeigt folgendes Bild:

	2013		2012		Ergebnisveränderung
	TEUR	%	TEUR	%	
Umsatzerlöse	80.543	96,5	78.286	95,5	2.257
Bestandsveränderung	757	0,9	1.096	1,3	-339
Eigenleistung	2.134	2,6	2.625	3,2	-491
Gesamtleistung	83.434	100,0	82.007	100,0	1.427
Materialaufwand	36.473	43,7	35.433	43,2	1.040
Personalaufwand	12.203	14,6	11.545	14,1	658
Abschreibungen	10.819	13,0	10.393	12,7	426
Sonstiger Betriebsaufwand	3.163	3,8	3.324	4,1	-161
./. übrige betriebliche Erträge	-899	-1,1	-850	-1,0	-49
Steuern (ohne Ertragssteuern)	7	0,0	5	0,0	2
Betrieblicher Aufwand	61.766	74,0	59.850	73,0	1.916
Betriebsergebnis	21.668	26,0	22.157	27,0	-489
Beteiligungs- und Finanzergebnis	-14.663		-14.882		219
außerordentliches/ Bewertungsergebnis	-912		-2.262		1.350
Neutrales Ergebnis	<u>1.020</u>		<u>1.743</u>		<u>-723</u>
Ergebnis vor Ertragssteuern	<u>7.113</u>		<u>6.756</u>		<u>357</u>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	<u>251</u>		<u>191</u>		<u>60</u>
Jahresergebnis	<u><u>6.862</u></u>		<u><u>6.565</u></u>		<u><u>297</u></u>

Die Ertragslage im Jahresabschluss des Mutterunternehmens stellt sich wie folgt dar:

	2013		2012		Ergebnisveränderung
	TEUR	%	TEUR	%	
Umsatzerlöse	80.543	96,5	78.285	95,5	2.258
Bestandsveränderung	757	0,9	1.096	1,3	-339
Eigenleistung	2.134	2,6	2.625	3,2	-491
Gesamtleistung	83.434	100,0	82.006	100,0	1.428
Materialaufwand	36.472	43,7	35.423	43,2	1.049
Personalaufwand	12.203	14,6	11.545	14,1	658
Abschreibungen	9.257	11,1	8.821	10,8	436
Sonstiger Betriebsaufwand	6.880	8,3	7.103	8,7	-223
./. übrige betriebliche Erträge	-895	-1,1	-843	-1,0	-52
Steuern (ohne Ertragssteuern)	5	0,0	5	0,0	0,0
Betrieblicher Aufwand	63.922	76,6	62.054	75,7	1.868
Betriebsergebnis	19.512	23,4	19.952	24,3	-440
Beteiligungs- und Finanzergebnis	-10.472		-10.484		12
außerordentliches/ Bewertungsergebnis	-912		-2.262		1.350
Neutrales Ergebnis	<u>1.023</u>		<u>1.757</u>		<u>-734</u>
Ergebnis vor Ertragssteuern	<u>9.151</u>		<u>8.963</u>		<u>188</u>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	<u>251</u>		<u>191</u>		<u>60</u>
Jahresergebnis	<u>8.900</u>		<u>8.772</u>		<u>128</u>

Der Konzern erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2013 ein **Jahresergebnis** in Höhe von TEUR 6.862 (Vj. TEUR 6.565). Im Jahresabschluss weist die Gesellschaft ein Jahresergebnis in Höhe von TEUR 8.900 (Vj. TEUR 8.772) aus.

99,97% der **Umsatzerlöse** 2013 stammen aus der Hausbewirtschaftung (Vj. 99,95%). Dies trifft für Konzern und Mutterunternehmen gleichermaßen zu.

Umsatzerlöse des Mutterunternehmens HWG mbH

Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung aus Mieten konnten im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 2.272 gesteigert werden. Der wesentliche Teil entfiel dabei auf die Umsätze aus Betriebskosten. Diese sind aufgrund des harten Winters 2012 im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 1.460 angestiegen. Aber auch die Umsatzerlöse aus Mieten entwickelten sich mit einem Zuwachs von TEUR 837 beachtlich. Die Entwicklung der Mieten ist damit auch weiterhin die wesentliche Ursache für die stabile Entwicklung der Ertragslage.

Umsatzerlöse der Tochterunternehmen

Die Umsatzerlöse der HWG KG betreffen die Leasingrate, die die HWG mbH nach einer über 30 Jahre kalkulierten Laufzeit jährlich zahlt und dort im sonstigen betrieblichen Aufwand bilanziert. Im Konzernabschluss wird diese deshalb neutralisiert.

Die HGWS hat derzeit nur Umsatzerlöse aus Nutzungsvereinbarungen für Stellplätze in Höhe von TEUR 6. Auf den Konzernabschluss der HWG mbH entfallen davon auf Grund der Beteiligungsverhältnisse 50% in Höhe von TEUR 3.

Das **Betriebsergebnis** hat sich im Konzern- und im Jahresabschluss um TEUR 489 bzw. TEUR 440 verringert.

Während die Gesamtleistung sich insbesondere durch die Entwicklung der Umsatzerlöse erhöhte, erhöhten sich die Positionen des betrieblichen Aufwandes mit Ausnahme der sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

Innerhalb des Materialaufwandes haben sich Vergleich zum Vorjahr insbesondere die Aufwendungen für Betriebskosten um TEUR 1.345 und die Aufwendungen für Instandhaltung um TEUR 597 erhöht, während sich der Rückbauaufwand um TEUR 815 verringert hat.

Der Personalaufwand hat sich im Vergleich zum Vorjahr durch Tarifierhöhungen und Personalzuführungen um TEUR 660 erhöht.

Die Zunahme der planmäßigen Abschreibungen im Geschäftsjahr um TEUR 436 ist eine Folge der hohen außerplanmäßigen Zuschreibungen auf Grundstücke und Bauten im Vorjahr sowie der Investitionstätigkeiten.

Das **Beteiligungs- und Finanzergebnis** hat sich im Konzern um TEUR 219 und im Einzelunternehmen um TEUR 12 verbessert. Während sich Zinsaufwendungen trotz steigender Kreditverbindlichkeiten verringerten, nahmen andererseits auch Zinserträge ab.

Das Bewertungsergebnis hat sich im Konzern und im Einzelunternehmen um TEUR 1.350 verbessert, obwohl wie im Vorjahr die außerplanmäßigen Aufwendungen - im Wesentlichen Abschreibungen auf Grundstücke und Bauten - die außerordentlichen Erträge - im Wesentlichen Zuschreibungen auf Grundstücke und Bauten - übersteigen.

Das **neutrale Ergebnis** beinhaltet im Wesentlichen Aufwendungen und Erträge, die nicht dem betrieblichen Leistungsprozess zuzuordnen sind oder periodenfremd sind. Es hat sich im Konzern um TEUR 723 und im Einzelunternehmen um TEUR 734 verschlechtert.

Die Erhöhung der Ertragssteuern im Einzelunternehmen und im Konzern resultiert aus dem Wegfall der Inanspruchnahme der erweiterten Grundstückskürzung nach § 9 GewStG.

3. Chancen- und Risikobericht

Mieterlöse sind die Hauptertragsquelle der HWG mbH. Kosten für die langfristige Finanzierung der Immobilieninvestitionen gehören neben den Betriebs- und Heizkosten sowie den Bauinvestitionen zu den größten Ausgabepositionen.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens hängt deshalb wesentlich von der Entwicklung der Mieterlöse und der Kapitalkosten ab. Während bei den Kapitalkosten aufgrund von Zinsbindungen eher im mittel- bis langfristigen Bereich von Änderungen auszugehen ist, können bei den Mieterlösen auch kurzfristig Veränderungen nicht ausgeschlossen werden. Die Leerstandsentwicklung hat neben anderen Faktoren hierbei den größten Einfluss.

Die Gesellschaft agiert in einem Marktumfeld, welches von einer abnehmenden Bevölkerung geprägt ist. Trotz der derzeit stagnierenden Bevölkerungsentwicklung ist zukünftig mit einem weiteren Bevölkerungsrückgang zu rechnen. Näheres hierzu wurde bereits unter Punkt 2.1 ausgeführt.

In der Stadt Halle stehen derzeit immer noch ca. 15.000 Wohnungen leer. Der Wohnungsmarkt wird deshalb bis auf wenige Teilsegmente von einem Mietermarkt beherrscht. Der Konkurrenzdruck und der Wettbewerb um den vorhandenen Mieterbestand sind weiterhin groß und werden unter Berücksichtigung der prognostizierten demografischen Entwicklung weiter zunehmen. Damit steigt für die Gesellschaft das Risiko eines steigenden Leerstandes. Mieterlöse würden sinken, Leerstandskosten steigen.

Dieser Entwicklung hat die Gesellschaft bereits in der Vergangenheit entgegen gewirkt. Die Verbesserung der Servicequalität und der Portfolioqualität waren dabei die wesentlichen Eckpfeiler.

Insbesondere der unter dem Marktdurchschnitt liegende Sanierungsgrad stellt sich in einer solchen Marktsituation als Wettbewerbsvorteil dar. Die Gesellschaft hat im Gegensatz zu den anderen wohnungswirtschaftlichen Marktteilnehmern die Chance, die Investitionen zu einem Zeitpunkt mit historisch günstigen Zinsen zu tätigen. Zudem kann in einem von Anspruchsänderungen geprägten Markt der eigene Immobilienstand an die neuesten technischen, insbesondere energetischen Standards sowie die derzeitigen und zukünftigen zielgruppenspezifischen Anforderungen an Wohnraum angepasst werden. Das ohnehin lagebegünstigte Portfolio der Gesellschaft hebt sich somit vom Wettbewerb ab. Die Nachfrage nach Wohnraum der Gesellschaft kann gesteigert werden.

Die Gesellschaft geht deshalb davon aus, dass mit Fortsetzung der Investitionstätigkeit der Leerstand entgegen den allgemeinen Marktprognosen mittelfristig weiter gesenkt werden kann und die Mieterlöse leicht steigen. Für 2014 wurde ein Leerstand in Höhe von 8,2% geplant.

Nach Umsetzung der Projektentwicklung im Paulusviertel durch die HGWS ist dieses Risiko auch für dieses zum Konzern gehörende Unternehmen relevant. Bei der HWG KG umfasst die Haupteinnahmequelle die Leasingrate, weshalb die HWG KG nur bedingt bzw. indirekt von diesem Risiko betroffen ist. Die Risiken sind von der Muttergesellschaft zu tragen.

Auch die aktuellen politischen Überlegungen zur Einführung einer Mietpreisbremse sowie zur Absenkung der Mieterhöhung nach Modernisierung sowie deren Befristung bis zur Amortisation können Auswirkungen auf die Entwicklung zukünftiger Mieterlöse haben. Sie stellen deshalb grundsätzlich ein weiteres Risiko dar.

Aufgrund des bestehenden Wohnungsüberhanges und des damit verbundenen entspannten Wohnungsmarktes ist jedoch davon auszugehen, dass die Mietpreisbremse für Sachsen-Anhalt und somit für die Stadt Halle (Saale) mittel- bis langfristig keine Rolle spielt. Diese ist bisher hauptsächlich für Märkte in westdeutschen Ballungsräumen mit Nachfrageüberhängen und mit Mangel an preiswertem Wohnraum vorgesehen.

Die Absenkung der Mieterhöhung nach Modernisierung sowie deren Befristung bis zur Amortisation wird hingegen bei einer unterstellten Umsetzung die Wirtschaftlichkeit immobilienwirtschaftlicher Investitionen und somit auch die Investitionsbereitschaft grundsätzlich beeinflussen. Da die Gesellschaft aufgrund einer flächigen Leerstandsverteilung zunehmend im bewohnten Zustand saniert, ist dieses Risiko für die Gesellschaft von Bedeutung. Die HGWS saniert hingegen ausschließlich im Leerstand bzw. baut neu.

Derartige Veränderungen bei der Gesetzgebung werden immobilienwirtschaftliche Investitionen nicht in Frage stellen, deren Renditeerwartung aber senken. Die Auswirkungen sind kurzfristig gering und werden langfristig zunehmen, können jedoch erst nach Kenntnis aller Rahmenbedingungen beurteilt werden. Bedeutend wird dabei die Beantwortung der Frage sein, wie mit neuerlichen Bauerneuerungsinvestitionen nach Ablauf der Amortisationsphase umgegangen wird.

Bei Immobilieninvestitionen besteht ein hoher Kapitalbedarf. Dieser wird in der Regel überwiegend langfristig und mit grundbuchlich gesicherten Fremdmitteln finanziert. Die daraus resultierenden Kapitalkosten müssen die finanzierten Immobilien erwirtschaften.

Diese Kapitalkosten stellen eine große Ausgabenposition bei der laufenden Bewirtschaftung finanzierter Bestände dar. Die Höhe der Kapitalkosten ist in der Regel nicht über die gesamte Laufzeit der Finanzierung vertraglich fixiert. Somit ergibt sich ein Zinsänderungsrisiko. Gleichzeitig bietet eine kurze Zinsbindungsfrist auch eine Chance auf sinkende Kapitalkosten. Beim aktuell niedrigen Zinsniveau überwiegt jedoch deutlich das Risiko.

Das Zinsänderungsrisiko besteht derzeit ausschließlich für die HWG mbH. Die HGWS hat bisher keine Fremdmittel aufgenommen. Das Zinsänderungsrisiko der Finanzierungsverträge bei der HWG KG wird von der HWG mbH im Rahmen der zu zahlenden Leasingrate getragen.

Der sich aus bestehenden vertraglichen Verpflichtungen zu Finanzierungsverträgen ergebende Prolongationsbedarf verteilt sich über einen mittelfristigen bis langfristigen Planungszeitraum. Somit ergeben sich keine Risikospitzen. Das Zinsänderungsrisiko wird durch die zeitliche Verteilung gedämpft. Darüber hinaus ist eine steigende Zinsentwicklung in den Planungen der Gesellschaft verarbeitet.

Auch im Rahmen von Investitionsentscheidungen berücksichtigt die Gesellschaft bereits das Zinsänderungsrisiko. Der Investitionsplanung liegen grundsätzlich dynamische Investitionsrechnungen zugrunde, welche den gesamten Finanzierungszeitraum umfassen. Nach Ablauf der Zinsbindungsfrist wird bei diesen Berechnungen ein erhöhter Kapitalzins einkalkuliert. Die Gesellschaft trifft damit bereits Vorsorge in Bezug auf einen erwarteten steigenden Zinstrend.

Zur Risikoidentifikation, -bewertung, -überwachung und -steuerung hat die HWG mbH ein Risikomanagementsystem installiert, welches die für das Unternehmen branchentypischen wesentlichen Risiken ausweist. Als wichtige Risikofaktoren mit kurzfristigen Auswirkungen wurden die Mieterlöse und daraus resultierend die Liquiditätsentwicklung identifiziert. Zu den Risiken im Zusammenhang mit den Mieterlösen wurde bereits vorstehend näher ausgeführt.

Die Entwicklung der ergebnisrelevanten Risiken wird quartalsweise überwacht. Die Kennziffern zu den Risiken werden dabei durch ein regelmäßiges Reporting ermittelt und durch die verantwortlichen Abteilungen interpretiert. Die Gesellschaft orientiert sich dabei sowohl an branchenüblichen als auch an internen Benchmarks. Von den Entscheidungsträgern werden erforderliche Maßnahmen der Gegensteuerung eingeleitet.

Über die ergebnisrelevante Risiken beeinflussenden Faktoren, wie z. B. die Leerstandsentwicklung, erfolgt zudem eine monatliche Berichterstattung im Rahmen des Geschäftsführerreports.

Die Bauinvestitionen nehmen eine besondere Stellung innerhalb der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ein. Sie führen mit der damit einhergehenden Bestandqualifizierung zu zukünftigen Mietensteigerungen. Die Einhaltung der Rentabilitäts- und Liquiditätskriterien der Baumaßnahmen ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Investitionstätigkeit. Zur Steuerung des Investitionsrisikos hat die Gesellschaft ein separates Investitionscontrolling eingerichtet.

Im Rahmen der Investitionsplanung wird für das gesamte zur Realisierung vorgesehene Jahresbauprogramm eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung unter Berücksichtigung von Rentabilitätskriterien durchgeführt. Die Einhaltung dieser Kriterien wird durch das Investitionscontrolling überwacht. Bei Abweichungen bei einzelnen Investitionsprojekten werden die Auswirkungen auf die gesamte Investitionsplanung untersucht und Maßnahmen zur Steuerung eingeleitet.

Auch für weitere erkennbare, quantifizierbare Risiken wurde im Geschäftsjahr angemessene Vorsorge getroffen. Dies bezieht sich auf Risiken, die bis zur Erstellung dieses Berichtes bekannt sind. Zukünftige Risiken könnten sich so zum Beispiel aus den finanziellen sowie aufgabenbezogenen Erwartungen des Gesellschafters ergeben. Auch aus der Dynamik von Energie- und Baukostenentwicklungen sowie knapperen Ressourcen bei Zuschüssen und Fördermitteln können zukünftig Risiken erwachsen. Die Gesellschaft beobachtet über ihre Abteilungen Unternehmensentwicklung/Zentrale Dienste und Unternehmensfinanzierung/Auftrags- und Vergabewesen die Entwicklung dieser Risiken und berücksichtigt diese in ihrer Geschäftstätigkeit. Investitionsentscheidungen werden so getroffen, dass sich für die Gesellschaft unter den sich ändernden Rahmenbedingungen künftig dauerhaft größtmögliche Erträge erzielen lassen.

Darüber hinaus soll das strategische Risikomanagement zukünftig dazu beitragen, langfristige Marktentwicklungen und Trends zu erkennen. Risiken sollen damit nicht mehr nur gesteuert werden können. Es soll bereits frühzeitig Vorsorge getroffen werden. Der Gesellschaft ermöglicht dies eine möglichst frühzeitige Ausrichtung des eigenen Wohnungsbestandes an sich abzeichnende Veränderungen des Nachfrageverhaltens zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit. Unter Berücksichtigung des in der Immobilienwirtschaft verhältnismäßig langen Planungs- und Entwicklungszeitraumes sowie des langen Planungshorizontes ist dies für die nachhaltige Sicherung des zukünftigen Unternehmenserfolges eine wichtige Grundlage.

Eine weitere wichtige Grundlage für den Unternehmenserfolg ist das Portfolio der Gesellschaft. Hier profitiert die Gesellschaft bei den Veränderungen am halleschen Immobilienmarkt von den sich zunehmend zeigenden Entwicklungsunterschieden zwischen den einzelnen Stadtteilen.

Die Folgen der demografischen Entwicklung sind insbesondere in den Stadtrandlagen spürbar. Hier hat sich die Gesellschaft bereits in der Vergangenheit sukzessive von Beständen getrennt. Innenstadtnahe Stadtteile weisen hingegen eine gleichbleibende bis positive Bevölkerungsentwicklung auf. Hier hat die Gesellschaft investiert. Die Lagevorteile des Portfolios und dessen weitere Sanierung stabilisieren die Marktposition der Gesellschaft und sichern zukünftige Erträge.

Durch diese differenzierte Entwicklung der Stadtteile kann sich die Gesellschaft aktuell und auch in Zukunft mit ihrem Portfolio von anderen wohnungswirtschaftlichen Marktteilnehmern abheben. Mehr als ein Drittel des Immobilienbestandes befindet sich in innenstadtnahen Stadtteilen. In der Altstadt beispielsweise nimmt die Gesellschaft mit einem Marktanteil in Höhe von ca. 41% sogar eine marktführende Position ein.

4. Prognosebericht

Stadtrats- und Gesellschafterbeschlüsse erfordern von der Gesellschaft seit 2007 eine Beteiligung an der Tilgung der Schulden des städtischen Haushaltes. Seit 2008 hat die Gesellschaft mit einer fast vollständigen Ausschüttung ihrer Gewinne Zahlungen in Höhe von insgesamt 59,1 Mio. EUR an den städtischen Haushalt geleistet.

Damit hat die Gesellschaft einen erheblichen Beitrag zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes erbracht. Dies ging zu Lasten ihrer eigenen Liquiditätsausstattung, ihrer Investitionstätigkeit und damit auch ihrer Vermögens- und Ertragsentwicklung. Dennoch konnte die Gesellschaft angemessene Bauinvestitionsprogramme realisieren und die Leistungen im Bereich der laufenden Instandhaltung auf einem nachhaltigen Niveau halten. Die Vermögens- und Ertragslage hat sich ebenso positiv entwickelt.

Die Geschäftsleitung geht davon aus, dass der Gesellschafter auch für 2014 und das Folgejahr zumindest eine Teilausschüttung vom erwirtschafteten Gewinn erwartet.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat im Dezember 2013 den Wirtschafts-, Finanz- und Investitionsplan der HWG mbH für das Jahr 2014 beschlossen. Dieser sieht im Hinblick auf die demografische Entwicklung die Fortsetzung der Rückbauaktivitäten vor. Hierbei sollen bis zu 450 Wohnungen vom Markt genommen werden. Parallel dazu ist vorgesehen, dass ca. 740 Wohnungen durch Investitionen Wertverbesserungen erfahren bzw. bei diesen mit derartigen Maßnahmen begonnen wird. Dabei stehen eine nachfrageinduzierte und nachhaltigkeitsorientierte Qualifizierung sowie energetische Verbesserungen im Vordergrund.

Verkäufe plant die Gesellschaft für das Jahr 2014 nur zur Portfoliobereinigung. Darüber hinaus werden die zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung vorgezogenen und im Jahr 2013 vorbereiteten Verkäufe umgesetzt. Für den Erwerb von Immobilien wurden in der Planung erneut Mittel berücksichtigt.

Damit wird die grundlegende strategische Ausrichtung der Gesellschaft weiter umgesetzt. Die Portfoliostrategien zielen weiterhin auf Qualifizierung und Mehrung des Vermögens durch Investition bei gleichzeitigem Verkauf und Rückbau nicht betriebsnotwendigen Vermögens.

Hauptziel für das Folgejahr ist die weitere Stärkung der Erfolgsfaktoren des Kerngeschäftes Hausbewirtschaftung als wichtigster Ergebnisgröße. Leerstandsabbau, Steigerung der Umsatzerlöse und der Durchschnittsmieten, Vollausschöpfung des erneut hoch dotierten Instandhaltungsbudgets, service- und zielgruppenorientierte Bestandsbewirtschaftung und Ausbau der Vermietungserfolge sind die wichtigsten Leistungsaspekte im Kerngeschäft.

Die leistungsstarke Organisation der Gesellschaft wird trotz einer Verminderung der Wohnungsbestände zur Steigerung der Umsatzerlöse, insbesondere auch der Nettokaltmieten nach Abzug von Erlösschmälerungen, führen. Gemäß Planung sollen die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung um ca. 1,5 % auf mehr als 81 Mio. Euro steigen.

Mit Umsetzung der für 2014 geplanten Rückbau-, Verkaufs- und Ankaufsaktivitäten wird sich der Wohnungsbestand der Gesellschaft auf ca. 18.000 Wohnungen reduzieren. Gleichzeitig werden die Realisierung des Investitionsprogramms mit einem Bauvolumen von mehr als 20 Mio. Euro, die Fortsetzung der Rückbaumaßnahmen sowie die zielgruppenorientierte Bestandsbewirtschaftung einen Leerstandsabbau bewirken. Zum Ende des Jahres 2014 wird eine Leerstandsquote von ca. 8,2% angestrebt.

Demnach wird auch für das Folgejahr mit einem positiven Geschäftsverlauf gerechnet. Die Geschäftsleitung erwartet einen leicht steigenden Umsatz aus der Hausbewirtschaftung und einen stabilen Jahresüberschuss. Geplant ist ein Jahresüberschuss von ca. 8,5 Mio. Euro bei einem Finanzmittelbestand auf Vorjahresniveau.

Mit Abschluss der geplanten Investitionen werden sich auch das Anlagevermögen und die Verbindlichkeiten erhöht haben. Das Anlagevermögen wird im Jahr 2014 jedoch absolut mehr zunehmen als die Verbindlichkeiten. Die Eigenkapitalquote sinkt im brachenüblichen Rahmen leicht ab.

Auch für den Folgezeitraum geht die Geschäftsleitung von einer konstant positiven Weiterentwicklung der Gesellschaft mit leicht steigenden Umsätzen und entsprechenden Jahresüberschüssen aus. Dabei wird die Entwicklungsgeschwindigkeit zunehmend von den Gewinnausschüttungserwartungen des Gesellschafters sowie von Art und Maß der Aufgaben bestimmt, welche der Gesellschafter der Gesellschaft überträgt.

5. Nachtragsbericht

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, die sich wesentlich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft und des Konzerns auswirken, haben sich bis zum Zeitpunkt der Lageberichterstattung nicht ergeben.

6. Sonstiges

Die Ausführungen im Lagebericht gelten, soweit nicht ausdrücklich darauf hingewiesen, für den Einzelabschluss sowie für den Konzernabschluss der HWG mbH gleichermaßen.

HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Emil-Riedl-Weg 6
82049 Pullach i. Isartal

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 10

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	10	99,90
Christian Zeigermann	0	0,05
MALIMA Beteiligungs GmbH	0	0,05

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist ausschließlich der Erwerb, die Verwaltung und Verwertung des Grundbesitzes, der mit Kaufvertrag vom 24. Juni 2008 (Urkundenrolle 0799/08, Notar Ludwig Schlereth, Halle (Saale)) von der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH mit allen Rechten und gesetzlichen Bestandteilen, insbesondere Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen, jedoch ohne Zubehör bzw. ohne alle im Gebäude befindlichen Maschinen und Betriebsvorrichtungen im steuerlichen Sinn und ohne Einbauten erworben worden ist.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Betätigungen im Bereich der Wohnungswirtschaft dienen einem öffentlichen Zweck und sind unter der Voraussetzung des § 116 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 GO-LSA zulässig.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Wahlen, Heinrich
Goldbrunner, Christian
Heumann, Florian (seit 10.12.2013)
Kober, Peter
Murmann, Klaus
Pütz, Helmut
Soethe, Robert
Zeigermann, Christian

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen

Umlaufvermögen

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
73.513	100	74.874	100	76.236	100	-1.361	-2
17	0	15	0	12	0	2	13

Bilanzsumme

73.530	100	74.889	100	76.248	100	-1.359	-2
--------	-----	--------	-----	--------	-----	--------	----

Passiva

Eigenkapital

Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
10	0	10	0	10	0	0	0
73.520	100	74.879	100	76.238	100	-1.359	-2

Bilanzsumme

73.530	100	74.889	100	76.248	100	-1.359	-2
--------	-----	--------	-----	--------	-----	--------	----

bb) GuV

Umsatzerlöse

sonstige betriebliche Erträge

Abschreibungen

sonstige betriebliche Aufwendungen

sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

sonstige Steuern

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

2013	2012	2011
T€	T€	T€
5.651	5.859	5.879
10	6	7
1.361	1.361	1.361
109	105	44
491	1.019	1.473
4.682	5.418	5.954
0	0	0
0		
0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

Umsatzrentabilität:

Eigenkapitalrentabilität:

Cash-Flow:

Gesamtleistung je Mitarbeiter:

Personalaufwandsquote:

2013	2012	2011	Angaben in
0,00	0,00	0,00	%
0,00	0,00	0,00	%
1.361	1.361	1.361	T€
			T€
			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	99,98	99,98	99,98	%
Eigenkapitalquote:	0,01	0,01	0,01	%
Fremdkapitalquote:	99,99	99,99	99,99	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

3.5 WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG

Bio-Zentrum Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Geschäftsführung: Heinrich-Damerow-Straße 3 06120 Halle (Saale)	Postanschrift: Weinbergweg 22 06120 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	26	
Gesellschafter:		
		T€
		%
	Stadt Halle (Saale)	13
	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	13
		50,96
		49,04

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines biologischen Forschungs- und Transferzentrums in Halle.

Dazu gehören insbesondere:

- die Förderung gemeinsamer Projekte der Wirtschaft und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf dem Gebiet der Biowissenschaften,
- die Beratung der Wirtschaft und sonstiger Dritter bei der Anwendung oder Einführung neuer Technologien,
- Bereitstellung von Laborflächen und Arbeitsmöglichkeiten für neu im Bereich der Biowissenschaften tätige Firmen, für Einrichtungen, die auf dem Gebiet mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammenarbeiten ("Institute an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg") und für Forschungstätigkeiten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf diesem Gebiet.

Öffentlicher Zweck:

Mit der auf höchstem Niveau betriebenen Grundlagenforschung in Zusammenarbeit mit der Bio-Zentrum Halle GmbH sollen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die Industriestruktur der gesamten Region positiv zu beeinflussen. Die gemeinsame Nutzung des Gebäudes durch Firmen, Aninstitute und Projektgruppen der Universität schafft optimale Bedingungen für das angestrebte enge Zusammengehen von Grundlagen- und angewandter Forschung. Der öffentliche Zweck ist daher in der stetigen Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Noll, Sabine	
	Prof. Dr. Lukas, Wolfgang	(bis 31.12.2013)

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2013 erfolgt.

c) Beteiligungen

unmittelbar

BMD GmbH

T€	%
2	2,98

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
8.258	76	9.743	86	9.812	84	-1.485	-15
2.672	24	1.554	14	1.877	16	1.118	72
7	0			7	0	7	

Bilanzsumme

10.937	100	11.297	100	11.696	100	-360	-3
--------	-----	--------	-----	--------	-----	------	----

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten für Investitionszulagen
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
6.561	60	6.463	57	6.402	55	98	2
4.005	37	4.443	39	4.882	42	-438	-10
209	2	144	1	147	1	65	45
162	1	247	3	265	2	-85	-34

Bilanzsumme

10.937	100	11.297	100	11.696	100	-360	-3
--------	-----	--------	-----	--------	-----	------	----

bb) GuV

	2013	2012	2011
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.761	1.736	1.728
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	60	-27	55
sonstige betriebliche Erträge	24	12	21
Personalaufwand	49	55	59
Abschreibungen	143	141	144
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.537	1.472	1.574
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	17	27	33
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	133	80	60
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	35	19	11
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	98	61	49
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	98	61	49
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,54	3,52	2,83	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,49	0,95	0,76	%
Cash-Flow:	241	202	193	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	923	860	602	T€
Personalaufwandsquote:	2,66	3,19	3,30	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	70,91	72,94	75,32	%
Eigenkapitalquote:	59,99	57,21	54,74	%
Fremdkapitalquote:	40,01	42,79	45,26	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Auslastung	99,80	100,00	100,00	%
vermietbare Fläche	9.828,00	9.828,00	9.828,00	m²

e) Lagebericht

- A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen
- B. Ertragslage
- C. Finanzlage
- D. Vermögenslage
- E. Nachtragsbericht
- F. Risikobericht
- G. Prognosebericht

A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

A.1 Gegenstand des Unternehmens

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines biologischen Forschungs-, Transfer- und Produktionszentrums in Halle.

Dazu gehören insbesondere:

- die Förderung gemeinsamer Projekte der Wirtschaft und der Martin-Luther-Universität auf dem Gebiet der Biowissenschaften,
- die Beratung der Wirtschaft und sonstiger Dritter bei der Anwendung oder Einführung neuer Technologien,
- die Bereitstellung von Labor- und Produktionsflächen und Arbeitsmöglichkeiten für neu im Bereich der Biowissenschaften tätige Firmen, für Einrichtungen, die auf diesem Gebiet mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammenarbeiten ("Institute an der Martin-Luther-Universität") und für Forschungstätigkeiten der Martin-Luther-Universität auf diesem Gebiet.

A.2 Vermietung des Forschungsverfügungsgebäudes

Unter den gesamtwirtschaftlichen Vorgaben und Rahmenbedingungen hatte für die Bio-Zentrum Halle GmbH die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen erste Priorität, wobei wirtschaftliche Schwierigkeiten von Firmen zu Raumbedarfsverschiebungen führten, die wiederum Baumaßnahmen und damit Kosten nach sich zogen. Die frei gewordenen Flächen konnten an andere Firmen im Haus weitestgehend weitervermietet werden.

Im Forschungsverfügungsgebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH hat sich die Probiobrug AG im Laufe der Jahre positiv entwickelt und wird Ihre Forschung in die klinische Phase II überführen. Dies bedeutet gleichzeitig, dass die Probiobrug AG sich auf die Überführung der Ergebnisse konzentriert und die Phase III vorbereitet und somit kein Geld für einen eigenen Bereich Forschung mehr zur Verfügung steht. Davon ausgehend wurde vor drei Jahren mit der Neustrukturierung der Probiobrug Forschung begonnen. Dies führte im Endergebnis zur Finanzierung und Gründung einer Projektgruppe Molekulare Wirkstoffbiochemie und Therapieentwicklung des Fraunhofer Instituts für Zelltherapie und Immunologie Leipzig mit Sitz im Bio-Zentrum Halle.

Die geschilderten Entwicklungen der Probiobrug AG haben keine wesentlichen Auswirkungen auf das Flächenmanagement im Bio-Zentrum, da die o.g. Projektgruppe die frei werdenden Flächen für fünf Jahre bis Ende 2018 übernimmt.

Darüber hinaus ist unklar, in wie weit das Projekt Biokatalyse der Martin-Luther-Universität und der Max-Planck-Arbeitsgruppe über den Zeitpunkt 2018 fortgeführt wird.

Aus den genannten Gründen muss mittelfristig eine strategische Alternative aufgebaut werden, um ab diesem Zeitpunkt einen größeren Leerstand zu vermeiden.

Durch die gesamtwirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland ist die Finanzierung von Unternehmen in der BIO-NANO-Branche sowohl bei Gründungen als auch in der Bestandspflege mit einem höheren Risiko behaftet. Da das Land Sachsen-Anhalt bereits Mitte des Geschäftsjahres 2007 die spezielle Förderung für die Biotechnologie ausgesetzt hatte, ist es noch schwieriger geworden, sich gegen die Konkurrenz in den anderen Bundesländern wie z. B. Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern aber auch Baden-Württemberg und Bayern beim Standortranking zu behaupten. Spezielle Kaltmietförderungen oder Betriebskostenzuschüsse in diesen Ländern durch die Landesregierungen oder die Träger der Einrichtungen führen zu einer extremen Wettbewerbsverzerrung.

Das 1998 fertig gestellte Forschungsverfügungsgebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH lässt gegenwärtig bauseitig noch keine gravierenden Mängel erkennen, die einen ordnungsgemäßen Betrieb gefährden könnten. Es muss jedoch bemerkt werden, dass die Instandhaltungskosten aufgrund des Dauerbetriebs der Haustechnik kontinuierlich weiter ansteigen und häufiger gesamte Anlagengruppen ausgetauscht werden müssen bzw. bei Nutzerwechsel höhere Aufwendungen für die Weitervermarktung notwendig sind.

Zur Sicherung der Betriebsfähigkeit der umfangreichen und hoch technisierten Haustechnik und der damit verbundenen 24-stündigen Überwachung mittels einer Gebäudeleittechnik wurde im Dezember 2000 ein Dienstleistungsvertrag zum technischen Gebäudemanagement mit der Energieversorgung Halle GmbH abgeschlossen.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2013 ist kaum Leerstand zu verzeichnen, d. h. die Auslastung beträgt 99,8 %, auch unter Berücksichtigung des in der Daniel-Vorländer-Straße errichteten Erweiterungsbaues.

Es muss die grundsätzliche Frage der forschungsnahen Produktion für Entwicklungen von neuen Produkten für die Firmen geklärt werden, da diese sowohl für die Firmen als auch für den Standort Weinberg campus von existenzieller Bedeutung ist.

Für das Berichtsjahr besteht weiterhin der Sachstand, dass durch das Protokoll des „Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie“ vom 9. Juli 2010, Punkt 2.5 die Verweildauer von Firmen in TGZ's neu spezifiziert wurde.

Zusammengefasst wurde festgelegt, dass kleinen und mittleren Unternehmen die Räumlichkeiten in Technologiezentren über die vorgesehenen acht Jahre hinaus bereitgestellt werden können, wenn sichergestellt ist, (1) dass die Bereitstellung nach Ablauf der acht Jahre zu Marktpreisen erfolgt, (2) und dass andere kleine und mittlere Unternehmen keinen Bedarf an der Bereitstellung vergünstigter Räumlichkeiten haben. Außerdem wurde durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt bestätigt, dass ein Herauswachsen aus dem KMU-Status für den Verbleib in einem TGZ nicht förderschädlich ist.

Mittelfristig ist nicht absehbar, dass sich die Firmen aus dem Haus so stabilisieren, dass mit einem Auszug in eigene Laborgebäude zu rechnen ist. Die geringen erwirtschafteten Überschüsse von Start-Up-Unternehmen werden in der Regel dazu verwendet, neue Forschungsgebiete aufzunehmen und damit die Präsenz am Markt zu sichern. Freie Flächen sind zeitnah im Gebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH nur zu erwarten, falls Firmen wieder aufgrund fehlender Finanzmittel Insolvenzanträge stellen oder ausziehen müssen.

A.3 Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation

Die Bio-Zentrum Halle GmbH unterstützt die Gründung von start-up's und die Bestandspflege. Intensive Beratungen und Betreuungen stehen dabei im Vordergrund. Weiterhin besteht die Aufgabe, angewandte Forschung und unternehmerische Aktivitäten zu verknüpfen. Schwerpunkte sind dabei die biologischen, biomedizinischen und nanotechnologischen Fachrichtungen einschließlich der angrenzenden Gebiete, wobei den Firmen eine umfangreiche Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird.

Konkrete Hilfe bei Aus- und Neugründungen:

- Beratung für Firmengründer, z. B. hinsichtlich Genehmigungsverfahren und Abstimmung mit den beteiligten Behörden;
- Spezifische Fördermittelinformationen und Venture Capital Information;
- Unterstützung bei Finanzierungsrunden;
- Hilfe bei Projektanbahnungen und -abrechnungen im Netzwerk;
- Unterstützung bei der Präsentation auf Messen und Tagungen;

Regionale und überregionale Vernetzung:

- Organisation von Tagungen und Seminaren;
- Erstellung und Durchsetzung eines Vermarktungskonzeptes für die Region;
- PR-Aktivitäten und Firmenakquisition;

Diese Aufgaben werden im Wesentlichen im Rahmen der Betriebsführungsvereinbarung von der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH wahrgenommen.

Die Bio-Zentrum Halle GmbH war mit ihren Transferaufgaben wesentlicher Bestandteil des Biotechnologie-Konzeptes des Landes Sachsen-Anhalt, welches seit geraumer Zeit keine Fortsetzung mehr fand. Die Bio-Zentrum Halle GmbH ist seit dem Jahr 1998 Gesellschafterin der Bio-Region Halle-Leipzig Management GmbH bzw. ab 2003 der umgegründeten BIO-Mitteldeutschland GmbH. Gegenwärtig werden verschiedene Möglichkeiten des Fortbestandes der BIO-Mitteldeutschland GmbH diskutiert. Die Bio-Mitteldeutschland GmbH firmiert seit 2012 unter dem Namen BMD GmbH, um eine Öffnung für die Zusammenarbeit bei Projekten mit den Bundesländern Sachsen und Thüringen zu ermöglichen, welches unter dem Anspruch und damit verbundenen Namen "Mitteldeutschland" nicht möglich war.

Gemeinsam mit der TGZ Halle GmbH fanden im Geschäftsjahr 2013 wiederum zahlreiche Veranstaltungen zu Themen des Technologietransfers, der Biotechnologie, zu Datenbankenrecherchen und zu Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten für industrielle und wissenschaftliche Kooperationen auf europäischer Ebene statt.

Dies erfolgte im Wesentlichen durch PR-Aktivitäten auf nationalen und internationalen Messen wie z. B. der BIO 2013 in Chicago und der BIO Europe in Mailand und Wien. Durch die Teilnahme an internationalen Kongressmessen und Foren leiten sich für die mittelständischen Unternehmen auf dem *weinberg campus* vielfältige Projekt- und Lieferbeziehungen ab. Das Konzept „*weinberg campus*“ und die damit verbundene gesamte Marketingstrategie wurden zielgerichtet auf das Netzwerk ausgedehnt und erfolgreich im nationalen und internationalen Sprachgebrauch als Marke durchgesetzt.

A.4 Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr

Nach der Finanzkrise hat sich die gesamtwirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland für mittelständische Unternehmen weiter verbessert, wobei speziell in der BIO-NANO-Branche und angrenzender Gebiete die Finanzierung von Unternehmen sowohl bei Gründungen als auch in der Bestandspflege mit einem höheren Risiko behaftet und damit schwieriger ist. Das Land Sachsen-Anhalt hat wiederholt die Förderung für die Biotechnologie in Frage gestellt, so dass es auch künftig schwierig sein wird, sich gegen die Konkurrenz in den anderen Bundesländern wie z. B. Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern aber auch Baden-Württemberg und Bayern beim Standortranking zu behaupten. Spezielle Kaltmietförderungen oder Betriebskostenzuschüsse in diesen Ländern durch die Landesregierungen oder die Träger der Einrichtungen führen zu einer extremen Wettbewerbsverzerrung.

In diesem Unternehmensumfeld hatte für die Bio-Zentrum Halle GmbH die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen erste Priorität. Zudem bestand die Notwendigkeit, für die frei gewordenen bzw. neu geschaffenen Flächen Start-ups bzw. neue Mieter zu akquirieren. Dies gestaltet sich dadurch immer schwieriger, da es ein gravierendes Überangebot an Gewerbeflächen gibt und die Mieter immer mehr mit Lockangeboten umworben werden. Der Mieter gibt den Ton an! Der derzeitige Mietzins konnte im Jahr 2013 noch beibehalten werden, wobei höhere zusätzliche nicht vergütete Aufwendungen sowohl im Dienstleistungssektor als auch durch die Übernahme von nichtvorgesehenen Instandsetzungen und Schönheitsreparaturen entstanden. Das Gebäude ist nach 15 Jahren insbesondere durch den Dauerbetrieb der technischen Ausstattung im Betrieb kostenintensiver geworden, was sich natürlich auf das Betriebsergebnis insgesamt auswirkt.

Weiterhin nahmen die Akquisition und speziell die nutzerspezifische Ausrichtung einen großen Anteil der Geschäftstätigkeit ein.

Durch erhöhte Aufwendungen bei der Akquisition und Übernahme von notwendigen Renovierungs- und Umbauarbeiten für die Nutzer konnte aber erreicht werden, dass die Gebäude am Bilanzstichtag auch unter Einbeziehung der Daniel-Vorländer-Straße 8 zu 99,8% ausgelastet sind.

A.5 Bericht über den Fortgang der Investitionstätigkeit

Momentan sind keine weiteren Investitionen geplant, die zu einer Erweiterung der Hauptnutzungsfläche der Bio-Zentrum Halle GmbH führen.

B. Ertragslage

Die Ertragslage (in T-€) der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
+ Mieteinnahmen	860	46,6%	849	49,3%	11	1,3%
+ Einnahmen Mietnebenkosten	886	48,0%	881	51,2%	5	0,6%
+ sonstige Dienstleistungen	15	0,8%	7	0,4%	8	114,3%
+ = UMSATZERLÖSE	1.761	95,4%	1.737	100,9%	24	1,4%
+ BESTANDSVERÄNDERUNG	60	3,3%	-28	-1,6%	88	-314,3%
+ SONST. BETRIEBL. ERTRÄGE	24	1,3%	12	0,7%	12	100,0%
= BETRIEBSLEISTUNG	1.845	100,0%	1.721	100,0%	124	7,2%
+ Personalkosten	49	2,7%	55	3,2%	-6	-10,9%
+ Abschreibungen	582	31,5%	579	33,6%	3	0,5%
+ planmäßige Auflösung der Rücklagen für Investitionszuschüsse	-438	-23,7%	-438	-25,5%	0	0,0%
+ = ABSCHREIBUNGEN UND AUFL. VON SONDERPOSTEN	144	7,8%	141	8,2%	3	2,1%
+ Raumkosten / Betriebsführung / Grundstücksaufwendungen	1.259	68,2%	1.199	69,7%	60	5,0%
+ Versicherungen / Beiträge	6	0,3%	6	0,3%	0	0,0%
+ Reparaturen / Instandhaltungen	148	8,0%	117	6,8%	31	26,5%
+ Kosten des Fuhrparks	4	0,2%	6	0,3%	-2	-33,3%
+ Werbe- und Reisekosten	24	1,3%	38	2,2%	-14	-36,8%
+ sonstige Kosten	95	5,1%	107	6,2%	-12	-11,2%
+ = SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	1.536	83,2%	1.473	85,6%	63	4,3%
- = BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	1.729	93,7%	1.669	97,0%	60	3,6%
= BETRIEBSERGEBNIS	116	6,3%	52	3,0%	64	123,1%
+ SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE	16	100,0%	27	100,0%	-11	-40,7%
- ZINSEN UND ÄHNLICHE AUFWENDUNGEN	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
= FINANZERGEBNIS	16	100,0%	27	100,0%	-11	-40,7%
= (ERGEBNIS VOR STEUERN)	(132)	7,2%	(79)	4,6%	(53)	67,1%
+ STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	34	25,8%	18	22,8%	16	88,9%
+ SONSTIGE STEUERN	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
- = STEUERERGEBNIS	34	25,8%	18	22,8%	16	88,9%
= JAHRESÜBERSCHUSS	98	5,3%	61	3,5%	37	60,7%

Die **Betriebsleistung** der Gesellschaft hat sich gegenüber 2012 um 124 T-€ (= +7,2 %) auf 1.845 T-€ erhöht. Dabei stiegen die Mieteinnahmen um 11 T-€, die abgerechneten Mietnebenkosten haben sich um 5 T-€ erhöht und die sonstigen Dienstleistungen erhöhten sich um 8 T-€. Die Bestandsveränderung an nicht abgerechneten Leistungen aus Mietnebenkosten erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 88 T-€, die sonstigen betrieblichen Erträge nahmen um 12 T-€ zu.

Die **Personalkosten** der Gesellschaft haben sich um 6 T-€ auf 49 T-€ vermindert.

Bei den **Abschreibungen auf Sachanlagen** handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 582 T-€ (Vorjahr: 579 T-€).

Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** haben sich im Vorjahresvergleich nicht verändert und betragen wie im Vorjahr 438 T-€.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** erhöhten sich im Vorjahresvergleich um 63 T-€. Dabei haben sich in dieser Position insbesondere die Raumkosten (+60 T-€) und die Instandhaltungen (+31 T-€) erhöht. Die Kosten des Fuhrparks (-2 T-€), die Werbe- und Reisekosten (-14 T-€) und die sonstigen Kosten (-12 T-€) haben sich vermindert. Die übrigen Kosten sind nahezu unverändert geblieben.

Das **Betriebsergebnis** hat sich im Vergleich zu 2012 um 64 T-€ auf 116 T-€ erhöht.

Das **Finanzergebnis** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 11 T-€ auf 16 T-€ vermindert.

Die **Steuern von Einkommen und Ertrag** haben sich um 16 T-€ auf 34 T-€ erhöht und erreichen damit eine Steuerquote bezogen auf das Ergebnis vor Steuern von 25,8% gegenüber 22,8% im Vorjahr.

Der **Jahresüberschuss** hat sich um 37 T-€ auf 98 T-€ erhöht.

C. Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements der Gesellschaft ist es, die jederzeitige Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, also die Fähigkeit die bestehenden und künftigen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Ferner sollte Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikstandhaltung vorhanden sein.

Zu diesem Zweck hält die Gesellschaft liquide Mittel bereit, die zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres rund 2.524 T-€ betragen. Durch Umschichtungen in langfristige Finanzanlagen haben sich diese Mittel im Laufe des Jahres 2013 um rund 1.189 T-€ erhöht.

Die Kapitalstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich dabei wie folgt dar:

	Bilanz zum 31.12.2013		Bilanz zum 31.12.2012		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	6.560,9	60,0	6.463,3	57,2	97,6	1,5
Sonderposten mit Rücklageanteil	4.004,9	36,6	4.443,3	39,3	-438,4	-9,9
Rückstellungen	209,4	1,9	143,8	1,3	65,6	45,6
Erhaltene Anzahlungen	79,5	0,7	153,6	1,4	-74,1	-48,2
Lieferverbindlichkeiten	72,4	0,7	77,6	0,7	-5,2	-6,7
Sonstige Verbindlichkeiten	10,1	0,1	15,1	0,1	-5,0	-33,1
Summe Verbindlichkeiten	162,0	1,5	246,3	2,2	-84,3	-34,2
Summe Passiva=Gesamtkapital	10.937,2	100,0	11.296,7	100,0	-359,5	-3,2

D. Vermögenslage

Die Vermögensstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar :

	Bilanz zum 31.12.2013		Bilanz zum 31.12.2012		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Sachanlagen	7.755,5	70,9	8.240,2	73,0	-484,7	-5,9
Finanzanlagen	502,3	4,6	1.502,3	13,3	-1.000,0	-66,6
Summe Anlagevermögen	8.257,8	75,5	9.742,5	86,3	-1.484,7	-15,2
Forderungen	123,5	1,1	193,9	1,7	-70,4	-36,3
Sonstige Vermögensgegenstände Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten, Wertpapiere	24,8	0,2	24,9	0,2	-0,1	-0,4
	2.523,8	23,1	1.335,4	11,8	1.188,4	89,0
Summe Umlaufvermögen	2.672,1	24,4	1.554,2	13,7	1.117,9	71,9
Rechnungsabgrenzungsposten	7,3	0,1	0,0	0,0	7,3	0,0
Summe Aktiva=Gesamtvermögen	10.937,2	100,0	11.296,7	100,0	-359,5	-3,2

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 359,5 T-€ (= -3,2 %) auf 10.937,2 T-€ ermäßigt.

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich durch die Abnahme des Sachanlagevermögens (-484,7 T-€) und des Finanzanlagevermögens (-1.000,0 T-€) auf nunmehr 75,5 % (Vorjahr 86,3 %) vermindert. Der Anteil des Sachanlagevermögens ist von 73,0 % im Vorjahr auf 70,9 % im Berichtsjahr gesunken, was sich durch die vorgenommenen planmäßigen Abschreibungen begründen lässt.

Das **Finanzanlagevermögen** hat sich durch Vermögensumschichtungen um T-€ 1.000,0 vermindert. Der Anteil am Gesamtvermögen beträgt nunmehr 4,6% (Vorjahr : 13,3 %)

Bei den mit den Abgängen saldierten Investitionen der Gesellschaft in Höhe von 97,0 T-€ und Abschreibungen in Höhe von 581,7 T-€ hat sich das **Sachanlagevermögen** um 484,7 T-€ auf einen Betrag von 7.755,5 T-€ vermindert.

Das **mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich im Vorjahresvergleich um 1.117,9 T-€ oder 71,9% auf 2.672,1 T-€ erhöht. Diese Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus der Veränderung bei den liquiden Mitteln aufgrund Vermögensumschichtungen (+1.188,4 T-€). Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** i.H.v. 123,5 T-€ haben sich um 70,4 T-€ vermindert, die sonstigen Vermögensgegenstände haben sich um 0,1 T-€ auf 24,8 T-€ vermindert. Bei den **Sonstigen Vermögensgegenstände** haben sich die Steuerforderungen (+4,1 T-€) erhöht. Die übrigen sonstigen Vermögensgegenstände haben sich um 4,2 T-€ vermindert.

Die **liquiden Mittel** betrugen am Bilanzstichtag 2.523,8 T-€ (Vorjahr : 1.335,4 T-€) und nahmen damit um 1.188,4 T-€ zu.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten waren zum Bilanzstichtag in Höhe von 7,3 T-€ vorhanden (Vorjahr : 0 T-€).

E. Nachtragsbericht

Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind (§ 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB), wird nachfolgend berichtet :

Nach Schluss des Geschäftsjahres traten keine Vorgänge von besonderer Bedeutung auf, über die entsprechend § 289 Abs. 2 Nr.1 HGB zu berichten wäre.

F. Risikobericht

Die in Schwerpunkt auf die Bio- und Nanotechnologie ausgerichtete Bio-Zentrum Halle GmbH unterliegt im Rahmen der Risikokategorie "Umfeldrisiken/Branchenrisiken" insbesondere einem bestandsgefährdenden Risiko. Hintergrund hierfür sind Veränderungen der politischen und gesetzgeberischen Rahmenbedingungen, die zu nachfolgend aufgeführten Problemstellungen und Herausforderungen führen:

- Durch die Energiewende kam es in den vergangenen Jahren zu jährlich ca. 20% Preissteigerungen für Strom. Dies bedeutet für Firmen, die eine Reinraumproduktion betreiben, eine Minimierung der Rendite, so dass der Standort Halle bzw. Deutschland generell in Frage gestellt ist.
- Für die Ansiedlung im TGZ / Bio-Zentrum bzw. auf dem Weinberg campus kommt es wegen der Spezifika des Standortes zu technischen Einschränkungen. Dies betrifft insbesondere das Lärmkontingent, welches bereits weitestgehend ausgeschöpft ist (Lüftung/Klimatisierung). Diesbezüglich sind weitere Investitionen zu erwarten.
- Dem Fachkräftemangel, insbesondere bei den Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, aber auch bei Labor- und Technikkräften muss ausgehend von der demographischen Entwicklung zwingend entgegengewirkt werden. Sollte dies nicht gelingen, birgt dies erhebliche Risiken für Wachstum und Sicherung der Bestandsfirmen.
- Es herrscht aktuell eine eher geringere Gründungsneigung in technologieorientierten Geschäftsfeldern, da es insbesondere an Eigenkapital fehlt, aber auch weil genügend hochbezahlte Stellen für Akademiker in Industrie und öffentlichen Institutionen angeboten werden.
- Bedingt durch die schwierige konjunkturelle Lage, insbesondere für innovative Firmen aus der Bio-Nanotechnologie sowie in angrenzenden Gebieten verschlechtern sich deren wirtschaftliche Perspektiven in Deutschland weiter.
- Technologieorientierte Unternehmen unterliegen zumeist langen und kapitalintensiven Zyklen in der Produktentwicklung. Damit verbunden ist zumeist die Notwendigkeit einer Finanzierung über Wagniskapital. Da Wagniskapitalgeber zumeist eine klare Exit-Strategie verfolgen entstehen standortbezogene Risiken durch potentielle Verkäufe dieser Unternehmen und dadurch möglicherweise bedingte Standortwechsel.

Die dargestellte Problematik kann mittelfristig zu Mietausfällen der Bio-Zentrum Halle GmbH führen und damit das Fortbestehen des Betriebes gefährden. Die Stadt Halle verfügt über erhebliche Angebotsreserven an Büroflächen, wodurch der allgemeine Mietzins im letzten Jahr weiter gesunken ist. Dieser Entwicklung und dem sich dadurch verschärfenden preislichen Wettbewerb kann nur durch erhöhte Serviceleistungen entgegengewirkt werden, wobei diese natürlich höhere Kosten verursachen, da der Personalaufwand steigt. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist eine verstärkte Lobbyarbeit in Bezug auf die qualitätsorientierte Positionierung des Standortes notwendig. Positiv für die TGZ / Bio-Zentrum Halle GmbH ist in diesem Zusammenhang z.B. die Entscheidung der Stadtwerke, dass die Energieversorgung durch den Bau eines neuen Schalthauses in der Blücherstraße stabilisiert wird.

G. Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung der Berichtsgesellschaft ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der Firma Bio-Zentrum Halle GmbH und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan 2014 und in Entwurfsskizzen für die Jahre 2015 bis 2019 gebündelt. Diese Wirtschaftspläne, die als reine Ertragsplanungen aufgebaut wurden, haben danach folgendes Bild:

Jahr	Aufwendungen	Erlöse Miete + Nebenk	sonstige	Finanz- ergebnis	Ergebnis
	T-EURO	T-EURO	T-EURO	T-EURO	T-EURO
2014	1.826	1.740	20	18	-48
2015	1.826	1.800	15	18	+7
2016	1.835	1.800	25	20	+10
2017	1.845	1.800	30	20	+5
2018	1.855	1.780	30	20	-25
2019	1.865	1.760	30	20	-55

Durch die Geschäftsführung werden die Entwicklungen der nächsten Jahre als eher risikobehaftet eingeschätzt.

Anlass hierfür bieten einerseits die sich allgemein verschärfenden Rahmenbedingungen für technologieorientierte Unternehmen (aktuelle und potentielle Mieter), wie beispielsweise die Auswirkungen der Energiewende (erhöhte Energiekosten), eine zunehmend schwierigere Akquisition von Eigen- und Fremdkapital (insbesondere in der Frühphase) sowie erhöhte Restriktionen in Bezug auf den Lärmschutz am Standort.

Die Geschäftsführung wird weitere Strategien entwickeln, die den Risiken einer reduzierten Flächennutzung entgegenwirken. Im Fokus stehen hierbei die Ansiedlung neuer technologieorientierter Unternehmen sowie die Unterstützung von Bestandsunternehmen beim Wachstum am Standort und auf den Flächen der Bio-Zentrum Halle GmbH.

Ein Schwerpunkt der Tätigkeiten wird weiterhin ein umfassendes Marketingkonzept zur Sicherung des BIO-NANO-Standortes im Süden von Sachsen-Anhalt sein und damit verbunden nicht nur die Beibehaltung des Mieterbestandes durch entsprechende Betreuung und Beratung der Firmen, sondern auch die Unterstützung des Bio-Nanotechnologie-Konzeptes im Netzwerk *weinberg campus*. Dies bedeutet gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Max-Planck-Gesellschaft und der Fraunhofer-Gesellschaft die zielstrebige Entwicklung der Nanotechnologie am Standort Halle.

Darüber hinaus ist es für den *weinberg campus* dringend erforderlich, weiterführende Voraussetzungen für die Produktion von innovativen werthaltigen Produkten positiv zu schaffen, da ansonsten die Co-Finanzierungen für die angewandte Forschung in diesen Unternehmen nicht gewährleistet werden können. Damit wäre entweder der Weggang der Unternehmen vom *weinberg campus* oder deren Insolvenz vorprogrammiert.

Eine positive wirtschaftliche Weiterentwicklung des Technologieparks *weinberg campus*, der Bio-Zentrum Halle GmbH und damit nicht zuletzt der Stadt Halle und der Region ist zukünftig von der Ganzheitlichkeit im Vorgehen aller Beteiligten (u.a. Bio-Zentrum, Mieter, Kunden, Lieferanten, Netzwerkpartner) abhängig. Ziel ist eine stringente Wertschöpfungskette mit den vernetzten Bestandteilen Bildung, Grundlagenforschung, angewandte Forschung, Produktion und Vermarktung, die letztlich Gewerbesteureinnahmen und Arbeitsplätze sichert.

Dieses Ziel kann nur im Rahmen eines abgestimmten Vorgehens bei der Fortführung und Umsetzung des Strategiedialoges zur Stadtentwicklung Halle 2025 erfolgen.

Zitat (Strategiekonzept, 11/2011, S.7, Pkt. 3): "Innovation am weinberg campus und zukunftsorientierte Weiterentwicklung von Neustadt: Mit dem weinberg campus ist es Halle gelungen, sich als Standort von Forschung und Entwicklung sowie wissens- und technologieorientierter Produktion zu etablieren. Dabei profitiert der Technologiepark auch von seiner engen Einbindung in die Stadt und ergänzt die innerstädtischen Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen. Das Stadtumbaugebiet Neustadt erhält durch seine räumliche Nähe zum weinberg campus neue Zukunftsperspektiven."

Die in diesem Zusammenhang im Jahre 2012 unter der Initiative der TGZ Halle GmbH gebildete Arbeitsgruppe "Vision *weinberg campus* 2020/2025" aus Vertretern unterschiedlicher Einrichtungen stellte ein aussagefähiges Strategiepapier im II. Quartal 2013 den Partnern auf dem *weinberg campus* ebenso zur Verfügung, wie auch als gebündelte Meinungsbildung der Verwaltung der Stadt Halle.

Wir sehen der Entwicklung des Jahres 2014 ff. auch in Anbetracht dieser Risiken verhalten positiv entgegen und gehen davon aus, dass wir alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand an uns adressierten Aufgaben noch vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllen können. Die Weiterentwicklung des Standortes ist aber von den Rahmenbedingungen, die die Stadt Halle vorgibt, im Wesentlichen abhängig. Dadurch wird entscheidend beeinflusst, welche Entwicklung der Technologiepark *weinberg campus* und damit die Bio-Zentrum Halle GmbH nimmt.

Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Erwerb, die Erschließung und Vermarktung von Industriegrundstücken im Wirtschaftsraum Halle-Saalkreis.

Öffentlicher Zweck:

Die Gründung der stadt eigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes "An der A 14". Der öffentliche Zweck ist in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Götte, Dieter

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2013 erfolgt.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
1	0	0	0	0	0	1	
18.512	98	19.131	98	20.153	98	-619	-3
298	2	329	2	362	2	-31	-10

Bilanzsumme

18.811	100	19.460	100	20.515	100	-649	-3
--------	-----	--------	-----	--------	-----	------	----

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
17.739	94	17.421	89	17.932	87	318	2
25	0	123	1	137	1	-98	-80
1.047	6	1.916	10	2.446	12	-869	-45

Bilanzsumme

18.811	100	19.460	100	20.515	100	-649	-3
--------	-----	--------	-----	--------	-----	------	----

bb) GuV

Umsatzerlöse
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2013	2012	2011
T€	T€	T€
1.206	399	2.290
38	182	-256
154	42	114
757	883	708
306	250	278
3	2	
4	4	32
334	-512	1.130
		0
334	-512	1.130
334	-512	1.130

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	27,66	-128,30	49,35	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,92	-2,85	6,73	%
Cash-Flow:	334	-512	1.130	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,01	0,00	0,00	%
Eigenkapitalquote:	94,30	89,52	87,41	%
Fremdkapitalquote:	5,70	10,48	12,59	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Gesamtfläche Grund und Boden	339,20	341,70	348,50	ha
davon erworbene Fläche	0,00	0,00	5,20	ha
davon übergegangene Fläche	0,00	0,00	0,50	ha
davon verkaufte Fläche	2,50	6,80	0,00	ha

e) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 22. November 2000 wurde zum Zweck der B-Planung, der Erschließung sowie der Baulandbeschaffung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 (zwischenzeitlich in „Star Park“ umbenannt) die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG sowie deren Komplementärin, die Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH, Halle, (seit 17. Juli 2002 Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH) gegründet.

Die Gründung der stadt eigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Star Parks. Die Stadt beabsichtigte, in Kooperation mit den Nachbargemeinden Peißen, Dölbau, Queis und Reußen, in diesem Areal kurzfristig rund 230 ha gewerbliche Bauflächen zu entwickeln.

In der Folgezeit wurden alle Anstrengungen unternommen, einen rechtskräftigen Bebauungsplan zu erwirken. Dieser lag im Jahr 2002 vor.

Die Vermarktung des Areals erfolgte auf der Grundlage dieses Bebauungsplanes und im Einklang mit den grundsätzlichen Intensionen der in einem, eigens für das Industriegebiet gegründeten Planungsverband vereinten Gebietskörperschaften, aktuell der Stadt Halle, der Gemeinde Peißen, der Stadt Landsberg und der Einheitsgemeinde Kabelsketal.

Auf dieser Grundlage war die Stadt Halle in der Lage, bei Großprojekten, die mit Beginn des Jahres 2007 bei der Stadt Halle und ihrer Gesellschaft bezüglich einer Ansiedlung im Industriegebiet verstärkt nachgefragt wurden, ein wettbewerbsfähiges Standortangebot unterbreiten zu können.

Die überwiegend reaktiven Ansprachen von Investoren, seit dem Jahr 2007 wurden 65 konkrete Standortanfragen begleitet, bilden sich zum einen aus direkten Anfragen von Unternehmen und zum anderen aus Anfragen von Unternehmen, die von Kooperationspartnern wie German Trade and Invest (GTal) und der Investitions- und Marketinggesellschaft Sachsen-Anhalt mbH (IMG) begleitet wurden.

Es handelt sich dabei um Standortanfragen von Unternehmen aus dem Bereich der verarbeitenden Industrie.

Die Anzahl der seit Beginn des Jahres 2007 zu bearbeitenden Anfragen, die Qualität und Position, die das jeweilige Standortangebot im Rahmen der Standortauswahlverfahren teilweise erreicht hat und nicht zuletzt die reale Aussicht auf kurzfristige Ansiedlungserfolge, haben die Stadt Halle in Abstimmung mit der Landesregierung dazu bewogen, etwaig noch vorhandene Standortnachteile im Zuge einer öffentlichen Erschließung des Industriegebietes zügig zu beseitigen.

Ein entsprechender, mit den zuständigen Stellen abgestimmter Antrag auf Bereitstellung von Fördermitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe wurde durch die Stadt Halle noch im Jahr 2007 gestellt. Gleichzeitig wurde zwecks Beschleunigung des Vorhabens ein Antrag auf Genehmigung einer Ausnahme vom Verbot des vorzeitigen Maßnahmebeginns gestellt. Diese Ausnahmegenehmigung lag mit Wirkung ab dem 31. Januar 2008 vor.

Seitdem konnte mit der öffentlichen Erschließung des Industriegebietes begonnen werden. Ein Zuwendungsbescheid der beantragten GA-Fördermittel liegt seit dem 23. Juni 2008 vor und gestattet unter Berücksichtigung eines 10%igen städtischen Eigenanteils zunächst ein Gesamterschließungsvolumen in Höhe von Brutto 48 Mio. € umzusetzen.

Die rege Nachfrage nach Ansiedlungsflächen im Industriegebiet führte in Abstimmung mit dem Wirtschaftsministerium zu der Entscheidung, einen Änderungsantrag zum Zuwendungsbescheid vom 23. Juni 2008 auf die nunmehr vorzunehmende Vollerschließung vorzubereiten. Der Stadtrat der Stadt Halle hat diesem Änderungsantrag in seiner Sitzung am 29. Oktober 2008 zugestimmt. Der Änderungsantrag, der nunmehr ein Erschließungsvolumen von Brutto 76,8 Mio. € beinhaltet, wurde der Investitionsbank Sachsen-Anhalt im Dezember 2008 zugereicht und durch diese mit Änderungsbescheid vom 18. Mai 2009 bestätigt.

Das Konzept einer weitergehenden, inneren Erschließung, das vom Stadtrat (V/2010/08893) in seiner Sitzung am 25. August 2010 entschieden wurde und mit dem in Form einer, in das Industriegebiet hinein zu führenden, engmaschigeren Ver- und Entsorgungsinfrastruktur auf eine hin zu Flächengrößen zwischen 5-30 ha veränderte Nachfrage entsprochen werden wird, wurde im Jahr 2011, nach Vorliegen eines ersten Änderungsbescheides der Investitionsbank vom 08.03.2011, planerisch umgesetzt.

Beginnend ab 2012 wurden die nunmehr komplett vorliegenden Ausführungsplanungen europaweit öffentlich ausgeschrieben, vergeben und bis Ende 2013 realisiert.

Im Zuge konkreter Ansiedlungsbegehren und dabei erzielter Ansiedlungserfolge zeigte sich jedoch, dass hinsichtlich der öffentlichen Erschließung von Teilflächen im Star Park weiterer Handlungsbedarf besteht, will man flächenmäßig im Bereich von 2 bis 5 ha liegende Ansiedlungen erfolgreich akquirieren. Im Angesicht eines per Ende 2013 noch verfügbaren Restbudgets aus der Erschließungsmaßnahme, Bestand hat nach wie vor das oben bereits erwähnte Gesamtbudget von 76,8 Mio. €, wurde durch die Stadt Halle entschieden, einen neuerlichen Verlängerungsantrag für den Investitionszeitraum bis zum 31.12.2014 zu stellen. Dafür liegt seit dem 19.02.2014 der entsprechende Änderungsbescheid der Investitionsbank Sachsen-Anhalt vor.

Danach steht ca. ein halbes Jahr für die Erstellung und Prüfung (externes Ingenieurbüro) des Nachweises über die Verwendung der erhaltenen Fördergelder zur Verfügung, womit allerdings bereits für alle fertig gestellten Teilerschließungsmaßnahmen, die von der Verlängerung nicht betroffen sind, begonnen wurde.

Die erhaltenen Fördermittel und die städtischen Eigenanteile an der Gesamtfinanzierung, ausgenommen die durch die EglG gemäß Stadtratsbeschlüssen selbst beizusteuern den Mittel, sind entsprechend des Ablauf- und Finanzplanes zur Erschließung in den jährlichen Haushalt der Stadt Halle eingestellt und werden der EglG als nicht rückzahlbarer Investitionszuschuss entsprechend des Anfalls zu begleicher den Rechnungen zur Verfügung gestellt. Über das gesamte Geschäftsjahr 2013 war dieser Prozess so organisiert, dass die Gesellschaft jeweils rechtzeitig vor Fälligkeit der Rechnungen aus der Erschließung mit der erforderlichen Liquidität ausgestattet war.

B. Darstellung der Lage

Die Stadt Halle schloss im Januar 2008 mit der Gesellschaft einen Vertrag zur Durchführung der öffentlichen Erschließung des Star Parks ab. Die Stadt Halle hat durch Gesellschafterbeschluss und in Form eines Stadtratsbeschlusses aus dem September 2007 erklärt, die Gesellschaft finanziell und organisatorisch so auszustatten, dass sie ihren satzungsgemäßen Aufgaben zur Erschließung und Vermarktung des Industriegebietes nachkommen kann. Die finanzielle Ausstattung der Gesellschaft erfolgt seitens der Stadt Halle auf der Grundlage der erteilten Zuwendungsbescheide für öffentliche Finanzierungsbeihilfen und des darin einbezogenen städtischen Eigenanteiles. Die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe und der städtische Eigenanteil sind in Summe und entsprechend dem geplanten Erschließungsablauf in entsprechenden Jahrestanchen als Einnahmen und Ausgaben in den städtischen Haushalt eingestellt und werden der Gesellschaft auf Abruf in Form eines nicht rückzahlbaren Investitionszuschusses zur Verfügung gestellt.

Organisatorische Regelungen zur korrekten und termingerechten Abwicklung des Erschließungsvorhabens wurden und werden durch entsprechende Beschlüsse der Gesellschafterversammlung getroffen. So wurde zunächst der über Jahre ruhende Vertrag zur Projektleitung und –steuerung sowie zur Generalplanung mit der Obermeyer Albis-Bauplan GmbH aktiviert. Die bis zum 15. April 2008 in der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH als Nebentätigkeit ausgeübte Geschäftsführung wurde in eine Vollzeittätigkeit in der Gesellschaft umgewandelt.

Dies war notwendig, um zum einen die akquisitorischen Aktivitäten um Ansiedlungen fachgerecht zu begleiten und zum anderen die sich aus der beschlossenen Erschließung ergebenden planerischen Aktivitäten in Angriff zu nehmen und die sich aus dem Projekt selbst ergebenden Organisations- und Steuerungsprozesse in die Hand zu nehmen.

Die sich daraus ergebenden Aufwendungen schlagen sich in der Gewinn- und Verlustrechnung des Jahres 2013 entsprechend in der Position Materialaufwand/Bezogene Leistungen nieder. Da diese Leistungen Bestandteil des Erschließungsprojektes und dem- entsprechend auch förderfähig sind, tragen sie zur Wertsteigerung des in der Bilanz unter Vorräte ausgewiesenen, noch unerschlossenen Industriegebietes bei. Da jedoch sowohl die von der Investitionsbank Sachsen-Anhalt bereitgestellten Fördermittel als auch der sich aus der Antragstellung auf diese Fördermittel begründende Eigenanteil der Stadt Halle der Gesellschaft als nicht rückzahlbarer Investitionszuschuss zur Verfügung gestellt werden, mindern diese Zuschüsse die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen, tatsächlichen Erschließungsaufwendungen in erheblichem Umfang. Offen ausgewiesen wird danach nur jener Erschließungsaufwand, korrespondierend dazu demgemäß auch die Bestandserhöhung des Vorratsvermögens, der dem von der Gesellschaft gemäß Stadtratsbeschluss vom September 2007 eigenständig beizusteuern den Eigenanteil entspricht.

Im Geschäftsjahr 2013 erfolgte die Finanzierung der Erschließungsmaßnahmen nahezu ausschließlich aus nicht rückzahlbaren Investitionszuschüssen. Der städtische Haushalt sah in 2013 zur Finanzierung der Ausgaben für das Erschließungsprojekt eine Einnahme aus der Entwicklungsgesellschaft in Höhe von 3,2 Mio. € aus Verkaufserlösen vor, die dem Restbetrag aus der gemäß Stadtratsbeschluss von der Gesellschaft beizusteuern den Anteilsfinanzierung des städtischen Eigenanteils an der Projektfinanzierung entsprach. Die Gesellschaft konnte diese Mittel mangels in ausreichender Höhe erzielter Veräußerungserlöse nicht an den städtischen Haushalt abführen. Allerdings muss die Stadt Halle als Rechtsgrundlage für eine solche Zahlung mit der Gesellschaft eine Finanzierungsvereinbarung abschließen, die nach wie vor nicht vorliegt.

Die mit diversen Landwirten abgeschlossenen Pacht- und Nutzungsverträge über die Industriegebietsflächen hatten auch im Jahr 2013 Bestand soweit aufgrund der erschließungsbedingten Eingriffe die ursprünglich verpachteten Flächen auch tatsächlich von den Landwirten genutzt werden konnten. Die erzielten Pachteinahmen sind unter „Sonstige betriebliche Erträge“ in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Im Jahr 2013 konnte eine weitere Teilfläche von 2,5 ha an einen russischen Investor verkauft werden. Dieser Investor wird mit seiner Investition im Frühjahr 2014 beginnen. Vereinbarungsgemäß wurde der mit diesem Grundstücksverkauf verbundene Verkaufserlös noch in 2013 für die Gesellschaft liquiditätswirksam und stützt insofern die Liquidität der Gesellschaft in 2013 ebenso wie die erzielten Erlöse aus der Veräußerung fertig gestellter Anlagen der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung der Inneren Erschließung an die HWS GmbH. Da den dabei erzielten Erlösen aufgrund der zuvor beschriebenen Effekte aus den erhaltenen Fördergeldern nur in geringen Umfang kostenwirksam auszubuchende Vermögenswerte gegenüberstehen, wird das handelsbilanzielle Ergebnis entsprechend positiv beeinflusst.

Es muss leider festgehalten werden, dass anders als geplant, in 2013 keine weiteren Grundstücksverkäufe und darüber weitere Ansiedlungen von Industrieunternehmen umgesetzt werden konnten. Die gemäß Wirtschaftsplan 2013 vorgesehenen 25 ha Grundstücksverkauf sind mit Ausnahme des erwähnten Ansiedlungserfolges und des nachfolgend beschriebenen Vorganges ausgefallen. Im Jahr 2013 konnte mit einem in Halle mit einem Werk vertretenen Unternehmen ein Vertrag abgeschlossen werden, nach dem die EglG von diesem Unternehmen im Wertausgleich ein innerstädtisches Grundstück zur weiteren Verwertung erworben hat und diesem selbst eine Fläche von 12,5 ha im Star Park für dessen strategische Planungen eines Werksneubaus veräußert hat. Nachdem alle im Notarvertrag dafür festgelegten Voraussetzungen erfüllt waren, gingen Nutzen und Lasten aus diesem Kauf- und Verkaufsgeschäft mit wirksamer Kaufpreiszahlung Anfang März 2014 an die jeweiligen Erwerber über.

Dennoch konnte aufgrund des oben erwähnten handelsbilanziellen Effekts bei Veräußerung von Erschließungsanlagen im Jahr 2013 ein positives Jahresergebnis in Höhe von 334 T€ erzielt werden.

Das Jahr 2013 war insbesondere geprägt durch die innere öffentliche Erschließung des Industriegebietes mit folgenden Schwerpunkten:

Maßnahme -Mio. €-	Gesamtbudget neu (einschl. Innerer Erschl.)	Zahlungsstand 31.12.2011	Status
Wasser u. Abwasser	11,4	11,1	betriebsbereit entlang Orionstraße und Str. A/B/C
Regenentwässerung	10,4	10,4	betriebsbereit
Umverlegungen	11,1	11,1	abgeschlossen
Elektroerschließung	13,1	12,9	52 MVA Leistung liegen an, MS-/NS- Erschließung entlang aller Erschl.straßen betriebsbereit
Gaserschließung	2,2	2,1	Gasanschluss fertig komplett in Betrieb
Straßenbau und Gleis	15,8	15,5	vollständig fertig

Es ist ein Erschließungsstand erreicht, der einen jederzeitigen Baubeginn eines Ansiedlungsunternehmens sicherstellt. Mit der bereits erwähnten Verlängerung des Investitionszeitraumes bis zum 31.12.2014 soll die öffentliche Erschließung in jenen Teilflächen des Star Park nachgebessert werden, die für flächenmäßig kleinere Ansiedlungen vorgesehen sind, dafür aber noch nicht alle Voraussetzungen aufweisen.

Gemäß dem Stadtratsbeschluss V/2011/10049, dem vorausgegangen waren entsprechende Beschlüsse der zuständigen Gremien der EglG wie auch bei Unternehmen der Stadtwerke, sind die fertig gestellten Anlagen entweder an die Stadt Halle als auch an verschiedene SWH-Unternehmen zu übertragen. Die aus den geschaffenen Erschließungsanlagen erwachsenden Folgekosten aus Betrieb und Unterhaltung sind gemäß diesem Stadtratsbeschluss teilweise generell durch die Gesellschaft zu tragen oder so lange zu tragen, bis der Eigentumsübergang erfolgt ist. In einigen Bereichen wird die Gesellschaft auch nach Eigentumsübergang an die einzelnen neuen Rechtsträger mit zu finanzierenden Anlaufverlusten wegen der noch ungenügenden Auslastung der geschaffenen Infrastruktur konfrontiert. Diese Folgekosten der Erschließung bestimmen sehr wesentlich die Ergebnisplanung für die Folgejahre und können von der Gesellschaft auch nur finanziert werden, wenn ihr die geplanten Erlöse aus Grundstücksverkäufen auch tatsächlich zufließen.

Speziell im Bereich der Übertragung der Energieanlagen im Star Park an die eigens zu diesem Zweck unter dem Dach der EVH GmbH gegründete Netzgesellschaft Industriegebiet A14 gab es in 2012 durch die zuständige Landesregulierungsbehörde eine Entscheidung, die in letzter Konsequenz zur Folge hat, dass die EglG diese Anlagen solange in Besitz halten wird, bis über erfolgreiche Ansiedlungen eine solche Auslastung erreicht wird, die einen wirtschaftlichen Betrieb ermöglicht und somit die Grundlage für die Erteilung einer Genehmigung nach § 4 Energiewirtschaftsgesetz gegeben wäre. Bis dahin wird die EglG diese Anlagen auf Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages mit der Netzgesellschaft der EVH GmbH als Kundenanlage gemäß § 3 Nr. 24a EnWG betreiben, was im Hinblick auf auszugleichende Anlaufverluste gegenüber der von der EVH gegründeten Standortnetzgesellschaft deutliche Vorteile hat.

Die nach der erwähnten Beschlusslage an die Stadt Halle zu übertragenden Erschließungsstraßen und Grünanlagen sind beschlusskonform mit Wirkung ab 01.01.2013 übergegangen.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war auf der Grundlage der mit der Stadt Halle getroffenen Regelungen und aufgrund eigener Einnahmen während des gesamten Geschäftsjahres 2013 gesichert. Für die förderfähigen Erschließungskosten aus dem Star Park waren dies die vor genannten Stadtratsbeschlüsse und die darauf basierenden Berücksichtigungen im städtischen Haushalt 2013.

Die von der EglG noch beizusteuernenden Eigenmittel in Höhe von ca. 3,2 Mio. € konnte die Gesellschaft wie bereits erläutert in 2013 nicht aufbringen.

C. Hinweise auf Risiken der künftigen Entwicklung / sonstige Angaben

Im Zusammenhang mit der beschlossenen und bereits in der Umsetzung befindlichen Erschließung des Industriegebietes hat sich die Stadt Halle als Gesellschafterin verpflichtet, die Gesellschaft so auszustatten, dass sie insbesondere ihren finanziellen Verpflichtungen aus der Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben zur Erschließung und Vermarktung des Industriegebietes nachkommen kann. Die Erschließungsträgerschaft ist der Gesellschaft über einen Erschließungsvertrag von der Stadt Halle übertragen worden.

Nicht förderfähige Aufwendungen der Gesellschaft, wie Geschäftsführungs- und sonstige Verwaltungskosten, grundstücksnahe Aufwendungen sowie Kosten der eigenen Projektleitung müssen zunächst durch die Gesellschaft separat aufgebracht werden.

Der sich aus der Vollerschließung für das Industriegebiet ergebende, höhere Eigenanteil der Stadt Halle (Aufstockung von 48 Mio. € auf 76,8 Mio. €) in Höhe von zusätzlich 2,8 Mio. € ist nach Beschluss des Stadtrates vom 29. Oktober 2008 (IV/2008/07494) durch die Gesellschaft selbst aufzubringen. Grundlage dafür bilden die in Aussicht stehenden Grundstücksveräußerungen an potentielle Ansiedler.

Die Wirtschaftsförderung der Stadt Halle hat der Gesellschaft im Rahmen der Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2014 aus aktuellen Ansiedlungsverfahren eine Übersicht zur Verfügung gestellt, nach der die EglG in ihren Wirtschaftsplan 2014 eine vorsichtige Verkaufsprognose von 1.000 TEUR eingearbeitet hat. Diese bezieht sich ausschließlich auf die Weiterveräußerung des im Zuge eines wertgleichen, gegenseitigen Grundstückskaufvertrages von einem in Halle ansässigen Industrieunternehmen erworbene innerstädtische, für eine Wohnbebauung geeignete Fläche. Für eine Teilfläche dieses erworbenen Areals gibt es bereits eine verbindliche, noch zu beurkundende Erwerbsabsicht.

Darüber hinaus ist der Stadt Halle und ihrer Entwicklungsgesellschaft bereits ein weiterer Ansiedlungserfolg gelungen. Mit einem in Sachsen-Anhalt bereits ansässigen Unternehmen, das seinen Produktionsstandort in den Star Park verlagern wird, konnte der Verkauf von ca. 1,5 ha nebst Option auf einen späteren Erwerb von weiteren 1,3 ha vereinbart werden.

Die Gesellschaft strebt sehr wohl die vollständige Finanzierung des ihr in 2014 entstehenden Aufwandes aus eigenen Einnahmen an. Der Wirtschaftsplan 2014 ist dementsprechend aufgestellt, sieht aber für den möglichen Fall einer temporären Illiquidität ein von der Stadt Halle zu gewährendes Abrufdarlehen vor. Diesem Darlehen will die Verwaltungsspitze solange nicht zustimmen, bis ein externes Optimierungsgutachten für die Gesellschaft, die Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH, vorliegt. Dieses Gutachten ist im März 2014 beauftragt worden, Ergebnisse liegen voraussichtlich erst Ende April vor.

Der von der Stadt Halle erwartete, von der Gesellschaft aus Verkaufserlösen zu finanzierende Beitrag an der Eigenanteilsfinanzierung des Star-Park-Projektes von noch 3,2 Mio. €, wofür die Stadt Halle mit der Gesellschaft noch eine Finanzierungsvereinbarung abschließen muss, wird nach den aktuell vorliegenden Erkenntnissen möglicher Grundstücksverkäufe auch in 2014 nicht erwirtschaftet werden können. Erst die konkreten Vereinbarungen mit der Stadt Halle zu den Modalitäten der Zahlung dieses Betrages, so eine mögliche Stundung bis zur Zahlungsmöglichkeit, werden eine Aussage zulassen, inwieweit sich aus dieser Angelegenheit für die Gesellschaft ein finanzielles Risiko darstellt.

Wie bereits ausgeführt, sind erfolgreiche Weichenstellungen für die Übertragung bereits fertiggestellter und weiter fertig zu stellender Erschließungsanlagen und diverse SWH-Unternehmungen erfolgt. Die Übertragungen von Anlagen speziell an die Stadt Halle und deren Unternehmen sind weitestgehend in 2013 abgeschlossen worden.

Da das Industriegebiet gemarkungsübergreifend beplant wurde und inzwischen auch erschlossen wird, bedarf es diverser Regelungen zwischen der Stadt und den betroffenen Gemeinden (Landsberg, Kabelsketal), die es für den Bereich Wasser/Abwasser bereits gibt. Eingemeindungen der nicht zur Stadt Halle gehörenden Teilflächen im Star Park würden, dabei wesentliche Erleichterungen darstellen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Erschließung, die Bewirtschaftung, die Entwicklung, die Vermarktung, Verwaltung und Vermietung von Immobilien sowie die Beteiligung an anderen Gesellschaften mit vergleichbarem Gesellschaftszweck einschließlich der Übernahme der persönlichen Haftung und Geschäftsführung bei diesen Gesellschaften.

Öffentlicher Zweck:

Die Gründung der stadt eigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes "An der A 14". Der öffentliche Zweck ist in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Götte, Dieter
Aufsichtsrat:	Vorsitzender Neumann, Wolfram
	stellv. Vorsitzender Röder-Kolberg, Tobias
	Bonan, Robert
	Dr. Köck, Uwe-Volkmar
	Kapetsis, Janis
	Sprung, Michael

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	5	6	6

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2013 erfolgt.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
0	0	0	0	1	0	0	
166	99	155	99	153	99	11	7
2	1	2	1	1	1	0	

Bilanzsumme

168	100	157	100	155	100	11	7
-----	-----	-----	-----	-----	-----	----	---

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
68	41	65	42	63	40	3	5
89	53	81	51	69	45	8	10
11	6	11	7	23	15	0	

Bilanzsumme

168	100	157	100	155	100	11	7
-----	-----	-----	-----	-----	-----	----	---

bb) GuV

sonstige betriebliche Erträge
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2013	2012	2011
T€	T€	T€
234	222	237
182	168	183
	1	1
52	51	52
3	1	2
3	3	3
0	0	0
3	3	3
3	3	3

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	4,38	4,33	5,33	%
Cash-Flow:	3	3	4	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	117	111	118	T€
Personalaufwandsquote:	77,81	75,80	77,02	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00	0,00	0,38	%
Eigenkapitalquote:	40,69	41,55	40,45	%
Fremdkapitalquote:	59,31	58,45	59,55	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 22. November 2000 (Beschluss Nr. III/2000/01121) wurde zum Zweck der Beplanung, der Erschließung sowie der Baulandbeschaffung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 (zwischenzeitlich in „Star Park“ umbenannt) die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG (EgIG) sowie deren Komplementärin, die Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH, gegründet. Die Oberbürgermeisterin wurde bevollmächtigt, hierfür sämtliche erforderlichen Handlungen vorzunehmen.

Da der Inhalt der Satzung die Tätigkeiten der Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH auf die Entwicklung des Star Parks einschränkte, hat der Stadtrat der Stadt Halle in seiner Sitzung am 19. Juni 2002 (Vorlage Nr. III/2002/02411) Änderungen in der Satzung der Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH beschlossen. Die Oberbürgermeisterin als gesetzliche Vertreterin der Stadt Halle (Saale) wurde beauftragt, in einer Gesellschafterversammlung der Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH die Änderungen des Gesellschaftsvertrages vorzunehmen.

Die Gesellschafterversammlung der Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH mit Sitz in Halle (Saale) hat mit Datum vom 17. Juli 2002 diverse Änderungen beschlossen.

Ziel der mit Datum 3. Juni 2003 wirksam im Handelsregister eingetragenen Satzungsänderungen war, dass die Gesellschaft künftig möglichst kurzfristig und flexibel auf sich ergebende Aufgabenstellungen in den Bereichen der Entwicklung von Liegenschaften reagieren kann. Die Gesellschaft wurde mit diesen Änderungen in die Lage versetzt, vergleichbar zu der Entwicklung des Star Parks auch andere Entwicklungsmaßnahmen auszulösen, um nach entsprechendem Fortschritt der Aktivitäten die Gründung von förderfähigen Tochtergesellschaften zur Fortführung der Projekte durchzuführen.

Die Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH (EVG) nimmt als Komplementärin der EgIG deren Geschäftsführung wahr, vertritt diese und haftet für sie. Mit Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle vom 25. November 2009 erfolgte eine Neufassung des Gesellschaftsvertrags. Zentrales Element der Neufassung ist die Erweiterung der Organe der Gesellschaft um einen Aufsichtsrat. Die notarielle Beurkundung des geänderten Gesellschaftsvertrages erfolgte am 26. November 2009, die Eintragung ins Handelsregister am 14. Dezember 2009.

Der Aufsichtsrat tagte in 2013 insgesamt dreimal und befasst sich insbesondere regelmäßig mit der aktuellen wirtschaftlichen Lage, dem Jahresabschluss 2012 und dem Wirtschaftsplan 2014 sowie der Mittelfristplanung bis 2018 sowie der Weiterentwicklung und Umsetzung unternehmenskonzeptioneller Ansätze sowohl der EVG als auch als persönlich haftende Gesellschafterin der EgIG.

B. Darstellung der Lage

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft in ihrer Eigenschaft als Komplementärin der EgIG und damit in Ausübung der Geschäftsführung für diese Gesellschaft, war im gesamten Verlauf des Geschäftsjahres 2013 geprägt von der weiteren Durchführung und dem Abschluss der öffentlichen Erschließung des Star Parks zum festgesetzten Ende des Investitionszeitraumes per 31.12.2013.

Die Stadt Halle beauftragte die EgIG mit der Durchführung der öffentlichen Erschließung des Star Parks. Auf der Grundlage von zwei Stadtratsbeschlüssen vom Oktober 2007 und Oktober 2008 sind die dafür erforderlichen, insbesondere finanziellen Voraussetzungen geschaffen worden. Die Gesamterschließung mit einem Budget i. H. v. EUR 76,8 Mio. wird zu 90 % aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe bezuschusst. Ein entsprechender Änderungsbescheid der Investitionsbank Sachsen-Anhalt liegt mit Datum 18. Mai 2009 vor.

Die Umfänge der Erschließung und die einzuhaltenden Maßgaben der Förderrichtlinien, insbesondere jedoch die Bedeutung dieses Projektes für den angestrebten Ansiedlungserfolg großer Industrieunternehmen, erforderten auch die Schaffung entsprechend handlungsfähiger organisatorischer Voraussetzungen.

Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung wurde die vorherige, in Nebentätigkeit ausgeübte Anstellung des bestellten Geschäftsführers mit Wirkung ab 16. April 2008 in eine Vollzeit- und ausschließlich für die Gesellschaft auszuübende Tätigkeit umgewandelt.

Weitere Beschlüsse der Gesellschafterin Stadt Halle führten zum Aufbau einer, das Wirken der Geschäftsführung unterstützenden, übersichtlichen Unternehmensorganisation. Entsprechend des von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung in deren jeweiligen Sitzungen im November 2010 beschlossenen Unternehmenskonzeptes bestehen sämtliche Anstellungsverträge ab dem 01.01.2011 mit der EVG.

Danach soll die EVG, ihrem satzungsgemäßen Zweck folgend, Flächenmanagementaufgaben für die Stadt Halle, vordergründig im Hinblick auf Gewerbe- und Industriegebietsflächen, wahrnehmen.

In Abstimmung mit der Gesellschafterin Stadt Halle wurde bisher davon abgesehen, die entsprechend des mit dem Wirtschaftsplan 2012 beschlossenen Unternehmenskonzeptes vorgesehenen 2 Personalstellen für Projektentwickler zu besetzen.

Hauptgrund war zum Einem, dass die Umsetzung des Revitalisierungsprojektes im Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost angesichts des defizitären Haushaltes der Stadt ausgesetzt werden musste, da sich die Stadt Halle nicht in der Lage sah, die finanziellen Mittel für den nicht förderfähigen Grundstückserwerb zur Verfügung zu stellen (ca. 1,1 Mio. €).

Inzwischen ist dieses Projekt gänzlich aufgegeben worden.

Zum Anderen sieht die Stadt Halle gegenwärtig aus finanzieller Sicht ebenso keine Möglichkeit, ein aufzubauendes Flächenmanagement mit den erheblichen, allein durch die Stadt Halle zu finanzierenden Vorlaufkosten umzusetzen.

Der Jahresabschluss 2013 weist einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 3 (im Vorjahr: TEUR 3) aus. Die Gesellschaft legt auf der Grundlage einer entsprechenden vertraglichen, sich aus dem Gesellschaftsvertrag der EglG begründenden Regelung den ihr aus der Geschäftsführung und Vertretung der EglG entstehenden Aufwand vollständig auf diese um. Weiter steht der EVG gemäß Gesellschaftsvertrag der EglG eine Vergütung für die für die EglG übernommene Haftung in Höhe von TEUR 2 zu.

Das Bankguthaben beträgt zum Stichtag TEUR 14 (Vorjahr TEUR 13). Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war während des gesamten Geschäftsjahres 2013 gesichert.

C. Hinweise auf Risiken der künftigen Entwicklung/sonstige Angaben

Der Gesellschaft obliegt als persönlich haftender Gesellschafterin der EglG die Geschäftsführung dieses Unternehmens. Im Zuge der beschlossenen Erschließung des Star Parks und dessen Vermarktung wurde angesichts der damit in Zusammenhang stehenden Management-, Kontroll- und Überwachungstätigkeiten anders als noch im Jahr 2007 eine, diesen enorm gestiegenen Anforderungen angepasste, personelle und auch ansonsten organisatorische und finanzielle Ausstattung geschaffen. Die Gesellschafterversammlung hat dazu entsprechende Beschlüsse gefasst. Insbesondere auf der Grundlage eines Gesellschafterbeschlusses vom 12. März 2008 wird die Geschäftsführung der eingetretenen Entwicklung Rechnung tragend, mit Wirkung ab 16. April 2008 als ausschließliche Tätigkeit durch den bestellten Geschäftsführer ausgeübt.

Im Rahmen der vorgenommenen Regelungen werden die sich daraus ergebenden vertraglichen Belange so gestaltet, dass, soweit sich dies nach dem Verursachungsprinzip auch so darstellt, alle im Zusammenhang mit der Erschließung des Industriegebietes stehenden Aktivitäten der EglG auch direkt zugeordnet werden.

Risiken ergeben sich für die EVG soweit zunächst ausschließlich aus der Geschäftsführung und Vertretung der EglG sowie durch die ihr als Komplementärgesellschaft der EglG zufallende Haftung für deren Geschäftstätigkeit, gegenwärtig somit der Erschließung des Star Parks.

Finanzielle bzw. liquiditätsseitige Risiken wurden und werden für die EVG aufgrund des mit der EglG bestehenden Vertrages zur Weiterberechnung entstehender Aufwendungen für deren Geschäftsführung und Vertretung nicht gesehen, soweit für die EglG sichergestellt ist, dass diese ihren sich aus der Erschließung des Industriegebietes und aus weiteren zugeordneten Aufgaben ergebenden finanziellen Verpflichtungen nachkommen kann. Um dies zu gewährleisten, wurde durch die Gesellschaft bei der Stadt Halle ein Abrufdarlehen für die EglG bis zu einer Höhe von TEUR 1.900 beantragt. Mit diesem, einer Kontokorrentlinie gleichzusetzenden Darlehen sollte gewährleistet werden, dass die laufenden Kosten der EVG und der EglG, insbesondere die der EglG per Stadtratsbeschluss V/2011/10049 zugeordneten Folgekosten der Erschließung auch dann finanziert werden, wenn temporär die erwarteten Erlöse aus Grundstücksveräußerungen nicht oder noch nicht in ausreichender Höhe eingetreten sind. Die Stadt Halle macht eine entsprechende Darlehensgewährung von einem zuvor zu erstellenden Optimierungskonzept abhängig, wofür der Auftrag an einen externen Berater im März 2014 ergangen ist.

Für das Jahr 2014 schätzt die Gesellschaft ein, dass die geplanten Kosten ohne Inanspruchnahme von Fremdmitteln aus den bereits bekannten und sich in 2014 realisierenden Verkaufserlösen finanziert werden können.

Wie bereits dargestellt, wurde die Umsetzung des ab 2011 aufzubauenden Flächenmanagements auf Bitte der Gesellschafterin Stadt Halle bis auf Weiteres ausgesetzt. Es wird abzuwarten sein, inwieweit diese dem satzungsgemäßen Unternehmenszweck entsprechende Aufgabe im Zusammenhang mit dem in Auftrag gegebenen Optimierungskonzept eine Entsprechung erfährt.

Die EVG wird mit dem Erschließungsprojekt Star Park im Jahr noch ausreichend ausgelastet sein. Zum einen wurde in Abstimmung mit dem Maßnahmeträger Stadt Halle aufgrund einer sich im Zuge von konkreten Investorenansiedlungen aufdrängenden tieferen öffentlichen Erschließung einzelner Ansiedlungsareale ein neuerlicher Verlängerungsantrag für den Investitionszeitraum bis zum 31.12.2014 gestellt und von der Investitionsbank bewilligt. Zum anderen laufen bereits die Aktivitäten zur Erstellung des Verwendungsnachweises der erhaltenen Fördergelder und dessen Prüfung.

Mit der Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2014 und der Mittelfristplanung bis 2018 wurde in den Gremien der Gesellschaft erneut über ein über die in 2013/14 abzuschließende Erschließung des Star Park und die vorzunehmende Aufstellung und Prüfung des Nachweises zur Verwendung erhaltener Fördergelder hinausgehendes, tragfähiges Geschäftsmodell beraten. In Verbindung mit der Wahrnehmung der Geschäftstätigkeit der EglG und den sich dort abzeichnenden Entwicklungsperspektiven wird von einem tragfähigen Bestand der Gesellschaft im Mittelfristzeitraum ausgegangen. Die Gesellschaft soll sich ausdrücklich stärker mit eigenen, die mit der Wirtschaftsförderung der Stadt Halle abgestimmten Akquisebemühungen ergänzenden Aktivitäten zur Ansiedlung von Investoren im Star Park betätigen.

MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Mansfelder Straße 56 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung sowie der Betrieb des Mitteldeutschen Multimediazentrums in Halle als Dienstleistungszentrum (spezialisiertes Technologie- und Gründerzentrum), in welchem junge Firmen auf den Gebieten multimedialer Arbeiten tätig sind. Das Unternehmen ist Eigentümer der zu errichtenden Gebäude für das MMZ. Die Gesellschaft ist Ansprechpartner der Fördermittelgeber, für die Errichtung des MMZ.

Öffentlicher Zweck:

Die MMZ GmbH stellt multimediale Ausrüstung und Arbeitsplätze bereit. Damit werden die entsprechenden Unternehmen an den Standort Halle gebunden. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Standort- und Arbeitsplatzsicherung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Nowak, Andreas	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Neumann, Wolfram	
	stellv. Vorsitzender	Schenkel, Roger	
		Bossmann, Claus Peter	
		Dr. Esche, Matthias	
		Dr. Fikentscher, Rüdiger	
		Dr. Wöllenweber, Hans-Dieter	
		Dr. Wünscher, Ulrike	
		Krischok, Marion	
		Loeser, Tony	(seit 01.09.2013)
		Prof. Dr. Antz, Christian	
		Vogel-Jahn, Jürgen	(bis 31.08.2013)

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	7	8	7

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	6.212	95	7.777	95	8.397	91	-1.565	-20
Umlaufvermögen	330	5	445	5	866	9	-115	-26
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	2	0	1	0	-2	-100

Bilanzsumme	6.542	100	8.224	100	9.264	100	-1.682	-20
--------------------	-------	-----	-------	-----	-------	-----	--------	-----

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	1.217	18	2.064	25	1.974	21	-847	-41
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	4.307	66	5.554	68	5.948	64	-1.247	-22
Rückstellungen	373	6	439	5	1.165	13	-66	-15
Verbindlichkeiten	644	10	154	2	176	2	490	318
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	13	0	1	0	-12	-92

Bilanzsumme	6.542	100	8.224	100	9.264	100	-1.682	-20
--------------------	-------	-----	-------	-----	-------	-----	--------	-----

bb) GuV

	2013	2012	2011
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	396	730	686
sonstige betriebliche Erträge	1.867	1.180	15.356
Materialaufwand	-3	0	
Personalaufwand	265	241	341
Abschreibungen	500	667	19.615
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.312	873	1.555
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	4	211
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-813	126	-5.679
außerordentliche Aufwendungen	5		
außerordentliches Ergebnis	-5		
sonstige Steuern	29	36	37
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-847	90	-5.716
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-847	90	-5.716

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-213,65	12,29	-832,69	%
Eigenkapitalrentabilität:	-41,04	4,55	-74,33	%
Cash-Flow:	-347	757	13.899	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	754	382	2.292	T€
Personalaufwandsquote:	11,70	12,60	2,13	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	94,96	94,56	90,64	%
Eigenkapitalquote:	18,60	25,10	21,31	%
Fremdkapitalquote:	81,40	74,90	78,69	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
vermietbare Fläche	3.700,00	6.432,90	6.432,90	m²
Auslastung	92,80	94,10	91,10	%

e) Lagebericht

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Gesamtentwicklung

Ausschlaggebend für die Geschäftsentwicklung im Berichtszeitraum war das verheerende Hochwasser im Juni 2013. Nachdem die Gesellschaft bis Ende Mai den Konsolidierungskurs der Vorjahre kontinuierlich fortführen konnte, wurden der Prozess mit der Überflutung des Gebäudes am 04. Juni 2013 abrupt gestoppt. Insbesondere das Postproduktionszentrum, mit dem Herzstück Kinomischung, wurde komplett vernichtet. Darüber hinaus wurden die Tiefgaragenebenen -4 bis -2, die Büroflächen mitsamt den akustisch hochwertig ausgebauten Studiobereichen und die weiteren Funktionsräume der Ebene -1 sowie fast die gesamte Haustechnik zerstört. Daraufhin musste das Zentrum bis zum 16. September 2013 vollständig geschlossen werden. Erfreulichweise ist es jedoch gelungen, die nicht direkt von der Flut betroffenen Bereiche (Obergeschosse ab Ebene 1), zeitnah mit Hilfe der Gesellschafterin zu reaktivieren und Folgeschäden einzudämmen. Dadurch konnte ein Großteil der Mieterstruktur erhalten werden. Zudem wurde in verschiedenen Gesprächen deutlich, dass die regionale und überregionale Medienbranche fest zum Mitteldeutschen Multimediazentrum und zu dessen Wiederaufbau steht. Nach dem Hochwasser lagen die Hauptaufgaben der Gesellschaft in der Sicherung der Mieterstruktur und des gewachsenen Postproduktionsnetzwerkes sowie in der konzeptionellen Arbeit für die Neuausrichtung und Beantragung der Fluthilfemittel.

Der Aufsichtsrat hat in insgesamt drei ordentlichen und einer außerordentlichen Sitzung die Entwicklung des Mitteldeutschen Multimediazentrums, insbesondere nach dem Hochwasserereignis begleitet und die Geschäftsführung unterstützt und beraten.

Der Jahresabschluss 2013 schließt bei einer Bilanzsumme von 6.541.597,06 Euro und mit einem Jahresdefizit von 847.089,39 Euro ab. Zum Jahresdefizit haben hauptsächlich die Umsatzeinbußen aufgrund der Beschädigung nach dem Hochwasser beigetragen.

Das Ergebnis 2013 wird durch den bewilligten Verwaltungskostenzuschuss von 170.000 Euro seitens der Gesellschafterin begünstigt. Darüber hinaus wurde der zweckgebundene Zuschuss für das Investitionskonzept Kubus- Umbau nach dem Hochwasser zur Liquiditätssicherung der Gesellschaft eingesetzt. Ergänzend ist festzustellen, dass die Gesellschafterin ein Darlehen in Höhe von 500.000 Euro zur Vorfinanzierung der Fluthilfen an die Gesellschaft ausgereicht hat. Mit diesen Mitteln konnte die Reaktivierung der Obergeschosse bis zum 16. September 2013 umgesetzt werden. Die Rückzahlung erfolgt mit Ausreichen der beantragten Fluthilfen.

Am Ende des Geschäftsjahres beschäftigte die MMZ Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle GmbH fünf Personen inklusive der Geschäftsführung. Davon ist eine Mitarbeiterin zu 100 Prozent über die Mitteldeutsche Medienförderung und die Investitionsbank Sachsen – Anhalt kofinanziert und ausschließlich für den Film Commission Service Sachsen- Anhalt tätig. Der Vertrag ist vorerst auf 2 Jahre befristet.

Das Arbeitsverhältnis mit der sich seit 2010 in Erziehungszeit befindenden Mitarbeiterin wurde im Februar per Aufhebungsvereinbarung beendet. Darüber hinaus wurde eine Empfangsmitarbeiterin im Zuge der Restrukturierung nach dem Hochwasser zum 30. September 2013 gekündigt. Somit stehen der Geschäftsführung effektiv drei Arbeitskräfte zur Verfügung.

1.1. Ertragslage

Aufgrund des Hochwasser und dem einhergehenden Verlust mehrerer Umsatzsäulen (Tiefgarage, Kinomischung, Veranstaltungsräume) verringerte sich der Umsatz im Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 334 TEur auf 396 TEur (Vorjahr 730 TEur). Für die Kinomischung beziffert sich der Rückgang auf 75 TEur (19 TEur gegenüber Vorjahr 94 TEur) und bei der Vermietung Tiefgarage auf 52 TEur (34 TEur gegenüber Vorjahr 86 TEur).

Darüber hinaus hat der Verwaltungskostenzuschuss in Höhe von 170 TEur nachhaltig zur Sicherung der Gesellschaft beigetragen.

Die Abweichung im Jahresvergleich bei den Sonstigen betrieblichen Erträgen begründet sich in 2013 hauptsächlich durch den massiven Hochwasserschaden an den technischen Anlagen und die dadurch bedingte Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse.

Infolge dessen ergibt sich daraus in den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen eine hohe Abweichung im Jahr 2013 zum Vorjahr durch die Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2013 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 847.089 EUR.

1.2. Finanzlage

Im Berichtsjahr 2013 erhöht sich der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit mit minus 69 TEur den Vergleichswert des Vorjahres (-366 TEur).

Der Mittelabfluss im Cashflow aus Investitionstätigkeit (-571 TEur) lag um 515 TEur über dem Vorjahreswert (-56 TEur).

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit erhöhte sich um 500 TEur (Vorjahr 0 TEur).

Die Zahlungsmittel waren mit 241 TEur gegenüber dem 31. Dezember 2012 um 140 TEur niedriger.

Aufgrund des laufenden Verwaltungskostenzuschusses in Höhe von 170 TEur ist die Gesellschaft in der Lage das laufende operative Geschäft weiter zu gewährleisten.

1.3. Vermögenslage

Im Vergleich zum Jahr 2012 reduziert sich die Bilanzsumme um 1.682 TEur auf 6.542 TEur.

Im langfristigen Vermögen verringerten sich die Sachanlagen im Wesentlichen aufgrund des Abgangs von Anlagegütern durch das Hochwasser vom Juni des Berichtsjahr. Investitionen wurden in Höhe von 571 T€ getätigt, welche hauptsächlich für die Errichtung und Inbetriebnahme der neuen Niederspannungshauptverteilung, die Lüftungsanlage für die Flur- und Toilettenbereiche, die Brandmeldeanlage, die Sprinklerzentrale, den Hauptdaten- und Kommunikationspunkt für Telefon und Internet sowie die Übergangsvariante Wärmeversorgung verwendet wurden, um den Geschäftsbetrieb wieder zu gewährleisten.

Der Rücklagenanteil Sonderposten wird durch die Auflösung des Sonderpostens in Höhe von 1.398 TEur reduziert, inklusive der Anpassung des Sonderpostens durch Verluste geförderter Anlagegüter. Er beträgt zum Jahresende 4.306 TEur (Vorjahr 5.554 TEur).

Die Rückstellungen verringern sich gegenüber Vorjahr 439 TEuro um 66 TEuro auf 373 TEur. Insbesondere die Inanspruchnahme für die Gerichtsprozesse führen zu dieser Reduzierung. Schwerpunkt hierbei ist die gerichtliche Auseinandersetzung mit dem ehemaligen Architekten.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen & Leistungen sowie die sonstige Verbindlichkeiten steigen gegenüber Vorjahr (154TEur) um 490 TEur. Grund hierfür ist ein Darlehen der Gesellschafterin zur Zwischenfinanzierung für die Anschaffung der o. g. Anlagegüter.

2. Nachinvestitionen zur Gebäudeoptimierung und Entlastung der betriebswirtschaftlichen Situation im MMZ

Die in den letzten Jahren getätigten Investitionen und Maßnahmen zur energetischen Optimierung, wurden ebenfalls durch das Hochwasser zerstört. Mit Ausreichen der beantragten Fluthilfemittel, wird sich hier die Möglichkeit zur Wiederherstellung ergeben. Hierbei werden auch infrastrukturelle und energetische Maßnahmen eine entscheidende Rolle einnehmen, wodurch sich die Kosten für die Objektbewirtschaftung senken ließen.

Nach dem Hochwasser wurde umgehend mit Gefahrenabwehr- und Sicherungsmaßnahmen sowie Reinigungs- und Wiederherstellungsarbeiten zur eingeschränkten Fortführung des Betriebes MMZ begonnen. Im Einzelnen wurde die Reinigung der Tiefgarage inkl. Lüftungskanäle und Nebenräume beauftragt. Ziel war es, die voranschreitende Kontaminierung durch verunreinigtes Wasser und Feststoffe zu beseitigen, um die späteren Wiederaufbaukosten so gering wie möglich zu halten. Ebenso wurden die betroffenen Bereiche in den Ebenen -1 und -2 vom Trockenbau, Dämmmaterial und Sperrmüll geräumt. Fast zeitgleich wurden die Arbeiten zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit der oberen Etagen aufgenommen. Hier galt es eine neue Niederspannungshauptverteilung, die Lüftungsanlage für die Flur- und Toilettenbereiche, die Brandmeldeanlage, die Sprinklerzentrale, den Hauptdaten- und Kommunikationspunkt für Telefon und Internet sowie die Übergangsvariante Wärmeversorgung zu errichten und in Betrieb zu nehmen.

3. Vermietungsgeschäft

Die Nachfrage nach Büroräumen im Mitteldeutschen Multimediazentrum im Jahr 2013 war wie auch im Vorjahr sehr hoch. Insbesondere die Vermietung von kleinen Büroeinheiten (ca. 20 m²) erfreute sich großer Nachfrage. So konnten auch zu Beginn des Jahres, die nach der Umbaumaßnahme Rückbau Großraumbüro im 3. Obergeschoss neu gewonnenen kleineren Mieteinheiten, schnell durch die Interessenten bezogen werden. Die Leerstandsquote vor dem Hochwasser (Ende Mai 2013) betrug 5,2 %.

Bereits zu Beginn des Jahres stand fest, dass ein weiterer Großmieter das MMZ, aufgrund des Erreichens der maximalen Mietdauer, im August 2013 verlassen wird.

Auch durch die Flächeneinschränkungen nach dem Hochwasser (Mietbereiche im 1. Untergeschoss wurden vollständig zerstört), mussten zwei weitere Großmieter das MMZ verlassen. Termindruck bei anstehenden Projekten, Planungssicherheit und größerer Flächenbedarf waren die Gründe für diese Entscheidungen. Somit standen Büroflächen, in den Bereichen, die nicht direkt von der Flut betroffen waren, zur Verfügung und konnten unmittelbar nach der Reaktivierung am 16. September 2013 nahezu vollständig neu vermietet werden. Auch mit dem eingeschränkten Betrieb erfreut sich das MMZ einer ungebrochenen Nachfrage. So konnten nach dem Hochwasser neue Mieter im MMZ angesiedelt werden.

3.1. Arbeits- und Büroflächen

Die Arbeits- und Büroflächen im Bereich des Patio (1. Untergeschoss) wurden durch das Hochwasser vollständig zerstört. Die akustisch hochwertig ausgebauten Studiobereiche, als Exklusivmietbereich mit einer Fläche von 710,9 m², sowie die Produktionsräume der Mehrzahl der eingemieteten Postproduktionsfirmen sind nicht mehr vorhanden. Ebenso war die MMZ Halle GmbH mit ihren Verwaltungsräumen inklusive der Archiv – und Lagerräume betroffen. Insgesamt wurden in der Ebene -1 ca. 1.512 m² Mietfläche vernichtet. In der Ebene -2 sind, inklusive der Produktionsräume Kinomischung, ca. 340 m² Mietfläche zerstört. Hinzu kommen die Bereiche für Technik und Nebenflächen in den Untergeschossen mit einer Fläche von ca. 1.812 m². Wegen fehlender Lüftung und Sanitäreinrichtungen können die Bereiche in der Ebene 0 (Plateaubene) mit einer Fläche von ca. 907 m² nicht genutzt werden.

Dies betrifft vorrangig die Kongress- und Veranstaltungsräume sowie die Cafeteria.

Unter Berücksichtigung der reduzierten Fläche, lag die Auslastung im Geschäftsjahr 2013 dennoch bei durchschnittlich 92,8%. Dieses entspricht einem Rückgang von 1,3 Prozentpunkten gegenüber dem Jahr 2012 (94,1%). Bedingt durch den Auszug einiger Erstmietern und der Anzahl von Neumietern, reduzierten sich die durchschnittlichen Mieterlöse pro m² gegenüber Vorjahr (4,12 Euro) um 0,03 Euro auf 4,09 Euro.

3.2. Produktionsbereiche

Die Zielvorgabe in der Kinomischung in Höhe von 80.000 Euro für das Jahr 2013, konnte mit einem bis Ende Mai realisierten Umsatz von 19.438 Euro nicht erfüllt werden. Aufgrund der vollständigen Zerstörung des Mischstudios, konnten die anstehenden Produktionsaufträge, für das zweite Halbjahr 2013, nicht realisiert werden.

3.3. Präsentations- und Konferenzräume sowie Foyers und sonstige Bereiche

Die Zielmarke von 35.000 Euro Umsatz konnte auch hier nicht erfüllt werden. Aufgrund der zerstörten Lüftungsanlagen und Toilettenbereiche war eine Nutzung der Kongress- und Veranstaltungsräume nicht mehr möglich. Nach der Reaktivierung am 16. September steht der Panoramasaal im 4. Obergeschoss Schwebekörper als Veranstaltungsraum wieder zur Verfügung. Die anderen Räumlichkeiten in der Ebene 0 können weiterhin nicht genutzt werden. Der im Geschäftsjahr für Vermietung von Veranstaltungsräumen realisierte Umsatz liegt bei 16.429,22 Euro.

3.4. Cafeteria

Durch das Hochwasser wurden wichtige Funktionsbereiche (Lüftung, Sanitäreinrichtung und weitere technische Einrichtungen wie Fettabscheider) der Cafeteria zerstört. Darüber hinaus konnten während des Reaktivierungszeitraumes keine Umsätze generiert werden. Diese Umstände führten dazu, dass das Mietverhältnis zum Dezember 2013 gekündigt wurde.

In welcher Form sich das gastronomische Angebot im Mitteldeutschen Multimediazentrum künftig darstellen wird, hängt maßgeblich vom Gesamtkonzept des Zentrums ab.

3.5. Tiefgarage im Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle

Durch die vollständige Überflutung aller Tiefgaragenebenen mit einer Fläche von ca. 7.190 m² wurde eine Nutzung nach dem 4. Juni 2013 unmöglich. Die budgetierten Umsätze in Höhe von 70.000 Euro konnten nicht erreicht werden. Für 2013 konnte ein Umsatz von 34.710,12 Euro erzielt werden. Die erforderlichen Instandsetzungsarbeiten können erst mit den zu erwartenden Fluthilfsmitteln begonnen werden.

4. Netzwerk- und Projektarbeit

Inhaltlich konzentrierte sich die Gesellschaft auf die Vernetzung der verschiedenen Medienstudiengänge im Land. Darüber hinaus wurde die science2media-Initiative, zusammen mit Partnern aus der Wissenschaft, ins Leben gerufen.

Im ersten Halbjahr 2013 lag der Fokus primär auf dem Ausbau und der Erweiterung vorhandener Netzwerke in der Wissenschaft und in den Medien. Zu diesem Zweck wurden, in enger Kooperation mit der Staatskanzlei Sachsen-Anhalt und in Abstimmung mit dem Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft, verschiedene Treffen mit Vertretern der Medienstudiengänge im Land organisiert und durchgeführt. Ziel war es dabei, die Gesellschaft als verlässlichen Ansprechpartner und Multiplikator darzustellen sowie Kooperationsmöglichkeiten auszuloten. In diesem Zusammenhang wurde sowohl eine Neuauflage der Veranstaltung „Medienimpulse“ als auch die Schaffung eines rotierenden Medienstammtisches diskutiert.

Unabhängig davon wurden die im Jahr 2012 begründeten Beziehungen zur science2public Gesellschaft und zum halleschen Fraunhofer Institut für Werkstoffmechanik ausgebaut. Die Gesellschaft unterstützte erneut das Nanospotfestival und vermittelte aktiv Partner aus der lokalen Medienwirtschaft. Darüber hinaus wurde gemeinsam mit der science2public Gesellschaft ein Kongress- und Workshop-Konzept für eine science2media-Initiative am Standort Halle entwickelt und beim Sachsen-Anhalt Medien e.V. eingereicht.

Als unmittelbare Folge des Junihochwassers war die Gesellschaft zunächst nicht in der Lage die Netzwerk- und Projektarbeit fortzusetzen. Diese konnte jedoch schon im September aufgenommen werden. Auf einem science2media-Workshop, in der Leopoldina Halle, wurden die Potentiale und Anforderungen der gleichnamigen Initiative erörtert. Darüber hinaus wurde die Netzwerk- und Vereinsarbeit (Kreativwirtschaft Sachsen-Anhalt e.V. [KWSA], International Academy of Media and Arts e.V. [IAMA], Sachsen-Anhalt Medien e.V. [SAM]) wieder aufgenommen.

II. Voraussichtliche Unternehmensentwicklung

1. Gesamtentwicklung

Die weitere Unternehmensentwicklung steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Wiederherstellung des Mitteldeutschen Multimедиазentrums. Hierzu wurde nach dem Hochwasser eine erste Kostenstudie für eine mögliche Hochwassersanierung erstellt. Diese war zunächst die Basis für den am 17. September 2013 bei der Investitionsbank Sachsen – Anhalt eingereichten Antrag auf Fluthilfen. Dennoch müssen weitere Fragen beantwortet und eine genaue Planung vorgelegt werden. Aus diesem Grund wurden im Februar 2014 ein erweitertes Schadensgutachten mit Wirtschaftlichkeitsanalyse und ein Standsicherheitsgutachten (Statik), welches die Einflüsse des Extremhochwassers auf das Gebäude beurteilen sollte, in Auftrag gegeben. Darüber hinaus sind die Erkenntnisse aus dem Hochwasser 2013, insbesondere die Auswirkungen auf die Gebäude- und Studiobereiche, zwingend zu berücksichtigen und ein ausreichender Hochwasserschutz ist zu installieren. Die Wiederherstellung soll unter der Maßgabe erfolgen, dass die Gesellschaft künftig zuschussfrei arbeiten kann. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses liegen noch nicht alle Ergebnisse der Prüfungen vor, sodass eine Entscheidung des Gesellschafters zur zukünftigen Ausrichtung noch aussteht. Die städtischen Gremien haben dennoch für eine schnelle Errichtung der Kinomischung und somit für die Sicherung des Postproduktionszentrums gestimmt. Hierfür soll der bisherige Mehrzwecksaal genutzt werden. Der raumakustisch vorbereitete Kinosaal wird für die Bild- und Tonbearbeitung im Kinoformat ausgerüstet. Für die bild – und tontechnischen Komponenten stehen Mittel aus der Versicherungsentschädigung der Elektronikversicherung zur Verfügung.

Unabhängig davon wird eine Wiederherstellung des gesamten Zentrums die kommenden Jahre in Anspruch nehmen.

2. Regionalwirtschaftliche Entwicklungen

Im Berichtszeitraum verfestigte sich der Eindruck, dass die lokale Medienbranche immer stärker von kleineren und mittleren Unternehmen (bis 5 Angestellte) geprägt wird. Maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung hat der Umstand, dass viele Mediendienstleistungen mittlerweile online oder von einen und hochspezialisierten Teams erbracht werden können. Darüber hinaus ist der Onlinemarkt nicht an regionale Grenzen gebunden. Standortfaktoren wie die Nähe zum Wohnort und zur Innenstadt, die Verfügbarkeit von Fachkräften und von Internetkapazitäten oder die Möglichkeit Netzwerke zu knüpfen sind für Onlineunternehmen von großer Bedeutung.

Im Bereich der Postproduktion ist es gelungen, Halle weiter als ausgezeichneten und im MDM- Fördergebiet auch einzigartigen Standort, zu profilieren. Zu dieser Entwicklung hat sowohl die erfolgreiche Ansiedlung einer international tätigen Filmproduktionsfirma als auch die intensivierte Zusammenarbeit mit der Mitteldeutschen Medienförderung GmbH (MDM) und ortsansässigen Partnern beigetragen.

Die Vernetzung von Wissenschaft und Medien wurde auch im Jahr 2013 weiter voran getrieben. Die Gesellschaft kooperierte dabei sowohl mit dem Fachbereich Wissenschaft als auch mit der städtischen Wirtschaftsförderung. Ziel war und ist es, das MMZ als Impulsgeber und Knotenpunkt in die gesamtstädtische Strategie einzubinden.

3. Vermietungsgeschäft

Aufgrund der Förderrichtlinien im Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle (Förderrichtlinien der Europäischen Union sehen vor, dass die Vermietungsdauer nicht mehr als höchstens acht Jahre betragen darf), steht den Nutzern des Zentrums nur eine begrenzte Mietdauer zur Verfügung. Demnach werden in den kommenden Jahren weitere Mieter das Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle verlassen müssen. Allerdings wurden hier seitens des Fördermittelgebers die Restriktionen gelockert, sodass eine längere Mietdauer unter bestimmten Voraussetzungen möglich ist. Entsprechende Anträge werden auf Wunsch der Mieter bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt eingereicht.

Auch bei anhaltend guter Nachfrage nach Büroräumen mit einer Fläche von ca. 20 m², wird der Schwerpunkt in den kommenden Jahren auf der Vermietung liegen. Aufgrund der dadurch steigenden Zahl von Mietern, wird auch der Betreuungsaufwand zunehmend steigen.

Dabei bewegt sich die MMZ Halle GmbH weiterhin in einem risikobehafteten Marktumfeld. Die regelmäßigen starken wirtschaftlichen Schwankungen betreffen nicht nur die eingemieteten, meist im Aufbau begriffenen Dienstleistungsunternehmen, sondern zwangsläufig auch die Gesellschaft selbst. Die weitere finanzielle Begleitung der Stadt Halle (Saale) zur Unternehmenssicherung, wird bis zur vollständigen Wiederherstellung erforderlich bleiben. Auch aus diesem Grund ist der Verbleib der Universität als fester Bestandteil, Partner und Ankermieter im Mitteldeutschen Multimediazentrum von enormer Bedeutung.

4. Bewirtschaftung der Immobilie

Die Themen Hochwasserschutz, Wiederherstellung der Infrastruktur und Optimierung des Geschäftsbetriebes werden in den kommenden Jahren eine zentrale Rolle für das Mitteldeutsche Multimediazentrum spielen und somit auch einen großen Einfluss auf die Bewirtschaftung der Immobilie haben. Zur genaueren Beurteilung der Möglichkeiten und Risiken bleibt die in Auftrag gegebene Wirtschaftlichkeitsanalyse abzuwarten. Auch unter dem Fokus der neuen Konzernstruktur- und Arbeitsweise der Gesellschafterin und damit einhergehenden Optimierungsprozessen, können sich für das Mitteldeutsche Multimediazentrum neue positive Rahmenbedingungen, insbesondere für die inhaltlichen und kostentechnischen Prozesse, ergeben. Bei denen auch die bestehenden finanziellen Risiken minimiert werden könnten.

5. Aus der Investitionstätigkeit resultierende betriebswirtschaftliche Risiken

- Risiken aus schwebenden und laufenden Verfahren

Der seit 2008 anhängige Rechtsstreit mit dem Architektenbüro ist bisher nicht durch das Gericht entschieden worden.

Das klagende Architektenbüro fordert nach nochmaliger Korrektur (Juni 2012), eine Schlusszahlung in Höhe von nunmehr 527.462 Euro zzgl. acht Prozentpunkte Zinsen über dem Basiszinssatz, seit dem 10. November 2006. Die MMZ Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH geht, nach intensiver Prüfung der Resthonoraransprüche des Architekten, weiterhin von einer Überzahlung in Höhe von 245.000 Euro aus. Konsequenterweise hat die Gesellschaft diese Ansprüche widerklagend geltend gemacht. Zwischenzeitlich wurde Ende Februar 2014 das 3. Nachtragsgutachten vom gerichtlich bestellten Gutachter vorgelegt.

Die Widerklage wurde bereits im Dezember 2011, um die Mängelbeseitigungskosten in Höhe von 204.739,77 nebst Zinsen und Rechtsanwaltskosten, aus dem selbstständigen Beweissicherungsverfahren, in Bezug auf die mangelhaften Kippfenster im Gebäudeteil Schwebekörper, ergänzt. Der gerichtlich bestellte Gutachter hat Anfang 2013 das 3. Nachtragsgutachten vorgelegt. Weitere Fragen konnten zum Anhörungstermin des Sachverständigen am 18. Juli 2013 beantwortet werden. Der Sachverständige ist mit Termin 30.04.2014 angehalten, die erörterten Fragestellungen nochmals schriftlich festzuhalten.

Die Verfahrensgesamtdauer lässt sich nach Einschätzung der Rechtsvertretung nicht absehen. Die Anwaltskanzlei der Gegenseite hat zwischenzeitlich auf das Angebot der MMZ Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH reagiert und die Möglichkeit zur Vergleichsbereitschaft eingeräumt. Ein Ergebnis konnte bisher noch nicht erzielt werden.

III. Besondere Vorgänge nach dem Abschlussstichtag

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 26. Februar 2014 für die vollständige Wiederherstellung des MMZ, insbesondere für das Leistungsmerkmal Kinomischung, mehrheitlich gestimmt. Darüber hinaus wurde die Stadtverwaltung gebeten, die Zwischenfinanzierung, bis zur Ausreichung der Fluthilfen durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt, zu sichern.

Ergänzend wurden bis Mitte April 2014 die Ergebnisse des Statikgutachtens zur Standsicherheit und das Schadensgutachten nebst Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen vorgelegt. Als Ergebnis kann festgehalten werden, dass das Gebäude infolge der Hochwassersituation 2013 in seiner Standsicherheit nicht gefährdet ist.

Der ermittelte Schadenswert beziffert sich laut Gutachten auf eine Höhe (brutto) von 21,6 Mio. Euro.

Die in Auftrag gegebene Wirtschaftlichkeitsanalyse mit Variantenvergleich wurde dem Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 08.04.2014 durch die Rauschenbach & Kollegen GmbH (Wirtschaftsprüfungsgesellschaft & Steuerberatungsgesellschaft) vorgestellt. Aufgrund der ermittelten Ergebnisse und Risiken, wurde die Sanierung am jetzigen Standort empfohlen und ein Zeitplan zur Umsetzung unterbreitet. Dieser sieht als ersten Schritt die Ertüchtigung des ehemaligen Mehrzwecksaales (Kino) als Multifunktionsstudio für die Bild – und Tonpostproduktion bis Ende 2014 vor. Da die Flächen der Untergeschosse aufgrund ihrer Hochwassergefährdung nicht wieder ihrer bisherigen Nutzung zugeführt werden können, muss die Gesamtflächenkonzeption angepasst und durch neue Mietflächen, u. a. durch einen Aufbau auf dem Plateau (Kubus2), ergänzt werden. Als weiterer Kernpunkt der Wiederherstellung ist die Realisierung von Hochwasserschutzmaßnahmen im Sinne des Objektschutzes vorgesehen. Die komplette Sanierung soll bis Dezember 2017 abgeschlossen sein. Die entsprechende Abstimmung mit dem Fördermittelgeber der Fluthilfe erfolgt zeitnah.

Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Marktplatz 13
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	14	55,00
Förderverein Pro Halle e.V.	6	25,00
Förderverein Region Halle (Saale) e. V.	3	10,00
City-Gemeinschaft Halle e.V.	1	5,00
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	1	5,00

Gegenstand des Unternehmens:

Konzipierung, Positionierung und Vermarktung eines unverwechselbaren Profils der Stadt Halle im nationalen und internationalen Rahmen. Die Gesellschaft führt Tätigkeiten im öffentlichen Interesse aus. Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Sofern sie wirtschaftliche Zwecke verfolgt, sind diese lediglich untergeordneter Art. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich erscheinen.

Öffentlicher Zweck:

Konzipierung, Positionierung und Vermarktung eines unverwechselbaren Profils der Stadt Halle im nationalen und internationalen Rahmen. Die Gesellschaft führt Tätigkeiten im öffentlichen Interesse aus. Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Sofern sie wirtschaftliche Zwecke verfolgt, sind diese lediglich untergeordneter Art. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich erscheinen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Voß, Stefan

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Genossenschaft Volksbank Halle e. G.	0	0,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
64	19	44	13	41	12	20	45
259	75	281	86	288	85	-22	-8
20	6	4	1	10	3	16	400

Bilanzsumme

343	100	329	100	339	100	14	4
-----	-----	-----	-----	-----	-----	----	---

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
127	37	135	41	111	33	-8	-6
73	21	77	23	72	21	-4	-5
143	42	117	36	115	34	26	22
0	0	0	0	41	12	0	0

Bilanzsumme

343	100	329	100	339	100	14	4
-----	-----	-----	-----	-----	-----	----	---

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2013	2012	2011
T€	T€	T€
530	589	486
1.164	1.211	1.208
173	174	142
756	747	722
16	11	14
757	844	812
1	0	1
-7	24	5
1	1	1
-8	23	4
-8	23	4

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-1,43	3,95	0,84	%
Eigenkapitalrentabilität:	-5,61	20,88	3,82	%
Cash-Flow:	8	35	18	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	77	78	77	T€
Personalaufwandsquote:	44,66	41,51	42,61	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	13,54	10,62	11,83	%
Eigenkapitalquote:	37,11	40,96	32,94	%
Fremdkapitalquote:	62,89	59,04	67,06	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Anzahl Messeteilnahmen	15,00	10,00	11,00	Anzahl
Anzahl organisierter Events, Veranstaltungen	59,00	64,00	67,00	Anzahl
Teilnehmer an Stadtführungen	31.035,00	34.961,00	38.127,00	Anzahl

e) Lagebericht

Vorbemerkung

Die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH (SMG) blickte 2013 nicht nur auf ein Geschäftsjahr, sondern zugleich auf ihr zehnjähriges Bestehen zurück. Anlass für den Oberbürgermeister als Vertreter des Hauptgesellschafters Stadt Halle (Saale), unter den Mitgesellschaftern – darunter einer Reihe von Gründungsmitgliedern – ein Stimmungsbild einzuholen, ob die auf die SMG 2003 übertragenen Aufgaben und Geschäftsbereiche nach zehn Jahren ggf. neu zu bewerten sind.

Das Geschäftsjahr 2013 stand nicht nur im Schatten eines kalten Frühjahrs, einer Hochwasser-Katastrophe und des damit verbundenen Ausfalls sowohl der Saale-Saisoneneröffnung als auch der Internationalen Handel-Festspiele, sondern auch im Zeichen einer teilweisen Nejustierung der SMG in Richtung noch stärkerer Tourismusförderung und Akquise von Reiseveranstaltern. Hierbei ließ sich der Oberbürgermeister auch von der Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing Deutschland e.V. (bcsd, Dachverband der bundesweiten Stadtmarketing-Organisationen) leiten, deren Säulenmodell zu Tourismus-, Standort-, Event-, City- und Wissenschaftsmarketing als Orientierungshilfe diente. Die Mitgliederversammlungen der Mitgesellschafter stützten die noch stärkere Fokussierung der SMG auf Tourismus und Wissenschaft. Dies deckt sich auch mit der personellen, budgetären und strategischen Ausrichtung der SMG.

Ein kurzer Rückblick auf zehn Jahre SMG verdeutlicht Strategie und Entwicklung: 2003 bis 2007 prägten die neue Organisationsstruktur, die Profilierung und Lobby-Arbeit zwischen Verwaltung, Wirtschaft, Handel, Kultur und Tourismus (Zukunftsforen, Herbstkonferenz) die Anfänge der SMG.

2008 schloss sich die SMG mit starken Institutionen zu einem schlagkräftigen Netzwerk, der Kooperation „Kulturhauptlinge“ (www.nurbeiuns.de), zusammen, die die größten Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen der Stadt (Franckesche Stiftungen, Stiftung Handel-Haus, Stiftung Moritzburg Kunstmuseum des Landes Sachsen-Anhalt, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Landesmuseum für Vorgeschichte, Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle sowie Theater, Oper und Orchester GmbH) sowie deren Know-how und Marketing-Budgets bündelt.

Seit 2009 lag der Schwerpunkt der SMG auf der Entwicklung der Dachmarke „Halle Saale Händelstadt“ mit unverwechselbarem Profil sowie deren gezielter Vermarktung und Profilierung. Seither wird das nach innen und außen klar fixierte, belegbare und unverwechselbare Image der Händelstadt Halle (Saale) nicht nur medial, sondern auch durch emotionale Einbindung und Identifikation der Bürger, Medien, Studenten, ortsansässigen Unternehmen und Touristen mit den neuen Marken gelebt und vermarktet, was maßgeblich zur Steigerung des Bekanntheitsgrades der Stadt Halle und der Stadtmarke „Halle Saale Händelstadt“ beiträgt.

Außerdem hat die SMG seit 2009 Markensäulen aus den Bereichen (UNESCO-)Kulturerbe, Wissenschaft, Aktiv/Natur und Tradition entwickelt sowie national und international vermarktet, für die es einen großen Pool an Kulturtouristen, aber auch in Halle viele Partnerinstitutionen gibt. Neben der Stadtmarke „Händelstadt“ (stellv. für Kultur und Musik) sind dies die Säulen 2. „Martin Luther/Kardinal Albrecht“ (stellv. für die Luther-Dekade, Reformation und Aufklärung; künftig verstärkt, August Hermann Francke und Christian Wolff, Pietismus und die Franckeschen Stiftungen), 3. der Naturraum Saale (stellv. für „Leben am Fluss“, Aktiv-, Natur- und Wassertourismus), 4. die Wissenschaft sowie 5. die Hanse (stellv. für Handel u. Tradition). Hieraus können sich Touristen heute maßgeschneiderte Angebote zu individuellen Pauschalen („Dynamic Packaging“) kombinieren.

2010 wurde die Martin-Luther-Universität (MLU) Gesellschafterin der SMG. Dadurch beschreiten Stadt Halle, MLU und SMG bundesweit neue Wege – im Hochschul- wie im Stadtmarketing. Stadt, SMG, Wirtschaft und Wissenschaft entwickeln seither neue Allianzen im Kooperations- und Wissenschaftsmarketing. Neben dem gemeinsamen Gewinn des ostdeutschen Hochschulpreises zeugen eine Tourist-Info mit Uni-Shop, gemeinsame Uni-Seminare (ASQ) und Kampagnen wie „Home-Coming“ mit Studienbotschaftern, Kooperationen zur „Langen Nacht der Wissenschaften“, Begleitprogramme zu Hochschulinformationstagen, der „Welcome-Day“ auf dem Laternenfest oder die gemeinsame Bewerbung als „Stadt der Wissenschaft“ vom Gelingen dieser Kooperation.

Netzwerke entstanden auch im Aktiv-, Natur- und Wassertourismus sowie innerhalb der internationalen Hanse. Für den Rad- und Wassertourismus hat die SMG seit 2008 touristische Anbieter in Workshops versammelt und mit ihnen neue, buchbare Produkte (2008 z. B. „Floßtours zum Planetarium“) entwickelt. Mit Aktivitäten wie dem „Saisonstart auf der Saale“, dem Hafenfest, dem Halle-Saale-Törn, der Flottillenfahrt von Calbe nach Halle sowie temporären Steganlagen zum Laternenfest, mit Famtrips, Broschüren zu Saale-Radwanderweg, „Halle per Rad“ oder zur Hanse sowie Plakatkampagnen hat die SMG die Sinne für die Saale und den Wassertourismus geschärft.

Seither sind eine Reihe eigenständiger und erfolgreicher Netzwerke wie z. B. der Hanseverein oder der Saale-Stammtisch entstanden, die die Bedeutung der Saale als Naherholungsgebiet stärken. Ob Aktiv-, Natur- oder Wassertouristen, einheimische Kanuten, Ruderer, Motorboote, Wassertaxis, Spaziergänger, Jogger, Schwimmer oder Fahrgastschiffe, ob Familien- oder Klassik-Picknicks oder Fontäne-Freunde mit Handels Wassermusik: Alle profitieren inzwischen vom Saale-Netzwerk.

2011 hat die SMG den Tourismus- und Tagungsservice auf Reiseveranstalterstatus umgestellt, um eigene Reise-Arrangements mit mehreren Angebotsbausteinen entwickeln und vertreiben zu können. Während der touristische Fokus bis dahin noch auf eingehenden touristischen Anfragen lag, akquirierte die SMG nun eigenständig bei Reiseveranstaltern und auf Reisemessen. Seither haben sich die Ankünfte und Übernachtungszahlen in Halle (Saale) signifikant gesteigert. Waren es 2008 noch 285.800 Übernachtungen im Jahr, kam die Stadt Halle (Saale) 2013 auf 357.540 Übernachtungen. Trotz der witterungsbedingt katastrophalen Rahmenbedingungen mit Ausfällen im Juni 2013 von 21 Prozent gegenüber dem Vorjahr konnte die Stadt Halle (Saale) als einzige Stadt in Sachsen-Anhalt auch 2013 Zuwächse bei den Übernachtungen von 3 Prozent verbuchen.

Das Internet hat dabei das Kundenbeziehungs-Management revolutioniert und ist die treibende Kraft für Qualitätsmanagement, Vertrieb und Buchungen der Reise-Branche. Das moderne touristische Online-Informations- und Buchungssystem (TOIBS) der SMG setzt überdies auf schnelle „Response“, auf Datenerfassung und persönliche Kundenbetreuung. Den Kunden ermöglicht der interaktive „Sales Guide“ die Auswahl und sofortige Buchung fertiger Pauschalen oder das Kombinieren maßgeschneiderter Angebotsbausteine zu individuellen Pauschalen, die Übermittlung von Angeboten auf persönliche Endgeräte wie PC oder Mobiltelefone, den individuellen Kundendialog und das Beschwerde-Management.

Für die SMG bedeutet dieses Werkzeug zugleich die unmittelbare Marktforschung und virales Marketing über soziale Netzwerke. Mit der Implementierung und Steigerung permanent abrufbarer Inhalte zu Halle im Internet hat die SMG den größten Sprung in punkto Service-Qualität und Evaluierung gemacht. In vielen Werbeaktivitäten sind inzwischen individuelle QR-Codes zugeschaltet, die in der Werbewirkungsanalyse Hinweise auf Häufigkeit, lokale Verortung und Nutzungsweise geben. Der SMG-Kanal „www.youtube.com/user/hallelobbyisten“ weist inzwischen ca. 15.000 Besucher auf. Analytische Auswertungs-Tools ermöglichen dabei die Interpretation demografischer Daten und Funktionsweisen.

Zum Service der SMG zählen aber auch weiterhin Stadtführungen und Gästeführervermittlungen – und hier vor allem die Orientierung an Kundenwünschen. Großer Beliebtheit erfreuen sich die kostümierten „Kardinalsführungen“, die Führung „Georg Friedrich Händel auf der Spur – uff Hall'sch“, der „Altstadtbummel“ oder die Führung „Hoch hinaus auf die Hausmannstürme“, aber auch „Verliebt in Halle“ und der „Rundgang für Nachtschwärmer“.

Fazit: Die Organisationsstruktur, Dachmarke, Markensäulen und touristische Netzwerke stehen – wie z. B. das Netzwerk „Stadtsprung“, das die acht touristischen Leuchttürme Sachsen-Anhalts (Magdeburg, Halle, Dessau-Roßlau, Naumburg, Quedlinburg, Halberstadt, Wernigerode und Wittenberg) umfasst. Nun sollten Fokus und Schwerpunkte der SMG auf der Tourismusförderung, dem Vertrieb touristischer Pauschalen, kultureller Highlights und Alleinstellungsmerkmale liegen.

Auch die Investitions- und Marketing-Gesellschaft Sachsen-Anhalt (IMG) würdigt die touristische Ausrichtung der SMG, in dem sie der SMG federführend die touristische Quellmarktbearbeitung für die Niederlande, z. T. auch für Österreich und die Schweiz und übertragen hat, wo SMG und „Stadtsprung“ Interesse für Städtereisen ins Kernland deutscher Geschichte, zu den UNESCO-Welterbe-Stätten, zum Weltokumentenerbe und damit auch für Halle (Saale) wecken.

Die von den Gesellschaftern (unter Vorbehalt der Zustimmung des Stadtrates) beschlossene stärkere Ausrichtung der SMG auf Tourismus und Wissenschaft wird auch durch Fakten gestützt: So ist die MLU mit ihren Aufgaben in Forschung und Lehre sowie dem Innovations-Transfer ein maßgeblicher Wirtschafts- und Beschäftigungsmotor in Halle und Sachsen-Anhalt. Bei einem jährlichen Landeszuschuss von ca. 133,7 Mio. Euro (plus Medizin: 53,3 Mio. Euro) betrugen die durch die MLU ausgelösten Gesamtausgaben 2010 (laut MLU-Arbeitsgruppe Sozialgeographie unter Leitung von Professor Klaus Friedrich) ca. 506 Mio. Euro. So generiert die MLU durch ihre Ausgaben jedes Jahr Einkommenseffekte in Höhe von 278 Mio. Euro, die sich aus der Nachfrage nach Sach- und Dienstleistungen sowie Konsumausgaben von Personal und Studenten ergeben. An der MLU hängen überdies mehr als 8.100 Arbeitsplätze.

Die Ausgaben der Studierenden stellen mittlerweile mit 212 Mio. Euro den größten Einzelposten unter den Gesamtausgaben der MLU dar. Die Studenten entfalten durch ihren überwiegenden Verbleib in Halle für den lokalen Wohnungsmarkt, aber auch für Reparaturbetriebe, Telekommunikation, Textilindustrie, Bäckereien, Gaststätten, Taxis und Kinos bis hin zur Müll- und Abwasserentsorgung eine wichtige Einkommens- und Arbeitsplatzwirkung. Die aus der MLU generierten Wertschöpfungsimpulse sind somit eine ökonomische Lebensader für den Standort, die Hochschulregion und für das Land. Mehr noch: Die Wahrscheinlichkeit, aus den Studierenden neue Eliten und Start-Up-Unternehmen für Halle zu rekrutieren, ist größer, als ortsferne Unternehmen für eine Ansiedlung in Halle zu gewinnen.

Aber nicht nur von der MLU gehen immense ökonomische Wirkungen aus. Auch der Tourismus hat größte Bedeutung hinsichtlich der Einkommens- und Beschäftigungswirkung. So kommt die neue Studie der dwif-Consulting GmbH über die kommunale Kosten-Nutzenbilanz des Wirtschaftsfaktors Tourismus für Halle 2012 zu dem Ergebnis, dass der Städte-Kulturtourismus als Ergänzung des Wirtschafts-Technologie- und Wissenschaftsstandorts ein wesentliches Standbein für Halle darstellt. Der von der dwif auf Basis touristischer Aufenthaltstage und Ausgaben errechnete Brutto-Umsatz 2012 belief sich auf 178 Mio. Euro. Dies entsprach einem Drittel des Haushaltsvolumens der Stadt Halle (Saale) von 552 Mio. Euro.

Überblick über Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für das Berichtsjahr 2013

Das Wirtschaftsjahr 2013 der SMG war von außergewöhnlichen Begleitumständen geprägt. Im Februar 2013 vernichtete ein Wasserschaden im Außenlager Große Brauhausstraße sämtliche gelagerten Vorräte an Druckerzeugnissen im Wert von ca. 22.000 Euro. Ein Schadenausgleich über die Versicherung des Vermieters Stadt Halle (Saale) wurde dafür aber nicht gezahlt.

Der März 2013 bescherte der Region so viel Schnee, dass vor allem Individualtouristen die gebuchten Reisen für diesen Zeitraum stornierten. Im Juni führte das Hochwasser zur Absage der Saisoneroöffnung auf der Saale und der Internationalen Händel-Festspiele und schmälerte die Erlöse aus gruppentouristischen Leistungen. Viele Reisegruppen und Individualtouristen stornierten ihren geplanten Halle-Besuch. Auch der Tourist-Information Halle (Saale) blieben viele dieser Touristen fern.

Durch die forcierte Akquise von nationalen und internationalen Reiseveranstaltern, umfangreiche Angebote an Reisepauschalen und intensive Marketingaktivitäten nach der Flut gelang es trotzdem, die Übernachtungszahlen in Halle – entgegengesetzt zum Landestrend – nicht nur zu halten, sondern gegenüber dem Vorjahr um ca. 3 Prozent zu steigern.

Wirtschaftlich gesehen, ergibt sich für die SMG folgendes Bild:

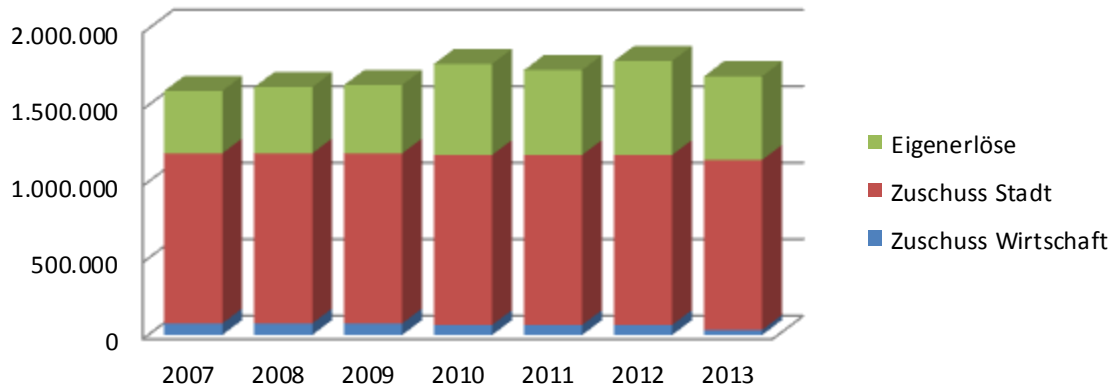
Der aus dem Jahresabschluss 2012 resultierende Gewinnvortrag von 109.767,06 Euro wurde 2013 auf neue Rechnung vorgetragen. Die Höhe des institutionellen Zuschusses der Stadt Halle (Saale) blieb unverändert bei 1.111.300,00 Euro. Von dem Gesellschafter „Förderverein Pro Halle e.V.“ gingen bis 31.12.2013 nur 50 Prozent (32.500,00 Euro) der geplanten Summe ein. Dafür erhielt die SMG Ende Januar 2014 die restlichen 50 Prozent im Geschäftsjahr 2014 zusätzlich zu den im Wirtschaftsplan beschlossenen 65.000,00 Euro.

Die Eigenerlöse der SMG entwickelten sich – kälte- und hochwasserbedingt – von 613.300,65 Euro im Jahr 2012 auf 547.030,98 Euro (2013). Dies entspricht 89,2 Prozent des Vorjahres. Großen Anteil an den Eigenerlösen hatten die Einnahmen aus Stadtführungen und Gruppentouristik, die mit 24,9 Prozent (47.353 Euro) über dem Plan lagen und sich gegenüber dem Vorjahr auf 101,47 Prozent entwickelten. Die Ursachen für die rückläufige Entwicklung der Eigenerlöse insgesamt liegen vor allem in den 2012 enthaltenen Erlösen aus der Bewerbung „Stadt der Wissenschaft“ in Höhe von rund 46.000,00 Euro, am rückläufigen Umsatz in der Tourist-Information aufgrund der Wetterunbilden 2013 sowie den verminderten Einnahmen aus sonstiger Werbung durch den Ausfall von Veranstaltungen. Demgegenüber wurden für projektbezogene Maßnahmen 2.000,00 Euro mehr Mittel eingeworben als geplant. Dies sind fast 13.000,00 Euro mehr als 2012. Ein Einnahmeplus ergab sich auch bei der Messeplanung. Die verstärkte Einbeziehung von Anschließern brachte über 6.000,00 Euro Mehreinnahmen als geplant.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Wirtschaftsplans der SMG für 2013 war geplant, dass der Uni-Shop als Untermieter die Tourist-Information verlässt. Daher wurde der Plan für sonstige Erträge um die Miete des Uni-Shops reduziert. Da der Uni-Shop bis Ende 2013 im Objekt verblieb, wurden nicht geplante Mieteinnahmen erzielt.

Insgesamt konnte die SMG trotz Ausbleibens einer fehlenden Zuschuss-Rate die geplanten Einnahmen (Zuschüsse + Eigenerlöse) in Höhe von 1.678.500,00 Euro mit 1.690.830,98 Euro übererfüllen. Dies sind 100,73 Prozent zum Plan.

Entwicklung der Zuschüsse und Eigenerlöse in €



Zur Ausgabeenseite: Die Personalkosten für fest angestellte Mitarbeiter wurden mit 98,78 Prozent eingehalten, die Kosten für Pauschalkräfte mit ca. 1.500,00 Euro – aufgrund krankheitsbedingter Ausfälle fest angestellter Mitarbeiter – leicht überzogen.

Die geplanten Kosten für Wareneinkauf fielen wegen des geringeren Umsatzes in der Tourist-Information mit 84,4 Prozent geringer aus. Dabei entwickelte sich der Reinerlös (Einnahmen/ Ausgaben) in der Tourist-Information von 45.625 Euro (2012) auf 54.261 Euro (2013). Die Ausgaben für Stadtführungen/ Gruppentouristik lagen mit 38.691,93 Euro über Plan, da auch die Einnahmen enorm stiegen.

Die Mietkosten sind im Wirtschaftsjahr 2013, bedingt durch die Mietpreiserhöhung um acht Prozent für die gemieteten Räume im Marktschlösschen ab 01.09.2013, gegenüber dem Vorjahr gestiegen, bewegen sich aber im Rahmen der geplanten Größe. Der Vermieter fordert gleichfalls rückwirkend für den Zeitraum 01.04.2011 bis zum 01.08.2013 diese Mietpreiserhöhung und somit eine Nachzahlung von 8.475,54 Euro.

Einsparungen gab es 2013 bei Leasing und Miete für Geräte (z. B. PKW, Telefon) durch günstigere Neuabschlüsse ausgelaufener Verträge.

Aufgrund der gestiegenen Bautätigkeit und des enormen Geräuschpegels in der Innenstadt, den permanenten Straßenbahnverkehr und diverse Nachfragen nach einem Audioguide tätigte die SMG eine außerplanmäßige Investition mit dem Ziel, die Qualität der Gruppenführungen zu verbessern. Die SMG investierte in ein Tour-Guide-System (ca. 18.000,00 Euro) – mit Mikrofonen und Kopfhörern für 60 Gäste, die nun ohne Informationsverluste durch die Stadt geführt werden.

Die geplanten Ausgaben für sonstige Werbung (Plakate, Broschüren, Flyer usw.) von 131.000,00 Euro wurden durch den Nachdruck der durch einen Wasserschaden im Außenlager Große Brauhausstraße zerstörten touristischen Druckerzeugnisse mit 27.664,52 Euro überzogen. Um Synergien zu nutzen, wurden die vernichteten Druckerzeugnisse nicht 1:1 nachgedruckt, sondern redaktionell aktualisiert und um die aktuell benötigte Auflagenstärke erweitert. Zudem verstärkte die SMG nach dem Hochwasser und dem damit verbundenen Image-Schaden fürs Reisegeschäft ihre Marketing-Aktivitäten, um Reiseveranstalter, Reisegruppen und Individualtouristen zurück nach Halle zu holen.

Da Marketing-Mediapläne einen erheblichen Zeitvorlauf haben, konnte die SMG auf die plötzlichen wetterbedingten Projektausfälle nur bedingt reagieren. So fielen ein gebündelter Saisonstart auf und an der Saale sowie Veranstaltungen bzw. Projekte im Rahmen der Händel-Festspiele ins Wasser. Die entsprechenden vorbereitenden Werbemaßnahmen waren da aber längst ausgelöst und schlugen kostenseitig zu Buche.

Da mit dem Ausfall der Projekte auch zugesagte finanzielle Beteiligungen Dritter ausblieben, musste die SMG die bis dato anfallenden Kosten komplett selber tragen. Daher konnten die Projektausgaben 2013 nicht in geplanter Höhe durch Einnahmen gedeckt werden.

Alle weiteren Kostenpositionen bewegen sich in Höhe oder unter der geplanten Größe.

Die SMG schließt das Wirtschaftsjahr 2013 mit einem Negativergebnis von 7.567,05 Euro ab.

Der Erfüllungsstand der Positionen des Wirtschaftsplanes wird monatlich durch die Geschäftsführung überwacht und in den Gesellschafterversammlungen vorgetragen. Einen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung der SMG gibt diese Übersicht mit Kennziffern der Jahre 2009 bis 2013:

Kennziffer	2013	2012	2011	2010	2009
	T€	T€	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	530	589	486	581	420
sonst. betriebl. Erträge	1.164	1.211	1.208	1.194	1.215
Materialaufwand	174	174	142	108	120
Personalaufwand	757	747	722	724	694
Abschreibungen	16	12	14	11	12
sonst. betriebl. Aufwendg.	757	844	812	932	846
sonst. Zinsen u.ä. Erträge	2	0	1	0	2
Ergebn. d. gewönl. Geschäftstätigkeit	-7	24	5	1	-35
sonst. Steuern	1	1	1	0	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-8	23	4	1	-35

Da ein negatives Jahresergebnis erzielt wurde, gestaltete sich auch die Ertragslage gegenüber dem Vorjahr negativ, steht jedoch auf einer soliden Grundlage:

Kennzahlen der Ertragslage:

Kennziffer	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität	-1,43	3,95	0,84	0,14	-8,29	1,46	5,5	%
Eigenkapitalrentabilität	5,61	20,88	3,82	0,77	-24,62	4,07	17,12	%
Cash-Flow	8	35	18	12	-23	20	39	T€

Die Kennziffer „Cash-Flow“ zeigt, dass die Selbstfinanzierungskraft der SMG gegenüber dem Vorjahr gesunken ist.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Kennziffer	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007
Sachanlagenintensität	13,54	10,62	11,83	8,28	9,55	9,23	10,72
Eigenkapitalquote	37,11	40,96	32,94	44,40	38,86	41,24	40,07
Fremdkapitalquote	62,89	59,04	67,06	55,60	61,14	58,76	59,93

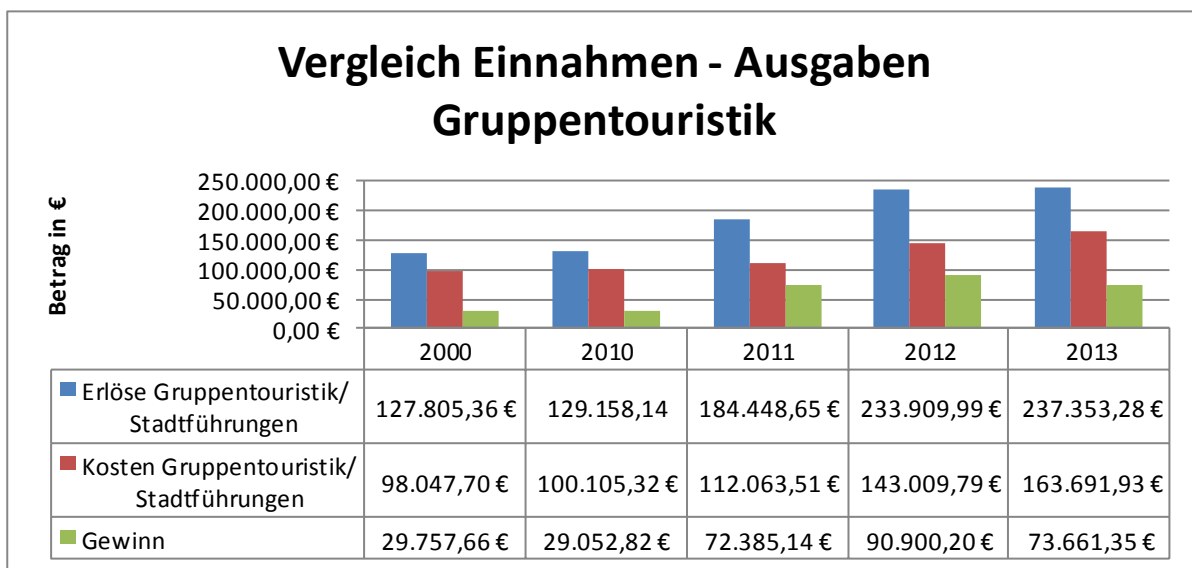
Mit der steigenden Sachanlagenintensität 2013 steigt auch die zeitliche Bindung finanzieller Mittel. In der Regel steigen damit auch die Fixkosten. Die Absenkung der Eigenkapitalquote gegenüber dem Vorjahr zeigt, dass der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital gesunken ist. Damit ist der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital gestiegen.

Im Jahresabschluss sind alle dem Unternehmen bekannten Vorgänge für das Jahr 2013 erfasst.

Tourismus

Die Erlöse für Stadtführungen und Gruppen-Arrangements stiegen 2013 mit 237.353,28 Euro (gegenüber 233.909,99 Euro in 2012) um 1,5 Prozent leicht an. Die Effizienz und Wirtschaftlichkeit bei Produktentwicklungen und gruppentouristischen Angeboten stehen stets auf dem Prüfstand. Seit 2012 bündelt und bewirbt eine Angebotsbroschüre viermal im Jahr die saisonalen Führungsangebote der SMG und touristischer Partner. So können neue Stadtführungen schnell vertrieben und vermarktet werden, wie z. B. die „Hallesche Schlemmer-Tour“, „Die Stadtrallye“, die Führung „Hinter den Kulissen“ der Oper Halle oder des LightCinema.

Die Kosten im Bereich Gruppentourismus/Stadtführungen sind um 14,5 Prozent gestiegen (2013: 163.691,93 Euro gegenüber 2012: 143.009,79 Euro). Dies liegt zum einen am altersbedingten Ausscheiden eines fest angestellten Tourismus-Mitarbeiters, der einen Großteil der öffentlichen Führungen übernommen hatte. Diese Gästeführerleistungen müssen seitdem eingekauft werden. Viele Stornierungen bei öffentlichen Führungen gehen eindeutig auf die Absage der Händel-Festspiele zurück. Somit sank die Gewinnerwartung im Gruppentourismus um 19 Prozent.



Der Ausbau des Tourismus- und Tagungsservice in neuer Struktur (2011), die Arbeit als eigenständiger Reiseveranstalter, das aktive Agieren im Tourismusvertrieb (beides seit 2012) sowie das Entwickeln von Reise-Arrangements ist in Zahlen messbar und signifikant gestiegen.

Touristische Führungen

Die SMG bietet bis zu sechs öffentliche Führungen täglich (saisonal abweichend) an. Highlights waren 2013 die „Fünf Türme Halle“ – die ganztägig geöffneten Hausmannstürme an den Wochenenden (April bis Oktober) sowie Führungen auf dem Roten Turm. Ein besonderes saisonales Angebot sind die geöffneten Hausmannstürme an den Adventswochenenden mit exklusivem Blick auf den Halleschen Weihnachtsmarkt.

Die stichprobenhafte Postleitzahlenabfrage von 3.148 Besuchern der Hausmannstürme zeigt, dass vor allem Sachsen-Anhalter (1.507) bei ihrem Halle-Besuch auch den Blick von den Hausmannstürmen genießen. Die zweitgrößte Besuchergruppe stammt aus Sachsen (399), gefolgt von Besuchern aus Niedersachsen (230), Nordrhein-Westfalen (192) sowie Berlin (180).

Im Jahr 2013 organisierte die SMG 2.867 Führungen (2012: 2.910) mit 31.035 Gästen (2012: 34.961 Gästen). Der Besucherrückgang geht auf das Juni-Hochwasser und den Ausfall der Händel-Festspiele zurück. Aber auch die Berichterstattung über die Auswirkungen der Flut in Sachsen-Anhalt setzte sich lange in den Köpfen der Gäste fest. Dies war spürbar bei den vielen Stornierungen von Individualreisenden, aber auch im Ausbleiben vieler potenzieller Gäste, die ihre Reisepläne gar nicht erst verwirklichten. Die entstandenen Kosten trafen die gesamte Tourismusbranche in Halle: die direkt von der Saale-Flut betroffenen Hotels mit kurzfristigen Schließungen ihrer Häuser, das Ausbleiben der Gäste, der Wegfall von Provisionen sowie Stornierungskosten, der Ausfall von Konzerten, Museums- und Gaststättenbesuchen. Alle Übernachtungsbetriebe in Halle verständigten sich auf den Service, nach der Flutkatastrophe auf Stornokosten in der Hauptsaison zu verzichten.

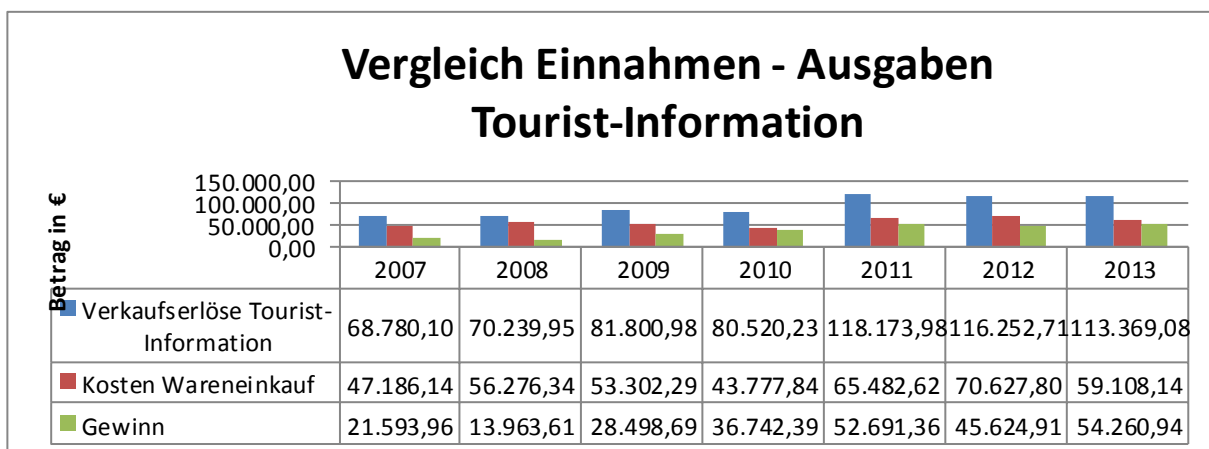
Die hochwasserbedingten Verluste wirkten sich auf die Monate Juni bis September aus. In diesem Zeitraum verzeichnete die SMG elf Prozent weniger Gäste als 2012. Im Juli stieg zwar die Zahl der Übernachtungen im Vergleich zu 2012, was allerdings vor allem auf die Flutschadensregulierer in Halle und der Region zurückzuführen war. Zudem ist in einer „normalen“ Reisesaison der Juli nicht die bevorzugte Zeit für Städtereisen, sondern für den mehrwöchigen Jahres- bzw. Sommerurlaub.

Das Arrangement „Verliebt in Halle“ als Classic- und Premium-Paket war auch im dritten Jahr nach Einführung ein Verkaufsschlager. Das Individualangebot „Verliebt in Halle Classic“ (79,00 Euro pro Paar) wurde 2013 insgesamt 136 mal (2012: 143 mal) verkauft; das Paket „Verliebt in Halle Premium“ (149,00 Euro pro Paar) war mit 101 verkauften Arrangements (2012: 56) ebenfalls stark nachgefragt. Die Angebote bestehen aus einer Besteigung der Hausmannstürme und einem Drei-Gänge-Menü inkl. einer Flasche Wein und Wasser für zwei Personen im Restaurant bzw. mit Privatkoch auf den Türmen. Künftig wird das Arrangement als Reiseangebot „Verliebt in Halle“ vor allem für auswärtige Gäste angeboten und umfasst eine Übernachtung im Vier-Sterne-Hotel in Halle, einen Besuch im Halloren Schokoladenmuseum, eine „Welcome Card“ und ein Begrüßungsgeschenk.

Tourist-Information

Die Tourist-Information (TI) erzielte 2013 eine Gewinnsteigerung von 19 Prozent und damit das höchste Ergebnis seit 2007 (2013: 54.260,94 Euro gegenüber 2012: 45.624,91 Euro). Der Umsatz der Verkaufserlöse in der TI ähnelt dem des hohen Vorjahresergebnisses (2013: 113.369,08 Euro gegenüber 2012: 116.252,71 Euro) bei einem Rückgang von 2,5 Prozent gegenüber 2012. Dank des Warenwirtschaftssystems (neues Kassensystem inklusive Scanner, Software und Barcodes) wurden die Verkaufsabläufe weiter optimiert, das Warensortiment verbessert und die Umschlaggeschwindigkeit erhöht. Dieser Qualitätssprung brachte bereits nach Systemeinführung 2011 spürbare Verkaufsanstiege und stabilisierte sich in 2013 auf dem hohen Niveau von 2012.

In 2013 intensivierte die TI die Zusammenarbeit mit dem neuen Anbieter „Deutsches Saline-Kontor“ und baute den Verkauf von halle-typischen Salzprodukten wie den neuen Sole-Spray aus. Auch die monatlichen Sonder- und Rabattaktionen wie das Geschenk-Set „Hansebieb“, das „Salz-Paket“ oder „Halle-Tassen“ wurden sehr gut angenommen und steigerten den Umsatz.



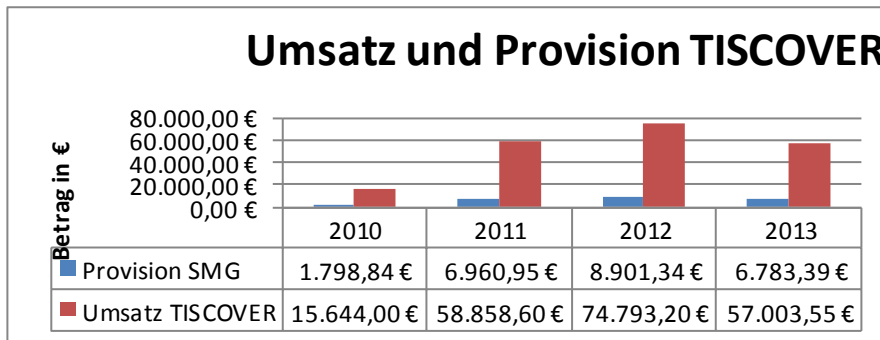
Im vierten Quartal 2013 endete der Mietvertrag der MLU in der TI und bot kurzfristig die Möglichkeit dringend nötiger Modernisierungsarbeiten in der TI. Die Bestseller aus dem Merchandise-Sortiment der MLU werden künftig in Kommission im Shop mitvertrieben. Durch die Renovierungsarbeiten (nach über acht Jahren seit Eröffnung im Marktschlösschen) werden die Verkaufsfläche gezielt optimiert, barrierefreie Beratungssituationen geschaffen, ein einheitliches, modernes Erscheinungsbild geschaffen, die Broschüren-Auslagen verbessert und aktuelle Kundenwünsche berücksichtigt.

Die Ausgaben für Aushilfen bzw. Pauschalkräfte stiegen um 6 Prozent (2013: 20.464,59 Euro gegenüber 2012: 19.259,50 Euro) – bedingt durch den gestiegenen Beratungsbedarf während und nach dem Hochwasser, zusätzliche verkaufsoffene Arbeitstage, Ausgleich der Urlaubszeiten und krankheitsbedingte Ausfallzeiten der festen Mitarbeiter.

Die Provisionserlöse erzielte die SMG 2013 durch Zimmervermittlungen und Kartenverkäufe. Da sich auch bei den Zimmerreservierungen das Buchungsverhalten sehr aufs Internet verlagert und die Gäste direkt über Internetportale wie HRS.com, hotel.de, Hotels.com, booking.com oder hotel-vergleich.com buchen, lassen sich die Einnahmeerwartungen kaum realisieren.

Der Buchungsservice der Tourist-Information wird daher vor allem bei Übernachtungen in Ferienwohnungen, Pensionen und kleineren Hotels in Anspruch genommen, da die Online-Buchung in kleinen Übernachtungsbetrieben größtenteils noch nicht gelebt wird. Die buchungsstärksten Monate waren Juni bis Oktober 2013.

Für das hallesche Gastgewerbe generierte die SMG 2013 einen Umsatz von 57.003,55 Euro, wovon eine Provision von 11,9 Prozent (2013: 6.783,39 Euro) pro Zimmervermittlung bei der SMG verbleibt. Der erwirtschaftete Umsatz fiel damit um 24 Prozent niedriger aus als im Vorjahr (2012: 74.793 Euro). Die Gründe dafür belegt die TISCOVER-Statistik mit den Hochwasserfolgen. Dieses Minus konnte über das Jahr nicht mehr ausgeglichen werden.



Messen, Expediten-Reisen, Famtrips

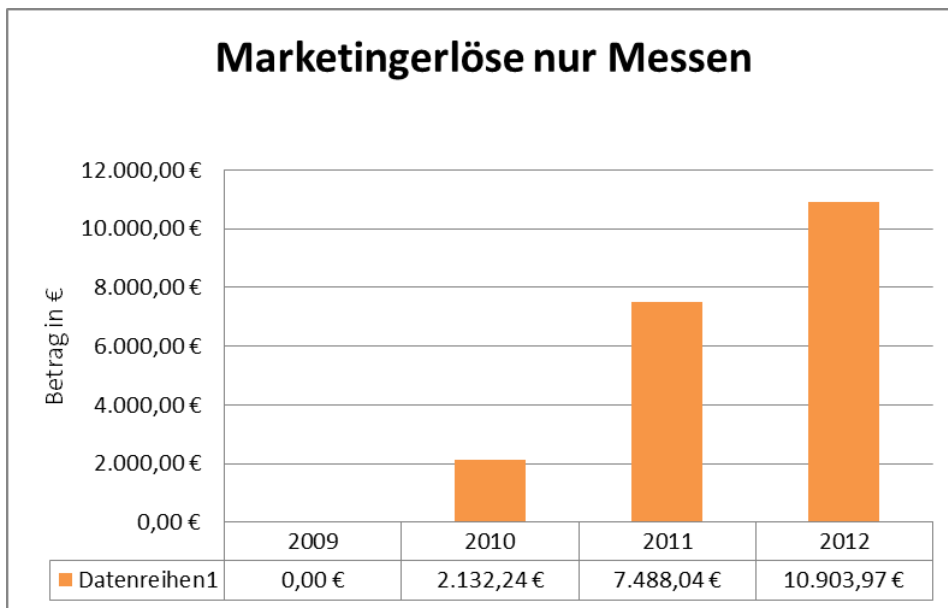
Kernziele der touristischen Arbeit der SMG sind die Erschließung zusätzlicher Märkte und Destinationen sowie die Erlössteigerung als Reiseveranstalter. Expediten-Reisen und Famtrips sind die erfolgreichsten Methoden, Reiseunternehmer das Reiseziel Halle vorzustellen sowie Reisejournalisten Themen für ihre Berichterstattungen anzubieten. Die Kooperation mit den Kultureinrichtungen der Stadt Halle, die die Reiseinhalte zur Vermarktung durch die SMG liefern, ist daher Voraussetzung für diese Kunden-Akquise.

Zum dritten Mal hat die SMG 2013 ausgewählte Busreiseunternehmen zu einem Bus-Workshop in Kooperation mit einem halleschen Vier-Sterne-Hotel und weiteren touristischen Leistungsträgern nach Halle eingeladen. 30 Reiseveranstalter aus Deutschland, Österreich und der Schweiz informierten sich im Stile eines „Speed-Dating“ bei 15 Dienstleistern über touristische Höhepunkte Halles. Im Ergebnis werden daraus Pauschalangebote in künftigen Reisekatalogen der Reiseveranstalter.

In 2013 wurden Kooperationen mit drei Airlines (Darwin Airline, Turkish-Airline, Germania) geschlossen, die den Flughafen Leipzig-Halle in ihr Streckennetz aufgenommen haben. Bestandteil der Kooperationen ist z. B. die Teilnahme der SMG an einem internationalen Reiseveranstalter- und Journalisten-Workshop in Moskau, um Reiseveranstalter auf dem russischen Markt für Reiseangebote nach Halle zu gewinnen.

Bei Messeauftritten setzt die SMG unvermindert auf Kooperationspartner bzw. Anschließer (Mitaussteller) wie hallesche Hotels und die Kultur-Partner „Kulturhauptlinge“ (die Stiftungen Moritzburg, Handel-Haus und Franckes). Dadurch verteilen sich Messekosten und Beratung auf mehrere Partner, was eine Teilnahme an weiteren ausgesuchten Messen in Deutschland, Dänemark, Österreich, der Schweiz und den Niederlanden ermöglicht.

Die SMG präsentierte die Stadt Halle (Saale) 2013 auf 15 Messen: Ferien-Messe Wien, Reisemesse Linz, Leipziger Buchmesse, Internationale Tourismus-Börse (ITB) in Berlin, Reisemesse Peine, Mitteldeutscher Omnibustag in Leipzig, Kirchentag in Hamburg, Germany Travel Mart (GTM) in Stuttgart, Sachsen-Anhalt-Tag in Gommern, RDA – Messe für Reisebusveranstalter in Köln, Reisemarkt Dresden, Vakantiebeurs in Utrecht, (NL), Ferie for alle in Herning (DK), Internationaler Hansetag in Herford sowie Ländermeile in Stuttgart. Diese Messeauftritte (davon vier Auslandsmessen) kosteten 51.587,02 Euro (2012: 40.729,00 Euro), wovon 21 Prozent über Anschließer refinanziert wurden (10.903,97 Euro). Das bedeutet 45 Prozent mehr Drittmittel als im Vorjahr.



Auf der Internationalen Tourismus-Börse (ITB) in Berlin, der weltweit größten Reisemesse, brachte sich die SMG 2013 wieder mit zwei Kooperationen in Doppelpresenz ein. Zum einen stellte sich die Händelstadt Halle mit ihren touristischen Themen im Rahmen der Landespräsentation Sachsen-Anhalts vor. In der „Culture Lounge“ präsentierte sich Halle überdies mit der Marketingkooperation „Kulturhauptlinge“. Dort brachten die SMG und deren Partner Kulturhöhepunkte der Stadt Halle (Saale) fokussiert einem kulturinteressierten Publikum nahe.

Als im besten Sinne image-bildend erweist sich die seit vier Jahren bestehende Kooperation mit der Leipziger Buchmesse. Die Händelstadt Halle präsentierte sich dort 2013 im Verbund mit neun halleschen Verlagen. Die Besucher der „hallesaale“-Lounge werden 2014 im vierten Jahr befragt. Die Ergebnisse sind Grundlage für die firmeneigene Werbewirkungsanalyse der vorgeschalteten Marketingmaßnahmen (wie Anzeigen, Plakate, Gratis-Coupons und Presseberichte).

Die Finanzierung der Messebeteiligungen in Österreich erfolgte über die Kooperation „Stadtsprung. Best of Weltkultur zwischen Harz und Elbe“ mit deren 2013 noch sieben Städten – Magdeburg, Halle (Saale), Dessau-Roßlau, Naumburg, Quedlinburg, Halberstadt und Wernigerode. Sie war auch 2013 fester Bestandteil der touristischen Arbeit im Bereich „Kultur- und Städtetourismus“ auf Landesebene und hat sich als das stärkste touristische Städtenetzwerk Sachsen-Anhalts etabliert.

Als Kooperationspartner der Investitions- und Marketing GmbH Sachsen-Anhalt (IMG) übernahm „Stadtsprung“ für das Land Sachsen-Anhalt im siebenten Jahr die komplette touristische Quellmarktbearbeitung in der Schweiz und Österreich. Die Mitarbeit im Netzwerk ist für die Stadt Halle ein großer Mehrwert bei vergleichsweise geringem Personal- und Finanzaufwand.

Zu beachten sind die Auslandsaktivitäten auf dem österreichischen und Schweizer Reisemarkt wie Anzeigenschaltungen und Advertorials im Schweizer Bahnmagazin „railtour suisse“, „VIA“, der Newsletter-Versand über die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT), die Kooperation mit der österreichischen Reise-PR-Agentur „Polak Mediaservice“ sowie Messe- und Road-Shows in Wien und Linz sowie der B2B-Veranstaltung der DZT zum Thema „Musikland Deutschland“.

Der Erfolg der Stadtsprung-Kooperation sowie damit verbunden die Auslandsbearbeitung Schweiz und Österreich wird 2014 mit einem höheren finanziellen Zuschuss der IMG unternetzt (2013: 30.000 Euro gegenüber 2014: 50.000 Euro).

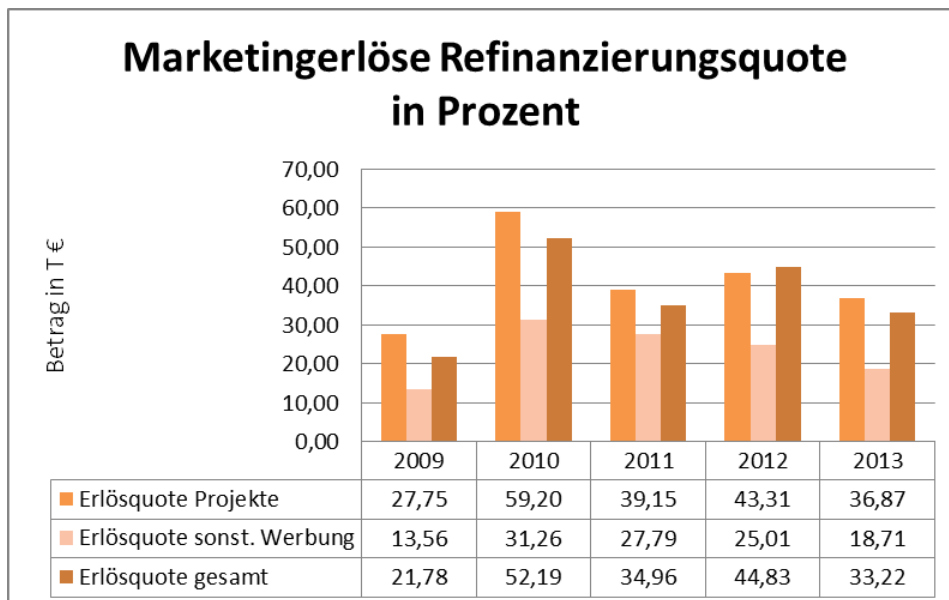
Auf Grundlage der regelmäßigen Befragungen des Ausstellungs- und Messe-Ausschusses der deutschen Wirtschaft e.V. (AUMA) schloss sich die SMG dem Studienergebnis an und forcierte die Teilnahme an touristischen Leitmessen. Messebesuche werden nach der eigenen Homepage als die stärkste Plattform für B2B-Kontaktpflege angegeben. Außerdem bildet der gesunde Mix aus Konsumentenmessen und B2B-Messen (Business-to-Business-Messen) wie GTM, RDA oder Reise-Workshops die Grundlage für eine intensive Marktbearbeitung.

Tagungen

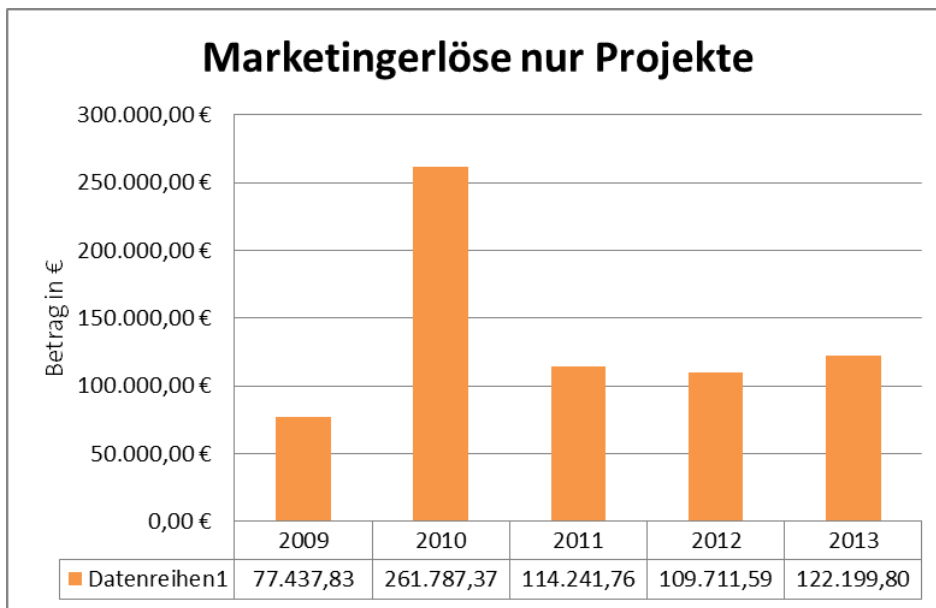
Die Aussicht auf große Kongresse und Tagungen – wie sie gelegentlich etwa über die MLU angefragt werden – bleibt nach wie vor durch das Fehlen eines Kongresszentrums mit hinreichend großem Hotel (300 Betten+) ausgeschlossen. 2013 unterstützte die SMG deshalb folgende Tagungen: Spuren-Workshop (130 Teilnehmer), CAS-Tagung (100 Teilnehmer), 74. oMFT (150 Teilnehmer), Sabtours Linz (120 Teilnehmer), Max-Planck-Institut Tagung „catalysts“ (110 Teilnehmer) sowie Geo-Alumni (100 Teilnehmer). Dies führte zu 20 Prozent gesteigerten Provisionserlösen (2013: 16.855,67 Euro gegenüber 2012: 13.944,00 Euro). Das Tagungsgeschäft verläuft dabei azyklisch; jährliche, stetige Steigerungen der Erlöse sind hier nicht zu erwarten. 2014 sind nach dem bisherigen Planungsstand (01.03.2014) acht Tagungen mit bis zu 750 Teilnehmern angemeldet.

Marketing

Stadtmarketing bedeutet auch Steigerung des Bekanntheitsgrades der Stadt. Die Profilierung des unverwechselbaren Stadt-Images beruht dabei auf mehrjährig angelegten Kampagnen und Projekten, deren langfristige Wirkungen auf Tourismus und Ansiedlungen kaum zu evaluieren sind. So sind Beziehungssysteme zwischen eingesetzten Marketingmitteln und Effekten in Touristenzahlen, Verkaufserlösen in der Tourist-Information oder Buchungen im umfangreichen Angebot an Führungen nicht darzustellen. Ein Indikator ist allerdings der stetig steigende Beitrag an Drittmitteln, der das Vertrauen in die Markenbildung und deren Effekte spiegelt. Insofern geben die nachfolgenden Zahlen des Geschäftsjahres 2013 auch Aufschluss über den Marketing-Erfolg der SMG.



Für Projekte und sonstige Werbemaßnahmen wurden 2013 insgesamt 490.056,64 Euro eingesetzt. Davon konnten 162.793,76 Euro (33,22 Prozent) fremdfinanziert und eingeworben werden. Der Großteil der finanziellen Aufwendungen und Einnahmen entfällt auf klar definierte Projekte. 331.292,12 Euro Ausgaben stehen 122.199,80 Euro Einnahmen gegenüber (36,87 Prozent Refinanzierungsquote), was vor allem guten Konzeptideen, der Entwicklung eines strategischen Plans zur Zielerreichung sowie der intensiven Akquise und Pflege eines Partnernetzwerkes zu verdanken ist.



Im Bereich Marketing wurden die guten Kooperationen der vergangenen Jahre gerade in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft fortgesetzt.

Abgesehen vom Ausnahmejahr 2010 (SMG als Mitveranstalter eines Public Viewing zur Fußball-WM) steigen die Marketing-Erlöse seit 2009 konstant leicht an, und dies, obwohl 2013 einige geplante Projekte abgesagt werden mussten.

Hier ein kurzer Überblick über die Marketing-Projekte 2013, die auf den fünf Markensäulen der SMG (Händler, Saale, Luther, Hanse sowie „Wissenschaft in Halle“) fußen:

Wissenschaftsmarketing

Die aus dem „Jahr der Wissenschaft 2012“ entstandene Kooperation zwischen Stadt Halle, SMG und MLU wurde 2013 via Kommunikationsplattform www.wissenschaft-in-halle.de fortgeschrieben. Wissenschaftsmarketing ist heute ein Schwerpunktthema der Stadtverwaltung. Der neue Fachbereich Wissenschaft belegt dies. Insgesamt wurden für das Hochschulmarketing ca. 42.000 Euro mit einem Erlösanteil von 70 Prozent aufgewendet – für eine Vielzahl von Projekten, die auf Studenten-Akquise und -Betreuung einzahlen und aufeinander aufbauen.

Kampagne mit Studenten der Allgemeinen Schlüsselqualifikationen (ASQ)

2013 haben MLU, SMG und Ströer – Deutsche Städte Medien GmbH (DSM) im dritten Jahr innerhalb des studienübergreifenden Praxisseminars der MLU fachliche Marketing-Expertise an junge Studierende weitergegeben. Die Studierenden sollten sich so realitätsnah wie möglich in die Arbeitsschritte einer Werbeagentur hineinreden und mitarbeiten. Aufgabenstellung war es, Nutzungsmöglichkeiten auf und an der Saale aufzuzeigen. So entstand in kreativen Studenten-Teams eine image-bildende Plakatkampagne für Halle mit drei bis fünf Motiven. Diese konnte nicht wie geplant im Hochwasser-Sommer 2013 realisiert werden, da es sich verbot, für die Saaleauen zu werben, während diese komplett geflutet waren. Die beteiligten Partner verständigten sich darauf, die Umsetzung der Kampagne auf das Jahr 2014 zu schieben.

Hochschulinformationstag (HIT)

Zum HIT stellte die SMG allen Studieninteressierten die Händelstadt Halle mit kostenlosen Stadtführungen zu Fuß und per Bus vor. Dabei waren die jungen Gästeführer selbst Studierende. Alle Studieninteressierten wurden „uff Hallesch“ mit Halloren Kugel und kleinen Salzsäckchen begrüßt. Darüber hinaus sorgte die SMG für kostenfreie Parkplätze auf dem Friedemann-Bach-Platz und betreute die Bücher-Box „Bring eins, nimm eins“ auf dem Universitätsplatz.

Lange Nacht der Wissenschaften

Mit einem Mediawert von 5.400 Euro wurde die Bewerbung der „Langen Nacht der Wissenschaften“ mit 447 Plakaten an Mastrahmen und in Dreieckaufstellern unterstützt.

„Welcome Day“ auf dem Laternenfest

Zum Laternenfest organisierten MLU und SMG zum dritten Mal in Folge erfolgreich den „Welcome Day“. Zum schönsten Volksfest Mitteldeutschlands konnten sich Studieninteressierte abermals auf und vor dem Fahrgastschiff „MS Händel“ sowie in der großzügigen Halle-Lounge am Saaleufer über Studien- und Wohnungsangebote informieren. Städtische Wohnungsgesellschaften und -unternehmen, die Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt sowie der Kabelnetzbetreiber Primacom präsentierten ihre Angebote für Studenten. Dem „Welcome Day“ voraus ging ein gemeinsames Einladungs-Mailing zum „Welcome Day“ zum Laternenfest von SMG und MLU an ca. 8.000 Studieninteressierte. Ca. 300 Interessierte nahmen an den kostenfreien Stadtrundfahrten und Wohnungsbesichtigungen teil, ca. 700 Studenten besuchten die „Welcome Lounge“ an der Saale; ca. 1.000 Eltern und Freunde begleiteten die künftigen Erstsemester auf ihrem Besuch in Halle.

„Welcome Bags“

In der ersten Studienwoche im Oktober 2013 verteilten MLU und SMG an alle Erstsemester „Welcome Bags“ als herzlicher Willkommensgruß der neuen Wahl-Heimatstadt. Die Tasche war gefüllt mit Nützlichem und kleinen Snacks durch Beigaben von halleschen Partnern aus Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft. In Szene gesetzt wurde die Taschenübergabe an die neuen Studierenden mit dem „Verliebt in Halle-Lkw“.

Kampagne „Nur bei uns“: Sieben Kulturhäuptlinge für die Händelstadt

Mit sieben farbigen Federn – symbolisch für die kulturellen Häuptlinge der Händelstadt Halle – präsentieren sich die Kulturhäuptlinge nun bereits seit 2009. Seit 2008 stehen Halles führende Einrichtungen aus Kultur, Bildung und Wissenschaft – die Stiftung Händel-Haus, die Franckeschen Stiftungen, die Stiftung Moritzburg – Kunstmuseum des Landes Sachsen-Anhalt, das Landesmuseum für Vorgeschichte Halle, die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, die Kunsthochschule Burg Giebichenstein Halle (Saale) sowie die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle – gemeinsam für die Marke „nur bei uns“. Die aktive Kooperation, gebündelte Budgets und Marketing-Knowhow zur nationalen Vermarktung eröffnen dem Kultur- und Wissensnetzwerk erst jene Werbung, Schlagkraft und Aufmerksamkeit, die jede einzelne Einrichtung für sich kaum erreichen würde. Die eingesetzten Mittel belaufen sich auf 40.000 €, von denen über 50 Prozent die beteiligten Partner tragen.

Luther 2017

2013 wurde das eigens zur Vermarktung der Lutherdekade 2017 entwickelte szenische Luther-Stück zweimal aufgeführt: zum dritten Mal in Halle – in der Marktkirche – und erstmals am Reformationstag in der Stadtkirche St. Michael in Jena. Begleitend schaltete die SMG Anzeigen in Magazinen (Chrismon, Zeitzeichen, Freizeitplaner etc.) und bewarb die Aufführungen mit Flyern und Plakaten.

Zum Kirchentag in Hamburg präsentierte sich die SMG im Mai thematisch mit den Protagonisten Martin Luther und seinem Gegenspieler Kardinal Albrecht, um den rund 100.000 Besuchern die Bedeutung der Stadt Halle für die Reformation zu illustrieren. Auch hier wurden das Luther-Stück beworben und Kontakte zu neuen, würdigen Aufführungsorten für das Stück geknüpft.

Mit Blick auf 2017 lässt sich die Luther-Kampagne kaum refinanzieren. Einnahmen lassen sich kaum erzielen. Die Kampagne ist image-bildend und touristisch relevant. Das Finanzvolumen beträgt ca. 20.000 Euro, davon ca. 1.300 Euro an Einnahmen; dies entspricht einem Anteil von 6 Prozent.

Wassertourismus Saale

Auch die Aktivitäten zur Bewerbung Halles als wassertouristische Destination sind vor allem image-bildend – bei einem Ausgabevolumen von ca. 16.000 Euro und Einnahmen von 1.000 Euro. Ziel der SMG ist es, die Entwicklungsphase eines touristischen Angebotes auf der Saale finanziell zu deckeln, um gemeinsam mit der Stadtverwaltung, Leistungsträgern aus der Wirtschaft und der Region weiter an der städteplanerischen Infrastruktur und an der Stärkung des Saaleraums zu arbeiten.

Hanse

Das Hanse-Jahr 2013 startete mit der Neuauflage der Hanse-Broschüre (Auflage: 10.000; Format DIN A5) für Internationale Hansestage und regionale Hansefeste. Diese 20-seitige Broschüre spannt den geschichtlichen Bogen zwischen der früheren Hansestadt und der der Händelstadt Halle. Auf dem Internationalen Hansestag in Herford, zum Hansefest in Salzwedel sowie zum Salzmarkt in Löbnitz warb die SMG in Kooperation mit dem Halleschen Salinemuseum e.V. und der Landsberger Brauerei mit halleschen Salzprodukten und dem Halleschen Hansebiert.

Beim 33. Internationalen Hansetag in Herford stieß die ca. 50 Quadratmeter große hallesaale*-Lounge auf große Aufmerksamkeit. Die gigantische Veranstaltung beeindruckte mit einer Rekordbeteiligung von 132 Hansestädten, ca. 280.000 Besuchern und 2.000 Teilnehmern aus Delegationen und Kulturgruppen – davon ca. 100 Teilnehmer aus Halle (Saale) – an vier Veranstaltungstagen. Die Besucher hatten in der hallesaale*-Lounge Gelegenheit, die müden Füße in einem Fußbad mit „Halore Badesalz“ zu erfrischen. 30 Prozent der Hanseaktivitäten wurden refinanziert.

Die Stadt Herford dankte der Stadt Halle deren Engagement in der Hanse mit einer Spendensammlung für die Flutopfer, die der Organisator des Internationalen Hansetages, der stv. Bürgermeister und Stadtkämmerer von Herford, Hanspräsidiumsmitglied Manfred Schürkamp, zusammen mit einer sechsköpfigen Herforder Delegation am 11. Juli 2013 in Halle überreichte.

Mediale Begleitung des Laternenfestes

Eine Anti-Mücken-Kampagne nach dem Hochwasser diente zum Laternenfest zur Ermunterung der Besucher, an die Saale zu kommen. Zum Laternenfest konnten sich Interessierte unter den ca. 170.000 Besuchern an einer Mücken-Schutz-Station in der hallesaale*-Lounge mit Ballistol-Proben und wirksamen Hausmitteln der Landsberger Kräuterhexe eindecken.

Wie die Jahre zuvor fungierte die hallesaale*-Lounge als Info-Punkt und bot Raum und Ruhe, um sich in Liegestühlen zu entspannen. Die zum Laternenfest üblichen SMG-Licht-Aktionen wie das „Lightwriting“ sorgten abermals für emotionale Momente. Für die Kampagne und das Laternenfest wurde überregional mit 1.000 Plakaten, Anzeigen, einer Sondersendung auf TV-Halle und 30.000 Programmheften in ganz Mitteldeutschland geworben. Das Projekt konnte bei Projektkosten von 25.000 Euro mit 40 Prozent gegenfinanziert werden.

Besucherbefragung zu Händel-Festspielen in Kooperation mit der Stiftung Händel-Haus

Regelmäßige Besucherbefragungen sind Voraussetzung für künftige Media-Planungen der SMG und helfen bei der Ermittlung der Effizienz der veranlassten Marketingmaßnahmen. Hilfreich sind hier vor allem auch Daten aus kulturellen Einrichtungen, temporäre Untersuchungen zu Ausstellungen etc. Die SMG wird diese Daten in ihrem Haus bündeln und auswerten.

Um die Gäste der Händel-Festspiele und deren Gewohnheiten besser kennenzulernen, erarbeiteten SMG, Stiftung Händel-Haus sowie die studentische Unternehmensberatung Campus Contact Halle e.V. eine Besucherbefragung zu den Händel-Festspielen 2013 mit 13 Fragen zu demografischen Merkmalen, Alter, Aufenthaltsgrund, Übernachtungs- und Freizeitverhalten, Verweildauer sowie Einschätzungen über Halle und die Festspiele. Die Befragung gibt Aufschluss darüber, welche Freizeitaktivitäten wie Stadtführungen, Museums-, Theater- oder Restaurantbesuche die Gäste am Rande des Festivals planen. Wenn die Umsetzung der Besucherbefragung auch auf 2014 verschoben werden musste, so ist ein Teil der Projektkosten für die Erstellung des Fragebogens aber bereits im laufenden Jahr angefallen.

Weihnachtsmarkt

Finni & Rudi bleiben die Dauerbrenner im Weihnachtssortiment. Nach 16 von 29 Tagen Weihnachtsmarkt war die die beiden Rentiere zeigende 2013er Auflage von 26.250 Weihnachtsmarkttassen nahezu ausverkauft, so dass die SMG mit Resttassen der Vorjahre aufstocken musste.

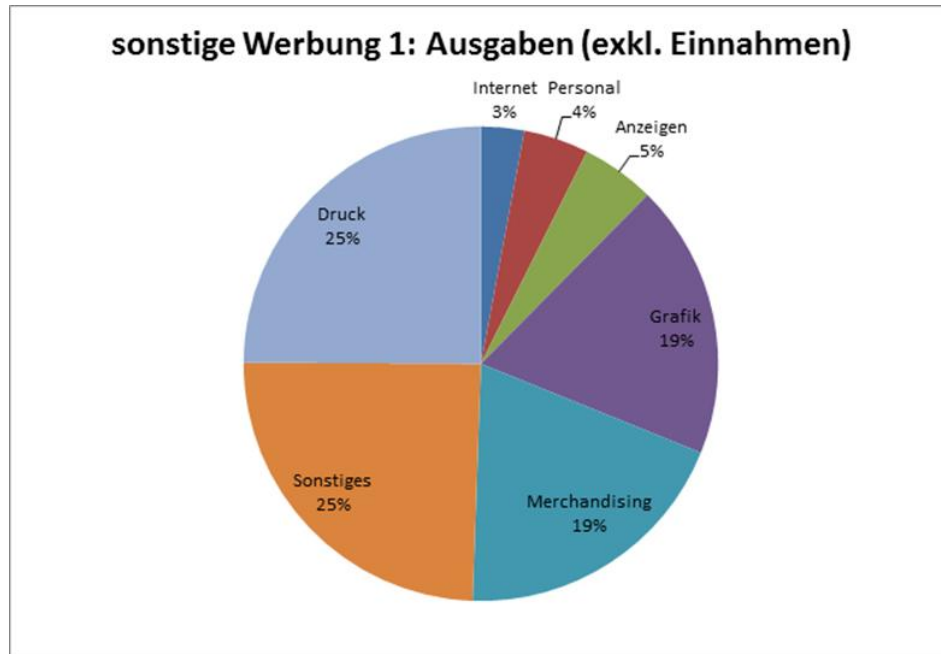
Die nunmehr dreijährige Kooperation mit der Bäckerei Schäfer's wurde weiter ausgebaut. Neben den gemeinsam kreierten Finni- & Rudi-Lebkuchenherzen in Zartbitter und Vollmilch warben Finni & Rudi auf 500.000 Brötchen- und Brötchen landesweit mit QR-Code für einen Besuch auf dem Halleschen Weihnachtsmarkt. Mittlerweile erzielen alle Maßnahmen rund um den Weihnachtsmarkt einen Erlösanteil von 67 Prozent.

Sonstige Werbung

Unter „Sonstige Werbung“ werden alle Aktivitäten verbucht, die sich keinem konkreten Projekt zuordnen lassen, sondern dem Zweck der Image-Profilierung der Stadt Halle und der Bewerbung der touristischen Services dienen. Hierzu zählen vor allem Printprodukte. Von den insgesamt 158.664,52 Euro Ausgaben für derlei Werbemaßnahmen kommen 82.177,03 Euro der Tourismuswerbung zugute. Der Erlös lässt sich nicht direkt messen, sondern spiegelt sich in den Touristenzahlen in Halle und der Region. Mit dem Rest-Budget werden Markenpflege, Image-Kampagnen, Anzeigen, Online-Werbung, Betreuung von Journalisten sowie Famtrips mit Reisejournalisten forciert.

Eine Verschiebung der Mitteleinsätze von Printprodukten (Druck) zu Online-Werbung (Internet) wird in den kommenden Jahren merklich zunehmen.

Das Verhältnis eingeworbener Mittel an den Ausgaben konstant zu halten, wird angesichts der stetig steigenden Zahl an Projekten immer schwerer. Jedes neue Projekt muss mit der Einwerbung von Fremdmitteln untermetzt werden. Dies ist mit dem bestehenden drei- bis vierköpfigen Marketing-Personal respektive in der verfügbaren Zeit nicht zu leisten. Eine Zwischenlösung besteht zunehmend darin, Projekte an externes Personal bzw. Agenturen zu übertragen. Gleichwohl hat die SMG den Anspruch, die Kampagnensteuerung und sämtliche Kreativleistungen bei der Umsetzung der Projekte innerhalb der SMG zu belassen, zumal das Outsourcing von Projekten nicht automatisch zu höheren Einnahmen führt.

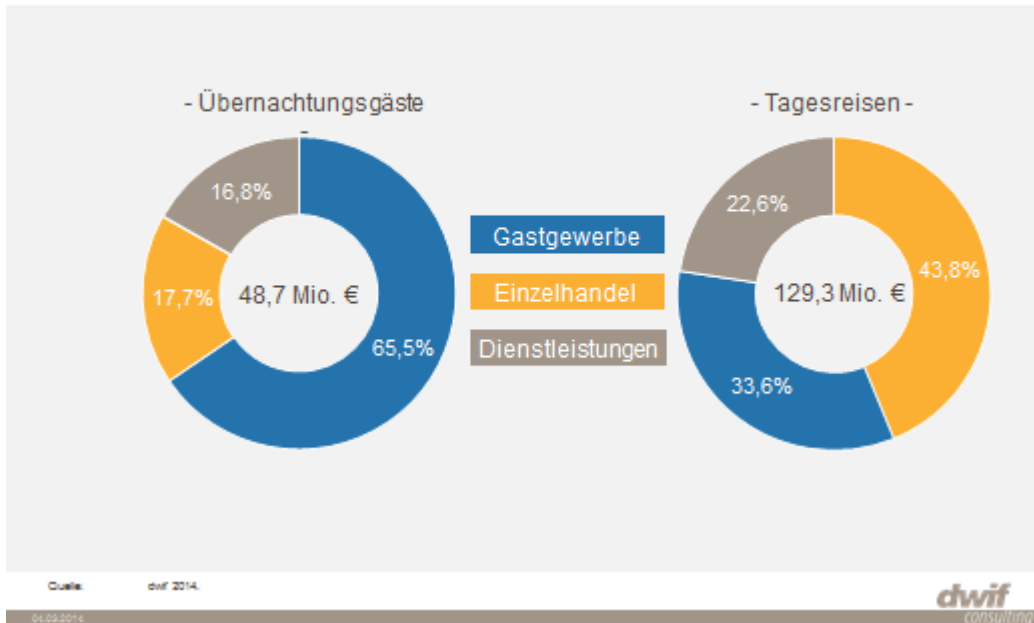


Ausblick auf das Jahr 2014

Die Wertschöpfung aus Wissenschaft und Tourismus ist für die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH das Maß aller Dinge. Wenn es dazu eines Beweises bedurfte, so haben ihn 2013 die Studie der Arbeitsgruppe Sozialgeographie der MLU sowie die 2014 erschienene Studie „Wirtschaftsfaktor Tourismus für die Stadt Halle“ der Münchner dwif-Consulting GmbH geliefert.

Die Arbeitsgruppe Sozialgeographie der MLU unter der Leitung von Prof. Klaus Friedrich sieht in der MLU mit deren Aufgaben in Forschung und Lehre sowie mit dem damit verbundenen Innovationstransfer „einen maßgeblichen Wirtschafts- und Beschäftigungsmotor in Sachsen-Anhalt“ und beziffert die durch die Universität ausgelösten Gesamtausgaben im Jahr 2010 auf ca. 506 Mio. Euro.

Direkte Profiteure des Tourismus in Halle (Saale) Übernachtungsgäste versus Tagesreisen

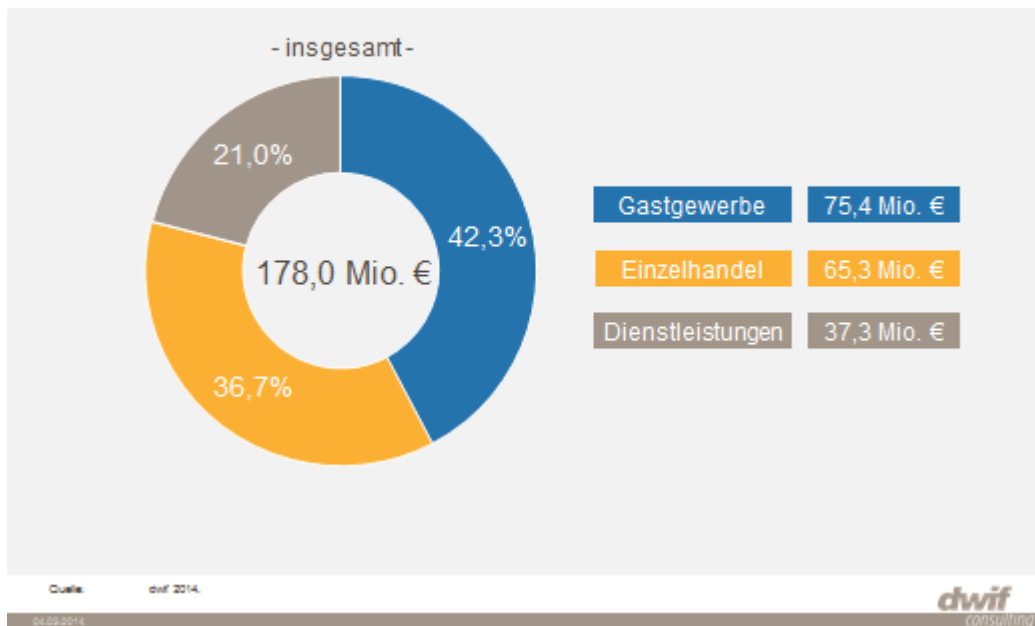


Die Studie „Wirtschaftsfaktor Tourismus für die Stadt Halle“ wiederum summiert die Brutto-Wertschöpfung des Tourismus in Halle in 2012 bei 357.000 Besuchern auf stattliche 178 Mio. Euro. Jeder einzelne Übernachtungsgast eines Hotels, einer Pension oder Jugendherberge in Halle gab im Jahr 2012 im Schnitt 139 Euro am Tag aus. Von den 178 Mio. Euro Brutto-Umsatz entfielen 129,3 Mio. auf Tagesreisende (ohne Übernachtung), 48 Mio. auf Übernachtungsgäste in gewerblichen Betrieben sowie 0,7 Millionen Euro auf Privatvermieter, Touristkamping und Reisemobil-Touristen.

Während sich die 48,7 Mio. Euro Umsatz der Übernachtungsgäste 2012 erwartungsgemäß zu zwei Dritteln (31,90 Mio. Euro) auf das Gastgewerbe, mit 17,7 % (8,62 Mio. Euro) auf den Einzelhandel sowie mit 16,8 % (8,18 Mio. Euro) auf Dienstleistungen wie z. B. Konzerte, Museen oder Freizeitangebote verteilten, sah es bei den Tagesreisenden – dem Gros der Touristen – anders aus: Deren 129,3 Mio. Euro Umsatz kamen mit 43,8 % (56,63 Mio. Euro) vor allem dem Einzelhandel zugute, 33,6 % (43,44 Mio. Euro) dem Gastgewerbe sowie 22,6 % (29,22 Mio. Euro) den Dienstleistungen.

Summa summarum profitiert das Gastgewerbe mit 42,3 % (75,4 Mio. Brutto-Umsatz), der Einzelhandel mit 36,7 % (65,3 Mio. Euro Brutto-Umsatz) sowie die Dienstleistungen mit 21,0 % (37,3 Mio. Euro Brutto-Umsatz) von touristischen Tagesreisenden und Übernachtungsgästen.

Direkte Profiteure des Tourismus in Halle (Saale) insgesamt



Sofern die Stadt Halle (Saale) also jährliche touristische Zuwächse – wie selbst im Hochwasserjahr 2013 – von 3 Prozent verbucht, bedeutet dies eine zusätzliche touristische Wertschöpfung für Beherbergungsbetriebe, Gastronomie, Einzelhandel und Dienstleistungen von 5,34 Mio. Euro. Hinzu kommen die Effekte der Rekordauslastung der MLU mit mehr als 20.000 Studenten.

Nachdem die Dachmarke der Stadt Halle (Saale) gebaut, die Markensäulen und Vertriebsplattformen entwickelt sowie mit Reise-Arrangements unternetzt sind, ist die von den SMG-Gesellschaftern und der Geschäftsführung angestrebte Fokussierung auf die drei Kernbereiche (1) Bekanntheit (Profilierung der Händelstadt Halle im bundesdeutschen und internationalen Bewusstsein), (2) Tourismusförderung und (3) Wissenschafts-Marketing das Gebot der Stunde und von essentieller wirtschaftlicher Bedeutung – auch und gerade für den darbenenden Einzelhandel. Standort-, Event- und City-Marketing dürfen daher – auch im Lichte der jetzigen Finanz- und Personalausstattung der SMG – nicht prioritäre Aufgaben der SMG sein.

Die SMG hat auch 2013 solide gewirtschaftet, die bundesweite Presseberichterstattung, die touristischen Übernachtungszahlen trotz kaltem Frühjahr und Sommerhochwasser gegen den Landes- und Städtetrend in Sachsen-Anhalt um 3 Prozent sowie die eigenen Erlöse gerade in der Gruppentouristik gesteigert. Trotzdem gestalten sich der nationale und internationale Image-Aufbau der Händelstadt Halle vor dem Hintergrund immer kostspieligerer Stadtwerbung, Druckerzeugnisse und Werbung bei identischem institutionellem Zuschuss immer schwieriger.

Umso wichtiger sind die stetige Optimierung der Vertriebs- und Partnernetzwerke, die aktive Ansprache von Reiseveranstaltern, Journalisten, Unternehmen und Verbänden sowie die offensive Studenten-Akquise. Was die Partner- und Vertriebsnetzwerke betrifft, so konnte die SMG 2013 mehrere wesentliche Erfolge verbuchen. So wurde die SMG in die Kernarbeitsgruppe des Landesmarketings, den Marketing-Ausschuss der Investitions- und Marketinggesellschaft Sachsen-Anhalt GmbH (IMG), in den UNESCO-Welterbe-Ausschuss der IMG, den Beirat „Zeitgenössische Kunst in Sachsen-Anhalt“ der IMG sowie in das Partnernetzwerk „Wege zu Luther“ aufgenommen.

Zur aktiven Akquise von Reiseveranstaltern besuchten Touristiker der SMG mit Kooperationspartnern wie halleschen Hotels, den Kulturpartnern „Kulturhauptide“, dem Städtenetzwerk „Stadtsprung“ oder der Deutschen Zentrale für Tourismus mit 15 Reisemessen so viele wie noch nie.

Auch die Kooperationen mit Airlines des Flughafens Leipzig-Halle wie mit Darwin Airline, Turkish-Airline und Germania wurden ausgebaut.

Aber auch die Hallenser müssen von der Stadt Halle (Saale) und der SMG immer wieder motiviert werden, Botschafter für ihre Stadt Halle zu sein.

Chancen und Risiken 2013

Alle Jahre wieder regt sich in einzelnen Stadtratsfraktionen der Wunsch nach einer stärkeren politischen Mitsprache in der SMG und nach Vorschlägen der Verwaltung, wie diese zu realisieren sei. Hierzu hat der Oberbürgermeister mit dem „Public-Corporate-Governance-Kodex der Stadt Halle (Saale)“ das Angebot gemacht, alle strategischen Entscheidungen des Vertreters/der Vertreterin des Hauptgesellschafters (Stadt Halle) in der SMG-Gesellschafterversammlung unter den Vorbehalt der Zustimmung des Stadtrates zu stellen.

Außerdem regt die SMG eine Wiederbelebung und Aufwertung des Fachforums oder Fachbeirats Politik an, der Empfehlungen an die Gesellschafter formuliert.

Nachgerade kontraproduktiv indessen wäre es, die Axt an die Wurzeln des Gesellschaftervertrages aus dem Jahr 2003 zu legen. Nicht nur gewährleistet die vornehme Zurückhaltung der Politik seit Gründung der SMG die ideale Beteiligung vieler stadtrelevanter Akteure an der Gesellschafterstruktur der SMG [Stadt Halle (Saale) /55 Prozent), Förderverein Pro Halle e.V. (25 Prozent), Förderverein Region Halle e.V. (10 Prozent), City-Gemeinschaft e.V. (5 Prozent) sowie MLU (5 Prozent)]; vielmehr ist das Engagement von insgesamt 250 über die Gesellschafter an der SMG beteiligter Unternehmen vor allem zeitlich aufwändiger und finanziell projektbezogener Natur.

Bei Erlösen aus projektbezogenen Maßnahmen von 122.200 Euro sowie sonstigen Werbeeinnahmen von rund 29.700 Euro im Jahr 2013 sollte projektbezogenes Engagement aus Wirtschaft und Wissenschaft nicht gering geschätzt werden. Über die Referenzen unserer Gesellschafter entstehen neue Partnernetzwerke, der Gesellschafterstatus der MLU trägt uns internationale Anerkennung, ein bundesweites Alleinstellungsmerkmal und viele erfolgreiche gemeinsame Projekte ein, die der Budget- und Standortsicherung der MLU, der Einwohnerzahl, der touristischen Wertschöpfung und dem studentischen Flair der Stadt Halle (Saale) dienen.

Eine strukturelle Neuordnung der SMG würde deshalb größte Risiken bergen, da ein Ausscheiden der Fördervereine oder Händlergemeinschaften mit deren 250 beteiligten Unternehmen die Folge wäre, die eigens zur Unterstützung der SMG gegründet wurden; oder auch das Ausscheiden der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, welches a) einen finanziellen, b) einen ideellen Schaden und c) den Wegfall eines bundesweiten Alleinstellungsmerkmals und beträchtlicher Projektmittel zur Folge hätte.

Der Weitblick des halleschen Stadtrates, mit der SMG eine städtische Beteiligungsgesellschaft zu gründen, die in ihrer strategischen Ausrichtung auch (vorbehaltlich des Stadtratsbeschlusses) durch Wirtschaft, Tourismus und Wissenschaft geprägt wird, hat dem Stadtrat 2003 bis 2014 gerade jenen Respekt eingetragen, der etwa in der Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing Deutschland (bcSD) noch heute mit der Stadt Halle (Saale) verbunden wird.

Die SMG und die Stadt Halle (Saale) brauchen nichts dringlicher, als im Verbund mit halleschen Wirtschaftsunternehmen, den Stiftungen, der Wissenschaft, aber auch mit dem Stadtrat immer stärkere Netzwerke und Marken zu entwickeln.

TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	Sitz der Geschäftsführung:	Postanschrift:	
Anschrift:	Heinrich-Damerow-Straße 3 06120 Halle (Saale)	Weinbergweg 23 06120 Halle (Saale)	
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	26		
Gesellschafter:			
		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	16	60,00
	Saalesparkasse	5	20,00
	envia Mitteldeutsche Energie AG	4	15,00
	Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau	1	5,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft ist es, in der Region Halle Hilfestellung im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Leistungsfähigkeit, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen und deren Gründung, zu fördern und den Arbeitsmarkt nachhaltig zu sichern.
- (2) Kleinen und mittleren Unternehmen vermittelt die Gesellschaft zur Stärkung der Leistungsfähigkeit sowie zur Sicherung und zum Ausbau von Arbeitsplätzen Beratungsdienste in den Bereichen Technologietransfer und Innovation, der Qualifizierung auf dem Gebiet neuer Technologien sowie Personal- und Informationstransfer.
- (3) In Ergänzung ihrer Dienstleistungen und zur Ausnutzung der vorhandenen Kenntnisse führt die Gesellschaft Projekte, z.B. aus den Bereichen Technologietransfer, Informationsvermittlung durch.
- (4) Die Gesellschaft kann Beratungsfelder Dritten übertragen. Die Übertragung bedarf einer vertraglichen Vereinbarung.
- (5) Die Beratung und Förderung führt die Gesellschaft in Zusammenarbeit mit den Hochschulen und Universitäten sowie ihren Technologieberatungsstellen, mit den Kammern, Gewerkschaften und Verbänden durch. Ferner arbeitet die Gesellschaft mit Unternehmen und Gesellschaften, welche sich die Bereitstellung von Beteiligungskapital zur nachhaltigen Förderung von Innovation zum Ziel gesetzt haben, zusammen.
- (6) Nach Bedarf und sofern es die Belange des TGZ Halle rechtfertigen, kann sich die Gesellschaft auch an Unternehmen und Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Region Halle beteiligen.

Öffentlicher Zweck:

Ausgehend vom Gegenstand des Unternehmens ist der öffentliche Zweck in der Wirtschaftsförderung, Arbeitsplatz- und Standortsicherung zu sehen.

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2013 erfolgt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:

Noll, Sabine
Prof. Dr. Lukas, Wolfgang (bis 31.12.2013)

Aufsichtsrat:

Vorsitzender Dr. Wiegand, Bernd
stellv. Vorsitzende Schröder, Barbara
Brückner, Joachim (seit 01.06.2013)
Dr. Bergner, Annegret
Dr. Brockmeier, Thomas (bis 28.02.2013)
Dr. Eismann, Wolfgang (bis 31.05.2013)
Dr. Sitte, Petra
Felke, Thomas
Schröter, Reinhard (seit 01.03.2013)

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	7	6	7

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

	2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	30.979	91	33.808	95	34.394	92	-2.829	-8
Umlaufvermögen	3.143	9	1.920	5	3.051	8	1.223	64
Rechnungsabgrenzungsposten	37	0	19	0	24	0	18	95

Bilanzsumme

34.159	100	35.747	100	37.469	100	-1.588	-4
--------	-----	--------	-----	--------	-----	--------	----

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	14.405	42	14.289	40	14.156	38	116	1
Sonderposten für Investitionszulagen	18.850	55	20.612	58	22.577	60	-1.762	-9
Rückstellungen	503	2	416	1	410	1	87	21
Verbindlichkeiten	400	1	426	1	325	1	-26	-6
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	4	0	1	0	-3	-75

Bilanzsumme

34.159	100	35.747	100	37.469	100	-1.588	-4
--------	-----	--------	-----	--------	-----	--------	----

bb) GuV

	2013	2012	2011
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.996	3.927	3.695
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	75	138	138
sonstige betriebliche Erträge	135	119	186
Personalaufwand	513	513	519
Abschreibungen	595	621	624
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.978	2.926	2.870
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	32	39	38
Zinsen und ähnliche Aufwendungen			0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	152	163	44
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	36	30	6
sonstige Steuern	0	0	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	116	133	37
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	116	133	37
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,90	3,38	1,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,81	0,93	0,26	%
Cash-Flow:	711	754	662	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	841	837	670	T€
Personalaufwandsquote:	12,18	12,26	12,91	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	86,30	88,98	91,79	%
Eigenkapitalquote:	42,17	39,97	37,78	%
Fremdkapitalquote:	57,83	60,03	62,22	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Auslastung	98,60	98,20	99,68	%
vermietbare Fläche	16.723,00	16.723,00	16.723,00	m²

e) Lagebericht

- A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen
- B. Ertragslage
- C. Finanzlage
- D. Vermögenslage
- E. Nachtragsbericht
- F. Risikobericht
- G. Prognosebericht

A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

A.1 Gegenstand des Unternehmens

Der Gegenstand des Unternehmens ist es, in der Region Halle Hilfestellung im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Leistungsfähigkeit insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen und deren Gründung zu fördern und den Arbeitsmarkt nachhaltig zu sichern.

In diesem Rahmen werden z.B. in die TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH (im Folgenden TGZ Halle bezeichnet) aufgenommen, gefördert und beraten:

- technologisch hochqualifizierte Fachkräfte, die sich in der Wirtschaftsregion Halle selbstständig machen oder an der Gründung neuer Unternehmen beteiligen wollen,
- Absolventen der in der Region Halle ansässigen Hochschulen, die sich selbstständig machen oder an Unternehmensgründungen beteiligen wollen (besonders spin-off-Betriebe),

Die Gesellschaft wird jungen Unternehmen:

- Räume und Gemeinschaftseinrichtungen im TGZ Halle zur Verfügung stellen,
- Möglichkeiten einer intensiven fachlichen Zusammenarbeit mit ansässigen Hochschuleinrichtungen bieten und universitäre Leistungen vermitteln,
- öffentliche und private Beratungsmöglichkeiten anbieten,
- bei der Deckung des Finanzbedarfs Hilfen aus öffentlichen und privaten Quellen vermitteln.

Kleinen und mittleren Unternehmen vermittelt die Gesellschaft zur Stärkung der Leistungsfähigkeit sowie zur Sicherung und zum Ausbau von Arbeitsplätzen Beratungsdienste in den Bereichen Technologietransfer und Innovation, der Qualifizierung auf dem Gebiet neuer Technologien sowie Personal- und Informationstransfer.

In Ergänzung ihrer Dienstleistungen und zur Ausnutzung der vorhandenen Kenntnisse führt die Gesellschaft Projekte, z. B. in den Bereichen Technologietransfer und Informationsvermittlung durch.

Die Gesellschaft kann Beratungsfelder Dritten übertragen. Die Übertragung bedarf einer vertraglichen Vereinbarung.

Nach Bedarf und sofern es die Belange des TGZ Halle rechtfertigen, kann sich die Gesellschaft auch an Unternehmen und Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Region Halle beteiligen.

Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Der Gewinn der Gesellschaft darf nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten, da das TGZ in erster Linie wirtschaftsfördernd tätig ist.

A.2 Vermietung von Forschungsverfügungsgebäuden

Im Technologiepark¹⁾ „weinberg campus“ in Halle, in unmittelbarer Nähe zu Instituten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, zum Max-Planck-Institut und zur Fraunhofer-Gesellschaft, erwarb die TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH schrittweise 35.750 m² Bauland, auf dem bisher sechs Neubauten entstanden sind. Zudem wurde ein Altbau saniert.

Mit einem realisierten Investitionsvolumen von ca. 62,6 Mio. € wurden 16.900 m² Hauptnutzfläche geschaffen, die unterschiedlich genutzt werden können. Es werden Büroräume, Technikräume, S1- und S2 - Labore, Räume für die Tierhaltung und Reinräume für material- wissenschaftliche Untersuchungen und GMP angeboten. Der anfängliche Branchenmix der Nutzer war breit gestreut, von der Soft- und Hardwareentwicklung, Automatisierungstechnik, innovativen Ingenieurbüros für Technologieentwicklung, Ingenieurbüros für Bauwesen, Umwelttechnik, Messgeräteentwicklung, Medizintechnik bis hin zur Biotechnologie. Beginnend im Jahr 2000 und mit der Realisierung des BIO-NANO-Zentrums und dessen Eröffnung im Dezember 2006 erfolgte eine spezialisierte Ausrichtung auf die BIO- und NANO-Technologie, wobei sonstige Firmengründungen nicht vernachlässigt wurden. Insgesamt zeichnet sich aber auf dem „weinberg campus“ in Halle eine biotechnologische/ biomedizinische und nanotechnologische Ausrichtung ab, die wesentlich getragen wird durch die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und die außeruniversitären Einrichtungen. Die Fraunhofer-Gesellschaft hat inzwischen zwei neue Gebäude auf dem weinberg campus errichtet, mit den Spezialisierungen Werkstoffmechanik im Jahre 2007 und der Spezialisierung Silizium Photovoltaik im Jahre 2013. Damit ergibt sich eine Möglichkeit der fachlichen Neuausrichtung für Ansiedlungen und Gründungen, insbesondere durch das Centrum für Silizium Photovoltaik. Aktuell ist jedoch eine rückläufige Tendenz bei Gründungen zu verzeichnen. Daher besteht der Arbeitsschwerpunkt zurzeit in der Bestandspflege.

Insgesamt ist das TGZ im Berichtsjahr im Durchschnitt mit ca. 96,8 % ausgelastet gewesen, wobei die Leerstandszeiten zur Generalinstandsetzung der Räumlichkeiten genutzt wurden. Zum Bilanzstichtag ist eine Auslastung von 98,6 % zu verzeichnen, wobei zu vermerken ist, dass außer einem alle bisherigen Seminarräume als Büroräume umgenutzt wurden und gegenwärtig dauervermietet sind. Insgesamt erfolgten im Geschäftsjahr zwei Existenzgründungen aus dem akademischen Bereich.

Im Rahmen der Fluthilfe wurde für die Metrix GmbH eine zeitweilige Lösung gefunden, um die Arbeitsfähigkeit dieser aufrecht zu erhalten.

Für das Berichtsjahr besteht weiterhin der Sachstand, dass durch das Protokoll des „Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie“ vom 9. Juli 2010, Punkt 2.5 die Verweildauer von Unternehmen in TGZ's neu spezifiziert wurde. Zusammengefasst wurde festgelegt, dass kleinen und mittleren Unternehmen die Räumlichkeiten in Technologiezentren über die vorgesehenen acht Jahre hinaus bereitgestellt werden können, wenn sichergestellt ist, (1) dass die Bereitstellung nach Ablauf der acht Jahre zu Marktpreisen erfolgt, (2) und dass andere kleine und mittlere Unternehmen keinen Bedarf an der Bereitstellung vergünstigter Räumlichkeiten haben.

Außerdem wurde durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt bestätigt, dass ein Herauswachsen eines Unternehmens aus dem KMU-Status für den Verbleib in einem TGZ nicht förderschädlich ist.

Die genannten Regelungen bildeten die Grundlage dafür, dass die Verhandlung über den Verkauf der Scil Proteins Production GmbH an einen neuen Investor überhaupt geführt werden konnte.

Ab November 2012 unterstützte die Geschäftsleitung der TGZ Halle GmbH das Unternehmen bei Gesprächen mit amerikanischen und deutschen Investoren in Bezug auf die Standortentscheidung für Halle und die Ausgestaltung eines neuen Mietnachtrages.

Dieser Nachtrag wurde im November 2013 zunächst durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt genehmigt und im Dezember 2013 mit der Scil Proteins Production GmbH geschlossen. Zum 02.01.2014 erfolgte die Übernahme des Unternehmens durch einen neuen Investor, der das Unternehmen am Standort Halle weiterentwickeln wird. Die beschriebenen Maßnahmen gewährleisteten die Stabilität der Scil Proteins Production GmbH und der entsprechenden Arbeitsplätze für die kommenden Jahre. Die Umstrukturierung der Scil Gruppe wird im Geschäftsjahr 2014 zu weiteren Verkaufsbemühungen für den Forschungsbereich, die Scil Proteins GmbH, führen. Aus diesem Grunde ist eine Fortführung des Unternehmens am Standort nicht gesichert. Die Geschäftsleitung wird alles daran setzen, die Standortentscheidung positiv zu beeinflussen und das Leerstandsrisiko zu minimieren.

¹⁾ EU-Definition für Technologiepark (technology park):

Ein Technologiepark ist eine Entwicklungsmaßnahme zur Ansiedlung von Unternehmen, die sich mit der kommerziellen Anwendung von Hochtechnologie beschäftigen und deren Tätigkeit FuE, Produktion, Vertrieb und Kundendienst umfasst. In der Betonung der Produktion liegt der Unterschied zu einem Wissenschaftspark bzw. Forschungspark. Die Einbeziehung von Hochschuleinrichtungen ist kein wesentliches Merkmal.

Die Mieterstruktur im TGZ und Bio-Zentrum Halle setzt sich wie folgt zusammen:

35 %	Biotechnologie,
15 %	Biomedizin,
11 %	Verfahrenstechnik,
7 %	Technologieentwicklung,
17 %	Nanotechnologie,
7 %	Softwareentwicklung,
4 %	Umwelttechnik,
1 %	Bioinformatik,
3 %	Querschnitts- und Servicebereiche.

A.3 Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation

Im TGZ Halle fanden im Geschäftsjahr 2013 wiederum zahlreiche Veranstaltungen zu Themen des Technologietransfers, der Biotechnologie, zu Datenbankenrecherchen und zu Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten für industrielle und wissenschaftliche Kooperationen auf europäischer Ebene statt.

Dies erfolgte im Wesentlichen durch PR-Aktivitäten auf nationalen und internationalen Messen, wie z. B. der BIO 2013 in Chicago und der BIO Europe in Mailand und Wien, die von den beteiligten kleinen und mittelständischen Unternehmen des Technologieparks zur Kooperationsanbahnung und Kontaktpflege genutzt wurden. Durch die Teilnahme an internationalen Kongressmessen und Foren leiten sich für die mittelständischen Unternehmen auf dem weinberg campus vielfältige Projekt- und Lieferbeziehungen ab.

Das Konzept „*weinberg campus*“ und die damit verbundene Marketingstrategie wurden zielgerichtet auf das Netzwerk ausgedehnt und erfolgreich national und international positioniert. Der *weinberg campus* e. V. hat inzwischen 110 Mitglieder, von Start-up-Unternehmen bis zu namhaften Einrichtungen, Umlandgemeinden und Einzelpersonlichkeiten.

Das gemeinsame Marketing soll weiterhin als Hauptzielrichtung bestehen bleiben und wird durch Förderer und Sponsoren unterstützt. Weiterhin wird gleichzeitig versucht, Einfluss auf die Entwicklung der städtischen Infrastruktur am Standort zu nehmen. Der Name „*weinberg campus*“ hat sich im regionalen, nationalen und internationalen Sprachgebrauch als Marke durchgesetzt.

Die TGZ Halle GmbH ist selbst verantwortlich für:

- die Akquisition von Finanzierungen für Firmen in den Gebäuden sowie in der Bio-Zentrum Halle GmbH,
- die Unterstützung des technologieorientierten Gründungsgeschehens, insbesondere auf den Gebieten der BIO-NANO-Technologien und angrenzender Gebiete,
- die Betreuung des Projektes "Ego-Pilot", wobei dieses zum 31.12.2013 beendet wurde. Der Verwendungsnachweis wird 2014 bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt eingereicht.

Weiterhin hat die TGZ Halle GmbH sich intensiv mit eingebracht in übergreifende Infrastruktur- und Marketingprojekte, wie z.B.:

- die Sanierung von Altbauten zur Nutzung als Boardinghaus,
- die Vermarktung von sanierungsfähigen Altbauten,
- die Techniklinie 5,
- das Konzept zur Nutzung der "Campus-Kirche"
- den Wettbewerb Exist-Gründungskultur: Die Gründerhochschule, inkl. Mitarbeit im
- Direktorium des Projektes,
- den Betrieb von Gründerwerkstätten Bio- und Nanotechnologien.

Die Projekte beziehen sich auf eingeworbene Projektmittel der Projektträger Verein Deutscher Ingenieure, Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsgemeinschaften, Investitionsbank Sachsen-Anhalt u. ä., die in der Regel nur wissenschaftlich-technische Projekte begleiten. Dabei ist in den letzten Jahren ein stetiges Absinken der Projektmittel zu verzeichnen. Jedoch ist gegenwärtig bedingt sowohl durch die Förderrichtlinien als auch durch die am Standort parallel laufenden Projekte Univations und Scidea nicht mit erhöhten Einnahmen zu rechnen, eher mit einem weiteren Absinken. Außerdem wird mittelfristig (ab 2015) auch damit zu rechnen sein, dass Projektmittel vorrangig an Einrichtungen vergeben werden, die die Kriterien von kleinen und mittelständischen Unternehmen erfüllen. Dies trifft für die TGZ Halle GmbH nicht zu, wodurch nur noch nicht geförderte Wirtschaftsverträge abgeschlossen werden können.

Die Kooperationsvereinbarung mit dem Univations Institut für Wissens- und Technologietransfer an der Martin-Luther-Universität wird auf Grund der neuen Förderperiode im Laufe des Jahres 2014 inhaltlich neu gestaltet.

A.4 Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr

Die gesamtwirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland für mittelständische Unternehmen hat sich stabilisiert, wobei speziell in der BIO-NANO-Branche und angrenzenden Gebieten die Finanzierung von Unternehmen sowohl bei Gründungen als auch in der Bestandspflege mit einem höheren Risiko behaftet und damit schwieriger ist. Das Land Sachsen-Anhalt hat wiederholt Förderungen in Frage gestellt, so dass es auch künftig schwierig sein wird, sich gegen die Konkurrenz in den anderen Bundesländern wie z. B. Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern aber auch Baden-Württemberg und Bayern beim Standortranking zu behaupten. Spezielle Kaltmietförderungen oder Betriebskostenzuschüsse in diesen Ländern durch die Landesregierungen oder die Träger der Einrichtungen führen zu einer extremen Wettbewerbsverzerrung.

In diesem Unternehmensumfeld hatte für die TGZ Halle GmbH die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen erste Priorität. Zudem bestand die Notwendigkeit, für die frei gewordenen bzw. neu geschaffenen Flächen Start-ups bzw. neue Mieter zu akquirieren. Dies gestaltet sich immer schwieriger, da es ein gravierendes Überangebot an Gewerbeflächen gibt und die Mieter immer mehr mit Lockangeboten umworben werden. Der derzeitige Mietzins konnte im Jahr 2013 noch beibehalten werden, obwohl höhere zusätzliche nicht vergütete Aufwendungen sowohl im Dienstleistungssektor als auch durch die Übernahme von nicht vorgesehenen Instandsetzungen und Schönheitsreparaturen entstanden. Durch den Auszug einer Firma und einer Projektgruppe aus dem TGZ I (ca. 410 m² Fläche) waren im Berichtsjahr erhebliche zusätzliche Instandhaltungskosten notwendig, um diese Flächen erfolgreich vermarkten zu können. Zum Bilanzstichtag waren im TGZ I durch diese Maßnahmen aber wieder 99 % der Hauptnutzfläche vermietet.

Weiterhin nahmen die Akquisition und speziell die nutzerspezifische Ausrichtung einen großen Anteil der Geschäftstätigkeit ein.

Durch erhöhte Aufwendungen bei der Akquisition und die Übernahme von notwendigen Renovierungs- und Umbauarbeiten für die Nutzer konnte aber erreicht werden, dass die Gebäude zu 98,6 % zum Bilanzstichtag ausgelastet sind.

A.5 Bericht über den Fortgang der Investitionstätigkeit

Momentan sind keine weiteren Investitionen geplant, die zu einer Erweiterung der Hauptnutzfläche des TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH führen.

B. Ertragslage

Die Ertragslage (in T-€) der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
+ Mieteinnahmen / Nebenkosten	3.621	86,1%	3.484	83,3%	137	3,9%
+ Einnahmen Projektleistungen	331	7,9%	341	8,2%	-10	-2,9%
+ sonstige Dienstleistungen	44	1,0%	102	2,4%	-58	-56,9%
+ = UMSATZERLÖSE	3.996	95,0%	3.927	93,9%	69	1,8%
+ BESTANDSERHÖHUNG	75	1,8%	138	3,4%	-63	-45,7%
+ SONST. BETRIEBL. ERTRÄGE	135	3,2%	119	2,8%	16	13,4%
= BETRIEBSLEISTUNG	4.206	100,0%	4.184	100,0%	22	0,5%
+ Personalkosten	513	12,2%	513	12,3%	0	0,0%
+ Abschreibungen	2.356	56,0%	2.587	61,8%	-231	-8,9%
+ planmäßige Auflösung der Rücklagen für Investitionszuschüsse	-1.761	-41,9%	-1.966	-47,0%	205	-10,4%
+ = ABSCHREIBUNGEN UND AUFL. VON SONDERPOSTEN	595	14,1%	621	14,8%	-26	-4,2%
+ Raumkosten / Grundstücksaufwand	2.382	56,6%	2.276	54,4%	106	4,7%
+ Versicherungen / Beiträge	25	0,6%	26	0,6%	-1	-3,8%
+ Reparaturen / Instandhaltungen	292	6,9%	281	6,7%	11	3,9%
+ Kosten des Fuhrparks	37	0,9%	30	0,7%	7	23,3%
+ Werbe- und Reisekosten	57	1,4%	94	2,2%	-37	-39,4%
+ sonstige Kosten	185	4,4%	218	5,2%	-33	-15,1%
+ = SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	2.978	70,8%	2.925	69,9%	53	1,8%
- = BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	4.086	97,1%	4.059	97,0%	27	0,7%
= BETRIEBSERGEBNIS	120	2,9%	125	3,0%	-5	-4,0%
+ SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE	32	100,0%	39	100,0%	-7	-17,9%
= FINANZERGEBNIS	32	100,0%	39	100,0%	-7	-17,9%
= ERGEBNIS VOR STEUERN	(152)	(3,6%)	(164)	(3,9%)	-(12)	-(7,3%)
+ STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	36	23,7%	30	18,3%	6	20,0%
+ SONSTIGE STEUERN	0	0,0%	1	0,6%	-1	-100,0%
- = STEUERERGEBNIS	36	23,7%	31	18,9%	5	16,1%
= JAHRESÜBERSCHUSS	116	2,8%	133	3,2%	-17	-12,8%

Die **Betriebsleistung** der Gesellschaft hat sich gegenüber 2012 um 22 T-€ (= +0,5 %) auf 4.206 T-€ erhöht. Diese Steigerung resultiert im Wesentlichen aus der Erhöhung der Mieteinnahmen und Mietnebenkosten (+137 T-€) insbesondere durch die im Berichtsjahr weiter gestiegenen Energiekosten. Die Einnahmen aus Projektleistungen verminderten sich leicht um 10 T-€, die Einnahmen aus sonstigen Dienstleistungen verminderten sich im Vorjahresvergleich um 58 T-€ auf nunmehr 44 T-€. Die Bestandserhöhung an nicht abgerechneten Leistungen (EVH) verminderte sich im Vorjahresvergleich um 63 T-€ und betrug noch 75 T-€. Die Bestandserhöhung liegt ebenfalls insbesondere an den weiter gestiegenen Energiekosten. Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 16 T-€ auf nunmehr 135 T-€.

Die **Personalkosten** blieben gegenüber dem Vorjahr unverändert bei 513 T-€.

Bei den **Abschreibungen auf Sachanlagen** handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 2.356 T-€ (Vorjahr: 2.587 T-€). Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** verminderten sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund der im Verhältnis zur Abschreibung analogen Auflösung erheblich um 205 T-€ auf 1.761 T-€.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** wurden im Berichtsjahr um einen Betrag von 53 T-€ (+1,8%) auf 2.978 T-€ erhöht. Zunahmen gab es bei den Raumkosten (+106 T-€), den Instandhaltungskosten (+11 T-€) und den Kosten des Fuhrparks (+7 T-€). Verminderungen gab es bei den Versicherungen/Beiträgen (-1 T-€), den Werbe- und Reisekosten (-37 T-€) und den sonstigen Kosten (-33 T-€).

Das **Betriebsergebnis** hat sich im Vergleich zu 2012 um 5 T-€ auf 120 T-€ vermindert.

Das **Finanzergebnis** hat gegenüber dem Vorjahr um 7 T-€ abgenommen.

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** haben sich gegenüber dem Vorjahr um 6 T-€ auf 36 T-€ erhöht, die **Sonstigen Steuern** blieben nahezu unverändert.

Der **Jahresüberschuss** beträgt 116 T-€ und liegt damit um 17 T-€ unter dem Vorjahr.

C. Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements der Gesellschaft ist es, die jederzeitige Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, also die Fähigkeit die bestehenden und künftigen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Ferner sollte Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikinstandhaltung vorhanden sein.

Zu diesem Zweck hält die Gesellschaft liquide Mittel bereit, die zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres rund 2.695 T-€ betragen. Aufgrund Umschichtungen aus dem Finanzanlagevermögen und dem Mittelzufluss aus dem Geschäftsbetrieb im Laufe des Jahres 2013 haben sich die liquiden Mittel um rund 1.287,4 T-€ erhöht.

Die Kapitalstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich dabei wie folgt dar:

	Bilanz zum 31.12.2013		Bilanz zum 31.12.2012		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	14.404,6	42,1	14.288,6	40,0	116,0	0,8
Sonderposten mit Rücklageanteil	18.850,2	55,2	20.611,7	57,7	-1.761,5	-8,5
Rückstellungen	503,2	1,5	416,5	1,2	86,7	20,8
Erhaltene Anzahlungen	22,6	0,1	0,0	0,0	22,6	0,0
Lieferverbindlichkeiten	299,9	0,9	316,9	0,9	-17,0	-5,4
Sonstige Verbindlichkeiten	77,5	0,2	108,9	0,3	-31,4	-28,8
Summe Verbindlichkeiten	400,0	1,2	425,8	1,2	-25,8	-6,2
Rechnungsabgrenzungsposten	1,2	0,0	4,6	0,0	-3,4	-73,9
Summe Passiva=Gesamtkapital	34.159,2	100,0	35.747,2	100,0	-1.588,0	-4,4

D. Vermögenslage

Die Vermögensstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

	Bilanz zum 31.12.2013		Bilanz zum 31.12.2012		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Sachanlagen	29.479,0	86,3	31.807,8	89,0	-2.328,8	-7,3
Finanzanlagen	1.500,0	4,4	2.000,0	5,6	-500,0	-25,0
Summe Anlagevermögen	30.979,0	90,7	33.807,8	94,6	-2.828,8	-8,4
Vorräte	0,0	0,0	74,6	0,2	-74,6	-100,0
Forderungen	68,7	0,2	41,1	0,1	27,6	67,0
Sonstige Vermögensgegenstände	379,2	1,1	396,5	1,1	-17,3	-4,4
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten, Wertpapiere	2.695,1	7,9	1.407,7	3,9	1.287,4	91,5
Summe Umlaufvermögen	3.143,0	9,2	1.919,9	5,3	1.223,1	63,7
Rechnungsabgrenzungsposten	37,2	0,1	19,5	0,1	17,7	90,8
Summe Aktiva=Gesamtvermögen	34.159,2	100,0	35.747,2	100,0	-1.588,0	-4,4

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1.588,0 T-€ (= -4,4 %) auf 34.159,2 T-€ vermindert. Diese Verminderung resultiert maßgeblich aus der Verminderung der Sachanlagen (-2.328,8 T-€), der Finanzanlagen (-500 T-€), der nicht abgerechneten Nebenkosten (-74,6 T-€) und der sonstigen Vermögensgegenstände (-17,3 T-€). Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+27,6 T-€), die flüssigen Mittel (+1.287,4 T-€) und die Rechnungsabgrenzungsposten (+17,7 T-€) haben sich dagegen erhöht.

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr von 94,6 % auf 90,7 % vermindert.

Bei den mit den Abgängen saldierten Investitionen und Einlagen der Gesellschaft in Höhe von 27,8 T-€ und Abschreibungen in Höhe von 2.356,6 T-€ hat sich das **Sachanlagevermögen** mit immateriellen Vermögensgegenständen zusammen auf einen Betrag von 29.479,0 T-€ (-2.328,8 T-€) vermindert.

Aufgrund Vermögensumschichtungen von längerfristigen zu kurzfristigen Geldanlagen hat sich das **Finanzanlagevermögen** um 500,0 T-€ vermindert.

Das **mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich im Vorjahresvergleich in absoluter Höhe um 1.223,1 T-€ erhöht, der verhältnismäßige Anteil am Gesamtvermögen erhöhte sich dadurch auf 9,2% gegenüber 5,3% im Vorjahr.

Die Erhöhung der **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** i.H.v. 27,6 T-€ resultiert aus der Erhöhung der Forderungen aus Mietnebenkosten (+43,9 T-€), wohingegen sich die übrigen Forderungen einschließlich darauf gebildeter Wertberichtigungen um 16,3 T-€ vermindert haben.

Die Verminderung der **sonstigen Vermögensgegenstände** um 17,3 T-€ ist im Wesentlichen auf die Verminderung von Steuererstattungsansprüchen (-59,9 T-€) zurückzuführen. Die Forderungen aus Mieterdirektabrechnung (+29,3 T-€), die übrigen sonstigen Vermögensgegenstände (+9,6 T-€) und die durchlaufenden Posten (+3,7 T-€) haben sich dagegen erhöht.

Die Erhöhung der **Guthaben bei Kreditinstituten und Wertpapiere** von 1.287,4 T-€ hängt mit der Umschichtung von Finanzmitteln aus der Position Finanzanlagen (500,0 T-€) und dem Mittelzufluss aus dem laufenden Geschäftsbetrieb zusammen.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund der Zahlung langfristig abzugrenzender Aufwendungen um 17,7 T-€.

E. Nachtragsbericht

Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind (§289 Abs. 2 Nr. 1 HGB), wird nachfolgend berichtet :

Nach Schluss des Geschäftsjahres traten keine Vorgänge von besonderer Bedeutung auf, über die entsprechend § 289 Abs. 2 Nr.1 HGB zu berichten wäre.

F. Risikobericht

Die im Schwerpunkt auf die Bio- und Nanotechnologie ausgerichtete TGZ Halle GmbH unterliegt im Rahmen der Risikokategorie "Umfeldrisiken/Branchenrisiken" insbesondere einem bestandsgefährdenden Risiko. Hintergrund hierfür sind Veränderungen der politischen und gesetzgeberischen Rahmenbedingungen, die zu nachfolgend aufgeführten Problemstellungen und Herausforderungen führen:

- Durch die Energiewende kam es in den vergangenen Jahren zu jährlich ca. 20 % Preissteigerungen für Strom. Dies bedeutet für Firmen wie Scil Proteins Production, Micropelt und Icon Genetics, die Reinraumproduktion betreiben, eine Minimierung der Rendite, so dass der Standort Halle bzw. Deutschland generell in Frage gestellt ist.
- Für die Ansiedlung im TGZ / Bio-Zentrum bzw. auf dem Weinberg campus kommt es wegen der Spezifika des Standortes zu technischen Einschränkungen. Dies betrifft insbesondere das Lärmkontingent, welches bereits weitestgehend ausgeschöpft ist (Lüftung/Klimatisierung). Diesbezüglich sind weitere Investitionen zu erwarten.
- Dem Fachkräftemangel, insbesondere bei Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, aber auch bei Labor- und Technikkräften muss ausgehend von der demographischen Entwicklung zwingend entgegengewirkt werden. Sollte dies nicht gelingen, birgt dies erhebliche Risiken für Wachstum und Sicherung der Bestandsfirmen.
- Es herrscht aktuell eine eher geringere Gründungsneigung in technologieorientierten Geschäftsfeldern, da es insbesondere an Eigenkapital fehlt, aber auch weil genügend hoch bezahlte Stellen für Akademiker in Industrie und öffentlichen Institutionen angeboten werden.
- Bedingt durch die schwierige konjunkturelle Lage, insbesondere für innovative Firmen aus der Bio- und Nanotechnologie sowie in angrenzenden Gebieten verschlechtern sich deren wirtschaftliche Perspektiven in Deutschland weiter.
- Technologieorientierte Unternehmen unterliegen zumeist langen und kapitalintensiven Zyklen in der Produktentwicklung. Damit verbunden ist zumeist die Notwendigkeit einer Finanzierung über Wagniskapital. Da Wagniskapitalgeber zumeist eine klare Exit-Strategie verfolgen, entstehen standortbezogene Risiken durch potenzielle Verkäufe dieser Unternehmen und dadurch möglicherweise bedingte Standortwechsel.

Die dargestellte Problematik kann mittelfristig zu Mietausfällen der TGZ Halle GmbH führen und damit das Fortbestehen des Betriebes gefährden. Das städtische Umfeld verfügt über erhebliche Angebotsreserven an Büroflächen, wodurch der allgemeine Mietzins im letzten Jahr weiter gesunken ist. Dieser Entwicklung und dem sich dadurch verschärfenden preislichen Wettbewerb kann nur durch erhöhte Serviceleistungen entgegengewirkt werden, wobei diese natürlich höhere Kosten verursachen, da der Personalaufwand steigt. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist eine verstärkte Lobbyarbeit in Bezug auf die qualitätsorientierte Positionierung des Standortes notwendig. Positiv für die TGZ/Bio-Zentrum Halle GmbH ist in diesem Zusammenhang z.B. die Entscheidung der Stadtwerke, dass die Energieversorgung durch den Bau eines neuen Schalthauses in der Blücherstraße stabilisiert wird.

G. Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung der Gesellschaft ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der Firma TGZ Halle GmbH und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan 2014 und in Entwurfsfassungen für die Jahre 2015 bis 2019 gebündelt. Diese Wirtschaftspläne, die als reine Ertragsplanungen aufgebaut wurden, haben danach folgendes Bild:

Jahr	Aufwendungen*	Erlöse aus		Finanzergebnis	Ergebnis
		Vermietung* u.a.	Projektleistung		
	T-€	T-€	T-€	T-€	T-€
2014	3.997	3.680	255	16	-46
2015	3.972	3.631	265	22	-54
2016	3.980	3.600	340	25	-15
2017	3.990	3.600	340	30	-20
2018	4.000	3.610	340	35	-15
2019	4.010	3.620	340	35	-15

* jeweils einschließlich Mietnebenkosten

Durch die Geschäftsführung werden die Entwicklungen der nächsten Jahre als eher risikobehaftet eingeschätzt.

Anlass hierfür bieten einerseits die sich allgemein verschärfenden Rahmenbedingungen für technologieorientierte Unternehmen (aktuelle und potentielle Mieter), wie beispielsweise die Auswirkungen der Energiewende (erhöhte Energiekosten), eine zunehmend schwierigere Akquisition von Eigen- und Fremdkapital (insbesondere in der Frühphase) sowie erhöhte Restriktionen in Bezug auf den Lärmschutz am Standort.

Andererseits sind unternehmensindividuelle Entwicklungen der Bestandsunternehmen zu betrachten, insbesondere der Mieter mit größeren Flächenanteilen.

Es ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt unklar, ob bei einem Mieter die geplante Investorensuche sich auf den Fortbestand der Firma am Standort auswirkt.

Bedingt durch die Sparmaßnahmen in der Hochschullandschaft des Landes und die damit verbundene Neustrukturierung an der Martin-Luther-Universität deutet sich an, dass Projektgruppen aus dem TGZ II im letzten Quartal 2015 ausziehen. Dies würde einen weiteren Leerstand ab 2016 verursachen.

Darüber hinaus plant ein Mieter mit größeren Flächen im TGZ I auf Grund von Wachstumsbestrebungen den Bau einer eigenen Immobilie, wodurch im Jahr 2016 im TGZ I weitere ca. 500 m² neu vermietet werden müssten.

Sollten alle drei prognostizierten Szenarien wie beschrieben eintreten, ist im Jahr 2015 mit geringen und ab 2016 mit erhöhten Einnahmeverlusten zu rechnen. Im Extremszenario hätte dies für das Geschäftsjahr 2016 ein Absinken der Flächenauslastung auf ca. 90% zur Folge.

Um diesem Risiko zu begegnen, wird die Geschäftsleitung das Unternehmen bei der Investorensuche und der Standortsicherung unterstützen. Da dies zu einer positiven Entwicklung des Technologiestandortes beiträgt, sollen diese Unternehmen auch im Bereich des Projekt- und Behördenmanagements unterstützt werden. Durch den Abschluss eines 10-jährigen Mietvertrages mit einem Ankermieter, welcher durch die Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt genehmigt wurde, ist die Auflage erteilt worden, jährlich bis zum Ablauf dieses Mietvertrages im Jahre 2023 Bericht über die Einhaltung der Nebenbestimmungen des Zuwendungsbescheides zu erstatten.

Letztlich wird die Geschäftsleitung weitere Strategien entwickeln, die den beschriebenen wirtschaftlichen Risiken einer reduzierten Flächennutzung entgegenwirken. Im Fokus stehen hierbei die Ansiedlung neuer technologieorientierter Unternehmen sowie die Unterstützung von Bestandsunternehmen beim Wachstum am Standort und auf den Flächen der TGZ Halle GmbH.

Die zukünftigen Projektleistungen für kleine und mittelständische Unternehmen sind nicht planbar, da diese durch den Wechsel der EU-Strukturfondsperiode erst im kommenden Wirtschaftsjahr (z.B. durch das Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt) für künftige Zeiträume untersetzt werden. Diesbezüglich zeichnet es sich ab, dass zeitnah wissenschaftlich-technische Projekte nur noch durch Dienstleister begleitet werden können, die einen KMU-Status besitzen. Dies trifft für die TGZ Halle GmbH nicht zu, so dass damit dieses Aufgabenfeld nur in Kooperation mit einem entsprechenden Partner bearbeitet werden kann. Die entsprechende Kooperationsvereinbarung mit dem Univations Institut für Wissens- und Technologietransfer an der Martin-Luther Universität wird diesbezüglich überarbeitet.

Ein Schwerpunkt der Tätigkeiten wird weiterhin ein umfassendes Marketingkonzept zur Sicherung des BIO-NANO-Standortes im Süden von Sachsen-Anhalt sein und damit verbunden nicht nur die Sicherung des Mieterbestandes durch entsprechende Betreuung und Beratung der Firmen, sondern auch die Unterstützung des Bio-Nanotechnologie-Konzeptes im Netzwerk *weinberg campus*. Dies bedeutet gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Max-Planck-Gesellschaft und der Fraunhofer-Gesellschaft die zielstrebige Entwicklung der Nanotechnologie am Standort Halle.

Darüber hinaus ist es für den *weinberg campus* dringend erforderlich, weiterführende Voraussetzungen für die Produktion von innovativen werthaltigen Produkten zu schaffen, da ansonsten die Co-Finanzierungen für die angewandte Forschung in diesen Unternehmen nicht gewährleistet werden können. Damit wäre entweder der Weggang der Unternehmen vom *weinberg campus* verbunden oder sogar deren Existenz in Frage gestellt.

Eine positive wirtschaftliche Weiterentwicklung des Technologieparks *weinberg campus*, der TGZ Halle GmbH und damit nicht zuletzt der Stadt Halle und der Region ist zukünftig von der Ganzheitlichkeit im Vorgehen aller Beteiligten (u.a. TGZ, Mieter, Kunden, Lieferanten, Netzwerkpartner) abhängig. Ziel ist eine stringente Wertschöpfungskette mit den vernetzten Bestandteilen Bildung, Grundlagenforschung, angewandte Forschung, Produktion und Vermarktung, die letztlich Gewerbesteuererinnahmen und Arbeitsplätze sichert.

Dieses Ziel kann nur im Rahmen eines abgestimmten Vorgehens bei der Fortführung und Umsetzung des Strategiedialoges zur Stadtentwicklung Halle 2025 erfolgen.

Zitat (Strategiekonzept, 11/2011, S.7, Pkt. 3): *"Innovation am weinberg campus und zukunftsorientierte Weiterentwicklung von Neustadt: Mit dem weinberg campus ist es Halle gelungen, sich als Standort von Forschung und Entwicklung sowie wissens- und technologieorientierter Produktion zu etablieren. Dabei profitiert der Technologiepark auch von seiner engen Einbindung in die Stadt und ergänzt die innerstädtischen Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen. Das Stadtumbaugebiet Neustadt erhält durch seine räumliche Nähe zum weinberg campus neue Zukunftsperspektiven."*

Die in diesem Zusammenhang im Jahre 2012 unter der Initiative der TGZ Halle GmbH gebildete Arbeitsgruppe "Vision *weinberg campus* 2020/2025" aus Vertretern unterschiedlicher Einrichtungen stellte ein aussagefähiges Strategiepapier im II. Quartal 2013 den Partnern auf dem *weinberg campus* ebenso zur Verfügung, wie auch als gebündelte Meinungsbildung der Verwaltung der Stadt Halle.

Wir sehen der Entwicklung des Jahres 2014 ff. auch in Anbetracht dieser Risiken verhalten positiv entgegen und gehen davon aus, dass wir alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand an uns adressierten Aufgaben noch vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllen können. Die Weiterentwicklung des Standortes ist aber von den Rahmenbedingungen, die die Stadt Halle vorgibt, im Wesentlichen abhängig. Dadurch wird entscheidend beeinflusst, welche Entwicklung der Technologiepark *weinberg campus* und damit die TGZ Halle GmbH nimmt.

3.6 GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT

Bäder Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 300

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	300	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Die Erfüllung dieses Unternehmensgegenstandes erfolgt vorrangig durch die Unterhaltung, Bewirtschaftung und den Betrieb der im Stadtgebiet der Stadt Halle (Saale) gelegenen Hallen- und Freibäder, welche die Gesellschaft von der Stadt zu Eigentum erworben hat. Diese Bäder dienen der Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, der körperlichen Ertüchtigung und der Freizeitgestaltung der halle'schen Bevölkerung sowie dem Schul- und Vereinsschwimmen. Die Gesellschaft kann außerdem inner- und außerhalb der genannten Einrichtungen Veranstaltungen durchführen. Zur Erfüllung des Unternehmensgegenstandes gehören auch die wirtschaftliche und sozialverträgliche Gestaltung der Eintrittspreise im Rahmen des öffentlichen und allgemein zugänglichen Badbetriebes; die Sicherstellung eines qualitativ und quantitativ ansprechenden Angebotes an Hallen- und Freibädern für den öffentlichen Badbetrieb; die Absicherung des Schulschwimmens, welcher auf Basis von Verträgen gegen Entgelt stattfindet, entsprechend den gesetzlichen Erfordernissen; die Absicherung des Vereinsschwimmsports, welcher auf Basis von Verträgen gegen Entgelt stattfindet, in für diesen vorgesehenen Schwimmhallen. Für das Schulschwimmen sowie den Vereinsschwimmsport in Betracht kommende Hallen sind entsprechend ihres Nutzungsprofils sport- und wettkampfgerecht auszustatten. Die hauptsächlich oder ausschließlich für den Schwimm- und Vereinssport zur Verfügung gestellten Schwimmhallen sollen primär dem Wettkampf- und Nachwuchsschwimmsport zur Verfügung stehen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Hallen- und Freibäder anderer zu erwerben, zu betreiben sowie Bäder zu errichten, zu leasen und zu pachten.

Öffentlicher Zweck:

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus kulturellen und gesundheitlichen Belangen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Waldenburger, Annette

Beirat: Dr. Diaby, Karamba
Dr. Prochnow, Thomas (seit 07.10.2013)
Embacher, Frank
Friedrich, Holger

Beirat:

Hülsbusch, Peter
 Kocian, Burkhard
 Mehliß, Marion
 Misch, Werner
 Nagel, Elisabeth
 Neumann, Wolfram (bis 07.10.2013)
 Walther, René

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
 Umlaufvermögen
 Rechnungsabgrenzungsposten

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
7.155	60	5.030	74	4.046	75	2.125	42
4.704	40	1.732	26	1.316	25	2.972	172
		0	0			0	0

Bilanzsumme

11.859	100	6.762	100	5.362	100	5.097	75
--------	-----	-------	-----	-------	-----	-------	----

Passiva

Eigenkapital
 Rückstellungen
 Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
5.543	47	789	12	324	6	4.754	603
556	5	365	5	236	4	191	52
5.760	48	5.608	83	4.802	90	152	3

Bilanzsumme

11.859	100	6.762	100	5.362	100	5.097	75
--------	-----	-------	-----	-------	-----	-------	----

bb) GuV

	2013	2012	2011
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.014	982	722
sonstige betriebliche Erträge	3.901	3.909	3.752
Materialaufwand	2.354	2.327	2.723
Personalaufwand	1.594	1.591	1.101
Abschreibungen	421	363	193
sonstige betriebliche Aufwendungen	387	427	326
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	19	1	16
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	131	113	68
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	47	71	79
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3	6	1
sonstige Steuern	50	50	80
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-6	15	-2
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-6	15	-2

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-0,55	1,53	-0,32	%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,10	1,94	-0,71	%
Cash-Flow:	415	378	191	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	109	96	154	T€
Personalaufwandsquote:	32,44	32,52	24,61	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	60,25	74,20	75,14	%
Eigenkapitalquote:	46,75	11,67	6,04	%
Fremdkapitalquote:	53,25	88,33	93,96	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Besucher	317.391,00	310.827,00	241.050,00	Anzahl

e) Lagebericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Wirtschaft in Deutschland entwickelte sich im Kalenderjahr 2013 leicht positiv. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag um 0,4 % über dem Wert des Vorjahres. In den vorangegangenen Jahren waren die Zuwächse des BIP mit 3,3 % (2011) und 0,7 % (2012) höher ausgefallen. Vor dem Hintergrund gedämpfter weltwirtschaftlicher Impulse und anhaltender Rezessionen in einigen europäischen Ländern wird in dem moderaten Wirtschaftswachstum des abgelaufenen Jahres ein Beleg für die Robustheit der deutschen Wirtschaft gesehen.

Für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt weisen die Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder für das erste Halbjahr 2013 eine dem Bundesdurchschnitt entsprechende Entwicklung des BIP aus.

Das moderate Wachstum führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer positiven Entwicklung. Zwar stieg die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen im Bundesdurchschnitt geringfügig von 6,8 % (2012) auf nunmehr 6,9 %. Zugleich aber legte die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahr um 258.000 Personen oder 0,6 % zu.

In Sachsen-Anhalt verringerte sich die Arbeitslosenquote von 11,5 % im Vorjahr auf 11,2 %, während die entsprechende Quote für Ostdeutschland von 10,7 % auf 10,3 % zurückging.

Die Stadt Halle (Saale) verzeichnete im Jahr 2013 zum vierten Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs. Mit 232.705 Einwohnern zählte die Stadt 170 Einwohner mehr als im Vorjahr.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Public Services GmbH, eine seit dem Geschäftsjahr 2010 100%ige Tochter der Stadtwerke Halle GmbH, hat mit Wirkung zum 1. Mai 2010 die Bäder der Stadt Halle (Saale) übernommen. Dies sind im Einzelnen die Freibäder Angersdorfer Teiche, Saline und das Nordbad sowie die Schwimmhallen Stadtbad, Saline und Halle-Neustadt.

Grundlagen der Übertragung sind der Beschluss des Stadtrates vom 24. Februar 2010 und der Beschluss des Aufsichtsrates der Stadtwerke Halle GmbH vom 25. März 2010. Am 29. April 2010 erfolgte der Abschluss des Grundstückskaufvertrages zu einem Kaufpreis von insgesamt EUR 6,00.

Am 20. Juli 2010 wurden im Gesellschaftsvertrag die Firma und das Stammkapital der Gesellschaft geändert. Die Gesellschaft firmiert seitdem als Bäder Halle GmbH (BHG).

Mit Datum 29. April 2010 wurde zwischen der Gesellschaft und der Stadt Halle (Saale) ein Bäderfinanzierungsvertrag abgeschlossen. Dieser regelt in § 3 die „Allgemeine Fehlbetragsfinanzierung“. Die Stadt Halle (Saale) beteiligt sich hiernach an der Finanzierung des laufenden Verlustes der Gesellschaft für die Jahre 2010 bis 2012 in einem Volumen von insgesamt Mio. EUR 9,45 (netto).

Ab dem Jahr 2013 kann die Fehlbetragsfinanzierung je nach Entwicklung wesentlicher Kostengruppen angepasst werden. Ein Ausgleich erfolgt jedoch maximal bis zu einer Höhe von Mio. EUR 4,0 netto jährlich. Der Bäderfinanzierungsvertrag trat zum 01. Mai 2010 in Kraft und kann frühestens zum 31. Dezember 2020 gekündigt werden.

Zwischen der Stadt Halle (Saale) und der BHG (vormals Public Services GmbH) wurde im Zusammenhang mit der Übertragung der Bäder ein Personalüberlassungsvertrag geschlossen, mit dem ehemalige Mitarbeiter der Stadt Halle (Saale) in die Public Services GmbH übergeleitet wurden.

Der sich darüber hinaus ergebende Personalbedarf sowie die Mitarbeiter für die Freibadsaison wurden direkt in der Bäder Halle GmbH eingestellt. Zum 01.07.2013 wurde mit der Gewerkschaft Ver.di ein Rahmentarifvertrag für die Dienstleistungs-, Logistik- und Bäderbetriebe geschlossen. Dieser löst den Haustarifvertrag für Bäderbetriebe aus dem Jahr 2011 ab.

Die Mitarbeiter der Bäder Halle GmbH stellen lediglich das Personal für den Hauptprozess einschließlich der Betriebsleitung. Bereiche, die Nebenprozesse abgedeckt haben, vornehmlich in der Verwaltung, wurden nicht von der Stadt Halle (Saale) übernommen. Die Bäder Halle GmbH entschied sich, diese Bereiche nicht selbst aufzubauen und bezieht diese die Leistungen über Dienstleistungsverträge mit Schwesterunternehmen aus dem Stadtwerkekonzern:

- Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH
Vertrag über kaufmännische Dienstleistungen
Betriebsführungsvertrag Arbeitssicherheit
- W + H Wasser- und Haustechnik GmbH
Vertrag über technische Betriebsführung (bis zum 30.04.2013)
- Stadtwerke Halle GmbH
Personalmanagementvertrag

- Maya mare GmbH & Co. KG
Vertrag über Dienstleistungen im Bereich von Betriebsorganisation, vorbereitende Buchhaltung, Kassenbuchhaltung und Verwaltung

Das Risikomanagement der Bäder Halle GmbH ist in das Risikomanagement der Stadtwerke Halle GmbH integriert. Bestandsgefährdende Risiken oder sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage liegen zurzeit nicht vor. Für die Bäder Halle GmbH sind jedoch auch zukünftig zur Sicherung der Liquidität und zum Ausgleich ansonsten zu erwartender Fehlbeträge Zuschüsse der Stadt Halle (Saale) entsprechend den Regelungen im Bäderfinanzierungsvertrag notwendig.

Seit dem 01.01.2013 besteht zwischen der Bäder Halle GmbH und dem Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement ein Dienstleistungsvertrag über die in der Robert-Koch-Schwimmhalle von der Bäder Halle GmbH zu erbringenden Leistungen. Diese beinhalten die technische Dienstleistung, die Organisation des öffentlichen Badebetriebes und die Belegungsorganisation. Der Vertrag ist mit einer Frist von 3 Monaten zum Jahresende beiderseits jeweils kündbar.

Die Bäder Halle GmbH hat für den Bau der Ballsporthalle am Standort Nietlebener Straße in Halle (Saale) die Aufgabe des Bauherrn übernommen. Das Vergabeverfahren für die Ballsporthalle wurde im Juni 2013 abgeschlossen. Der Zuschlag wurde am 01. Juli 2013 an die Goldbeck Public Partner GmbH, Bielefeld erteilt. Die Fertigstellung der Ballsporthalle soll bis Juli 2014 erfolgen. Der symbolische Baubeginn wurde am 04.09.2013 mit einem Spatenstich gestartet. Zwischen der Bäder Halle GmbH und der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH wurde bereits ein Pachtvertrag für die Ballsporthalle ab dem Zeitpunkt der Fertigstellung geschlossen.

Geschäftsverlauf

Die schlechten Witterungsverhältnisse im ersten Quartal sorgten trotz des zusätzlichen Schwimmangebotes für die Öffentlichkeit an den Wochenenden in der Robert-Koch-Schwimmhalle für sehr guten Besucherzuspruch in den Hallenbädern. Die Besucherverluste aufgrund der Schließung der Frauenschwimmhalle im Stadtbad konnten durch Mehrbesucher in den anderen Hallenbädern zum großen Teil kompensiert werden. Die Freibadsaison ab 08.05.2013 war hingegen von einem witterungsbedingt schlechten Start geprägt.

Aufgrund des Hochwassers blieben das Hallenbad Saline in der Zeit vom 03.06.-14.06.2013 und das Freibad Saline vom 03.06.-12.07.2013 geschlossen. Die Hochwasserschäden konnten zunächst nur an der aktiven Technik beseitigt werden. Das Nichtschwimmerbecken im Freibad Saline wurde ebenfalls beschädigt. Der Umfang dieses Schadens beläuft sich auf 1.620,0 T€. Zur Finanzierung der Schadensanierung an diesem Becken ist die Bäder Halle GmbH auf Hochwassermittel angewiesen, diese wurden beantragt und im Februar 2014 bewilligt.

Insbesondere die hochsommerliche Witterung ab Beginn der Schulferien im Juli sorgte für starken Zuspruch in den Freibädern, so dass in Summe über alle Freibäder auf Planniveau liegende Besucherzahlen erreicht wurden. In Summe liegen die Besucherzahlen im Jahr 2013 um 8,4% über dem Planwert. Diese Abhängigkeiten von Gästezahlen und Witterung werden immer bestehen und damit auch keinen unbedeutenden Einfluss auf den Erfolg des Unternehmens haben. Ein Gegensteuern ist insbesondere bei den Freibädern nicht möglich.

Die Schließung von Freibad Saline und Nordbad erfolgte am 29.08.2013 auf Anordnung des Gesundheitsamtes im Zusammenhang mit der Suche nach Ursachen für eine auffällige Häufung von Durchfallerkrankungen in Halle (Saale). Um die Funktionsweise der in beiden Freibädern völlig unterschiedlichen Badewasseraufbereitungstechniken auf mögliche Probleme zu untersuchen, wurde auf Empfehlung des Gesundheitsamtes das Hygiene-Institut des Ruhrgebiets beauftragt. Im Ergebnis der Untersuchungen wurde ausgeführt, dass der Eintrag der Keime in die Bäder von externer Quelle erfolgt sein muss.

Die Frauenschwimmhalle im Stadtbad ist seit Oktober 2012 aufgrund von Schäden an der Dachkuppel gesperrt. Für die notwendigen Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen Teil I, die sich auf die Kuppel, den Turm über dem Eingang, Putze und Dachflächen von Frauen- und Männerhalle sowie auf das Dach über dem Wannenbad beziehen, wurden qualifizierte Unterlagen erarbeitet, die dem Stadtplanungsamt mit der Bitte um Prüfung von Fördermöglichkeiten übergeben wurden. Der Gesamtfinanzbedarf beläuft sich für diese Maßnahmen auf rund 1.285,0 TEUR. Das Planungsamt hat sich zur Sicherungsförderung im August 2013 grundsätzlich positiv positioniert und bei Zustimmung durch den Stadtrat eine Maximalförderung von 500,0 TEUR in Aussicht gestellt. Voraussetzung jedoch ist, dass die notwendigen Eigenmittel für die Gesamtmaßnahmen in Höhe von 785,0 TEUR aufgebracht werden.

Der Wirtschaftsplan der Bäder Halle GmbH sieht über die Aufwendungen für die laufende Instandhaltung und Kleininvestitionen hinaus keine Mittel vor. Aus diesem Grund sucht man gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) nach umsetzbaren Lösungen. Zur Entscheidungsfindung soll im ersten Halbjahr 2014 ein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt werden, um Partner für eine langfristige und wirtschaftlich tragfähige Nutzung des Gesamtobjektes Stadtbad zu finden.

Auf dieser Basis muss gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) über das weitere Vorgehen entschieden werden. Aufgrund des maroden Zustands des fast 100 Jahre alten Stadtbades wird dieses Bad ohne eine Grundsanierung nicht dauerhaft zu betreiben sein.

Um den Badebetrieb in der Frauenschwimmhalle wieder aufzunehmen, ist jedoch die Sanierung der Kuppel erforderlich. Um den notwendigen Sicherungsumfang an der Dachkuppel detaillierter zu untersuchen und Sanierungslösungen zu ermitteln, wurde von der Stadt Halle (Saale) im November 2013 ein weiteres Gutachten in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen wurden der Bäder Halle GmbH am 13.02.2014 übergeben. Gemeinsam mit dem Denkmalamt der Stadt Halle (Saale) wurde noch im Februar 2014 ein Fachbüro ausgewählt und beauftragt, welches die statische und baufachliche Umsetzung der Vorschläge prüft. Die finanziellen Mittel für die Sanierung sollen der Bäder Halle GmbH von der Stadt Halle (Saale) zur Verfügung gestellt werden.

Die **Umsatzerlöse** aus allen Bädern inkl. Schul- und Vereinsschwimmen betrugen TEUR 1.014,0 (Vorjahr: TEUR 981,9), die Steigerung wird insbesondere durch die Mehrbesucher in der Schwimmhalle Neustadt beeinflusst.

Unter den **Sonstigen betrieblichen Erträgen** ist der Betriebskostenzuschuss der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2013 mit TEUR 3.683,4 ausgewiesen (Vorjahr: TEUR 3.500,0) sowie Erlöse für die Dienstleistung der Bäder Halle GmbH in der Robert-Koch-Schwimmhalle in Höhe von TEUR 145,8 (Vorjahr: TEUR 179,0).

Unter den Aufwendungen für **Material** sind Aufwendungen für Wasser/Abwasser, Strom, Wärme und Gas in Höhe von TEUR 1.601,0 (Vorjahr: TEUR 1.497,6) enthalten. Diese Medienkosten unterliegen mit Ausnahme der Kosten für Wasser/Abwasser auch weiterhin Steigerungsraten, die nicht durch gestiegenen Verbrauch sondern maßgeblich durch gestiegene Preise auf dem Beschaffungsmarkt begründet sind. Insbesondere die staatlich festgelegten Bestandteile des Strompreises wie EEG-Umlage und Bestandteile der Netzentgelte haben zu dieser Steigerung geführt. Die Aufwendungen für **bezogene Leistungen** beinhalten maßgeblich die Kosten für die Reinigungsleistung in Höhe von TEUR 182,9 sowie für die Saisonkräfte der Wasserwacht zur Absicherung des Freibadbetriebes.

Für **Instandhaltungsaufwendungen** wurden 2013 TEUR 361,5 ausgegeben. Dabei war die Beseitigung von Hochwasserschäden an der aktiven Technik des Freibades Saline nur möglich, weil andere geplante Instandhaltungsmaßnahmen in den Hallenbädern in Folgejahre verschoben wurden.

Die **Personalaufwendungen** betrugen TEUR 1.594,3 (Vorjahr: TEUR 1.590,7). Die Personalstruktur in der Bäder Halle GmbH ist von einem hohen Altersdurchschnitt der Belegschaft und einem damit einhergehenden hohen Krankenstand geprägt. Dies erschwert zunehmend die Aufrechterhaltung eines reibungslosen Badebetriebes. Eine Optimierung der Altersstruktur ist unumgänglich. Die notwendigen Personalanpassungsmaßnahmen sollen sozialverträglich erfolgen.

Der **Investitionsplan** der Bäder Halle GmbH, der im Zuge der Bäderübertragung 2010 nach dem Schwerpunktbedarf in den übertragenen Bädern aufgestellt und mit Krediten der DKB untersetzt wurde, sah für die ersten 3 Betriebsjahre 2010 – 2012 ein Investitionsvolumen von TEUR 5.510 vor. Da verschiedene Maßnahmen für die Errichtung der Fernwartung bis Ende 2012 nicht mehr umgesetzt werden konnten, sind die dafür geplanten Mittel erst 2013 ausgegeben worden. Die Summe aller Investitionen in die 6 übertragenen Bäder belief sich 2013 auf TEUR 83,2.

Die Refinanzierung der Investitionen für die Errichtung der Ballsporthalle erfolgt durch Einzahlung des Gesellschafters in die Kapitalrücklage. Im Jahr 2013 wurden TEUR 2.476,4 für die Ballsporthalle aufgewendet.

Finanzlage der Gesellschaft

Für das Jahr 2013 wird ein Jahresergebnis von TEUR -5,6 ausgewiesen. Das Jahresergebnis 2013 zeigt, dass die Geschäftstätigkeit der Bäder Halle GmbH ohne Betriebskostenzuschüsse der Stadt Halle (Saale) nicht möglich ist. Durch diesen Zuschuss werden gemäß Bäderfinanzierungsvertrag die tatsächlichen Aufwendungen der Bäder Halle GmbH, die aus dem Betrieb der sechs übertragenen Bäder entstehen, vollständig ausgeglichen. Der Verlust der Gesellschaft im Geschäftsjahr resultiert ausschließlich aus Aufwendungen für die Ballsporthalle, die erst in Folgezeiträumen ausgeglichen werden können.

Die Liquidität des Unternehmens war während des gesamten Geschäftsjahres gegeben. Die Gesellschaft nimmt am Cash Pool der Stadtwerke Halle GmbH teil. Es besteht innerhalb des Cash Pools eine Kontokorrentkreditlinie von TEUR 300,0.

Ausblick

Signifikante Kostensenkungen sind in den von der Bäder Halle GmbH betriebenen Bädern nach heutiger Einschätzung nur über Investitionen in energiesparende Technologien, wie moderne Anlagen zur Schlammwasseraufbereitung, Anlagen zur Wärmerückgewinnung z.B. über die Lüftung, Modernisierung der Wärmedämmungen u.ä. Maßnahmen möglich. Hier ist langfristig jedoch abzuwägen, über welchen Zeitraum sich die Investitionen amortisieren.

Einnahmesteigerungen kennen im Bereich der betriebenen Hallen- und Freibäder auch ihre Grenzen, da für das öffentliche Schwimmen deutschlandweit für Bäder dieser Art nur ein sogenannter „sozial verträglicher Eintrittspreis“ akzeptiert wird. Mit der Preisanpassung im Jahr 2011 hat die Bäder Halle GmbH für diese Region auch mittelfristig erzielbare Preisobergrenze erreicht. Geht man darüber hinaus, muss mit einem Rückgang der Besucherzahlen gerechnet werden.

Ziel für 2014 wird es wieder sein, die guten Besucherzahlen in den Hallenbädern Saline und Halle Neustadt zu halten. Schwimmen als individuelles und gesundheitsförderndes Bewegungsprogramm für Jedermann muss noch deutlicher in das Bewusstsein der Hallenser gerückt werden. Individuell, ganz nach seinem eigenen Zeitregime und unabhängig von Zeitfenstern, die z.B. durch den Vereinssport vorgegeben werden, sind wir – die Bäder Halle GmbH - der richtige Partner für alle Menschen, die sich im nassen Element wohl fühlen.

Nach der Wiedereröffnung der Robert-Koch-Schwimmhalle sind über die alten Nutzungszeiten für die Öffentlichkeit (Stand Juni 2009) hinaus keine zusätzlichen Wasserzeiten frei geworden, in denen die Bäder Halle GmbH ein Kursprogramm hätte etablieren können. Diese Möglichkeit der Erlössteigerung steht somit nicht zur Verfügung. Die Betriebskostenzuschüsse der Vereine für die Nutzung von Wasserflächen waren für das Jahr 2013 bereits im Frühjahr 2011 verbindlich festgelegt worden. Eine Steigerung der Beiträge für das Jahr 2014 konnte aufgrund der schlechten finanziellen Situation der Vereine nicht durchgesetzt werden.

In den Wettbewerb um den Badegast hat sich an den Wochenenden das neue Angebot der Robert-Koch-Schwimmhalle eingereicht, das in den Jahren 2012 und 2013 von rund 20.000 öffentlichen Besuchern genutzt wurde.

Die Erlöse in den Freibädern werden auch 2014 sehr stark von der Witterung in der Saison beeinflusst. Das Veranstaltungsprogramm mit kleinen, vielseitigen Veranstaltungen, die für die Badbesucher einen Mehrwert darstellen, hat sich bewährt, wurde gut angenommen und sorgte auch in der Presse für starke Resonanz. Die Steigerung der Attraktivität der Freibäder Nordbad und Saline stieß bei der Bevölkerung auf positive Resonanz.

Die Sanierung des Hochwasserschadens am Nichtschwimmerbecken des Freibades Saline mit Hilfe von Fördermitteln aus der Fluthilfe wird derzeit geplant.

Im Juli 2014 soll die **Ballsporthalle** am Standort Sportkomplex Halle-Neustadt, Nietlebener Straße 14, fertiggestellt sein. Mit der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH wurde bereits ein Pachtvertrag für die Ballsporthalle ab dem Zeitpunkt der Fertigstellung geschlossen.

Für das Jahr 2014 wird ein **Jahresergebnis** in Höhe von TEUR -3,5 erwartet. Es resultiert aus den Vorkosten für die Errichtung der Ballsporthalle, die in den Folgejahren über Pachterlöse ausgeglichen werden.

Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bughenstraße 30
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 30

Gesellschafter:	T€	%
Blinden- und Sehebehindertenverband Sachsen-Anhalt e.V.	9,6	32,00
Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland	9,0	30,00
Deutsche Rentenversicherung Bund	6,6	22,00
Stadt Halle (Saale)	4,8	16,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Maßnahmen zur Eingliederung blinder und sehbehinderter und von Blindheit bedrohter Personen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke i.S. der §§ 51 ff. Abgabeordnung 1977. Ein Gewinn wird nicht bezweckt. Etwaige Überschüsse werden nur für die vertragsgemäßen Zwecke verwendet. Die Gesellschafter erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft. Die Gesellschafter dürfen bei Auflösung oder Aufhebung der Gesellschaft oder bei Wegfall ihres bisherigen Zwecks nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile bzw. den gemeinen Wert ihrer Sacheinlagen zurückerhalten. Geschäftsanteile dürfen an die Gesellschaft höchstens zum Nennwert veräußert werden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die den Zwecken der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist in der beruflichen Rehabilitation von blinden und sehbehinderten Menschen zu sehen. Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Maßnahmen zur Eingliederung blinder und sehbehinderter und von Blindheit bedrohter Personen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke i.S. der §§ 51 ff. Abgabeordnung 1977. Ein Gewinn wird nicht bezweckt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Kölzner, Kerstin

Verwaltungsrat: Vorsitzender Prusko, Norbert
Bahn, Wolfgang
Baumeister, Lutz
Buschke, Birgit

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2013 erfolgt.

Verwaltungsrat:

Dr. Danek, Simone
 Dr. Kehl, Peter
 Dr. Streibelt, Marco
 Dr. Wiegand, Bernd
 Gellrich, Barbara
 Gering, Horst
 Hagemann, Karl-Heinz
 Ideker, Thomas
 Kogge, Tobias
 Krah, Hans-Joachim

Verwaltungsrat

31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
T€	T€	T€
0	1	1

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
 Umlaufvermögen
 Rechnungsabgrenzungsposten

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
15.374	79	16.238	79	16.780	79	-864	-5
4.026	21	4.213	21	4.419	21	-187	-4
5	0	5	0	3	0	0	0

Bilanzsumme

19.405	100	20.456	100	21.202	100	-1.051	-5
--------	-----	--------	-----	--------	-----	--------	----

Passiva

Eigenkapital
 Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens
 Rückstellungen
 Verbindlichkeiten
 Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
5.731	30	6.056	30	5.983	28	-325	-5
5.704	29	5.913	29	6.129	29	-209	-4
85	0	224	1	247	1	-139	-62
7.871	41	8.261	40	8.843	42	-390	-5
14	0	2	0	0	0	12	600

Bilanzsumme

19.405	100	20.456	100	21.202	100	-1.051	-5
--------	-----	--------	-----	--------	-----	--------	----

bb) GuV

	2013	2012	2011
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.374	6.137	5.692
sonstige betriebliche Erträge	465	389	621
Materialaufwand	771	813	777
Personalaufwand	3.651	3.752	3.766
Abschreibungen	895	895	892
sonstige betriebliche Aufwendungen	638	821	680
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	74	131	133
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	277	297	325
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-319	79	6
sonstige Steuern	6	6	8
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-325	73	-2
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-325	73	-2

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-6,05	1,19	-0,03	%
Eigenkapitalrentabilität:	-5,37	1,22	-0,03	%
Cash-Flow:	570	968	891	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	90	92	81	T€
Personalaufwandsquote:	62,54	57,49	59,66	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	76,43	74,22	74,34	%
Eigenkapitalquote:	29,53	29,60	28,22	%
Fremdkapitalquote:	70,47	70,40	71,78	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Abrechnungstage	36.472,00	44.431,00	42.266,00	Tage
Zusatzmaßnahmen DRV	---	114,00	2.255,00	Tage

e) Lagebericht

1. Geschäftsverlauf

Während sich vor 2006 die Anzahl der Rehabilitanden deutlich oberhalb der Netzplankapazität des Berufsförderungswerkes Halle bewegte, lagen die Rehabilitandenzahlen in den letzten Jahren unterhalb dieser Grenze und erreichten im Jahr 2013 einen historischen Tiefstand. Prognostiziert von der Deutschen Rentenversicherung wurde für die nächsten Jahre im BFW Halle eine Plangröße von durchschnittlich 110 Rehabilitanden in Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen zuzüglich durchschnittlich 8 Rehabilitanden in der Geschäftsstelle Berlin.

Die Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen unterlag bereits seit einigen Jahren erheblichen und zum Teil drastischen Schwankungen. Im Jahr 2013 lag die Belegung in diesen Maßnahmen unter den Entwicklungen der letzten Jahre und erreichte trotz intensiver Marketingaktivitäten das Planziel von durchschnittlich 121 Teilnehmern insgesamt nicht.

Im Jahr 2013 nahmen durchschnittlich 101 Teilnehmer (im Vj. 123 Teilnehmer) an Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen teil. Damit ging die Belegung in den klassischen Maßnahmen stark zurück. Die Belegungsrückgänge beruhten hauptsächlich auf den geringen Zuweisungen von Rehabilitanden durch die Bundesagentur für Arbeit und die DRV Bund. Die Belegung der DRV Bund in diesen Maßnahmen sank innerhalb eines Jahres um mehr als 20 %. Dies hatte bei einem Umsatz pro Teilnehmer pro Jahr von TEUR 46 erhebliche Auswirkungen auf die Ertragslage.

Bei der Bundesagentur für Arbeit, welche das BFW Halle jährlich mit einem geringer werdenden Anteil von Teilnehmern belegt, kommt erschwerend eine kontinuierlich zunehmende Dezentralisierung der Aufgaben und die gestiegene Anzahl zugelassener kommunaler Träger hinzu. Dadurch entfernt sich dieser wichtige Partner immer weiter von der beruflichen Rehabilitation und wird gleichzeitig für das BFW Halle immer schwieriger erreichbar. Der Aufwand, die Dienstleistungen den einzelnen Jobcentern und zugelassenen kommunalen Trägern nahe zu bringen, ist ungleich größer, als bei einer zentralen Steuerung.

Die Auslastung in den Reha-Assessment-Maßnahmen war 2013 durchweg gut. Die Anzahl der Einzelschulungen ist im Vergleich zum Vorjahr stark gestiegen. Insgesamt veränderte sich im Jahr 2013 damit die Inanspruchnahme der Dienstleistungen des BFW Halle durch die Kunden weiter. Dies stellt eine Entwicklung dar, die sich grundsätzlich aus der demografischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, den offiziellen Statements der Rentenversicherungsträger, der Bundesagentur für Arbeit und der Politik entnehmen lässt. Insgesamt geht der Trend weg von vollständigen Umschulungsleistungen hin zu individualisierten und kurzfristigen Schulungsmaßnahmen und Anpassungsqualifizierungen. Aufgrund der demografischen Veränderungen sehen die Rehabilitationsträger in Zukunft einen geringeren Bedarf an Vollqualifizierungen.

Diese Tendenz einer Abnahme von Vollzeitmaßnahmen zu Gunsten kürzerer und individuellerer Schulungsmaßnahmen bestätigte sich 2013 im BFW Halle. Die Zahl der Einzelschulungen stieg im Vergleich zum Vorjahr um 107 %. Der Trend hält auch im I. Quartal 2014 an. Dieser Wandel stellte einerseits das BFW Halle und seine Mitarbeiter vor enorme Herausforderungen, andererseits konnte im Jahr 2013 der Anstieg von individualisierten Schulungen aus finanzieller Sicht den Rückgang im klassischen Geschäft der beruflichen Qualifizierung nicht vollständig kompensieren.

Die Rahmenbedingungen für die berufliche Rehabilitation haben sich auch 2013 weiter verändert. So können neben den Berufsförderungswerken auch andere Leistungserbringer unter bestimmten Voraussetzungen die Anerkennung als Leistungsträger in der beruflichen Rehabilitation erlangen. Damit nimmt die Konkurrenz auch im Bereich der beruflichen Rehabilitation von Menschen mit Sehbeeinträchtigungen zu.

Das BFW Halle hat im Jahr 2013 seine Kompetenz in einem Zulassungsverfahren gegenüber einer fachkundigen Stelle nachgewiesen und die Trägerzertifizierung nach Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung erhalten. Dies stellt ab 2013 eine notwendige Voraussetzung für die Durchführung der preisverhandelten Maßnahmen dar. Von den Leistungserbringern in der beruflichen Rehabilitation werden eine Neuausrichtung des Leistungsangebotes und eine Restrukturierung der Kapazitäten und Strukturen gefordert. Schwerpunkt liegt hier in der Erhöhung der internen Flexibilität und Mobilität.

Weiterhin gilt es, neben der Durchführung intensiver Marketingmaßnahmen, die internen Prozesse konsequent und zügig auf die aktuellen und künftigen Anforderungen der beruflichen Rehabilitation auszurichten. Dies erfordert Veränderungen in der Ausbildungsorganisation.

So wurde 2013 mit einer neuen Strukturierung der Qualifizierungseinheiten sowie deren modularer Aufbau begonnen. Die Rehabilitationsvorbereitung wurde auf die Arbeit mit Lernfeldern umgestellt.

Entsprechend den Bedarfen der Rehabilitationsträger erweiterte das BFW Halle sein Portfolio an Dienstleistungen. So wurden verschiedene Konzepte erarbeitet, um auf die aktuellen Bedarfe in der beruflichen Rehabilitation, insbesondere auf zusätzliche psychische Beeinträchtigungen neben der Beeinträchtigung des Sehens, zu reagieren. Gleichzeitig wurden die konzeptionellen Voraussetzungen geschaffen, um mit Beginn des Jahres 2014 die blindentechnische Grundrehabilitation in der Geschäftsstelle Berlin anbieten zu können. Die Suche nach neuen Geschäftsfeldern gestaltete sich für das BFW Halle als Spezialeinrichtung für Menschen mit Sehbeeinträchtigung schwierig, da sich die Rahmenbedingungen der beruflichen Rehabilitation weiter verändern.

Gemeinsam mit den anderen drei Spezialeinrichtungen für blinde und sehbehinderte Erwachsene in Deutschland erarbeitete das BFW Halle gemeinsame Standards der beruflichen Rehabilitation von Menschen mit Sehbeeinträchtigung. Dieses „Spezifische Curriculum: berufliche Rehabilitation von Menschen mit Beeinträchtigungen des Sehens“ beschreibt die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche berufliche Integration von Menschen mit Sehbeeinträchtigungen. Es soll die Qualität der beruflichen Rehabilitation für die betroffenen Menschen sicherstellen und ihnen einen Überblick über die spezifischen Hilfen beim Erhalt bzw. der Erlangung eines Arbeitsplatzes geben.

Das erstellte Entwicklungskonzept wurde im Jahr 2013 fortgeschrieben. Die aktuellen Entwicklungen wurden eingearbeitet. Dies betraf einerseits die Umsatzerlöse ausgehend von der aktuellen Belegungsentwicklung und der Entwicklung der Kostensätze sowie andererseits die Aufwendungen, die hauptsächlich von der Tarifentwicklung beeinflusst werden.

Im Jahr 2013 waren durchschnittlich 60 (im Vj. 66) Angestellte sowie 5 (im Vj. 5) gewerbliche Arbeitnehmer im BFW Halle beschäftigt. Seit Juni 2011 unterstützen drei Bürgerarbeiter die Stammebelegschaft. Die Behindertenquote unter den Mitarbeitern lag bei 18,5 %. Ein Mitarbeiter befand sich zum Jahresende in Altersteilzeit.

Die Kostensatz- bzw. Preisverhandlungen für 2013 erfolgten auf der Basis einer geplanten Belegung von durchschnittlich 113 Teilnehmern zuzüglich acht Teilnehmer in der Geschäftsstelle Berlin. Das Ergebnis der Preisverhandlungen für 2013 brachte keine Preissteigerung in dem Umfang mit sich, wie es aufgrund der Entwicklung der Inflation und der Tarifierhöhungen notwendig gewesen wäre. Damit wurde für das Geschäftsjahr 2013 von einem geplanten Verlust in Höhe von TEUR 42 ausgegangen.

Die 2009 eröffnete Geschäftsstelle in Berlin, welche in Kooperation mit dem dort ansässigen BFW betrieben wird, entwickelte sich 2013 weiter positiv. Die Assessmentzahlen lagen mit 27,3 % über dem Niveau des Vorjahres. Die Nachfrage an Beratungsangeboten lag 2013 weiter auf einem hohen Niveau. Von allen Teilnehmern, die 2013 durch die Geschäftsstelle Berlin beraten wurden, nahmen 45,5 % an einer Assessmentmaßnahme teil und 13,6 % befinden sich in einer Maßnahme des BFW Halle.

2. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

a) Ertragslage

Die Ertragslage des BFW Halle stellt sich anhand einer betriebswirtschaftlichen Analyse wie folgt dar:

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 763 gesunken. Dies resultiert aus der Senkung der durchschnittlichen Belegung von 123 auf 101 Rehabilitanden in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen.

Im Berichtsjahr fielen mit 36.472 Abrechnungstagen (im Vj. 44.431) ca. 18,0 % weniger Maßnahmetage im Vergleich zum Vorjahr an.

Die Tageskostensätze für die Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen stiegen 2013 gegenüber dem Vorjahr um 0,8 %, sowie für die Unterbringung/Verpflegung um 1,0 %. Alle anderen Kostensätze wurden nicht angehoben. Eine Kompensation der sich allein in Folge der Tarifierhöhungen ergebenden Erhöhung der Personalkosten über den Preis war dadurch nicht möglich.

Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen im Jahr 2013 leicht an. Die planmäßige ertragswirksame Auflösung des Sonderpostens betrug 2013 TEUR 209. Die Betriebsleistung sank somit um TEUR 687.

Die betrieblichen Aufwendungen sanken im Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 326. Dies ist zurückzuführen auf Einsparungen in den Betriebsaufwendungen, im Personalaufwand sowie im Materialaufwand.

Das Betriebsergebnis sank so im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 361 auf TEUR -122.

Die Finanzerträge sanken auf Grund der andauernden Niedrigzinsphase um TEUR -57. Auf Grund sinkender Finanzaufwendungen verschlechterte sich das Finanzergebnis nur geringfügig.

Auf Grund der hohen Umsatzverluste wurde trotz geringerer Aufwendungen und einem nahezu gleichbleibenden Finanzergebnis ein Jahresverlust von TEUR 325 erzielt.

b) Finanzlage

Die Finanzlage ist 2013 durch einen positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von TEUR 284 (im Vj. TEUR 796) gekennzeichnet. Investitionen in Höhe von TEUR 533 (Plan 367) wurden getätigt. Auf Grund von Einzahlungen aus Abgängen von Finanzanlagen in Höhe von TEUR 500 erzielte das BFW Halle einen positiven Cashflow aus der Investitionstätigkeit. Der Finanzmittelfonds sinkt um TEUR 135 (im Vj. TEUR 107). Die Gesellschaft verfügt 2013 über eine gute Liquiditätsausstattung, sodass mittelfristig den Zahlungsverpflichtungen nachgegangen werden kann.

c) Finanzinstrumente

Wesentliche originäre Finanzinstrumente für die Gesellschaft stellen die Finanzanlagen, die kurzfristigen Forderungen, liquide Mittel sowie die Verbindlichkeiten aus Investitionsdarlehen der Sozialversicherungsträger dar. Derivative Finanzinstrumente werden von der Gesellschaft nicht genutzt. Das Bonitäts- und Ausfallrisiko ergibt sich aus der Gefahr, dass Geschäftspartner bei einem Geschäft über ein Finanzinstrument ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können und dadurch Vermögensverluste entstehen. Wesentliche Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungseinschränkungen sehen wir derzeit nicht. Bei den Finanzanlagen erfolgt die Anlage im eigenen Währungsraum, so dass kein Währungsrisiko besteht. Die Wertpapiere des Anlagevermögens sind ausschließlich fest verzinslich angelegt, sodass ein Zinsrisiko vor dem Hintergrund der verbleibenden kurzen Restlaufzeit nicht besteht. Bei den Verbindlichkeiten aus Investitionsdarlehen sind ebenfalls feste Verzinsungen vereinbart.

d) Vermögenslage und Kapitalstruktur

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist im Geschäftsjahr wiederum dadurch gekennzeichnet, dass das Anlagevermögen die wesentliche Position der Bilanzsumme darstellt. Die Finanzierung des Anlagevermögens erfolgte im Wesentlichen durch Eigenkapital, Investitionszuschüsse und Darlehen.

Schwerpunkte der Investitionen liegen im Bereich der Qualifizierung, des RehaAssessments sowie im Rahmen der Maßnahme zur Einsparung im Energiebereich durch das Betreiben des BHKW im Bereich der Haustechnik.

Die Bilanzsumme des BFW Halle hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 1.051 vermindert. Dabei sank das langfristig gebundene Vermögen um TEUR 865. Hierfür ist die Endfälligkeit einer Finanzanlage in Höhe von TEUR 500 ursächlich. Investitionen in das Sachanlagevermögen von TEUR 518 stehen Abschreibungen auf Sachanlagen in Höhe von TEUR 865 gegenüber.

Auf der Passivseite resultiert die Verminderung der Bilanzsumme insbesondere aus der Verminderung des Sonderpostens aus Zuwendungen um TEUR 209 sowie dem im Berichtsjahr erzielten Jahresverlust von TEUR 325. Damit sinkt das wirtschaftliche Eigenkapital um TEUR 534 und das Fremdkapital um TEUR 517.

Das BFW Halle hat mehrere langfristige Darlehen. Die Laufzeit der Darlehen endet je nach Darlehen in den Jahren 2025 bis 2028. Diese Darlehen sind mit 4 % bzw. 2 % verzinst. Die Zinsen zur Bedienung der für die Baufinanzierung aufgenommenen Darlehen betrugen im Jahr 2013 TEUR 272. Diese Konditionen stehen im Widerspruch zur derzeitigen Zinssituation der Guthaben. Im Berichtsjahr erfolgte eine Tilgung der Darlehen in Höhe von TEUR 597.

Das wirtschaftliche Eigenkapital (bilanzielles Eigenkapital zuzüglich Sonderposten aus Zuwendungen) beträgt zum 31. Dezember 2013 TEUR 11.435, was einer wirtschaftlichen Eigenkapitalquote von 58,9 % entspricht. Damit ist die Vermögenslage des BFW Halle im Jahr 2013 durch eine solide Eigenkapitalausstattung gekennzeichnet.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit ist im Jahr 2013 positiv, er ist allerdings im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 512 gesunken. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit ist 2013 positiv, da hier TEUR -310 Einzahlungen aus Abgängen von Finanzanlagen in Höhe von TEUR 500 gegenüberstehen. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit gestaltet sich planmäßig negativ. Hier spiegeln sich die Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten in Höhe von TEUR 596 wider.

Der Finanzmittelfonds sinkt im Vergleich zum Vorjahr um TEUR -135.

3. Zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken

Die Entwicklung des BFW Halle in den nächsten Jahren wird durch folgende Tendenzen beeinflusst.

Das Geschäftsfeld des BFW Halle wird sich in Zukunft von der vollen Umschulung hin zur Teilqualifizierung und oder Integrationsleistung verlagern. Als Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ versteht sich das BFW Halle als Spezialeinrichtung für Menschen mit Sehbeeinträchtigung, als überregional kompetenter Partner der Rehabilitationsträger und der Arbeitgeber.

Diese spezielle Kompetenz der Mitarbeiter im BFW Halle, die sich in der Ergebnisqualität der beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen niederschlägt, ist für das Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ im Sinne einer integrationsorientierten, ganzheitlichen, einzelfallbezogenen und effizienten Rehabilitation unerlässlich. Gleichzeitig ermöglicht sie, Strukturen zu entwickeln und Strategien zu erarbeiten, die es ermöglichen, neue Einnahmefelder zu erschließen und zu etablieren. Dies setzt allerdings eine kontinuierliche plankonforme Auslastung der Einrichtung voraus.

Die Basis der Arbeit stellt dabei das Strategiepapier „RehaFutur“ sowie die Umsetzung des neuen „Reha-Modells“ dar. Die berufliche Rehabilitation muss auf Individualisierung und Flexibilisierung setzen und gleichzeitig effektiv und effizient sein.

Da die Einflussfaktoren auf die berufliche Rehabilitation recht vielfältig und aus verschiedenen Richtungen wirken, wird sich das BFW auf erheblich größere Schwankungen sowohl in den Belegungszahlen von Halbjahr zu Halbjahr, als auch in der Art der Maßnahmen einstellen müssen. Aus diesem Grund ist eine Flexibilisierung des Leistungsangebotes extern und vor allem die Handlungsmöglichkeiten intern unerlässlich und die Hauptaufgabe für die nächsten Jahre.

Das größte Risiko für das BFW Halle liegt in der Belegung. Eine Steuerung der Anmeldungen, die sicher stellen kann, dass das BFW Halle die benötigte Mindestteilnehmerzahl erhält und damit ein ausgeglichenes Jahresergebnis erwirtschaften kann, findet seitens der Kostenträger nicht statt. Verbindliche Belegungsgarantien seitens der Kostenträger bestehen ebenfalls nicht. Eine weiter sinkende Belegung kann sich für das BFW Halle perspektivisch bestandsgefährdend auswirken. Das Entwicklungskonzept ist auf der Basis einer durch die DRV prognostizierten Belegungsentwicklung aufgebaut und wird jährlich fortgeschrieben. So wurden im Entwicklungskonzept bis zum Jahr 2018 die Belegungszahlen nach unten korrigiert. Dies geht mit einem Abbau der Liquidität einher. Grundlage ist ab dem Jahr 2014 eine Belegung von durchschnittlich 105 Rehabilitanden im BFW Halle sowie 8 Rehabilitanden in der Geschäftsstelle Berlin. Dies setzt eine Kostensatzentwicklung voraus, die die Entwicklung der Inflation und Tarife berücksichtigt. Das BFW Halle ist Mitglied des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Sachsen-Anhalt und damit an die Tarifentwicklung im vollen Umfang gebunden.

Das Ergebnis der Kostensatzverhandlungen für das Jahr 2014 brachte wieder keine Kostensatzsteigerung in dem Umfang mit sich, wie es aufgrund der Entwicklung der Inflation und Tarifierhöhungen notwendig gewesen wäre. Das BFW Halle hat in den letzten Jahren verschiedene Maßnahmen zur konsequenten Kostensenkung, zur Erlössteigerung sowie zu Steigerung der Effizienz der Organisation umgesetzt. Im Sachkostenbereich sind perspektivisch keine wesentlichen Einsparungseffekte mehr gegeben.

Für die Planung des Wirtschaftsjahres 2014 wurde mit einer Preissteigerung für die im Jahr 2014 beginnenden Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen, Anpassungsmaßnahmen, Internatsmaßnahmen, Assessmentmaßnahmen sowie Einzelmaßnahmen von 5 % gerechnet.

Das Ergebnis ist mit 1,0 % bis 2,5 % wesentlich geringer ausgefallen:

	2014	2013
Tageskostensätze berufliche Rehabilitation	EUR/Tag	EUR/Tag
Hauptmaßnahmen	95,52	93,19
Vorbereitungsmaßnahmen	94,59	93,19
Vorbereitungsmaßnahmen Geschäftsstelle	93,19	93,19
Integrationsmaßnahmen	93,43	92,05
Integrationsmaßnahmen Geschäftsstelle	92,05	92,05
Spezialmaßnahmen	426,57	426,57
Eignungsabklärung/Arbeitserprobung	122,98	121,76
Eignungsabklärung/Arbeitserprobung	121,76	121,76
Internatszuschlag	31,63	30,86

Für die Einzelmaßnahmen und die Maßnahmen für die Geschäftsstelle Berlin wurden keine Erhöhungen vereinbart. Die vereinbarten Kostensätze führen für das Wirtschaftsjahr 2014 voraussichtlich zu einem negativen Ergebnis in Höhe von TEUR 125. Dieses Ergebnis ergibt sich unter der Annahme der prognostizierten durchschnittlichen Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen in 2014 von 113 Teilnehmern.

Das BFW Halle ist von den Strategien der Rehaträger hinsichtlich ihres Belegungsverhaltens abhängig.

Für das Wirtschaftsjahr 2014 wurde bei der Berechnung der Personalkosten eine Tarifierung von 2 % angenommen.

Im Ergebnis der Einigung der Tarifparteien können hier noch zusätzliche Kosten auf das BFW Halle zukommen.

Für das Jahr 2014 sind Investitionen in einem Umfang von TEUR 292 vorgesehen. Der Schwerpunkt der Investitionsplanung liegt in der Qualifizierung und dem RehaAssessment.

Intensive Gespräche mit den Refachberatern der BA, der DRV Bund sowie der DRV Nord sind erfolgt. Das derzeitige Maßnahmeangebot des BFW Halle entspricht den Anforderungen und Bedarfen der Rehabilitationsträger. Netzwerke und Kooperationen werden zukünftig eine größere Rolle spielen. Um das Dienstleistungsangebot des BFW noch überregional anbieten zu können, ist eine Kooperation mit dem BFW Stralsund angedacht. Gleichzeitig werden wir unsere Beratungstätigkeit vor allem in Thüringen noch intensivieren. In der Rehabilitationsklinik in Masserberg konnten wir im Jahr 2013 die Patienten zu Fragen der beruflichen Rehabilitation und zu möglichen Dienstleistungen des BFW Halle beraten. Bei unseren Beratungen in Mitteldeutschland nutzen wir die Kooperationen mit den anderen mitteldeutschen BFW.

Ausgehend von einem Vorstandsbeschluss der DRV MD zur Weiterentwicklung und den Perspektiven der BFW in Mitteldeutschland verabredeten die Geschäftsführer der mitteldeutschen BFW und die Vertreter der DRV einen Maßnahmenplan zur Sicherung der fünf BFW vor dem Hintergrund der von der DRV prognostizierten demografiebedingten Teilnehmerentwicklung bis 2020.

Die Infrastruktur mit seinem denkmalgeschützten Gebäudeensemble sowie deren Bewirtschaftung bewirken nach wie vor unabwendbare hohe Fixkosten, die sich ungünstig auf den Wettbewerb mit andern Anbietern auswirken, deren Betriebskosten geringer sind und bei denen die ohnehin größere Kapazität niedrigere Tageskostensätze möglich macht.

Die Arbeit des BFW Halle wird durch die Entwicklungen des neuen Reha-Modells, welches mittlerweile als Geschäftsmodell der deutschen Berufsförderungswerke verabschiedet wurde, deutlich beeinflusst. Das neue Reha-Modell beinhaltet die Individualisierung der Maßnahmen als System hinsichtlich Inhalte, Wege, Orte, Kosten bzw. Dauer, der Struktur von Lernunternehmen, Handlungsorientierung sowie individuelle Qualifizierungswege und Qualifizierungsinhalte. Der gesetzliche Auftrag ist die nachhaltige Integration von Menschen mit Behinderung in das Arbeitsleben. Maßgebliche Herausforderung wird dabei zweifellos der dramatische Rückgang in den Belegungszahlen bei gleichzeitiger Erhöhung der Anforderungen an Flexibilisierung und Mobilität sein.

Der Preis, die Dauer der Maßnahme, wohnortnahe Rehabilitation sowie erfolgreiche Integration der Absolventen werden also für die Rehabilitationsträger auch künftig zunehmend Kriterien für die Vergabe von Aufträgen darstellen. Hinzu kommen die hohen Ansprüche an die Individualität der Maßnahmen für einen zunehmend multimorbiden Teilnehmerkreis.

Das Gebot von Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit verpflichtet das BFW Halle als Leistungsanbieter dazu, die Leistungen unter Effizienz- und Effektivitätsgesichtspunkten zu erbringen. Die Kosten steigen und die verhandelten Kostensätze spiegeln diese Kostensteigerungen immer weniger wieder.

Gleichzeitig bedingen die sanierten denkmalgeschützten Baulichkeiten hohe Instandhaltungs- und Energiekosten. Ein ausgeglichenes Ergebnis kann daher mittelfristig nur über Einsparungen im Personalbereich realisiert werden.

Wichtig hierbei ist es, Kernfelder der zukünftigen Entwicklung unberührt zu lassen. Das heißt, dass Schlüsselstellen, welche für die zukünftige Entwicklung wichtig sind, nicht wesentlich verändert werden sollten, um das BFW Halle in seinem Gesamtbestand nicht zu gefährden.

Kernziel der kommenden Jahre wird es sein, das BFW Halle weiter als Spezialeinrichtung für blinde und sehbehinderte Menschen, sowie als Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ zu etablieren. Dabei kommt dem frühzeitigen Erkennen und Gegensteuern von potentiell die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des BFW Halle gefährdenden Risiken weiterhin die stärkste Bedeutung zu. Die Risikoberichterstattung erfolgt in Form eines Reportings quartalsweise innerhalb des Unternehmens sowie an die DRV. Halbjährlich wird dem Verwaltungsrat ein Zwischenabschluss vorgelegt, der die Geschäftsentwicklung zu ersehen widerspiegelt.

Die Gesellschaft bleibt in ihrem wirtschaftlichen Erfolg mehr denn je und in besonderem Maße von den Rehabilitationsträgern abhängig und unterliegt auch fortan in besonderer Weise politischen Entscheidungen und Gesetzesänderungen.

4. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag 31. Dezember 2013, die wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, sind nicht eingetreten.

Eigenbetrieb für Arbeitsförderung*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Hibiskusweg 15 06122 Halle (Saale)		
Rechtsform:	Eigenbetrieb		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Durchführung von Beschäftigungsmaßnahmen für Arbeitslosengeld II-Empfänger und von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Bereich der Verwaltung, Förderung von Jugendwerkstätten, Verwaltung von Fördermitteln des Landes, der Europäischen Union und des Bundes zur Förderung von Beschäftigungsmaßnahmen bei Verbänden und Vereinen.

Öffentlicher Zweck:

Ziel des Eigenbetriebes ist es, entsprechend der Satzung auch in den kommenden Jahren Arbeitslosengeld II-Empfänger unter Anwendung von Förderrichtlinien in befristeten Arbeitsverträgen zu beschäftigen. Der öffentliche Zweck ist daher die Wirtschaftsförderung.

b) Besetzung der Organe

Betriebsleitung:	van Rissenbeck, Goswin
Betriebsausschuss:	Vorsitzender
	Neumann, Wolfram
	Hildebrandt, Roland
	Kley, Gerry
	Koehn, Gottfried
	Schmeil, Birgit
	Trömel, René

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2013 erfolgt.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
52	0	46	0	40	1	6	13
16.019	100	10.534	100	6.382	99	5.485	52
2	0	2	0	3	0	0	0

Bilanzsumme

16.073	100	10.582	100	6.425	100	5.491	52
--------	-----	--------	-----	-------	-----	-------	----

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten für Investitionszulagen
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
37	0	37	0	37	1	0	0
51	0	44	0	36	1	7	16
182	1	259	3	216	3	-77	-30
15.803	99	10.242	97	6.136	95	5.561	54

Bilanzsumme

16.073	100	10.582	100	6.425	100	5.491	52
--------	-----	--------	-----	-------	-----	-------	----

bb) GuV

Umsatzerlöse
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2013	2012	2011
T€	T€	T€
1.179	3.030	6.081
5.452	4.091	169
1.140	1.159	919
746	1.058	1.319
6.886	7.046	5.679
18	16	12
121	160	159
	0	
		0
0	0	0
0	0	0
0	0	0
0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	18	16	12	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	14	15	17	T€
Personalaufwandsquote:	88,62	85,10	79,22	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,29	0,41	0,57	%
Eigenkapitalquote:	0,23	0,35	0,58	%
Fremdkapitalquote:	99,77	99,65	99,42	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Eigene Maßnahmen mit Entgelt	44,00	46,00	57,00	Anzahl
Eigene Maßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung	11,00	5,00	5,00	Anzahl
Maßnahmen bei Vereinen und Verbänden	23,00	55,00	78,00	Anzahl

e) Lagebericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Im Jahr 2005 sind die Aufgaben des Ressorts Beschäftigungsförderung der Stadt in den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung (EfA) überführt worden. Der Eigenbetrieb setzt seitdem arbeits- und sozialpolitische Maßnahmen für die Stadt Halle (Saale) um. Die ihm mit der Einführung des SGB II gestellten Aufgaben konnte der EfA, wie im Vorjahr, auch im Jahr 2013 erfüllen.

Seit dem Februar 2008 ist der Beigeordnete für Wirtschaft und Wissenschaft, Herr Wolfram Neumann, Vorsitzender des Betriebsausschusses. Der Unterzeichner ist seit dem 01.07.2007 durch Beschluss des Stadtrates zum Betriebsleiter bestellt.

Im Mai und Juni 2013 wurde der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2012 des EfA durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Henschke und Partner GbR geprüft. Mit dem Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes wurde die Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer bestätigt. Es wurden keine Einwände gegen die Buchführung des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung erhoben.

Der Jahresabschluss 2012 wurde im September 2013 in den Stadtrat eingebracht, festgestellt und der Betriebsleitung gemäß § 18 Abs. 4 Satz 2 Eigen BG LSA die Entlastung erteilt. Zeitgleich musste auch der Wirtschaftsplan für das Jahr 2014 parallel zum Haushaltsplan der Stadt in den Stadtrat eingebracht werden.

Schon im Februar des Jahres 2013 hat der EfA vorfristig die Genehmigung zum Vollzug des Wirtschaftsplanes 2013 durch das Landesverwaltungsamt erhalten. Vor diesem Hintergrund konnte das Geschäftsjahr entsprechend der im Vorjahr vorgelegten Planungen umgesetzt werden.

Nach dem Abschlussstichtag gab es im Jahr 2014 keine Vorgänge von besonderer Bedeutung für das Jahr 2013.

Die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter Halle (Saale) hat sich im Geschäftsjahr weiterhin stabil gestaltet. Kleine Probleme werden auf der Arbeitsebene geklärt. Zwischen der Geschäftsleitung des Jobcenters und der Betriebsleitung gibt es regelmäßige Zusammenkünfte. Die Zusammenarbeit zwischen der Geschäftsführung des Jobcenters und der Betriebsleitung des EfA war im Geschäftsjahr 2013 geprägt von der inhaltlichen Ausrichtung der Förderinstrumente, dabei insbesondere der Bürgerarbeit und dem Förderprogramm "Familien stärken - Perspektiven eröffnen".

Das Hochwasser 2013 war eine inhaltliche und technische Herausforderung für den EfA. Alle Fördermittelgeber wurden von der Betriebsleitung rechtzeitig angefragt und haben kurzfristig den Einsatz für alle Maßnahmeteilnehmer zum Katastrophenschutz bewilligt. So war der EfA im Juni 2013 mit all seinen Mitarbeitern und aller vorhandener Technik im Einsatz. Darüber hinaus musste aus Gefährdungsgründen der Standort Hibiskusweg zeitweise aufgegeben werden. Nach den unmittelbaren Sicherungsmaßnahmen wurden fast alle Mitarbeiter bis zum Jahresende, aber auch darüber hinaus, zur Schadensbeseitigung eingesetzt. Dies geschah vor allem in Kooperation mit dem FB 37, der HWS und dem FB 67.

In der Folge dieser erfolgreichen Zusammenarbeit wurde der Betriebsleiter des EfA im August des Jahres vom Oberbürgermeister zum Koordinator der "AG Investitionen nach dem Hochwasser 2013" berufen, in welcher die Beantragung von ca. 275 Mio. € Investitionsmitteln für städtische Infrastruktur koordiniert wird.

Finanziell hatte das Hochwasser einen positiven Effekt für den EfA. Da alle Fördermittelgeber im Rahmen der Katastrophe und ihrer Auswirkungen all ihr Ermessen voll ausschöpfen konnten, wurden von diesen Fördermittelgebern Leistungen finanziert, die bei der Planung noch aus den Zuschüssen der Stadt Halle (Saale) finanziert werden mussten. So konnte der EfA dem Geschäftsbereich Finanzen zum Jahresende insgesamt 145.000 € zur Deckung von flutbedingten überplanmäßigen Ausgaben zur Verfügung stellen.

Darüber hinaus ist es, abweichend von den mittelfristigen Finanzplanungen aus den Jahren 2011/2012/2013 und unter Beibehaltung der grundsätzlichen Zielsetzung, gelungen, in den Jahren 2011 bis 2014 jährlich 200.000 € einzusparen. Grundlage dafür sind abgeschlossene Trägerkooperationen und eine zeitliche Verschiebung im Projektstart und ein sparsamer Umgang mit Sach- und Overheadkosten.

Mit den Arbeitsbereichen Eigene Projekte, Trägerbeantragung und Service sowie Finanzen und EDV ist der EfA so strukturiert, dass er jederzeit kommende oder zusätzliche Aufgaben wie das Fördermittelprogramm „Familien stärken - Perspektiven eröffnen“ oder andere Förderprogramme wie „Aktiv zur Rente - Plus“ ohne Gefährdung der bestehenden Instrumente des SGB II übernehmen und realisieren kann.

Um zukunftsfähig aufgestellt zu sein, hat der EfA im Sommer neben den Herausforderungen zum Hochwasser die Zertifizierung nach AZAV in Angriff genommen. Diese Zertifizierung erweist sich als langfristiger und dauerhafter als bis dahin geplant. In der Konsequenz wurde die dauerhafte Aufgabe der Trägerzertifizierung und der folgenden Maßnahmezertifizierung inhaltlich und personell mit den entsprechenden Qualifizierungen in ein Team Personal und Qualität integriert und der EfA hat im Folgejahr seine Teams neu strukturiert.

Als Förderinstrumente zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen sind im Jahr 2013 nachfolgende Förderinstrumente zum Einsatz gekommen.

- Maßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung (1 € Jobs) nach § 16 d Abs. 3 Satz 2 SGB II (8 bis 12 Monate).
- „Aktiv in Rente“ - Förderprogramm für Langzeitarbeitslose Ü 50 des Landes Sachsen-Anhalt aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (36 Monate)
- Bürgerarbeit - Arbeitsplatzförderung des Bundes für Langzeitarbeitslose mit mehreren Erwerbshemmnissen incl. eines Coaching durch Bildungsträger über den Bewilligungszeitraum (36 Monate).
- Erprobungsarbeitsplätze tarifgebunden im Förderprogramm "Familien stärken - Perspektiven eröffnen"
- Eignungsfeststellungen - Tarifgebundene Arbeitsplatzförderung

Direkt mit dem Eigenbetrieb für Arbeitsförderung wurden damit im Jahr 2013 durchschnittlich nachfolgende Jahresarbeitsverträge in den entsprechenden Förderinstrumenten realisiert.

Aktiv zur Rente	45 Arbeitnehmer	(davon 25 als Entgelt, 20 als 1 € Job)
Mehraufwand*	205 Arbeitnehmer	
Bürgerarbeit	380 Arbeitnehmer	
Bundesfreiwilligendienst	6 Arbeitnehmer	
Erprobungsarbeitsplätze FIC	4 Arbeitnehmer	
Eignungsfeststellungen	6 Arbeitnehmer	
ohne Förderung	45 Arbeitnehmer	

Gesamt: 691 Arbeitnehmer mit Arbeitsvertrag beim EfA

* Maßnahmen mit unterjähriger Laufzeit, daher Mehrfachbesetzung.

Darüber hinaus hat der EfA bei Dritten weitere 190 Arbeitnehmer im Förderprogramm Bürgerarbeit finanziert. Im Rahmen der Förderung Halle 500 konnten insgesamt 146 Arbeitsstellen mitfinanziert werden.

Unter Berücksichtigung der unterjährigen Laufzeit einiger weniger Maßnahmen und der Nachbesetzungen in laufenden Maßnahmen, konnten **mehr als 1.000 Leistungsempfänger in Arbeit gebracht** werden.

Besonders hervorzuheben ist dabei, dass mit den Förderprogrammen „Aktiv zur Rente“, und Bürgerarbeit **für 615 Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze mit einer Laufzeit von 36 Monaten** eingerichtet werden konnten.

Im Vergleich zu den Vorjahren konnten, bei geringerem Gesamtbudget, mehr Leistungsempfänger in Arbeit gebracht werden. Ursächlich dafür sind die großen Ermessensspielräume der Fördermittelgeber nach dem Hochwasser 2013 so wie Veränderungen im Bereich der Förderinstrumente Mehraufwand (1€ Job) und Entgelt. Mit 205 Plätzen in einer Förderung durch Mehraufwand fand gegenüber den Vorjahren eine deutliche Verschiebung zu den auch kommunal teureren Maßnahmen statt.

Vor dem Hintergrund der Schaffung von Langzeitmaßnahmen (36 Monate) hat es dabei **eine Verschiebung des Fördermittelzuflusses** weg vom Jobcenter hin zu EU, Bund, Land und Kommune gegeben. Dies ist auch bei zukünftigen Maßnahmeplanungen, wie derzeit die Maßnahmen im Fördermittelprogramm „Familien stärken - Perspektiven eröffnen“ und „Aktiv zur Rente - Plus“, zu berücksichtigen. Die 2012 begonnene Neuausrichtung der Arbeitsmarktmaßnahmen durch den Bund geht nach einem Übergangszeitraum seit Januar 2013 von einer deutlich höheren kommunalen Beteiligung aus.

Zur Durchführung der Projekte wurden folgende Mittel eingesetzt:

	2012	2013
Zuschüsse der Stadt	2.483.200 €	2.417.000 €
Sonstige Einnahmen*	232.193 €	245.739 €
Mittel des Bundes	4.768.984 €	4.510.541 €
Mittel des Landes	252.694 €	204.828 €
Mittel des Jobcenter Halle	577.818 €	423.648 €
Summe	8.314.889 €	7.801.756 €

* Personalkostenerstattungen im Rahmen von „Bildung und Teilhabe“

Dennoch ist es durch einen guten Maßnahmemix gelungen, den Anteil der Stadt Halle (Saale) an der Finanzierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen mit ca. 31 % stabil zu halten. In den Vorjahren lag diese Quote bei ca. 29,9 %.

2. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

2.1. Vermögens- und Finanzlage

Entwicklung des Eigenkapitals

	2013	2012	2011
	TEUR	TEUR	TEUR
Stammkapital	25,0	25,0	25,0
Ergebnisse der Vorjahre	12,0	12,0	12,0
Jahresgewinn/-verlust	0,0	0,0	0,0
	37,0	37,0	37,0

Das Eigenkapital verändert sich jeweils um das Jahresergebnis.

Entwicklung der Rückstellungen

	2012	Inanspruch-	Auf-	Zu-	2013
	TEUR	nahme	lösung	führung	TEUR
		TEUR	TEUR	TEUR	
Sonstige Rückstellungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Jahresabschlusserstellung und Prüfung	11,9	11,9	0,0	12,0	12,0
Strittige Personal- u. Sachkosten Fördermittel	120,7	14,9	30,7	3,2	78,3
Übrige Rückstellungen	126,6	69,0	0,0	33,9	91,5
	259,2	95,8	30,7	49,1	181,8

2.2. Darstellung der Ertragslage

Die Umsatzerlöse sowie der Material- und Personalaufwand sind in großem Maße von der Anzahl, den Laufzeiten und dem Anfang und Ende der Maßnahmen abhängig.

Die Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge gliedern sich wie folgt:

	2013 (TEUR)	2012 (TEUR)
Zuschüsse des Jobcenter Halle	603,8	556,7
Zuschüsse Land / ESF	54,5	951,0
Zuschüsse Bund	7,3	644,5
Zuschüsse Stadt	513,5	877,3
Sonstige betriebliche Erträge	1.122,8	1.144,4
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	16,8	14,3
	2.318,7	4.188,2

Die Personalaufwendungen für die Belegschaft (einschließlich der Verwaltung) unterteilen sich folgendermaßen:

	2013	2012
	TEUR	TEUR
Löhne und Gehälter	5.752,8	5.873,7
Soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung	1.133,5	1.172,6
- davon für die Altersversorgung	60,0	48,1
	6.886,3	7.046,3

Die Liquidität konnte ganzjährig durch kontinuierlichen Mittelabruf und Liquiditätscontrolling gesichert werden.

3. Aufgaben, Entwicklung und Risiken des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung im Jahr 2014

Die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit ist und bleibt eine herausragende Aufgabe der Kommunen. Trotz sinkender Arbeitslosenzahlen waren in der Stadt Halle (Saale) im Januar 2014 insgesamt 14.340 Personen arbeitslos, davon wurden 11.398 bzw. 79,5% der Arbeitslosen nach dem SGB II betreut. Das bedeutet, dass in diesen Bedarfsgemeinschaften durchschnittlich ca. 26.000 bis 30.000 Menschen betroffen sind. Rechnet man die ca. 5 bis 9 Tausend Aufstocker noch hinzu, so leben ca. 15% der Hallenser von oder mit Leistungsbezügen des SGB II.

Die Arbeitslosenquote der Stadt Halle (Saale) beträgt immer noch 12,6 %, und liegt somit unverändert weiter über dem Agenturbezirk (11,6%) und über dem Landesdurchschnitt (12%) und erst recht über dem Bundesdurchschnitt (7,3%).

Durch das Auslaufen der Bürgerarbeit (ca. 1.000 Stellen) kann im Verlauf des Jahres die Arbeitslosenquote von diesem Stand aus auf ca. 13,5% und der Anteil der Arbeitslosen nach dem SGB II daran auf ca. 86,5 % steigen.

Eine ausreichende und flexibel ausgestaltete, öffentlich geförderte Beschäftigung ist dabei ein unverzichtbares Element, um arbeitsmarktferne Zielgruppen, Geringqualifizierte bzw. sogenannte „verfestigte Langzeitarbeitslose“, die nicht mehr am Arbeitsmarkt nachgefragt werden, an Beschäftigung teilhaben zu lassen bzw. sie an diese heranzuführen. „... *Nötig sind flexiblere Strategien und Angebote zur Arbeitsplatzförderung, die langfristig angelegt und individuell abgestimmt werden können. Alleinerziehende benötigen andere Hilfen als ältere Menschen oder Menschen mit Migrationshintergrund oder junge Erwachsene ohne Berufsausbildung.*“ (Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stefan Articus)

Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik der Stadt Halle (Saale) und des Jobcenter Halle (Saale) ist es, Menschen durch die verschiedenen Fördermöglichkeiten von EU, Bund, Jobcenter, Land und der Kommune an Arbeit heranzuführen oder sie befristet in Arbeit zu bringen.

Dies wird unmittelbar im Eigenbetrieb für Arbeitsförderung realisiert, mittelbar durch entsprechende Bereitstellung von Mitteln und entsprechender Förderinstrumente des Landes und des Jobcenters Halle (Saale).

Die Passgenauigkeit von beiden für die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes wird in der Trägerversammlung des Jobcenters abgestimmt und für jede Einzelmaßnahme hinsichtlich des Eingriffs in den 1. Arbeitsmarkt geprüft.

Da die Erfahrung zeigt, dass eine Maßnahmeteilnahme alleine die Integration in den Arbeitsmarkt nicht immer befördert und sichert, wurden und werden dabei im Bereich „Ganzheitlichkeit“ und „Nachhaltigkeit“ Schwerpunkte gesetzt.

Zielkonflikte zwischen raschem Integrationserfolg, Nachhaltigkeit und sozialer Teilhabe müssen aufgelöst werden und die Schnittstellen zwischen SGB II, III, VIII und XII neu betrachtet werden.

Ohne aktive Arbeitsmarktpolitik der Kommune werden die Kosten der Unterkunft (KdU) nach Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) von derzeit 72,00 Mio. € bis ins Jahr 2016 auf 76,68 Mio. € steigen.

Die Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente im SGB II im April 2013 hat zur Folge, dass die unterschiedlichen Fördermöglichkeiten individuell kombiniert werden sollen. Der Eigenbetrieb für Arbeitsförderung hat auf diese Anforderung reagiert, für sich eine entsprechende deutschlandweite Zertifizierung ausgeschrieben und an einen der bundesweit anerkanntesten Zertifizierer vergeben. Darüber hinaus ist das Team Personal ohne personellen Aufwuchs um den Aufgabenbereich Qualitätsmanagement erweitert und qualifiziert besetzt worden.

Koordination der Investitionen nach dem Hochwasser 2013

Das Instrument der Eignungsfeststellung hat sich in den letzten beiden Jahren innerhalb des EfA und der Stadtverwaltung bewährt. Damit konnte Personal gewonnen werden, welches in der befristeten Phase der Eignungsfeststellung zum Teil durch unterschiedliche Fördermittelgeber mitfinanziert wurde und dabei den Fachbereichen eine qualifizierte Personalauswahl ermöglicht. Dieses Instrument soll auch bei der Realisierung der Investitionen nach dem Hochwasser genutzt werden.

Der Leiter des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA) hat im August 2013 die Aufgabe der Koordination der Investitionen nach dem Hochwasser 2013 übernommen. Dies geschah vor allem vor dem Hintergrund, dass der EfA eine sehr flexible Organisationsstruktur hat, die auch kurzfristig auf fördertechnische und/oder personelle Bedarfe reagieren kann.

Das Know-how und das notwendige Hintergrundwissen zur Abrechnung von Landes-, Bundes- und EU-Mitteln hat der EfA schon mehrfach unter Beweis gestellt, nicht zuletzt erfolgreich bei der kompletten landesweiten Tiefenprüfung des Arbeitsmarktprogrammes 2002 bis 2007.

Die Anbindung dieser Aufgabe an den Betriebsleiter und die dazugehörige Struktureinheit soll bis zum Abschluss aller Maßnahmen erfolgen.

4. Zielsetzung

Als Grundlage für die Zielsetzung 2014/2015 wurden die Ergebnisse des Jahres 2012 und 2013 herangezogen. Berücksichtigt wurden alle vertraglich gebundenen Projekte und Maßnahmen bis ins Jahr 2015, schon laufende, die Jahresfrist überschreitende Maßnahmen, welche in 2015 enden und eine geringe Anzahl von ca. 250 noch zu beantragende Maßnahmeplätze. Die Ergebnisse des Jahres 2013 entsprechen annähernd dem Anfangsbestand des Jahres 2014. Dabei sind durch die Langfristigkeit der Maßnahmen auch die Zuschüsse relativ stabil kalkulierbar.

Darüber hinaus wird die Stadt Halle (Saale) gemeinsam mit dem Land Sachsen-Anhalt, mit Unterstützung des Jobcenters, das Förderprogramm „Aktiv zur Rente - Plus“ umsetzen (Vergleich Beschluss Betriebsausschuss EfA vom 12.12.2013). Hierbei werden ca. 158 Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose über 50 Jahre geschaffen. Das Programm sieht eine **sozialversicherungspflichtige und tarifgerechte Entlohnung** bzw. mindestens den BZA Tarif für Zeitarbeit vor. Damit kann man davon ausgehen, dass der allergrößte Teil der geförderten Arbeitnehmer aus dem Leistungsbezug nach SGB II herausfällt und somit in 12 Monaten ca. 200.000 € KdU eingespart werden.

Vor dem oben beschriebenen Hintergrund wird die Stadt Halle (Saale) auf weitere Entwicklungen, ob aus EU, Bund, Land oder Sonstigen, aktuell reagieren und den Entscheidungsträgern Vorschläge zur Umsetzung vorlegen.

Neben den durch Heranführung an Arbeit zu erzielenden sozialpolitischen Aspekten und der damit verbundenen Verbesserung der städtischen Infrastrukturen, beinhaltet die Zielsetzung 2014 auch, die städtische Aufgabe zur Umsetzung von gerichtlich zugewiesener gemeinnütziger Arbeit vorzunehmen.

Über die arbeitsmarktpolitischen Effekte und die **Auswirkung auf die Sozialversicherungssysteme** hinaus, wird **mit allen Maßnahmen auch eine Wertschöpfung für die Stadt Halle (Saale) erzielt** (vergl. Flut u.a.). Die Schätzungen dazu bewegen sich zwischen dem 10fachen und dem 35fachen des kommunalen Jahreszuschusses an den EfA.

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Prioritäten ist es weiterhin notwendig, Maßnahmen mit Mehraufwand zur Heranführung bestimmter Personengruppen an den Arbeitsmarkt durchzuführen, selbst wenn diese die oben benannten Effekte nur teilweise erfüllen.

Vor dem Hintergrund des weiter steigenden Fachkräftemangels sind hier sogar sehr niedrigschwellige Projekte zu entwickeln, mit denen die sogenannten „verfestigten Langzeitarbeitslosen“ wieder an Arbeit herangeführt werden können. Wenn der Fachkräftemangel die Wirtschaft dazu zwingt, ihr derzeit eigenes geringqualifiziertes Personal zu qualifizieren, werden sich auch Chancen für die „verfestigten Langzeitarbeitslosen“ ergeben. Voraussetzung dazu ist allerdings, dass diese Erwerbsfähigen in der Lage sind, einen Arbeitstag, eine –woche, einen –monat, ein –jahr und dann das restliche Arbeitsleben durchzuhalten. Hier sind derzeit die perspektivischen Herausforderungen und Zielsetzungen des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung zu sehen.

Um sich diesen Herausforderungen zu stellen, wird der Eigenbetrieb für Arbeitsförderung sich im Jahr 2014 nach AZAV (SGB II Standard) zertifizieren lassen. Ziel ist es, die vom Eigenbetrieb für Arbeitsförderung umgesetzte öffentliche Arbeit auch mit Qualifizierungsprogrammen zu kombinieren. Neben dem inhaltlich positiven Ergebnis für die Betroffenen ist dies zur Steigerung der Förderquote unumgänglich. In der Folge ist es notwendig, auch die Beantragung der Maßnahmen zu qualifizieren, da diese vor Antragstellung auch einzeln zertifiziert werden müssen.

Im EfA wird die Verwendungsnachweisprüfung zum Förderprogramm Bürgerarbeit schon vorbereitet. Mit Blick auf eine gesamtstädtische Effizienz wird sich auch das Rechnungsprüfungsamt daran beteiligen. Nützliches Steuerungselement ist dabei das in den Jahren 2008 und 2009 eingeführte interne Controlling (IKS).

Für seine Geschäftstätigkeit und zur Mitfinanzierung der Beschäftigungsprojekte sind im Haushalt der Stadt Halle (Saale) für den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung im Jahr 2014 Zuschüsse in Höhe von

2.333.000 EURO.

eingepplant.

Für die geplanten Maßnahmen sind Eingliederungsleistungen des Jobcenters in Höhe von

1.345.000 EURO

und Mittel des Bundes und Landes in Höhe von

4.753.000 EURO

als sonstige Fördermittel für alle Maßnahmen eingepplant.

Da derzeit fast alle Maßnahmen mit einer Laufzeit von 1 bis 3 Jahren bewilligt sind, kann prognostiziert werden, dass die Entwicklung der vom EfA durchschnittlich realisierten Maßnahmen in der Mittelfristplanung für die Jahre 2012 bis 2015 sich wie folgt darstellt.

2012	1.100 Maßnahme- Plätze
2013	1.000 Maßnahme- Plätze
2014	650 Maßnahme- Plätze
2015	200 Maßnahme- Plätze

Vor diesem Hintergrund sind, mit dem Blick auf das Jahr 2015 und die sich abzeichnende Entwicklung am Arbeitsmarkt, Personalentwicklungsmaßnahmen für die Mitarbeiter des Eigenbetriebes beschlossen und beantragt. Diese sind durch den FB Verwaltungsmanagement zu realisieren. Darüber hinaus wird der Betrieb sein Stammpersonal in entsprechendem Maße durch Freisetzung abbauen.

In der Stadt Halle (Saale) ist eine inhaltliche arbeitsmarkt- und/oder sozialpolitische Ausrichtung des Eigenbetriebes zu formulieren.

Eigenbetrieb Kindertagesstätten*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Am Stadion 5 06122 Halle (Saale)		
Rechtsform:	Eigenbetrieb		
Stammkapital in T€:	0		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)		100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Zweck des Eigenbetriebes ist der Betrieb und die Bewirtschaftung von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, speziell von Kindertageseinrichtungen, in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) entsprechend den jeweils gültigen Gesetzen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck des Unternehmens ergibt sich aus dem KiFöG, nach welchem die Stadt dazu verpflichtet ist, Kinderbetreuungsplätze anzubieten und dementsprechend auch einzurichten.

b) Besetzung der Organe

Betriebsleitung:		Kreisel, Jens	
Betriebsausschuss:	Vorsitzender	Kogge, Tobias Dr. Brock, Inés Haupt, Hanna Haupt, Ute Knöchel, Swen Schmidt, Karin Scholtyssek, Andreas Weiß, Silvia Wolff, Sabine	(seit 01.01.2013)

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2013 erfolgt.

	31.12.2013	31.12.2012
	T€	T€
Betriebsausschuss	0	0

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	34.006	83	34.884	83	34.985	81	-878	-3
Umlaufvermögen	7.183	17	7.275	17	8.027	19	-92	-1
Rechnungsabgrenzungsposten	12	0	37	0	0	0	-25	-68

Bilanzsumme	41.201	100	42.196	100	43.012	100	-995	-2
--------------------	--------	-----	--------	-----	--------	-----	------	----

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	21.029	51	21.169	50	21.086	49	-140	-1
Sonderposten für Investitionszulagen	10.392	25	9.706	23	9.979	23	686	7
Rückstellungen	4.228	10	5.301	13	5.641	13	-1.073	-20
Verbindlichkeiten	5.478	14	5.933	14	6.092	14	-455	-8
Rechnungsabgrenzungsposten	74	0	87	0	214	1	-13	-15

Bilanzsumme	41.201	100	42.196	100	43.012	100	-995	-2
--------------------	--------	-----	--------	-----	--------	-----	------	----

bb) GuV

	2013	2012	2011
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	32.831	31.723	31.341
sonstige betriebliche Erträge	1.266	1.938	941
Materialaufwand	46	40	46
Personalaufwand	27.304	26.424	23.638
Abschreibungen	1.266	1.297	1.114
sonstige betriebliche Aufwendungen	6.003	5.474	7.059
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	6	26
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	296	375	414
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-815	57	37
außerordentliche Erträge	731		
außerordentliches Ergebnis	731		
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-84	57	37
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-84	57	37

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-0,25	0,18	0,12	%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,40	0,27	0,18	%
Cash-Flow:	1.182	1.354	1.151	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	47	50	50	T€
Personalaufwandsquote:	80,08	78,50	73,22	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	82,44	82,54	81,20	%
Eigenkapitalquote:	51,04	50,17	49,02	%
Fremdkapitalquote:	48,96	49,83	50,98	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Betreuungsstunden	10.016.252,00	9.403.592,00	9.456.462,00	Stunden
Betreuungskosten ¹⁾	3,46	3,45	3,33	€/Std.
davon Personalkosten	2,73	2,74	2,49	€/Std.
davon Sachkosten	0,73	0,71	0,84	€/Std.
Kinderzahlen (Durchschnittsbelegung)	5.392,00	5.313,00	5.244,00	Anzahl

¹⁾ Einmaleffekte (Altersteilzeit, außerordentliche Abschreibungen) wurden herausgerechnet.

e) Lagebericht

- I. GRUNDLAGEN DES EIGENBETRIEBES
 - 1. Geschäftsmodell – Ziele und Strategien
- II. Wirtschaftsbericht
 - 1. Gesamtwirtschaftliche, Branchenbezogene Rahmenbedingungen
 - 2. Geschäftsverlauf
 - 3. Lage
 - Vermögens,- Finanz und Ertragslage
- III. Nachtragsbericht
- IV. Prognosebericht
 - 1. Entwicklung der Belegungszahlen
 - 2. Wiedereröffnung KITA heiderörschen
 - 3. Weitere Baumaßnahmen im Wirtschaftsjahr 2014
- V. Chancen- Und Risikobericht

I. GRUNDLAGEN DES EIGENBETRIEBES

1. Geschäftsmodell – Ziele und Strategien

Der Eigenbetrieb wurde zum 01.01.2006 mit Beschluss des Stadtrates vom 07. März 2005 gegründet. Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten übernahm die operativen Geschäfte der Kernverwaltung und den Betrieb der nach Übergabe an freie Träger der Jugendhilfe verbliebenen kommunalen Kindertagesstätten.

Der Stadtrat war sich seinerzeit bewusst, dass die Stadt Halle gerade durch die Binnenwanderung innerhalb des Stadtgebietes in Zukunft enormen Herausforderungen gegenübersteht und hat sich durch diese Entscheidungen zukünftig die Möglichkeit einer aktiven Gestaltungen der Stadtentwicklung im Bereich der frühkindlichen Bildung ermöglicht.

Aktuell werden durch den Eigenbetrieb Kindertagesstätten, bezogen auf das Berichtsjahr 2013, 45 Kindertagesstätten und 5 Horte betrieben. Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten wird als Sondervermögen der Stadt Halle (Saale) ohne eigene Rechtspersönlichkeit gemäß § 110 GO LSA geführt. Die Aufgaben des Eigenbetriebes sind gemäß § 4 Abs. 1 EigBG in der Eigenbetriebssatzung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) geregelt. Der Gegenstand und Zweck des Eigenbetriebes sind die Betreuung, Bildung und Erziehung der Kinder im Rahmen einer auf die Förderung der Persönlichkeit des Kindes orientierten Gesamtkonzeption unter dem Gesichtspunkt der Gemeinnützigkeit laut Abgabenordnung.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten erhebt zur Finanzierung der Gesamtkosten Elternbeiträge, die jedoch nur einen Teil der anfallenden Kosten decken.

Die Stadt Halle hat zu diesem Zweck eine Satzung geschaffen, auf deren Grundlage Beiträge erhoben werden. Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten erlässt im Auftrag der Gebietskörperschaft die entsprechenden Kostenbeitragsbescheide, führt eine Sonderkasse und ist organisatorisch für die Beitreibung der Beiträge bis zur Vollstreckung selbst verantwortlich.

Die Finanzierung der Kindertagesbetreuung erfolgt gemäß der Richtlinie zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen, § 11 Abs. 4 KiFöG.

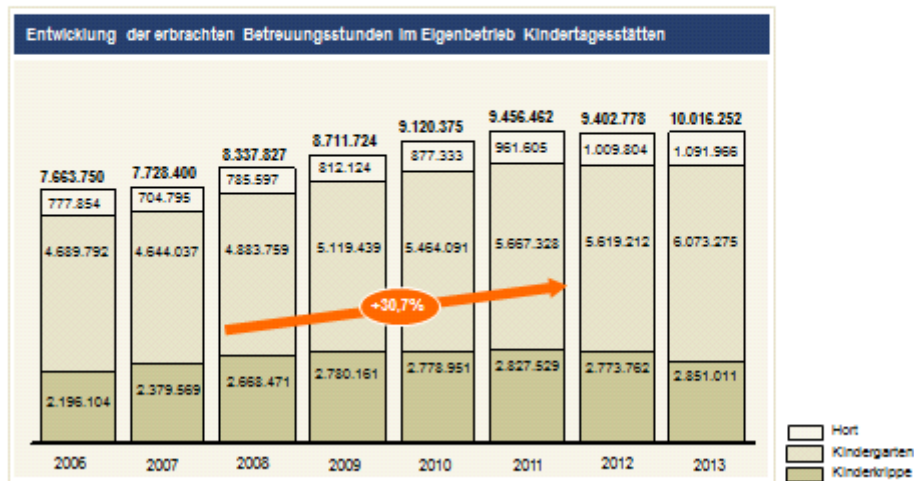
Der Eigenbetrieb verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 52 Abs. 2 des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Er ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Gesamtauslastung der Kindertagesstätten des Eigenbetriebes ist auch im Jahr 2013 ansteigend:

Die Anzahl der erbrachten Betreuungsstunden stieg um 30,7 Prozent, absolut um 2,4 Mio. auf 10,0 Mio. Betreuungsstunden.



Mit Einführung des Rechtsanspruches auf einen ganztägigen Platz in einer Kindertageseinrichtung durch das Land Sachsen Anhalt ergab sich folgende Veränderung:

Durch den geänderten Rechtsanspruch zum 01.08.2013 war eine Steigerung um absolut 613.474 Betreuungsstunden zu verzeichnen. Der Ganztagsanspruch ist für alle Kinder ab 3 Jahren und ab 01.08.2014 auch für die unter 3-Jährigen Kinder gesetzlich neu geregelt worden.

Um diese Änderungen entsprechend zu berücksichtigen, wurde ein Nachtragswirtschafts-plan erarbeitet.

In der geltenden Version vom 06.08.2013 gelten nunmehr folgende Prämissen:

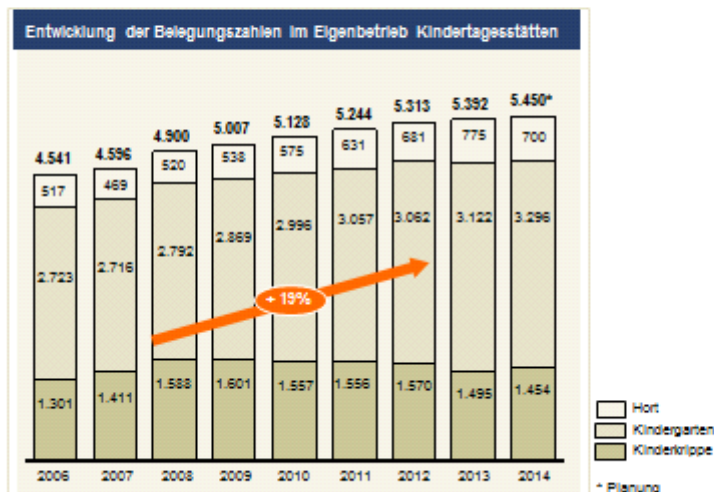
Der Fehlbedarfsausgleich musste entsprechend um 646 TEUR erhöht werden. Dieses wurde notwendig durch einen erhöhten Personalbedarf und damit steigende Personalaufwendungen (950 TEUR) sowie einem erhöhten Bedarf an Sachkosten (13 TEUR). Zum anderen wurden die dadurch steigenden Elternbeiträge und die Ermäßigungen mit 322 TEUR berücksichtigt.

2. Geschäftsverlauf

Die Belegung der zur Verfügung stehenden Kindertagesstätten- und Hortplätze war auch im Berichtszeitraum 2013 in allen Produktgruppen ansteigend. Die Entwicklung der durchschnittlichen Belegung der Kindereinrichtungen stieg im Zeitraum 2005 - 2013 für die gesamte Stadt Halle (Saale) um 39,4%. Gegenüber dem Gründungsjahr stieg die Belegung der Kindertagesstätten des Eigenbetriebes um 19 Prozent und ist weiterhin steigend.

Die Nachfrage nach unseren Einrichtungen war in allen Bereichen so hoch, dass der Eigenbetrieb Kindertagesstätten trotz aller Bemühungen nicht immer zum gewünschten Termin Plätze in den jeweils bevorzugten Lagen zur Verfügung stellen konnte. Daher müssen zunehmend lange und aufwendige Anfahrtswege durch die Eltern in Kauf genommen werden.

Die Belegung der vom Eigenbetrieb Kindertagesstätten angebotenen Plätze stieg seit der Gründung bis zum Wirtschaftsjahr 2013 um 19 Prozent an, absolut um 851 belegte Plätze.



Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum 2012 stieg die Belegung um 1,48 Prozentpunkte - absolut um 79 Plätze. Im Vergleich zum Gründungsjahr betreute der Eigenbetrieb Kindertagesstätten damit im Jahresdurchschnitt 2013 absolut 851 Kinder mehr.

Bei den erbrachten Betreuungsstunden war im Berichtszeitraum eine Steigerung um 6,52 Prozent zum Vergleichszeitraum 2012 zu verzeichnen. Seit Gründung des Eigenbetriebes stiegen die erbrachten Betreuungsstunden um 30,7 Prozent.

Neben der Einführung der neuen Kostenbeitragssatzung, die ab 1.1.2014 in Kraft trat, war für das Wirtschaftsjahr 2013 das Juni-Hochwasser der Saale auch für den Eigenbetrieb Kindertagesstätten prägend.

Anfang Juni 2013 trat die Saale über die Ufer und überschwemmte gleich mehrere Stadtgebiete. So war auch die Kita „Vier Jahreszeiten“ betroffen. Es entstand ein Schaden am Gebäude, den Außenanlagen und Einrichtung von ca. 300 TEUR, die auch in der GuV 2013 wirksam wurden. Nur durch die Sofortmaßnahmen des Eigenbetriebes Kindertagesstätten konnten die Kinder im vierten Quartal 2013 in ihr gewohntes Umfeld zurückkehren.

Finanzielle Mittel aus dem Fluthilfeprogramm des Landes Sachsen-Anhalt wurden in Höhe von 197 TEUR sowie aus weiteren Hilfsprogrammen, wie zum Beispiel dem Kinderhilfswerk und Lotto Sachsen-Anhalt, in Höhe von 76 TEUR beantragt. Eine Auszahlung ist zum Teil in 2014 erfolgt.

Das Projekt Neubau einer Kita in der Schimmelstrasse wurde aufgrund des Ablehnungs-bescheides der Investitionsbank Sachsen-Anhalt vom 27.08.2013 bis auf weiteres aufgegeben. Eine Förderung aus dem STARK III-Programm wurde aufgrund fehlender Fördervoraus-setzungen abgelehnt. Die bereits im Vorfeld geleisteten Aufwendungen für Planungs-leistungen und Gutachten wurden entsprechend aus den Anlagen im Bau aufwandsgerecht umbucht. Es entstanden Gesamtkosten in Höhe von 235 TEUR.

3. Lage

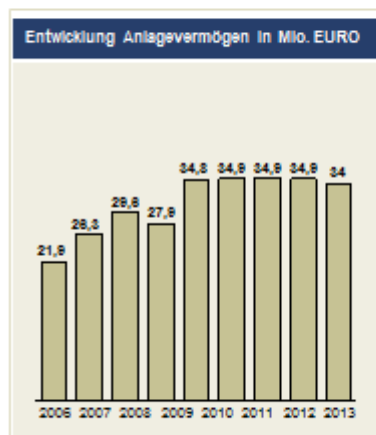
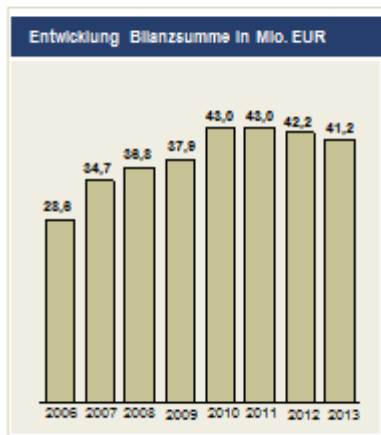
Vermögens-, Finanz und Ertragslage

Das Bilanzbild ist geordnet; gegenüber dem Vorjahresstichtag ist das Bilanzbild weitgehend unverändert. Das Anlagevermögen ist - wie in den Vorjahren - vollständig durch Eigenkapital, Sonderposten und langfristige Verbindlichkeiten gedeckt.

Die Bilanzsumme beläuft sich im Wirtschaftsjahr auf TEUR 41.201, damit sank sie um insgesamt TEUR 994 gegenüber dem Bilanzwert zum 31.12.2012.

In folgenden Positionen der Bilanz zum 31.12.2013 ergaben sich Veränderungen, die kurz analysiert werden sollen:

Die Bilanzsumme des Eigenbetriebes Kindertagesstätten stieg seit Gründung auf aktuell 41,2 Mio. EUR. Das Anlagevermögen im gleichen Zeitraum auf aktuell 34 Mio. EUR.



Das Anlagevermögen bestand aus Immateriellen Vermögensgegenständen (TEUR 41; Vergleich 2012: TEUR 53) und aus Sachwerten des beweglichen Anlagevermögens (TEUR 33.965; Vergleich 2012: TEUR 34.830). In der Position Anlagen im Bau in Höhe von TEUR 780 (Vorjahr: TEUR 477) finden sich die Investitionen wieder, die im Berichtsjahr noch nicht abgeschlossen werden konnten. Zur Entwicklung der einzelnen Investitionen wird auf die Abschnitte Nachtrags- und Prognosebericht verwiesen.

Der vorhandene Forderungsbestand zum 31.12.2013 wurde entsprechend abgestuft wertberichtigt. Es ist eine Wertberichtigung für öffentlich-rechtliche Forderungen in Höhe von TEUR 73 in 2013 bilanziell eingestellt worden. Durch die Professionalisierung des Mahnwesens (regelmäßiger, maschineller Mahnlauf) werden die Forderungen weiterhin reduziert. Die zweifelhaften Forderungen konnten aufgrund der kontinuierlichen Arbeit des Mahnwesens um TEUR 9 weiter reduziert werden. Einzelvorgänge wurden in die Vollstreckung übergeben bzw. Ratenverträge wurden verstärkt abgeschlossen.

Durch eine Umstellung der Zahlungen des Fehlbedarfs, der von der Stadt Halle (Saale) laut Satzung gezahlt wird, kam es zu einem gegenüber dem Vorjahr verminderten Forderungsbestand; gleichzeitig ist eine Erhöhung der liquiden Mittel zu verzeichnen.

Die Forderungen gegenüber der Stadt Halle (Saale) aus der Übernahme der Altersteil-zeitverpflichtungen wurden durch die Zahlungen aus den Mittelabrufen für Altersteilzeit um T€ 1.577 planmäßig reduziert; entsprechend haben sich die sonstigen Vermögens-gegenstände von TEUR 4.358 auf TEUR 2.903 vermindert.

Das Eigenkapital hat sich gegenüber der Bilanz zum 31.12.2012 reduziert, da - neben dem erzielten Jahresverlust für das Wirtschaftsjahr 2013 - gemäß Stadtratsbeschluss vom 27.02.2014 zum Jahresabschluss 2012 eine Ausschüttung des Jahresüberschusses in Höhe von 56.749,37 Euro an die Stadt Halle (Saale) beschlossen wurde. Die Ausschüttung ist noch nicht erfolgt und wird in der Bilanz zum 31.12.2013 unter den sonstigen Verbind-lichkeiten gegenüber der Stadt Halle (Saale) ausgewiesen.

Eine wesentliche Veränderung des Sonderpostens aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens resultiert aus der Zusage der U3 - Fördermittel zum Ausbau der Kita Heideröschchen (TEUR 960).

Zur Entwicklung der Rückstellungen verweisen wir auf die Darstellung im Anhang.

Die Rückstellungen im Bereich der Mehrstunden, Urlaubs- und Jubiläumsansprüche basieren auf durchschnittlichen Personalkostensätzen. Wesentliche Veränderungen waren im Bereich der Rückstellungen für Resturlaub und Mehrstunden (+T€ 18) zu verzeichnen. Aufgrund der angespannten Betreuungssituation war eine Übertragung von Urlaubsansprüchen und Mehrstunden in das Jahr 2014 in Absprache mit dem jeweiligen Mitarbeiter notwendig.

Die Rückstellung für Instandhaltung (TEUR 425) wurde für die Mängelbeseitigung von dringend notwendigen Reparatur- und Instandhaltungsmaßnahmen - hier teilweise aus den Hochwasserschäden - in den Kindertageseinrichtungen und Horten des Eigenbetriebes Kindertagesstätten gebildet. Die Auftragserteilung erfolgte bereits in den Monaten November und Dezember 2013. Die sachgerechte Ausführung und Rechnungslegung erfolgte bis zum 31.03.2014.

Die Rückstellungen für Altersteilzeit haben sich planmäßig um TEUR 1.514 reduziert. Die Entwicklung dieser Rückstellung geht konform mit der korrespondierenden Forderung gegenüber der Stadt Halle/Saale.

Die Verbindlichkeiten haben sich insgesamt um TEUR 455 vermindert. Neben der planmäßigen Tilgung der PPP-Darlehen (Rückgang TEUR -258) kam es bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen stichtagsbedingt zu einem Rückgang um TEUR 302. Demgegenüber sind die sonstigen Verbindlichkeiten durch die Einstellung der Verbindlichkeit aus der Ergebnisverwendung für das Wirtschaftsjahr 2012 (TEUR 57) und gestiegene Lohnsteuerverbindlichkeiten (+ TEUR 37) gekennzeichnet.

Im Bereich der Gewinn- und Verlustrechnung für 2013 gab es vorrangig Abweichungen in den Umsatzerlösen, Personalaufwand, sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen sowie einen außerordentlichen Ertrag.

Die Umsatzerlöse stiegen um TEUR 1.108 (3,49 Prozent) gegenüber dem Vorjahr. Grund sind vor allem die Elternbeiträge, die aufgrund von Stundenerhöhungen mit höheren Gebühreneinnahmen verbunden waren sowie eine höhere Fehlbedarfsfinanzierung durch die Stadt Halle (Saale).

Die Veränderungen bei den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen ergeben sich vorrangig aus Einmaleffekten (u.a. periodenfremde Effekte).

Im Wirtschaftsjahr waren Personalaufwendungen in Höhe von TEUR 27.304 (im Vergleich 2013 TEUR 26.424) zu verzeichnen. Es wurden TEUR 880 Mehraufwendungen im Personalbereich erzielt, die hauptsächlich aus der gestiegenen Auslastung und dem geänderten Nutzerverhalten (Ganztagsplatzanspruch zum 01.08.2013) zu erklären sind. Zur Einhaltung des gesetzlichen Mindestpersonalschlüssels mussten zusätzliche Betreuungsstunden aufgewandt werden; insgesamt stieg der Mitarbeiterbestand durchschnittlich um 40. Ein weiterer Einflussfaktor war die Tarifsteigerung zum 01.01.2013 um 1,4 Prozent und zum 01.08.2013 um weitere 1,4 Prozent.

Im Berichtsjahr 2013 wurde ein außerordentlicher Ertrag in Höhe von 731.141,01 Euro erzielt. Dieser entstand durch den Ausgleich einer bereits wertberichtigten Forderung gegenüber dem Fachbereich Bildung der Stadt Halle (Saale) aus der Abrechnung der Ermäßigungen der Jahre 2008-2010. Im Rahmen der Zahlungsvereinbarung zum 01.08.2012 wurde vom Fachbereich der Ausgleich in 2013 vorgenommen.

Das Jahr 2013 schließt der Eigenbetrieb mit einem negativen Jahresergebnis in Höhe von 83.702,42 Euro ab. Grund für das negative Ergebnis sind die Ereignisse des Juni-Hochwassers 2013, und damit zwingend notwendig verbundene Sanierungsaufwendungen, die im Vorfeld finanziert werden mussten. Diese Aufwendungen waren nicht planbar. Entsprechende Fördermittelanträge wurden gestellt, befinden sich weiterhin in Bearbeitung.

Der Eigenbetrieb war im Berichtszeitraum jederzeit in der Lage, seinen Zahlungsverpflichtungen aufgrund des vorweggenommen und unterjährig ausgezahlten Fehlbedarfsausgleiches durch die Stadt Halle (Saale) nachzukommen.

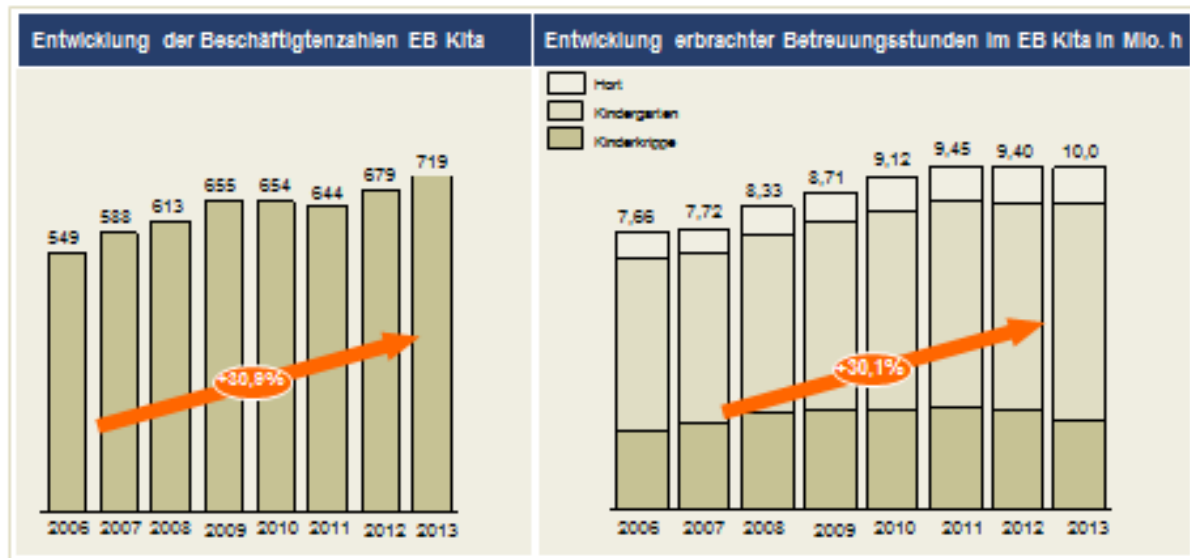
Zum Plan-Ist-Vergleich verweisen wir auf die Darstellung in der Anlage zum Lagebericht.

Personalaufwendungen

Die Mitarbeiterzahl betrug im Jahresmittel 719 und damit 40 über dem Vorjahreswert. Diese ergibt sich entsprechend der gesetzlichen Vorgaben (KiFöG § 21 Abs. 2 Nr. 1 und 2) anhand der Kinderzahlen, den in den Betreuungsverträgen vereinbarten Wochenstunden und des nachgefragten Angebotes. Als Betreiber von Kindertagesstätten ist der Eigenbetrieb zur Einhaltung des geltenden Mindestpersonalschlüssels verpflichtet.

Durch diese gesetzliche Einschränkung ist eine freie Inputwahl eingeschränkt und in Folge dessen eine Reduzierung der Stellenanzahl in den Kindertagesstätten nur mit ab 2018/2019 sinkenden Kinderzahlen möglich.

Durch die Einführung des Ganztagsanspruches (durch die Änderung des KiFöG's LSA) werden mehr Betreuungsstunden durch die Eltern abgerufen. Diese Entwicklung wirkt sich nicht nur auf die Auslastung der einzelnen Einrichtungen aus, sondern auch auf die Qualität der Betreuung. Aus Sicht der Betriebsleitung ist die Gesamtsituation in Hinblick auf die Raumkapazität und das Personal eher angespannter zu betrachten.



Dabei sind motivierte Mitarbeiter die Grundlage des Erfolgs, und exzellente frühkindliche Bildung hängt von einer exzellenten Mannschaft ab – und auch diese entsteht nicht von allein.

Daher ist eine strategiekonforme Personalrekrutierung und Entwicklung von entscheidender Bedeutung. Dem trägt der Eigenbetrieb konsequent Rechnung: So wurde im Berichtsjahr das Personalentwicklungsprogramm weiter ausgebaut und ein betriebliches Gesundheitsmanagement etabliert.

Damit stellen wir nachhaltig sicher, den internen, an den Unternehmenszielen ausgerichteten Bedarf an qualifizierten Fach- und Führungskräften zu decken. Ein Schwerpunkt ist, insbesondere Mitarbeiter aus den eigenen Reihen zu fördern und durch ihre gezielte Weiterbildung einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg und zur Zukunftssicherung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten zu leisten.

Durch die hohe Anzahl von Mitarbeitern gibt es immer auch eine natürliche Fluktuation, vor allem durch Wohnortwechsel oder familiäre Veränderungen. Wir sind deshalb immer offen für Initiativbewerbungen, veröffentlichen aber auch ständig aktuelle Stellenangebote auf unserer Homepage (www.kitas-halle.de).

Von den 719 Mitarbeitern des Berichtsjahres 2013 standen dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten lediglich im Jahresdurchschnitt 677 Mitarbeiter effektiv zur Verfügung. Grund dafür sind unter anderem die Inanspruchnahme von Altersteilzeitmodellen, Langzeiterkrankungen (durchschnittlich: 16 Mitarbeiter) und Mitarbeiterinnen im Erziehungsjahr (durchschnittlich: 26 Mitarbeiterinnen). Zwei Mitarbeiter waren über das Programm Kita-Sprache-Integration als zusätzliche Erzieherfachkräfte für die Sprach-, und Integrationsförderung im Eigenbetrieb beschäftigt.

Im Rahmen der Bewerbungsgespräche wurde der Fachkräftemangel im erzieherischen Bereich auch für den Eigenbetrieb Kindertagesstätten spürbar, der eine zukünftige strategische Personalentwicklung in den nächsten Jahren gegenüber der Betriebsleitung einfordern.

III. Nachtragsbericht

Von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres waren die Einführung der Kostenbeitragssatzung sowie der Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst.

Zum 01.01.2014 traten die am 27.11.2013 und 18.12.2013 durch den Stadtrat beschlossenen Satzungen: Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) sowie Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale) in Kraft.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) hat zum Januar 2014 die Umstellung auf die neuen Kostenbeiträge auf Grundlage der geltenden Betreuungszeitstufen entsprechend vorgenommen.

Des Weiteren kam es am 01.04.2014 zum Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst, welcher Auswirkungen auf die Entwicklung der Personalkosten haben wird:

Die Personalkosten werden sich auch im Wirtschaftsjahr 2014 und darüber hinaus - durch den aktuellen Tarifabschluss und Änderungen in den Betreuungsschlüsseln durch das KiFöG - erhöhen. In den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen wurde folgendes Ergebnis erzielt:

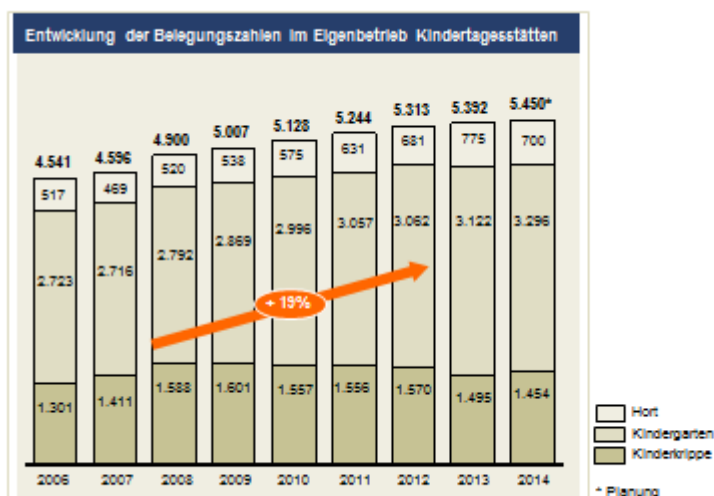
Die Entgelte steigen rückwirkend zum 1. März 2014 um 3,0 Prozent, mindestens aber um 90 Euro, und zum 1. März 2015 um weitere 2,4 Prozent. Außerdem beträgt der Urlaubsanspruch ab 2014 für alle Beschäftigten einheitlich 30 Tage. Bezogen auf die Personalkosten des Eigenbetriebes Kindertagesstätten wird sich die durchschnittliche Steigerung auf ca. 3,32 % im Jahr 2014 belaufen. Ein Nachtragswirtschaftsplan 2014 wurde erarbeitet, der die Änderungen aus der Kostenbeitragssatzung, sowie aus den Tarifverhandlungen berücksichtigt.

Die neue Kostenbeitragssatzung, die neben der Erhöhung der Kostenbeiträge ein neues Betreuungszeitstufenmodell enthält, führt zu einem Mehrbedarf an Betreuungsstunden. Dies hat zur Folge, dass auch ein höherer Bedarf an Personal erforderlich ist, um den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestpersonalschlüssel zu erfüllen.

1. Entwicklung der Belegungszahlen

Im Wirtschaftsjahr 2014 wird mit einem weiteren Anstieg der Kinderzahlen gerechnet.

So werden dann im Vergleich zum Gründungsjahr ca. 909 Kinder mehr betreut. Die auf Grund dessen und des Produktmixes zu erwartenden Einnahmen aus Elternbeiträgen belaufen sich laut Planung (Nachtragswirtschaftsplan) für 2014 auf 4,128 Mio EUR. Die Zuweisungen laut KiFöG betragen laut Planung 16,326 Mio EUR und der Ausgleich der Stadt Halle beträgt 10,227 Mio EUR. Diese Planungen sind letztlich abhängig von der Inanspruchnahme der verschiedenen Betreuungszeitstufen und werden vom Eigenbetrieb auf Grund bereits geschlossener Betreuungsverträge und historischen Daten kalkuliert.



2. Wiedereröffnung KITA Heideröschchen

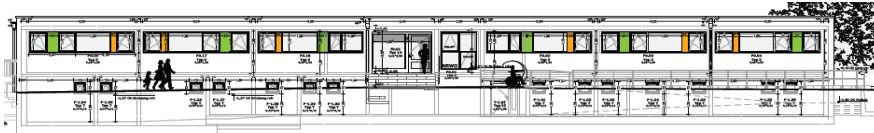
Kinder und Familien brauchen beste Chancen und Perspektiven. Kinder brauchen beste Bildung und Betreuung. Der Ausbau der U3-Plätze, die Verbesserung der frühkindlichen Bildung und der Qualität der Betreuung sind die zentralen Ziele. Wer in Kinder investiert, investiert in die Zukunft.

Am 01.04.2014 konnte die Kita Heideröschchen nach umfangreichen Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen wieder eröffnet werden.

Durch das Förderprogramm Kinderbetreuungsfinanzierung U3 wurde dieses Bauvorhaben unterstützt. Durch dieses Förderprogramm sollen Plätze für die unter-3-jährigen saniert bzw. neu geschaffen werden. Dafür bereitgestellte Bundesmittel sollen Länder und Kommunen dabei unterstützen, für mindestens 30 Prozent der Krippenkinder Betreuungsplätze vorzuhalten.

Überblick & Daten der Investition

1	Zeitraum der Umsetzung	Wirtschaftsjahr 2013
2	Summe der Investition	1,46 Mio. / Programm U3
3	Fertigstellung	01.04.2014
4	Kinderzahlen	70 Kinder (35 Krippe + 35 Kindergarten)



Für die Kita „Heideröschchen“ hat der Eigenbetrieb Kindertagesstätten Fördermittel in Höhe von T€ 960 erhalten. Es wurden 35 Plätze für Krippenkinder und 35 Plätze für Kindergarten-kinder geschaffen. Dabei wurden Kosten in Höhe von TEUR 1.291 aufgewendet. Die Gesamtkosten werden zum 01.04.2014 entsprechend den einzelnen Anlagegruppen aktiviert und über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben.

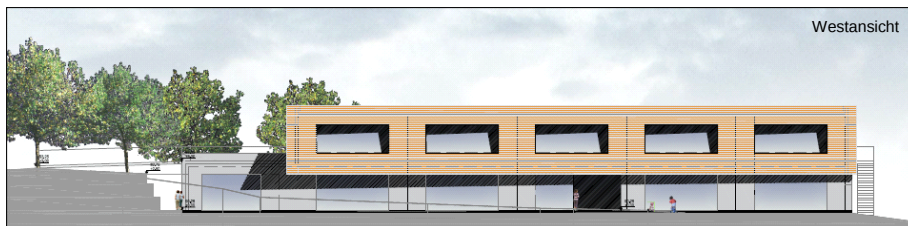
3. Weitere Baumaßnahmen im Wirtschaftsjahr 2014

Im Rahmen einer Entwicklungsmaßnahme wurde bereits im Jahr 2012 in Kooperation mit der SALEG Sachsen-Anhaltinische-Landesentwicklungsgesellschaft mbH der Neubau der Kindertagesstätte „Heide-Süd“ begonnen. Die Fertigstellung und Eröffnung ist im I. Quartal 2016 geplant.

Es werden ca. 2 Mio. Euro investiert und insgesamt 110 Plätze (40 Krippe, 70 Kinder-garten) geschaffen.

Überblick & Daten der Investition

1	Zeitraum der Umsetzung	Wirtschaftsjahr 2014/2015
2	Summe der Investition	2,0 Mio. / Kooperation mit SALEG
3	Fertigstellung	31.12. 2015
4	Kinderzahlen	110 Kinder (40 Krippe + 70 Kindergarten)



IV. Chancen- und Risikobericht

Neben der Bedarfs- und Entwicklungsplanung, die durch den örtlichen Träger der Jugendhilfe jährlich erstellt wird, werden durch den Eigenbetrieb Kindertagesstätten eigene Untersuchungen zur aktuellen und künftigen Entwicklung der Bedarfslage erstellt.

Auf Grund der differenzierten Bevölkerungsentwicklung vor und nach 1990 in Halles Stadtteilen entwickelte sich eine zunehmende räumliche Diskrepanz zwischen dem gewachsenen KITA-Netz und den Wohnstandorten junger Familien mit Kindern.

Damit steht die Stadt Halle (Saale) bei der Entwicklung eines nachhaltig bestandsfähigen Netzes der kommunalen Bildungslandschaft aus Kindertagesstätten, Horten und Schulen in den kommenden fünf Jahren vor enormen Herausforderungen.

Es ist durch eine stark dezimierte 1990er Elterngeneration mit einem Geburtenrückgang zu rechnen. Dabei ist zu beachten, dass aufgrund des nicht erreichten sogenannten bestandserhaltenden Niveaus diese Wellenbewegungen langfristig eine grundsätzlich negative Tendenz aufweist.

Inwiefern die kurzfristig eingetretene Stabilisierung der Einwohnerzahl durch Bildungszuwanderer über einen längeren Zeitraum anhält und ob dieses demographische Potenzial in der Stadt gehalten werden kann, kann aus heutiger Sicht nicht solide eingeschätzt werden.

Investitionen in die energetische Sanierung und ggf. den energieeffizienten Neubau werden jedoch nur dann ökonomisch und ökologisch nachhaltig sein, wenn sie an Standorten mit einer langfristigen Nutzungsperspektive erfolgen.

Die Bedarfsentwicklung unterliegt einer starken teilräumlichen Komponente.

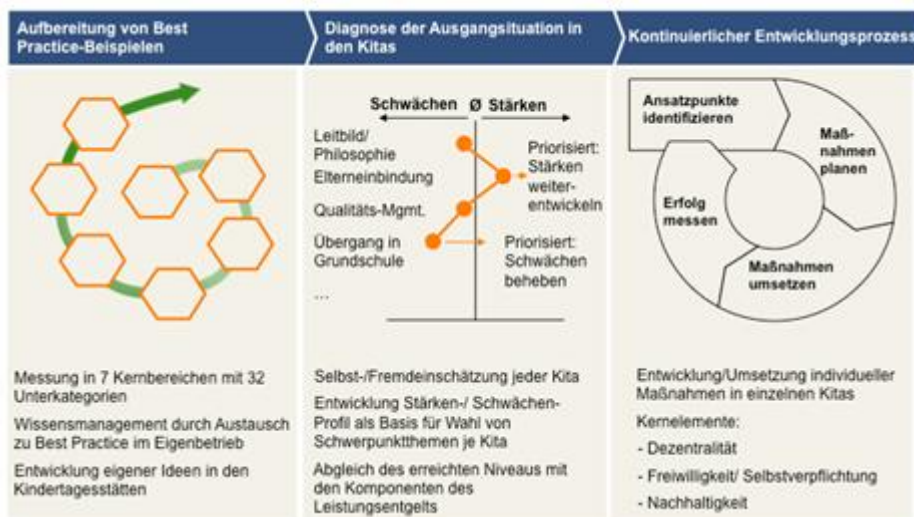
Während das Defizit in der inneren Stadt bis 2018 auf etwa 1.200 Plätze steigt und danach wieder auf den heutigen Wert zurückgeht, stagniert der Bedarf im Stadtteil West sowie im südlichen Stadtgebiet bis 2018 und sinkt anschließend in leicht absteigender Kurve bis 2025 weiter.

Es besteht das Problem einer suboptimalen Verteilung der Einrichtungen im Stadtgebiet.

Für den Eigenbetrieb Kindertagesstätten verschärft sich das Problem aufgrund unterdurchschnittlicher Betreuungsanteile in den Defizitgebieten und überdurchschnittlicher Anteile in den Überschussgebieten.

Neben dem weiteren Ausbau der Betreuungskapazitäten rücken zunehmend qualitative Aspekte, vor allem die frühkindliche Bildung in den Fokus der interessierten Öffentlichkeit. Bund und Länder haben deshalb in der Qualifizierungsinitiative für Deutschland auch qualitative Verbesserungen hinsichtlich des Betreuungspersonals und der Sprachförderung zum Ziel erklärt.

Mit dem Projekt Kita-Frühling ist der Eigenbetrieb Kindertagesstätten Halle (Saale) bereits seit dem Jahr 2007 aktiv um ein wissenschaftliches, fundiertes, ganzheitliches System zur Evaluierung und Verbesserung der Bildungs- und Betreuungsqualität bemüht und nimmt damit eine Vorreiterrolle in Sachen Qualitätsmanagement im Bereich Kinderbetreuung ein.



Vor diesem Hintergrund ist eine deutlich höhere Aufmerksamkeit gegenüber der Institution Kindertagesstätten auf der Nutzerseite zu verzeichnen. Diese Tatsache spiegelt den hohen Stellenwert der Kindertagesbetreuung für die individuelle Entwicklung von Kindern wider.

Denn in kaum einem anderen Land haben sowohl die soziale als auch die kulturelle Herkunft der Kinder einen so großen Einfluss auf ihre Bildungskarriere wie in Deutschland.

Eine frühe Förderung von Kindern legt den Grundstein für deren späteren Erfolg in der Schule und im Beruf. Im Kindesalter verpasste Entwicklungen sind nicht oder nur zu hohen Kosten aufzuholen.

Eine konsequent auf städtischer Ebene nachhaltige Familienpolitik entwickelt sich zudem zu einem Standortfaktor, vorausgesetzt Kinder bekommen bessere Bildungschancen und Eltern die Möglichkeit, Familie und Beruf besser zu vereinbaren.

Dabei sind einige Nutzungselemente auch auf städtischer Ebene von Bedeutung, welche von einer in Qualität und Quantität gut ausgebauten frühkindlichen Bildung und Betreuung abhängen:

- Positive Bildungs-Effekte auf die betreuten Kinder
- Positive Einkommens-Effekte auf die Eltern der betreuten Kinder
- Einsparungs-Effekte auf das Bildungssystem
- Finanzpolitische Effekte

Durch eine extrem angespannte Haushaltslage der öffentlichen Hand sind auch die Stadt Halle (Saale) und der Eigenbetrieb Kindertagesstätten angehalten, stets Prozesse zu hinterfragen und Optimierungspotentiale zu nutzen. Vor dem Hintergrund dieser und anderer Entwicklungen sehen sich alle Akteure der Bildungslandschaft vielfältigen Herausforderungen gegenüber gestellt; z. B.

Seitens Politik/öffentliche Hand:

- Qualitativer und quantitativer Ausbau der Kindertagesbetreuung bei gleichzeitig extrem angespannter Haushaltslage
- Auflösung des Modernisierungs- und Renovierungsstaus
- Umsetzung des erweiterten Rechtsanspruchs
- Einführung und Anpassung von Finanzierungssystemen zur Verbesserung der Anreiz- und Steuerungswirkung

Seitens Trägern von Bildungseinrichtungen:

- Einführung von Strategien zur Personalgewinnung und kontinuierlichen Entwicklung
- Professionelles Qualitäts-Management
- Anpassung des eigenen Engagements an die verringerten finanziellen Möglichkeiten

Aus diesen Herausforderungen lassen sich folgende Chancen und Risiken ableiten:

• Professionalisierung und Akademisierung

Den Erkenntnissen der Hirnforschung zur Bedeutung der ersten Lernphase entsprechend steigen die Ansprüche an die Ausbildung von Erzieherinnen. Während die Ausbildung von Nachwuchskräften schrittweise an Hoch- bzw. Fachhochschulniveau herangeführt wird, bleibt das Problem der Weiterqualifizierung der bereits im Beruf stehenden Fachkräfte weitgehend ungelöst. Konventionelle Wege der Weiterbildung können angesichts des massiven Qualifizierungsbedarfs und der Größe des Berufsstands nicht ausreichen.

• Versorgungsgrad

Die Angebotslage ist in vielen Randregionen von Überversorgung angesichts zurückgehender Kinderzahlen einerseits und einem deutlichen Nachfrageüberhang insbesondere in guten Wohn- und zentrumsnahen Lagen andererseits.

• Bildungsanspruch

In allen Bundesländern liegen seit einigen Jahren erstmals verbindliche Bildungspläne für Kitas vor, die Kindertagesstätten eindeutig als Bildungseinrichtungen begreifen. Erzieherinnen müssen ihr Selbstverständnis entsprechend ändern und sich primär als Lehrkräfte verstehen, sind aber zugleich auf diese Aufgabe nur unzureichend vorbereitet.

• Qualität

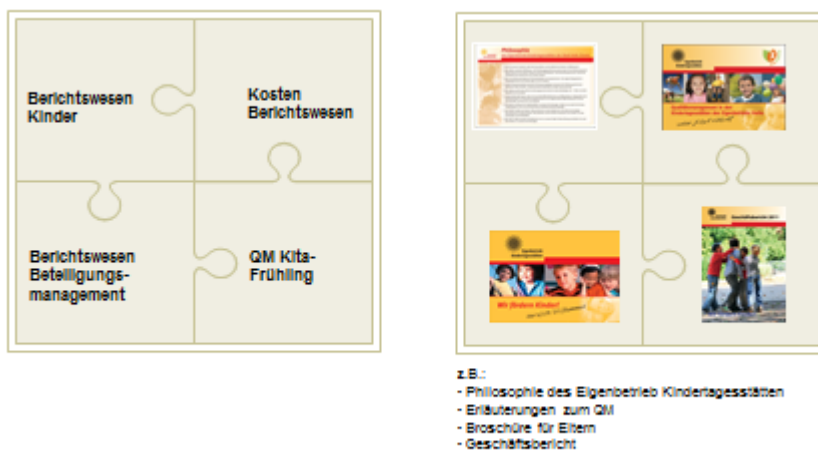
Ähnlich wie im Gesundheitsbereich wird auch die Kinderbetreuung schrittweise von einem bisher kaum ausgeprägten Qualitätsbewusstsein durchdrungen, das alle relevanten Bereiche von Betreuung, Bildung und Erziehung umfasst. Eltern wählen Kitas immer stärker primär nach Qualitäts Gesichtspunkten aus.

- **Kommerzialisierung**

Privatwirtschaftlich agierende Betreiber von Kindertagesstätten drängen in den Markt und verändern die Landschaft; diese Tendenz wird durch die Einbindung kommerzieller Kita-Träger in die öffentliche Finanzierung in den nächsten Jahren zusätzlich verstärkt. EU- und Bundesgesetzgebung werden zukünftig darauf ausgerichtet.

Dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten ist daran gelegen, Chancen zu nutzen und Risiken zu begrenzen. Demzufolge ist das Risikomanagement integraler Bestandteil unserer Unternehmensführung. Es basiert auf einem systematischen, den gesamten Bereich umfassenden Prozess der Risikoerkennung, -bewertung und -steuerung. Ein dafür notwendiges Controlling und Reporting wurde aufgebaut und etabliert. Auf diese Weise können wir ungünstige Entwicklungen frühzeitig erkennen und rasch gegensteuern.

Im Eigenbetrieb Kindertagesstätten bilden vier verschiedene Module das Berichtswesen und ermöglichen es bei entstehenden Risiken frühzeitig gegenzusteuern.



Darüber hinaus wurden übergeordnete Werte und Richtlinien etabliert, an denen sich der Eigenbetrieb ausrichtet.

Wir verstehen Risiken als das potenzielle Eintreten interner wie externer Ereignisse, die das Erreichen unserer Ziele oder die Umsetzung unserer langfristigen Strategie negativ beeinflussen können. Risiken können auch das Verpassen oder das unzureichende Wahrnehmen von Chancen sein.

Chancen lassen sich allgemein als interne und externe strategische und operative Entwicklungen definieren, die sich, wenn sie richtig genutzt werden, positiv für die Entwicklung des Konzerns auswirken können.

Risikomanagement verstehen wir als fortwährende Aufgabe, das Spektrum möglicher und tatsächlicher Entwicklungen zu erfassen, zu analysieren, zu bewerten und – sofern möglich – steuernd einzugreifen.

FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Am Wasserwerk 1 06132 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	26		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist es, als Komplementärin die Geschäftsführung und die Verwaltung des Betriebsvermögens der Maya mare GmbH & Co. KG, Halle (Saale) (vormals FTZ Freizeit Tourismus Zentrum GmbH & Co. KG), zu übernehmen, deren Unternehmensgegenstand die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit und Tourismus Zentrums, insbesondere eines Freizeitbades mit angeschlossener Sauna, Fitness-Zentrum etc., auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung der denkmalgeschützten Gebäude ist.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ergibt sich aus dem Unternehmensgegenstand, in der Übernahme der Geschäftsführung der Maya mare GmbH & Co. KG und in der Verwaltung deren Betriebsvermögens als Komplementärin.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Waldenburger, Annette

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Umlaufvermögen

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
57	100	56	100	55	100	1	2

Bilanzsumme

57	100	56	100	55	100	1	2
----	-----	----	-----	----	-----	---	---

Passiva

Eigenkapital

Rückstellungen

Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
50	88	48	86	47	85	2	4
5	9	5	9	5	9	0	0
2	3	3	5	3	6	-1	-33

Bilanzsumme

57	100	56	100	55	100	1	2
----	-----	----	-----	----	-----	---	---

bb) GuV

Umsatzerlöse

sonstige betriebliche Aufwendungen

sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2013	2012	2011
T€	T€	T€
8	9	18
7	8	17
1	1	0
2	2	1
1	1	0
1	1	1
1	1	1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

Umsatzrentabilität:

Eigenkapitalrentabilität:

Cash-Flow:

Gesamtleistung je Mitarbeiter:

Personalaufwandsquote:

2013	2012	2011	Angaben in
16,32	15,30	6,82	%
2,75	3,06	2,71	%
1	1	1	T€
			T€
			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	87,66	86,22	84,87	%
Fremdkapitalquote:	12,34	13,78	15,13	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Lage der Gesellschaft

Die Wirtschaft in Deutschland entwickelte sich im Kalenderjahr 2013 leicht positiv. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag um 0,4 % über dem Wert des Vorjahres. In den vorangegangenen Jahren waren die Zuwächse des BIP mit 3,3 % (2011) und 0,7 % (2012) höher ausgefallen. Vor dem Hintergrund gedämpfter weltwirtschaftlicher Impulse und anhaltender Rezessionen in einigen europäischen Ländern wird in dem moderaten Wirtschaftswachstum des abgelaufenen Jahres ein Beleg für die Robustheit der deutschen Wirtschaft gesehen.

Für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt weisen die Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder für das erste Halbjahr 2013 eine dem Bundesdurchschnitt entsprechende Entwicklung des BIP aus.

Das moderate Wachstum führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer positiven Entwicklung. Zwar stieg die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen im Bundesdurchschnitt geringfügig von 6,8 % (2012) auf nunmehr 6,9 %. Zugleich aber legte die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahr um 258.000 Personen oder 0,6 % zu.

In Sachsen-Anhalt verringerte sich die Arbeitslosenquote von 11,5 % im Vorjahr auf 11,2 %, während die entsprechende Quote für Ostdeutschland von 10,7 % auf 10,3 % zurückging.

Die Stadt Halle (Saale) verzeichnete im Jahr 2013 zum vierten Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs. Mit 232.705 Einwohnern zählte die Stadt 170 Einwohner mehr als im Vorjahr.

Die FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH, Halle (FTZ), wurde von der Stadtwerke Halle GmbH – als deren alleinige Gesellschafterin – gegründet, um als Komplementärin für die Maya mare GmbH & Co. KG, Halle, die Geschäftsführung sowie die Verwaltung des Betriebsvermögens zu übernehmen. Gegenstand der Maya mare GmbH & Co. KG ist die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit und Tourismus Zentrums, insbesondere eines Erlebnisbades mit Nebenanlagen auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung denkmalgeschützter Gebäude.

Risiken der Geschäftsentwicklung

Durch die Zahlung eines Betriebskostenzuschusses der Hauptgesellschafterin Stadtwerke Halle GmbH (2013: TEUR 1.304,6; Vorjahr: TEUR 1.341,1) erwirtschaftete die Maya mare GmbH & Co. KG im Geschäftsjahr 2013 (wie auch in 2012) ein ausgeglichenes Ergebnis. Die Entwicklung zeigt, dass andauernd hohe Fixkosten, die notwendigen Betriebskosten und der Aufwand für das Personal insgesamt in keinem ausgewogenen Verhältnis zu den erzielten Umsatzerlösen stehen. Die Auslastung des Bades und der gesamten Freizeitanlage Maya mare ist trotz der dokumentierten Ergebnisverbesserung vor Betriebskostenzuschuss zum Vorjahr auch im Geschäftsjahr 2013 nicht kostendeckend. Aus diesem Grund waren auch im Berichtsjahr entsprechende Betriebskostenzuschüsse der Hauptgesellschafterin notwendig.

Ausblick

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Jahres 2013 hat dazu beigetragen, dass das Konsum- und Freizeitverhalten der Bevölkerung eine für unser Unternehmen positive Entwicklung genommen hat. Die niedrigen Zinsen stehen dem Spargedanken entgegen und das fördert wiederum den Umsatz auch in der Freizeitbranche.

Trotz der noch immer zu verzeichnenden Zunahme an attraktiven Freizeitangeboten bleibt die Nachfrage auf hohem Niveau. Angebote für das besondere Erlebnis wie von Jochen Schweizer oder May days erfreuen sich großer Beliebtheit. Der Trend zum interaktiven Erleben hat beispielsweise in Museen sehr stark zugenommen. Exkurse in die Geschichte haben zunehmend nicht mehr den morbiden Scharm angestaubter Ausstellungsräume, in denen die Exponate höchstens alle 5 Jahre den Präsentationsplatz wechseln. Unter vielfältigem Einsatz moderner Medien und architektonischer Akzente erschließen sich dem Besucher die Ausstellungsinhalte und das dabei erlebte schafft bleibende Erinnerungen mit großem Bindungspotenzial. Das Mitmachen steht zunehmend im Vordergrund, der Mensch will, darf und soll aktiv sein.

Freizeitbäder laden von jeher zu interaktivem Handeln und gemeinschaftlichen Erleben ein, womit gute Voraussetzungen geschaffen sind, sich mit den zunehmend attraktiven Wettbewerbern aus dem Freizeitsektor zu messen.

Langfristig steht der demografische Wandel dem Streben nach immer mehr Aktivität entgegen, doch für die Zeit der vorliegenden Mittelfristplanung spielt diese Entwicklung noch keine große Rolle. Der steigende Anteil an älteren Bürgern mit längerer Lebensarbeitszeit und fallenden Renten, die zudem über weniger Freizeit und abnehmende finanzielle Mittel verfügen werden, ist dennoch langfristig ein Thema, dem wir uns stellen müssen. Kinder und Familien werden aber auch dann immer vorhanden sein und auf diese Zielgruppe wird sich das Maya mare auch langfristig im Badebereich ausrichten. Auch wenn der Blick auf den begonnenen demografischen Wandel in der Gesellschaft Überlegungen der Art mit sich bringt, das Maya mare sollte sich auf die wachsende Bevölkerungsgruppe (Erwachsene und Senioren) einrichten, darf man die baulichen Gegebenheiten unserer Freizeitanlage nicht außer Acht lassen, die insbesondere auch Kinder und Jugendliche anspricht. Kommt hinzu, dass bauliche Einschränkungen (viele Stufen im Badebereich / Treppen zum Saunabereich aufgrund der Ausnutzung der Altsubstanz Wasserwerk), die den thematischen Charakter des Maya mare als „Mexikanisches Bade- und Saunaparadies“ gestalterisch unterstreichen, von Senioren eher als hinderlich empfunden werden.

Im Sauna- und Wellnessbereich spielt die Zielgruppe der gesundheitsbewussten Erwachsenen auch zukünftig die Hauptrolle, das trifft auch für das Fitnessangebot zu. Hier liegt der Fokus auf der Stammkundenbindung, dafür ist es wichtig, die Angebote attraktiv und in ansprechender Qualität vorzuhalten. Die jährliche Instandsetzung von Abnutzungs- und Alterserscheinungen, u. a. an Fliesen, Farbanstrichen und Einbauten in den Saunakabinen in der Revisionswoche, ist dafür eine wichtige Grundlage. In der Revision 2013 wurde die Solesauna saniert und optisch aufgewertet, sodass ein beliebtes Angebot in neuem Licht erscheint, was von den Stammgästen wohlwollend registriert wurde.

Über die Erweiterung der Verweil- und Liegebereiche im Saunabereich soll mittelfristig nachgedacht und nach Lösungsmöglichkeiten gesucht werden. Streben die Besucher in diesem Segment doch zunehmend einen Aufenthalts- und Rückzugsplatz an, der für sie während des gesamten Besuches reserviert bleibt.

Mit neuen Thermen und Freizeitbädern ist in absehbarer Zukunft im relevanten Einzugsgebiet nicht zu rechnen. Dennoch sind Bestrebungen von Hallenbädern zum Ausbau ihrer Angebote vor dem Hintergrund der Steigerung der Wirtschaftlichkeit ernstzunehmende Faktoren, die das Kundenpotenzial minimieren können. Denn meist bleiben die Hallenbadpreise auch nach Attraktivierungen und Angebotserweiterungen (mit Kinderbereichen oder kleineren Erlebnisbecken) deutlich hinter den Eintrittspreisen, die für Freizeitbäder üblich sind, zurück.

Der Fertigstellungstermin für die im Bau befindliche Freizeitanlage am „Sportparadies Böllberger Weg“ in Halle (Saale) ist nach wie vor ungewiss. Nach 2 Jahren Stillstand wurde Ende August 2013 die Arbeit wieder aufgenommen, die Finanzierung sei aber noch nicht abschließend gesichert. In der Planung gehen wir derzeit davon aus, dass der Betrieb der geplanten Sauna-, Fitness- und Wellnessangebote nicht vor 2016 beginnen wird.

Für den Fitnessbereich wird das verfügbare Marktpotenzial immer kleiner, da man das relevante Einzugsgebiet bereits intensiv bearbeitet und mit über 1000 Mitgliedern eine starke Marktdurchdringung erreicht hat. Neue Mitglieder werden maßgeblich durch Direktkontakt mit ausgewählten Firmen oder durch maßgeschneiderte Angebote für ausgewählte Zielgruppen generiert. Die Entwicklung maßgeschneiderter „Firmenfitnessangebote“ zur Auslastung des Viva mare wird 2014 eine besonders wichtige Rolle zukommen. Die Entwicklung des Gesamtkonzepts für ein betriebliches Gesundheitsmanagement bei der Stadtwerke Halle GmbH ist im Jahr 2013 nicht gelungen, zunächst wurden Bedarfsanalysen erstellt. Im Jahr 2014 soll dieses Projekt mit Nachdruck durch das Maya mare / Viva mare verfolgt werden, um es im Anschluss auch weiteren Firmen im Einzugsgebiet anzubieten.

Der Wellnessbereich erlebte im Jahr 2013 einen Umsatzrückgang von 12,5%, was insbesondere den Preisanpassungen für die Anwendungen zu Jahresbeginn geschuldet war. Diese waren jedoch erforderlich, um das Verhältnis von Aufwand und Erlös wirtschaftlicher zu gestalten. Die Akzeptanz für diese Maßnahme bei den Kunden konnte leider nur langsam erzielt werden, in den letzten beiden Monaten des Jahres 2013 erreichten die Wellnessumsätze wieder Vorjahresniveau.

Im Gastronomiebereich konnten die pro-Kopf-Erlöse im Jahr 2013 auf 3,07 € gesteigert werden (2012: 3,00 €). Der Rückgang des absoluten Umsatzes von 2013 zu 2012 um 56,7 T€ beruht darauf, dass der Kiosk im Nordbad im Jahr 2013 nicht erneut gepachtet wurde.

Die Maya mare hat sich als moderner Dienstleister im Freizeitbereich dauerhaft etabliert. Der Bekanntheitsgrad ist sehr hoch. Dabei konzentriert sich das Maya mare zukünftig auf zwei Schwerpunktzielgruppen. Das sind zum einen Kinder, Jugendliche und Familien – hier auch die Enkel mit den modernen Großeltern (Freizeitbad) und zum anderen die gesundheits- und wellnesorientierten Kunden – sogenannte Best Ager und die 50plus Zielgruppe – (Sauna- und Wellnessbereich, Viva mare).

Schwerpunkt zum weiteren Ausbau der Dienstleistungsqualität bildet nach wie vor die stetige Steigerung der Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch individuelle Schulungsmaßnahmen.

Der marketingstrategische Ansatz verfolgt auch zukünftig stärker das zielgruppenorientierte Direktmarketing. Damit kann die breite Produktpalette mit weniger Streuverlusten kommuniziert werden. Nach 2011 ist im Jahr 2014 wieder eine umfangreiche Befragung der Gäste im relevanten Einzugsgebiet geplant, um die Angebote des Maya mare an den Kundenbedürfnissen und Kundenwünschen besser auszurichten.

Im Jahr 2014 sind Investitionen schwerpunktmäßig im Bereich Technik für einen zu ersetzender Schaltschrank geplant, für den Badebereich die Umstellung der Beleuchtung auf LED-Technik und die Erneuerung und Modernisierung der Dusch- und Sanitärbereiche. Mit einem Investitionsaufwand in Höhe von 80,0 TEUR soll die Lüftung in der Badehalle optimiert werden, zudem ist die Umstellung des Kassensystems und seiner Endgeräte im Investitionsplan berücksichtigt.

Hinsichtlich der Personalkosten konnten im Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr im Maya mare keine Einsparungen mehr erzielt werden. Das Geschäft eines Freizeitbades unterliegt enormen Schwankungen in der Auslastung. Allein das Besucheraufkommen an Wochentagen und Wochenenden sowie Ferien- und Feiertagen weist Unterschiede von durchschnittlich 300 % auf, hierauf muss das Maya mare reagieren können. Witterungsbedingte Schwankungen führen zudem zu unvorhersehbaren Änderungen in der Auslastung, denen die Geschäftsführung mit der Zuschaltung oder Reduzierung von Personal begegnen muss. Hierfür sind Teilzeitbeschäftigte sowie geringfügig Beschäftigte (die vorrangig an den Wochenenden zur Entlastung beitragen können), ein wichtiger Baustein.

Weitere wesentliche Kosteneinsparungen werden nicht mehr zu erreichen sein, wenn man die Qualität des Angebotes Maya mare beibehalten will. Die deutlichen Aufwandssteigerungen insbesondere im Bereich Energie werden das Ergebnis zukünftig jedoch belasten. Hinzu kommen langfristig steigende Instandhaltungsaufwendungen, damit das 15 Jahre alte Freizeit- und Erlebnisbad im Wettbewerb mit anderen Freizeitangeboten weiterhin bestehen kann.

Die Geschäftsführung der Maya mare GmbH & Co. KG schätzt ein, dass weitere Ergebnisverbesserungen für das Unternehmen schwerpunktmäßig über die Steigerung der Umsätze in den Hauptumsatzbereichen Bad, Sauna, Fitness, Wellness und Gastronomie erreicht werden können. Deshalb werden alle Anstrengungen darauf ausgerichtet, bestehende Kunden zu binden, zu häufigerem Besuch zu animieren sowie neue und verlorene Kunden (die das Maya mare länger als 5 Jahre nicht mehr besucht haben) zurück zu gewinnen. Der hohe Bekanntheitsgrad des Maya mare ist dafür eine gute Grundlage.

Der Dienstleistungsvertrag mit der Bäder Halle GmbH wird auch 2014 fortgeführt, der neben der Erfüllung administrativer und kaufmännischer Aufgaben für die Bäder Halle GmbH auch den Know-how-Transfer zum Inhalt hat.

Die Liquidität der Maya mare wird im Geschäftsjahr 2014 durch einen ertragswirksamen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 1.350,3 T€ durch die Hauptgesellschafterin gewährleistet. Eine entsprechende Vereinbarung wurde durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH genehmigt und mit Datum vom 20.12.2013 geschlossen. Bei gegebener Liquidität erwartet die Geschäftsführung im Jahr 2014 ein ausgeglichenes Ergebnis.

Nach einem Jahresüberschuss in 2013 von 1,3 T€ wird für die FTZ mit einem positiven Ergebnis für das Geschäftsjahr 2014 gerechnet.

Da die FTZ ausschließlich als persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementärin) der Maya mare GmbH & Co. KG tätig ist, ergeben sich erhebliche Unternehmensrisiken aus deren Geschäftstätigkeit.

Bei der Maya mare GmbH & Co. KG sind auch zukünftig zur Sicherung der Liquidität und zum Ausgleich künftig zu erwartender Fehlbeträge Zuschüsse der Gesellschafter notwendig, die die FTZ aus eigenen Mitteln zu leisten nicht in der Lage wäre. Das Ausbleiben ausreichender Zuschüsse der Gesellschafter kann die FTZ in ihrem Bestand bedrohen. Wesentliche Chancen sind in der aktuellen Situation der Gesellschaft nicht erkennbar. Sie können sich allenfalls mit einer u. U. in der Zukunft erfolgenden Verbesserung der Situation der Maya mare GmbH & Co. KG ergeben.

Maya mare GmbH & Co. KG*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Am Wasserwerk 1
06132 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 10.226

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	8.426	82,40
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	1.278	12,50
FAB Freizeit-Anlagen Bauten- und Betriebsgesellschaft mbH	522	5,10

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit- und Tourismuszentrums, insbesondere eines Freizeitbades mit angeschlossener Sauna, Fitness-Zentrum etc., auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle Beesen unter Einbeziehung der denkmalgeschützten Gebäude sowie die Verwertung der nicht für das Freizeit- und Tourismuszentrum benötigten Grundstücks- und Gebäudeteile.

Öffentlicher Zweck:

Die Maya mare GmbH & Co. KG stellt der Bevölkerung ein Freizeitbad mit angeschlossener Sauna und Fitness Bereich zur Verfügung. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus kulturellen und gesundheitlichen Belangen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Waldenburger, Annette

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2013 erfolgt.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
10.868	94	11.926	95	12.966	97	-1.058	-9
674	6	569	5	438	3	105	18
49	0	0	0			49	

Bilanzsumme

11.591	100	12.495	100	13.404	100	-904	-7
--------	-----	--------	-----	--------	-----	------	----

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten für Investitionszulagen
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
3.518	30	3.518	28	3.520	26	0	0
4.119	36	4.683	37	5.245	39	-564	-12
260	2	219	2	252	2	41	19
3.694	32	4.075	33	4.387	33	-381	-9

Bilanzsumme

11.591	100	12.495	100	13.404	100	-904	-7
--------	-----	--------	-----	--------	-----	------	----

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
außerordentliche Erträge
außerordentliches Ergebnis
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Belastung auf Kapitalkonten
Ergebnis nach Verwendungsrechnung

2013	2012	2011
T€	T€	T€
4.653	4.639	4.485
733	724	1.056
2.182	2.199	2.177
2.311	2.329	2.702
1.368	1.361	1.352
641	601	717
2	2	7
147	174	193
-1.261	-1.299	-1.593
1.305	1.341	1.417
1.305	1.341	1.417
44	42	42
0	0	-218
		-218
0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	-4,86	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	-6,19	%
Cash-Flow:	1.368	1.361	1.135	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	48	49	47	T€
Personalaufwandsquote:	42,90	43,43	48,76	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,56	95,27	96,62	%
Eigenkapitalquote:	30,35	28,16	26,26	%
Fremdkapitalquote:	69,65	71,84	73,74	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Besucher	330.368,00	336.219,00	331.713,00	Anzahl

e) Lagebericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Lage der Gesellschaft

Die Wirtschaft in Deutschland entwickelte sich im Kalenderjahr 2013 leicht positiv. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag um 0,4 % über dem Wert des Vorjahres. In den vorangegangenen Jahren waren die Zuwächse des BIP mit 3,3 % (2011) und 0,7 % (2012) höher ausgefallen. Vor dem Hintergrund gedämpfter weltwirtschaftlicher Impulse und anhaltender Rezessionen in einigen europäischen Ländern wird in dem moderaten Wirtschaftswachstum des abgelaufenen Jahres ein Beleg für die Robustheit der deutschen Wirtschaft gesehen.

Für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt weisen die Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder für das erste Halbjahr 2013 eine dem Bundesdurchschnitt entsprechende Entwicklung des BIP aus.

Das moderate Wachstum führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer positiven Entwicklung. Zwar stieg die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen im Bundesdurchschnitt geringfügig von 6,8 % (2012) auf nunmehr 6,9 %. Zugleich aber legte die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahr um 258.000 Personen oder 0,6 % zu.

In Sachsen-Anhalt verringerte sich die Arbeitslosenquote von 11,5 % im Vorjahr auf 11,2 %, während die entsprechende Quote für Ostdeutschland von 10,7 % auf 10,3 % zurückging.

Die Stadt Halle (Saale) verzeichnete im Jahr 2013 zum vierten Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs. Mit 232.705 Einwohnern zählte die Stadt 170 Einwohner mehr als im Vorjahr.

Im Berichtsjahr 2013 hielt die positive Entwicklung der Vorjahre auf dem Bäder- und Freizeitmarkt an. Lediglich die Zeit des Hochwassers Anfang Juni 2013, in der das Maya mare für 3 Tage geschlossen bleiben musste, wirkte noch einige Wochen nach. Im Monat Juni spiegelte sich das deutlich in den Besucherzahlen wieder, die 17,7 % unter denen des Monats Juni im Vorjahr lagen. Insgesamt konnten mit insgesamt 330.368 Besuchern die guten Besucherzahlen der Vorjahre (2012: 336.219) nahezu gehalten werden bzw. lagen nur um 1,74 % darunter. Gegenüber der Planung konnten 4.568 (+1,4%) Besucher mehr verzeichnet werden.

Im Fitnessbereich konnten die Vorhaben zur Umsetzung von Konzepten für betriebliches Gesundheitsmanagement nicht wie geplant vorangetrieben werden. Entsprechend geringer fiel auch der Mitgliederzuwachs im Geschäftsjahr aus. Am 31. Dezember 2013 waren 1.080 Mitglieder im Fitnessclub gemeldet (31.12.2012: 1.066 Mitglieder).

Die Umsatzerlöse konnten 2013 trotz der 3 zusätzlichen Schließtage wegen des Hochwassers mit 4.653,6 T€ auf dem Niveau des Vorjahres (2012: 4.639,0 T€) gehalten werden. Dabei kompensieren die um 62,6 T€ bzw. 3,8 % auf 1.681,3 T€ gestiegenen Umsatzerlöse im Badebereich maßgeblich die aufgrund notwendiger Preisanpassungen zum Vorjahr um 12,5% gesunkenen Umsatzerlöse im Wellnessbereich.

Der Umsatz in der Gastronomie liegt bei 1.014,6 T€ (2012: 1.071,3 T€) und damit 5,3 % unter dem Vorjahr. Geschuldet ist dieser Rückgang dem fehlenden Erlös aus der Nordbad Gastronomie, die im Geschäftsjahr nicht mehr von der Maya mare GmbH & Co. KG gepachtet wurde.

Der Aufwand für Strom, Wärme und Wasser / Abwasser stellt den Hauptanteil des Materialaufwandes dar. Der Materialaufwand ist insgesamt lediglich um 0,8% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dabei sanken die Kosten für den Wärmebezug um 59,4 T€ (11,1 %), was auf die Umstellung der Versorgung des Maya mare von Nah- auf Fernwärme im November 2012 maßgeblich zurückzuführen ist. Doch auch die jahresdurchschnittlich wärmeren Temperaturen sind für den absoluten Rückgang der Wärmeeaufwendungen verantwortlich. Zudem wurde im Außenbereich des Bades in der Revision 2013 eine Beckenabdeckung angeschafft, wodurch die Wärmeverluste in den Nachstunden reduziert werden konnten.

Die Aufwendungen für den Strombezug betrugen 539,0 T€ (2012: 472,5 T€) und lagen damit um 66,5 T€ (14,1 %) über den Vorjahresaufwendungen. Diese Aufwandssteigerung ist der Anhebung der staatlich festgesetzten Preisbestandteile für Strom (wie EEG-Umlage und Bestandteile der Netzentgelte) geschuldet, der Jahresstromverbrauch lag im Vergleich zum Jahr 2012 um 1,8% niedriger.

Die Aufwendungen für Wasser / Abwasser bewegten sich auf Vorjahresniveau.

Der Personalaufwand liegt mit 2.311,1 T€ auf dem Niveau des Vorjahres (2012: 2.328,9 T€). Aufgrund rückläufiger Nachfrage im Massagebereich wurden aufgrund von Elternzeit vorübergehend freie Stellen nicht besetzt.

Die Abschreibungen 2013 liegen mit 1.368,0 T€ nur geringfügig um 0,6 % über dem Planansatz.

Die Entwicklung zeigt, dass andauernd hohe Fixkosten, die notwendigen Betriebskosten und der Aufwand für das Personal insgesamt in keinem ausgewogenen Verhältnis zu den erzielbaren Umsatzerlösen stehen. Die Auslastung des Bades und der gesamten Freizeitanlage Maya mare ist trotz der dokumentierten Steigerungen auch im Geschäftsjahr 2013 nicht kostendeckend. Aus diesem Grund werden auch in den kommenden Jahren entsprechende Betriebskostenzuschüsse des Hauptgesellschafters notwendig sein.

Investitionen

Die Gesellschaft hat im Jahr 2013 Investitionen in einer Gesamthöhe von 310,4 T€ getätigt. Davon entfielen Ende 2013 auf die Anschaffung eines modernen Trainingsgerätezirkels für den Fitnessbereich 80,0 T€. Zur Optimierung des Wärmeenergiebedarfs wurde in der Revision eine Beckenabdeckung mit Aufwendungen von 60,4 T€ zum Einsatz gebracht.

Liquidität

Die Liquidität der Maya mare GmbH & Co. KG war im abgelaufenen Geschäftsjahr zu jedem Zeitpunkt gesichert. Dies erfolgte unter Inanspruchnahme eines ertragswirksamen Betriebskostenzuschusses des Hauptgesellschafters Stadtwerke Halle GmbH in Höhe von 1.304,6 T€ (Vj.: 1.341,1 T€).

Ausblick

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Jahres 2013 hat dazu beigetragen, dass das Konsum- und Freizeitverhalten der Bevölkerung eine für unser Unternehmen positive Entwicklung genommen hat. Die niedrigen Zinsen stehen dem Spargedanken entgegen und das fördert wiederum den Umsatz auch in der Freizeitbranche.

Trotz der noch immer zu verzeichnenden Zunahme an attraktiven Freizeitangeboten bleibt die Nachfrage auf hohem Niveau. Angebote für das besondere Erlebnis wie von Jochen Schweizer oder mydays erfreuen sich großer Beliebtheit. Der Trend zum interaktiven Erleben hat beispielsweise in Museen sehr stark zugenommen. Exkurse in die Geschichte haben zunehmend nicht mehr den morbiden Scharm angestaubter Ausstellungsräume, in denen die Exponate höchstens alle 5 Jahre den Präsentationsplatz wechseln. Unter vielfältigem Einsatz moderner Medien und architektonischer Akzente erschließen sich dem Besucher die Ausstellungsinhalte und das dabei Erlebte schafft bleibende Erinnerungen mit großem Bindungspotenzial. Das Mitmachen steht zunehmend im Vordergrund, der Mensch will, darf und soll aktiv sein.

Freizeitbäder laden von je her zu interaktivem Handeln und gemeinschaftlichem Erleben ein, womit gute Voraussetzungen geschaffen sind, sich mit den zunehmend attraktiven Wettbewerbern aus dem Freizeitsektor zu messen.

Langfristig steht der demografische Wandel dem Streben nach immer mehr Aktivität entgegen, doch für die Zeit der vorliegenden Mittelfristplanung spielt diese Entwicklung noch keine große Rolle. Der steigende Anteil an älteren Bürgern mit längerer Lebensarbeitszeit und fallenden Renten, die zudem über weniger Freizeit und abnehmende finanzielle Mittel verfügen werden, ist dennoch langfristig ein Thema, dem wir uns stellen müssen. Kinder und Familien werden aber auch dann immer vorhanden sein und auf diese Zielgruppe wird sich das Maya mare auch langfristig im Badebereich ausrichten. Auch wenn der Blick auf den begonnenen demografischen Wandel in der Gesellschaft Überlegungen der Art mit sich bringt, das Maya mare sollte sich auf die wachsende Bevölkerungsgruppe (Erwachsene und Senioren) einrichten, darf man die baulichen Gegebenheiten unserer Freizeitanlage nicht außer Acht lassen, die insbesondere auch Kinder und Jugendliche anspricht. Kommt hinzu, dass bauliche Einschränkungen (viele Stufen im Badebereich / Treppen zum Saunabereich aufgrund der Ausnutzung der Altsubstanz Wasserwerk), die den thematischen Charakter des Maya mare als „Mexikanisches Bade- und Saunaparadies“ gestalterisch unterstreichen, von Senioren eher als hinderlich empfunden werden.

Im Sauna- und Wellnessbereich spielt die Zielgruppe der gesundheitsbewussten Erwachsenen auch zukünftig die Hauptrolle, das trifft auch für das Fitnessangebot zu. Hier liegt der Fokus auf der Stammkundenbindung. Dafür ist es wichtig, die Angebote attraktiv und in ansprechender Qualität vorzuhalten. Die jährliche Instandsetzung von Abnutzungs- und Alterserscheinungen, u. a. an Fliesen, Farbanstrichen und Einbauten in den Saunakabinen in der Revisionswoche, ist dafür eine wichtige Grundlage. In der Revision 2013 wurde die Solesauna saniert und optisch aufgewertet, sodass ein beliebtes Angebot in neuem Licht erscheint, was von den Stammgästen wohlwollend registriert wurde.

Über die Erweiterung der Verweil- und Liegebereiche im Saunabereich soll mittelfristig nachgedacht und nach Lösungsmöglichkeiten gesucht werden. Streben die Besucher in diesem Segment doch zunehmend einen Aufenthalts- und Rückzugsplatz an, der für sie während des gesamten Besuches reserviert bleibt.

Mit neuen Thermen und Freizeitbädern ist in absehbarer Zukunft im relevanten Einzugsgebiet nicht zu rechnen. Dennoch sind Bestrebungen von Hallenbädern zum Ausbau ihrer Angebote vor dem Hintergrund der Steigerung der Wirtschaftlichkeit ernstzunehmende Faktoren, die das Kundenpotenzial minimieren können. Denn meist bleiben die Hallenbadpreise auch nach Attraktivierungen und Angebotserweiterungen (mit Kinderbereichen oder kleineren Erlebnisbecken) deutlich hinter den Eintrittspreisen, die für Freizeitbäder üblich sind, zurück.

Der Fertigstellungstermin für die im Bau befindliche Freizeitanlage am „Sportparadies Böllberger Weg“ in Halle (Saale) ist nach wie vor ungewiss. Nach 2 Jahren Stillstand wurde Ende August 2013 die Arbeit wieder aufgenommen, die Finanzierung sei aber noch nicht abschließend gesichert. In der Planung gehen wir derzeit davon aus, dass der Betrieb der geplanten Sauna-, Fitness- und Wellnessangebote nicht vor 2016 beginnen wird.

Für den Fitnessbereich wird das verfügbare Marktpotenzial immer kleiner, da man das relevante Einzugsgebiet bereits intensiv bearbeitet und mit über 1000 Mitgliedern eine starke Marktdurchdringung erreicht hat. Neue Mitglieder werden maßgeblich aufgrund von Direktkontakten mit ausgewählten Unternehmen oder maßgeschneiderten Angeboten für ausgewählte Zielgruppen generiert. Die Entwicklung maßgeschneiderter „Firmenfitnessangebote“ zur Auslastung des Viva mare wird 2014 eine besonders wichtige Rolle zukommen. Die Entwicklung des Gesamtkonzepts für ein betriebliches Gesundheitsmanagement bei der Stadtwerke Halle GmbH ist im Jahr 2013 nicht gelungen, zunächst wurden Bedarfsanalysen erstellt. Im Jahr 2014 soll dieses Projekt mit Nachdruck von der Maya mare / Viva mare verfolgt werden, um es im Anschluss auch weiteren Unternehmen im Einzugsgebiet anzubieten.

Der Wellnessbereich erlebte im Jahr 2013 einen Umsatzrückgang von 12,5 %, was insbesondere den Preisanpassungen für die Anwendungen zu Jahresbeginn geschuldet war. Diese waren jedoch erforderlich, um das Verhältnis von Aufwand und Erlös wirtschaftlicher zu gestalten. Die Akzeptanz für diese Maßnahme bei den Kunden konnte leider nur langsam erzielt werden, in den letzten beiden Monaten des Jahres 2013 erreichten die Wellnessumsätze wieder Vorjahresniveau.

Im Gastronomiebereich konnten die Pro-Kopf-Erlöse im Jahr 2013 auf 3,07 € gesteigert werden (2012: 3,00 €). Der Rückgang des absoluten Umsatzes von 2013 zu 2012 um 56,7 T€ beruht darauf, dass der Kiosk im Nordbad im Jahr 2013 nicht erneut gepachtet wurde.

Das Maya mare hat sich als moderner Dienstleister im Freizeitbereich dauerhaft etabliert. Der Bekanntheitsgrad ist sehr hoch. Dabei konzentriert sich das Maya mare zukünftig auf zwei Schwerpunktzielgruppen. Das sind zum einen Kinder, Jugendliche und Familien – hier auch die Enkel mit den modernen Großeltern (Freizeitbad) und zum anderen die gesundheits- und wellnesorientierten Kunden – sogenannte Best Ager und die 50plus Zielgruppe – (Sauna- und Wellnessbereich, Viva mare).

Schwerpunkt zum weiteren Ausbau der Dienstleistungsqualität bildet nach wie vor die stetige Steigerung der Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgrund von individuellen Schulungsmaßnahmen.

Der marketingstrategische Ansatz verfolgt auch zukünftig stärker das zielgruppenorientierte Direktmarketing. Damit kann die breite Produktpalette mit weniger Streuverlusten kommuniziert werden. Nach 2011 ist im Jahr 2014 wieder eine umfangreiche Befragung der Gäste im relevanten Einzugsgebiet geplant, um die Angebote des Maya mare an den Kundenbedürfnissen und Kundenwünschen besser auszurichten.

Im Jahr 2014 sind Investitionen schwerpunktmäßig im Bereich Technik für einen zu ersetzenden Schaltschrank geplant, für den Badebereich die Umstellung der Beleuchtung auf LED-Technik und die Erneuerung und Modernisierung der Dusch- und Sanitärbereiche. Mit einem Investitionsaufwand in Höhe von 80,0 TEUR soll die Lüftung in der Badehalle optimiert werden. Zudem ist die Umstellung des Kassensystems und seiner Endgeräte im Investitionsplan berücksichtigt.

Hinsichtlich der Personalkosten konnten im Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr im Maya mare keine Einsparungen mehr erzielt werden. Das Geschäft eines Freizeitbades unterliegt enormen Schwankungen in der Auslastung. Allein das Besucheraufkommen an Wochentagen und Wochenenden sowie Ferien- und Feiertagen weist Unterschiede von durchschnittlich 300 % auf, hierauf muss man reagieren können. Witterungsbedingte Schwankungen führen zudem zu unvorhersehbaren Änderungen in der Auslastung, denen man mit der Zuschaltung oder Reduzierung von Personal begegnen muss. Hierfür sind Teilzeitbeschäftigte sowie geringfügig Beschäftigte (die vorrangig an den Wochenenden zur Entlastung beitragen können), ein wichtiger Baustein.

Weitere wesentliche Kosteneinsparungen werden nicht mehr zu erreichen sein, wenn man die Qualität des Angebotes Maya mare beibehalten will. Die deutlichen Aufwandssteigerungen insbesondere im Bereich Energie werden das Ergebnis zukünftig jedoch belasten. Hinzu kommen langfristig steigende Instandhaltungsaufwendungen, damit das 15 Jahre alte Freizeit- und Erlebnisbad im Wettbewerb mit anderen Freizeitangeboten weiterhin bestehen kann.

Die Geschäftsführung der Maya mare GmbH & Co. KG schätzt ein, dass weitere Ergebnisverbesserungen für das Unternehmen schwerpunktmäßig über die Steigerung der Umsätze in den Hauptumsatzbereichen Bad, Sauna, Fitness, Wellness und Gastronomie erreicht werden können. Alle Anstrengungen werden darauf ausgerichtet, bestehende Kunden zu binden, zu häufigerem Besuch zu animieren sowie neue und verlorene Kunden (die das Maya mare länger als 5 Jahre nicht mehr besucht haben) zurückzugewinnen. Der hohe Bekanntheitsgrad des Maya mare ist dafür eine gute Grundlage.

Der Dienstleistungsvertrag mit der Bäder Halle GmbH wird auch 2014 fortgeführt, der neben der Erfüllung administrativer und kaufmännischer Aufgaben für die Bäder Halle GmbH auch den Know-how-Transfer zum Inhalt hat.

Die Liquidität der Gesellschaft wird im Geschäftsjahr 2014 von einem ertragswirksamen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 1.350,3 T€ der Hauptgesellschafterin gewährleistet. Eine entsprechende Vereinbarung wurde vom Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH genehmigt und mit Datum vom 20.12.2013 geschlossen. Bei gegebener Liquidität erwartet die Geschäftsführung im Jahr 2014 ein ausgeglichenes Ergebnis.

Zur Sicherung der Liquidität und zum Ausgleich künftig zu erwartender Fehlbeträge werden auch zukünftig Zuschüsse der Gesellschafter, namentlich der Kommanditisten, notwendig sein.

Oelhafe-Zeysesche-Stiftung

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Glauchauer Straße 68
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: Stiftung
Stiftungsvermögen in T€: 311

Gegenstand des Unternehmens:

Satzung der Oelhafe-Zeysesche-Stiftung/§ 2 Stiftungszweck

1. Unterstützung sozial benachteiligter Einwohner der Stadt Halle
2. Der Stiftungszweck wird verwirklicht insbesondere durch
 - a) Vermietung und Verpachtung von Grundbesitz
 - b) Verwaltung des Grundbesitzes
3. Die Erträge werden dem unter Ziff.1 definierten Zweck zugeführt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.
4. Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff AO.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der benachteiligten Teile der Bevölkerung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Cremer, Manfred

Stiftungsvorstand :

Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert
	Kogge, Tobias

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen

Umlaufvermögen

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
311	58	311	57	304	56	0	0
224	42	236	43	241	44	-12	-5

Bilanzsumme

535	100	547	100	545	100	-12	-2
-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	----

Passiva

Eigenkapital

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
535	100	547	100	545	100	-12	-2

Bilanzsumme

535	100	547	100	545	100	-12	-2
-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	----

bb) GuV

sonstige betriebliche Erträge

sonstige betriebliche Aufwendungen

sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen

Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2013	2012	2011
T€	T€	T€
42	16	15
34	6	16
7	5	10
	1	
15	14	9
15	14	9
7	-1	7
8	15	2

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

Umsatzrentabilität:

Eigenkapitalrentabilität:

Cash-Flow:

Gesamtleistung je Mitarbeiter:

Personalaufwandsquote:

2013	2012	2011	Angaben in
			%
2,91	2,56	1,73	%
15	14	9	T€
			T€
			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	58,09	56,82	55,82	%
Eigenkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%
Fremdkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Ackerfläche	219.236,00	219.236,00	219.236,00	m ²
Erbbaufäche	675,00	675,00	638,00	m ²
Gartenfläche	62.777,00	62.777,00	62.777,00	m ²
Verkehrsfläche	143,00	143,00	143,00	m ²
Waldfläche	557,00	557,00	557,00	m ²

Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Kantstraße 1
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: Stiftung
Stiftungsvermögen in T€: 12.823

Gegenstand des Unternehmens:

Gewährung von Unterkunft und Verpflegung, kulturelle Betreuung alter sozial-benachteiligter Bürger der Stadt Halle (Saale) durch Betrieb von Einrichtungen in der Altenpflege und Behindertenhilfe und altengerechter Wohnformen.

Öffentlicher Zweck:

Gewährung von Unterkunft und Verpflegung, kulturelle Betreuung alter sozial-benachteiligter Bürger der Stadt Halle (Saale) durch Betrieb eines Pflegeheimes und altengerechter Wohnformen.

b) Besetzung der Organe

Stiftungsvorstand: Fritschek, Andreas

Stiftungsrat:

Vorsitzender	Kogge, Tobias
stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert
	Dr. Wend, Detlef
	Haupt, Ute
	Töpfer, Gernot

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€	T€
Stiftungsrat	1	1	1

c) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH	100	100,00
Serva GmbH	26	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

	2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	54.762	94	56.010	94	49.674	92	-1.248	-2
Umlaufvermögen	3.199	6	3.243	6	4.099	8	-44	-1
Rechnungsabgrenzungsposten	25	0	17	0	24	0	8	47
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	12	0	34	0	45	0	-22	-65

Bilanzsumme

57.998	100	59.304	100	53.842	100	-1.306	-2
--------	-----	--------	-----	--------	-----	--------	----

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	16.909	29	16.763	28	16.403	30	146	1
Sonderposten aus öffentlicher Förderung	21.743	38	22.476	38	22.961	43	-733	-3
Sonderposten aus nicht öffentlicher Förderung	840	1	881	1	922	2	-41	-5
Rückstellungen	630	1	613	1	570	1	17	3
Verbindlichkeiten	17.362	30	18.081	31	12.506	23	-719	-4
Rechnungsabgrenzungsposten	514	1	490	1	480	1	24	5

Bilanzsumme

57.998	100	59.304	100	53.842	100	-1.306	-2
--------	-----	--------	-----	--------	-----	--------	----

bb) GuV

	2013	2012	2011
	T€	T€	T€
Erlöse aus Pflegeleistung	16.895	16.838	16.462
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-27	339	
sonstige betriebliche Erträge	2.224	1.959	1.613
Materialaufwand	3.823	3.748	3.620
Personalaufwand	11.526	11.519	11.531
Abschreibungen	1.818	1.705	1.589
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	774	777	772
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.911	2.319	1.612
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	4	5	2
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1	1	1
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	32	40	59
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	8	1	13
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	634	558	431
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	183	109	113
außerordentliche Erträge	26	87	97
außerordentliche Aufwendungen	63	29	8
außerordentliches Ergebnis	-37	58	89
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	146	167	202
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	146	167	202
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,86	0,99	1,23	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,86	0,99	1,23	%
Cash-Flow:	1.972	1.873	1.804	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	49	49	45	T€
Personalaufwandsquote:	60,37	60,20	63,80	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	94,13	94,17	88,96	%
Eigenkapitalquote:	29,15	28,27	30,46	%
Fremdkapitalquote:	70,85	71,73	69,54	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Altenpflegeplätze	416,00	416,00	416,00	Anzahl
Pflegepl. f. Menschen mit geistiger u. seel. Behind.	230,00	228,00	228,00	Anzahl

e) Lagebericht

1. Entwicklung 2013

Die Stiftung schloss das Geschäftsjahr 2013 mit einem positiven Ergebnis ab. Die Ertragslage hat sich weiter stabilisiert. Damit konnte der positive Trend der zurückliegenden Geschäftsjahre fortgeschrieben werden.

1.1 Altenhilfe

Im Bereich der Altenhilfe konnte eine gute Ertragslage bei einer jahresdurchschnittlichen Auslastung von 97,4% verzeichnet werden. In allen Bereichen der Altenhilfe konnten die Auslastungswerte gegenüber den Vorjahreswerten auf einem ähnlichen Niveau wie im Vorjahr gehalten werden. Lediglich das Altenpflegeheim Akazienhof blieb mit einer durchschnittlichen Auslastung von 93,8 % deutlich hinter dem Durchschnitt zurück.

Die Erlöse im Bereich Altenhilfe einschließlich ambulanter Pflege beliefen sich in 2013 auf T€ 10.978. Im Vergleich zum Jahr 2012 war damit ein Anstieg von T€ 22 zu verzeichnen.

Die positive Entwicklung der ambulanten Pflege schrieb sich auch in 2013 fort. Die Stiftung verfolgt auch weiterhin das Ziel, den Bereich der ambulanten Pflege weiterzuentwickeln und auszubauen. Mit einem Anteil von 2,57 % (Vorjahr 2,25 %) trägt der Bereich ambulante Pflege zu den Gesamterlösen der Stiftung bei.

1.2 Behindertenhilfe

Im Segment der Behindertenhilfe wurden in 2013 erneut erwartungsgemäß stabile Ergebnisse auf einem hohen Niveau erreicht. Das Förderwohnheim für Menschen mit geistigen Behinderungen war jahresdurchschnittlich mit 99,8 % ausgelastet. Die beiden Tagesförderungen verzeichneten ebenfalls eine stabile, hohe Auslastung von jahresdurchschnittlichen 100 %.

Das Wohnheim für Menschen mit seelischen Behinderungen war im Jahr 2013 zu 98,4 % ausgelastet. Gute Auslastungsergebnisse erzielte die Wohngruppe für Menschen mit seelischen Behinderungen mit einer Auslastung von 97,3 % (97,1 % im Jahr 2012). Die Tagesstätte für Menschen mit seelischen Behinderungen war im Jahr 2013 mit durchschnittlich 91,2 % (2012: 94,7 %) ausgelastet.

Die Pflegeerlöse lagen mit T€ 5.917 ebenfalls über den Erlösen des Vorjahres (T€ 5.882). Mit der Entwicklung ist die Stiftung zufrieden.

1.3 Vermietung altersgerechter Wohnungen

Insgesamt vermietet die Stiftung 209 altersgerechte Wohnungen sowie 10 Gewerbeeinheiten. Die Erträge aus der Vermietung betrugen im Geschäftsjahr T€ 1.418.

Der Vermietungsgrad aller Wohnungen lag erneut bei nahezu 100%.

1.4 Betriebsübergang Servicebereiche

Seit Beginn des Jahres 2013 plante die Stiftung den Betriebsübergang nach § 613a BGB der Servicebereiche Küche, Wäscherei, Haustechnik/Gärtner in die 100 %-ige Tochtergesellschaft serva GmbH der Stiftung. Die Arbeiten hierzu verliefen planmäßig. Der Betriebsübergang konnte zum 01.01.2014 vollzogen werden.

Die Zusammenarbeit zwischen serva GmbH und Stiftung ist seitdem für diese Leistungen mittels Dienstleistungsverträgen und konkreten Leistungsbeschreibungen geregelt.

Ziel des Vorhabens war es, dass die Stiftung sich schwerpunktmäßig um ihr Kerngeschäft – das Pflegen und Betreuen alter und/oder behinderter Menschen konzentriert. Sämtliche Serviceleistungen rund um die Pflege sind nun seit dem 01.01.2014 in der serva GmbH verortet und werden dort mit der nötigen Sach- und Methodenkompetenz geleitet.

Vom Betriebsübergang waren 31 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betroffen. Diese wurden fristgemäß und umfassend vom Betriebsübergang nach § 613a BGB informiert. Betriebsrat und Mitarbeiter wurden frühzeitig in den Prozess eingebunden. An den individuellen Arbeitsbedingungen der Beschäftigten änderte sich aufgrund des Betriebsübergangs nichts. Es wurden keine Entlassungen oder Änderungen der Arbeitsvertragsbestandteile vorgenommen. Seitens der Belegschaft gab es keine Widersprüche zum Betriebsübergang.

Es kam zu keiner Übertragung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens. Diese verblieben sämtlich bei der Stiftung.

1.6 Modellprojekt Ambulantisierung Förderwohnheim

Im Jahr 2013 wurde weiter an dem Modellvorhaben Ambulantisierung des Förderwohnheims gearbeitet.

Derzeit wird von der Stiftung angestrebt, dass Vorhaben zunächst als ein Modellprojekt für 44 Klienten über einen Zeitraum von 3 Jahren durchzuführen. Zum einen eröffnet sich so die Möglichkeit, die pädagogisch inhaltliche Entwicklung und die betriebswirtschaftliche Entwicklung in einem Zeitraum von 3 Jahren konkret zu betrachten und dann über eine Fortführung des Projektes neu zu entscheiden. Ein weiterer Hintergrund, weshalb das Projekt nun für diese 44 Klienten und nicht, wie ursprünglich vorgesehen, für 120 Bewohner durchgeführten werden soll, ist, dass sich die Verhandlungen mit der Sozialagentur als langwierig und wenig kooperativ darstellen. Sich hier zunächst auf die Durchführung eines Teilprojektes zu einigen, erschien zunächst sinnvoller.

Bis zum Jahresende 2013 konnte keine Vereinbarung mit der Sozialagentur zum Modellvorhaben getroffen werden.

2. Finanzielle Situation der Stiftung

Die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der Stiftung verlief 2013 weiterhin positiv. Der Trend der letzten Jahre wurde erneut fortgesetzt. Maßgeblich dazu trugen die in den vorstehenden Ausführungen beschriebenen Sachverhalte bei.

Im Juni 2013 erhielten alle Beschäftigten im Geltungsbereich der Betriebsvereinbarung zur Zahlung eines freiwilligen Erfolgsentgeltes, welche zum 01.01.2011 in Kraft trat, den jeweils individuellen Betrag des Erfolgsentgeltes ausgezahlt. Die Gesamtsumme des Auszahlungsbetrages belief sich im Jahr 2013 auf T€ 232. Im Jahr 2012 wurden insgesamt T€ 261 als freiwilliges Erfolgsentgelt ausgeschüttet.

Im Jahr 2013 lag die Eigenkapitalquote bei 29,2 %. Im Jahr 2012 betrug sie 28,3 % und 2011 waren es 30,4 %. Die nahezu konstante Eigenkapitalquote spiegelt die stabile Lage der Stiftung wieder.

Im Vorjahr wurden die umfangreichen Umbau- und Sanierungsmaßnahmen der Altenpflegeheime weitestgehend abgeschlossen. Damit sicherte sich die Stiftung langfristig den Erhalt einer starken Wettbewerbsposition im Segment der Altenhilfe. Im Geschäftsjahr investierte die Stiftung mit T€ 382 hauptsächlich in die neue Einfriedung des Altenpflegeheimes Riebeckpark (Zaunanlage).

Das Stiftungskapital (Grundstockvermögen) blieb unverändert bei T€ 12.823. Das Eigenkapital erhöhte sich infolge des erwirtschafteten Jahresüberschusses um T€ 146 auf T€ 16.909.

Der Umsatz aus Pflegeleistungen stieg im Vergleich zum Vorjahr um T€ 57 auf T€ 16.895.

Hauptsächlich resultiert die Umsatzsteigerung aus Mehrerlösen in der Ambulanten Pflege sowie einer Umsatzsteigerung in der Kurzzeitpflege.

3. Personelle Situation der Stiftung

Jahresdurchschnittlich beschäftigte die Stiftung im Geschäftsjahr 404 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (einschließlich Auszubildende) mit einem Stellenanteil von 296,72 Vollzeitkräften (VZK). Das Durchschnittsalter der Beschäftigten betrug im Geschäftsjahr 39 Jahre. Im Branchenvergleich kann die Stiftung als vergleichsweise „junges“ Unternehmen benannt werden.

Mit jährlichen Personalkosten in Höhe von T€ 11.526 und einer Personalaufwandsquote von 60,9 %, stellen die Personalkosten den größten Kostenblock dar. Im Vergleich zum Vorjahr sind die gesamten Personalkosten auf einem nahezu gleichem Niveau (+ T€ 7).

Die Paul-Riebeck-Stiftung ermöglicht den Beschäftigten die berufliche Fort- und Weiterbildung. Dafür bot die Stiftung im Rahmen ihres internen Fort- und Weiterbildungsprogrammes im Jahr 2013 Fortbildung im Umfang von insgesamt 172 Stunden an. Die Teilnahme ist unter Fortzahlung der Vergütung und ohne finanzielle Selbstbeteiligung möglich. Der Anteil der Fort- und Weiterbildungskosten an den gesamten Personalkosten betrug im Geschäftsjahr T€ 108.

4. Beteiligungen

4.1 ewia GmbH

Nach der Übertragung der Gesellschaftsanteile des Bauvereins an der ewia GmbH auf die Stiftung, ist die Paul-Riebeck-Stiftung seit dem 01.07.2012 Alleingesellschafter der ewia GmbH. Nach erfolgreicher Übertragung stellte die ewia GmbH ihren operativen Geschäftsbetrieb bis auf weiteres ein.

4.2 serva GmbH

Die Stiftung ist nach wie vor alleiniger Gesellschafter der serva GmbH. Die serva GmbH erzielte im Jahr 2013 ein Jahresüberschuss von T€ 4.

Die serva GmbH erbringt für die Paul-Riebeck-Stiftung seit Januar 2009 Unterhalts- und hauswirtschaftliche Leistungen. Darüber hinaus übernimmt die Gesellschaft seit Juli 2011 die Leistungen des Hol- und Bringendienstes für die Stiftung. Hierzu zählen bspw. die Transporte der Speisen und Getränke von der zentralen Küche im Akazienhof in die übrigen Unternehmensstandorte.

Im Jahr 2013 wurde eine Übertragung der Bereiche Küche, Wäscherei, Haustechnik und Gärtner von der Stiftung auf die serva GmbH geplant und organisiert. Zum 01.01.2014 wurde die Übertragung durchgeführt.

5. Entwicklung im Jahr 2014

Die Stiftung ist sich im Klaren, dass der Wettbewerb im Bereich Altenhilfe und im Bereich Vermietung altersgerechter Wohnungen auch künftig andauern wird.

Die Stiftung sieht sich gut für die kommenden Jahre aufgestellt. Der Bereich Altenhilfe in der Paul-Riebeck-Stiftung steht jedoch auch weiterhin vor neuen Herausforderungen. Eine strategische Weiterentwicklung des Segments Altenhilfe ist unabdingbar, um sich den Veränderungen innerhalb des Spannungsfelds Altern, Altersarmut, Demenz und der erhöhte Pflegebedürftigkeit der zukünftigen Klienten stellen zu können. Hierfür sieht die Stiftung im Jahr 2014 die Schwerpunkte für den Bereich Altenhilfe in:

- der Neuorganisation der Aufbauorganisation des Bereichs Altenhilfe;
- der inhaltlich-fachlichen Weiterentwicklung der Arbeit der Altenpflegeheime;
- einer stärkeren Kundenorientierung und
- einer Optimierung der Servicequalität.

Im Bereich der Behindertenhilfe ist es weiter das Ziel der Stiftung, neue Wege in Sachsen-Anhalt mit dem Thema Deinstitutionalisierung des Förderwohnheims zu gehen. Wünschenswert ist es, für 2014 mit der Sozialagentur eine Vereinbarung zum Modellprojekt Ambulantisierung zu vereinbaren und umzusetzen.

Im Jahr 2014 wird das Vorhaben Modernisierung und Ausbau der Zentralküche der Stiftung eine wichtige Rolle spielen. Es ist beabsichtigt, die Speisenversorgung auf das sog. „cook & chill-Verfahren“ umzustellen. Damit erhofft sich die Stiftung in erster Linie Qualitätsverbesserungen in der Speisenherstellung und -versorgung.

Weiterhin beabsichtigt die Stiftung, im Altenpflegeheim Riebeckpark eine neue Brandmeldeanlage einzubauen und in Betrieb zu nehmen. Im Jahr 2014 werden in erster Linie die Vorbereitungsarbeiten dafür geplant, koordiniert und durchgeführt.

Serva GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Beesener Straße 15 06110 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	26		
Gesellschafter:		T€	%
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere für Einrichtungen für alte, sozial benachteiligte und behinderte Menschen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist in der Gesundheitsversorgung zu sehen, da das Unternehmen Dienstleistungen im Bereich der Altenpflege erbringt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Fritschek, Andreas Joost, Peter
--------------------------	------------------------------------

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
23	15	16	12	18	14	7	44
127	85	115	88	113	86	12	10

Bilanzsumme

150	100	131	100	131	100	19	15
-----	-----	-----	-----	-----	-----	----	----

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
81	54	81	62	81	62	0	0
15	10	9	7	5	4	6	67
54	36	41	31	45	34	13	32

Bilanzsumme

150	100	131	100	131	100	19	15
-----	-----	-----	-----	-----	-----	----	----

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2013	2012	2011
T€	T€	T€
607	483	380
10	6	15
40	30	31
472	363	279
6	5	4
95	86	79
0	0	0
4	5	2
0	0	0
4	5	2
0	0	0
0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,60	1,01	0,45	%
Eigenkapitalrentabilität:	4,54	6,03	2,11	%
Cash-Flow:	10	10	6	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	16	15	15	T€
Personalaufwandsquote:	76,53	74,27	70,83	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	15,00	11,87	13,69	%
Eigenkapitalquote:	53,98	61,83	61,49	%
Fremdkapitalquote:	46,02	38,17	38,51	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

Stadion Halle Betriebs GmbH**

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
c/o Stadt Halle (Saale)
06100 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	13	51,00
Stadion Beteiligungs- und Bewirtschaftungs-GmbH	7	28,00
Hallescher Fußballclub e. V.	5	21,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens sind die Erbringung von Betriebsleistungen für das Kurt-Wabbel-Stadion in Halle (Saale), insbesondere das kaufmännische und technische Management, die Erbringung von Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten, das Marketing sowie sämtliche weiteren bei dem Betrieb des Stadions notwendigen Leistungen.
- (2) Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte vorzunehmen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar förderlich sind.
- (3) Sie darf jedoch keine Zweigniederlassungen errichten, sich nicht an anderen Unternehmen beteiligen oder Unternehmensverträge im Sinne von §§ 291, 292 AktG schließen und Interessengemeinschaften eingehen.

Öffentlicher Zweck:

Der wesentliche Zweck des Unternehmens umfasst kulturelle Aufgaben und ist damit öffentlicher Natur.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Geier, Egbert

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2013 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor. Die Daten beziehen sich auf den 31.12.2012.

Beirat:

Vorsitzender
stellv. Vorsitzender

Dr. Wiegand, Bernd
Klose, Wilfried
Bönisch, Bernhard
Dr. Diaby, Karamba
Dr. Schädlich, Michael
Ettingshausen, Rüdiger
Hajek, Andreas
Heinze, Frank
Thymian, Robert

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2012		2011	
T€	%	T€	%
687	67	778	84
335	32	151	16
8	1		

Bilanzsumme

1.030	100	929	100
-------	-----	-----	-----

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%
24	2	24	3
46	5	29	3
373	36	541	58
587	57	335	36

Bilanzsumme

1.030	100	929	100
-------	-----	-----	-----

bb) GuV

	2012	2011
	T€	T€
Umsatzerlöse	868	344
sonstige betriebliche Erträge	589	201
Abschreibungen	107	49
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.336	495
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10	2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4	-1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	-1
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	-1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	-0,16	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	-2,18	%
Cash-Flow:	107	48	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:			T€
Personalaufwandsquote:			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	66,13	83,00	%
Eigenkapitalquote:	2,36	2,62	%
Fremdkapitalquote:	97,64	97,38	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

A. Wirtschaftsbericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Das Geschäftsjahr 2012 war im Wesentlichen durch den laufenden Betrieb des ERDGAS Sportpark und den sportlichen Erfolg des Halleschen FC geprägt gewesen. Die „Start Up“ Phase des Stadions ist reibungslos angelaufen. Alle zum stabil laufenden Betrieb nötigen Vorgänge und Abläufe haben sich bei den beteiligten Personen und Unternehmen eingespielt. Insoweit ist der Übergang von der Eröffnung zum laufenden Betrieb unproblematisch erfolgt und derzeit eine stabile laufende Betriebsorganisation und Bewirtschaftung gegeben.

Der Hallesche FC hat die Saison 2012/2013 mit dem Klassenerhalt in der 3. Liga abgeschlossen. Zu den Heimspielen des Halleschen FC kamen dabei im Schnitt ca. 7000 Zuschauer. Besonders die Spiele gegen den 1. FC Magdeburg und gegen RB Leipzig fanden vor ausverkauften Rängen statt. Erfreulich ist, dass trotz der sportlichen Brisanz praktisch keinerlei negative Zwischenfälle oder Beschädigungen im Stadion stattgefunden haben.

Aufgrund von Problemen hinsichtlich der Parksituation rund um das Stadion ist durch die Stadt Halle (Saale) ein Verkehrskonzept erstellt worden, welches durch den HFC und die Betriebs GmbH zu allen eigenen Spielen umzusetzen ist. Die damit verbundenen Kosten für Absicherung, Straßensperren, Kontrollen etc. sind nicht unerheblich und müssen vom HFC oder der Stadion Halle Betriebs GmbH bei eigenen Spielen (DFB) getragen werden bzw. werden auf den Veranstalter umgelegt.

Hervorzuheben ist noch, dass der DFB im Jahr 2012 gleich 2 Länderspiele im ERDGAS Sportpark ausgetragen hat. Neben dem U21 EM-Qualifikations Länderspiel Deutschland vs. Griechenland im Februar fand auch das A-Frauen Länderspiel Deutschland vs. Frankreich im Stadion statt. Beide Spiele wurden deutschlandweit live bei Sport 1 bzw. der ARD ausgestrahlt. Neben den hervorragenden infrastrukturellen Bedingungen rund um den ERDGAS Sportpark war, insbesondere, die gute Organisation im Vorfeld und zum Spieltag für die Austragung der Spiele ausschlaggebend. Es ist zu erwarten, dass der DFB auch in den Folgejahren Spiele im ERDGAS Sportpark austragen wird.

Neben dem Stadion als Fußballstätte fanden auch mehrere Veranstaltungen im Businessbereich statt. Die Erwartungen wurden hier mehr als übertroffen. Geplant waren ca. 40 Veranstaltungen; durchgeführt wurden fast 70 Veranstaltungen. Insbesondere das Flair des Stadions als Event Location, aber auch die gute Parkplatzsituation ist hier ausschlaggebend.

2. Lage des Unternehmens

Das Berichtsjahr 2012 umfasste erstmalig einen ganzjährigen Spielbetrieb. Durch die hierbei plangemäß erzielten Einnahmen und Ausgaben bestand zum Bilanzstichtag ein positiver Liquiditätsbestand in Höhe von Euro T€ 225.

Die wirtschaftliche Lage kann daher insgesamt als gut bezeichnet werden. Die Gesellschaft war stets in der Lage ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Die Gesellschaft hat im abgelaufenen Geschäftsjahr plangemäß ein ausgeglichenes Jahresergebnis erzielt.

B. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Unternehmens

1. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Das Geschäftsjahr 2013 ist weiterhin durch den laufenden Spielbetrieb in der 3. Liga innerhalb des Stadions geprägt.

Der HFC als Hauptnutzer und Aufsteiger hat bisher eine gute Saison gespielt. Die ersten Spiele wurden fast ausnahmslos gewonnen. Danach folgte allerdings eine sportliche Durststrecke. Zur Hälfte der aktuellen Saison befand sich der HFC in akuter Abstiegsgefahr. Nach der Verpflichtung von gleich 5 Spielern ist der HFC dann in die zweite Halbserie gut gestartet und rangiert derzeit mit 38 Punkten auf einem Mittelfeldplatz. Es ist zu erwarten, dass der HFC den sportlichen Klassenerhalt schafft. Die Lizenz ist dem HFC bereits für die Saison 2013/2014 erteilt worden.

Für die bisher durchweg positive Wahrnehmung des ERDGAS Sportpark in der Öffentlichkeit hat im Wesentlichen auch der sportliche Erfolg des Halleschen FC beigetragen. Bisher ist es gelungen, neben dem typischen HFC Fan, auch Familien für einen Besuch zu begeistern.

2. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Das weitere Geschäftsjahr wird vor allem auch vom sportlichen Erfolg des Halleschen FC in der 3. Liga und gewissen Anpassungen innerhalb des Stadions geprägt sein.

Die größte Aufgabe besteht nach wie vor darin, den gesteigerten Anforderungen des Spielbetriebes der 3. Liga gerecht zu werden und je nach Abhängigkeit vom sportlichen Erfolg des HFC, notwendige Anpassungen wirtschaftlich sinnvoll vorzunehmen und weiterhin den reibungslosen Betrieb zu gewährleisten.

Die Gesellschaft erhält zur Deckung der laufenden Ausgaben Zuschüsse der Stadt Halle (Saale). Es ist derzeit nicht erkennbar, dass aufgrund des Gesellschaftszweckes/der Tätigkeit der Gesellschaft diesbezüglich ein Tatbestand des Art. 107 Abs. 1 AEUV erfüllt wäre, da eine grenzüberschreitende Wirkung/Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedsstaaten nicht gegeben ist.

C. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Wesentliche Vorgänge nach dem Bilanzstichtag sind nicht zu verzeichnen.

Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Glauchauer Straße 68
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: Stiftung
Stiftungsvermögen in T€: 12.372

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Zweck der Stiftung ist, allen sozial-benachteiligten Einwohnern der Stadt Halle (Saale) Unterkunft, Verpflegung und kulturelle Betreuung zu gewähren.
- (2) Der Stiftungszweck wird verwirklicht, insbesondere durch:
 - a) den Betrieb des Senioren-, Wohn- und Pflegeheimes Hospital St. Cyriaci et Antonii,
 - b) altersgerechte Wohnformen sowie die soziale und kulturelle Betreuung alter und pflegebedürftiger Menschen.
- (3) Die Erträge werden dem unter Ziff. (1) definierten Zweck zugeführt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.
- (4) Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabeordnung vom 16. März 1976 (BGBl. I, S. 613, 1977).
- (5) Aufnahmefähig in das Senioren-, Wohn- und Pflegeheim der Stiftung sind nach Maßgabe der vorhandenen Plätze Personen beiderlei Geschlechts ohne Unterschied des Standes und der Religion. Hierbei sind Einwohner der Stadt Halle bevorzugt zu berücksichtigen. Der Betrieb des Senioren-, Wohn und Pflegeheimes dient im Besonderen der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen.
- (6) Die Rechtsstellung der durch die Stiftung Begünstigten wird durch den Stiftungsvorstand in einem Regulativ festgelegt. Dies legt insbesondere die Grundsätze für die Aufnahme in das Senioren-, Wohn- und Pflegeheim der Stiftung und die Entlassung aus demselben fest.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Stiftungszweck und ist vorrangig in gesundheitlichen Aspekten der Bevölkerung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Cremer, Manfred

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2013 erfolgt.

Stiftungsvorstand:	Vorsitzender	Kogge, Tobias	(seit 07.03.2013 Vorsitzender)
	stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert	(seit 07.03.2013 stellv. Vorsitzender)
		Haupt, Hanna	
		Schmiedel, Peter	
		Scholtyssek, Andreas	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

	2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	31.711	98	32.315	98	31.314	94	-604	-2
Umlaufvermögen	745	2	500	2	2.120	6	245	49
Rechnungsabgrenzungsposten	30	0	33	0	31	0	-3	-9

Bilanzsumme

32.486	100	32.848	100	33.465	100	-362	-1
--------	-----	--------	-----	--------	-----	------	----

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	18.226	56	18.379	56	18.690	56	-153	-1
Sonderposten aus Zuschüssen und des Zuwendungen zur Finanzierung Sachanlagevermögens Rückstellungen	3.373	10	3.518	11	3.663	11	-145	-4
	166	1	152	0	96	0	14	9
Verbindlichkeiten	10.588	33	10.721	33	11.002	33	-133	-1
Rechnungsabgrenzungsposten	133	0	78	0	14	0	55	71

Bilanzsumme

32.486	100	32.848	100	33.465	100	-362	-1
--------	-----	--------	-----	--------	-----	------	----

bb) GuV

	2013	2012	2011
	T€	T€	T€
Erlöse aus Pflegeleistung	5.149	4.519	4.041
sonstige betriebliche Erträge	1.777	1.611	1.498
Materialaufwand	2.185	1.983	1.851
Personalaufwand	3.170	2.788	2.402
Abschreibungen	797	700	616
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	145	145	145
sonstige betriebliche Aufwendungen	573	647	604
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	7	32	74
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	4	33
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	483	492	484
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-129	-299	-166
außerordentliche Erträge	181		
außerordentliche Aufwendungen	185		
außerordentliches Ergebnis	-4		
sonstige Steuern	20	12	13
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-153	-311	-179
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-153	-311	-179

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-2,97	-6,89	-4,43	%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,83	-1,67	-0,95	%
Cash-Flow:	644	389	437	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	109	107	117	T€
Personalaufwandsquote:	45,77	45,48	43,37	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	97,13	97,51	87,26	%
Eigenkapitalquote:	56,10	55,95	55,85	%
Fremdkapitalquote:	43,90	44,05	44,15	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Altenpflegeplätze / Betreutes Wohnen	264,00	266,00	198,00	Anzahl
Auslastung Betreutes Wohnen	83,70	80,30	92,90	%
Auslastung Pflegeplätze	95,80	96,60	96,60	%
Wohnungen	61,00	61,00	61,00	Anzahl

Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Glauchauer Straße 68
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: Stiftung

Stiftungsvermögen in T€: 344

Gegenstand des Unternehmens:

Satzung der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung / § 2 Stiftungszweck

1. Unterstützung sozial benachteiligter blinder und sehschwacher Einwohner der Stadt Halle
2. Der Stiftungszweck wird verwirklicht insbesondere durch
 - a) Vermietung und Verpachtung von Grundbesitz
 - b) Verwaltung des Grundbesitzes
3. Die Erträge werden dem unter Ziff. 1 definierten Zweck zugeführt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.
4. Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff AO.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Stiftung ergibt aus deren Zielen und ist in erster Linie im sozialen Bestreben und dort im Bereich der Krankenpflege zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Cremer, Manfred

Stiftungsvorstand:

Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert
	Kogge, Tobias

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
344	67	344	68	344	66	0	0
171	33	165	32	174	34	6	4

Bilanzsumme

515	100	509	100	518	100	6	1
-----	-----	-----	-----	-----	-----	---	---

Passiva

Eigenkapital

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
515	100	509	100	518	100	6	1

Bilanzsumme

515	100	509	100	518	100	6	1
-----	-----	-----	-----	-----	-----	---	---

bb) GuV

sonstige betriebliche Erträge
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2013	2012	2011
T€	T€	T€
21	12	14
11	5	6
4	4	6
14	11	14
14	11	14
6	5	6
8	6	8

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

Umsatzrentabilität:

Eigenkapitalrentabilität:

Cash-Flow:

Gesamtleistung je Mitarbeiter:

Personalaufwandsquote:

2013	2012	2011	Angaben in
			%
2,73	2,18	2,82	%
14	11	14	T€
			T€
			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	66,77	67,62	66,39	%
Eigenkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%
Fremdkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Ackerfläche	468.950,50	468.950,50	468.950,50	m ²
Gartenfläche	7.393,00	7.393,00	7.393,00	m ²

3.7 KULTUR

Stiftung Händel-Haus*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Große Nicolaistraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: Stiftung
Stiftungsvermögen in T€: 6.487

Gegenstand des Unternehmens:

Die Stiftung verfolgt die folgenden Aufgaben:

Erforschung und Vermittlung von Leben, Werk und Rezeption Georg Friedrich Händels im Kontext der regionalen und der europäischen Musikgeschichte sowie Verbreitung seines Gesamtwerkes. Dieser Zweck wird insbesondere verwirklicht durch

- a) Trägerschaft und Unterhaltung des Händel-Museums in Halle (Saale) mit seinen wissenschaftlichen Sammlungen sowie der Musikinstrumentensammlung mit Restaurierungswerkstatt,
- b) Durchführung der Händel-Festspiele, sonstiger Konzerte, Vorträge und pädagogischer Angebote sowie
- c) Durchführung von und Mitwirkung bei Forschungsvorhaben.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Stiftungszweck und ist vorrangig in kulturellen Aspekten der Bevölkerung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Direktor: Birnbaum, Clemens

Kuratorium:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	(seit 28.06.2013 Vorsitzender)
	stellv. Vorsitzender	Dorgerloh, Stephan Dr. Bergner, Annegret Froboese, Klaus Hoberg, Uwe Prof. Neven DuMont, Alfred	

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2013 erfolgt.

Fachbeirat:

Vorsitzender
stellv. Vorsitzender
Ehrenmitglied

Prof. Dr. Hirschmann, Wolfgang
Bischoff, Detleff
Bartoli, Cecilia
Kaiser, Angela
Köhler, Axel
Prof. Dr. Fontana, Eszter
Prof. Dr. Ruf, Wolfgang
Prof. Schirmer, Ragna
Quäschning, Bettina
Voß, Stefan

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Ausstehende Einlagen

Anlagevermögen

Umlaufvermögen

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
8.440	43	10.496	49	13.118	55	-2.056	-20
8.548	43	8.667	40	8.663	36	-119	-1
2.765	14	2.377	11	2.076	9	388	16
19.753	100	21.540	100	23.857	100	-1.787	-8

Passiva

Eigenkapital

Rückstellungen

Verbindlichkeiten

Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
18.719	95	20.873	97	23.405	98	-2.154	-10
675	3	363	2	373	2	312	86
61	0	54	0	53	0	7	13
298	2	250	1	26	0	48	19
19.753	100	21.540	100	23.857	100	-1.787	-8

bb) GuV

	2013	2012	2011
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	78	89	61
sonstige betriebliche Erträge	221	786	863
Materialaufwand		0	0
Personalaufwand	1.165	1.210	1.235
Abschreibungen	189	186	192
Zuschüsse und Fördermittel	2.759	3.097	3.010
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.793	2.531	2.361
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-89	45	146
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-89	45	146
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-89	45	146

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-114,43	50,61	240,62	%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,47	0,22	0,63	%
Cash-Flow:	100	231	337	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	16	36	38	T€
Personalaufwandsquote:	389,31	138,28	133,75	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	43,21	40,16	36,30	%
Eigenkapitalquote:	94,77	96,91	98,10	%
Fremdkapitalquote:	5,23	3,09	1,90	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

Theater, Oper und Orchester GmbH Halle

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Universitätsring 24 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines Mehrspartentheaters einschließlich Orchester. Der Theaterbetrieb dient der Förderung von Kunst und Kultur in der Öffentlichkeit. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich diesen satzungsmäßigen Zweck. Sie verwirklicht diesen Zweck selbst und unmittelbar.
- (2) Die Gesellschaft ist berechtigt, weitere gleichartige oder ähnliche Unternehmen und Einrichtungen zu errichten oder bestehende zu erwerben, zu übernehmen oder sich an diesen zu beteiligen, soweit dies im Einklang mit dem Gesellschaftszweck steht.
- (3) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die genannten Zwecke der Gesellschaft verwandt werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten.

Öffentlicher Zweck:

Der wesentliche Zweck des Unternehmens umfasst kulturelle Aufgaben und ist damit öffentlicher Natur.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Stiska, Rolf	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	(seit 18.01.2013 Vorsitzender)
	stellv. Vorsitzender	Range, Stefan	
		Dr. Wöllenweber, Hans-Dieter	
		Dr. Wünscher, Ulrike	
		Ewert, Gertrud	
		Heinemann, Jens	

Aufsichtsrat:

Schramm, Rudenz

Stromberg, Kay

Wolff, Sabine

Aufsichtsrat

31.07.2013	31.07.2012	31.07.2011
T€	T€	T€
2	2	4

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen

Umlaufvermögen

Rechnungsabgrenzungsposten

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
27.657	85	29.972	91	29.941	95	-2.315	-8
4.557	14	2.875	8	1.214	4	1.682	59
219	1	189	1	253	1	30	16

Bilanzsumme

32.433	100	33.036	100	31.408	100	-603	-2
--------	-----	--------	-----	--------	-----	------	----

Passiva

Eigenkapital

Sonderposten aus Zuschüssen und des
Zuwendungen zur Finanzierung
Sachanlagevermögens
Rückstellungen

Verbindlichkeiten

Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
26.731	82	28.186	85	28.147	90	-1.455	-5
2.055	6	2.109	6	1.242	4	-54	-3
2.440	8	1.508	5	770	2	932	62
1.040	3	931	3	1.035	3	109	12
167	1	302	1	214	1	-135	-45

Bilanzsumme

32.433	100	33.036	100	31.408	100	-603	-2
--------	-----	--------	-----	--------	-----	------	----

bb) GuV

	2013	2012	2011
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.518	3.069	37.299
Zuschüsse Gesellschafter ¹⁾	32.600	33.225	
sonstige betriebliche Erträge	599	881	339
Materialaufwand	3.567	4.072	3.762
Personalaufwand	28.641	28.555	29.314
Abschreibungen	1.474	1.641	1.574
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.859	2.847	2.969
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	20	9
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	179	80	28
außerordentliche Erträge			4
außerordentliches Ergebnis			4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-16	32	
sonstige Steuern	8	9	12
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	187	39	20
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	187	39	20

¹⁾ Im Jahr 2011 wurden die Zuschüsse unter den Umsatzerlösen ausgewiesen, ab dem Jahr 2012 in einer gesonderten Position.

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,31	1,27	0,05	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,70	0,14	0,07	%
Cash-Flow:	1.661	1.680	1.594	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	9	8	70	T€
Personalaufwandsquote:	695,75	722,86	77,88	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.7.2013	31.7.2012	31.7.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	85,13	90,55	95,22	%
Eigenkapitalquote:	82,42	85,32	89,62	%
Fremdkapitalquote:	17,58	14,68	10,38	%

ee) Leistungsdaten

	31.7.2013	31.7.2012	31.7.2011	Angaben in
Besucher	268.581,00	278.622,00	239.507,00	Anzahl
Vorstellungen, Veranstaltungen	1.770,00	1.974,00	1.860,00	Anzahl

e) Lagebericht

1. Gründung und Entwicklung

Am 25. Juni 2008 beschloss der Stadtrat die Gründung eines Mehrspartenhauses in der Rechtsform einer gemeinnützigen GmbH mit einem Stammkapital von 25.000 Euro unter der Firma „Theater, Oper und Orchester GmbH Halle“, in die die Kultureinrichtungen Verbund Oper, Staatskapelle, Kulturinsel und Thalia Theater überführt werden sollten. Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines Mehrspartentheaters einschließlich Orchester.

Die Überführung der städtischen Kultureinrichtungen in die Gesellschaft erfolgte mit Geschäftsjahr zum 01. Januar 2009 auf der Grundlage des Stadtratsbeschlusses vom 26. November 2008.

Durch den Vertrag zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale) vom April 2009 über die Förderung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle war für den Zeitraum der Jahre von 2009 bis 2012 eine gesicherte finanzielle Grundlage für die künstlerische und wirtschaftliche Arbeit der Bühnen von Halle gegeben. Im Jahre 2012 ist dieser Vertrag für das Jahr 2013 fortgeschrieben worden.

Die Gründung der GmbH war mit der Zielstellung verbunden, die kulturellen und künstlerischen Leistungen der Theater und der Staatskapelle auf hohem Niveau bei Senkung der Aufwendungen zu erhalten.

Der Theaterfördervertrag sah dementsprechend eine planmäßige Senkung der Zuschüsse für die GmbH von 37,7 Mio. Euro im Jahre 2009 auf 32,5 Mio. Euro im Jahre 2012 vor.

Damit nicht genug, wurde die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle mit jedem Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst immer wieder vor neue wirtschaftliche Probleme gestellt, da weder das Land noch die Stadt bereit waren, zur Finanzierung der tariflichen Mehraufwendungen Zuschusserhöhungen vorzunehmen.

Die Liquiditätsentwicklung der GmbH belegt, dass die wirtschaftlichen Aufgabenstellungen erfolgreich bewältigt worden sind.

Seit der GmbH-Gründung verringerten sich im Zeitraum 2009 bis 2012 die Zuschüsse um über 5 Mio. Euro. Außerdem wurden in diesem Zeitraum von der GmbH etwa 3 Mio. Euro Mehrkosten aus Tarifierhöhungen aufgefangen. Insgesamt betragen damit in diesem Zeitraum die Einsparungen mehr als 8 Mio. Euro.

Als entscheidender Weg dazu dienten Personalabbau und Absenkung der Vergütung auf Basis von Haustarifverträgen. Seit 2009 sind 86 Stellen abgebaut worden. Außerdem werden durch Haustarifverträge die Kosten von 55 Vollzeitstellen eingespart.

Daneben sind die eigenen Erlöse kontinuierlich angestiegen.

Die positive Erlösentwicklung steht gleichermaßen für den Zuwachs der Besucherzahlen wie für das erfolgreiche Bemühen um die Anhebung der Eintrittspreise.

Die Bewältigung der enormen wirtschaftlichen Herausforderungen war aber auch mit Verlusten verbunden. Das Arbeitsvermögen der Bühnen verringerte sich durch Personalabbau und Vergütungsverzicht gegen Freizeitausgleich. Die Spielstätte des Thalia Theaters musste aufgegeben werden. Es spricht für den Leistungswillen und den Zuwachs an Effizienz, dass dies nicht zu einer Schmälerung der Angebote und zu künstlerischen Substanzverlusten führte.

Nach fast fünfjähriger Zusammenarbeit in der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle präsentieren sich alle 5 Sparten der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle auf einem hohen Leistungsstand, die Arbeit fand zunehmende Akzeptanz und Anerkennung weit über den Standort Halle hinaus, die Besucherzahlen sind gestiegen.

Die Entwicklung seit der Gründung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle beweist, dass die Erwartungen sowohl künstlerisch als auch wirtschaftlich voll aufgegangen sind.

Dies wird durch die Ergebnisse des Geschäftsjahres 2012/2013 in schönster Weise bestätigt.

2. Leistungsentwicklung

Der Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle sah für das Geschäftsjahr 2012/2013 wiederum ein sehr umfassendes Leistungsangebot vor.

Mit 34 Neuinszenierungen und einer Vielzahl von Stückübernahmen aus vorangegangenen Spielzeiten auf den Bühnen sowie einem gewohnt reichen Konzertangebot sollten in 1.536 Vorstellungen, Konzerten und Veranstaltungen 248.610 Besucher erreicht werden.

Nachdem im Geschäftsjahr 2011/2012 48 Neuinszenierungen zur Premiere gebracht worden waren, erfolgte unter realistischer Einschätzung der personellen und finanziellen Ressourcen der GmbH sowie des Bedarfs eine planmäßige Verringerung der Zahl der Neuproduktionen.

Die Planung der Besucherzahlen orientierte sich zum Zeitpunkt der Planaufstellung an den Ergebnissen bis zum Abschluss der Spielzeit 2010/2011. Das überaus gute Besucherergebnis der Spielzeit 2011/2012 konnte noch nicht in die Planung einfließen. Die Planung für 2012/2013 berücksichtigte jedoch den Beschluss des Aufsichtsrates über die Schließung der Spielstätte des Thalia Theaters sowie die Tatsache, dass im Planungszeitraum keine Kinderstadt stattfinden würde.

Die geplanten Leistungen sind hinsichtlich der Inszenierungen sowie der Spiel- und Konzertangebote von Seiten der Bühnen voll erbracht worden. Infolge der Absage der Händelfestspiele und der damit in Verbindung stehenden Unterbrechung des Spielbetriebes konnte die Premiere der Händel-Oper „Almira“ nur mit terminlicher Verzögerung erfolgen. Der Ausfall von Vorstellungen und Konzerten führte zu Verlusten von Besuchern und Erlösen.

Die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle erreichte im Geschäftsjahr 2012/2013 eine Gesamtzahl von 268.581 Besuchern.

Im Vergleich der zurückliegenden Jahre ordnet sich diese Zahl wie folgt ein:

Besucher							
2005/2006	2006/2007	2007/2008	2008/2009	2009/2010	2010/2011	2011/2012	2012/13
290.228	228.480	248.761	253.744	245.621	239.507	278.622	268.581

Unter Berücksichtigung der nur alle zwei Jahre stattfindenden Kinderstadt, die im Vorjahr 10.596 Besucher zählte, und der Ausfälle infolge der Unterbrechung des Spielbetriebes, die sich auf etwa 12.700 Besucher belaufen, sind die hervorragenden Ergebnisse des Vorjahres in den Besucherzahlen wieder erreicht, ja sogar überboten worden. Die Auslastung der Vorstellungen – ohne theaterpädagogische und theaternahe Veranstaltungen – lag im Durchschnitt bei 75,4 %.

Im Einzelnen stellt sich die Leistungsbilanz von Vorstellung und Besuchern der GmbH in den Sparten wie folgt dar:

Vorstellungen und Besucher

		Plan 2012/2013		Ist 2012/2013		Ist- Vorjahr
		Vorstellungen	Besucher	Vorstellungen	Besucher	Besucher
Operhaus		232	78.000	408	93.444	94.798
davon	Großes Haus	152	58.520	148	60.042	59.283
	sonstige Spielstätten	60	4.800	98	5.898	9.401
	Gastspiele/Vermietungen i. Haus			12	5.190	7.580
	Gastspiele außer Haus	20	14.680	23	15.955	12.931
	theaterp. und th.-nahe Verant.			127	6.359	5.603
neues theater		348	49.300	460	55.527	55.240
davon	Großer Saal	130	23.600	113	23.162	21.131
	Kammertheater	100	7.500	91	8.965	6.057
	Schaufenster	50	4.900	29	1.677	2.530
	Hoftheater	60	10.800	36	8.763	12.875
	sonstige Spielstätten			16	2.541	4.232
	Gastspiele/Vermietungen i. Haus			58	4.657	5.291
	Gastspiele außer Haus	8	2.500	2	237	731
	theaterp. und th.-nahe Verant.			115	5.525	2.393
Puppentheater		200	21.000	277	22.348	19.021
davon	eigene Vorstell. i. Haus	160	12.800	162	13.718	10.894
	Gastspiele/Vermietungen i. Haus			7	596	2.371
	Gastspiele außer Haus	40	8.200	27	5.581	5.069
	theaterp. und th.-nahe Verant.			81	2.453	687
Thalia Theater		200	26.000	270	24.773	42.764
davon	Oper-Saal	60	15.000	20	7.118	13.790
	nt-Kammer	60	5.400	26	2.750	4.317
	sonstige Spielstätten	80	5.600	148	12.540	21.096
	Gastspiele/Vermietungen i. Haus			0	0	2.399
	Gastspiele außer Haus			1	150	154
	theaterp. und th.-nahe Verant.			75	2.215	1.008
Staatskapelle		106	60.610	200	59.530	62.581
davon	Konzerte in Halle	77	43.500	82	42.328	42.367
	Gastspiele	29	17.110	24	12.118	15.474
	Vermietungen			0	0	20
	sonstige Spielstätten			0	0	1.695
	theaterp. und th.-nahe Verant.			94	5.084	3.025
theaterp. und th.-nahe Verant. /						
spartenübergreifende Veranstaltungen		450	13.700	155	12.959	3.374
Gesamt		1.536	248.610	1.770	268.581	278.622

Die **Oper Halle** erreichte in der Spielzeit 2012/2013 mit 93.444 Besuchern nahezu wieder das hohe Niveau des Vorjahres, wo 94.798 Besucher gezählt worden waren. Zu einem wesentlichen Teil beruhen diese Ergebnisse auf der Attraktivität und Publikumswirksamkeit der Spielplanangebote im großen Saal des Opernhauses. Im Abrechnungszeitraum besuchten 60.042 Personen die Vorstellungen im großen Saal, in der Spielzeit zuvor waren dort nur 59.283 Besucher zu verzeichnen gewesen. Einen Zuwachs erreichten auch die Besucher auf Gastspielen infolge der Ring-Aufführungen in Ludwigshafen, während die Besucherzahl in und auf den sonstigen Spielstätten durch das Fehlen von Freilichtaufführungen rückläufig war. Durch die Absage der Händelfestspiele und die Unterbrechung des Spielbetriebes entstanden Ausfälle von 2.600 Besuchern.

Im Verlaufe der Spielzeit erarbeitete die Oper 10 Neuinszenierungen, dabei handelte es sich um 8 Produktionen des Musiktheaters und um 2 Ballettaufführungen.

Einen Schwerpunkt in der Arbeit des Musiktheaters bildete der Abschluss von Richard Wagners Tetralogie „Ring des Nibelungen“ mit den Premieren von „Götterdämmerung“ sowie den Aufführungen des kompletten Ring-Zyklus sowohl in Halle wie auch in Ludwigshafen. Diese Vorstellungen, die Besucher aus der ganzen Welt anlockten, trugen ganz wesentlich zur überregionalen Ausstrahlung der Oper und der Stadt Halle bei. War der „Ring des Nibelungen“ aus Anlass des 200. Geburtstages von Richard Wagner erarbeitet worden, so kam „Nabucco“ als Beitrag zum 200. Verdi-Geburtstag in den Spielplan. Für die Händelfestspiele 2013 ist die Oper „Almira“ inszeniert worden. Die fertige Arbeit konnte durch die Absage der Händelfestspiele nicht termingerecht der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Mit der Aufführung von Telemanns „Der geduldige Socrates“, eine Übernahme aus dem Theater am Gärtnerplatz München, wurde die Barock-Linie im Spielplan der Oper Halle ergänzt und bereichert. Die Inszenierungen von „Hänsel und Gretel“ sowie von „Young Frankenstein“ und „Glöckner von Notre Dame“ zielen auf ein breites Publikum, doch blieben die beiden letztgenannten Aufführungen den Beweis hoher Publikumswirksamkeit bisher schuldig.

Im Ballett fanden die Neuproduktionen „Das Phantom der Oper“ und die Ballett-Gala ein interessiertes und zahlreiches Publikum. Mit einem Anteil von 34 % an den Aufführungen im großen Saal der Oper und einem Besucheranteil von 31 % in dieser Spielstätte bildet das Ballett eine wesentliche und unverzichtbare Säule des Spielbetriebes im Opernhaus Halle.

Außer den Neuinszenierungen wurden im Verlaufe der Spielzeit 13 Inszenierungen aus den Vorjahren wieder in den Spielplan der Oper aufgenommen. Hinzu kamen 4 Inszenierungen für Bad Lauchstädt. Zusätzlich stand dem Publikum ein Angebot von 11 Inszenierungen in den kleinen Spielstätten des Opernhauses zur Verfügung.

Im Ergebnis der Spielzeit sind für die Oper 408 Vorstellungen und Veranstaltungen abzurechnen. Davon entfallen 148 Vorstellungen auf eigene Aufführungen des Musiktheaters (98) und des Balletts im großen Saal (50), 23 auf Gastspiele der Oper in Bad Lauchstädt (13), Ludwigshafen (8), Friedrichshafen (1) und Dresden (1), 98 auf die kleinen Spielstätten, 12 auf Fremdgastspiele und Vermietungen und 127 auf theaterpädagogische und sonstige Veranstaltungen.

Die Vorstellungen in Verantwortung der Sparte Oper erreichten 2012/2013 eine durchschnittliche Auslastung von 62,6 %. An der Spitze der Auslastung standen die Aufführungen des „Rings des Nibelungen“ im Musiktheater und der „Nussknacker“ im Ballett.

Die **Staatskapelle Halle** setzte in der Saison ihr umfangreiches und vielfältiges Konzertangebot auf hohem künstlerischem Niveau in Halle fort. Zentraler künstlerischer Punkt sind die Sinfoniekonzerte in der Händel-Halle. Hier wurden 2012/2013 20.016 Besucher erreicht, das sind 493 mehr als im Jahr zuvor. Die durchschnittliche Auslastung betrug 82,7 %. Den Spitzenplatz in der Auslastung nehmen die Konzertreihen das Klassische Erbe und die Pavillonkonzerte mit 94,3 % ein. Dagegen erreichten die Kammermusikreihen Händels Schätze und Kammermusik im Händelhaus nur 50,6 %.

Insgesamt fanden 2012/2013 in Halle 82 Konzerte mit der Staatskapelle statt. In diesen Konzerten sind 42.328 Besucher erfasst worden. Dies entspricht annähernd dem Vorjahreswert, gleichwohl verbietet sich ein direkter Vergleich.

Die Staatskapelle war in besonderer Weise vom Ausfall der Händelfestspiele 2013 betroffen. Im Jahre 2012 waren für die Konzerte der Staatskapelle während der Händelfestspiele 7.110 Besucher abgerechnet worden. Diese Besucherzahl ging 2013 bei vergleichbarer Anzahl von Konzerten verloren. Dafür wurden geschätzte 6.000 Besucher von Benefizkonzerten in die Abrechnung aufgenommen. Außerhalb der Stadt Halle gab die Staatskapelle 24 Konzerte vor 12.118 Konzertbesuchern, davon fanden 17 Konzerte in Sachsen-Anhalt und 7 Konzerte in anderen Bundesländern statt. Das sind 10 Konzerte und 3.356 Besucher weniger als im Vorjahr, aber 1.611 Besucher mehr als 2010/2011. Dies zeugt von starken Schwankungen in der Gastspieltätigkeit, die sowohl von der Nachfrage als auch der gezielten Einwerbung abhängig ist. Mit der Neubesetzung der Direktorenstelle wird auf eine Steigerung der Gastspieltätigkeit hingearbeitet.

Eine feste Säule in der Arbeit der Staatskapelle stellen die Konzerte für Schüler und Jugendliche dar. In der Saison 2012/2013 fanden 17 spezielle Schüler- und Jugendkonzerte statt, davon 6 in Halle und 11 in Sachsen-Anhalt.

Mit 11 Neuinszenierungen hat das **neue theater** 2012/2013 sein Produktionsprogramm auf ein Normalmaß eingepegelt, nach dem im Jahr zuvor mit dem Neustart der künstlerischen Leitung der Neuaufbau des Spielplans 18 Premieren erfordert hatte, womit die Leistungsgrenzen im Arbeitsvermögen von Technik und Werkstätten zum Teil deutlich überschritten worden waren.

Die Inszenierungen im großen Saal des neuen theaters „Wie im Himmel“, „Eine Weihnachtsgeschichte“, „Maria Stuart“, „Weltall-Erde-Mensch“ sowie „Das Leben des Galilei“ wurden ohne Ausnahme künstlerisch überzeugend zur Premiere gebracht und stießen auf reges Publikumsinteresse. „Wie im Himmel“ erreichte in 25 Vorstellungen eine Auslastung von 93,3 %, „Eine Weihnachtsgeschichte“ in 17 Vorstellungen 103,0 %.

In der neu gestalteten Spielstätte Kammer gab es ebenfalls 5 Neuproduktionen. Dabei erwies sich vor allem die Inszenierung „Tschick“ als Publikumsrenner. In 23 Vorstellungen betrug die Auslastung 98,5 %. Die Aufführung „Der Garten“ entwickelte sich zum Kultstück eines speziell interessierten Besucherkreises. Dagegen blieb die Aufführung „Kasimir und Karoline“ in jeder Hinsicht unter den Erwartungen und wurde relativ schnell aus dem Spielplan genommen.

Auf allergrößte Publikumsresonanz stieß die Theater-Theken-Nacht.

Neben den Neuproduktionen sind dem Publikum im neuen theater 2012/2013 17 Inszenierungen aus den Vorjahren angeboten worden.

Insgesamt fanden 460 Vorstellungen und Veranstaltungen vor 55.527 Besuchern statt. Durch die Absage der Händelfestspiele und angeordnete Unterbrechung des Spielbetriebes gingen dem neuen theater etwa 1.800 Besucher verloren. Die Zahl von 55.527 Besuchern entspricht nahezu dem Ergebnis des Vorjahres mit 55.240 Besuchern. Auf eigene Vorbestellungen entfielen 45.108 Besucher. Hier waren es 2011/2012 42.606 gewesen. Bemerkenswert hierbei ist, dass die Besucherzahl 2012/2013 mit deutlich weniger Vorstellungen erreicht worden ist.

	2011/12		Ø	2012/13		Ø
	Vorstellungen	Besucher	Bes. /Vorst.	Vorstellungen	Besucher	Bes. /Vorst.
Großer Saal	120	20.614	172	113	23.162	205
Kammer	88	5.727	65	91	8.965	99
Schaufenster	53	2.498	47	29	1.677	58
Hof	53	11.115	210	36	8.763	243
sonst. Spielstätten	21	2.652	126	16	2.541	159
	335	42.606	127	285	45.108	158

Diese Zahlen stehen für eine gestiegene Auslastung. Im Geschäftsjahr 2012/2013 erreichte sie 86,4 %, nachdem sie 2011/2012 bei 69,4 % gelegen hatte.

Das **Puppentheater** produzierte 2012/2013 planmäßig 4 Neuinszenierungen sowie eine Koproduktion mit dem Thalia Theater. Mit den Aufführungen von „Der Spieler“, „Das blaue Licht“, „Matti und Sami“ sowie „Shakespeare Sonette“ setzte das Ensemble seinen langjährigen Kurs künstlerischer Erfolge und höchster Publikumsgunst bei jungen und erwachsenen Zuschauern in Halle sowie auf Gastspielen fort.

Auch die mit dem Thalia Theater erarbeitete Freilichtaufführung „Die Odyssee“ fand auf dem Universitätsplatz großen Zuspruch.

Neben Premieren sind dem Publikum 13 Stückübernahmen aus vergangenen Spielzeiten angeboten worden. 162 Vorstellungen im Hause erreichten 13.718 Besucher und 27 Gastspielaufführungen 5.581 Besucher. Insgesamt stieg die Zuschauerzahl von 19.865 im Geschäftsjahr 2011/2012 auf 22.348. Die Auslastung der Vorstellungen in Halle erreichte 93,1 %. Damit ist das Puppentheater die bestausgelastete Sparte der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle.

Angeichts hoher Mehrkosten aus den Tarifierhöhungen des Jahres 2012 hatte der Aufsichtsrat der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle im März 2012 die Schließung der Spielstätte des **Thalia Theaters** beschlossen. Damit ergab sich die Aufgabe, die Inszenierungsarbeit und die Aufführungen der Sparte Thalia Theater kurzfristig in die bereits abgeschlossenen Planungen der Spielstätten der Kulturinsel und des Opernhauses zu integrieren.

Die neue Spielplanung sah insgesamt 6 Neuinszenierungen in den Spielstätten Opernhaus, nt-Kammer, nt-Schaufenster und Puppentheater vor. Außerdem den bewährten Thalia-Fasching in der alten Spielstätte des Ensembles in der Kardinal-Albrecht-Straße sowie die Koproduktion „Die Odyssee“ mit dem Puppentheater auf dem Universitätsplatz.

Die Inszenierungsplanung ist sach- und termingerecht realisiert worden. Zusätzlich gab es als weitere Premiere das Stück „Bis ans Limit“. Sechs Inszenierungen wurden aus dem Repertoire der vorangegangenen Spielzeiten übernommen.

Die Sparte Thalia Theater leistete unter den neuen Bedingungen 270 Vorstellungen und Veranstaltungen und erreichte 24.773 Besucher bei einer durchschnittlichen Kapazitätsauslastung von 81,7 %. Diese Besucherzahl liegt fast so hoch wie die Besucherzahl in der Spielzeit 2010/2011, die bei 25.942 lag.

3. Ertragslage und personelle Entwicklung

Für das Geschäftsjahr vom 01. August 2012 bis 31. Juli 2013 sieht der Wirtschaftsplan der GmbH **Umsatzerlöse** in Höhe von 3.000 T€ vor. Im Ergebnis des Geschäftsjahres sind Umsatzerlöse von 3.518 T€ erwirtschaftet worden.

Im Vergleich zum vergangenen Geschäftsjahr 2011/2012 wurde eine Steigerung der Umsatzerlöse um 449 T€ erreicht.

Detailliert betrachtet stellt sich die Entwicklung der Umsatzerlöse wie folgt dar:

	2011/2012 in €	2012/2013 in €
Einnahmen Kartenverkauf	2.095.306	2.186.423
Einnahmen aus Vermietungen	89.272	96.251
Erlöse aus Gastspielen	789.393	1.148.225
Summe Erlöse aus dem Theaterbetrieb	2.973.971	3.430.899
Ticket- und Vorverkaufsgebühren	15.376	17.007
Programm- und Plakatverkauf	43.739	58.331
sonst. Theatereinnahmen	36.186	11.772
Sonstige Umsatzerlöse gesamt	95.301	87.109
Umsatzerlöse gesamt	3.069.272	3.518.008

Insgesamt erhöhten sich die Erlöse aus dem Kartenverkauf gegenüber dem Vorjahr um 91 T€. Die Erlöse aus den Gastspielen stiegen um 359 T€.

	Plan 2012/2013	Ist 2012/2013	zum Vergleich Ist 2011/2012
Erlöse aus Theaterbetrieb			
Oper	1.663.724	1.866.747	1.442.318
Staatskapelle	588.700	591.428	640.445
neues theater	429.000	616.941	549.517
Puppentheater	185.200	256.711	200.727
Thalia Theater	83.600	99.072	140.964
gesamt	2.950.224	3.430.899	2.973.971

In der **Oper** ist im Vergleich zum Vorjahr mit Mehrerlösen von 425 T€ der höchste Einnahmenzuwachs erreicht worden. Hierbei handelt es sich vor allem um die Steigerung der Gastspielerlöse aus der Ring-Kooperation mit Ludwigshafen. Die Gastspieleinnahmen erhöhten sich von 433 T€ im Geschäftsjahr 2011/2012 auf nunmehr 854 T€. Dagegen stiegen die Einnahmen aus dem Kartenverkauf nur von 952 T€ auf 992 T€.

Spielort	Vorstellungen	Besucher	Einnahmen in €	durchschn. Einn. je Besucher in €
großer Saal	148	60.042	946.768,76	15,77
kleine Spielstätten	98	5.898	45.714,02	7,75
Vermietungen	12	5.190	20.364,00	-
Gastspiele	23	15.955	853.900,00	-
Sonstige	127	6.359	-	-
gesamt	408	93.444	1.866.746,78	

Die durchschnittlichen Einnahmen je Besucher beliefen sich 2012/2013 im großen Saal der Oper auf 15,77 €. Im Vorjahr betrugen sie 15,91 €.

Bei der **Staatskapelle** verringerten sich die Erlöse im Vergleich zum Vorjahr von 640 T€ um 49 T€ auf 591 T€ - der Plan wurde mit rund 3 T€ nicht erreicht. Dies ist auf die niedrigere Gastspielzahl zurückzuführen.

In den Erlösen sind Forderungen an die Händelfestspiele von über 46 T€ enthalten.

Die durchschnittlichen Einnahmen aus den realisierten Konzerten in Halle betrugen 2012/2013 9,74 €. Im Vorjahr beliefen sie sich auf 10,90 €.

Der Hauptteil der Einnahmen rekrutiert sich mit 224 T€ aus den Sinfoniekonzerten in der Handel-Halle.

Spielort	Konzerte	Besucher	Einnahmen in €	durchschn. Einn. je Besucher in €
Halle	82	42.328	412.180,64	9,74
Gastspiele	24	12.118	132.871,50	-
Sonstige	94	5.084	46.376,10	-
gesamt	200	59.530	591.428,24	

Im **neuen theater** stiegen die Erlöse im Vergleich zum Vorjahr von 550 T€ um 67 T€ auf 617 T€ an.

Der Plan von 429 T€ wurde um 188 T€ überboten.

Die Ist-Erlöse schlüsseln sich wie folgt auf:

Spielort	Vorstellungen	Besucher	Einnahmen in €	durchsch. Einn. je Besucher in €
Großer Saal	113	23.162	279.444,56	12,06
Kammer	91	8.965	82.545,69	9,21
Hof	36	8.763	58.883,50	6,72
Schaufenster	29	1.677	17.658,00	10,53
sonst. Spielstätten	16	2.541	73.417,50	28,89
Vermietungen	58	4.657	89.119,75	-
Gastspiele	2	237	8.465,35	-
Sonstige	115	5.525	7.406,50	-
gesamt	460	55.527	616.940,85	

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Durchschnittseinnahmen je Vorstellung und je Besucher in den Hauptspielzeiten deutlich gestiegen. Infolge verbesserter Auslastung der Vorstellungen stiegen die Durchschnittseinnahmen je Vorstellung im großen Saal von 1.992 € im Vorjahr auf 2.473 € 2012/2013 – in der Kammer von 556 € auf 907 €. Die Durchschnittseinnahmen je Besucher erhöhten sich im gleichen Zeitraum von 11,60 € auf 12,06 € im großen Saal und von 8,55 € auf 9,21 € in der Kammer.

Im **Puppentheater** erhöhten sich die Erlöse gegenüber dem Vorjahr von 201 T€ auf 257 T€. Der Plan für 2012/2013 hatte 185 T€ vorgesehen.

Spielort	Vorstellungen	Besucher	Einnahmen in €	durchsch. Einn. je Besucher in €
Dock 1	65	5.911	67.651,48	11,45
Dock 2	90	6.151	37.775,29	6,14
sonst. Spielstätten	7	1.656	11.999,20	7,25
Gastspiele/Vermietungen i. Haus	7	596	4.088,72	-
Gastspiele	27	5.581	135.067,21	-
Sonstige	81	2.453	128,93	-
gesamt	277	22.348	256.710,83	

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Einnahmen aus eigenen Gastspielen von 97 T€ um 38 T€ auf 135 T€. Die Einnahmen aus eigenen Vorstellungen in Halle stiegen von 103 T€ auf 117 T€. Die Durchschnittseinnahmen je Vorstellung wuchsen in Dock 1 von 785 € auf 1.041 €, in Dock 2 von 373 € auf 420 €. Die Durchschnittseinnahmen je Besucher lagen 2011/2012 in Dock 1 bei 8,95 €, in Dock 2 bei 5,93 €.

Für das **Thalia Theater** sind die Einnahmeergebnisse infolge der veränderten Spielorte nicht mit den Vorjahren vergleichbar. Das Planziel an Einnahmen in Höhe von 83.600,00 € ist mit einem Ist von 99.072 € überboten worden.

Das Ergebnis schlüsselt sich wie folgt auf:

Spielort	Vorstellungen	Besucher	Einnahmen in €	durchsch. Einn. je Besucher in €
Oper	20	7.118	26.016,78	3,66
Kammer nt	26	2.750	10.036,34	3,65
Schaufenster nt	85	3.950	15.752,27	3,99
Dock 1/2	27	1.891	6.559,93	3,47
sonst. Spielstätten	37	6.849	40.706,94	-
Sonstige	75	2.215		-
gesamt	270	24.773	99.072,26	

Neben den Erlösen aus eigenen Umsätzen waren für das Geschäftsjahr 2012/2013 **sonstige betriebliche Erlöse** in Höhe von 385 T€ geplant. Davon entfielen 104 T€ auf Kostenerstattungen der Händelfestspiele, 115 T€ auf Sponsorengelder für den „Ring“ und der Rest auf Mietverträge, Auflösung von Sonderposten und Sonstiges. Im Ergebnis des Geschäftsjahres steht bei sonstigen betrieblichen Erträgen ein Ist in Höhe von 598.547 €.

Diese Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

in €

Zuschüsse und Fördergelder für Ring und Sonstige	124.715
Spenden, Fördergelder, Kinderstadt aus Vorjahr	36.312
Erstattung Händelfestspiele (Forderung)	132.800
Mieten	78.017
Mietnebenkosten	31.843
Werbung für Dritte	11.865
Erlöse aus Verkauf Sachanlagen	39.000
Auflösung Sonderposten	76.034
Übrige Erträge	25.660
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	24.943
Kostümverleih, Skonti	17.358
	<u>598.547</u>

Für das Geschäftsjahr 2012/2013 stand der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle ein **Zuschuss** von 32.600 T€ zur Verfügung. Dieser Zuschuss ist planmäßig in Anspruch genommen worden.

Die Ertragsentwicklung stellt sich im Plan-Ist-Vergleich somit wie folgt dar:

in €	Plan	Ist
Umsatzerlöse	3.000.000	3.518.008
sonstige betriebliche Erträge	385.000	598.547
Zwischensumme	3.385.000	4.116.555
Zuschuss	32.600.000	32.600.000
Zwischensumme	35.985.000	36.716.555
Zinsen	20.000	3.794
Gesamtsumme Erträge	36.005.000	36.720.349

Die GmbH erwirtschaftete somit Mehrerträge gegenüber dem Wirtschaftsplan in Höhe von 715.349 €.

Die **Aufwendungen** stellen sich im Plan-Ist-Vergleich wie folgt dar:

	Wirtschaftsplan / €	Ist / €
Materialaufwand	3.845.000	3.567.214
davon bezogenes Material	724.000	851.378
davon bezogene Leistungen	3.121.000	2.715.836
Personalkosten	28.705.000	28.640.974
Abschreibungen	1.350.000	1.473.612
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.500.000	2.859.043
Zwischensumme	36.400.000	36.540.843
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-	16.303
sonstige Steuern	-	8.901
Zinsaufwendungen		193
Gesamtaufwendungen	36.400.000	36.533.635

Der Plan-Ist-Vergleich zeigt in der Gesamtsumme Mehraufwendungen gegenüber dem Wirtschaftsplan in Höhe von 133.635 €. Die Mehrkosten sind in vollem Umfang durch die Mehrerlöse gedeckt. Die Mehraufwendungen zeigen sich im Plan-Ist-Vergleich bei den Personalaufwendungen, den Abschreibungen und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen, während in den Materialkosten Minderaufwendungen vorliegen. Bei den Steuern vom Einkommen und Ertrag handelt es sich um Erstattungen der Vorjahre, die im Rahmen der Jahressteuererklärungen verbucht wurden.

Im Einzelnen stellt sich die Kostenentwicklung wie folgt dar:

Materialaufwendungen in T€	Ist 31.07.2012	Plan 2012/2013	Ist 31.07.2013
Neuinszenierungen	597	560	632
laufende Inszenierungskosten	157	120	157
Werkstätten	46	30	37
Ballettschuhe	16	14	13
Zwischensumme	816	724	839
zzgl. Projekte	81	-	12
bezogenes Material gesamt	897	724	851
Fremdleistungen Inszenierungen	28	-	-
Instrumentenreparatur	158	141	214
Honorare inkl. Reisekosten und Übernachtung	1.882	2.150	1.619
Urhebergebühren/Notenleihe	354	362	302
Miete Spielstätten	144	140	140
Feuerwache	77	78	76
Gastspiele	237	250	333
Zwischensumme	2.880	3.121	2.684
zzgl. Projekte	295	-	32
bezogene Leistungen gesamt	3.175	3.121	2.716
Materialkosten gesamt	4.072	3.845	3.567

Die mit 3.845 T€ geplanten **Materialkosten** sind bei einem Ist von 3.567 T€ deutlich unterschritten worden. Dies ist maßgeblich darauf zurückzuführen, dass die Honorare für künstlerische Gäste in dieser Position voll geplant werden, aber soweit es sich um abhängig Beschäftigte handelt, in den Personalkosten verbucht werden.

Für Honorare waren Kosten von 2.150 T€ geplant. Das Ergebnis beläuft sich auf insgesamt 2.289 T€, davon sind 1.619 T€ in den Materialkosten und 670 T€ in den Personalaufwendungen ausgewiesen. Die Überschreitung gegenüber dem Plan erklärt sich aus Einsparungen bei ständig beschäftigten Mitarbeitern.

Mehrkosten entstanden auch bei den Aufwendungen für Gastspiele sowie Instrumentenreparaturen.

Die Kosten für Gastspiele stehen im direkten Zusammenhang mit den Gastspieleinnahmen und sind durch diese voll gedeckt.

Die Aufwendungen für Instrumentenreparaturen ergeben sich zum größten Teil aus tarifrechtlichen Verpflichtungen. Der dadurch entstehende Kostenanfall liegt seit Jahren über dem Planansatz und führte zu ständig steigenden Überträgen aus den Vorjahren ins laufende Jahr. Hier erfolgte im Geschäftsjahr 2012/2013 ein Kostenausgleich. Die Kosten sind kaum zu beeinflussen. Sie liegen durch die große Zahl von Musikern vergleichsweise sehr hoch.

Für Neuinszenierungen sind 2012/2013 folgende Mittel eingesetzt worden:

	gesamt Plan €	gesamt Ist 31.7. €	Bühnenbild Plan Ist € €		Kostüme Plan Ist € €		Maske/Requisite/Technik Plan Ist € €	
Oper	320.000	343.644	231.500	251.692	73.000	66.000	15.500	25.952
nt	120.000	137.375	85.000	100.289	19.000	21.374	16.000	15.712
Thalia Theater	80.000	82.787	75.500	64.631	2.500	10.529	2.000	7.627
Puppentheater	40.000	67.528	22.600	50.846	4.300	8.657	13.100	8.025
gesamt	560.000	631.334	414.600	467.458	98.800	106.560	46.600	57.317

Die Aufwendungen sind immer von der Art und dem Umfang der Neuinszenierungen abhängig. Im Berichtsjahr ergaben sich Überschreitungen von 71 T€. Bei 34 Neuinszenierungen betragen die durchschnittlichen Inszenierungskosten je Neuproduktion 18.568 €.

Bei der Planung der **Personalaufwendungen** für das Wirtschaftsjahr 2012/2013 ist von einer durchschnittlichen Mitarbeiterzahl von 487 Vollbeschäftigten und 4 Auszubildenden ausgegangen worden. Diese Zahl berücksichtigt die Haustarifverträge für die Beschäftigten der GmbH. Ausgehend hiervon hatte die Hochrechnung der Personalaufwendungen auf der Basis des mit dem Haustarifvertrag geltenden Vergütungsniveaus eine Plansumme für 2012/2013 in Höhe von 28.705 T€ ergeben. Dieser Betrag berücksichtigte Tarifsteigerungen, die ab August 2012 und Januar 2013 wirksam wurden.

Im Ergebnis des Geschäftsjahres 2012/2013 werden Personalaufwendungen in Höhe von 28.641 T€ ausgewiesen. In dieser Summe sind Honoraraufwendungen von 670 T€ für abhängig beschäftigte Gäste enthalten, die zum Teil nicht unter Personalkosten, sondern als bezogene Leistungen geplant werden. Ohne diese Kosten für die Gäste liegt das Ist der Personalaufwendungen bei 27.971 T€.

In dieser Summe ist ein Zuwachs an Personalarückstellungen in Höhe von 740 T€ gegenüber dem Vorjahr enthalten. Die Erhöhung der Personalarückstellungen ergibt sich zum einen infolge der Verschiebung der Spielzeit bis weit in den Juli, so dass sich die Theaterferien und damit die Urlaubsgewährung immer stärker in das folgende Geschäftsjahr erstrecken. Dadurch steigen die Urlaubsrückstellungen von 872 T€ im Vorjahr auf 1.142 T€ im Geschäftsjahr 2012/2013. Außerdem erhöhen sich die Rückstellungen für Nachzahlungen aus Tarifvereinbarungen von 421 T€ auf 882 T€. Es handelt sich hierbei um Tarifsteigerungen für Musiker, die wegen ausstehender Einigung zwischen den Tarifpartnern noch nicht zur Auszahlung kommen.

Die Personalkosten ohne abhängig Beschäftigte schlüsseln sich wie folgt auf die Sparten und Bereiche auf:

2012/2013	Vollbeschäftigte im Jahresdurchschnitt		Personalkosten in €	
	Plan	Ist	Plan	Ist
Führungskräfte	1,9	1,9	146.790	147.025
Staatskapelle	130,0	131,4	10.338.322	9.569.156
darunter Musiker	121,6	121,6	9.706.820	
Oper	93,6	92,4	4.963.410	4.993.513
neues theater	32,4	32,5	1.693.938	1.851.466
Puppentheater	9,0	9,1	505.557	463.754
Thalia Theater	20,7	16,8	914.167	762.019
Zentrale Bereiche	198,9	197,0	9.547.816	9.319.038
Zwischensumme	486,5	481,1	28.110.000	27.105.971
Auszubildende, Studenten, Aushilfen, Statisten			360.000	102.855
sonstige Personalausgaben			235.000	21.764
Rückstellungen - Zugangssaldo				740.000
Gesamt	486,5	481,1	28.705.000	27.970.590

Im Vergleich zur Plansumme liegt im Ergebnis eine Kostenunterschreitung von 688 T€ vor. Hauptsächlich ist dies durch die Absenkung der Beschäftigungszahl bewirkt worden, die sich auf das Thalia Theater konzentrierte. Weitere Einsparungen sind durch Langzeitkranke eingetreten.

Die Plan-Ist-Vergleichbarkeit in den Sparten und Bereichen ist erschwert, da Aushilfen, Studenten und Schließer im Ist bei den Sparten gebucht sind und nur für Statisten eine gesonderte Kostenstelle geführt wird. Außerdem bedarf es zur Vergleichbarkeit der Zuordnung der Rückstellungen zu den Sparten und Bereichen. Von den Rückstellungszuführungen in Gesamthöhe von 740 T€ entfallen 461 T€ auf die Musiker sowie 279 T€ auf Urlaub und leistungsabhängige Gehälter.

Die **Abschreibungen**, geplant in Höhe von 1.350 T€, belaufen sich im Ergebnis des Geschäftsjahres auf 1.474 T€. Die Kostenerhöhung ergibt sich zu einem Teil im Zusammenhang mit der Aktivierung der Investvorhaben Ostfassade Opernhaus und Neubau Werkstatt.

Diesen Mehraufwendungen stehen Mehrerträge aus der Auflösung von Sonderposten in Höhe von 76 T€ gegenüber.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** stellen sich im Plan-Ist-Vergleich wie folgt dar:

Sonstige betriebliche Aufwendungen in T€	Ist 31.07.2012	Plan 2012/2013	Ist 31.07.2013
Werbung	329	300	285
Instandhaltung	286	200	509
Wartung Anlagen	163	100	155
Bewachung	158	135	138
Reinigung/Abfallentsorgung	335	300	292
Miete	28	10	9
Arbeitsschutz	15	15	16
Betriebskosten (Heizung, Wasser, Strom)	661	675	626
Fahrzeuge	80	70	70
Versicherungen	47	56	47
Beiträge	135	121	136
Verwaltung	436	438	441
sonstige Aufwendungen	57	80	90
Zwischensumme	2.730	2.500	2.814
zzgl. Projekte	19	-	26
Zwischensumme	2.749	2.500	2.840
Periodenfremde Aufwendungen	22	-	16
Buchverluste aus Anlagenabgängen	71	-	2
Sonstige	5	-	1
Neutrale Aufwendungen	98	-	19
Gesamt:	2.847	2.500	2.859

Der Vergleich zeigt eine Überschreitung des Planes um 359 T€. Zugleich wird die Senkung der Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr ersichtlich. Positiv hervorzuheben ist die Senkung der Betriebskosten, der Aufwendungen für die Reinigung und Bewachung. Hauptprobleme bilden Instandhaltung und Wartung. Hier reichen die Planansätze nicht zur Deckung des Wartungs- und Reparaturbedarfs aus. In Übereinstimmung mit der Entwicklung des Betriebsergebnisses sind gezielt höhere Mittel für dringende Instandsetzungen eingesetzt worden.

Der Wirtschaftsplan sah für das Geschäftsjahr 2012/2013 bei Gesamterträgen von 36.005 T€ und Gesamtaufwendungen von 36.400 T€ als Jahresergebnis einen Verlust von 395 T€ vor. Im Ergebnis des Geschäftsjahres ist bei Gesamterträgen von 36.721 T€ und Gesamtkosten von 36.534 T€ ein Gewinn in Höhe von 187 T€ erwirtschaftet worden.

4. Investitionen

Der Wirtschaftsplan sah für das Geschäftsjahr 2012/2013 Investitionen in Höhe von 700 T€ vor.

In der Abrechnung stehen Maßnahmen mit einem Wertumfang von 802 T€.

Von der Gesamtsumme entfallen Kosten in Höhe von ca. 22 T€ auf die Anschaffung einer transportablen Bühnenüberdachung für Freilichtveranstaltungen. Diese Kosten wurden in voller Höhe von der Gesellschaft der Freunde der Oper übernommen und der GmbH erstattet.

In der Position Instrumente der Staatskapelle werden Mehrkosten von ca. 38 T€ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Aufwendungen für den Kauf von 2 neuen Harfen. Zur Deckung dieser Ausgaben erfolgte der Verkauf von 4 alten Harfen aus dem Bestand der Staatskapelle mit einem Erlös von 39 T€.

Abzüglich dieser beiden Maßnahmen sind durch die GmbH Investitionen in Höhe von 742 T€ finanziert worden.

Die geplanten Maßnahmen des Investitionsplanes im Wertumfang von 700 T€ sind mit Ist-Kosten von 696 T€ realisiert worden.

Zusätzlich fielen im Nachtrag von Investitionen der Vorjahre Kosten in Höhe von 9,5 T€ für die neuen Werkstätten und 4,6 T€ für die neue Maskenbildnerei an.

Außerplanmäßige Kosten in Höhe von insgesamt 32 T€ entstanden im Zusammenhang mit der Vorbereitung der für die folgenden Jahre geplanten Investitionen zur Rekonstruktion der Westfassade des Opernhauses sowie des Operncafés. Diese Vorhaben sind bei der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2013/2014 und später in die Investitionsplanung eingeordnet worden. Bereits 2013/2014 sollte mit dem Umbau des Operncafés begonnen werden. Die Rekonstruktion der Westfassade sollte 2015 erfolgen. Dazu wurden die notwendigen Vorbereitungen getroffen. Nach aktuellem Stand ist der Beginn der Instandsetzung des Operncafés bis zu Klärung der wirtschaftlichen Zukunft der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle zunächst zurückgestellt.

Ort	Maßnahme	Plan €	Ist €
Oper	Sanierung Proszenium	60.000,00	58.762,46
	Abwasserschaft Kapellengasse	25.000,00	23.211,54
	Sanierung Oper- und Untermaschine Bühne	20.000,00	18.873,07
	Erneuerung Fußboden Probebühne 1	18.000,00	9.952,05
	Überdachung Glasgang	20.000,00	10.974,52
	Austausch/Sanierung Brandschutztüren	10.000,00	12.370,91
	Umbau Requisite/Requisitenlager G1	20.000,00	19.357,82
	Maschinen/Geräte/Betriebsausstattung	35.000,00	35.459,30
	Veranstaltungstechnik	50.000,00	44.352,46
	Anlagengegenstände Inszenierungen	30.000,00	14.495,22
	Instandsetzung Kassenhalle	184.000,00	209.516,27
	Sanierung Balkon - Hauptportal	20.000,00	19.802,31
	BMA - II: Abschnit	10.000,00	27.143,32
	Summe	502.000,00	504.271,25
Staatskapelle	Instrumente und Anlagengegenstände	20.000,00	57.870,90
	Klimaanlage	18.000,00	17.464,89
	Summe	38.000,00	75.335,79
Kulturinsel	Reko Kammer	70.000,00	72.432,34
	Veranstaltungstechnik	15.000,00	14.766,64
	Anlagengegenstände Inszenierungen	15.000,00	12.110,30
	Maschinen/Geräte/Betriebsausstattung	10.000,00	9.236,95
	Summe	110.000,00	108.546,23
Zentraler Bereich	EDV-Ersatz Hardware/Software	40.000,00	43.518,46
	GWG	10.000,00	3.746,33
	Summe	50.000,00	47.264,79
	Gesamt	700.000,00	735.418,06
	Nachtrag Metallatelier		9.464,31
	Nachtrag neue Maske		4.615,73
	Bühnenüberdachung		21.897,19
	Vorhangfassade/Operncafé/Intendanz-Planung		14.130,95
	Planung Westfassade		16.882,23
			802.408,47
	Finanzierung durch		
	- Verkauf Harfen		39.000,00
	- Verein Freunde der Oper		21.897,19
			741.511,28

5. Vermögens- und Finanzlage

Die Gesellschaft verfügte mit Einbringung des Vermögens der Eigenbetriebe und durch Einlage des Vermögens der Stadt über ein Anlagevermögen am 31.07.2009 in Höhe von 28.460 T€.

Das Anlagevermögen verminderte sich zum 31.07.2013 auf 27.657 T€, das Stammkapital (25 T€) wird zum Bilanzstichtag in unveränderter Höhe ausgewiesen. Die Kapitalrücklage verminderte sich bedingt durch die Aufgabe der Spielstätte Thalia Theater im Vergleich zum Vorjahr um 1.642 T€ auf 27.074 T€. Durch den Verlustvortrag von 555 T€ und den Jahresüberschuss von 187 T€ beträgt das Eigenkapital zum Bilanzstichtag 26.731 T€.

Die Bilanzaktivseite beinhaltet Forderungen gegen die Gesellschafterin in Höhe von 423 T€. Die liquiden Mittel belaufen sich auf 3.772 T€.

6. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle mit ihren künstlerisch eigenständigen Sparten sowie einem Schauspielstudio stellt das größte und leistungsstärkste Bühnenpotential im Land Sachsen-Anhalt dar. Die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle verfügte bis zum Ende des Geschäftsjahres 2012/2013 über ein relativ hohes Maß an Planungssicherheit, da bis 2012 die Landeszuschüsse und die städtischen Zuschüsse festgeschrieben waren und für 2013 eine Fortschreibung der Förderung in unveränderter Höhe erfolgte.

Für die Zeit ab Beginn des Kalenderjahres 2014 liegen noch keine verbindlichen Beschlüsse über die Höhe der jährlichen Zuschüsse vor.

Die Geschäftsführung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle hatte dem Aufsichtsrat im April 2013 den Entwurf des Wirtschaftsplanes für das Geschäftsjahr 2013/2014 vorgelegt. Dieser Entwurf sah ausgehend von den Zuschussgrößen der Jahre 2012/2013 eine Dynamisierung des Zuschusses zur Finanzierung von Tarifierhöhungen ab 01. Januar 2014 vor. Dies stand in Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Kulturkonvents von Sachsen-Anhalt.

Der Aufsichtsrat hat den Entwurf des Wirtschaftsplanes 2013/2014 in seiner Sitzung am 12. April 2013 mehrheitlich bestätigt und der Gesellschafterversammlung empfohlen, diesen Wirtschaftsplan für 2013/2014 zu beschließen.

In seiner Sitzung am 10. Juli 2013 beschloss der Stadtrat diesen Wirtschaftsplan mit einem Zuschuss von 33.008 T€ und einem Verlust von 592 T€. Gegen diesen Beschluss legte der Oberbürgermeister Widerspruch ein.

Am 25. September 2013 beschloss der Stadtrat den Wirtschaftsplan erneut. Wiederum legte der Oberbürgermeister Widerspruch ein, den er sowohl mit dem geplanten Zuschussaufwuchs als auch mit den inzwischen angekündigten Kürzungen der Landesförderung begründet.

Am 12. Juni 2013 kündigte der Kultusminister in einem Gespräch mit den Trägern der Theater und Orchester in Sachsen-Anhalt die Absicht der Landesregierung an, den Zuschuss für die Bühnen Halle im Zeitraum 2014 bis 2019 auf 9.053.600 Euro festzusetzen. In den letzten Jahren bis einschließlich 2013 beliefen sich die jährlichen Landeszuwendungen auf 11.902.400 Euro. Damit sollen die jährlichen Zuwendungen des Landes um 2.848.800 Euro sinken.

Der Oberbürgermeister erklärte in diesem Zusammenhang, dass der städtische Zuschuss für die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle in der Höhe der Jahre 2012 und 2013 – jährlich 20.697.600 Euro – in den kommenden Jahren unverändert beibehalten werden soll.

Auf das Geschäftsjahr 2013/2014 würde sich die Kürzung der Landesmittel anteilig auf die 7 Monate Januar bis Juli in einer Höhe von 1.661.800 Euro auswirken. Der ohnehin bereits bei gleichbleibenden Zuschüssen entstehende Verlust von rund 1 Mio. Euro würde sich bei dieser Zuschusskürzung auf 2.663.000 Euro erhöhen. Die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle strebt an, durch den Verzicht auf Investitionen sowie den Abbau liquider Mittel auch im Fall dieser Kürzungen das Geschäftsjahr 2013/2014 liquide abzuschließen.

Mit Beginn des Geschäftsjahres 2014/2015 würde sich die wirtschaftliche Situation der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle ungemein verschärfen.

Am 30. Juni 2014 laufen die Haustarifverträge für die Mitarbeiter der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle, die nach den Tarifverträgen NV-Bühne sowie TVöD beschäftigt werden, aus. Damit erhöhen sich die Personalkosten für diesen Mitarbeiterkreis um etwa 2 Mio. Euro. Außerdem erhöhen sich die Personalkosten durch die Tarifsteigerungen. Insgesamt muss mit Mehrkosten im Personalbereich von über 2,5 Mio. Euro gerechnet werden.

Eine Gegensteuerung ist nicht möglich, da betriebsbedingte Kündigungen in Nachwirkung der Haustarifverträge erst zum 31. Juli 2015 erfolgen können.

Aus bereits bestehender Unterdeckung, Zuschusskürzung sowie Personalkostenanstieg resultiert ein Verlust von 6 bis 6,5 Mio. Euro.

Die Träger der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle im Land waren durch den Kultusminister aufgefordert, bis zum 30. September 2013 ausgehend von den angekündigten Zuschusskürzungen Strukturkonzepte vorzulegen. Die Stadt Halle hat das vom Geschäftsführer erarbeitete Sanierungskonzept fristgerecht überstellt.

Das Konzept sieht vor, die Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme in einer Lösung zu suchen, die den Gesamtkostenanstieg mindert und zugleich Massenentlassungen vermeidet, die mit enormen Mehrkosten an Abfindungen oder einen Aufwuchs an nicht benötigtem Personal – bei Rückfall an die Stadt – verbunden wären.

Eine solche Lösung kann nur in der Fortführung der Haustarifverträge und dem sozialverträglichen Abbau von Personal gefunden werden.

In diesem Sinne sollten:

- **die Haustarifverträge für die Tarifbereiche NV-Bühne und TVöD über den 30. Juni 2014 hinaus für mindestens 3 Jahre verlängert werden,**
- **der Haustarifvertrag für die Musiker mit Wirkung vom 01. Januar 2014 so verändert werden, dass die effektive Absenkung in der Vergütung gegenüber der Tarifgruppe A 20 % beträgt.**
Damit könnte eine Einsparung von Personalkosten von etwa 1,2 Mio. Euro erreicht werden. Mit Absenkung der Vergütung im Haustarifvertrag um 20 % gegenüber dem Flächentarif würden real nur noch 110 Musiker-Vollzeitstellen finanziert.
Ziel ist eine Orchestergröße von 99 Musikern in der Vergütungsgruppe A.
Durch natürlichen Abgang erfolgt in den kommenden Jahren eine immer stärkere Annäherung an die Zielgröße 99.
Die Differenz zwischen den finanzierten Vollzeitstellen und der Zielgröße von 99 Musikern sollte aus dem Strukturanpassungsfonds des Landes finanziert werden.
- **in den Tarifbereichen NV-Bühne und TVöD die Zahl der Stellen von derzeit 395 Vollzeitbeschäftigten bis 2019 durch natürlichen Abgang auf 367 Beschäftigte verringert werden. Diese Mitarbeiter sollten ebenfalls aus dem Strukturanpassungsfonds des Landes finanziert werden.**
- **Stadt und Land entsprechend ihren Finanzierungsanteilen die Dynamisierung ihrer Zuschüsse um die Mehrkosten aus den Tarifierhöhungen gewährleisten.**

Die Beschlussfassung des Landtages zur künftigen Theater- und Orchesterförderung in Sachsen-Anhalt wird für Dezember 2013 erwartet.

Bis zu diesem Zeitpunkt ist die politische Diskussion um die künftige Entwicklung und Finanzierung der Bühnen im Lande fortzuführen. Zugleich bedarf es der intensiven gemeinsamen Arbeit von Gesellschaft, Stadt und Land zur Entwicklung eines langfristig tragfähigen Struktur- und Finanzierungskonzeptes für die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle.

Mit Beschluss des Aufsichtsrates vom 06. September 2013 ist die Zahlungsfähigkeit für das Geschäftsjahr 2013/2014 nach gegenwärtigem Erkenntnisstand gesichert. Für das Geschäftsjahr 2014/2015 ist zur Beurteilung der Zahlungsfähigkeit die Beschlusslage zur Finanzierung der Theater, Oper und Orchester GmbH im Landtag und im Stadtrat abzuwarten.

Zoologischer Garten Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Fasanenstraße 5a
06114 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Verwaltung des Zoologischen Gartens Halle sowie die Sicherung seiner zukünftigen Entwicklung. Die Zoologischer Garten Halle GmbH ist ein Zoologischer Garten, der der Erholung und Bildung der Bevölkerung dient, der im Rahmen seiner Aufgabenstellung die biologische Wissenschaft und Forschung unterstützt, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten an der internationalen Kooperation Zoologischer Gärten für den Schutz und die Erhaltung bedrohter Tierarten beteiligt, sich für die Belange des Tierschutzes in der Stadt Halle engagiert und sich um eine enge Zusammenarbeit mit allen Institutionen und Personen bemüht, die gleiche Ziele verfolgen. Zur Einreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft befugt, Unternehmen zu errichten, zu übernehmen, zu erwerben und sich an solchen zu beteiligen, die geeignet sind, den Zweck der Gesellschaft zu befördern.

Öffentlicher Zweck:

Der Zoologische Garten Halle dient in erster Linie sowohl kulturellen als auch wissenschaftlichen Zwecken. Im öffentlichen Bereich ergeben sich auch Ziele des Tourismus die letztlich der Wirtschaftsförderung dienen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Jacob, Andreas

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Neumann, Wolfram	
	stellv. Vorsitzender	Töpfer, Gernot	
		Andrä, Erwin	
		Hajek, Andreas	
		Hopfgarten, Klaus	
		Paulsen, Oliver	(bis 28.11.2013)
		Wolff, Sabine	(seit 28.11.2013)

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2013 erfolgt.

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	1	1	1

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	25.603	99	27.134	96	28.535	98	-1.531	-6
Umlaufvermögen	312	1	975	4	538	2	-663	-68
Rechnungsabgrenzungsposten	19	0	11	0	7	0	8	73

Bilanzsumme	25.934	100	28.120	100	29.080	100	-2.186	-8
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	3.749	15	4.283	15	4.553	16	-534	-12
Sonderposten für rückzuführende Zuschüsse	9.975	38	10.792	38			-817	-8
Sonderposten für Investitionszulagen	11.505	44	12.370	44	13.092	45	-865	-7
Rückstellungen	521	2	491	2	486	2	30	6
Verbindlichkeiten	146	1	142	1	10.918	37	4	3
Rechnungsabgrenzungsposten	38	0	42	0	31	0	-4	-10

Bilanzsumme	25.934	100	28.120	100	29.080	100	-2.186	-8
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

	2013	2012	2011
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.400	1.304	1.481
sonstige betriebliche Erträge	5.139	5.717	5.083
Materialaufwand	1.128	1.117	1.060
Personalaufwand	2.914	2.822	2.877
Abschreibungen	1.764	1.767	1.801
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.271	883	889
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12	12	54
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		704	465
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-526	-260	-474
außerordentliche Erträge			997
außerordentliche Aufwendungen			1.990
außerordentliches Ergebnis			-993
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2		
sonstige Steuern	11	10	11
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-535	-270	-1.478
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-535		
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	-270	-1.478

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-38,17	-20,72	-99,80	%
Eigenkapitalrentabilität:	-14,26	-5,93	-24,51	%
Cash-Flow:	1.229	1.497	323	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	82	88	84	T€
Personalaufwandsquote:	44,56	40,19	43,83	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	98,72	96,49	98,10	%
Eigenkapitalquote:	14,45	15,23	15,66	%
Fremdkapitalquote:	85,55	84,77	84,34	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Besucher	284.171,00	266.966,00	319.775,00	Anzahl
Tierbestand	1.747,00	1.710,00	1.602,00	Anzahl

e) Lagebericht

Wirtschaftsbericht

Die Zoologische Garten Halle GmbH ist die meistbesuchte Kultureinrichtung unserer Stadt. Als Erholungs- und Bildungsstätte vor allem für Familien kann die Gesellschaft auf eine fast uneingeschränkt positive Resonanz der halleschen Bürgerinnen und Bürger verweisen. Wie von der Gesellschafterin vorgegeben, blieben die Eintrittspreise im Berichtszeitraum unverändert, für Sozial-passinhaber deutschlandweit günstig.

Auch im Berichtszeitraum kann der Zoo auf dem Reilsberg wiederum auf ein großes Bildungs- und Veranstaltungsangebot vor allem für Kinder verweisen. Die Nachfrage ist unverändert hoch und bedingt einen steigenden Organisationsaufwand. Dieser Aufwand ist mit Blick auf die Aufgaben und Ziele eines Zoologischen Gartens gerechtfertigt. Ziel dabei ist auch, die Eltern von Morgen dann mit ihren Kindern als künftige Zoobesucher zu gewinnen. Die unverändert positiven Zahlen und die Erfolge bei der Zucht und Haltung bedrohter Tierarten in allen Zoologischen Gärten dürfen nicht darüber hinweg täuschen, dass eine aktive Minderheit wirkungsvoll gegen die Haltung von Wildtieren in Menschenhand arbeitet.

Auch deshalb hat die Gesellschaft im Berichtszeitraum die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit deutlich verstärkt. Hier sind, einschließlich Veranstaltungsmanagement, im Vergleich zu den Vorjahren deutliche Fortschritte erzielt worden. Ausgenommen signifikante und wirtschaftlich spürbare Ergebnisse bei der Anzahl touristischer Besucher. Unverändert liegt der Anteil Touristen bei etwa nur 20% unserer Jahresbesucher. Hier hemmen das Niveau und die beschränkten Möglichkeiten der gegenwärtigen Zoogastronomie, für die der Zoo regelmäßig kritisiert wird. Die im Berichtszeitraum verstärkten Bemühungen um die Verknüpfung der Freizeitangebote unserer Stadt mit einem Zoobesuch müssen fortgesetzt werden.

Im Tierbestand haben sich im Berichtsjahr 2013 keine wesentlichen Änderungen ergeben.

Die Haltungs- und Zuchtergebnisse entsprachen den Erwartungen, ausgenommen die mißglückte Elefantennachzucht und der Verlust einer Tigerin durch einen Narkosezwischenfall bedingt durch einen Herzfehler. Die Richtlinien des Europäischen Zooverbandes wurden vollumfänglich eingehalten. Alle Nachzuchttiere konnten im Rahmen der Europäischen Erhaltungszuchtprogramme an geeignete Gärten abgegeben werden.

Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Das Jahr 2013 hatte folgende Schwerpunkte:

1. die Besucherzahlen weiter zu stabilisieren und insoweit gegenüber dem Vorjahr zu steigern, damit die Planzahl von 300.000 Gästen erreicht wird,
2. die Arbeiten zur energetischen Ertüchtigung des Zoos weiter zu führen und das Hauptvorhaben, die Erneuerung der Heizzentrale Raubtierhaus, vor dem Winter abzuschließen,
3. die vom Verein der Freunde und Förderer des halleschen Bergzoos in wesentlichen Teilen gespendete Emu-Känguru-Anlage fertig zu stellen.

Die Jahresbesucherzahl im Berichtsjahr 2013 betrug 284.171. Diese Zahl entspricht der seit GmbH-Gründung 1995 durchschnittlich erreichten Jahresbesucherzahl. Die geplante Besucherzahl von 300.000 Besuchern wurde damit zwar nicht ganz erreicht, mit Blick auf die katastrophale Witterung im 1. Quartal 2013, die per 31.03.13 ein Defizit von 30.000 Besuchern zur Folge hatte, aber ein gutes Ergebnis. Durch kostenlosen Zooeintritt im Rahmen von Aktionen kamen weitere 15.305 Besucher, so dass damit 299.476 Gäste im Berichtszeitraum den Zoo besuchten.

Mit 3,92 € Einnahme pro Besucher (Jahreseinnahmen Tageskarten, Jahreskarten und Halle-Pass dividiert durch die Jahresbesucherzahl) konnte das Vorjahresultat fast erreicht werden. Für die Geschäftsführung war dies ein positives Ergebnis, da das seit 2009 erreichte Niveau gehalten bzw. leicht gesteigert werden konnte.

Bei den Umsatzerlösen aus Eintrittsentgelten wurde der Planansatz nicht vollständig erreicht, zurückzuführen auf das Besucherminus von ca. 16.000 gegenüber dem Plan und im Zusammenhang mit der nicht ganz erreichten Durchschnittseinnahme pro Besucher. Dem gegenüber konnten die Verkaufserträge im Zooladen gegenüber dem Vorjahr erheblich verbessert werden.

Der Gesellschaft wurde durch die Gesellschafterin im Jahr 2012 für die Jahre 2012 und 2013 700 TEuro für die energetische Ertüchtigung bereitgestellt. Da die Mittel erst im August 2012 an die Gesellschaft überwiesen wurden, reichte die Zeit nicht, um vor dem Winter 2012/13 an den Heizungsanlagen mit der Arbeit beginnen zu können. Im Berichtszeitraum konnten dann die wirtschaftlich wesentlichen Arbeiten durchgeführt und abgeschlossen werden. Vor allem die Erneuerung der zentralen Heizungsanlage hat für die Gesellschaft außerordentliche Bedeutung. Der Zoo spart momentan Kosten, kann auf eine deutliche Reduzierung der Umweltbelastung durch die modernen Heizanlagen verweisen, erhält Betriebssicherheit auf dem derzeit technisch möglichen Standard und kann vor allem davon ausgehen, dass in den nächsten 20 Jahren an dieser wichtigen Stelle kaum investiver Aufwand erforderlich sein wird. Die installierte Kapazität ermöglicht u.a. die Versorgung der Reilschen Villa ohne damit ausgeschöpft zu sein.

Durch Beschluss des Aufsichtsrates vom 24.10.2013 wurde die Fortführung der Maßnahmen zunächst ausgesetzt. Die zu diesem Zeitpunkt nicht verwendeten Mittel in der Höhe von 235.600 Euro sollen zur Liquiditätssicherung der Gesellschaft zur Verfügung stehen.

Die Neugestaltung der Emu-Känguru-Anlage wurde abgeschlossen, konnte mit Rücksicht auf die neue Rasenfläche aber erst im Oktober mit Tieren besetzt werden. Der Förderverein leistete damit wiederum einen sichtbaren Beitrag zur Verbesserung der Haltungsbedingungen und der Erhöhung Attraktivität für unsere Besucher.

Die verstärkten Inanspruchnahmen bei den betrieblichen Aufwendungen speziell bei Instandhaltung und Modernisierung, bei Wartung und Erhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung und bei den Dienstleistungen führten insgesamt dazu, dass die Liquidität der Gesellschaft im Jahr 2013 weiter zurückging.

Die geringfügigere Inanspruchnahme bei der Personalvergütung gegenüber dem Planansatz konnte den genannten Mehraufwand mindern.

Im Lagebericht 2012 wurde darauf hingewiesen, dass die Planungsansätze der Gesellschaft nicht auskömmlich waren. So sind, bedingt durch die finanzielle Ausstattung der Gesellschaft, beispielsweise witterungsverursachte Mindereinnahmen nicht gedeckt und führten dadurch zwangsläufig zu einem Rückgang der Liquidität der Gesellschaft.

Diese Aussage hat sich in ihrer Aktualität im Jahr 2013 bestätigt. Der zoounfreundliche Witterungsverlauf des ersten Quartals führte dazu, dass unter Berücksichtigung der Mindereinnahmen durch fehlende Besucher sowie durch erhöhte Aufwendungen für Verbrauchsmedien sich ein Engpass in der Liquidität bereits zum 1. Halbjahr abzeichnete.

Im Geschäftsjahr 2013 weist die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag von 534.511 Euro aus. Das Ergebnis ist damit um 237.000 Euro besser, als geplant.

Dies ist darauf zurückzuführen, dass im Planansatz 2013, der im Herbst 2012 verabschiedet wurde, noch von einer anderen bilanziellen Darstellung der Kreditablösung durch die Gesellschafterin im Buchwerk ausgegangen wurde.

Künftig, ab 2014 beginnend, wird dieser im Jahresabschluss 2013 günstig wirkende Effekt nicht mehr auftreten.

Des Weiteren konnte die Gesellschaft bei der Bestätigung des Planes für das Jahr 2013 noch davon ausgehen, dass wegen der verspäteten Bereitstellung der Mittel für die energetische Ertüchtigung im Jahr 2012 die vertraglich vereinbarte Zuschussreduzierung "Energieeinsparung" für 2013 in Höhe von 30.000 Euro wegen Unmöglichkeit gegenstandslos ist.

Die Investitionstätigkeit der Gesellschaft wurde 2013 im Wesentlichen durch Aktivitäten zur Fertigstellung der Emu-Känguru-Anlage, des Lehr-Bienenstandes und der Erneuerung und Ergänzung verschlissener Betriebs- und Geschäftsausstattung geprägt.

Risikobericht

Die Kultureinrichtung Zoo Halle GmbH ist als anerkannt gemeinnütziger Dienstleister in ihrer weiteren Tätigkeit und Existenz auch künftig von den Zuschüssen der Gesellschafterin abhängig. Sie ist als Non-Profit-Organisation nicht darauf ausgerichtet, Gewinne zu erzielen. Die Kapitalrücklage hat sich dadurch im Berichtszeitraum gegenüber dem Gründungsjahr nahezu halbiert.

Die finanziellen Reserven der Gesellschaft wurden im Berichtszeitraum nahezu aufgebraucht, ausgenommen die zweckgebundenen Mittel für den Abschluss der energetischen Ertüchtigung. Risiken durch ungünstiges Zoowetter oder unvorhersehbare Beeinträchtigungen der Sicherheit und Funktionstüchtigkeit können mit einer geplanten Liquidität "0" zum Ende des Wirtschaftsjahres nicht aufgefangen werden. Aus voraussichtlich künftig zu leistenden Pensionszahlungen ergeben sich noch weitere Liquiditätsrisiken für die Gesellschaft.

Der Zoo ist derzeit nicht in Gerichts- und Schiedsverfahren involviert.

Ausfallrisiken in Sinne einer Betriebsgefährdung könnten nur entstehen durch höhere Gewalt oder bei behördlicher Schließung infolge einer auftretenden Seuche.

Das in den Betriebsablauf integrierte Risiko-Management-System dient dem Geschäftsführer dazu, Veränderungen in den Bereichen Besucherzahlen, Personal, Tiergesundheit usw. rechtzeitig zu erkennen und zu korrigieren.

Der Geschäftsführer informiert die Mitarbeiter regelmäßig über die aktuelle Situation auf der Grundlage der monatlich erstellten Einnahmen- und Ausgabenkontrolle.

Auf dem Wege eines quartalsweisen Melde- und Informationssystems an die BMA der Stadt Halle wird eine regelmäßige Risikoabschätzung vorgenommen und geeignete Maßnahmen zur Risikominimierung festgelegt.

Dazu muss festgestellt werden, dass sich Gesellschafter und Gesellschaft darüber einig sind, dass das Niveau des halleschen Zoos nicht nur gehalten, sondern weiter entwickelt werden soll. Eine weitere Aufwandsoptimierung, aber auch die Erschließung neuer Finanzierungsquellen ist dafür die Voraussetzung. Die im nächsten Jahr geltenden neuen Haltungsnormativen für Säugetiere in Zoologischen Gärten verlangen eine weitere kontinuierliche Modernisierung des halleschen Zoos durch ausreichende Mittel für Modernisierung und Instandhaltung.

Für das Jahr 2014 wird mit einer Verbesserung des Besucherergebnisses gerechnet. Die Gesellschaft plant bis 2017 mit jährlich 300.000 Besuchern. Positiv auf die Energiekosten wird sich die Kraft-Wärme-Kopplung im Zoo auswirken. Die Arbeiten am Lehr-Bienenstand sollen abgeschlossen werden, so dass diese Anlage den Besuchern im Mai 2014 übergeben werden kann. Der Förderverein wird eine große Voliere für Eulen finanzieren, die im Herbst 2014 funktionsfähig sein wird. Die Gesellschaft hat ein umfangreiches Programm im Bereich des Marketings und der Zooveranstaltungen geplant.

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Abschluss des Geschäftsjahres nicht bekannt geworden.

3.8 BETEILIGUNGSMANAGEMENT

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Universitätsring 6a
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts

Stammkapital in T€: 10

Gewährträgerin:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Anstalt ist die Durchführung des Beteiligungsmanagements der Stadt Halle (Saale) im Sinne von § 118 Absatz 4 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 118 Abs. 4 GO-LSA. Danach hat eine geeignete Stelle das Beteiligungsmanagement zu gewährleisten. Die BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) ist diese geeignete Stelle.

b) Besetzung der Organe

Vorstand: Lork, Heinrich

Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
		Bönisch, Bernhard	
		Dr. Brock, Inés	(bis 27.11.2013)
		Geier, Egbert	
		Häder, Denis	(seit 27.11.2013)
		Hintz, Katharina	
		Kley, Gerry	
		Knöchel, Swen	

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€	T€
Verwaltungsrat	8	8	8

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2013		2012		2011		Veränderungen 2013 zu 2012	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
133	37	144	36	160	32	-11	-8
223	61	252	63	328	67	-29	-12
6	2	5	1	4	1	1	20

Bilanzsumme

362	100	401	100	492	100	-39	-10
-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
71	20	119	30	202	41	-48	-40
33	9	50	12	70	14	-17	-34
221	61	195	49	183	37	26	13
37	10	37	9	37	8	0	0

Bilanzsumme

362	100	401	100	492	100	-39	-10
-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

bb) GuV

sonstige betriebliche Erträge
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
Rückzahlung von Betriebskostenzuschüssen
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

2013	2012	2011
T€	T€	T€
996	849	974
748	624	619
32	27	37
154	140	132
2	2	2
5	5	4
59	55	184
0	0	47
59	55	137

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	x	x	x	%
Cash-Flow:	91	82	221	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	111	121	122	T€
Personalaufwandsquote:	75,12	73,50	63,54	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	8,98	12,30	13,60	%
Eigenkapitalquote:	19,67	29,76	41,05	%
Fremdkapitalquote:	80,33	70,24	58,95	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) - im Folgenden „BMA“ oder „Anstalt“ genannt - richtete sich im Wirtschaftsjahr 2013 im Wesentlichen an folgenden **vom Verwaltungsrat beschlossenen Zielvorgaben** aus:

1. Beteiligungsbericht für das Jahr 2012 nach GO-LSA

Der **Beteiligungsbericht** der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2012 **im Sinne von § 118 GO-LSA** wurde **fristgerecht erstellt**. Bei der Einbringung der Haushaltssatzung 2014 lag er dem Stadtrat zur Beschlussfassung vor.

Wiederum bewährte sich bei der Erstellung des Berichtes die **von der BMA** mit einem Software-Haus **entwickelte** EDV-technische Lösung, die zu einem **weitgehend automatisierten Prozess** der Berichtserstellung führt.

2. Beteiligungsbericht für das Jahr 2012 in Kurzform

Ein **Beteiligungsbericht** für das Jahr 2012 **in Kurzform** (Kurzbericht) wurde auf Anregung des Verwaltungsrates zum dritten Mal erstellt.

Bezweckt wird eine kurzweilige, graphisch aufgewertete und plakative Darstellung der Aktivitäten der städtischen Beteiligungen. Losgelöst von dem strengen formalistischen Korsett der Regelungen nach § 118 GO-LSA soll das Interesse der BürgerInnen an den städtischen Beteiligungen mit ihren umfangreichen Dienstleistungsangeboten außerhalb der Kernverwaltung geweckt werden.

In elektronischer Form steht er sowohl auf der Homepage der Stadt Halle (Saale) als auch auf der Webseite der BMA zum Download uneingeschränkt zur Verfügung.

3. Verifizierung von Bilanzierungsansätzen städtischer Beteiligungen

Mit der Ermittlung von Bilanzierungsansätzen unmittelbarer städtischer Beteiligungen für die Bilanz wird die Stadt Halle (Saale) bei der Umstellung des städtischen Haushaltes auf die sogenannte „Doppik“ seit dem Jahr 2008 unterstützt.

Die Bilanzansätze für den Jahresabschluss 2012 der Stadt Halle (Saale) nach Doppik wurden erstmals nach dem Anschaffungskostenprinzip bewertet. Gegenüber der Eröffnungsbilanz der Stadt zum 01.01.2012 blieben die Wertansätze nahezu unverändert.

4. Beteiligungs-Reports

Mit den Beteiligungs-Reports wurde vierteljährlich über die wirtschaftlichen und unternehmerischen Perspektiven der wichtigsten kommunalen Unternehmen und sonstigen Einrichtungen berichtet.

Das erste Ziel des Beteiligungs-Reports besteht in der Risiko-Früherkennung, um dann den Steuerungsbedarf für Beteiligungen benennen zu können.

Als zweites Ziel wird die Erweiterung der Entscheidungsbasis angestrebt, wenn im städtischen Gremiendurchlauf Finanzbeziehungen zwischen dem städtischen Haushalt und den Beteiligungen zu beurteilen sind.

Zahlreiche Entscheidungen zu den Beteiligungen im Konzern der Stadt Halle (Saale) sind durch Informationen aus der quartalsweisen Berichterstattung initiiert bzw. geprägt worden.

5. Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)

Einen Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale), der **Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung** definiert, hat die BMA konzipiert. Der Kodex dient dem Ziel einer Steigerung von Effizienz, Transparenz und Kontrolle der städtischen Beteiligungen. Insbesondere Standards guter und verantwortungsvoller Führung bzw. Steuerung werden damit festgelegt. Letztlich handelt es sich um eine Durchführungs-Verordnung zur Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale). Darin werden Grundregeln für das Beteiligungsmanagement in der Stadt konkretisiert.

In zahlreichen Informationsveranstaltungen bei Fraktionen des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) wurde eine Grundstruktur der Steuerung städtischer Beteiligungen lebhaft und fachlich fundiert diskutiert.

Auf Basis eines gemeinsamen Grundverständnisses werden nun die komplexen Wirkungszusammenhänge gerade im Hinblick auf einen angemessenen Einfluss der Stadt im städtischen Gremiendurchlauf intensiv erörtert.

6. Einheitliche Standards für Sitzungen von Aufsichtsgremien

Die Festlegung einheitlicher Standards für Sitzungen von Aufsichtsgremien zählt auch zu den zuvor (unter Ziffer 5) erläuterten Grundsätzen guter Unternehmens- und Beteiligungsführung.

Mit dem Ziel einer integrierten Terminplanung für die Aufstellung des städtischen Haushaltes waren Fristen für die Beschlussfassungen über Wirtschaftsplanungen und Jahresabschlüsse in den Aufsichtsgremien der Beteiligungen festzulegen.

Mit dem Ziel einer ordnungsgemäßen Vorbereitung und Durchführung von Sitzungen der Aufsichtsgremien waren Vorgaben zu Ladungsfristen, zu dem Schriftformerfordernis für Berichterstattungen und zu ihrem Inhalt (insbesondere Risikolage und zum Risikomanagement) zu entwickeln.

7. Optimierung von Standard-Reports

Standard-Reports insbesondere zu Jahresabschlüssen und Wirtschaftsplänen von Beteiligungen wurden nicht nur vom Layout her optimiert.

Die verwendeten ökonomischen Kennzahlen und Schwerpunkte der Analyse wurden aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse aus jahrelanger Mandatsbetreuung an die spezifischen Bedürfnisse im „Konzern Stadt Halle (Saale)“ angepasst.

8. Übrige Aufgabenschwerpunkte

Die **Mandatsbetreuung** der Aufsichtsgremien erfolgt zu den jeweiligen Sitzungen insbesondere durch die schriftliche Kommentierung der vorgelegten Unterlagen nebst Empfehlung zur Beschlussfassung, durch koordinierte Vorbesprechungen mit den Mitgliedern der Aufsichtsgremien und durch individuelle Beratungsgespräche.

Informiert über analysierte Probleme einzelner städtischer Beteiligungen werden nicht nur der Oberbürgermeister und der Verwaltungsrat der BMA. Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften der Stadt wird regelmäßig in nicht-öffentlicher Sitzung über die Entwicklung der Beteiligungen in Kenntnis gesetzt.

Vorschläge zur Strukturierung eines Strategie-Konzeptes zum Stadtmarketing, zur Weiterentwicklung der Halleschen Bühnen, zur zukünftigen Ausrichtung der beiden städtischen Wohnungsgesellschaften und zum Sanierungskonzept für das Multimediazentrum wurden unterbreitet.

Zur **Evaluierung und Weiterentwicklung des städtischen Beteiligungsmanagements** selbst wurden die Eignung der angewendeten Werkzeuge, die Personalausstattung und der Mehrwert für den Konzern Stadt hinterfragt. Als Verbesserungspotenzial wurden insbesondere verstärkte Durchsetzungsmöglichkeiten gegenüber Beteiligungen identifiziert.

Lage der Anstalt

Die **Finanzierung** der Anstalt wird durch Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale) **abgesichert**.

Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Anstalt die **Betriebskostenzuschüsse** von 963 TEUR in Höhe von 59 TEUR nicht verbraucht.

Nach dem Allgemeinen Haushaltsgrundsatz für die Gemeindewirtschaft aus § 90 Abs. 2 GO-LSA, die Haushaltswirtschaft sparsam und wirtschaftlich zu führen, wurden Personal- und Sachkosten eingespart.

Hinsichtlich der Entwicklung des Eigenkapitals, der Rückstellungen und des Personalaufwandes wird ferner auf die diesbezüglichen Angaben im Anhang verwiesen.

Die **Liquidität** war im Wirtschaftsjahr 2013 ganzjährig gesichert.

Ausblick

Die Schwerpunkte der Tätigkeiten werden an folgenden **Zielvorgaben durch den Verwaltungsrat** ausgerichtet:

- Erstellung des Beteiligungsberichtes 2013 im Sinne von § 118 GO-LSA
- Erstellung des Beteiligungsberichtes 2013 in Kurzform

- Erstellung der Beteiligungs-Reports
- Abgleich der Gesellschaftsverträge u. ä. mit dem Public Corporate Governance Kodex
- Verifizierung von Bilanzierungsansätzen städtischer Beteiligungen für die Bilanz der Stadt nach Doppik

Im folgenden Wirtschaftsjahr wird ein **ausgeglichenes Ergebnis erwartet**. Nicht mehr benötigte Ertragszuschüsse sollen an die Stadt Halle (Saale) zurückgezahlt werden.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag haben sich nicht ereignet.

Risikomanagement

Das System zur Früherkennung von Risiken richtet das besondere Augenmerk auf die Zufriedenheit der städtischen Entscheidungsträger mit der Unterstützung durch die BMA, zumal sich die Anstalt aus Zuschüssen von der Stadt finanziert.

Die Zufriedenheit der städtischen Entscheidungsträger wird als Risiko und Chance zugleich bei der BMA gesehen.

Steuerliche Verhältnisse

Die Anstalt ist unter der Steuer-Nummer 110/149/40687 beim Finanzamt Halle-Nord registriert. Sie gilt ausschließlich für die Lohnsteuer.

Die **Umsatzsteuer**-Identifikationsnummer lautet DE 240278977.

Mit Bescheid vom 02. Februar 2006 über den Antrag der BMA auf Erteilung einer allgemeinen Rechtsauskunft hat das Finanzamt Halle-Nord ausgeführt, dass körperschaftsteuerlich die BMA mit dem „reinen Beteiligungsmanagement“ keinen Betrieb gewerblicher Art führe. Sie betreibe nur eine Vermögensverwaltung für die Stadt.

Umsatzsteuerlich sei die BMA insoweit kein Unternehmer. Die Leistungen der BMA seien nicht umsatzsteuerbar.

Von der **Kapitalertragsteuer** ist die Anstalt befreit.

Das Finanzamt hat der BMA mit Datum vom 12.11.2012 die Bescheinigung nach § 44a Abs. 4 EStG wiederum ausgestellt. Damit sind Kapitalerträge im Zeitraum vom 01.01.2013 bis zum 31.12.2015 nicht steuerpflichtig.

Wirtschaftliche Grundlagen

Zu dem Beteiligungsportfolio zählen rund 100 Eigenbetriebe, Stiftungen, Kapitalgesellschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts.

Finanziert wird die Tätigkeit der BMA über Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale).

Vorstand

Der Vorstand ist für die Zeit ab dem 1. Juni 2011 für weitere fünf Jahre vom Verwaltungsrat bestellt worden. Über eine anschließende individuelle Altersteilzeit ist er langfristig an die Stadt gebunden worden.

Personal

Zum Bilanzstichtag wurden sieben (Vorjahr: acht) Personen in Vollzeit und zwei (Vorjahr: null) Personen in Teilzeit beschäftigt. Dazu waren zwei (Vorjahr: drei) Personen geringfügig angestellt. Eine Person befindet sich zum Bilanzstichtag in Elternzeit.

Das Vergütungskonzept umfasst auch eine leistungsabhängige Vergütung nach den Grundsätzen der Balanced Score Card.

Mit den vier Dimensionen Finanzen, Prozesse/Projekte, Umfeld und Personal wird ein ausgewogener Steuerungsbogen für pekuniäre Leistungsanreize geboten.

Die Zielvorgaben für die BMA werden zur internen Steuerung auf die einzelnen Mitarbeiter/-innen projiziert.

Personalwirtschaftlich wird der Steuerungsbogen dazu genutzt, über einen wirtschaftlichen Anreiz die Belegschaft zur Fort- und Weiterbildung zu motivieren. Personenspezifisch werden Fach- und Managementkenntnisse vertieft oder erweitert, um die Qualität der Aufgabenerfüllung zu optimieren.

Perspektivisch eröffnen sich dem Personal gleichzeitig weitergehende Positionen im Konzern der Stadt Halle (Saale).

Zur **Reorganisation** der BMA ab dem Jahr 2013 hat der Verwaltungsrat ein neues Stellenbedarfskonzept und darauf aufbauend einen Personalplan beschlossen. Bezweckt werden insbesondere die Sicherung termingerechter Mandatsbetreuung durch Beseitigung von Kapazitätsengpässen, eine ausgewogene Zuordnung auf die Leistungsträger der Anstalt sowie Redundanzen bei unfreiwilligem Ausfall eines Belegschafts-Mitgliedes.

Die nachhaltige Besetzung der Positionen aus dem Stellenplan wird sich bis in das Jahr 2014 hinein verzögern, was aus der Inanspruchnahme von Elternzeit zweier Mitarbeiterinnen beruht.

Die **Anpassung der Gehälter** der Mitarbeiter/-innen erfolgte nach den individualvertraglichen Regelungen auf Basis des vom Verwaltungsrat beschlossenen Vergütungskonzeptes.

Hinsichtlich der Personalaufwendungen wird auf die diesbezüglichen Angaben im Anhang verwiesen.

Unterstützende Dienstleistungen werden durch eine Steuerberatungsgesellschaft für die Lohnbuchhaltung mit dem Programm „DATEV LODAS comfort V. 9.81“ erbracht. Für die EDV-gestützte Buchhaltung setzt die Anstalt seit dem 01.01.2006 das Programm „Lexware buchhalter plus V 19.2“ ein.